

**Strukturwandlungen
der westdeutschen Landesregierungen
1946-1973**

**Das politische Führungspersonal der Bundesländer:
Eine empirische Studie zur Soziologie der Herkunft,
Rekrutierung und Zirkulation der Mitglieder
der westdeutschen Landesregierungen**

Band I

**Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin**

**vorgelegt von
Rolf-Peter Lange
aus Neuruppin**

1976

**Strukturwandlungen
der westdeutschen Landesregierungen
1946-1973**

Das politische Führungspersonal der Bundesländer:
Eine empirische Studie zur Soziologie der Herkunft,
Rekrutierung und Zirkulation der Mitglieder
der westdeutschen Landesregierungen

Band I

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Rolf-Peter Lange
aus Neuruppin

Referent: Prof. Dr. Dietrich Herzog

Korreferent: Prof. Dr. Hartmut Kaelble

Tag der Promotion: 4.6.1976

Tag der mündlichen Prüfung: 4.6.1976



V o r w o r t

Ein wesentlicher Forschungsschwerpunkt des Zentralinstituts 6 der Freien Universität Berlin (ehemals Institut für politische Wissenschaft) ist seit Jahren die empirische Eliteforschung als ein Spezialaspekt der Demokratieforschung. Die vorliegende Arbeit steht in der Tradition insbesondere der richtungsweisenden Arbeiten von Prof.Dr. Otto Stammer, und sie ist konkret als Fortsetzung der erst jüngst veröffentlichten Analyse von Prof.Dr. Dietrich Herzog über das politische Führungspersonal der Bundespolitik zu verstehen. Hier nun wurde der Versuch unternommen, Aufschlüsse über Herkunft, Rekrutierung und Selektion des politischen Führungspersonals auf einer besonderen Ebene, nämlich auf der Ebene der Bundesländer zu gewinnen.

Die dieser Studie zugrunde liegende umfangreiche Personal-datenbasis wurde im Zentralinstitut 6 zusammengestellt und bearbeitet. Das empirische Grundlagenmaterial ist dort auch im Archivbereich "Personal- und Elitendaten" archiviert und steht für eventuelle Sekundäranalysen zur Verfügung.

Ohne die wertvolle Unterstützung durch die Landesgeschäftsstellen der Parteien, der Büros der Ministerpräsidenten, der Landes- bzw. Staatsarchive der Bundesländer sowie der Geschäftsstellen der Landtagsfraktionen, die freundlicherweise das sonst nur schwer zugängliche Datenmaterial zur Verfügung stellten, hätten manche Fragestellungen empirisch nicht beantwortet werden können. Ihnen soll an dieser Stelle ebenso gedankt werden, wie Frau Rita Koscielski, die die umfangreichen Schreibarbeiten sorgfältig bewältigte. Rainer Tiemann und Fred Müller gaben wertvolle technische Hilfestellungen, für die ich mich - wie auch insbesondere bei allen übrigen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen des Arbeitsbereichs BRD-Forschung und -Archiv - zu bedanken habe.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof.Dr. Dietrich Herzog, der die Arbeit mit Anregungen und Kritik begleitete.

Berlin, Juni 1976

Rolf-Peter Lange



Digitized by the Internet Archive
in 2026

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Band I

	Seite
Einleitung: Zielsetzung der Studie	1

Kapitel I

Forschungsansatz und zentrale Problemdimensionen	9
--	---

1. Problemdimension: Das politische Selektionssystem	11
--	----

2. Problemdimension: Zur Bildung empirisch-analytischer Politiker-Typen nach verschiedenen Merkmalen	22
--	----

3. Problemdimension: Die bundespolitische und die landespolitische Führungsschicht - unabhängige, differenzierte Teileliten?	37
--	----

4. Zur Rolle von Nationalsozialisten und Demokraten nach 1945	39
---	----

Kapitel II

Methodische und theoretische Ansätze der empirisch-analytischen Eliteforschung	43
--	----

A. Der Reputations-Ansatz	45
---------------------------	----

B. Der entscheidungs-theoretische Ansatz	48
--	----

C. Der Positions-Ansatz	51
-------------------------	----

D. Die Kombination traditioneller methodischer Ansätze und die Entwicklung neuerer empirisch-analytischer Fragestellungen und Ansätze bis zur Prozeß-Analyse	57
--	----

Zusammenfassung: Systemwandel und eliten-theoretische Ansätze	68
---	----

Kapitel III

	Seite
Zur Erhebung, Aufbereitung und Interpretation des Datenmaterials	70
1. Die Identifizierung der Erhebungsgruppe	70
2. Zur Quellenlage und Aufbereitung des Materials	90
3. Analytische Dimensionen	94
4. Die Diskrepanz zwischen Sozialstruktur und politischer Führung	95
a. Zur geschlechtsspezifischen Struktur der Landeskabinette	95
b. Zur Konfessionsstruktur der Landeskabinette	97

Kapitel IV

Zur Repräsentationsproblematik: Die soziale Herkunft

1. Das soziale Milieu des Elternhauses während der Sozialisationsphase	99
2. Soziale Herkunft, politische Orientierung und Beginn politischer Aktivitäten	109
3. Soziale Herkunft und Bildungsniveau	115

Kapitel V

Zur Struktur und Funktion des Bildungs- und Ausbildungsniveaus	122
1. Verlauf der Bildungsphase, Art und Richtung der Qualifikation	122
2. Soziale Aktivitäten während der Ausbildungsphase	136
3. Alters- und systembedingte Veränderungen im Niveau und Verlauf der Ausbildung	141

4. Zusammenhänge zwischen Bildungsqualifikation und politischer Karriere	Seite 143
a. Bildungsniveau und Beginn politischer Aktivität	145
b. Bildungsniveau und politische Aufstiegs- geschwindigkeit	149
5. Zusammenfassung	154

Kapitel VI

Die Generationsfrage in der Politik: Generations- zugehörigkeit und politisches Verhalten	156
1. Zur Problematik der Klassifizierung von Gene- rationen nach unterschiedlichen Kriterien	156
2. Die Altersstruktur als Klassifizierungsgrund- lage einer bestimmten Generationszugehörigkeit	161
a. Generationszugehörigkeit und der Lebensab- schnitt des Beginns politischer Aktivität	161
b. Generationszugehörigkeit und Modalität des innerparteilichen Werdeganges	169
c. Zur Einstellung und dem Verhalten der Gene- rationen im NS-System 1933-1945 und im 2. Weltkrieg	170
d. Generationszugehörigkeit und politische Aufstiegsgeschwindigkeit	173
e. Generationsspezifische Unterschiede beim Elitenabgang	183
3. Die historische Phase der Ausbildung als Klassifizierungsgrundlage einer Generations- zugehörigkeit	185
4. Der frühestmögliche Beginn politischer Betäti- gung als Klassifizierungskriterium zur Bildung von Generationstypen	191

<u>Kapitel VII</u>	<u>Seite</u>
Die politische Vergangenheit des Führungspersonals der Bundesländer: Parteikarriere, parlamentarischer Werdegang und politisch-soziale Aktivitäten vor dem Zusammenbruch des Dritten Reichs	202
A. Politische Aktivitäten vor 1933	202
1. Das Engagement in den Weimarer Parteien	203
2. Erfahrungen in öffentlichen Wahlämtern vor 1933	213
3. Soziale Aktivitäten in politischen Organisationen vor 1933	217
B. Politisches Verhalten und beruflicher Werdegang im Dritten Reich	219
1. Zur Abgrenzung verschiedenen NS-Verhaltens	221
2. Negative Einstellung zum NS-Regime und Folgewirkungen	226
3. Zusammenhänge zwischen gegnerschaftlichem NS-Verhalten und der Parteikarriere nach 1945	230
4. Der privatberufliche Werdegang im Dritten Reich	231
a. Die Folgen politischen Engagements im Kaiser-Reich und in Weimar	234
b. Die Interdependenz zwischen politischer Einstellung zum NS-Regime und der Berufskarriere	237
5. Positives NS-Verhalten	240
a. Karrierekontinuität als Folge der Akzeptierung oder Unterstützung des NS-Regimes	240
b. Politische Erfahrungen vor 1933	242

	Seite
c. Das Beitrittsverhalten nach 1945	244
d. Positive NS-Einstellung und innerparteilicher Aufstieg in den Nachkriegsparteien	245

Kapitel VIII

Die privatberufliche Karriere: Fachwissen in der Politik und die Professionalisierung der Politik	250
1. Zusammenhänge zwischen Ausbildung, Berufskarriere und politischer Betätigung	253
2. Die vorpolitische Berufskarriere: Die beruflichen Rekrutierungsfelder	257
a. Die Gewerkschaften	260
b. Die Freie Wirtschaft	261
c. Der Öffentliche Dienst	262
3. Erfahrungen in unterschiedlichen Berufsrollen	264
4. Die beruflichen Rekrutierungsfelder bei erster und folgenden Kabinettsberufungen	273
5. Soziale Aktivitäten bei erster und folgenden Kabinettsberufungen	284

Kapitel IX

Die Rekrutierungs- und Selektionsfunktion des bundesrepublikanischen Parteiensystems	291
1. Parteibeitritt, Gründungsfunktionen und parteipolitische Erfahrungen vor 1945	291
a. Die unterschiedliche Ausgangssituation beim Parteibeitritt nach 1945	295
b. Zusammenhänge zwischen NS-Verhalten und parteipolitischer Orientierung nach 1945	300

	Seite
c. Typen innerparteilicher Aufstiegsmuster	307
d. Zur Interdependenz zwischen innerparteilicher und parlamentarischer Karriere	315
e. Die unterschiedlichen Aufstiegsgeschwindigkeiten innerhalb der bundesrepublikanischen Parteien	320
2. Die Parteikarrieren der Parteigründungsmitglieder	326
3. Die Parteiwechsler nach 1945	331
4. Die Mitglieder der politischen Exekutiven der Bundesländer - Delegationseliten der Parteiführungsgremien?	335

Kapitel X

Die parlamentarisch-politische Karriere nach 1945: Vertikale und horizontale Mobilität	344
1. Die Qualifizierung in politischen Wahlämtern vor Gründung der Bundesrepublik	347
2. Karriereerfahrung in der Kommunalpolitik	353
3. Die Landtagskarrieren: Die Funktion der Landtage als zentrales Selektionsorgan	361
4. Das Landeskabinetts als Rekrutierungsorgan	370
5. Die parlamentarisch-politischen Karrieren auf Bundesebene	374
6. Der Grad der parlamentarischen Bindung bei erster und folgenden Kabinettsberufungen	380
7. Die Rekrutierung aus Exekutiven und politischen Ämtern der Verwaltung	390
8. Bestimmungsfaktoren für parlamentarische Aufstiegsgeschwindigkeit und vertikale Mobilitätsprozesse	393

Kapitel XI

	Seite
Zur Problematik des Abgangs politischen Führungs- personals in der Bundesrepublik	402
1. Vorbemerkung	402
2. Elitenabgang auf Zeit: Zirkulation als verzögerter Abgang	405
3. Zur Situation bei letztem Abgang aus dem Kabinettt	413
a. Alter und Motivation	413
b. Die Abgangsbereiche	416
c. Weitere Forschungsfragen im Zusammenhang mit dem Elitenabgang	424

Kapitel XII

Ergebnisse und Forschungsperspektiven	426
1. Zusammenfassung der Ergebnisse	426
2. Die Bedingungen der politischen Führungsaus- wahl in komplexen Industriegesellschaften: Problemstellungen und Perspektiven	474

<u>Band II</u>	Seite
Anmerkungen	1
<u>Kapitel I:</u> Forschungsansatz und zentrale Problemdimensionen	1
<u>Kapitel II:</u> Methodische und theoretische Ansätze der empirisch-analytischen Elite- forschung	27
<u>Kapitel III:</u> Zur Erhebung, Aufbereitung und Interpretation des Datenmaterials	62
<u>Kapitel IV:</u> Zur Repräsentationsproblematik: Die soziale Herkunft	71
<u>Kapitel V:</u> Zur Struktur und Funktion des Bildungs- und Ausbildungsniveaus	89
<u>Kapitel VI:</u> Die Generationsfrage in der Politik: Generationszugehörigkeit und poli- tisches Verhalten	97
<u>Kapitel VII:</u> Die politische Vergangenheit des Führungspersonals der Bundesländer	107
<u>Kapitel VIII:</u> Die privatberufliche Karriere: Fach- wissen in der Politik und die Pro- fessionalisierung der Politik	112
<u>Kapitel IX:</u> Die Rekrutierungs- und Selektions- funktion des bundesrepublikanischen Parteiensystems	122
<u>Kapitel X:</u> Die parlamentarisch-politische Karriere nach 1945: Vertikale und horizontale Mobilität	128
<u>Kapitel XI:</u> Zur Problematik des Abgangs poli- tischen Führungspersonals in der Bundesrepublik	135
<u>Kapitel XII:</u> Ergebnisse und Forschungsperspek- tiven	142

Tabellen I - CXII	Seite 143
Literaturverzeichnis	251
A. Monographien	251
B. Zeitschriften/Zeitungen	262
C. Sammelwerke	279
D. Sonstiges	285
E. Quellen	286

Einleitung: Die Zielsetzung der Studie

Nach 1945 hat sich die politologisch-soziologische Eliteforschung stark ausgeweitet, es sind zahlreiche empirische Studien¹ entstanden, die unter ähnlichen Fragestellungen vorwiegend Führungsgruppen² in Politik und Wirtschaft analysierten. Das primäre Erkenntnisinteresse dieser Arbeiten bestand darin, Analysen über die personelle Zusammensetzung spezifischer Führungsgruppen³ zu erzielen - Sozialprofile zu erstellen -, wobei von folgenden zentralen Fragestellungen ausgegangen wurde: Wer sind die Inhaber der Spitzenpositionen in Politik und/oder Wirtschaft, welchen sozialen Schichten entstammen sie und welche repräsentieren sie, welches Bildungs- und Ausbildungsniveau besitzen sie und welchen Verlauf hat ihre Karriere in die Führungsämter genommen?

Hinzu kam, daß insbesondere bei Studien über die Zusammensetzung politischer Führungsgremien bis in die 60-er Jahre hinein der Frage nach der NS-Vergangenheit besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Bei den Untersuchungen, die in den politischen Bereich zielten, standen vor allem die parlamentarischen und exekutiven Führungsgruppen sowie die der Parteien auf nationaler Ebene⁴ im Mittelpunkt des Untersuchungsinteresses, wogegen das politische Führungspersonal der Bundesländer bisher wenig Beachtung fand. Die vorliegende Arbeit hat es sich zum Ziel gesetzt, durch eine historisch-systematische Analyse einer politischen Funktionsgruppe auf der mittleren Ebene der bundesrepublikanischen Staatsordnung (den Mitgliedern der Landeskabine) eine bis heute bestehende "Lücke" der empirisch-analytischen Eliteforschung zu schließen.

Eine Vielzahl biographischer Daten wurde erhoben, systematisiert und unter vergleichenden Aspekten analysiert. Zugleich wurden damit Personaldaten einer spezifischen politischen Teil-Elite der Bundesrepublik für vergleichende nationale und internationale Studien bereitgestellt, die sich mit der Struktur, Rekrutierung und Selektion von Führungsgruppen befassen.

In der vorliegenden Arbeit werden die für die politische Teil-Elite "Länderminister" erzielten empirischen Ergebnisse unter zwei Aspekten ausgewertet:

1. Worin unterscheidet sich die politische Teilelite "Länderkabinettsmitglieder" von den politischen Eliten der nationalen Ebene?
2. Worin unterscheidet sie sich von nicht-politischen Eliten, beispielsweise von ökonomischen Führungsgruppen?

Um diese beiden zentralen Fragestellungen zu lösen, mußte auf die empirischen Ergebnisse der Studie eingegangen werden, die sich mit den bundespolitischen und ökonomischen Führungsgruppen befaßten.

Einige Ergebnisse dieser zahlreichen Studien werden unter vergleichenden Gesichtspunkten herangezogen, um Bezugspunkte zur Bewertung und Interpretation der erzielten Ergebnisse zu erhalten.

So wird u.a. auf die Arbeit von H. Kaack (Geschichte und Struktur des deutschen Parteienwesens, Opladen 1971) eingegangen, die sich u.a. mit dem politischen Führungspersonal der Bundesebene beschäftigt. Auf seine Ergebnisse über die Zusammensetzung und Mitgliederstruktur

des Bundestages und dessen parlamentarische Führungsgruppen wird verwiesen. Kaack befaßt sich mit Fragen der Rekrutierung und Selektion der politischen Führungselite auf nationaler Ebene und analysiert detailliert die selektive Funktion der bundesrepublikanischen Parteien anhand zahlreicher empirischer Beispiele, was in der vorliegenden Arbeit ebenfalls Untersuchungsgegenstand ist. So verweist Kaack verschiedentlich auf die determinierende Funktion der Parteien für den Ausleseprozeß: "Wenn hier behauptet werden kann, daß die Rekrutierung der Führungselite die Hauptfunktion (der Parteien) sei, dann vor allem deshalb, weil in diesem Punkt die Erfüllung der Funktion... eindeutig gegeben ist."⁵ An einigen Stellen werden auch die Ergebnisse einer früheren Untersuchung von Kaack (Wer kommt in den Bundestag? Köln/Opladen 1969) vergleichend berücksichtigt.

Auch die Ergebnisse zweier Analysen von K.v.Beyme (Die politische Elite in der Bundesrepublik, München 1971; Regierungswechsel 1969, Zum Wandel von Karrieremustern der politischen Führung, München 1969⁶) werden unter dem Aspekt überprüft, inwieweit beispielsweise bezüglich Herkunft, Bildungsniveau und Karriereverlauf für die Landesebene gegenüber der Bundesebene Abweichungen festzustellen sind.

Beymes These, "die Erforschung von Politikerkarrieren hat auch, abgesehen von ihrem mittelbaren Aufschluß über politischen Einfluß bei 'key decisions', ihren Wert für die Erforschung von Parteistrukturen, die Wirkungen von Institutionen auf politisches Verhalten, die Erhellung der Zusammenhänge von Bundes-, Landes- und Lokalpolitik, Kabinettsstabilität und Ämterrotation, die Wirkung von Ausbildungssystemen, die Interdependenz von Wirtschaft, Massenmedien, Kirchen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Bereichen und der Politik,"⁷ soll mittels der vorliegenden Erhebungsgruppe verifiziert werden.

Ebenso finden die Arbeiten von W. Zapf (Wandlungen der deutschen Elite, München 1966) und die der Konstanzer Studiengruppe (W. Zapf, Hrsg., Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, München 1965) Berücksichtigung, da sie sich - wie die vorliegende Arbeit - mit Analysen von Sozialprofilen und Karriereverläufen spezifischer Elitegruppen befassen. Bis heute sind keine Nachfolgestudien insbesondere der in dem Sammelband von 1965 veröffentlichten empirischen Arbeiten publiziert worden, so daß unter vergleichenden Aspekten häufig auf die Ergebnisse der Studien von Zapf verwiesen wird.

Etwa zur gleichen Zeit, als Zapfs Ergebnisse veröffentlicht wurden, publiziert auch R. Dahrendorf (Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965) seine Analysen über die Zusammensetzung der deutschen Führungsschicht, wobei unter vergleichenden Aspekten insbesondere seine Daten über die Herkunft, das Bildungs- und Ausbildungsniveau, die historische Erfahrung in Weimar und im NS-Reich sowie der Karriereverlauf des - von ihm als "Kartell der Angst" bezeichneten - bundespolitischen Führungspersonals nach 1945 für die vorliegende Studie von Interesse sind. An einigen Stellen wird auf die Ergebnisse von Dahrendorf Bezug genommen und geprüft, ob einige seiner relevanten Ergebnisse (beispielsweise das Juristenmonopol in der Bundespolitik) auf die Landesebene übertragbar sind.

Von den erst in jüngerer Zeit publizierten Studien wird vorrangig auf die von D. Herzog (Politische Karrieren, Opladen 1975) eingegangen, dessen Ergebnisse auf im Jahr 1968 durchgeführte Intensiv-Befragungen von Bonner Spitzenpolitikern basieren, die Führungsämter in der Bundesregierung, im Bundestag und in der Parteibürokratie bekleideten. Einige, von Herzog neu entwickelte

empirisch-analytische Fragestellungen, werden übernommen. Gleichfalls wird in der vorliegenden Untersuchung (wie im Abschnitt "Methodischer und theoretischer Ansatz" näher erläutert) der von Herzog entwickelte Ansatz der Prozeß-Analyse angewandt. Seine Ergebnisse beispielsweise über Strukturmuster politischer Karriereverläufe - wie Art des innerparteilichen Werdeganges; Bedeutung von Parteijugendorganisationen für den Rekrutierungsprozeß; Bedeutung politischer Erfahrung; innerparteiliche und parlamentarische Aufstiegsgeschwindigkeit - können im Hinblick auf Abweichungen oder Übereinstimmung zu den Ergebnissen der Landesebene überprüft werden.

Der Verfasser selbst hat unter politologisch-soziologischen Fragestellungen die Mitglieder der Bundesregierungen zwischen 1949 und 1972 analysiert (R.-P. Lange, Auslesestrukturen bei der Besetzung von Regierungsämtern, Opladen 1973), auch einige Ergebnisse dieser Studie werden punktuell zur Interpretation der in der vorliegenden Arbeit erzielten Ergebnisse hinzugezogen.

Auch U. Jaeggi (Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1969), behandelt in seiner Arbeit an einigen Stellen die sozialstrukturelle Zusammensetzung der politischen Elite der Bundesrepublik, seine Ergebnisse über die Stabilität der Eliten ("Stabilität ist ohnehin ein Zeichen deutscher Eliten")⁸ und die spezifischen Auslesemechanismen ("Die heute geltenden Auslesemechanismen sind deutlich an den Schul- und Ausbildungssystemen ablesbar")⁹, in der Bundesrepublik können im Hinblick auf ihre Allgemeingültigkeit überprüft werden.

Die umfangreichste Erhebung und Analyse über Karrieremuster, soziale Herkunft und Einstellung zum politischen System von westdeutschen Führungseliten in Politik, Wirtschaft und Öffentlichem Dienst haben W. Kaltefleiter und R. Wildenmann durchgeführt; die Studie wurde bis heute nicht vollständig veröffentlicht, einige Arbeiten nehmen jedoch auf ihre Ergebnisse Bezug (z.B. E. Enke, Oberschicht und politisches System der Bundesrepublik Deutschland, Bern/Frankfurt 1974; B. Steinkemper, Klassische und politische Bürokraten in der Ministerialverwaltung der Bundesrepublik, Köln/Berlin/ München/Bonn 1974). Aus den bis heute veröffentlichten Teilergebnissen (in: manager magazin, Nr. 4 1974, S. 94)¹⁰ ist erkennbar, daß Kaltefleiter und Wildenmann 15 Teileliten gesondert analysiert (darunter zusammengefaßt in einer analytischen Gruppe die Mitglieder der Bundes- und Länderexekutiven) haben; auch die Ergebnisse dieser Untersuchung werden vergleichend herangezogen.

Auf zwei empirische Studien, die sich mit der Struktur des ökonomischen Führungspersonals in der Bundesrepublik befassen (H. Pross/K.W. Boetticher, Manager des Kapitalismus, 1971; M. Kruk, Die großen Unternehmer, Frankfurt a.M. 1972) wird an einigen Punkten näher eingegangen mit der Zielsetzung herauszuarbeiten, ob und ggf. in welchen Merkmalen sich das politische vom ökonomischen Führungspersonal unterscheidet. Das primäre Erkenntnisinteresse soll in diesem Zusammenhang durch drei Fragestellungen verdeutlicht werden:

1. Ist "die soziale Disproportionalität zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten" im politischen Sektor größer als im ökonomischen Sektor?
2. Welches Sozialprofil besitzen die unterschiedlichen politischen und ökonomischen Funktionseliten?

3. Worin unterscheiden sich die Aufstiegsprozesse in die jeweiligen Führungspositionen, was ist das spezifische an den politischen Karrieremustern?¹¹

Um das von der Sozialstruktur der Gesamtbevölkerung¹² erheblich abweichende Sozialprofil der politischen Eliten zu verdeutlichen, wurden Statistiken und Ergebnisse spezieller Arbeiten über die sozialstrukturelle Zusammensetzung der bundesrepublikanischen Gesamtbevölkerung zu unterschiedlichen Zeitpunkten und über diesbezügliche Wandlungsprozesse ergänzend hinzugezogen. (M. Janowitz, Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland, 1958; K.M. Bolte/D. Kappe/F. Neidhardt, Soziale Schichtung in der Bundesrepublik, 1966; H. Klatt, Die finanzielle Stellung der Abgeordneten¹³, 1971; im "Der Spiegel" veröffentlichte Statistiken). Ebenso wird auf die Ergebnisse von Repräsentativ-Erhebungen über die Struktur bestimmter Bevölkerungsgruppen zu unterschiedlichen Zeitpunkten (Veröffentlichungen von Erhebungen des Wickert-Instituts, Infas-Instituts, Emnid-Instituts) in der vorliegenden Arbeit unter vergleichenden Gesichtspunkten eingegangen, um anhand dieser Ergebnisse die Probleme der Repräsentation in einer demokratisch strukturierten Industriegesellschaft aufzuzeigen. Aus diesem Grunde wird auch an verschiedenen Punkten detaillierter auf die Arbeit von G. Kleinig (Soziale Mobilität in der Bundesrepublik¹⁴, 1975) verwiesen, der Wandlungsprozesse in der sozialen Schichtung der Gesamtbevölkerung analysiert; die Ergebnisse dieser Studie werden zur Interpretation mit herangezogen.

Die ausgewählte politische Führungsgruppe (die Mitglieder der Exekutiven der Bundesländer zwischen 1946/47 und 1974) selbst wurde bis heute von A. Hess (Zur Parlamentsmitgliedschaft der Minister in Bund und Ländern 1946-1971, 1971)¹⁵ nur sehr oberflächlich und nur unter einem sehr

speziellen Aspekt analysiert, ausschließlich "die Parlamentsmitgliedschaft bzw. Nichtmitgliedschaft der westdeutschen Minister in rd. 25 Jahren parlamentarischer Regierungen (wird) statistisch-empirisch dargestellt".¹⁶

Differenziert wird dort nach Bundesländern, Parteien und Ressorts. Hess hat jedoch seinen Forschungsansatz nur sehr allgemein gehalten formuliert: "Darüber hinaus soll auf Zusammenhänge zwischen der Parlamentsmitgliedschaft (oder Nichtmitgliedschaft) und anderen Zugehörigkeiten bzw. Sozialdaten der Minister hingewiesen werden."¹⁷ Auf einige seiner Ergebnisse, die sich nur auf die Mitglieder der Landesregierungen der Flächenstaaten beziehen, wird zurückgegriffen.

Dies sind im wesentlichen die empirischen Studien, auf die bei der Interpretation des eigenen Materials zurückgegriffen wurde. Damit sollte deutlich gemacht werden, in welchem Kontext die vorliegende Arbeit zu sehen ist, zugleich sind einige Orientierungspunkte für die Interpretation aufgezeigt. Darüber hinaus wurde an einigen Stellen auch auf solche Studien zurückgegriffen, die sich nicht primär mit der politisch-soziologischen Erforschung von Führungsgruppen befassen, jedoch zur vorliegenden Problematik einige Teilergebnisse liefern (beispielsweise H. Hartmann/H. Wienold, Universität und Unternehmer, 1967; D.K. Segal/D. K-noke, Auswirkungen von sozialer Schichtung, sozialer Mobilität und Statuskonsistenz auf die Infrastruktur des Parteiwesens in der Bundesrepublik¹⁸, 1974).

I. Forschungsansatz und zentrale Problemdimensionen

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Bedingungen und Problemen der politischen Führungsauswahl in einer komplexen Industriegesellschaft. Historisch-systematisch werden die Karrieren einer spezifischen Funktionselite in politische Führungspositionen insbesondere unter dem Gesichtspunkt analysiert, wie sich die Rekrutierungs-¹⁹ und Selektionsprozesse vollzogen haben.

Dieser Forschungsansatz ermöglicht es, Ergebnisse über die Funktion politischer Institutionen - insbesondere der Parteien²⁰ und des parlamentarischen Systems hinsichtlich der Elitebildung in einer repräsentativen Demokratie zu erzielen. Zugleich sollen die den Prozeß der politischen Führungsauswahl determinierenden Mechanismen herausgearbeitet werden.

Nicht die Einstellung und Handlungsweisen politischer Führungsgruppen sollen im Rahmen von macht- und herrschaftstheoretischen Aspekten analysiert werden, sondern primäres Erkenntnisinteresse ist die Frage nach der Funktionsweise politischer Teilstrukturen im Prozeß der politischen Elitebildung: Wie und in welchem Umfang nehmen politische Organisationen wie Parteien²¹ und Parlamente²² in einer pluralistischen Parteiendemokratie die ihnen demokratie-theoretisch zugeordneten Funktionen der Rekrutierung und Selektion von politischen Funktionseliten wahr und ist für Parteien und Parlamente unter diesem speziellen Aspekt seit 1945 ein Funktionswandel zu beobachten?²³ Im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Strukturen haben sich politische Institutionen gebildet und normative Regeln entwickelt²⁴, deren Organisationsformen Richtung, Aufstiegsgeschwindigkeit und Positionssequenzen politischer Karrieren bedingen.²⁵

Ein möglicher Funktionswandel des Parteien- oder des parlamentarischen Systems, aber auch des Bildungssystems oder des privatberuflichen Tätigkeitssektors könnte u.a. darin sichtbar werden, daß unterschiedliche Ein- und Aufstiegsprozesse in verschiedenen historischen Phasen in die politischen Führungspositionen festzustellen sind. Hypothetisch wird angenommen, daß bei Konstanz bestimmter Teilstrukturen, die den Auswahl- und Aufstiegsprozeß beeinflussen, gleichartige Positionssequenzen innerhalb und zwischen spezifisch politischen Institutionen zu beobachten sind, die über verschiedene Organisationsebenen hinweg in vergleichbaren Zeitabläufen und Zeiträumen empirisch nachvollzogen werden können. Letzteres würde bedeuten, daß noch aufzuzeigende Systemregeln der einzelnen Teilstrukturen, normative wie informelle Regeln, stabil geblieben sind. Die vergleichende Erforschung von gleichartigen Lebenswegen gestattet demnach Einsichten in Teilstrukturen des Gesamtsystems²⁶, in denen sich vorrangig die Auswahl-, Rekrutierungs- und Selektionsprozesse vollziehen, und zugleich Einsichten in die Funktionsfähigkeit bestimmter Subsysteme und deren Bedeutung für den Selektions- und Rekrutierungsprozeß.

In der historischen Entwicklung der bundesrepublikanischen Parteien werden insbesondere Struktur- und Organisationswandel u.a. sichtbar an unterschiedlichen Selektionsmechanismen und Rekrutierungsprozessen in den und zwischen den Parteien²⁷, die auch in sich jeweils regionalbezogene Besonderheiten deutlich werden lassen. Etablierte, über Jahre hinweg konstant gebliebene Machtverhältnisse in einzelnen Bundesländern (z.B. Hessen, Bremen mit langjährigen SPD-Regierungen) können u.a. zur Ausprägung spezieller Selektions-Mechanismen, zeitlicher Abfolgeprozesse und spezifischer Aufstiegsmuster innerhalb

der Parteien und innerhalb legislativer Gremien führen. Da die Kandidatenselektion und -rekrutierung eine der wesentlichsten Funktionen von Parteien in parlamentarischen Demokratien ist²⁸, kann die Analyse der innerparteilichen und parlamentarischen Karrieren von Landesministern über 25 Jahre hinweg Auskunft darüber geben, ob sich innerhalb der Parteien und Parlamente einerseits, zwischen ihnen und regional bedingt andererseits, Wandlungstendenzen²⁹ beobachten lassen, die Rückschlüsse auf den Grad der Stabilität³⁰ des parlamentarischen Parteienstaates zulassen³¹.

1. Problemdimension: Das politische Selektionssystem.

Damit ist eine der drei dieser Arbeit zugrunde liegenden zentralen Problemdimensionen angeschnitten: Die Frage nach dem Grad der Offenheit des politischen Rekrutierungs- und Selektionssystems³².

Eine formale Offenheit wird in allen demokratischen Systemen gefordert, viele Studien (u.a. U. Jaeggi, K.v. Beyme, V.v. Bethusy-Huc, W. Zapf, D. Herzog)³³ weisen jedoch auf die "soziale Disproportionalität zwischen Repräsentanten und Repräsentierten"³⁴ hin.

Analysiert werden soll anhand der Prozesse der politischen Führungsauswahl, ob und in welchem Umfang der theoretische Anspruch einer auf formaler Chancengleichheit basierenden demokratischen Massengesellschaft verwirklicht ist, bzw. worin ggf. die ungleichen Kandidaturchancen liegen.

Nach D. Herzog ist die Frage nach der Offenheit des Selektionssystems unter demokratie-theoretischen Aspekten ein Problem der politischen Partizipation: "Worum es bei dem Problem der Offenheit der Führungsauswahlprozesse in einer demokratischen Gesellschaft geht, ist ... die Frage, ob und inwiefern nichtpolitische Gründe die Teilnahme an der Konkurrenz um Mandate von vornherein ausschließen oder jedenfalls erheblich erschweren - beispielsweise Bildungsvoraussetzungen, beruflicher Status, Einkommen, soziale Sicherheit u.s.w."³⁵

Unter diesem Aspekt ist auch die vorliegende Arbeit zu verstehen: Einige dieser "nicht-politischen Gründe", die im Prozeß der Führungsauswahl restriktiv wirken, können detailliert herausgearbeitet werden. Wie das komplexe Problem der Offenheit des Selektions- und Rekrutierungssystem empirisch-analytisch bearbeitet werden soll, wird im folgenden konkretisiert.

Dabei dient die gewählte Zielgruppe (die Positionsinhaber der Exekutiven der Bundesländer) einerseits gewissermaßen als "Laboratorium". Die Auswahl einer Zielgruppe politischer Funktionsträger auf mittlerer Ebene des dreigliedrigen Staatsaufbaues der Bundesrepublik (nationale, landes und kommunale Ebene) ermöglicht andererseits darüber hinaus zugleich die Überprüfung der hypothetischen Fragestellung, ob es sich auf der mittleren Funktionsebene eines föderativen Systems um ein geschlossenes, weitgehend von der nationalen Ebene getrenntes, undurchlässiges Selektionssystem handelt, in dem die Bundesländer ein starkes Eigengewicht entwickelt haben.

Von der personellen Besetzung politischer Legislativ- und Exekutivpositionen her betrachtet, kann als ein Kriterium für die Funktionsfähigkeit des föderativen Staatsaufbaues ein gewisses Maß an Fluktuation/Zirkulation

zwischen kommunaler-, Landes- und Bundesebene angesehen werden. Eine solche Fluktuation gewährleistet, daß der Politiker die spezifischen Probleme der unterschiedlichen Organisationsebenen aus eigener Erfahrung kennt und ihre Dimensionen einzuschätzen vermag, was wiederum einer sinnvollen Kooperation zwischen den Organen der drei Ebenen zugute-kommt³⁶, und die Integration eben durch die personelle Rotation des Gesamtsystems fördert. Es wird daher zu untersuchen sein, inwieweit die Landesebene personell in einen Austauschprozeß mit den beiden anderen Organisationsebenen integriert ist und in welcher Richtung diese "Personalströme" primär verlaufen. Dabei kann lediglich festgestellt werden, ob die Mitglieder der Landesregierungen auf kommunaler und/oder Bundesebene politische Erfahrungen in Führungsgremien gesammelt haben, in welcher Abfolge politische Karrieren über die drei Stufen verlaufen, welche Positionen im einzelnen dabei besetzt wurden, wie lange sie gehalten wurden, in welchem Maße Ämterhäufung als Regelfall zu beobachten war.

Welche Bedeutung Politiker dagegen der Tätigkeit auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems beimessen (inwieweit sie Positionen in bestimmten Gremien auf bestimmten Ebenen als Karriereziel betrachten), kann nicht ermittelt werden, da diese subjektiven Daten nicht erhoben werden konnten: Aber die Untersuchung des "Elitenabgangs" (was wird aus politischem Führungspersonal?) d.h., konkret: der Abgang aus der Position des Landesministers läßt Schlüsse darüber zu, in welchem Maße sich die Landesebene zu einem eigenständigen politischen Karrierebereich herausgebildet hat, ob sie nur eine politische Durchgangsstation auf dem Weg in die nationale Ebene darstellt oder ob sie vorwiegend die Funktion des "Auffangbeckens" für auf nationaler Ebene

Gescheiterte³⁷ bekommen hat, bzw. denen, die nicht bei der Kandidatur zu nationalen Gremien zum Zuge gekommen sind, als Ersatz und/oder Wartestellung dient.

Der in allen modernen Industriegesellschaften zu beobachtende Trend der Entwicklung zur Professionalisierung der Politik hat - wie weiter unten noch erläutert wird - zur Folge, daß eine politische Betätigung nicht nur für einen kurzen Zeitraum angestrebt wird, sondern ein längeres, kontinuierliches Verbleiben im politischen Sektor notwendig wird. Politik kann nicht mehr nebenberuflich wahrgenommen werden, da, wie Loewenberg betont³⁸, ein Wandel der politischen Rollen eingetreten ist: Beispielsweise hat das Parlament einen Funktionswandel in dem Sinne erfahren, daß es sich zum Kontrollorgan der Verwaltung entwickelt hat. Diese Kontrollfunktion kann jedoch nur von Mandatsträgern wahrgenommen werden, die sich politisch-fachlich spezialisieren. Damit ist ein Zwang zur Spezialisierung gegeben, der Parlamentarier kann nicht alle politischen Sachgebiete voll inhaltlich abdecken. Dieser Zwang wiederum bedingt, daß bestimmte Sozialgruppen mit entsprechendem Ausbildungsniveau und beruflicher Erfahrung begünstigt sind, wenn es in den Parteien um die Kandidatenaufstellung z.B. für parlamentarische Mandate geht.

Politik wird ein beruflicher Sektor, mit spezifischen Karrieremöglichkeiten und Perspektiven. Damit einher geht eine zunehmende Anpassung an die Bedingungen des politischen Berufssektors. Die permanente, hauptberufliche Beschäftigung mit politischen Problemen verschafft Sachkenntnis der politischen Materie. Der politische Beruf wird die finanzielle Basis und bietet nach Jahren

der Zugehörigkeit zunehmend soziale Sicherheit. Mit dem längeren Verbleiben in der Politik wächst jedoch zugleich die Entfremdung von der ursprünglich wahrgenommenen privatberuflichen Tätigkeit, eine Rückkehr in den ehemaligen Privat-Beruf wird mit zunehmendem Verbleiben in der Politik immer schwieriger (Entfremdungsprozeß), wie D. Herzog ausführlich schildert³⁹.

Die Zielsetzung der Berufspolitiker wird es daher, Unterbrechungen der politischen Karriere zu vermeiden, um in der politischen Funktionsebene, in der man durch längere Zugehörigkeit Prestige und Einfluß gewonnen hat, zu verbleiben. Unter dieser Prämisse ließ sich die Hypothese entwickeln, daß die große Mehrheit der Politiker, die eine Exekutivposition auf Landesebene erreicht haben, diese Funktionsebene aus den oben geschilderten Gründen nicht mehr verlassen wollen, sondern nach Abgabe der Ministerposition entweder in den Ruhestand treten oder z.B. nach einem wahlbedingten Machtwechsel als MdL weiter politisch tätig sind (im engeren politischen Bereich verbleiben) und auf die Rückkehr in die Exekutive hoffen. Die Abgänge vom Landesministeramt zum MdB oder gar zum Bundesminister wären demnach ebenso eine Ausnahme wie der Abgang aus der Landesregierung in die Kommunalpolitik. Läßt sich feststellen, daß die Landesebene in diesem Sinne einen eigenständigen Bereich bildet (was auch dadurch begünstigt wird, daß sie nicht nur auf Bundesebene konzipierte Aufgaben auszuführen hat - Auftragsverwaltung-, sondern in einzelnen Bereichen autonome Entscheidungskompetenzen (Bildung, Kunst) besitzt), so würde sie dies qualitativ von der kommunalen Ebene unterscheiden.

Im Zusammenhang der generellen Problemstellung nach der Offenheit des politischen Selektionssystems konnte ermittelt werden, ob es zur Herausbildung unterschiedlicher Selektionssysteme zwischen den Bundesländern

gekommen ist. Punktuell war es möglich, diesen generellen Rahmen der Interpretationsrichtung noch zu spezifizieren und noch detaillierter ggf. bestehende Unterschiedlichkeiten zwischen Selektionsmechanismen (wie den Parteien und den parlamentarischen Gremien) und deren interagierende Wirkungsweise aufzuzeigen. Da die analysierten Bundesländer u.a. unterschiedliche gesellschafts-politische, historische Entwicklungen besitzen, ihre sozio-ökonomische Struktur und ihr politisch-organisatorischer Aufbau z.T. erheblich voneinander differieren, geht die Hypothese dieses Fragenzusammenhanges dahin, daß diese jeweils regional-spezifischen Unterschiede auch in Besonderheiten des Rekrutierungs- und Selektionsprozesses deutlich werden, die sich u.a. im innerparteilichen Karriereverlauf, parlamentarischen Werdegang, der politischen Aufstiegsgeschwindigkeit und dem Grad der kommunalpolitischen Erfahrung niederschlagen.

Mit der Problemorientierung auf die Untersuchung von Funktionsveränderungen politischer Teilstrukturen (was die Möglichkeit bot, Teilbereiche komplexer Systeme transparent zu machen) und der Frage nach der Offenheit oder Geschlossenheit des Selektionssystems eng verknüpft ist ein weiterer traditioneller demokratietheoretischer Aspekt: Die Problematik der Repräsentation unterschiedlicher Interessen und Sozialgruppen in den politischen Entscheidungsgremien. Ist der Zugang zu politischen Führungspositionen so reglementiert, daß jedem potentiellen Bewerber die Möglichkeit gegeben ist, Führungsämter zu übernehmen?⁴⁰ So wird einerseits zu fragen sein, inwieweit in den politischen Führungsgruppen die verschiedenen Sozialgruppen einer Gesellschaft repräsentiert werden. Andererseits wird zu analysieren sein, welchen Individuen mit gleichen Merkmalen (Bildung, Konfession, Geschlecht) und vergleichbaren⁴¹ Aufstiegswegen es überproportional gelingt, diese politischen Führungspositionen zu besetzen.

Über die Frage der Möglichkeiten und Chancen der Repräsentation generationsbedingter Unterschiede hinaus wird zu analysieren sein, ob die zweifellos schon immer bestehende Disproportionalität und Diskrepanz zwischen politischer Führung und Bevölkerung⁴² sich in den letzten 25 Jahren verschärft oder verringert hat⁴³. Dies kann daran gemessen werden, ob und ggf. in welchem Umfang sich die Sozialstruktur des politischen Führungspersonals im Verhältnis zu der Bevölkerung verändert hat: Ist das politische System der Bundesrepublik so "durchlässig" konstruiert⁴⁴, daß es den ihm zugrunde liegenden Postulaten entspricht und prinzipiell jedermann den Einstieg in politische Führungspositionen gestattet oder welche Gruppen sind nach wie vor in einer Weise begünstigt, daß sie eben in den politischen Entscheidungszentren überrepräsentiert sind⁴⁵? In diesem Zusammenhang wird zu fragen sein, ob es parteispezifische Unterschiede gibt, ob sich z.B. das Führungspersonal der SPD in den Bundesländern in den letzten Jahren noch weiter von seiner Basismitgliedschaft und ihrer Wählerschaft dadurch entfernt hat (und deren originäre Interessen nur noch schwer vertreten kann), daß die SPD zunehmend Akademiker sowohl in ihren Führungsorganen als auch in Exekutivpositionen repräsentiert⁴⁶. Die sich in ihrem Selbstverständnis als Volksparteien begreifende CDU und SPD werden demnach unter dem Aspekt analysiert, in welchem Umfang es Angehörigen unterer Schichten gelingt, in der Partei aufzusteigen und ministrabel zu werden. Dabei werden dezidiert die innerparteilichen Aufstiegsprozesse analysiert, die Rückschlüsse auf die Struktur und Durchlässigkeit des Organisationsgefüges zulassen. Es wird die Hypothese zu prüfen sein, ob Richtung und Geschwindigkeit innerparteilicher Aufstiegsprozesse ausschließlich strukturell bedingt sind: Je lockerer das Organisationsgefüge der Partei und je geringer die Mitgliederzahl, desto weniger streng formalisiert sind die

Auswahlprozesse und desto eher gelingt es Außenseitern, "Blitzkarrieren" zu absolvieren. Es wird jedoch bezweifelt, daß der Organisationsgrad diesen determinierenden Einfluß besitzt und die These aufgestellt, daß es in ebenso starkem Maße nicht-politische Faktoren wie Herkunftsmilieu, persönliche Fähigkeiten, akademische Ausbildung oder Beitrittsalter sind, die neben dem Organisationsgefüge in allen Nachkriegsparteien für den Rekrutierungs- und Selektionsprozeß von Bedeutung sind. Weiterhin wird behauptet, daß nach 1945 insbesondere der Faktor "historisch-politische Erfahrung" im wesentlichen Aufstiegsprozesse determinierte.

So soll bei dieser Fragestellung von der Hypothese ausgegangen werden, daß es prinzipiell nicht-institutionelle Mängel der Auswahlgremien sind, die restriktive Auswahlprozesse bedingen, sondern daß es vorwiegend nicht-politische Gründe sind, aus denen sich die nur eingeschränkt "repräsentative" Zusammensetzung politischer Führungsgremien ableiten läßt. Bestehende Vorurteile gegenüber Angehörigen der unteren Schichten^{46a}, denen von vornherein ein Mangel an der prinzipiellen Fähigkeit der Erwerbung von "skills" unterstellt wird, sind ein Faktor; bestehende Bildungsbarrieren sowie berufsspezifische Unterschiede in Bezug auf die Abkömmlichkeit sind weitere nicht-politische Gründe, die restriktiv auf Auswahlprozesse einwirken. Nicht mehr ein unterschiedliches politisches Engagement der verschiedenen sozialen Schichten ausschließlich begünstigt oder verringert die Chance, für politische Führungsämter selektiert zu werden, sondern privatberufliche Erfahrungen und persönliche Fähigkeiten bekommen Relevanz.

Die Problemdimension "Offenheit des politischen Systems" im Sinne einer angemessenen Repräsentation der unterschiedlichen Interessen und Berücksichtigung von Zielvorstellungen verschiedenartig strukturierter Gruppierungen muß demnach spezifiziert werden: Woran liegt es, daß in politischen Führungsämtern (Parlamenten, Regierungen) überwiegend Vertreter von ohnehin schon privilegierten Sozialgruppen zu finden sind⁴⁷, d.h., "daß Angehörige verschiedener Sozialgruppen offensichtlich unterschiedliche Chancen der Kandidatur für politische Führungspositionen haben."⁴⁸

Da sich in einem parlamentarisch-demokratischen Parteiensystem die Rekrutierung und Selektion über die Parteien vollzieht, sind im Zusammenhang der aufgezeigten Problemdimension zugleich Fragen der innerparteilichen Demokratie⁴⁹ angerissen; in welcher Richtung und in welcher Zeit, über welche Organisationsebenen verlaufen die innerparteilichen Karrieren⁵⁰ derer, die sich entschlossen haben, politisch zu partizipieren, welche Sozialgruppen können sich beim innerparteilichen Personalauswahlprozeß nicht durchsetzen, bzw. Angehörige welcher gesellschaftlichen, beruflichen oder sonstigen Gruppe werden bei der Rekrutierung politischen Führungspersonals begünstigt⁵¹? Wem gelingt es in einer komplexen Industriegesellschaft, in den politischen Rekrutierungs- und Selektionsprozeß "einzusteigen"? Welchen Personengruppen mit welchen sozial-statistischen Merkmalen gelingt es, sich im Rekrutierungs- und Selektionsprozeß durchzusetzen, welchen sozialen Schichten entstammen die Erfolgreichen, die in den politischen Führungsgremien einer repräsentativen Demokratie die Repräsentanten ihrer "Sozialen Muttergruppen"⁵² sind?⁵³

Die aufgezeigten Problemzusammenhänge sollten verdeutlichen, daß politische Aufstiegsprozesse nur dann sinnvoll interpretiert werden können, wenn man sie als interdependent zum gesamtgesellschaftlichen System sieht⁵⁴, d.h. die jeweiligen Systembedingungen und Wandlungstendenzen auch außerhalb des politischen Systems mit in der Analyse berücksichtigt.

Angelehnt an systemtheoretische Betrachtungsweisen⁵⁵, kann als das gesamte Selektionssystem die Summe der Teilstrukturen bezeichnet werden, in denen ausschließlich oder marginal Prozesse der Qualifikation (Bildung, Berufssektor), der Rekrutierung (Parteien)⁵⁶ und der Selektion (Parteien, Parlamente, politische Wahlämter) ablaufen. Dabei ist, wie bereits weiter oben ausgeführt, die Frage nach der Durchlässigkeit und nach möglicherweise notwendigen Veränderungen des gesamten Selektionssystems gestellt. Es wird in der vorliegenden Arbeit sowohl gefragt, wer die Eliten auf Landesebene sind und woher sie kommen als auch danach, wie die Strukturen und Prozesse verlaufen sind, die ihre Auswahl determinierten⁵⁷. Dabei wird ein zentraler Untersuchungsaspekt sein, in welcher Weise sich die Systembrüche in Deutschland (1918/19, 1932/33 und 1944/45) auf den privatberuflichen und politischen Werdegang der Untersuchungspersonen ausgewirkt haben und ob ein spezifisches Rollenverhalten in bestimmten historischen Phasen (z.B. im Dritten Reich) zu beobachten war, was u.a. auch K.W. Deutsch, L.J. Edinger, W. Zapf, K.v. Beyme und D. Herzog untersuchen⁵⁸. Die mehrfachen Systemwechsel, bei denen es sich in Deutschland - im Gegensatz z.B. zu Frankreich - um fundamentale Brüche der Staats- und gesellschaftspolitischen Grundordnung handelte, erschweren einerseits die

longitudinale Erfassung von Karriereverläufen, eröffnen andererseits jedoch interessante Forschungsaspekte: Es wurde die Hypothese entwickelt, daß berufliches und politisches Verhalten in einer bestimmten historischen Phase den beruflichen und politischen Werdegang in der darauf folgenden Epoche je nach dem Grad des politischen Engagements prägt. Die spezifischen Karriereverläufe in einer dieser geschichtlichen Phasen sind damit einerseits Resultate des Karriereverlaufs der vorherigen Epoche, andererseits zeichnet sich bereits künftiges gesellschafts-politisches Verhalten in der sich anschließenden Epoche perspektiv ab. Interdependenzen zwischen dem Kaiser-Reich, der Weimarer Republik, dem Dritten Reich und dem Nachkriegsdeutschland sollten unter dem Aspekt untersucht werden, daß die Ergebnisse der Analysen des beruflichen und politischen Werdeganges der Mitglieder der Landesregierungen nach 1945 erst dann sinnvoll zu interpretieren sind, wenn man den Karriereverlauf vor 1945 in Bezug zu dem nach 1945 setzt. An dieser Stelle soll - im Vorgriff auf die empirischen Ergebnisse - dies anhand dreier Beispiele verdeutlicht werden: Der berufliche Karrierestop im Dritten Reich konnte eindeutig mit Folgewirkungen politischer Aktivitäten in Weimar begründet und von daher abgeleitet werden. Andererseits war politisches Engagement im Kaiserreich ein wesentlicher Erklärungsfaktor für aktive Widerstandstätigkeit gegen die Nationalsozialisten. Ebenso konnte ermittelt werden, daß sich politische Aktivitäten in Weimar in direktes, unmittelbares parteipolitisches Engagement (Gründungstätigkeit) nach 1945 umsetzte.

Eine Analyse politischer Führungsgruppen nach 1945 hatte demnach zu beachten, daß beispielsweise beim Parteibeitritt nach 1945 - sowohl in historischer Sicht als auch unter subjektiven Gesichtspunkten - die private und politische Situation des einzelnen sehr unterschiedlich war:

Einige begannen zum ersten Mal in ihrem Leben parteipolitisch aktiv zu werden, andere setzten nach 12jähriger Unterbrechung in der wiedergegründeten Weimarer Partei innerparteiliche Aktivitäten fort, bei noch anderen handelte es sich um einen zweiten oder dritten Parteibeitritt, wobei noch generationsbedingt sich Unterschiedlichkeiten ergaben (nicht alle konnten bereits vor 1945 altersmäßig politisch aktiv sein).

Verschiedene empirische Analysen und Ergebnisse werden verdeutlichen, wie systemspezifische Strukturen nicht nur den politischen Werdegang, sondern die gesamte private Lebenssituation determinierten und wie einschneidend die Systemwechsel in Deutschland sich auf die Lebensläufe auswirkten. Erst das Zurückverfolgen der Werdegänge der politischen Elite der Bundesländer bis zum Zeitpunkt des Beginns ihrer politischen Sozialisation und die Berücksichtigung der jeweiligen Systembedingungen konnten Erklärungsfaktoren für den Verlauf der Nachkriegskarrieren liefern.

2. Problemdimension: Zur Bildung empirisch-analytischer Politiker-Typen nach verschiedenen Merkmalen

Die Frage nach unterschiedlichen Variablen einer politischen Funktionsgruppe wie Alter, Generationszugehörigkeit, Bildungsqualifikation, soziale Herkunft, beruflicher Status gehörten zum traditionellen Forschungsinteresse der empirisch-analytischen Eliteforschung. Auch die vorliegende Untersuchungsgruppe konnte nach verschiedenen Merkmalen klassifiziert werden. Personen mit gleichen Merkmalsausprägungen wurden zu empirisch-analytischen "Typen"

zusammengefaßt und nach verschiedenen Variablen befragt. Diese gebildeten analytischen Gruppen mit typischen Merkmalen wurden nach Unterschiedlichkeiten in Bezug auf die politische Rekrutierung und Selektion nach 1945 befragt:

Lebensphase des Beginns parteipolitischer Aktivität nach 1945, Parteiorientierung und Grad der Stabilität des Parteibeitritts, Aufstiegsgeschwindigkeit und Reichweite der innerparteilichen Erfahrung, Grad der parlamentarischen Erfahrung und Aufstiegsgeschwindigkeit.

Dabei war eine Hypothese für eine altersspezifische Aufschlüsselung der Erhebungsgruppe, daß, je jünger die Landespolitiker waren, als sie sich zum Parteibeitritt entschlossen, desto stärker die Orientierung auf progressive, auf dem linken Flügel des jeweiligen Parteienspektrums stehenden Parteien war.

Bei einer Aufgliederung der Ländereliten nach Parteigründungsmitgliedern und Nichtgründungsmitgliedern wurde unterstellt, daß die ersteren einen erheblichen Startvorteil bei der Bewerbung sowohl um innerparteiliche Führungsämter als auch um öffentliche Wahlämter besaßen, indem sie diesen Faktor der "Anciennität"⁵⁹ in den Nominierungsprozeß einbrachten.

Eine weitere Hypothese ging davon aus, daß Akademiker beispielsweise aufgrund spezifischen Fachwissens, argumentativer Diskussionsbeiträge und rhetorischer Überlegenheit gegenüber Nichtakademikern bei Kandidaturen im Vorteil waren und eher glaubhaft machen konnten, die Partei "besser" in einem öffentlichen Wahlamt zu repräsentieren als der nichtakademisch gebildete Mitbewerber.

Emigranten, aktiven NS-Widerstandskämpfern oder Personen, die aufgrund ihrer politischen Vergangenheit in Weimar im Dritten Reich über Haftaufenthalte berichtete⁵, wurde hypothetisch unterstellt, daß es ihnen gegenüber NS-Belasteten, aber auch denjenigen, die erst nach 1945 aus Altersgründen politisch aktiv werden konnten, in ihren Parteibasisorganisationen gelang, die demokratisch-antifaschistische Vergangenheit bei strittigen Kandidaturen als den entscheidenden Faktor für die Qualifizierung um ein parlamentarisches Amt in der Nachkriegsdemokratie herauszustellen und erfolgreich in die Waagschale zu werfen.

Damit ist die zweite zentrale Problemdimension in der vorliegenden Arbeit angerissen: Welche Variablen sind für den politischen Selektions- und Rekrutierungsprozeß von Bedeutung? Die - jeweils auf unterschiedliche Variable bezogen - entwickelten Typen können nicht sozialpsychologisch gefaßt werden, sie sollen auch nicht im Sinne der beispielsweise von J.D. Barber oder H. Kaack⁶⁰ entwickelten theoretischen Politiker-Karrieretypen verstanden werden (der Idealist, der Pragmatiker, der Fanatiker). Es soll vielmehr herausgearbeitet werden, ob sich empirisch-analytische Typen entwickeln lassen, die nicht nur generationsbedingt Unterschiedlichkeiten - berufliche und politische Erfahrungen verschiedener historischer Epochen - aufweisen, sondern sich in sozial-strukturellen Merkmalen unterscheiden, deren Rekrutierungs- und Selektionsprozesse differieren und die z.B. aufgrund gleichartiger Rekrutierungsmuster zu bestimmten analytischen Gruppen wie die "Gründergeneration", die "Weimarer", die "Emigranten", die "Widerstandskämpfer", die "Akademiker" zusammengefaßt werden können.

Die Vergleichsebenen sind dabei mannigfaltig, sie umfassen sowohl den zeitlichen (spezifische Generationsbildungen) wie den partei- und berufsspezifischen Aspekt. Ebenso kann versucht werden, ggf. regional spezifische Besonderheiten herauszuarbeiten. Durch die Klassifizierung der Untersuchungsgruppe und Zusammenfassung zu verschiedenen analytischen Typen sollten einerseits die Zusammenhänge bestimmter Karrierephasen (z.B. Ausbildungsphase und Berufsphase) und andererseits die Auswirkungen bestimmter Karrierephasen auf den Beginn politischer Aktivität, die politische Orientierung, den Verlauf der politischen Laufbahn - gemessen an spezifischen Orientierungspunkten - aufgezeigt werden.

Im einzelnen wurde von sechs Variablen bei der Klassifizierung ausgegangen:

1. Unter Anwendung der social-background-analysis konnte herausgearbeitet werden, welchen Einfluß die soziale Herkunft für die Art der Ausbildung besitzt und in welchem Umfang Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft, Beginn der politischen Rekrutierung und der politischen Orientierung bestehen (Bildung von Herkunftstypen).
2. Eine Klassifizierung der Untersuchungsgruppe nach Generationszugehörigkeit ergab vier Generationstypen. Die Analyse dieser vier Generationstypen konnte verdeutlichen, in wie weit sich diese hinsichtlich des Ausbildungsniveaus, des Beginns politischer Aktivitäten und der spezifischen Einstellung zu bestimmten politischen Systemphasen (der Weimarer Republik, dem Dritten Reich) unterschieden.

3. Eine weitere analytische Dimension war die Aufgliederung der Untersuchungsgruppe in diejenigen mit politischen Erfahrungen vor 1945 (im Kaiser-Reich, in Weimar, im NS-Reich) und in diejenigen, die erst nach 1945 politische Aktivitäten entwickelten. Auch bei diesen beiden Typen war die zentrale Fragestellung die nach Folgen für den Beginn und Verlauf der politischen Karriere nach 1945.
4. Ausgehend von einer weiteren Differenzierung der Untersuchungsgruppe nach der Variablen "NS-Verhalten" (gegnerschaftliches, indifferent-positives, aktiv-positives, Widerstand, Emigration)⁶¹ wurde nach den Zusammenhängen zwischen NS-Verhalten und der politischen Laufbahn vor 1933 und nach 1945 - dabei speziell nach dem Zeitpunkt politischer Aktivität, Parteigründungsfunktionen, politischer Orientierung und innerparteilicher sowie parlamentarischer Aufstiegsgeschwindigkeit - gefragt. Auch hier konnten, bezogen auf das jeweilige NS-Verhalten, fünf analytische Typen gebildet werden.
5. Nachdem die gesamte Bildungs- und Ausbildungsphase der Untersuchungsgruppe danach differenziert wurde, in welchem Umfang bereits der besuchte Schultyp die Art und den Verlauf der weiteren Ausbildung determinierte, konnte analysiert werden, wie die Bildungsqualifikation selbst wiederum Art und Zeitpunkt der politischen Rekrutierung und den Selektionsprozeß beeinflusste. Anhand der Variablen "Bildungs- und Ausbildungsniveau" wurde die Untersuchungsgruppe in die Typen "Akademiker" und "Nichtakademiker" differenziert und diese beiden Typen nach ihrem politischen Rekrutierungs- und Selektionsprozeß befragt.

6. Eine weitere analytische Typenbildung erfolgte nach der Differenzierung der Untersuchungsgruppe in Parteigründungsmitglieder und Nichtgründungsmitglieder sowie Parteiwechsler - Nichtwechsler; auch hierbei war die zentrale Fragestellung die nach den Folgewirkungen hinsichtlich politischer Rekrutierung und Selektion. Dabei ließen die empirisch-aufgeschlüsselten innerparteilichen und parlamentarischen Werdegänge nach 1945 in sich weitere Typenbildungen zu.

Ein weiterer spezieller Forschungsaspekt im Zusammenhang dieser Problemdimension war, ob und ggf. worin sich der Werdegang und die Entwicklung des Types "Berufspolitiker"⁶² auf Landesebene von dem auf nationaler Ebene unterscheidet. Das Verhältnis zwischen Karriere-Motivationen und objektiven Karrierebedingungen kann mit der gewählten Forschungstechnik nicht erfaßt werden, da keine Möglichkeit bestand, über den ausgewählten Zeitraum von über 25 Jahren hinweg zur Motivationsproblematik empirische Daten zu erheben (keine Interviewmöglichkeiten)⁶³.

Der durch zunehmende Industrialisierung bedingte gesellschaftliche Wandel hat in einer komplexen Massen-Demokratie zur Herausbildung von neuen Konflikten und Problemen geführt: Die politischen Entscheidungsgremien sehen sich vor die Aufgabe gestellt, in zunehmendem Maße regulierend auch in primär nicht-politische Entscheidungsprozesse einzugreifen (z.B. im ökonomischen Sektor). Dies trifft, um nur einige Beispiele zu nennen, ebenso auf den sozialen wie den gesundheitspolitischen Sektor, wie jüngste Beispiele des Umweltschutzes zeigen, aber auch für struktur- und währungspolitische Maßnahmen zu. Dabei handelte es sich nicht nur um ein vorübergehendes Ein-

greifen, sondern kontinuierlich und an Intensität zunehmend müssen diese Steuerungsfunktionen wahrgenommen werden. Eine Folge davon ist wiederum eine zunehmende Professionalisierung auch im engeren politischen System: Wie auch im Bereich der Wirtschaft und Verwaltung haben sich die Kompetenzen und Funktionen der politischen Führungsrollen derart modifiziert, daß die Spitzenpositionen innerhalb der politischen Parteien und die öffentlichen Wahlpositionen in bestimmten Gremien unserer föderativen Gliederung sich zu full-time-jobs entwickelt haben.

Wie im Berufsbereich, so hat auch in der Politik eine 'Carrièrisation'⁶⁴ stattgefunden. Politische Führungsämter können nicht mehr nebenberuflich, nur sporadisch wahrgenommen werden: Die politische Betätigung selbst hat sich zu einem hauptberuflichen Betätigungsfeld gewandelt, die politische Betätigung ist professionalisiert.⁶⁵

Politik wird nicht nur Hauptberuf, sondern zugleich beruflicher Karrieresektor mit spezifischen Voraussetzungen, Aufstiegsperspektiven sowie finanziellen Anreizen⁶⁶ und Garantien (Pension); diese Chancen sind jedoch nur bei längeren, kontinuierlichen Aktivitäten gegeben. Eine Rückkehr in den ehemaligen privaten Beruf ist insbesondere durch permanente Wandlungsprozesse der beruflichen Anforderungen äußerst problematisch. Der Typ des Berufspolitikers, also der Politiker, der seinen überwiegenden Teil des Lebensunterhaltes aus der politischen Beschäftigung bestreitet, der früher nur in parlamentarischen und exekutiven Positionen auf nationaler Ebene zu finden war, hat sich seit Kriegsende auf weitere, breitere Kreise

des politischen Systems auch auf provinzieller und kommunaler Ebene ausgedehnt. Auch haben sich als Folge davon der Zeitpunkt des Beginns und die Art des Einstiegs in die hauptberufliche politische Karriere auf die Phase unmittelbar nach Ausbildungsabschluß (oder vor Eintritt in die Berufskarriere) als eigenständiger Berufsweg selbst verschoben. "So kann Politik auch im Sinne der politischen Karriere zu einem ausdifferenzierten System⁶⁷ werden, - mit eignen Normen (esprit de corps), Verhaltensstilen und Ansprüchen".⁶⁸

Obwohl die Entlohnung der hauptberuflichen politischen Betätigung im Vergleich zur Dotierung von Führungsrollen z.B. im Wirtschafts- und Verbandsbereich nicht nur erheblich niedriger liegt, sondern darüber hinaus noch durchschnittlich eine beträchtliche zeitliche und physische Mehrbelastung der sogenannten Berufspolitiker gegenüber anderem Führungspersonal zu beobachten ist⁶⁹, werden hauptberuflich politische Positionen angestrebt. Offensichtlich nicht nur von denjenigen, die sich bereits in einer frühen Lebensphase (zum Teil schon unmittelbar nach oder noch vor dem Ausbildungsabschluß) für eine hauptberufliche politische Betätigung entschieden haben. Für politische Spitzenpositionen auf Bundesebene wurde ermittelt, daß auch diejenigen, die formale Machtpositionen im nicht-politischen Bereich inne haben, entweder direkt in eine politische Führungsrolle überwechseln⁷⁰ (die sog. Blitzkarriere vollziehen, oftmals verbunden mit der Abgabe der Führungsposition im Wirtschaftsbercich) oder sogar noch eine zweite, politische Karriere beginnen.

Zum einen kann die Übernahme einer politischen Führungsposition das Endziel einer längerfristig geplanten politischen Karriere (Politik als Hauptberuf) sein - um somit die eigene soziale und ökonomische Stellung zu verbessern -

und kann subjektiv Prestigegewinn, Macht- und Einflußsteigerung bedeuten⁷¹. Andererseits kann die nicht-politische Karriere blockiert sein, so daß das Überwechseln in eine hauptberufliche politische Betätigung eine Berufs-Karrierenfortsetzung ist. Oder aber, politische Führungspositionen werden in subjektiver Beurteilung für einflußreicher, d.h. mit mehr Macht ausgestattet, gehalten, so daß, wie empirisch zu beobachten war, Führungsämter im ökonomischen Bereich aufgegeben wurden oder diese qua Inkompatibilität abgegeben werden mußten.

Im Problemzusammenhang des Austausches von Führungspersonal zwischen ökonomischem und politischem Sektor sollte herausgearbeitet werden, ob es, trotz zunehmender Professionalisierung des politischen Bereichs, in einer komplexen Industriegesellschaft überhaupt noch möglich ist, hauptberuflich Führungsrollen im politischen und ökonomischen Sektor zugleich wahrzunehmen⁷². Aus den zunehmenden Professionalisierungstendenzen von politischen Führungsrollen wurde hypothetisch abgeleitet, daß eine Konzentration schon aus Gründen der zeitlichen, physischen und psychischen Beanspruchung nur noch auf einen Sektor erfolgen kann und allenfalls ehrenamtliche Funktionswahrnehmungen in anderen Sektoren noch möglich sind. Daß die hauptberuflich politische Betätigung ganz offensichtlich trotz vieler Imponderabilien - z.B. dem Zwang, sich periodisch im Amt legitimieren zu lassen - reizvoll genug ist, um sogar aus einer gesicherten, d.h. hierarchisch strukturierten Laufbahn in einem wirtschaftlichen Großunternehmen mit Pensionsberechtigung und -anspruch "auszusteigen"⁷³ und das Risiko einzugehen, für eine

möglicherweise zeitlich begrenzte Dauer eine politische Führungsposition einzunehmen, ist nicht nur eine Hypothese, wie exemplarische Fälle zeigen (Mommssen, Biedenkopf).

In den letzten Jahren ist zunehmend die These vertreten worden, daß die Wahrnehmung politischer Steuerungsfunktionen in komplexen Industriegesellschaften⁷⁴ entweder nur noch von denjenigen mit einer spezifisch akademischen Ausbildung übernommen werden können oder andererseits von denjenigen, die sich durch eine längere Berufspraxis fachliches Wissen und spezielle Kenntnisse angeeignet, sich somit für diese Position qualifiziert⁷⁵ haben und damit den Anforderungen dieser Führungsrollen in den spezifischen Funktionsbereichen des Systems gerecht werden können. Tendenziell wird von einem Trend zur "Verwissenschaftlichung" der Politik⁷⁶ gesprochen: Es wird zu prüfen sein, ob die auch in anderen Teilbereichen zu beobachtenden Entwicklungen zur zunehmenden Bedeutung der Leistungsqualifikation⁷⁷ als Voraussetzung der Übernahme von Führungsrollen auch im engeren politischen System und speziell in dessen Exekutivbereichen zu beobachten ist.

Eine akademische Ausbildung ermöglicht einerseits eine fachliche Spezialisierung und andererseits methodisches und interlektuelles Training im Bereich der Problemerkennung und Problemlösung innerhalb komplexer Systembeziehungen, wobei einzelne Studiengänge den Erwerb dieser Fähigkeiten noch begünstigen⁷⁸ (Rechtswissenschaft, Staatswissenschaften, Sozialwissenschaften). In welchem Umfang eine fachliche Spezialisierung⁷⁹ ein relevantes Auslesekriterium⁸⁰ geworden ist, kann ermittelt werden. Hypothetisch wird angenommen, daß zwar eine fachliche

Spezialisierung und/oder eine akademische Ausbildung relevante Auslesekriterien geworden sind, aber politische Exekutivämter überwiegend immer noch unter politischen Gesichtspunkten besetzt werden: Erst wenn die Besetzung beispielsweise eines fachspezifischen Ressorts wie des Landwirtschaftsministeriums nach ausschließlich sachlichen Gesichtspunkten mit entsprechenden Fachleuten erfolgt, die sich über die Ausbildung und den beruflichen Werdegang kontinuierlich nur ausschließlich auf dieses eine Sachgebiet spezialisiert haben und dann auch im politischen Sektor das entsprechende Ministerium übernehmen würden, wäre diese Hypothese falsifiziert. In diesem Zusammenhang konnte herausgearbeitet werden, in welchem Verhältnis fachliche und politische Qualifikation stehen und ob in diesem Bereich Wandlungstendenzen zu beobachten sind, wobei unter fachlicher Qualifikation insbesondere Bildung, Ausbildung und im beruflichen Werdegang erworbene theoretische wie praktische Kenntnisse und Erfahrungen verstanden werden sollen; unter politischer Qualifikation die Erfahrungen in Führungspositionen politischer Organisationen wie Parteien, politischen Verbänden, Legislativen und Exekutiven der verschiedenen Organisationsebenen, wobei diese Erfahrungen in unterschiedlichen historischen Epochen gesammelt werden konnten.

Damit wird die Technokratie-Problematik tangiert: Gelingt es zunehmend den Technokraten, Experten, Spezialisten, in die politischen Entscheidungsgremien einzuziehen (mit spezifischer Einstellung zur Politik und Konsequenzen für die Politik, das gesamte politische System) oder sind es nach wie vor die Berufspolitiker, die nach langen Jahren der innerparteilichen und parlamentarischen Bewährung die Schalthebel im Parlament und daran anschließend in der Exekutive übernehmen? Es soll die Hypothese über-

prüft werden, daß aufgrund des zu beobachtenden Funktionswandels der Parlamente⁸¹ in Richtung auf die Kontrolle der staatlichen Verwaltung einerseits und der zunehmenden Beschäftigung der legislativen Gremien mit differenzierten Einzelproblemen andererseits, den Parteien daran gelegen sein sollte, Fachleute bzw. Experten bestimmter Sachgebiete für die parlamentarisch-politische Arbeit und für die Exekutiven zu gewinnen. Diese Art der Rekrutierung von Fachleuten könnte dann nur unter Umgehung innerparteilicher Qualifizierungszeiten (der sogenannten Ochsentour) direkt in die Parlamente erfolgen; da, wie empirische Studien zeigen⁸², dieser Personenkreis nicht bereit ist, sich den innerparteilichen Auswahlprozessen zu stellen. Damit wären die Parteien in der Lage, die Parlamente tatsächlich gegenüber der Bürokratie zu einem fachlichen "Gegenpol" zu entwickeln. In welchem Umfang jedoch nach wie vor die politische Qualifizierung in den Parteien und öffentlichen Wahlämtern unumgängliche Voraussetzung zur Übernahme politischer Exekutivämter ist, kann geklärt werden.

Allen, die sich dem politischen Auswahl- und Selektionsprozeß stellen, muß unterstellt werden, daß sie in einem hier nicht quantifizierbaren Maße politische Ambitionen besitzen. Obwohl dieser persönliche Faktor im Einzelfall nicht meßbar war, konnten verallgemeinernde Aussagen erzielt werden. Der Beginn des politischen Engagements ist nur erklärbar im Zusammenhang der jeweiligen historischen Situation und dem bisherigen persönlichen Werdegang, was folgendes Beispiel deutlich macht: Die empirischen Ergebnisse in der vorliegenden Arbeit weisen darauf hin, daß die Parteibeitritte nach 1945 sowohl in sehr frühem als auch in sehr spätem Lebensalter erfolgten. Allein eine Ermittlung eines durchschnittlichen

Beitrittsalters würde nicht die historischen Faktoren deutlich werden lassen, die dazu führten, daß nach dem Zweiten Weltkrieg vorwiegend 50- - 60jährige in die Parteien (wieder) drängten. Daher ist es unumgänglich, bei Querschnittsanalysen die erzielten Ergebnisse politischer Führungsgruppen jeweils zugleich in die objektive Systemdimension zu stellen, die subjektiven Faktoren unter longitudinalen Aspekten zu berücksichtigen und diese Ergebnisse im historischen Wirkungszusammenhang zu interpretieren.

Der zeitliche Aspekt des innerparteilichen und parlamentarischen Aufstiegs gestattet eine Überprüfung bereits gängiger Aufstiegstypen wie "Blitzkarriere" (als dem einen Extrem-Punkt) einerseits und "Ochsentour" andererseits.

Die Bedeutung - wobei der Grad der unmittelbaren Ausstrahlung auf späteres politisches Verhalten umstritten ist - einer frühen politischen Sozialisation für eine bestimmte politisch-ideologische Ausrichtung und den Beginn politischer Aktivität ist von Hyman, Prewitt, Almond und Verba u.a. herausgearbeitet worden⁸³. In welchem Lebensabschnitt jedoch der tatsächliche Beginn politischer Aktivität in Form des Engagements in einer Organisation lag, wann der Einstieg in die politische Karriere (z.B. Kandidaturen zu einzelnen Zeitpunkten) oder gar der Beginn einer hauptberuflichen politischen Betätigung lag, ist - wie auch von Herzog herausgearbeitet wurde - von weiteren Faktoren wie den sozio-ökonomischen Bedingungen, der politischen Ausrichtung des Elternhauses und dem Grad der schulischen Beeinflussung abhängig^{83a}. Wie das eben geschilderte Beispiel zeigte,

können es Systemkrisen oder -brüche sein, die die Ausbildungssituation oder den beruflichen Werdegang beeinträchtigen, oder in erst vergleichsweise fortgeschrittenem Alter den Beginn parteipolitischer Aktivität motivieren und den Eintritt in die politische Karriere auslösen. Dies kann im Einzelfall nur empirisch über systematische Analysen der entscheidenden Wendepunkte innerhalb der Lebenswege von Elitemitgliedern ermittelt werden. Dabei soll die These überprüft werden⁸⁴, daß die Entscheidung für ein politisches Engagement nicht regellos und unbestimmt zu allen denkbaren Zeitpunkten des persönlichen Lebenslaufs getroffen werden kann, da sich auch hinsichtlich der Perspektiven des weiteren politischen Werdeganges formelle und informelle Muster entwickelt haben, die nur an jeweils ganz spezifischen Lebensabschnitten die innerorganisatorische Partizipation und ein weiteres Einrücken in politische Führungsämter zulassen.

Die politischen Aufstiegsmuster haben sich nach 1945 in ihrer Variationsbreite reduziert, wobei von folgender Prämisse ausgegangen wird: Die zunehmende Funktionsdifferenzierung in Form der Zuweisung bestimmter Funktionen zu bestimmten Organisationen des gesellschaftlichen Systems bedingt eine Abnahme der Variationsbreite individueller Rollensequenzen für diejenigen, die Rollen im politischen System übernehmen mit der Absicht, im engeren politischen System durch Übernahme von politischen Führungspositionen Karriere zu machen. Dies ist einerseits damit zu begründen, daß in den letzten Jahren eine Ausdehnung der gesamten Staatstätigkeit auch auf Bereiche, die bisher traditionell "staatsfrei" waren, erfolgte, diese Ausweitung zugleich eine Konzentration der staatlichen Regierungsgremien (Kabinette) auf spezifische

gesamtgesellschaftliche Probleme erforderte. Die Exekutiven können nur noch die Grundsatzentscheidungen treffen bzw. die globalen Rahmenbedingungen festlegen und damit vorrangig nur die wesentlichen Strukturen bestimmen bzw. politische Richtungskompetenzen ausüben.

Andererseits haben die Parteien (und Parlamente) zunehmend den Prozeß der Auslese monopolisiert; die Parteien selbst sind in sich immer höhergradig gegliedert, d.h. sie haben eine immer stärkere, dichtere Organisationsgliederung entwickelt und sind mit zunehmender Systemkomplexität als durchorganisierte Großorganisationen durch Ämterverbindungen auch in den ursprünglich nichtpolitischen Raum auf verschiedenen staatlichen Ebenen eingedrungen.

Da der Weg in politische Führungsämter über die Parteien führt und dieser Weg immer stärker reglementiert ist, stellt sich die Frage, wie stark sich das politische System - bei zunehmender Reduzierung auf einige wenige Aufstiegskanäle - noch verengen kann, ohne starr, inflexibel zu werden, d.h. ohne daß es sowohl unfähig zu eignen Innovationsprozessen als auch zur Reaktion auf Innovationsprozesse "von außen" - wie z.B. durch Bürgerinitiativen - wird. Aus dieser Entwicklung wird die zunehmende Bedeutung der internen Kontrollfunktionen von Parteien und Parlamenten ebenso wie die einer "Außenkontrolle" beispielsweise durch die Öffentlichkeit(z.B. durch Massenmedien) deutlich.

3. Problemdimension: Die bundespolitische und die landespolitische Führungsschicht - unabhängige, differenzierte Teileliten?

Die dritte Problemdimension der vorliegenden Arbeit liegt darin, herauszufinden, ob und ggf. wodurch sich die politische Führungsschicht der Bundesländer von der auf nationaler Ebene (bundespolitische Spitzenpolitiker) unterscheidet: Sind für die Mitglieder der mittleren politischen Entscheidungsebene andere sozialstrukturelle Merkmale (Herkunft, Bildungs- und Ausbildungsniveau) und Karriereverläufe (Aufstiegsgeschwindigkeiten, Art und Reichweite der innerparteilichen und parlamentarischen Werdegänge) festzustellen und gibt es zwischen einzelnen Regionen (Stadtstaaten - Flächenstaaten) und Parteien Unterschiede bezüglich der Elitebildung (Auswahl, Rekrutierung, Selektion). Bei Fragestellungen im Rahmen dieser Problemdimension waren z.T. Überschneidungen mit Aspekten der ersten Problemdimension nicht zu vermeiden.

Die zu dieser Problematik aufgestellte Hypothese geht davon aus, daß die Auswahlmechanismen in den den Rekrutierungs- und Selektionsprozeß determinierenden Institutionen für Bewerber um politische Ämter auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene einander so angeglichen sind, daß es sowohl zwischen nationaler und provinzieller als auch zwischen den Ländern der Bundesrepublik keine so erheblichen Differenzen in Zusammensetzung, Herkunft, Bildungsniveau, beruflichem Aufstieg und politischem Karriereverlauf der politischen Elite gibt, die es rechtfertigen, von mehreren, unterschiedlichen Eliten zu sprechen. Das politische Führungspersonal der mittleren Funktionsebene unterscheidet sich nicht von dem der

nationalen Ebene. Um dieses empirisch zu belegen, werden - wie eingangs erwähnt - zu gegebener Zeit jeweils vergleichend Ergebnisse von Studien für das politische Führungspersonal auf nationaler Ebene herangezogen.

Wie bereits in der Einleitung betont, standen politische Führungsgremien auf der mittleren Ebene der bundesrepublikanischen dreistufigen Organisation, (Landesebene), von einzelnen Fall-Studien⁸⁵ abgesehen, bisher weniger im Blickwinkel politologisch-soziologischer Forschungen. Die Eliteforschung hat Führungsgruppen dieser Organisationsebene in den verschiedensten Funktionsbereichen sehr wenig Beachtung geschenkt. Dies ist um so verwunderlicher, als die föderative Gliederung der bundesrepublikanischen Ordnung normativ den Bundesländern Funktionen zugewiesen⁸⁶ hat, deren Auswirkungen das Gesamtsystem teilweise nur tangieren. In einigen politischen Sachbereichen haben die Bundesländer jedoch nicht nur eine mitgestaltende Funktion (z.B. Struktur- und Regionalplanung), sondern eigene, autonome Entscheidungskompetenz (z.B. im kulturellen Sektor). So ist zu beobachten, daß die Bundesländer diese Funktionen insbesondere in Legislativen- und noch mehr in exekutiven politischen Führungsgremien⁸⁷ auch nutzen und ihren autonomen Entscheidungsspielraum trotz Zentralisierungstendenzen der letzten Jahre auf manchen Gebieten (in spezifischen Funktionsbereichen) sogar ausgeweitet haben. Als Beispiel sei an dieser Stelle nur auf die wachsende politische Bedeutung hingewiesen, die der Bundesrat⁸⁸ insbesondere seit Bildung der Sozial-liberalen Koalition seit 1969 erlangt hat. Die von den politischen Organen der Bundesländer ausgehenden Impulse auf die gesamtstaatliche Ebene und der Grad der Einflußnahme auf die zentralen Steuerungs- und Entscheidungsmechanismen sind bisher

zwar theoretisch und in jüngster Zeit auch praktisch erkannt und diskutiert, empirisch jedoch kaum erfaßt worden. Hier liegt für die Zukunft ein weites Forschungsfeld: die Kommunikations-, Macht- und Einflußbeziehungen unter dem Aspekt der Rückkoppelung einmal zwischen der Landes- und der nationalen Ebene und zum zweiten auch zwischen der kommunalen Ebene und der Landesebene transparent zu machen und zu gewichten. Wenigstens ein Teilaspekt dieser umfassenden Problematik wird in der vorliegenden Arbeit berührt (Problemdimension 1): die personelle Fluktuation und Zirkulation zwischen den verschiedenen politischen Funktionsbereichen und politischen Führungsgremien⁸⁹.

4. Zur Rolle von Nationalsozialisten und Demokraten nach 1945

Im Rahmen der drei gestellten Problemdimensionen läßt sich für das politische Führungspersonal der Bundesrepublik eine weitere, "traditionelle" empirische Fragestellung entwickeln, die nicht nur von wissenschaftlichem, sondern auch von einem aktuellen Interesse ist, worauf bereits in der Einleitung hingewiesen wurde: In welchem Maße hat die praktische politische Erfahrung im Kaiserreich und Weimar sowie eine manifeste negative Einstellung zum NS-Regime insbesondere in der unmittelbaren Nachkriegsphase den politischen Werdegang nach 1945 beeinflusst und ist eine Ablösung der sog. "Kaiser-Reich"-Generation und der "Weimeraner" zu beobachten?

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches 1945 ergab sich die Frage, inwieweit es NS-Aktiven trotz der Entnazifizierungspolitik der Besatzungsmächte gelungen war, in Schlüsselstellungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu bleiben bzw. zu gelangen⁹⁰. Ziel der Entnazifizierungspolitik der Alliierten war es, vorrangig diejenigen Personen zu entfernen, die aktive Nationalsozialisten waren, "sie sollten durch Personen ersetzt werden, die aufgrund ihrer politischen und moralischen Qualitäten geeignet wären, an der Errichtung demokratischer Institutionen mitzuwirken"⁹¹. Dabei wurde von der Überlegung ausgegangen, daß die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen solange nicht voll gewährleistet ist, wie in politischen Schlüsselpositionen wie den Regierungen der Bundesländer Personen zu finden sind, an deren demokratischer Grundeinstellung zumindest berechtigte Zweifel formuliert werden durften; d.h., eben Politiker, denen ein aktives, das System unterstützendes, politisches Engagement im NS-Reich nachzuweisen war. Ob insbesondere in der Nachkriegsphase noch vor Gründung der Bundesrepublik von einer wesentlichen Durchsetzung der Landesregierungen mit NS-Aktivisten gesprochen werden kann, muß untersucht werden⁹². Hierbei geht es nicht speziell um die Exekutiven, die unmittelbar in der Phase 1945-1946 von den Besatzungsmächten installiert wurden (Regierungen, die nicht demokratisch legitimiert durch ein parlamentarisches Wahlverfahren waren), deren Mitgliedern mit gewisser Berechtigung eine negative Haltung zum NS-Regime unterstellt werden kann, da dies ein wesentliches Auswahlkriterium für die Besatzungsmächte war, sondern um die Mitglieder der Landesregierungen, die von ihren "sozialen Muttergruppen" (den Landesparlamenten) nach den ersten Wahlen in ihren Bundesländern jeweils in die Exekutiven delegiert wurden⁹³.

Entgegen den Forderungen der Besatzungsmächte und der anti-faschistischen Gruppen - in denen sich u.a. aktive Demokraten der Weimarer Republik, Widerstandskämpfer und Emigranten zusammenfanden - ist es dennoch einigen ehemaligen Nationalsozialisten gelungen, in den Bundesländern Kabinettsmitglieder zu werden. Es wird zu prüfen sein, wie es den betreffenden gelungen ist, trotz ihrer NS-Vergangenheit sich einen demokratischen "Anstrich" zu geben und die Legitimation durch Parteien und Parlamente zu erhalten. Es wird analysiert, ob ehemalige Nationalsozialisten sich u.a. von denjenigen mit neutraler Einstellung zum NS-Regime oder gar aktiven Widerstandskämpfern hinsichtlich der Ein- und Aufstiegsart und der Aufstiegs geschwindigkeit sowie der Intensität ihrer politischen Nachkriegskarriere unterscheiden. Die eventuelle Wachablösung von NS-Aktiven - denen es unter den verschiedensten Bedingungen gelungen ist, in Exekutivpositionen einzurücken, da es zu dieser Zeit an qualifiziertem und zugleich demokratisch-antifaschistisch eingestelltem politischem Führungspersonal mangelte -, konnte durch zwei Generationen⁹⁴ (oder eine Elitenkoalition) erfolgen⁹⁵:

- a) das durch Widerstand und Kriegsteilnahme dezimierte Reservoir von aktiven Weimeranern⁹⁶ (ausgewiesene Demokraten der inneren und äußeren Emigration) und
- b) durch naturbedingt unverdächtige jüngere, die noch in keiner Weise für oder gegen das NS-Regime agieren konnten; die Generation, die erst gegen Ende der Weimarer Republik und in den Dreißiger Jahren geborenen.

Diese beiden politischen Generationen werden - im Sinne der zweiten entwickelten Problemdimension - zu analysieren sein hinsichtlich ihrer Herkunft, ihres Ausbildungsniveaus und Karriereverlaufs⁹⁷; diese Koalition zwischen den "älteren" Demokraten und den jungen "Nichtbelasteten" war sich einig in der Ablösung von ehemaligen NS-Aktiven aus Führungspositionen⁹⁸, da diese die Errichtung der Demokratie im Nachkriegsdeutschland verzögern oder verhindern konnten. Es kann geprüft werden, wie lange wiederum die jüngere Generation brauchte, um ihrerseits die Demokraten der Weimarer Zeit aus den politischen Führungspositionen zu verdrängen bzw. wie lange es den Weimaranern noch gelang, aufgrund ihrer partei- und parlamentarischen Erfahrung sich gegenüber der jungen Generation zu behaupten.

II. Methodische und theoretische Ansätze der empirisch-analytischen Eliteforschung

Die klassische Elitetheorie¹ und der Elitebegriff² waren bis heute wesentlichen Wandlungsprozessen unterworfen, spezielle Arbeiten befassen sich mit den theoretischen und methodischen Ansätzen konservativer, liberaler und revolutionärer Elitetheorien³. Im folgenden sollen einige relevante theoretische und methodische Forschungsansätze, die sich mit der Elitebildung und der Funktion von Eliten⁴ in demokratischen Systemen⁵ beschäftigt haben, aufgezeigt und problematisiert werden, um den eigenen methodischen und wissenschaftstheoretischen Standort der vorliegenden Arbeit einzuordnen. Dabei wird auf die Hauptvertreter relevanter Richtungen und entwickelter "Schulen" eingegangen werden, die der Eliteforschung starke Impulse gaben oder richtungsweisend neue Forschungsaspekte, -fragen thematisierten und problematisierten. Hierbei kann nur die jüngste Entwicklung etwa seit 1945 schwerpunktmäßig Berücksichtigung finden. Mit diesem Vorgehen kann aus-schnittthaft ein begrenzter historischer Überblick über einen wesentlichen Teilbereich der modernen politologisch-soziologischen Demokratieforschung gegeben werden.

Die von Pareto, Mosca, Sorel, Michels⁶ u.a. entwickelten klassischen Elitetheorien⁷ fanden eine erste und wesentliche Revidierung ihres theoretischen Ansatzes in der Arbeit Schumpeters, nach dessen Definition Demokratie "that institutional arrangement for arriving at political decisions in which individuals acquire the power to decide by means of a competitive struggle for the people's vote"⁸ ist. Er ging von der Diskrepanz zwischen entwickelten Theorien und der Realität aus und

ordnete Eliten in modernen Gesellschaftssystemen eine wesentliche Funktion im Sinne einer Antriebskraft für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse zu und sah mit der Existenz konkurrierender Teileliten bereits Postulate entwickelter demokratie-theoretischer Konzepte erfüllt⁹. Bei Schumpeter erfolgt eine Reduzierung des Demokratiebegriffs auf die Methode der Elitenselektion¹⁰.

Sowohl unter behavioristischer als auch historisch-soziologischer Perspektive wurde seit dem 2. Weltkrieg an die Arbeiten Schumpeters, aber auch Michels¹¹ anknüpfend, versucht, in empirisch, methodologisch und theoretisch umfangreichen, komplexen Forschungen wie in Einzelstudien die Rolle politischer Eliten in parlamentarisch-demokratisch strukturierten Parteienstaaten westlichen Typs zu analysieren¹². Insbesondere auf der methodischen Ebene¹³ haben sich die traditionell entwickelten und mittels empirischer Studien praktisch erprobten Forschungsansätze und Forschungstechniken zur Identifizierung politischer Eliten, der Analyse von Prozessen der Elitebildung und Funktionsweisen von politischen Eliten in Demokratien¹⁴ ständig weiterentwickelt.

Zur Identifizierung von Eliten wurden in Amerika in den letzten Jahren verschiedene Methoden erarbeitet¹⁵, die in Deutschland übernommen, zum Teil erweitert und kombiniert werden¹⁶; auf die drei relevantesten, kontroversen Methoden zur Identifizierung politischer Eliten, die Vor- und Nachteile des "reputations-approach" und des "decision-making-approach" soll im folgenden in einem Exkurs kurz eingegangen werden, um dann den in der vorliegenden Untersuchung verwendeten "positional-approach" darzustellen, zu problematisieren und um aufzuzeigen, daß die Zielsetzung dieser Studie nur unter Anwendung dieses Ansatzes möglich war.

A. Der Reputations-Ansatz

Die zuerst von Floyd Hunter¹⁷ angewandte Reputations-technik stellt eine Interviewtechnik dar, die, auf aggregierten und permanent korrigierten Urteilen einer aus einer sozialen und politisch überschaubaren Einheit (Gemeinde) ausgewählten kommunalen Expertengruppen basierend, die einflußreichsten Persönlichkeiten bestimmen will. Die zur Elite zählenden Personen werden dadurch identifiziert, in dem man Experten nach einflußreichen Persönlichkeiten (Eliten) befragt, wobei als Experten in diesem Sinne Journalisten, Wissenschaftler und weitere Insider der zu befragenden Gruppe anzusehen sind. Die Vorteile dieser Untersuchungstechnik liegen u.a. darin, daß die Prestigeanalyse die isolierte Untersuchung eines Teilaspektes erlaubt, und somit die Machtstruktur eines begrenzten Elitebereiches erfassen kann. Bewußt wird bei dieser Vorgehensweise auf sonst übliche soziologische Totalanalysen (Macro-Analyse) verzichtet. Diese Technik ist insbesondere unter finanziellen und ökonomischen Gesichtspunkten praktikabel und relativ einfach zu handhaben, da sich der Kreis der zu analysierenden Personen wesentlich einschränken läßt. Dadurch ist eine hohe Genauigkeit der Zielgruppe gegeben; darüber hinaus bietet dieses methodische Vorgehen einen hohen Grad an Zuverlässigkeit, da der Forschungsgegenstand eine überschaubare Dimension besitzt.

Der entscheidende Vorteil dieser Technik gegenüber anderen Forschungsansätzen ist demnach seine leichte Operationalisierbarkeit. Gegen diese Technik wird hauptsächlich vorgebracht, daß nicht der tatsächliche Einfluß einer Person¹⁸, sondern nur deren "öffentliche" Reputation Bemessungsgrundlage ist, was impliziert, daß einerseits existierende

Machtsträger überhaupt nicht erfaßt werden, andererseits Macht und Einfluß einzelner Personen weit überschätzt werden können. Kritisch ist weiterhin einzuwenden, daß der Wert der ermittelten Ergebnisse der Prestigeanalyse in hohem Maße von einer genügend großen Anzahl von Experten (als auch deren "Qualität") abhängt, die die Zielgruppe exakt zu umschreiben und zu identifizieren haben. Darüber hinaus wird durch die Frage nach den top-leaders bereits eine spezifische Einflußverteilung im Sinne einer Machtpyramide vorausgesetzt, so daß dieser methodische Ansatz bereits ein bestimmtes Ergebnis impliziere. Da weiterhin Popularität und Sozialprestige einerseits und Einfluß bzw. Macht andererseits nicht scharf voneinander abgrenzbar sind, können z.B. Status und Macht von den sogenannten Experten, die die entscheidende Identifizierungsfunktion besitzen, verwechselt werden, so daß ein unrichtiges Bild der tatsächlichen Situation entstehen kann. Weiterhin muß kritisch vermerkt werden, daß dieser Ansatz nur die subjektive Reputation, d.h. das Image vermeintlichen Einflusses berücksichtigen kann, jedoch kein objektives Maß an realem Einfluß des einzelnen Akteurs ermittelt wird. Problematisch ist auch, daß es keine allgemein gültigen Kriterien für die Auswahl der oben beschriebenen Experten gibt, denen jedoch die entscheidende Vermittler-Funktion zukommt.

Unter Akzeptierung und als Verfechter des Ansatzes der klassischen Demokratietheorie Moscas, Paretos, Sorels und auch des von Robert Michels¹⁹, der 1911 als Ergebnis seiner empirischen Forschungen die Theorie entwickelte, daß Demokratie in komplexen Organisationen aufgrund verschiedener Bedingungen der demokratischen Willensbildung unmöglich sei und sein "ehernes Gesetz der Oligarchie" aufstellte, treten mittels des Reputationsansatzes in Amerika neben

Hunter, vor allem seine "Schüler" (Form, Miller, Ehrlich, D'Antonio und Erickson)²⁰ an, um die Komplexität von Machtstrukturen zunächst in überschaubaren, begrenzten sozialen Systemen zu untersuchen. Mit der Publizierung ihrer Forschungsergebnisse war zugleich das Problem ihres methodischen Vorgehens aufgeworfen. In ihrem community-power Forschungen kommen sie zu dem Ergebnis, daß Entscheidungen in amerikanischen Gemeinden von einer monolithischen Machtelite gefällt werden, so explizit z.B. in Hunters empirischen Studie über Atlanta, in der er Kommunikationsmuster aufdecken und community-power-Verbindungen aufzeigen wollte²¹.

Auch C. Wright Mills kritisiert in seiner power-elite-Studie²² das pluralistische, theoretische Konzept der checks and balances, da er bei seinen Studien über die Machtverteilung in den USA zum Ergebnis kam, daß die Spitze der amerikanischen Gesellschaft eine geeinte Machtelite²³ von Angehörigen aus Politik, Wirtschaft und Militär sei, die, eng miteinander verbunden, verantwortungslos, unmoralisch und zugleich unwissend handelt. Dabei wechseln die Mitglieder der power-elite zwischen den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Elitepositionen. Ausgehend von einem "consensus-theory"-Ansatz - im Gegensatz zum "elite-conflict-theory"-Ansatz bei S. Keller²⁴ - wollte Mills den Einfluß einer ökonomischen Elite auf politische Strukturentscheidungen nachweisen. Der Machtelite Weniger - eine Minderheit, die unkontrollierbare Machtfülle besitzt - steht nach Mills eine zersplitterte, machtlose, ohnmächtige, unwissende inaktiv sich beherrschende Masse Vieler gegenüber. Mills sucht visionär nach Möglichkeiten der Überwindung dieses demokratischen Postulaten widersprechenden Zustandes. Seine Ergebnisse werden als "Drachtzieher-Theorie" interpretiert²⁵.

Da die mittels der Reputationstechnik erzielten Ergebnisse über die amerikanische Wirklichkeit auf oligarchische Machtstrukturen deuteten, die dem demokratisch-pluralistischen Anspruch der amerikanischen Staats- und Gesellschaftstheorie krass entgegenstanden, warfen die Anhänger der Pluralismustheorie²⁶ den Verfechtern des reputational-approach ökonomischen Determinismus vor und kritisierten explizit, daß schon vom Ansatz her die Existenz einer monolithischen Machtelite vorausgesetzt wird und ein anderes Ergebnis gar nicht möglich sei²⁷.

B. Der entscheidungs-theoretische Ansatz

Dem Reputationsansatz als eine Möglichkeit der Identifizierung lokaler Machteliten steht die von Robert A. Dahl²⁸ initiierte Richtung gegenüber, die unter Anwendung der Entscheidungstechnik²⁹ zu Ergebnissen von pluralistischen Machtstrukturen³⁰ in amerikanischen Gemeinden kam (z.B. in seiner New-Haven-Studie)³¹. Dahl und seine Schüler (z.B. Wolfinger, Polsby, Scoble)³² gelangten mit Hilfe dieses Ansatzes zu dem empirisch abgesicherten Ergebnis, daß kommunale Entscheidungen nicht von einer monolithischen Machtelite gefällt werden, sondern mehrere, je nach Art der Entscheidung wechselnde, Machtträger (Teileliten) an Entscheidungen teilnehmen³³.

Dahl entwickelte die zentrale Fragestellung, ob, da es aus verschiedenen Gründen eine Gleichheit aller in einer komplexen Industriegesellschaft nie geben werde, dann wenigstens eine Chancengleichheit aller bestehe, in die Elite aufzusteigen. Er beurteilte diese Chancen längerfristig gesehen als positiv, da über Wahlrechts-

Änderungen, Einkommens- und Statusverbesserungen sowie ein steigendes Bildungsniveau noch existierende Schranken beseitigt werden könnten³⁴.

Auswahlkriterium der von Dahl angewandten Forschungstechnik ist die erfolgreiche Teilnahme an Entscheidungsprozessen in einer Gemeinde, wobei erfolgreich definiert wird als die Durchsetzung eines eigenen oder die Blockierung eines gegnerischen Vorschlags. Dahl und seine Richtung³⁵ gingen von der Prämisse aus, daß sich Machtstrukturen in konkret-beobachtbaren und rekonstruierbaren Entscheidungen bzw. Aktivitäten widerspiegeln und sich unmittelbar auf Entscheidungsprozesse und Entscheidungsfindung auswirken. Unter Anwendung dieser Analyse können die an Entscheidungsprozessen teilnehmenden Akteure interviewt werden; durch teilnehmende Beobachtung und durch die Auswertung von amtlichen und nicht-amtlichen Dokumenten, die einen Entscheidungsprozeß schildern, kann rekonstruiert werden, welche Personen sich durchgesetzt bzw. Entscheidungen verhindert haben; diese werden dann als Elite-Mitglieder bezeichnet. Im Gegensatz zu Prestigeanalyse liegt bei Anwendung dieser Methode ein Vorteil darin, herausfinden zu können, ob Inhaber formaler Führungsämter auch tatsächlich Einfluß besitzen und ob eine Person generellen oder nur partiellen Einfluß in bestimmten Bereichen und zu bestimmten Zeitpunkten besitzt (zum Beispiel wenn eine Überschneidung des Einflusses bei verschiedenen Entscheidungsvorgängen zu beobachten ist). Darüber hinaus erlaubt diese Analyse, von "issues" her zu bestimmen, inwieweit Popularität und Sozialprestige von tatsächlichem Einfluß abzugrenzen sind. Kritisch kann gegen

diesen Ansatz eingewendet werden, daß eine relativ offene Austragung von Konflikten Voraussetzung zur erfolgreichen Anwendung dieser Technik ist, die die Einflußverteilung zur Erforschung transparent darstellt, da bei "unsichtbarer" Ausübung ein Einfluß - der denkbar ist und einigen Teilnehmern am Entscheidungsprozeß unterstellt werden kann - diese Technik versagen muß. Stellte sich bei der Reputationstechnik das Problem, Kriterien für die Auswahl von Experten zu finden, so ergibt sich hier die Schwierigkeit, Kriterien für die zu analysierenden Konfliktpunkte zu ermitteln. Da der Einfluß issue-orientiert ermittelt wird, determiniert bereits die Auswahl der issues weitgehend die Gültigkeit der erzielten Ergebnisse. Daneben besteht ein großer Interpretationsspielraum an dem Punkt, wenn bei der Analyse der erhobenen Daten versucht werden muß, aufgrund der issue-bezogenen Informationen über die tatsächliche Ausübung von Einfluß durch Generalisierungen zu aussagekräftigen Einflußmustern zu gelangen, um Ergebnisse über Formen und Methode der Einflüßausübung zu erzielen. In der Literatur haben sich u.a. Bachrach/Baratz³⁶ kritisch mit dem von Dahl praktizierten Ansatz auseinandergesetzt. Sie werfen ihm vor, daß er mittels seiner Methode nur eine Seite der Machtstruktur erfasse, den non-decision-making-process jedoch nicht berücksichtige und durch seine vorgehensweise nur einen Teilaspekt der gesellschaftlichen Wirklichkeit beleuchte; diese Einwände wiederum haben eine kritische Diskussion ausgelöst³⁷.

C. Der Positions-Ansatz

Die dritte, im Rahmen empirischer Eliteforschung vielfach erprobte Technik ist der Positionsansatz, der die Inhaber der Führungspositionen in öffentlichen und privaten Organisationen analysiert. Unter Anwendung dieses Ansatzes ist auch die vorliegende Studie durchgeführt worden. Diese Technik ist dadurch gekennzeichnet, daß Personen aufgrund der von ihnen besetzten Ämter als einflußreich definiert werden, der mit dieser Technik ermittelte Einfluß wird folglich ex officio unterstellt. Die Inhaber von Führungspositionen werden als Elite-Mitglieder angesehen, die formell qua Amt an Entscheidungen beteiligt sind oder diese Entscheidungen selbst zu verantworten haben. Bei diesem Ansatz wird von der Prämisse ausgegangen, daß mit der Besetzung eines Führungsamtes zugleich determinierender Einfluß verbunden ist. Insbesondere in historischen vergleichenden Analysen wurde mit dieser Forschungstechnik gearbeitet. Sie wurde in Deutschland systematisch von Wolfgang Zapf³⁸ und Ralf Dahrendorf³⁹ zur Identifikation der deutschen Elite nach 1945 und ihrer Wandlungen erstmals verwendet. Das Forschungsproblem dieser Gruppe war nicht die Frage nach der tatsächlichen Macht von Positionsinhabern - was jedoch unberechtigt Weise als zentraler Kritikpunkt gegen diesen Ansatz immer wieder betont wird -, diese Problematik kann unter Anwendung dieser Forschungstechnik nicht geklärt werden, da die entscheidende Frage nach dem tatsächlichen Ausmaß an Einfluß erst anhand einer qualitativen Daten- und Materialauswertung beantwortet werden kann. Problematisch ist jedoch, was die allgemeinen Kriterien sind,

nach denen die Auswahl und die Abgrenzung von wichtigen Organisationen und die relevanter Führungsposition erfolgt, deren Besetzung die Zugehörigkeit zur lokalen oder auch nationalen Elite⁴⁰ damit quasi automatisch bedeutet.

Der positionsanalytische Ansatz ist nach Schluchter⁴¹, insbesondere im Hinblick auf die Analyse historischer Entwicklungsprozesse von besonderer Relevanz, da nach Schluchter in einer nach technischen Rationalitätsprinzipien organisierten und auf einer demokratischen politischen Grundordnung basierenden Gesellschaftsform der prozessuale Ablauf insbesondere von Entscheidungsprozessen mittels in Rechtsnormen fixierter Grundsätze vollzogen wird, womit dieser Ansatz in gewisser Weise historisch legitimiert sei⁴². Auch der positional-approach ist verschiedentlich variiert worden, so z.B. in dem von S. Stouffer entwickelten Konfliktansatz (cleavage-approach)⁴³.

Der Gegensatz zwischen institutional-approach und behavioral-approach hat in der Bundesrepublik im wesentlichen in der Kontroverse zwischen Dahrendorf und Erwin K. Scheuch seinen Niederschlag gefunden. Die fundamentalen Differenzen bestehen darin, daß Dahrendorfs Positionsansatz von sozialen Rollen und Rollenverbindungen ausgeht, während Scheuch im behavioral-approach⁴⁴ "das handelnde Individuum als Einheit der Analyse"⁴⁵ sieht. Schluchter ordnet den theoretischen Ansätzen von Dahrendorf und Scheuch jeweils die traditionell unterschiedlichen Forschungstechniken zu, wobei er die folgenden "Wahlverwandtschaften" sieht:

"Während dem institutional approach in der Eliteforschung die Positionsanalyse als einziges angemessenes Instrument zugewiesen werden muß, vermag sich der "behavioral approach" aller drei Forschungstechniken zu bedienen, wobei allerdings die Positionsanalyse eine ausgesprochen untergeordnete Rolle spielen muß. Die "Affinität" zwischen theoretischem Ansatz und bestimmten Forschungstechniken ist also so groß, daß "institutional" und "positional approach", "process" und "behavioral approach" geradezu miteinander identifiziert werden können"⁴⁶.

Dahrendorfs Ausgangsbasis seiner Elitenstudien ist ein auf der Existenz pluralistischer funktionaler Eliten^{46a} und Muttergruppen basierendes Konfliktmodell⁴⁷. Er geht im Sinne liberaler Vorstellungen von einer pluralistischen Konfliktgesellschaft⁴⁸ aus, die ihre Konflikte offen austrägt. Sein liberales Gesellschafts-Modell⁴⁹ bedingt die Konkurrenz von Eliten, nach seinem Modell muß es mindestens zwei Eliten geben: Auf einem gemeinsamen Grundkonsens kultureller und politischer Werte stehend, konkurrieren diese beiden Eliten⁵⁰ miteinander und ringen um die Teilhabe an der Macht, wobei Macht nicht zeitlich unbegrenzt usurpiert, sondern nur auf Zeit ausgeübt wird, d.h. die Machthaber (Positionsinhaber) können ausgetauscht werden. In Deutschland sei jedoch an die Stelle der Eliten-Konkurrenz ein Eliten-Kartell getreten. Dahrendorf bezeichnet die regierende Elite in der BRD als ein "Kartell der Angst"⁵¹. Postulat einer liberalen Elite ist nach seiner Vorstellung Multiformität und Etabliertheit.

Dahrendorfs Untersuchungen zielen in seinem Zirkulationsaspekt⁵² darauf ab, auch den sozialen Wandel in der Bundesrepublik empirisch zu erfassen. Ein zentrales Erkenntnisinteresse sind in diesem Zusammenhang die Bedingungen des Funktionierens bzw. das Problem der Erhaltung der Demokratie in der Bundesrepublik. Dahrendorf geht davon aus, daß es in Gesellschaften "Spitzenpositionen der verschiedenen institutionellen Bereiche (gibt), zu deren Rollen es gehört, Herrschaftsentscheidungen zu treffen"⁵³, er bestimmt die Spitzenpositionen "nicht gemäß der Rechtsordnung, sondern gemäß der mit ihnen verbundenen faktischen Sanktionsgewalt"⁵⁴; damit schließt er von vornherein - bedingt durch den gewählten positionsanalytischen Ansatz wie von seinen theoretischen Prämissen her - die Existenz informeller Machtstrukturen aus. Allerdings entwickelt Dahrendorf auch Fragestellungen (z.B. welches künftige Verhalten ist von Elitemitgliedern zu erwarten?), die er durch Auswertung seines sozial-statistischen Materials allein nicht lösen kann, sondern deren Beantwortung er nur über spezifische Einstellungsuntersuchungen erzielen kann.

Wie Dahrendorf, so versucht auch Lewis Edinger, ausgehend vom positional-approach, diesen zu erweitern, indem er in seiner politischen Biographie dazu übergeht, psychologische Variablen, die bei strikter Anwendung der Positionstechnik keine Berücksichtigung finden können, mitⁱⁿ den Untersuchungsgegenstand einzubeziehen⁵⁵. Er will z.B. charakteristische Eigenschaften von Führungspersönlichkeiten und deren Relevanz für politisches und soziales Verhalten ermitteln und definiert Führerpersönlichkeit sowohl "institutional" wie "behavioral":

Einerseits lehnt er die institutionale Definition ab (die von formellen, institutionalisierten Rollen ausgeht), andererseits auch die "verhaltensbeschreibende" Definition, "die Führung nicht als Position, sondern als Verhalten des Führenden untersucht"⁵⁶. Edinger sieht Führung "als eine Einstellung in der Vorstellungswelt eines Akteurs, der sie auf andere, sich selbst oder auf beide bezieht, und auf sie seiner sozialen Umwelt gemäß reagiert"⁵⁷. Damit wird Führung nach seinem Ansatz "eine subjektive Einstellung auf eine objektive Situation und nicht eigentliches Verhalten"⁵⁸. Diese Einstellung könnte mittels der Methode der Inhaltsanalyse durchgeführt werden. Edinger hat, unter der generellen Verwendung des institutional-approach, in seinem theoretischen Bezugsrahmen Fragestellungen entwickelt, die methodisch jedoch nur über Verwendung des "behavioral-approach" gelöst werden können.

Das von Dahrendorf und P.-Ch. Ludz verwendete Gegeneliten-Modell war von Harold D. Lasswell entwickelt worden: Eine Gegenelite versucht, eine regierende Elite aus der Macht zu verdrängen, um selbst an die Macht zu gelangen; die Stabilität der Herrschaft der einen Elite ist dabei dem Organisationsgrad der Gegenelite umgekehrt proportional⁵⁹. Lasswell geht in seiner Konzeption von einem Elite-Masse Gegensatz aus, jedoch führt er die Elitendiskussion zu neuen Untersuchungszielen: Der Herausbildung und der Verteilung von Macht. Das politische System und die Rolle von politischen Eliten bei der Machtausübung und Machtdurchsetzung wird von Lasswell nicht in einem statischen Zustand gesehen und statisch analysiert, sondern, da nach seiner Auffassung Macht durch eine Beteiligung

an Entscheidungsprozessen ausgeübt wird, ist es nach Lasswells Auffassung notwendig, den Einfluß gesellschaftlich-politisch relevanter Gruppen wie Gewerkschaften und ökonomischer Verbände auf die Entscheidungsträger mit in Machtanalysen einzubeziehen.

Kritisch ist bei Lasswells Ansatz anzumerken, daß unter dieser Betrachtungsweise zugleich derjenige Macht besitzt, der einen hohen Grad an Sanktionsgewalt hat; dabei bleibt unberücksichtigt, daß Sanktionsgewalt z.T.institutionell geregelt ist.

Mittels eines psychoanalytischen Ansatzes beschreibt Lasswell Politiker als power-centered -personalities und sieht diese Motivation bei diesen Personen bereits in der frühen Kindheitsphase entwickelt. Sein Erklärungsmuster des "power-drive" und der "selfselective-tendency"⁶⁰, (es gibt einen bestimmten, machtorientierten politischen Typ, der gesellschaftliche Institutionen danach analysiert, ob sie eigenen Machtambitionen nützlich sind), wird kritisiert; so ist es z.B. nach Auffassung Prewitts⁶¹ unmöglich, spezielle Persönlichkeitsmerkmale herauszuarbeiten, die politische Führer von allen übrigen Akteuren in einer Gesellschaft unterscheiden. Erst wenn diese Unterscheidung möglich sei, könne man von vornherein feststellen, wer überhaupt Chancen habe, eine Führungspersönlichkeit (Elite) zu werden. Sein Ansatz ist auch deshalb umstritten, weil die unterstellte Machtorientierung nicht unbedingt in den politischen Sektor zielen muß. Lasswells Erklärungsmuster - ununterbrochenes Streben des politischen Typs nach Macht - hält empirischen Studien jedoch nicht stand. Er selbst hat seinen Ansatz nie einer empirischen Überprüfung unterzogen, nachfolgende Untersuchungen

ergaben⁶², daß sich Politiker in ihren Charaktereigenschaften nicht von denen der Gesamtbevölkerung unterscheiden; damit ist seine "Theorie" des power-drive nur als eine auf das persönliche Verhalten bezogenen Variable zu bezeichnen.

D. Die Kombination traditioneller methodischer Ansätze und die Entwicklung neuerer empirisch-analytischer Fragestellungen und Ansätze bis zur Prozeß-Analyse

Die Einsicht in die Vor- und Nachteile der Identifikationstechniken hat, wie bereits angedeutet, dazu geführt, daß in neueren Forschungen die Grundformen der drei dargestellten Forschungstechniken kombiniert wurden, in dem die power-elite-Kontroverse auf gemeinsame, analytisch lösbare Probleme reduziert wurde⁶³. Scheuch, Nuttal, Gordon und Drewe haben im process-approach⁶⁴ (Prestige- und Entscheidungsanalyse = Prozeßanalyse) verschiedene Varianten kombiniert. Bei diesem Vorgehen wird tatsächlicher Einfluß (Zugang zu Ressourcen) von perzipiertem Zugang (actual access und percieved access) unterschieden, beide Dimensionen werden dichotomisiert. Mit Hilfe der Kombination verschiedener Dimensionen ergibt sich in Form einer 4-Felder-Tafel die Möglichkeit einer Typologisierung einflußreicher Personen. Dabei kann einerseits die Dimension des perzipierten Zugangs zu Ressourcen nur über die Anwendung des reputations-approach erfolgen, die des tatsächlichen Zugangs andererseits nur dadurch, daß die Entscheidungstechnik angewendet wird. Beispielsweise gelangten in der Syracuse-Studie⁶⁵ von Freemann, Bloomberg jr., Koff, Sunshine und Farao mehrere Untersuchungstechniken zur Anwendung (Entscheidungs-, Reputations- und Positionsansatz sowie social-activity-approach⁶⁶).

Für künftige Elite-Studien im Bereich der community-power-Forschung wird von Bedeutung sein, wie bei Anwendung der Entscheidungstechnik zuverlässige Kriterien für die Auswahl der zu untersuchenden "issue" zu ermitteln sind, was eben am sinnvollsten mit Hilfe einer Kombination von Kriterien erfolgen sollte, wobei die Relevanz bestimmter Entscheidungen einmal nach der Einschätzung von Experten über Anwendung der Reputations- und Positionstechnik und zum anderen dem durch eine repräsentative Umfrage ermittelten Interesse der Bevölkerung festgestellt werden kann. Theoretische Analysen hätte zu prüfen, "welche Entscheidungen bei Berücksichtigung unterschiedlicher politischer und theoretischer Konzepte zur Erhaltung bzw. Veränderung in bestimmten Bereichen (zum Beispiel Wirtschafts-, Sozial-, Bildungspolitik) zu treffen sind"⁶⁷.

Dieser auch von Scheuch angewandte kombinierte Ansatz der Prozeßanalyse hat die community-power-Forschung vorangetrieben, ob es diesem Ansatz jedoch gelingt, über seine Bewährung in der community-power-structure-Forschung hinaus, gesamtgesellschaftliche Analysen zu liefern, ist bis heute nicht abzuschätzen, da dies empirisch noch nicht überprüft wurde. Unabhängig ist jedoch, wie bisher, für historisch-vergleichende Untersuchungen der Positionsansatz noch nicht durch eine andere Forschungstechnik abgelöst worden, was auch für die Analyse gesamtgesellschaftlicher Vorgänge gilt, für die die Instrumentarien der anderen bisher entwickelten Ansätze bis heute nicht erfolgreich Anwendung finden konnten.

Diese schon als "traditionell" zu bezeichnenden und verwendeten Ansätze wurden generell infrage gestellt, als systemtheoretische Überlegungen in die methodische und theoretische Elitendiskussion einfließen. Niklas Luhmann⁶⁸ als ein Vertreter dieser Richtung geht davon aus, daß ein politisches System bei ständigem Zwang zur Entscheidung eine möglichst hohe Kontingenz (d.h. Wählbarkeit der Entscheidungsmöglichkeiten) besitzen müsse, um den sich permanent wandelnden Umweltbedingungen und den sich daraus ergebenden Folgewirkungen gerecht zu werden. Der einzelne Akteur wird in dieser Betrachtungsweise Teil eines Systems, die verschiedenen Präferenzen eines einzelnen oder auch gesellschaftlicher Gruppen bedingen eine hohe Umweltkomplexität, d.h. auch Eliten werden danach ausschließlich unter funktionalen Aspekten in demokratisch strukturierten Systemen betrachtet. Nach systemtheoretischen Ansätzen haben Entscheidungen in einem komplexen System viele, oft inkompatible Präferenzen zu berücksichtigen. Ein System ist dann komplex, wenn in einem Entscheidungsprozeß möglichst viele, auch inkompatible Präferenzen einbezogen werden. Dieser Ansatz jedoch brachte die Elite-Forschung nicht weiter, da nur marginal die klassischen methodischen und theoretischen Probleme und neu entwickelten Ansätze der bisherigen empirischen Elite-Forschung tangiert wurden, da Fragen der Elitebildung, der Rekrutierung und Selektion von Führungspersonal mit diesem Ansatz nicht erfaßt werden können.

Eine weitere Komponente der empirisch-analytischen Eliteforschung stellt der Ansatz von Donald R. Matthews dar. In seiner Arbeit "the social background of the political decision-makers"⁶⁹ untersucht er die soziale Herkunft von kommunalen Führern (public officials). Einige seiner zentralen Fragestellungen und Zielsetzun-

gen im Rahmen seiner "social-background-analysis" finden auch heute in neueren Elite-Studien Anwendung, so z.B. die Frage nach der sozialen Herkunft politischer Führer (woher rekrutieren sie sich), die nach den Fähigkeiten, dem Können (skills) des Führungspersonals, ihrer Charaktereigenschaften und ihrer "Personality"⁷⁰. Matthews versuchte, die social-background-analysis zu systematisieren, indem er drei zentrale Fragestellungen für künftige Eliteforschung thematisierte:

1. "Einstellungen und Verhaltensweisen von Angehörigen politischer Eliten können mit Hilfe der Herkunftsanalyse auf persönliche Lebenserfahrungen zurückgeführt werden, die ihrerseits weitgehend von dem sozialen Kontext geprägt sind, in dem sich die Lebensentwicklung vollzog.
2. Die soziale Zusammensetzung von politischen Führungsgruppen läßt Rückschlüsse auf die gesellschaftlichen Bedingungen des politischen Auswahlprozesses zu.
3. Veränderungen des Sozialprofils von Eliten indizieren bestimmte Wandlungen der Sozialstruktur und des gesellschaftlich-politischen Systems"⁷¹.

Kritisch setzt sich D. Herzog mit diesem Ansatz auseinander; er bezweifelt, daß die sozial-background-analysis in der Lage sei "der Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen des Prozesses der Elitenauswahl und damit auch des Elitenwandels (zu) dienen"⁷². Herzog begründet seine Kritik an der Stratifikationstheorie damit, daß "die Herkunftsanalyse nicht ausreicht, um diejenigen sozialen und/oder politischen Strukturen zu erfassen, die in einer bestimmten Gesellschaft Elitenauswahl bedingen bzw. um die tatsächlich bedeutenden von den weniger bedeutenden zu unterscheiden. Intermediäre Bedingungen, also solche, die - longitudinal betrachtet -

zwischen der Phase der (frühen) politischen Sozialisation und der Phase der Übernahme einer Elitenposition möglicherweise als entscheidende "Filter" im Selektionsprozeß fungieren, können als solche überhaupt nicht ausgemacht werden. Selbst wenn sie gewissermaßen "zufällig" durch die Konstruktion entsprechender Variablen bei der Aufstellung eines Eliten-Sozialprofils erfaßt würden, bliebe doch offen, welche Bedeutung sie im Verhältnis zu anderen Herkunftsvariablen für den Selektionsprozeß tatsächlich haben. Die Herkunftsanalyse kann nicht nachweislich zwischen den relevanten und irrelevanten Auswahlbedingungen unterscheiden"⁷³.

Da die Funktionstheorie⁷⁴ davon ausgeht, daß Gesellschaften "je nach Entwicklungsstand, innerer Struktur, internationaler Situation, politischer Zielsetzung usw. unterschiedliche Funktionsbedürfnisse (functional needs), d.h. hier: unterschiedliche Anforderungen an politischer Führung"⁷⁵ haben, sieht Herzog einen Vorteil des funktions-theoretischen Ansatzes in der theoretischen Verknüpfung von Führungsrollen und Karrieremustern, während die Problematik darin bestehe, daß "die Konsequenzen eines sozialen Prozesses als zwangsläufige Folgen ihrer Ursachen interpretiert"⁷⁶ werden können.

Herzog selbst entwickelt - die social-background-analysis praktisch erweiternd - mittels des positional-approach ein neues Prozeß-Modell⁷⁷ der politischen Eliteauswahl, wobei sein Forschungsansatz darin besteht, longitudinal den persönlich differenzierten Karriereweg in Interaktion zu gesellschaftlichen Bedingungen und strukturellem Wandel interdependent zu sehen und der dementsprechend analysiert werden muß; bevor dieser jedoch weiter differenziert dargestellt wird, muß zunächst noch auf die

Arbeiten von Lester G. Seligman⁷⁸, Kenneth Prewitt⁷⁹ und Dwaine Marvick⁸⁰ eingegangen werden, die ebenfalls wichtige Weiterentwicklungen der modernen Eliteforschungen darstellen.

Die Studien von Seligman, Prewitt und Marvick geben einen Überblick über die relevantesten Forschungsansätze, sie reflektieren diese kritisch und versuchen, die bisherigen Ansätze weiter zu entwickeln. Bisherige Arbeiten der Elite-Forschung beschäftigten sich im wesentlichen mit drei Kernfragen: Woher kommen Eliten (social-background-analysis)⁸¹, über welche Selektionsmechanismen gelangen Eliten in ihre Eliten-Positionen (Analyse der career-lines) und welche persönlichen Eigenschaften ermöglichen den Einstieg in die Elite?

Wie auch Edinger, geht L. Seligman in seiner "social background in elite analysis" Studie von den attitudes und behavior der Elite aus, die in Systemen des unterschiedlichen Typs existieren. Das Verhalten dieser Eliten kann Auskunft über und Rückschlüsse auf das jeweilige politische System geben⁸². Bei ihm werden erste Ansätze zu einer Prozeßanalyse - mittels Karriere-Analysen sollen Strukturen und Prozesse der Eliten-Selektion erfaßt werden - sichtbar, wie auch bei Edinger⁸³, auf dessen Methode der politischen Biographie⁸⁴ bereits weiter oben detaillierter eingegangen wurde.

K. Prewitt⁸⁵ befaßt sich intensiv mit diesen drei Kernfragen. Seine These ist, daß die in bisherigen Theorien (z.B. die Theorie des power-drive, die Schichten-Theorie und die funktionale Theorie) entwickelten Erklärungs-

muster keineswegs ausreichen, um die Komplexität der Elitebildung in modernen Gesellschaftssystemen zu erfassen. Er kritisiert, daß das Schichtenmodell nur die Zirkulationsproblematik erfaßt und darüber hinaus nur über die Repräsentationsfrage (welche Bevölkerungsgruppen werden in der Elite repräsentiert?) Auskunft geben können. Da es eine umfassende Schichttheorie⁸⁶ bisher noch nicht gebe, konnten folglich die bisherigen Arbeiten nur über die exakte Deskription historischer und aktueller Situationen berichten⁸⁷. Die Ergebnisse der Schichttheorie beständen im wesentlichen darin, daß die politischen Chancen derjenigen mit hohem Sozialstatus vergleichsweise am größten seien, was zur Folge hätte, daß die höheren Schichten in der politischen Elite erheblich überrepräsentiert seien⁸⁸. Ein weiteres zentrales Ergebnis von Schichtanalysen liege darin, daß die politischen Karrierechancen derjenigen mit spezifischen Fähigkeiten (skills) in Gesellschaften mit zunehmender Komplexität (technologischer Entwicklung) erheblich steigen. Diese Ergebnisse sind für Prewitt jedoch nicht sonderlich erstaunlich. Die Begrenztheit der Schichttheorie sieht Prewitt auch darin, daß Probleme von institutionellen, formalen wie informalen Barrieren, die einen unbehinderten Zugang aller Führungspositionen verhindern, nicht Untersuchungsgegenstand seien, ebenso wie die Fragestellung nach den Personen, die aus unteren Schichten trotz dieser Barrieren in Elite-Positionen eingezogen sind. Mittels dieses theoretischen Ansatzes konnte nicht geklärt werden, wie es dazu kommt, daß es auch innerhalb der privilegierten Schichten selbst nur wenige gibt, die ihre demnach günstige Chance des Aufsteigens in politische Führungspositionen auch wirklich wahrnehmen. Für Seligman wie Prewitt ist das Schichtmodell aus diesen verschiedenen Gründen abzulehnen.

Sie befassen sich dann kritisch mit Ansätzen der funktionalen Systemtheorie, in der - wie oben detaillierter ausgeführt - alle Prozesse und Strukturen als instrumentelle Beiträge zur Funktionsfähigkeit des umfassenden gesamten politischen Systems bewertet werden. Da jede Gesellschaft zumindest ein Minimum an Konstanz der bestehenden Funktionsfähigkeit bewahren möchte, werden politischen Eliten in diesem System nach "functional needs" ausgesucht. Die Kriterien der Feststellung der "funktional needs" sind, wie Prewitt bemängelt, nicht eindeutig definiert, ebenso bleibt unklar, wie festgelegt wird, welche Fähigkeiten eine Führungspersönlichkeit besitzen muß. Darüber hinaus sei nicht eruiert, ob diese theoretisch erarbeiteten persönlichen Fähigkeiten die an den Schalthebeln der Macht sitzenden auch tatsächlich besitzen. Marvicks Bedenken richten sich im wesentlichen dagegen, daß Kandidaten selten ausschließlich nach system-funktionalen Erfordernissen selektiert werden, da auch andere (z.B. irrationale) Faktoren beim Auswahlprozeß eine bedeutende Rolle spielen können.

Auch gegen die Theorie der Persönlichkeitsstruktur⁸⁹ werden von Prewitt wie Seligman erhebliche Bedenken erhoben, da die zentrale These dieses Ansatzes - Führung setzt eine bestimmte personenbezogene (Charakter-) Eigenschaft⁹⁰ voraus, die man nicht im Rahmen der Sozialisation erlernen könne, deren Besitz jedoch Voraussetzung für die Übernahme einer Führungsposition sei - durch Ergebnisse der Kleingruppenforschung widerlegt wurden, die aufzeigen, daß Führungs-Fähigkeiten sich eben doch durch Lernprozesse aneignen lassen bzw. sich in spezifischen Konfliktsituationen spontan entfalten können.

Auf der Basis dieser Ablehnung der bisherigen, traditionellen Erklärungsmuster (funktionale Theorie, Schichtmodell und Theorie der Persönlichkeitsstruktur), entwickelt Prewitt dagegen seine Theorie der politischen Sozialisation, punktuell kann die vorliegende Arbeit empirisches Material zur Überprüfung liefern. Er mißt der politischen Sozialisation die entscheidende Funktion zur Erklärung politischer Karrierechancen zu, und geht davon aus, daß zwar der soziale Status und die Herkunft, skills und die Persönlichkeitsstruktur politische Karrierechancen beeinflussen, diese Faktoren allein jedoch nicht die Bedingungen der Eliteauswahl⁹¹ in den Griff bekommen. Prewitt weist nach, daß nur ein geringer Teil der Gesamtbevölkerung theoretisch wie praktisch politisch aktiv sei und dieser geringe Anteil an der Gesamtbevölkerung entweder aus politisierten Familien stamme, oder in Schule, Ausbildung oder Beruf politisiert wurde. Diese zahlenmäßig kleine Gruppe der politisch interessierten Bürger stellt den wesentlichsten Anteil an der politischen Führung. Er erklärt den überproportionalen Anteil politisch Interessierter aus höheren Schichten stammenden damit, daß eine hohe Korrelation zwischen Status und Führungsschicht bestehe. Diese Überrepräsentation werde zukünftig dadurch abgebaut, daß immer mehr Personen auch aus den unteren Schichten über das Bildungs- und Ausbildungssystem (auch durch Massenmedien) in Kontakt zur Politik kämen, d.h. politisiert würden, womit die Diskrepanz zwischen demographischer Struktur und Struktur der Führungsschicht sich zunehmend verringern werde. Auch diese These kann durch das erhobene Material empirisch überprüft werden.

Eine weitere Ergänzung und Ausweitung erfährt der Ansatz von Prewitt durch Elite-Studien, die intensiv die Prozesse der Elitebildung analysieren und sich systematisch der Erforschung eng begrenzter Phasen des politischen Selektionsprozesses - z.B. mit der Kandidaten-nominierung - widmen⁹². Weitergehende Arbeiten dieser Ansatzrichtung befassen sich ausschnittshaft mit dem Funktionieren spezifisch politischer Organisationen wie Parteien und Parlamente bei der Rekrutierung und Selektion politischen Führungspersonals⁹³, was ebenfalls einen Untersuchungsaspekt im Rahmen der ersten entwickelten Problemdimension darstellt.

Auch A. Schlesinger⁹⁴ gibt der modernen empirischen Eliteforschung weitere Impulse, er analysiert stringent Karrieremuster mit dem Ansatz einer biographisch-sozialstatistischen Methode⁹⁵; für ihn läßt die Analyse politischer Karrieren Rückschlüsse über die Struktur des Selektionssystems zu. Von dieser Position geht auch die vorliegende Arbeit aus. Schlesinger entwickelt "political opportunity patterns", für den Aufstieg in politische Führungsämter bestehen nur in begrenztem Umfang institutionell vorgegebene Möglichkeiten; es gibt typische Muster von Karriereverläufen⁹⁶, die empirisch zu erarbeiten sind. Schlesinger geht von der Prämisse des Vorhandenseins eines starken Motivationsfaktors (ambition)⁹⁷ aus, der während des gesamten Werdeganges die entscheidende Stimulanz für den einzelnen Politiker darstellt.

Schlesingers Ansatz führen u.a. David Barber⁹⁸, Lester Seligman⁹⁹, David Schwartz¹⁰⁰ und Moshe Czudnowski¹⁰¹ weiter; das Selektionssystem mit seinen institutionellen Chancen und Barrieren selbst und der gesamte Prozeß der Elitenauswahl wird von ihnen zum Gegenstand der Analyse gemacht¹⁰². Nicht die soziale Herkunft und das

Rollenverhalten der Elitemitglieder werden in Beziehung gesetzt, sondern der gesamte privatberufliche und politische Werdegang seit der frühen Sozialisation bis zur Übernahme von Führungsämtern wird im Kontext zu den jeweiligen Systembedingungen analysiert¹⁰³, was zumindest ansatzweise auch in der vorliegenden Studie angestrebt wird.

In jüngster Zeit ist diese Forschungsperspektive - den "Gesamtprozeß der politischen Führungsauswahl unter Einbeziehung der wesentlichen Bedingungen der politischen Organisationswirklichkeit systematisch zu analysieren"¹⁰⁴ - von D. Herzog am deutlichsten aufgezeigt worden. Er begründet sein "pattern model" der longitudinalen Analyse von politischer Sozialisation, politischer Aktivierung, Rekrutierung und Selektion bis zum Zeitpunkt der Rollenzuweisung einer formalen Eliteposition unter anderem wie folgt: "Statt nach mehr oder weniger konstanten Persönlichkeitsmerkmalen zu suchen¹⁰⁵, die, 'den Politiker' kennzeichnen, sind Fragen nach der Struktur des politischen Selektionssystems einer Gesellschaft, nach den Mustern sukzessiver Auswahl-, Erprobungs-, Qualifizierungs- und Anpassungsprozesse, nach den Chancen und Barrieren, die Gesellschaften für die politische Aktivierung einzelner Sozialschichten, Gruppen und Professionen eröffnen bzw. errichten, und auch nach den speziellen Situationen und Karriere-Stadien, in denen die 'Persönlichkeit' des Akteurs schwächer oder stärker rollenbestimmend ist, von ungleich größerem Forschungsinteresse"¹⁰⁶. In dieser Forschungsperspektive ist auch die vorliegende Arbeit zu verstehen, ohne daß - aufgrund des begrenzten empirischen Materials, was zur Verfügung stand - alle in Herzogs "Prozeßmodell der politischen Elitenauswahl" angerissenen analytischen Fragestellungen behandelt werden konnten.

Zusammenfassung: Systemwandel und elitentheoretische
Ansätze

Die empirische Eliteforschung hat sich in jüngster Zeit insbesondere im westlichen Ausland stark ausgeweitet¹⁰⁷, wobei - ungeachtet unterschiedlicher theoretischer Ansätze und verschiedener verwendeter Forschungstechniken - auf vier zentrale Aspekte¹⁰⁸ das Forschungsinteresse ausgerichtet ist:

1. Rekrutierung, Selektion, Qualifikation und Abgang von Eliten (Karriereforschung),
2. personelle Zirkulation¹⁰⁹ in Elitepositionen und Strukturwandel (Stabilität),
3. Einstellungen und Verhaltensweisen von Eliten¹¹⁰,
4. Funktionen von Eliten im Gesamtsystem¹¹¹.

Die vorliegende Untersuchung widmet sich - wie geschildert - vorwiegend der Forschungsdimension 1. Die sich mit den oben skizzierten Forschungsansätzen befassenden Studien können zugleich Theorieansätze darstellen, wie auch andererseits neu entwickelte theoretische Forschungsfragen Impulse geben und Voraussetzungen für neue Perspektiven im Bereich der Eliteforschung sein können. Dabei sind die jüngsten politologisch-soziologischen Eliteforschungen insbesondere von den Struktur- und Entwicklungsbedingungen der modernen Industriegesellschaft kapitalistischer wie sozialistischer Grundstruktur ausgegangen¹¹². Da die unterschiedlichen gesellschaftlich-politischen Systeme jedoch durch ähnliche Entwicklungs-

tendenzen (Industrialisierung, Zentralisierung, Bürokratisierung, Technokratisierung u.a.)¹¹³ hinzu Leistungsgesellschaften gekennzeichnet sind, ergeben sich gleichartige Grundprobleme von Führung schlecht-hin¹¹⁴ (z.B. Funktionswandel von Führungsrollen im Legislativ- und Exekutivbereich)¹¹⁵, wobei es umstritten ist, ob diese Entwicklungstendenzen noch mit "traditionellen" demokratie-theoretischen¹¹⁶, technokratischen oder eliten-theoretischen Ansätzen theoretisch erfaßt und erklärt werden können¹¹⁷. Die funktionale Notwendigkeit neuer, wissenschaftlich fundierter Theorieansätze¹¹⁸, an denen zukünftige Forschungen¹¹⁹ permanent zu arbeiten haben, wird durch die neuen Entwicklungen sehr deutlich.

III. Zur Erhebung, Aufbereitung und Interpretation des Datenmaterials:

1. Die Identifizierung der Erhebungsgruppe

Die ausgewählte Untersuchungsgruppe umfaßt 420 Personen; alle Mitglieder der Regierungen der Bundesländer zwischen 1946/47 und 1974. Nicht berücksichtigt wurden die Mitglieder der Kabinette des Saarlandes, da aus methodischen Gründen die Vergleichbarkeit der erzielten Ergebnisse beeinträchtigt worden wäre. Das Saarland ist erst seit 1957 konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik (BRD), d.h. die zwischen 1946 und 1957 ernannten Mitglieder der saarländischen Regierungen sind nicht im politischen System der Bundesrepublik rekrutiert und selektiert worden. Sie hätten damit zu den verschiedenen Fragestellungen und Hypothesen gesondert analysiert werden müssen. Auch hinsichtlich einer zeitlichen Vergleichbarkeit wären inhaltliche wie methodische Schwierigkeiten (vergleichende Aussagen zwischen den Bundesländern zu verschiedenen ausgewählten historischen Zeitpunkten und -abschnitten) aufgetreten; die gesellschaftlich-politisch-ökonomische Ausgangssituation und Entwicklung des späteren Bundeslandes Saarland war mit der der anderen von den drei Besatzungsmächten zunächst verwalteten späteren Bundesländern nicht vergleichbar.

Ebenso wurden die Mitglieder der Regierungen von West-Berlin (bis zur Trennung in Ost- und Westberlin als Magistrat von Gesamtberlin, ab 1948 als Senat von Westberlin bezeichnet) nicht in die Untersuchungsgruppe miteinbezogen, da Westberlin nicht Bundesland der Bundesrepublik ist und wie das Saarland aufgrund der spezifischen historisch-politischen Entwicklung nicht den übrigen Bundesländern gleichzusetzen ist.

Der Zeitraum der Untersuchung erstreckt sich über 27 bzw. 28 Jahre, jeweils vom Beginn der Amtsperiode des, vom ersten, nach dem 2. Weltkrieg durch allgemeine Wahlen hervorgegangenen Parlaments gewählten Ministerpräsidenten (je nach Bundesland auch Senatspräsident, 1. Bürgermeister genannt) und den von ihm ernannten und vom Landtag legitimierten Mitgliedern der jeweiligen Landesregierung¹ (1. parlamentarische Regierung).

Der Zeitpunkt des Beginns der 1. Legislaturperiode ist in den Bundesländern unterschiedlich, demzufolge auch der Zeitpunkt des Beginns der Amtsperioden der ersten parlamentarisch legitimierten Landesregierungen. Diese wesentliche Voraussetzung - Mitglied einer von einem gewählten Landesparlament und dessen Mehrheitsfraktionen getragenen Regierung zu sein - ist bei den Mitgliedern (die teilweise auch als Kommissare bezeichnet wurden) der von den alliierten Militär- bzw. Zivilverwaltungen eingesetzten bzw. berufenen provisorischen Landesregierungen nicht gegeben, diese wurden deshalb nicht in der Untersuchungsgruppe berücksichtigt, da diese Regierungsmitglieder anderen Rekrutierungs- und Selektionsmechanismen und -kriterien unterlagen und es im Rahmen dieser Untersuchung nicht mehr im Einzelfall möglich ist, die Kriterien im nachhinein zu ergründen, die eine Ernennung durch die Alliierten ermöglichte. Die Analyse dieser Personengruppe bedarf eines anderen theoretischen und methodischen Ansatzes, unleugbar scheint jedoch zu sein, daß diesen vorlegislativen Landeskabinetten jegliche demokratische Legitimation fehlte (wobei die einzelnen Mitglieder sich durchaus gerade in den Jahren zwischen 1933 und 1945 antifaschistisch profiliert haben dürften). Die Analyse ihrer Selektions- und Rekrutierungsphasen dürfte, als comparative-analysis konzipiert, von wissenschaftlichem und praktisch-politischem Interesse sein. Die Alliierten als letztlich allein entscheidende Berufungs- bzw. Einsetzungs-

instanz sind bei allen folgenden Kabinettsbildungen und Umbildungen entfallen, so daß alle Ernannten der folgenden Legislatur-Perioden vergleichend analysiert werden können. Die zeitliche Begrenzung liegt beim 31.12.1973, d.h. alle Kabinettsbildungen und -umbildungen seit 1974 bleiben unberücksichtigt. Dieser Zeitraum von 1945/46 bis 1974 umfaßt je nach Bundesland fast 7 bzw. 8 abgeschlossene Legislatur-Perioden. Im einzelnen gliedern sich die 420 Minister wie folgt auf die einzelnen Bundesländer auf²:

Bundesland	Anzahl der Minister	% von 420	Beginn Leg.- Per.	Anzahl- Leg.per.
Bayern	43	10,2	1946	7
NRW (Nordrhein-Westf.)	59	14,0	1947	7
HH (Hamburg)	54	12,9	1946	7
Niedersachsen (NS)	48	11,4	1947	7
Hessen	35	8,3	1947	7
Schleswig-Holstein	43	10,2	1947	7
Baden-Württemberg	63	15,0	1946/47 ^x	6 ^x
Rheinland-Pfalz	31	7,4	1947	7
Bremen	44	10,5	1946	8

x Siehe weiter unten die besondere Problematik der Gründungsphase des Landes Baden-Württemberg, dessen 1. Legislatur-Periode 1953 beginnt.

Nur in einem Fall (H. Hemsath) ist ein und dieselbe Person in zwei der ausgewählten Bundesländer Kabinettsangehöriger gewesen. Berücksichtigt wurden nur die Minister der Kabinette, die gegenüber der Legislative politische Verantwortung zu tragen haben, sonstige Personen mit Kabinettsrang (wie in Bayern die Staatssekretäre, die Teil der Landesregierung sind) sind nicht in die Unter-

suchungsgruppe mit einbezogen worden. Bei der Analyse der Baden-Württembergischen Kabinette ergab sich der besondere Umstand, daß bis 1952/53 in drei Landesteilen bereits gewählte Landesregierungen in den drei Altländern bestanden (in Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden), der Zeitpunkt 1953, zu dem die erste Landesregierung für das gesamte Gebiet Baden-Württemberg gebildet wurde, ist aus methodischen Gründen (Vergleichbarkeit) mit dem Beginn der 2. Legislatur-Periode für Baden-Württemberg festgesetzt worden. Obwohl in einigen der ehemaligen Einzelländer bereits zwei Legislatur-Perioden verzeichnet wurden und von 1952 bis 1953 eine Übergangsregierung amtierte, ist der Zeitraum 1946-1952 einheitlich als eine Legislatur-Periode analytisch zusammengefaßt.

Die unterschiedliche Anzahl der bisher ernannten Landesminister hängt von verschiedenen Faktoren ab: sich ständig wandelnde Anzahl von Kabinettspositionen, Anzahl der Kabinettsbildungen und -umbildungen, Koalitionswechseln und Regierungsstürzen während und nach Legislatur-Perioden sowie weiteren politischen Faktoren wie Wahlergebnissen etc.

Ohne im einzelnen den empirischen Ergebnissen vorweggreifen zu wollen, gestattet alleine die Aufstellung der Anzahl der im Untersuchungszeitraum ernannten Minister einige Aussagen über die unterschiedlichen politischen Entwicklungen in den Bundesländern, die u.a. eben ihren Ausdruck in personeller Fluktuation bzw. Konstanz in den Kabinetten finden kann: z.B. häufiger Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen erklärt u.a. die vergleichsweise hohe Zahl der bisher berufenen Minister, kontinuierliche Regierungsbeteiligung (als Mehrheitspartei) der SPD in Hessen und der CDU in Rheinland-Pfalz (z.T. mit absoluten

Mehrheiten und reinen CDU-Kabinetten) finden ihren Niederschlag in geringerer Anzahl bisher ernannter Kabinettsmitglieder. Die folgende tabellarische Aufstellung (Tab.1) gibt detailliert die Ernennungsjahre der Untersuchungspersonen zum Zeitpunkt ihrer ersten Berufung ins Kabinett wieder. Es wird deutlich, daß neben Häufungen von Neuernennungen zu Beginn der einzelnen Legislatur-Perioden permanent eine gewisse personelle Rotation in den Kabinetten eines Jahres erfolgte.

Tabelle 1

Jahr der ersten Kabinettsberufung

<u>Jahr</u>	<u>Anzahl absolut</u>	<u>% 420</u>
1946	41	9,8
1947	72	17,1
1948	19	4,5
1949	5	1,2
1950	17	4,0
1951	22	5,2
1952	7	1,7
1953	21	5,0
1954	16	3,8
1955	14	3,3
1956	11	2,6
1957	10	2,4
1958	12	2,9
1959	12	2,9
1960	4	1,0
1961	7	1,7
1962	9	2,1
1963	9	2,1
1964	7	1,7
1965	7	1,7
1966	24	5,7
1967	12	2,9
1968	6	1,4
1969	11	2,6
1970	19	4,5
1971	13	3,1
1972	9	2,1
1973	4	1,0
(N=420)		100

Die Aufgliederung der Untersuchungsgruppe nach funktionalen Gesichtspunkten ergibt, daß in den 9 analysierten Bundesländern während des Untersuchungszeitraumes 38 Regierungschefs amtierten:

Bundesland

Bayern	Ehard, Heogner, Seidel, Goppel
NRW	Arnold, Steinhoff, Meyers, Kühn
HH	Brauer, Sieveking, Nevermann, Weichmann, Schulz
NS	Kopf, Hellwege, Diederichs, Kubel
Hessen	Stock, Zinn, Osswald
Schleswig-Holstein	Lüdemann, Diekmann, Bartram, Lübke, v.Hassel, Lemke, Stoltenberg
Baden-Württemberg	Wohlleb, Bock, Müller, Maier, Kiesinger, Filbinger
Rheinland-Pfalz	Altmeier, Kohl
Bremen	Kaisen, Dehnkamp, Koschnick

Darunter sind folgende Regierungschefs unmittelbar in ihr Amt gewählt worden:

Bayern	Ehard
NRW	Arnold, Kühn
HH	Brauer, Sieveking
NS	Kopf, Hellwege
Hessen	Stock
Schleswig-Holstein	Lüdemann, Dieckmann, Lübke, Hassel, Stoltenberg
Baden Württemberg	Wohlleb, Bock, Müller, Maier, Kiesinger
Rheinland-Pfalz	Altmeier, Kohl
Bremen	Kaisen

Die übrigen 17 waren vor ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten/Senatspräsidenten bereits gewählte Mitglieder der Landesregierung. Die Untersuchungsgruppe der 420 bis zum 31.12.1973 ernannten Landesminister wird im Anhang (Tab.I) nach Bundesländern und Zeitpunkt der ersten Kabinettsberufung detailliert aufgeschlüsselt.

Die sozio-ökonomische Struktur, historische Entwicklung und der organisatorische Aufbau der Verwaltung der Bundesländer bedingt, daß sowohl die Art der Ressorts als auch deren verwaltungsmäßige Untergliederung differieren, es gibt unterschiedliche Landesministerien mit verschiedenen zugeordneten Fachverwaltungen. So können Ressorts in einem Bundesland (z.B. Ministerium für Schule und Bildung) in einem anderen Bundesland nur Fachabteilungen (oder Unterabteilungen) innerhalb eines umfassenden Ministeriums (z.B. Schule, Bildung, Wissenschaft, Forschung innerhalb eines Kultusministeriums) sein. Um diese unterschiedlichen Organisationsformen zu erfassen, hat es sich bei der Klassifizierung der Ministerien als sinnvoll erwiesen, Ressorts (Ministerien) und einzelne Fachabteilungen (Fachrichtungen), die ein Ressort umfaßt und/oder sich in der Bezeichnung des Ministeriums widerspiegeln können, zu trennen, wobei es empirisch belegbar ist, daß es Ressorts mit bis zu 6 Fachabteilungen gab (Tab. 2) und Landesminister insbesondere in den Gründungs- und Aufbauphasen der Bundesländer bis zu 3 Ressorts zugleich politisch führten.

Tabelle 2

Anzahl der Fachrichtungen (bei erster Berufung ins Kabinett)

Anzahl Unter- suchungs- personen	% von 420	Anzahl Fachrichtungen
15	3,6	ohne (Ministerpräsident, stv. Minister- präs. ohne Geschäftsbereich)
221	52,6	1
122	29,1	2
55	13,1	3
5	1,2	4
1	0,2	5
1	0,2	6
420	100	

Tabelle 2 wird im folgenden spezifiziert werden müssen, da noch nicht ersichtlich wird, ob bei denjenigen, die bei erster Ernennung 2 bzw. mehr Fachabteilungen zu verwalten haben, diese in einem Ressort zusammengefaßt oder in mehrere aufgegliedert sind (Tab. 3). Es gab auswertungstechnisch kaum eine andere Möglichkeit, die vielfältigen Erscheidungsarten der von den Landesministern verwalteten Ministerien und deren Untergliederungen systematisierend und vergleichend sinnvoll darzustellen, da zwischen den Bundesländern erhebliche u.a. ökonomisch-geographisch bedingte Unterschiede bestehen³, und innerhalb der historischen Entwicklung eines Bundeslandes selbst durch Kabinettsreorganisationen fast permanent die Kompetenzen zwischen einzelnen Ressorts neu verteilt wurden, bzw. Ministerien aufgelöst oder gar umbenannt wurden, ohne daß eine strukturelle Veränderung feststellbar war. (Diese organisatorischen Veränderungen sind im einzelnen bei A.C. Storbeck - Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945, München-Wien 1970 - und in den Landtagshandbüchern festgehalten).

Tabelle 3

Anzahl der Ressorts zum Zeitpunkt der ersten Berufung ins Kabinett

Anzahl Untersuchungs- personen	% von 420	Anzahl Ressorts
15	3,6	ohne (da auch ohne Fachrichtung, Minpräs. bzw. stlv. Minpräs.)
369	87,8	1
33	7,8	2
3	0,8	3
(N=420)	100	

Die einzelnen Ressorts werden in Tabelle 4 (4a, 4b und 4c) jeweils in die Zahl der Fachrichtungen (Fachabteilungen) aufgeschlüsselt:

Tabelle 4

Anzahl Ressort/Anzahl Fachrichtungen

Tabelle 4a

Ressort 1 = Anzahl der Fachrichtungen

15	(3,6 %)	=	0 (keine)
249	(59,3 %)	=	1
112	(26,7 %)	=	2
43	(10,2 %)	=	3
1	(0,2 %)	=	4

Tabelle 4b

Ressort 2 = Anzahl der Fachrichtungen

387	(92,1 %)	=	0 (entfällt)
24	(5,7 %)	=	1
8	(1,9 %)	=	2
1	(0,2 %)	=	3

Tabelle 4c

Ressort 3 = Anzahl der Fachrichtungen

417	(99,3 %)	=	0 (entfällt)
3	(0,7 %)	=	1

Art und Häufigkeit der verwalteten ersten und zweiten
Fachrichtungen

	1. Fachr.		2. Fachr.	
	An- zahl	% von 420	An- zahl	% von 420
Entfällt	15	3,6	238	56,7
Innen	39	9,3	-	-
Polizei	2	0,5	-	-
Justiz	45	10,7	-	-
Gefängnis	1	0,2	3	0,7
Wirtschaft	51	12,1	-	-
Wirtschaftsforschung/Forschung	2	0,5	1	0,2
Mittelstand	1	0,2	3	0,7
Arbeit	35	8,3	7	1,7
Soziales	11	2,6	22	5,2
Wohlfahrt	4	1,0	4	1,0
Kultur	37	8,8	2	0,5
Kunst	1	0,2	-	-
Wissenschaft	1	0,2	1	0,2
Finanzen	46	11,0	1	0,2
Verkehr	7	1,7	31	7,4
Versorgung	1	0,2	1	0,2
Betriebe/öff.Unternehmen	1	0,2	-	-
Landwirtschaft	33	7,9	7	1,7
Ernährung	4	1,0	28	6,7
Forsten	-	-	3	0,7
Weinbau	-	-	-	-
Bundesangelegenheiten	16	3,8	2	0,5
Gesundheit	5	1,2	8	1,9
Volksbildung/Berufsbildung	7	1,7	1	0,2
Schule	4	1,0	2	0,5
Unterricht	-	-	10	2,4
Erziehung	-	-	5	1,2
Bauwesen	12	2,9	-	-
Wiederaufbau	11	2,6	7	1,7
Wohnungswesen	1	0,2	3	0,7
Öffentliche Arbeiten	-	-	1	0,2
Post/Fernmeldewesen	-	-	1	0,2
Jugend	3	0,7	2	0,5
Sport	-	-	1	0,2
Familie	-	-	-	-
Landesplanung/-entwicklung	4	1,0	-	-
Für Pol.Befreiung	3	0,7	1	0,2
Parl.Staatssekr.f.Verfassung	-	-	-	-
Kirchenangelegenheiten	-	-	3	0,7
Entnazifizierung	-	-	-	-
Wiedergutmachung	2	0,5	-	-
Flüchtlinge/Umsiedlung	4	1,0	6	1,4
Heimatvertriebene	-	-	3	0,7
Kriegsgeschädigte	-	-	-	-
Angeleg.f.Landschaftsverbände	-	-	-	-
Umweltfragen/-schutz	-	-	4	1,0
Vermögen	1	0,2	1	0,2
Aussenhandel	-	-	3	0,7
Haefen	-	-	4	1,0
Sonderministerien	10	2,4	-	-

Art und Häufigkeit der verwalteten dritten und vierten Fachrichtungen

	3. Fachr.		4. Fachr.	
	An- zahl	% von 420	An- zahl	% von 420
Entfällt	360	85,7	415	98,8
Innen	-	-	-	-
Polizei	-	-	-	-
Justiz	-	-	-	-
Gefängnis	-	-	-	-
Wirtschaft	-	-	-	-
Wirtschaftsforschung/Forschung	-	-	-	-
Mittelstand	1	0,2	-	-
Arbeit	-	-	-	-
Soziales	-	-	-	-
Wohlfahrt	-	-	-	-
Kultur	-	-	-	-
Kunst	-	-	-	-
Wissenschaft	-	-	-	-
Finanzen	-	-	-	-
Verkehr	6	1,4	-	-
Versorgung	-	-	-	-
Betriebe/öff.Unternehmen	-	-	-	-
Landwirtschaft	3	0,7	1	0,2
Ernährung	3	0,7	2	0,5
Forsten	22	5,2	1	0,2
Weinbau	1	0,2	1	0,2
Bundesangelegenheiten	-	-	-	-
Gesundheit	4	1,0	-	-
Volksbildung/Berufsbildung	1	0,2	-	-
Schule	-	-	-	-
Unterricht	-	-	-	-
Erziehung	1	0,2	-	-
Bauwesen	-	-	-	-
Wiederaufbau	1	0,2	-	-
Wohnungswesen	2	0,5	-	-
Öffentliche Arbeiten	3	0,7	-	-
Post/Fernmeldewesen	-	-	-	-
Jugend	-	-	-	-
Sport	1	0,2	-	-
Familie	-	-	-	-
Landesplanung/-entwicklung	-	-	-	-
Für Pol.Befreiung	-	-	-	-
Parl.Staatssekr.f.Verfassung	-	-	-	-
Kirchenangelegenheiten	-	-	-	-
Entnazifizierung	-	-	-	-
Wiedergutmachung	-	-	-	-
Flüchtlinge/Umsiedlung	1	0,2	-	-
Heimatvertriebene	6	1,4	-	-
Kriegsgeschädigte	3	0,7	-	-
Angeleg.f.Landschaftsverbände	-	-	-	-
Umweltfragen/-schutz	-	-	-	-
Vermögen	-	-	-	-
Haefen	1	0,2	-	-
Sonderministerien	-	-	-	-

Die Tabelle 4a läßt erkennen, daß über 80% der analysierten Landesminister bei Amtsantritt ein Ressort (mit einer bzw. 2 Fachrichtungen) betreuten; die Kumulierungen von Ressorts und Fachrichtungen bei einigen wenigen Personen waren insbesondere in den Gründungsphasen der Bundesländer zu beobachten. In den letzten Jahren wird tendenziell sichtbar, daß nur noch Ministerien mit einem politischen Schwerpunkt bezüglich der Verwaltungskompetenz sich entwickelt haben, wenn auch in einigen Fällen mit mehreren Fachabteilungen, die jedoch inhaltlich eng zusammengehören (z.B. Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau oder Senatsverwaltung für Häfen, Schifffahrt, Verkehr). Eine Analyse der Fachrichtungen ergibt (Tab. 5), daß die 405 Untersuchungspersonen, die Informationen über mindestens eine Fachrichtung aufweisen, sich schwerpunktmäßig auf 7 politische Aufgabengebiete verteilen, das sind 70,6 % aller Ressorts (bzw. eine Fachabteilung bei denjenigen, die ein Ressort mit mehr als einer Fachabteilung verwalteten); diese Aufgabengebiete sind demnach in allen Bundesländern als die "klassischen" Ressorts zu bezeichnen:

Tabelle 5

Art der ersten Fachrichtung (kann zugleich Ressort sein)

Anzahl der Nennungen	Art der Fachrichtung
51	Wirtschaft
46	Finanzen
45	Justiz
39	Innen
37	Kultur
35	Arbeit
33	Landwirtschaft
286 70,6 % von 405	

Auch bei der Analyse der zweiten Fachrichtung (die entweder innerhalb eines Ressorts oder als organisatorisch selbständiges 2. Ressort verwaltet wurde) sind Häufungen festzustellen, wobei deutlich der inhaltliche Bezug zum ersten politischen Bereich sichtbar wird: 31 Nennungen mit dem Bereich "Verkehr", 28 "Ernährung", 22 "Sozial" und 10 mit "Unterricht". Von der dritten Fachrichtung ist die Nennung "Forsten" (22 mal) am häufigsten. Daraus ist zu folgern, daß diese spezifischen politischen Fachgebiete in allen Bundesländern gleich unter diesen einheitlichen Bezeichnungen - wie Ministerium für Wirtschaft und Verkehr oder Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - als Ministerien organisiert wurden, im Gegensatz zu den ökonomisch-geographischen (siehe oben) und historisch-situativen Verwaltungsgebieten (Heimatvertriebene, Entnazifizierung, Wiedergutmachung), die regional und zeitlich begrenzte Ressorts bzw. Fachrichtungen innerhalb von Ministerien waren.

Nicht berücksichtigt bei diesen politisch-inhaltlichen Zuordnungen wurden die Kabinettsfunktionen, die nur stellvertretend, zeitlich begrenzt oder geschäftsführend wahrgenommen wurden; alle Ressortverwaltungen, die nur unter "Wahrnehmung der Geschäfte" firmierten und damit vorübergehend ausgeübt wurden, sind in diesen Statistiken nicht erfaßt.

An dieser Stelle soll im Zusammenhang mit der "Präsentation" der vorliegenden Untersuchungsgruppe nur kursorisch auf einen Aspekt traditioneller empirischer Elitestudien (Zapf) hingewiesen werden, der sich aus den Informationen zur Identifizierung der Zielgruppe herleiten und aus dem erhobenen Material begrenzte Ergebnisse zuläßt: Die Frage nach dem Grad der Zirkulation und Rotation in politischen Führungsgremien. Wenn die Anzahl der von den

Positionsinhabern vollzogenen Ressortwechsel ein Kriterium ist, das über den Grad der horizontalen Mobilität innerhalb politischer Führungsgruppen Aussagen zuläßt, kann generell für alle Landeskabinette ein hoher Grad an Stabilität (bzw. geringer Grad an Zirkulation) festgestellt werden⁴, da 75,5 % der Landesminister während der Amtszeit nicht das Ressort wechselte⁵ (Tab. 6).

Tabelle 6

Ressortwechsel

Anzahl Ressortwechsel	Anzahl	% von 420
Kein	318	75,5
1	62	14,8
2	28	6,7
3	7	1,7
4	2	0,5
5	1	0,2
6	2	0,5

Tabelle 7 kann diese generelle Aussage für die einzelnen Bundesländer spezifizieren, indem deutlich wird, daß nur ein bestimmter Prozentsatz von Exekutivmitgliedern in den Ländern (in Bayern 19 %, in Niedersachsen 42 %) eine Kabinettsberufung erhielt, wobei diese Tatsache wiederum ein Indiz für die politische Stabilität und personelle Kontinuität in der Landesexekutive ist. So sind beispielsweise in Bayern 81 % der Minister z.T. mehrfach wiedervernannt worden (siehe im Anhang Tab. I die Aufgliederung über die durchschnittliche Amtsdauer der Landesminister in den Regierungen), in Niedersachsen dagegen vergleichsweise nur 58 %; wobei es sich ganz überwiegend um Bestätigungen im jeweiligen Amt handelte.

Tabelle 7

Landesminister mit nur einer Kabinettsberufung

Bundesland	Anzahl Ernannte insgesamt	Anzahl mit einer Ernennung	%	Ø Amtsdauer in Jahren
Bayern	43	8	19	2,6
NRW	59	23	39	2,3
HH	54	17	31	3,3
NS	48	20	42	2,4
Hessen	35	13	37	2,8
SWH	43	17	40	1,9
Baden Württemberg	63	25	40	3,1
Rheinland-Pfalz	31	10	32	2,7
Bremen	44	13	30	2,8
	(N=420)	(N=146)	35	

Für die Aufstellung in Tabelle 6 (Anzahl der Ressortwechsel) ist jedoch methodisch-analytisch einschränkend zu berücksichtigen, daß erstens die Berufung vom Fachminister zum Ministerpräsidenten (bzw. stellv. Ministerpräsidenten oder umgekehrt) als Ressortwechsel definiert worden ist; wurde einem Minister hingegen zum bereits verwalteten Ressort eine weitere politische Fachabteilung (Fachrichtung) zugeordnet, so wurde diese Veränderung nicht als Ressortwechsel bewertet.

Zweitens ist zu berücksichtigen, daß der Anteil der zum Ende der Untersuchungsphase noch amtierenden 89 Landesminister (21,2 %) mit in die Auswertung einbezogen wurde, obwohl bei diesem Personenkreis ein zukünftiger Ressortwechsel nicht auszuschließen ist.

An diese Problematik der historisch-bedingten unterschiedlichen Zusammensetzung der Untersuchungsgruppe anknüpfend, muß in diesem Zusammenhang auf ein weiteres methodisches Problem hingewiesen werden, was bei der Analyse berücksichtigt werden mußte; die gesamte Zielgruppe der 420 Landesminister umfaßt in sich unterschiedliche Personengruppen, die kategorial wie folgt analytisch differenziert sind:

1. diejenigen Minister, die bis zum 31.12.1973 verstorben waren; bei diesem Personenkreis konnten zu allen analytischen Fragestellungen abschließend endgültige Aussagen gemacht werden,
2. diejenigen Minister, die vor dem 31.12.1973 aus einer Landesregierung ausgeschieden waren, jederzeit jedoch unter verschiedenen Voraussetzungen erneut eine Kabinettsposition übernehmen können; bei dieser Gruppe waren zu spezifischen Fragestellungen nur relative und einschränkende Ergebnisinterpretationen möglich.
3. Diejenigen Minister, die vor dem 31.12.1973 als Mitglied einer Landesregierung ausgeschieden waren und nach menschlichem Ermessen nie wieder aktiv ins politische Leben zurückkehren können (Alter, Parteiaustritt, Parteiauflösung, schwere Krankheit etc.); hierbei war die Abgrenzung zur zweiten Gruppe außerordentlich schwierig, so daß im Zweifelsfall die Einordnung in die zweite Gruppe erfolgte.
4. Diejenigen Minister, die zum Stichtag (31.12.1973) amtierten; bei dieser Gruppe waren einige Fragestellungen nicht anzuwenden und Thesen- bzw. Hypothesenbildungen (z.B. zum Eliten-Abgang) entfielen.

Diese sinnvolle und analytisch notwendige Differenzierung der Untersuchungsgruppe bedingte eine spezifische Behandlung und Relativierung der Ergebnisse insbesondere dann, wenn versucht wurde, persönliche Werdegänge und Systemwandel in einer zeitlichen Dimension (z.B. Aufstiegsgeschwindigkeit in spezifischen Organisationen) zu erfassen. Aus diesem Grunde sind unabhängig von gewissen Prozentanteilen an nicht vorhandenen Informationen (KI = keine Information) viele Ergebnisse nicht auf die empirische Basis der gesamten Untersuchungsgruppe von 420 bezogen, sondern nur auf jeweils die Basis, die auch methodisch der analytischen Fragestellung entspricht. Deutlich wird diese Problematik u.a. an der Behandlung der Fragestellung nach der durchschnittlichen Kabinettszugehörigkeitsdauer als ein Kriterium im oben erwähnten Zusammenhang von Verharrungs- bzw. Mobilitätstendenzen in politischen Führungspositionen. Als Beginn wurde der Zeitpunkt der ersten demokratisch legitimierten und nicht von den Alliierten verantworteten Zugehörigkeit zu einem Landes-Kabinetts gewählt und von diesem Zeitpunkt aus berechnet bis zum Zeitpunkt der am 31.12.1973 feststellbaren letzten Zugehörigkeit. Die Zugehörigkeitsdauer derjenigen, die zur Zeit noch amtieren, wurde bis 1974 berechnet, was bedeutet, daß der errechnete Wert faktisch noch höher liegt (Tab. 8), was den errechneten Durchschnittswert jedoch nur hinter dem Komma modifizieren wird, und das Ergebnis - daß die durchschnittliche Amtsperiode über dem Zeitraum einer Wahlperiode liegt und eine Zugehörigkeitsdauer von über 12 Jahren, was etwa einem Zeitraum von 3 Legislatur-Perioden entspricht, ausgesprochen selten ist - in der Grundaussage nicht beeinträchtigt.

Tabelle 8

Kabinettszugehörigkeitsdauer

durchschnittliche Dauer: 5,6 Jahre

Anzahl Jahre	Minister: Anzahl	% von 420
01	47	11,2
02	59	14,0
03	46	11,0
04	76	18,1
05	30	7,1
06	28	6,7
07	26	6,2
08	33	7,9
09	12	2,9
10	11	2,6
11	10	2,4
12	11	2,6
13	6	1,4
14	4	1,0
15	5	1,2
16	7	1,7
17	3	0,7
19	1	0,2
20	1	0,2
21	1	0,2
22	1	0,2
23	1	0,2
25	1	0,2

Tabelle 9 interpretiert noch einmal zusammenfassend die Statistik der Tabelle 6: 82,2 % aller Minister haben demnach nicht länger als über einen Zeitraum von 2 Legislatur-Perioden (8 Jahren) hinweg amtiert; wenn man die einmalige Bestätigung im Amt nach 4 Jahren nicht bereits als Verharrungstendenz definiert, sind in den Landeskabinetten der Bundesländer - von Ausnahmen abgesehen - generell keine Verharrungs- bzw. Beharrungstendenzen, die dem demokratischen Postulat von permanenter Möglichkeit des Auswechselns politischen Führungspersonals widerspricht, erkennbar:

Tabelle 9

Dauer der Amtszeiten^{xx}

11,2 % amtierten nur ein Jahr (oder weniger)
14,0 % amtierten zwei Jahre
11,0 % amtierten drei Jahre
18,1 % amtierten vier Jahre^x
45,7 % amtierten länger als eine Legislatur-Periode (4 Jahre)
17,8 % amtierten länger als zwei Legislatur-Perioden (8 Jahre)

x Dies war durchschnittlich die Dauer einer Legislatur-Periode

xx ausführlicher wird auf diese Problematik weiter unten
(Das Landeskabinett als Rekrutierungsorgan) eingegangen.

Im Zusammenhang mit der Identifikation der Erhebungsgruppe sollen noch drei spezifizierende statistische Daten zur oben aufgeführten Klassifizierung der Untersuchungsgruppe gegeben werden: Von 406 der 420 Untersuchungspersonen liegen Informationen vor, ob diese Personen noch am Leben sind:

263 (62,6 %) leben,
143 (34,1 %) waren am 31.12.1973 verstorben,
14 (3,3 %) KI.

Von den 263 Lebenden waren 89 am 31.12.1973 im Amt, 13 der 143 Verstorbenen erlitten den Tod während der Amtsausübung (Tab. 10). Generationsbedingt ist zu beobachten, daß seit 1960 im steigenden Maße ehemalige Landesminister versterben (Tab. 11).

Tabelle 10

Tod im Amt

13 (3,1 %) = ja
 318 (75,7 %) = nein
 89 (21,2 %) = am 31.12.1973 noch im Amt

Tabelle 11

Todesjahr der Landesminister

Todesjahr	Anzahl	% von 420
1948	3	0,7
1949	5	1,2
1950	2	0,5
1952	4	1,0
1953	4	1,0
1954	2	0,5
1955	4	1,0
1956	4	1,0
1957	4	1,0
1958	2	0,5
1959	1	0,2
1960	9	2,1
1961	6	1,4
1962	7	1,7
1963	11	2,6
1964	4	1,0
1965	2	0,5
1966	7	1,7
1967	5	1,2
1968	6	1,4
1969	14	3,3
1970	8	1,9
1971	8	1,9
1972	6	1,4
1973	15	3,5
	263	62,6 leben
	14	3,3 KI
(N=420)		100,0

2. Zur Quellenlage und Aufbereitung des Materials

Das ausgewertete Material wurde aus verschiedenen Quellen erhoben. Neben allgemein zugänglichen Quellen wie biographischen Nachschlagewerken, Handbüchern von Parlamenten, Regierungen und Landes- bzw. Staatsarchiven wurden Periodika der politischen Parteien (Jahrbücher, Parteitageprotokolle) gesichtet und systematisch bearbeitet. Daneben dienten Loseblattsammlungen von laufend erscheinenden Archiv-Publikationen (Muntzinger-Loseblattsammlung), Zeitungsausschnitte (ehemaliges Kurrier-Personaldatenarchiv) sowie spezielle Personaldatensammlungen des ZI 6 und Daten bisheriger Elitestudien als Informationsgrundlage. Darüber hinaus wurden die Landtagsfraktionen, Parlamentsdienste und Kanzleien der Büros der Ministerpräsidenten angeschrieben und gezielt nach fehlenden Lebensdaten amtierender und ehemaliger Landesminister befragt. Aus Gründen der Vergleichbarkeit der Daten wurde sowohl auf mögliche Interviews als auch auf direkten schriftlichen und fernmündlichen Kontakt zu lebenden Untersuchungspersonen verzichtet, weil diese Methode der Datenbeschaffung⁶ nur auf einen beschränkten Teil der Untersuchungsgruppe hätte angewandt werden können und z.B. das Informationsgefälle gegenüber bereits Verstorbenen (die keine Angehörigen mehr haben, die ihrerseits als zusätzliche Informationsquelle hätten dienen können) zu groß gewesen wäre⁷.

Die erhobene Datenbasis zu einzelnen Fragestellungen und analytischen Untersuchungszielen ist unterschiedlich dicht, spezifische Aussagen zu einzelnen Fragenkomplexen gestatten nur Tendenzaussagen und die erzielten Ergebnisse lassen nur eine sehr vorsichtige Interpretation zu. Dieses wird aber jeweils gesondert in der Studie vermerkt sein.

So sind Informationen über Positionssequenzen in spezifischen gesellschaftlichen und politischen Teilstrukturen und deren Organisationen - z.B. Angaben über Positionssequenzen in Parteien - aus mehreren Gründen nur schwer zugänglich, abgesehen von Angaben über Bundes- und führende Funktionen auf Landesebene. Einmal gibt es offenbar in den Untergliederungen, Neben- und Sonderorganisationen der Parteien selbst kaum systematische Aufstellungen über längere Zeiträume hinweg von Führungsgremien in diesen Organisationsbereichen; wenn sie vorhanden sind, dann scheuen sich die Parteien weitestgehend nach wie vor, diese Informationen mit "persönlichem" Charakter wissenschaftlichen Untersuchungen zur Verfügung zu stellen. Zum anderen scheinen die Politiker selbst kein Interesse daran zu haben, daß die innerparteilich innegehabten vielfältigen Funktionen publiziert werden (Ämterhäufung?) oder aber die Anzahl und Art der innerparteilichen Positionen war so groß und vielfältig, daß im nahhinein eine chronologische, systematische Übersicht über diese z.T. nur für eine sehr begrenzte Dauer innegehabten Positionen nicht mehr zu rekonstruieren ist. Zum Teil ist auch der zeitliche Raum, während dessen diese Funktionen wahrgenommen wurden, so groß, daß - durch Systembrüche bedingt - die Positionssequenzen insbesondere bei Abhandenkommen der Unterlagen vom Betroffenen selbst nicht mehr lückenlos nachvollzogen werden kann. Dies wird u.a. sichtbar daran, daß oftmals die von der Untersuchungsperson in veröffentlichten Interviews⁸ angegebenen Positionsfolgen nicht nur bruchstückhaft bleiben, sondern sogar im historischen Rückblick falsch und den noch vorhandenen amtlichen Dokumenten widersprechend sind.

So wird auch erklärbar, daß die Datendichte und -genauigkeit, je länger die parteipolitische Betätigung zurückliegt, für den Zeitraum der Weimarer Republik und verstärkt noch für das Kaiserreich immer geringer wird. Weiterhin dürfte der Informationsmangel teilweise - gemessen am vorliegenden Beispiel - am jahrelangen Desinteresse der Publizistik liegen, die diesem wichtigen Bereich der innerparteilichen Aufstiegswege nicht über das Aufzeigen von "Prominenten"-Führungspositionen hinaus Beachtung schenkte.

Zusätzlich soll am Beispiel der ebenfalls unvollständig verfügbaren Informationen über die Herkunft und Konfessionszugehörigkeit verdeutlicht werden, daß zu den eben aufgeführten Gründen noch ein weiterer, nicht zu gering einzuschätzender Faktor als Begründung des Nichtvorhandenseins von Informationen hinzugefügt werden muß: die fehlende Bereitschaft vieler Politiker, über bestimmte Lebensdaten Auskunft zu geben. Die Motivation hierfür wird mannigfaltig sein, auf die Information zur sozialen Herkunft bezogen ist zu vermuten, daß beispielsweise als prominent eingestufte Politiker ihre "niedere" Herkunft ebenso wie die mögliche aus der "Oberklasse" verleugnen wollen, da anscheinend nachteilige Auswirkungen auf die weitere Karriere befürchtet werden⁹. Einmal kann es die Furcht vor der Einstufung "Aufsteiger und Entfernung von der Basis" sein, im anderen Fall rechnet man mit dem Vorwurf der "ungleichen (günstigeren) Startvoraussetzungen" aus den eignen Kreisen oder von Rivalen bei der Bewerbung um bestimmte Positionen.

So wurde in der vorliegenden Studie versucht, möglichst eine Vielzahl allgemein zugänglicher wie auch nur schwer zugänglicher Quellen zu erschließen, ohne daß der Anspruch erhoben wird, daß durch noch intensiveres Recherchieren der eine oder andere Anteil an "keine Information"

in den einzelnen Kategorien bei der Auswertung nicht hätte reduziert werden können. Sich oftmals widersprechende Informationen aus unterschiedlichen Quellen wurden im Einzelfall nach der Seriösität der Quellen entschieden.

Die so zusammengetragenen vielfältigen Informationen zu den einzelnen Untersuchungspersonen wurden mittels eines erstellten Schlüssels systematisch codiert, wobei eine fundamentale Trennung in zwei Arten von Daten vorgenommen wurde:

1. statische Daten
2. dynamische Daten

Unter statischen Daten sollen alle die einmaligen und unveränderlichen Informationen verstanden werden wie Geburtsjahr und -ort, Schulbesuch, Studien und Ausbildungsphase, Konfessionszugehörigkeit, Jahr der ersten Ernennung ins Kabinett, Todesjahr usw.; als dynamische Daten wurden jene Informationen gegliedert, die im historischen Prozeß veränderlich waren und noch sind: Berufskarriere, Parteiwerdegang, Verbandszugehörigkeiten, parlamentarische Karriere - Merkmale, die chronologisch im Leben mehrfach sich ereignet haben und praktisch wie theoretisch permanent durch neue Informationen ergänzt oder abgelöst werden können. Diese Informationsblöcke wurden unter den gewählten Fragestellungen und Hypothesen zusammengestellt und mittels EDV¹⁰ ausgewertet. Eine wesentliche methodische Schwierigkeit bestand darin, einerseits einen noch sinnvoll interpretierbaren Kriterienkatalog für die einzelnen Ereignisblöcke zu erstellen, der die vielfältigen Ereignisausprägungen aufnehmen konnte, andererseits aber nicht zu unterschiedliche Ereignisprägungen in einer Kategorie zusammenfaßte.

3. Analytische Dimensionen

Primär werden die 420 Mitglieder der Landesregierungen - wie in der dritten Problemdimension aufgezeigt - als geschlossene politische Führungsgruppe verstanden und unter den oben aufgeführten Fragestellungen analysiert. Die erzielten Angaben wurden dahingehend interpretiert, daß systematisch relevante Informationen über das Sozialprofil einer politischen Führungsgruppe auf mittlerer Ebene des dreistufig gegliederten Organisationsaufbaues des bundesrepublikanischen Systems vergleichend mit den Daten politischer Führungsgruppen anderer Organisationsebenen (insbesondere der nationalen) und Funktionsbereiche (wie Legislativen) analysiert und eingeordnet werden können. Der zentrale Untersuchungsaspekt ist hier, empirisches, sozial-statistisches Material systematisch aufbereitet zu liefern, was Grundlage für vergleichende Studien über politisches Führungspersonal im nationalen (in unterschiedlichen Funktionsebenen) sowie internationalen Bereich sein kann. So wird analysiert, inwieweit sich die politische Teilelite "Landesregierungsmitglieder" von anderen politischen "Teileliten" unter verschiedenen Fragestellungen unterscheidet. Dies ist die eine analytische Dimension: die Vergleichbarkeit der gesamten Gruppe mit anderen bereits ausgewerteten oder künftig zu analysierenden Untersuchungsgruppen.

Darüber hinaus erschien die Zielgruppe zahlenmäßig groß genug, um sie in sich nach verschiedenen analytischen Dimensionen noch zu untergliedern; die Aufteilung erfolgte jedoch nur für spezifische Fragestellungen, überwiegend unter folgenden Differenzierungen:

- a. parteispezifischen,
- b. herkunftsspezifischen,
- c. generationsspezifischen,
- d. bildungsspezifischen und
- e. regional-geographischen.

Weitere, z.T. traditionell entwickelte analytische Fragestellungen (die von der Konfessionsstruktur oder geschlechtsspezifischen Aufgliederung eines samples ausgehen) konnten entweder aufgrund der Datenlage oder der Nichtbrauchbarkeit der Größe der Untersuchungsgruppe nicht angewendet werden, so daß im folgenden Abschnitt nur eine statistische Aufgliederung geliefert werden konnte. So mußte von einer weiteren Verfolgung der Problematik der Repräsentation von Frauen in politischen Führungsgruppen Abstand genommen werden. Zudem hätten noch weitergehende Differenzierungen des Materials, die analytisch denkbar sind, den Rahmen der Studie gesprengt.

4. Die Diskrepanz zwischen Sozialstruktur und politischer Führung

- a. Zur geschlechtsspezifischen Struktur der Landeskabinette

Seit jeher befassen sich empirische Elitestudien im Rahmen der generellen Repräsentationsproblematik¹¹ mit der spezifischen Fragestellung nach der Rolle von Frauen in Führungsämtern¹² der Gesellschaft. Auch die spezifische Frage nach der Rolle weiblicher Politiker in der Politik ist ein zentraler Untersuchungsbereich geworden. Wie auch in anderen Studien¹³, so bestätigen und unterstreichen auch die durch die vorliegende Untersuchung bisher erzielten Ergebnisse, die vorliegenden Tendenzen, die alle auf eine enorme Unterrepräsentation von Frauen in politischen Führungsgremien der unterschiedlichen Funktionsbereiche hinauslaufen.

Nur 2,1 % (9) der bis 1974 gewählten Mitglieder der analysierten Landesregierungen waren Politikerinnen, erst in den letzten Jahren wurde zögernd damit begonnen - analog zur Praxis auf Bundesebene - weibliche Politiker in Exekutivgremien zu berufen; auch in der Kommunalpolitik sind Frauen als Mitglieder (oder als Spitzen) der Exekutiven die Ausnahme¹⁴, die Unterrepräsentation tritt im Exekutivbereich am deutlichsten zu Tage.

In den vier Bonner Parteien schwankt der Anteil der weiblichen Parteimitglieder zwischen 10 % und 19 %¹⁵. Für den Bundestag ist eine Abnahme des prozentualen Anteils an weiblichen Parlamentariern zu beobachten¹⁶. In den Parlamenten unterhalb der nationalen Ebene ist der Anteil weiblicher Abgeordneter bereits erheblich niedriger¹⁷ und sinkt noch weiter, wenn man nach weiblichen Vertretern in jeweiligen Führungsorganen fragt. Auch für den öffentlichen Dienst wird diese Tatsache der Unterrepräsentation beklagt¹⁸. Andere gesellschafts-politische Systeme (mit ähnlichen Anteilen von Frauen an der Gesamtbevölkerung wie der Bundesrepublik) zeigen hier sowohl ähnliche Tendenzen (UdSSR)¹⁹ als auch erheblich abweichende Entwicklungen (DDR)²⁰.

Verschiedene Erklärungsfaktoren sind für diesen Tabestand der Benachteiligung herausgearbeitet worden²¹. Es hat den Anschein, als ob im politischen Bereich sich Wandlungstendenzen in Richtung des Abbaus einer im wesentlichen auf Vorurteilen beruhenden Diskriminierung von Frauen zeigen²².

In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Bremen war bis 1974 je eine Frau zum Minister ernannt worden, nur in Hamburg ist konstant zu beobachten gewesen, daß mit der Ernennung von insgesamt bisher vier Frauen eine gewisse Repräsentation besteht. Ob sich jedoch ein tatsächlicher Wandel in der Grundein-

stellung in der Beurteilung der Rolle der Frauen in der Gesellschaft vollzieht oder ob die relevanten gesellschaftlich-politischen Großorganisationen nur dazu übergehen, als Aushängeschild eine oder mehrere "Renommierfrauen" sich zu leisten, bleibt abzuwarten²³. Wenn sich jedoch Tendenzen der Zunahme des politisch-sozialen Engagements (Mobilisierung) von Frauen in Parteien und Verbänden verstärken, ist eine Verbesserung der geschlechtsspezifischen Interessen in der Gesellschaft zu erreichen²⁴, womit eine stärkere Repräsentation des über die Hälfte umfassenden weiblichen Bevölkerungsteils verbunden ist. Erste Ansätze für diese notwendige Mobilisierung sind zu beobachten (z.B. Aktion § 218).

Die nur 9 Personen umfassende Gruppe weiblicher Landesminister konnte aus methodischen Gründen (geringe Anzahl) nicht zu weiteren vergleichenden Analysen²⁵ herangezogen werden.

b. Zur Konfessionsstruktur der Landeskabinette

Obwohl von nur knapp zwei Drittel der Zielgruppe eindeutige Informationen über die konfessionelle Bindung vorlagen (Tab.12), wird tendentiell eine deutliche Überrepräsentation von Protestanten in den westdeutschen Landesregierungen sichtbar²⁶, die auch durch andere Studien bestätigt wird²⁷.

Tabelle 12

Konfessionszugehörigkeit - (65,2% mit Informationen)

Anzahl	% von 420	
146	34,8	KI
7	1,7	Keine
159	37,8	evangelisch
100	23,8	katholisch
4	1,0	sonstige
3	0,7	ausgetreten, vorher evangelisch
1	0,2	ausgetreten, vorher katholisch
420	100,0	

Da mit 34,8 % von einem hohen Anteil der Führungsgruppe keine Informationen über die Konfessionszugehörigkeit zu erlangen war, wurde von weitergehenden Analysen - etwa in Richtung auf die Repräsentation dominierender konfessioneller Bevölkerungsteile in einzelnen Bundesländern und die parteispezifischen Präferenzen bestimmter Konfessionszugehörigkeit - Abstand genommen; die Rolle der Konfessionen²⁸ bei der Kabinettsbildung oder der Besetzung innerparteilicher Führungsgremien und die Funktionen einer Konfessionszugehörigkeit als Faktor der Karrierebeschleunigung oder -verzögerung - wird in anderen Arbeiten unterstrichen²⁹.

IV. Zur Repräsentationsproblematik: Die soziale Herkunft

1. Das soziale Milieu des Elternhauses während der Sozialisationsphase¹.

Ein mögliches Kriterium für die Einordnung bestimmter Zielgruppen in eine Sozialprestige- und Schichtzugehörigkeitsskala ist der Beruf des Vaters bzw. des Erziehungsberechtigten². Der Vater-Beruf kann ein Schlüssel sein, der Auskunft über die soziale Herkunft einer Person gibt³. Die Analyse dieses Kriteriums bietet sich aufgrund der Materiallage noch am ehesten an, Weitere relevante Kriterien, die Auskunft über die sozio-ökonomische Lage des Elternhauses geben können (wie beispielsweise die soziale Lebenslage bzw. Lebenssituation) müssen unberücksichtigt bleiben, sie können nur aufgrund der Berufsangabe des Erziehungsberechtigten grob abgeschätzt werden⁴.

Herkunftsdaten können, wie Pross/Boetticher betonen, "Aufschlüsse über den Grad der vertikalen Mobilität und damit über den Grad der Offenheit einer Gesellschaft"⁵ geben.

In welcher Intensität die häusliche Lebenssituation speziell für den beruflichen und politischen Werdegang der Minister prägend war, kann nicht im einzelnen eruiert werden⁶ (dies wäre nur mittels Interviews möglich), doch betont die Sozialisationsforschung⁷ die engen Relationen zwischen Elternhaus und späterem sozialen und politischen Verhalten⁸; so u.a., daß Grad und Richtung der politischen Aktivität der Eltern auch Einfluß auf die spätere politische Betätigung der Untersuchungspersonen ausüben⁹: Der frühe Kontakt zur Politik in einem "politischen" Elternhaus kann einerseits zu einer frühzeitigen eigenen politischen Aktivität

führen, andererseits kann extremes politisches Desinteresse der Eltern bereits in der Jugend eigenes, politisches Engagement provozieren; ebenso kann die Ablehnung der politischen Richtung der Eltern durch frühe konträre politische Aktivität dokumentiert werden. Wie Erziehungsstil, Intensität der politischen Motivation durch die Eltern und der politische Aktivitätsgrad der Eltern als Sozialisations-"Institutionen" wirken, wird bei Herzog detailliert empirisch herausgearbeitet¹⁰. Es war aufgrund des erhobenen Materials nicht möglich, diesen politischen back-ground der Elternhäuser der Untersuchungspersonen auszuleuchten¹¹, somit fehlen u.a. Analysen über die politische Familientradition ebenso wie über den Einfluß und Wirkungszusammenhang zwischen eigener politischer Karriere und der Rolle von politisch aktiven Verwandten, Bekannten und von Kontaktpersonen. Da nur Informationen zum Bereich und Status der hauptberuflichen Tätigkeit des Erziehungsberechtigten vorlagen, die Rückschlüsse auf das soziale Milieu gestatten, in dem die Untersuchungsperson aufgewachsen ist, konnte eingebettet in die oben aufgezeigten Problemdimensionen, Fragestellungen entwickelt werden¹², die sich im wesentlichen mit der Herkunfts- und Repräsentationsproblematik befassen und Ergebnisse über die Beziehungen zwischen Herkunft und Bildungsniveau sowie späterer parteipolitischer Präferenz der Untersuchungsgruppe zulassen: Aus welchen Schichten¹³ stammen die Landesminister, welche Schichten werden in den politischen Führungsgremien der Bundesländer repräsentiert bzw. in welchen und in wieviel Fällen liegt ggf. ein sozialer Aufstieg vor¹⁴?

Kruk hat ebenfalls für das von ihm analysierte Führungspersonal der Wirtschaft die Interdependenzen zwischen dem Beruf des Vaters, und dem Ausbildungsniveau und darüber hinaus noch zur Berufskarriere empirisch aufgezeigt, er stellt "gewisse Affinitäten"¹⁵ zwischen Väterberufen und Berufswahl der Söhne fest.

Die Motivationen von 40% der Untersuchungsgruppe, keine Informationen über ihre soziale Herkunft zu geben, sind individuell verschieden und mannigfaltig. Zwei wesentliche Motivationen sind jedoch durch auf Interviews gestützte empirische Studien bekannt geworden: Entsteht eine Untersuchungsperson einer äußerst unsicheren sozialen Lage des Elternhauses (z.B. Vater Gelegenheitsarbeiter), so besteht die Neigung, die eigene Herkunft verleugnen zu wollen (als Landesminister will man nicht unbedingt als extremer sozialer Aufsteiger unter seinesgleichen gelten). Oder aber die Herkunft aus "bestem Hause" wird (in einigen Fällen erfolgreich) versucht zu verschweigen, um die eigenen Chancen z.B. der innerparteilichen Karriereabsicherung nicht zu vermindern; damit wird bewußt "understatement" betrieben. Neben diesen und noch weiteren persönlichen Gründen konnte aber auch festgestellt werden, daß nicht nur aktuelle, sondern insbesondere ältere Quellen ganz einfach keine Angaben zur beruflichen Stellung des Vaters enthalten¹⁶, geschweige denn weitere relevante Informationen, die Grundlage für weitere Forschungsfragen wären, so daß Elitestudien über Führungsgruppen in Weimar oder im Kaiserreich noch stärker unter diesem Informationsmangel zu leiden haben, da die soziale Herkunft (gemessen an dem Beruf des Vaters) erst in jüngster Zeit nicht nur ins Interesse der politologisch-soziologischen Forschung gerückt ist, sondern auch zunehmend die Öffentlichkeit

beschäftigt¹⁷. Diese Informationslücke ist u.a. auch dadurch bedingt, daß bis 1918 die gesellschaftlichen Strukturen so verfestigt waren, daß ein Wechsel (Aufstieg) aus einem gesellschaftlichen Stand in einen anderen eine Ausnahme war.

In welchem Umfang Postulate einer offenen Gesellschaftsstruktur, die für soziale Aufsteiger eine begrenzte Durchlässigkeit bietet¹⁸, in der Bundesrepublik nach 1945 realisiert wurden, konnten bereits die Ergebnisse anderer empirischer Studien verdeutlichen: Kruk hat für die Unterschicht ermittelt, daß 86 % "einen höheren Sozialstatus erreicht (haben) als ihre Väter und Mütter, ... Ständig rücken Kräfte von unten nach, die Gesellschaft ist nicht geschlossen"; damit hat dieser Personenkreis "einen sozialen Aufstieg vollzogen"¹⁹. Kleining hat für die gesamte bundesrepublikanische Bevölkerung herausgefunden, daß 46-60 % der Söhne die soziale Schicht ihres Vaters beibehalten, er spricht von hohen Stabilitäten und klarer Bevorzugung derjenigen mit hoher Schicht-Herkunft²⁰. Auch Rolff weist darauf hin, daß die unterschiedlichen Arbeitsplatzsituationen von sog. Unter- und Mittelschichten unterschiedliche Sozialcharaktere prägen und diese in der familiären Situation an die Kinder weitergegeben werden, und Kinder ganz überwiegend die Position ihrer Eltern erreichen²¹.

Da die Sozialisationsforschung betont, daß die Familie und die Schule "die wichtigsten Institutionen sind, in denen die Sozialisation vollzogen wird"²², müssen beide Institutionen analysiert werden, dabei wird zuerst auf die familiäre Situation eingegangen.

Tabelle 1

Berufsbereich des Erziehungsberechtigten

Bereich/Sektor	Anzahl absolut	in %
Öffentlicher Dienst	65	26
Industrie	46	18
Handwerk	23	9
Landwirtschaft	48	19
Handel	20	8
Bank/Versicherung	3	1
Dienstleistung (auch Pfarrer)	33	14
Verband	3	1
Parlament	3	1
politische Exekutive	5	2
Internationale Organisat.	3	1
	N=252	100

Tabelle 2

Berufsstatus des Erziehungsberechtigten

Berufsstatus	Anzahl absolut	in %
Arbeiter	45	18
Angestellter	34	13
Beamter	73	28
Selbständiger	104	41
	N=256	100

Das politische Führungspersonal der Bundesländer entstammt ebenfalls überdurchschnittlich aus Familien, die -von der Gesamtbevölkerung abweichend - einen hohen sozialen Status besaßen, was ein Vergleich einer Aufgliederung der Berufe (wobei Status und Bereich in einer Aufstellung erscheinen) der Väter der Gesamtbevölkerung (1974) zeigt²³:

Tabelle 3

Berufsstatus der Väter der Gesamtbevölkerung (1974)

Berufsstatus	in %
Arbeiter	42
Angestellte	22
Landwirte	6
Beamte	8
Leitende Angestellte und Beamte	11
Selbständige und freiberuflich Tätige	11

(N= rd. 61 Millionen)

Ähnlich wie Pross/Boetticher, die für ihr sample ermittelten, daß "fast jeder dritte einem Beamten zum Vater"²⁴ hatte, ist der Anteil der aus Beamtenmilieu stammenden Landesminister. Auch in den Studien von Zapf wird die Rolle der Beamtenschaft bei der Rekrutierung unterstrichen und darauf verwiesen, daß "sämtliche westdeutschen Führungsgruppen sich überproportional aus dem Bürgertum und 'Nachfolgebürgertum' (rekrutieren)"²⁵. Bemerkenswert ist, daß kein Minister-Vater einer hauptberuflichen

parteilpolitischen Betätigung nachging und nur sehr vereinzelt parlamentarische oder berufliche Funktionen bei internationalen bzw. supranationalen Organisationen als Hauptberufe angegeben wurden. Dies macht deutlich, daß unter den Vätern der Landesminister kaum Berufspolitiker waren und die Entwicklung dieses Berufstyps erst in jüngster Zeit zu beobachten ist.

18 % entstammen Familien, in denen der Vater im Berufsstatus "Arbeiter" war. Die bereits in anderen empirischen Studien aufgezeigten Tendenzen, die auf eine außerordentliche Unterrepräsentation der unteren Schichten in politischen Führungsgruppen hinweisen, werden hiermit voll bestätigt, vergleichsweise ist es jedoch ein überdurchschnittlicher hoher Prozentsatz; Jaeggi hat dagegen nur 5 % an Arbeiterkindern in der westdeutschen Elite ermittelt, er spezifiziert diese Angabe noch in der Richtung, daß "50 % der westdeutschen Führungsschichten aus den 5 % Oberschichten-Familien sich rekrutieren"²⁶. Nach Jaeggis Analysen sei dieser Anteil aus Arbeitermilieu stammenden Arbeiterkinder konstant geblieben. Herzog hat für sein sample 16 % mit Herkunft aus Arbeiterfamilien ermittelt²⁷, auch die Herkunft der Mitglieder der Bundeskabinette unterstreicht die Unterrepräsentation von Angehörigen der unteren Schichten in politischen Führungsämtern²⁸.

Für den ökonomischen Sektor sehen Pross/Boetticher "ganz selten Kinder aus der Arbeiterschaft in Führungspositionen"²⁹. Kruk hat sogar nur einen Anteil von 7,4 % an Arbeitern und sozial Benachteiligten unter den westdeutschen Managern ermittelt, dagegen seien 33,7 % dieser Führungsgruppe in einem Beamtenhaushalt aufgewachsen³⁰. Die pauschale Feststellung von Beyme "der größte Anteil der Politiker der Bundesrepublik seit 1949 entstammt

Beamtenfamilien" trifft jedoch nur für seine analysierten Spitzenpolitiker der Bundesebene bis 1969 zu. Auch Peyme hat - in Übereinstimmung zu den oben zitierten Studien - herausgefunden, daß der größte Teil der Politiker sich aus der oberen Mittelschicht rekrutiert und aus Familien stammt, deren Väter Beamte waren oder freie Berufe ausübten³¹.

Erhärtet werden konnte das erzielte Ergebnis der groben Klassifizierungen aus Tab. 2, die ausschließlich generallisierend die Art des beruflichen Status festhalten, durch eine weitere Klassifizierung des Berufsstatus der Erziehungsberechtigten, wobei die Benachteiligung von Angehörigen der unteren Schichten verdeutlicht wurde (Tab. II, Anhang). Die Landesminister, deren Väter im Status "Arbeiter" standen, kommen überwiegend aus Facharbeiterfamilien, nur wenige gaben an, daß ihr Vater in diesem Status leitende Funktionen bekleidete (Werkmeister, Abteilungsleiter, Sekretär u.ä.).

In der Gruppe der in Selbständigen-Haushalten aufgewachsenen dominieren diejenigen mit Herkunft aus Kleinunternehmer-Familien, in der Gruppe der aus Beamtenfamilien³² kommenden überwiegen diejenigen mit Beamtenvätern der höheren Funktions- und Besoldungsgruppen, d.h., also mit abgeschlossenem Hochschulstudium als Eingangsvoraussetzung³³. Bereits von G. Hartfiel wurde darauf hingewiesen, daß im gehobenen und höheren Dienst die Mittelschichten, die ca 50 % der Bevölkerung ausmachen, mit 72 % bzw. 94 % repräsentiert werden³⁴. Kurucz glaubt zwar, generell eine historisch sich entwickelnde Systemoffenheit zu beobachten, "da qualifizierte Einzelmenschen sowohl aus der Oberschicht wie Unterschicht Elite werden können"³⁵,

aber durch die Aufgliederungen des differenzierten Berufsstatus der Erziehungsberechtigten wird sichtbar, daß nur außerordentlich wenigen der soziale Aufstieg³⁶ aus vergleichsweise ungünstigen Startvoraussetzungen³⁷ gelungen ist, was von Kleining für die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik unterstrichen wird: "Die Vorfahren der heute in der Bundesrepublik lebenden Personen, die vor 100 Jahren geboren wurden, hatten ungefähr die gleichen relativen Statuspositionen wie die heute lebenden"³⁸. Auch Segal/Knoke sprechen für die Bundesrepublik von einem "beträchtlichen Grad von Immobilität bei städtischen Beschäftigten. 71 Prozent der Arbeitersöhne sind wieder Arbeiter, und 62 Prozent der Söhne von Angestellten und Beamten haben denselben Beruf wie ihre Väter. Nur bei den Söhnen von Selbständigen herrscht Mobilität vor. Hier haben nur 32 Prozent den Beruf des Vaters übernommen, wohingegen 36 Prozent mehr verwaltungsorientierten Beschäftigungen nachgehen..."³⁹. Während Lipset und Bendix Mitte der fünfziger Jahre für die Bundesrepublik zum Ergebnis kamen, daß zwischen 26 % und 30 % der Arbeitersöhne nicht wieder Handarbeit verrichteten⁴⁰, ermittelten Segal/Knoke für 1971 29 %. "Was die Mobilität nach unten betrifft, so finden sich 25 Prozent der Beamstensöhne und 31 Prozent der Unternehmer- und Akademikersöhne in unserer 1971er Stichprobe in Arbeiterberufen. Diese Zahlen entsprechen in etwa den 20 bis 38 Prozent, die Lipset und Bendix in Daten aus drei westdeutschen Erhebungen gefunden haben"⁴¹. Auch Janowitz⁴² hatte 1955 festgestellt, daß nur 55 % seiner Stichprobe in denselben beruflichen Schichten wie ihre Väter waren, wobei er ebenso viele soziale Auf- und Absteiger ermittelte.

Unter vergleichendem Aspekt konnte damit empirisch nachgewiesen werden, daß - wie auch das ökonomische Führungspersonal - die politische Führungselite der Bundesländer ein im Vergleich zur Gesamtbevölkerung "unrepräsentatives" Herkunftsmilieu besitzt. Jaeggis These ist deshalb zuzustimmen: "Strukturell kann man deshalb in der westdeutschen Gesellschaft als sicherste Voraussetzung für eine Karriere die hohe soziale Stellung der Eltern sehen"⁴³.

Die Repräsentationsfrage wird bei Klatt noch einmal in ihrer Komplexität geschildert und problematisiert: "Nun ist zwar festzuhalten, daß die soziale Zusammensetzung gesetzgebender Körperschaften nicht die bundesdeutsche Bevölkerung bzw. deren Berufsstruktur direkt proportional widerspiegeln kann. Würde der Bundestag die Bevölkerung im Maßstab 1:100 000 repräsentieren, dann müßten annähernd 50 Prozent der Parlamentsmitglieder von Beruf Hausfrau sein. Andererseits wären die selbständigen und freien Berufe bereits jetzt in der Volksvertretung überrepräsentiert. Weder der Bundestag noch die Parlamente anderer westlicher Demokratien haben die von ihnen vertretene Bevölkerung jemals in Hinsicht auf Alters-, Bildungs- und Berufsstruktur oder die Anzahl der weiblichen Mitglieder widergespiegelt. Auch in Zukunft werden die parlamentarischen Versammlungen keine 'soziale Repräsentation' vermitteln, keine Nation 'en miniatur' darstellen, bedingen doch die verfassungsmäßigen Aufgaben des Parlaments und die Funktionsfähigkeit des gesetzgeberischen Apparats ebenso wie die intellektuellen und fachlichen Anforderungen an das einzelne Mitglied bestimmte Abweichungen in der sozialen Struktur des Bundestages vom sozialen Querschnitt der Bevölkerung"⁴⁴.

2. Soziale Herkunft, politische Orientierung und Beginn politischer Aktivitäten

Wie geschildert, ist jedoch einigen wenigen der soziale Aufstieg gelungen; über welche politischen Parteien nach 1945 den herkunftsmäßig Benachteiligten der Aufstieg in höhere soziale Schichten⁴⁵ gelungen ist, soll im folgenden Abschnitt dargestellt werden.

Wenn man unterstellt, daß die soziale Lage des Elternhauses in der frühen Sozialisationsphase Auswirkungen auf die Richtung des parteipolitischen Engagements hat, wird sichtbar, welche Parteipräferenzen die unterschiedlichen Sozialisationsbedingen zur Folge hatten: Je nach spezifischer Herkunft schlossen sich die Landesminister "linkeren" oder "rechteren" (bürgerlichen) Parteien an, in denen sie Möglichkeiten für ein innerparteiliches Engagement (mit Aufstiegsambitionen) sahen.

Diese These konnte empirisch überprüft werden anhand der Analyse des Berufsstatus und -bereichs des Erziehungsberechtigten und der Partei der späteren Landesminister bei erstem Parteibeitritt nach 1945: Landesminister die nach 1945 zum ersten Mal beispielsweise der FDP beitraten, stammen zu 90% aus Selbständigen, - bzw. Beamtenmilieu, diejenigen mit erstem Beitritt in die CDU zu 78%, in die CSU zu 75% und in die SPD zu 46%.

Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und politischer Orientierung der späteren Landesminister wird deutlich: Je niedriger das soziale Milieu des Elternhauses war, desto stärker war eine Orientierung zur SPD zu beobachten (vgl. Tab. III, Anhang), was schon von Zapf herausgearbeitet wurde:

"Die Unterschichten haben nur einen schmalen direkten Zugang zu den politischen Führungsgruppen; vor allem in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften existieren zwei enge Aufstiegswege für die begabtesten Vertreter der Arbeiterschaft"⁴⁶. Landesminister mit erstem Beitritt in die FDP stammen zu knapp 2/3 aus Selbständigen-Familien, keiner der späteren FDP-Minister gibt den Status des Vaters mit "Arbeiter" an; dagegen stehen diejenigen mit erstem Beitritt nach 1945 in die SPD: sie haben zu 39% angegeben, aus Arbeiterfamilien zu stammen und nur zu 21% aus Familien, in denen der Erziehungsberechtigte selbständig beruflich tätig war. Auch bei denjenigen mit erstem Beitritt in die CSU nach 1945 ist mit 18% der Anteil mit Herkunft aus einer Arbeiterfamilie noch vergleichsweise hoch, während dagegen die, die nach 1945 als erster Partei der DP beitraten, alle beruflich selbständige Erziehungsberechtigte haben. Von denen, die dem BHE/GB beitraten, kamen 75% aus Beamten/Selbständigen Familien, der CDU beigetretene Minister haben ihre stärkste Rekrutierungsbasis bei den Beamten (zu 34% waren hier die Erziehungsberechtigten Beamte).

Die parteipolitische Orientierung der späteren Landesminister läßt einen Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischem Status des Elternhauses und eigener politischer Ausrichtung dahingehend erkennen⁴⁷, daß die Parteien nach 1945 durch die unterschiedliche sozio-strukturelle Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft und des sich daraus rekrutierenden Führungspersonals von Angehörigen spezifischer Herkunft und Schichtzugehörigkeit determiniert wurden, was in Programmatik, ideologischer Zielsetzung, Strategie und Taktik der jeweiligen Partei zum Ausdruck kam. Zieht man den Berufssektor hinzu, in dem das Betätigungsfeld des Erziehungsberechtigten lag, so wurden

die oben erzielten Ergebnisse noch weiter erhärtet⁴⁸. Der unterschiedliche Berufsstatus schlägt sich bei der Aufschlüsselung der Bereiche nieder: Tab. IV im Anhang gliedert in zusammenfassenden Kategorien vergleichend den Berufsstatus des Erziehungsberechtigten der Landesminister der vier zahlenmäßig am stärksten in den westdeutschen Landesregierungen beteiligten Parteien auf, dabei ließen sich im einzelnen die Zusammenhänge zwischen sozio-ökonomischem Status des Elternhauses und parteipolitischer Orientierung wie folgt differenzieren⁴⁹:

1. Für die CDU-Landesminister gilt, daß sie zu über 40% sich aus Unternehmerfamilien rekrutieren, innerhalb der Beamtenhierarchie deutlich aus Familien mit Beschäftigten der höheren Besoldungsgruppen entstammen (bei insgesamt über 20% mit Beamtenvätern).
2. Für die CSU-Landesminister gelten in etwa ähnliche Zahlen, innerhalb der Gruppe mit Vätern-Berufen "Beamter" überwiegt jedoch der mittlere Dienst. Mit 12% Facharbeitern bzw. 8% "einfachen" Angestellten sind hier untere Schichten stärker als in der CDU repräsentiert.
3. Für die SPD-Landesminister ist festzustellen, daß 30% der Minister aus Arbeitermilieu kommen und nur 15% als Beruf des Vaters Kleinunternehmer angeben. Bemerkenswert hoch mit rd. 10% ist auch der Anteil derjenigen mit Herkunft aus Beamten-Haushalten des einfachen und mittleren Dienstes, bei einem gesamten Anteil von rd. 20% aller in Beamtenfamilien sozialisierten SPD-Minister. SPD-Landesminister weisen damit deutlich im Verhältnis zu den anderen Parteien den höchsten Anteil an Herkunft aus unteren Schichten

auf, darin spiegelt sich in etwa auch die unterschiedliche Sozialstruktur der Parteimitgliedschaft und -führung der Partei wider.

4. Die Herkunft der FDP-Minister (gemessen am Status der Berufsposition des Erziehungsberechtigten) läßt ebenfalls deutliche Rückschlüsse darüber zu, welche Bevölkerungsschichten überwiegend in der FDP repräsentiert sind: Über die Hälfte der FDP-Landesminister entstammen Unternehmerfamilien (darunter 17 % mit größeren Unternehmen), rd. 20 % der Väter waren im gehobenen bzw. höheren Dienst beschäftigt; 13 % stammen aus Familien, in denen der Erziehungsberechtigte einer selbständigen (vorwiegend rechtsberatenden) Tätigkeit nachging. Die Analyse der Herkunft der FDP-Landesminister erhärtet die These, daß das politische Führungspersonal der FDP nach wie vor die höheren sozialen Schichten der bundesrepublikanischen Gesellschaft repräsentiert.
5. Der Vollständigkeit halber noch einige Angaben über die Herkunft der Minister der kleineren Parteien: Die DP/NLP-Minister berichten alle über eine unternehmerische berufliche Betätigung ihrer Erziehungsberechtigten, GB/BHE-Minister entstammen recht unterschiedlichem sozialen Milieu, von KPD-Ministern liegen Berufsangaben des Vaters als Facharbeiter und Pfarrer vor.

Auf die politischen Folgen sozialer Mobilität für die parteipolitische Ausrichtung in Deutschland wiesen auch Segal/Knoke hin⁵⁰: "Die kleinen Parteien des rechten Flügels hatten die höchste Zahl sozial absteigender Anhänger, während bei der FDP die sozialen Aufsteiger

überrepräsentiert waren." Auch Herzog kommt im Vergleich zu den in der vorliegenden Arbeit erzielten Ergebnissen für seine FDP- und SPD-Spitzenpolitiker tendenziell zu ähnlicher Verteilung der sozialen Herkunft des Erziehungsberechtigten (bzw. der Eltern). Für CDU/CSU-Mitglieder (bei ihm zusammengefaßt) ergeben sich bei Herzog jedoch größere Anteile an Herkunft aus unteren Schichten⁵¹. Aber nicht nur die politische Orientierung läßt sich aus der sozio-ökonomischen Herkunft ableiten, sondern auch Zusammenhänge zwischen der sozialen Lebenslage des Elternhauses und der Motivation zum frühen bzw. erst späten Beitritt in eine politische Partei waren erkennbar⁵²:

- a) Minister aus Arbeiterfamilien sind in hohem Maße während der Schulzeit bzw. noch während ihrer Ausbildung einer Partei beigetreten (45 %). Diejenigen, deren Erziehungsberechtigte im Angestelltenverhältnis standen, sind nur zur 34 %, Minister mit Beamtenvätern zu 39 % und Minister aus Haushalten, in denen der Vater selbständig beruflich tätig war nur zu 16 % bereits in dieser frühen Lebensphase Parteimitglieder geworden.
- b) Entgegengesetzt waren die Ergebnisse für diejenigen, die erst während ihrer weiteren Berufskarriere (in Ausnahmen auch erst nach Ende der Berufskarriere) sich zum ersten Parteibeitritt entschlossen haben: hier kommen 55 % aus Selbständigen-Familien, 47 % aus Beamten-Familien, 41 % aus Angestellten-Haushalten und nur 30 % aus Arbeiter-Familien.

Die sozio-ökonomische Herkunft hat demnach nicht nur die politische Richtung, sondern auch den Beginn politischer Aktivität wesentlich beeinflußt: Die Herkunft aus niederem Milieu hat eine frühe politische Betätigung bewirkt, während die Herkunft aus höheren sozialen Schichten ein späteres politisches Engagement zur Folge hat. Daß dabei wiederum dem Ausbildungsniveau eine entscheidende Bedeutung zukommt, wird weiter unten verdeutlicht.

Auch zu diesem Problemzusammenhang konnte eine weitere Differenzierung des Berufsstatus der Erziehungsberechtigten das erzielte Ergebnis unterstreichen⁵³: Zieht man unter der gleichen Fragestellung den differenzierten Status des Erziehungsberechtigten als Kriterium hinzu, werden die oben aufgestellten Thesen erhärtet:

1. Untersuchungspersonen mit Parteibeitritt während der Schulzeit kommen fast ausschließlich aus den beiden unteren Schichten.
2. Diejenigen, die während ihrer nachschulischen Ausbildung den ersten Parteibeitritt vollzogen, kommen schwerpunktmäßig aus Facharbeitermilieu (22%), Kleinunternehmerfamilien (21%) und höheren Beamtenfamilien (21%); hier dominiert die Herkunft aus der oberen Unterschicht bzw. der unteren Oberschicht.
3. Minister mit erstem Parteibeitritt während ihrer beruflichen Frühphase stammen überwiegend aus Unternehmerfamilien, dominierende Herkunftsschicht ist hier die untere Oberschicht.

4. Dagegen entstammen überwiegend aus der oberen Oberschicht die, die erst während ihrer weiteren Berufskarriere ihren ersten Beitritt in eine Partei vollzogen, bei dieser Gruppe sind Väterberufe wie Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied, privater Unternehmer, Professor, Arzt bzw. Chefarzt, Richter, Direktor, sonstige leitende Angestellte sowie kommunale Wahlbeamte zu finden. Nur 10% dieser Politiker kommen aus Arbeiterfamilien.

Da von den Berufsbereichen bzw. Branchen Rückschlüsse auf den jeweiligen Status, den die Ministerväter bei ihrer Tätigkeit ausübten, gezogen werden konnten (im Bereich Handwerk dominierte der Status Arbeiter, im Tätigkeitssektor Öffentlicher Dienst der Status Beamter, im Dienstleistungssektor überwog der Status Selbständiger), führte auch die Aufgliederung nach Bereichen zur Erhärtung der oben erzielten Ergebnisse bezüglich der Interdependenz bestimmter Schichtzugehörigkeit und dem Zeitpunkt des Beginns (partei-)politischer Aktivitäten der nachfolgenden Generation⁵⁴ (Tabelle V, Anhang).

3. Soziale Herkunft und Bildungsniveau

Die politische Orientierung und der Zeitpunkt des Beginns politischer Aktivität sind ihrerseits wieder nur im Zusammenhang zur Bildungsphase zu analysieren. Die Ergebnisse können nur dann sinnvoll interpretiert werden, wenn man berücksichtigt, daß das Elternhaus als ein wesentlicher Sozialisationsfaktor auch das Bildungs- und Ausbildungsniveau beeinflußt hat. Dabei wird von folgender Hypothese ausgegangen: je niedriger der sozio-ökonomische Status des Elternhauses, desto niedriger das Ausbildungsniveau der Kindergeneration und (als Folgewirkung) desto

früher erfolgt ein parteipolitisches Engagement; wobei das parteipolitische Engagement - die definitive persönliche Entscheidung, Parteimitglied zu werden - wiederum abhängig ist von dem Zeitpunkt (dem Lebensabschnitt), in dem mit politischer Aktivität begonnen wird. Die Untersuchung dieses komplexen Aspektes ergab eindeutig, daß Landesminister aus Arbeitermilieu überdurchschnittlich in früher Lebensphase (während Schulzeit und Ausbildung) politisches Interesse entwickelten, während Politiker aus Beamtenfamilien überwiegend in ihrer Ausbildung erstmals politische Aktivitäten entwickelten. Minister, deren Väter selbständige Berufe ausübten, begannen ganz überwiegend erst während der Berufskarriere politisch aktiv zu werden.

Auf den determinierenden Einfluß der Väterberufe auf die berufliche Orientierung der nachfolgenden Generation hat schon Hartfiel hingewiesen (Anm. 34), die Ergebnisse dieser Studie zeigen ihrerseits die stimulierende Rolle des sozialen Milieus für die Mobilisierung politischer Aktivitäten auf. Die Auswertung des differenzierten Berufsstatus der Minister-Väter verdeutlichte diesen Zusammenhang: je höher die Ministerväter innerhalb der verschiedenen Berufshierarchien standen, desto später entwickelten die Landesminister politische Aktivitäten⁵⁵. Berücksichtigt man neben dem Berufsstatus der Minister-väter noch die Funktionsbereiche, in denen die Berufstätigkeit ausgeübt wurde, so kommt man auch bei dieser Fragestellung zum gleichen Ergebnis⁵⁶.

Abschließend soll im Problemzusammenhang der sozialen Herkunft die Frage aufgeworfen werden, in welchem Umfang das sozio-ökonomische Niveau des Elternhauses sich auf die Art und den Grad des Bildungsweges der untersuchten Landesminister ausgewirkt hat. Zwei Kategorien wurden hinsichtlich der Art des Bildungsweges eingeführt: Flexibler Ausbildungsgang (z.B. Lehre und Studium) und exklusiver Ausbildungsgang (nur Lehre, nur Studium), wobei jeweils noch die Art der Beendigung der Ausbildung in einerseits "mit Abschluß" und andererseits "ohne" (=Abbruch) differenziert wurde. Dabei wurde von der Hypothese ausgegangen, daß sowohl das soziale Milieu des Elternhauses als auch Systemwechsel den Verlauf des Ausbildungsganges beeinflussen, der wiederum seinerseits wie im folgenden Kapitel geschildert - Auswirkungen auf den Beginn und Verlauf des politischen Rekrutierungsprozesses zeigte. Die Benachteiligung der Kinder mit Herkunft aus unteren Schichten, hinsichtlich der Möglichkeit höhere Schulen zu besuchen, ist bekannt⁵⁷.

Die determinierende Rolle der sozialen Herkunft auf das Bildungsniveau konnte anhand des empirischen Materials herausgearbeitet werden: Akademiker kommen fast ausschließlich aus den beiden oberen Schichten: Es gab keinen Minister dieser Gruppe, dessen Vater ein "einfacher" Angestellter war, weniger als 5 % dieser Politiker entstammen Facharbeiter-Familien, nur von einem Minister war der Erziehungsberechtigte Beamter im einfachen Dienst. Dieses Ergebnis stimmt mit dem aus Erhebungen der Gesamtbevölkerung überein: 1972 betrug der Anteil der Arbeiterkinder beispielsweise unter den Studenten 5 % bei einem Anteil von ca. 50 % der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung⁵⁸. Dagegen wachsen knapp 30 % der Minister mit nicht-akademischer exklusiver Ausbildung in

Facharbeiter-Familien auf, knapp 10 % geben den Berufsstatus des Vaters mit "angestellt in einer mittleren Funktionsebene" an - deutlich gestatten diese familiären sozio-ökonomischen Bedingungen die Einordnung überwiegend in die beiden unteren Schichten, nur bei 15 % der Gruppe dieser Minister mit nicht-akademischem exklusivem Ausbildungsgang lassen die Elternhäuser eine Einordnung in die beiden oberen Schichten innerhalb der Schichtenskala zu. Diese Ergebnisse werden bestätigt durch die Untersuchung derjenigen Minister, die einen flexiblen Ausbildungsgang absolvierten. Diejenigen ohne eine akademische Ausbildungsphase, kommen zu rd. 80 % aus den beiden unteren Schichten. Dagegen zeigt die Gruppe derjenigen, die innerhalb ihres flexiblen Ausbildungsganges auch eine akademische Ausbildungsphase absolvierten, ein wiederum weitaus höheres Herkunftsniveau.

In welchem Umfang seinerseits exklusiver bzw. flexibler Ausbildungsweg abhängige Variable vom beruflichen Status des Elternhauses ist, wird zu überprüfen sein: War die Relation zwischen exklusivem und flexiblem Werdegang bei den Landesministern mit Herkunft aus einer Angestellten-, Beamten- und Selbständigen-Status-Situation des Erziehungsberechtigten in etwa ähnlich (rd. 75 % exklusiv zu rd. 25 % flexibel), so ist festzuhalten, daß Politiker mit Herkunft aus der Arbeiterschaft nur zu 60 % über exklusive, aber zu 40 % über flexible Ausbildungswerdegänge verfügen (jedoch fast ausschließlich ohne akademische Ausbildungsphase). Die These konnte aufgestellt werden, daß die - insbesondere in finanzieller Hinsicht - unsichere Lebenslage des Elternhauses Ausbildungsabbrüche bzw. -wechsel beeinflusst haben kann. Weiter unten wird geschildert, daß insbesondere Minister aus Arbeitermilieu sich oftmals über

den 2. Bildungsweg qualifizierten. Dagegen haben insbesondere Landesminister aus Beamten-Familien einen außerordentlich hohen Anteil (86 %) von exklusiven - vorwiegend akademischen - Ausbildungswegdegängen, d.h., Politiker, die aus den vergleichsweise stabilsten finanziellen Verhältnissen stammen⁵⁹. Auch hier konnte - wie schon bei der Analyse der Herkunft und der Lebensphase des Beginns (partei-)politischer Aktivität - der Berufsbereich der Minister-Väter zur Überprüfung und Absicherung dieser Ergebnisse hinzugezogen werden (Tab. VI, Anhang). Das Ergebnis konnte präzisiert werden: Das durch die berufliche Tätigkeit des Erziehungsberechtigten geprägte Milieu determiniert die Ausbildungschancen der Kinder; die aus Handwerker-, insbesondere aber auch aus Landwirtschafts- und Industriearbeiter bzw. Angestellten-Milieu stammenden Untersuchungspersonen haben zum weitaus geringeren Teil eine akademische Ausbildung absolviert⁶⁰. Zum gleichen Ergebnis kommen auch Pross/Boetticher, die betonen, daß es "ebenfalls zu den gesicherten Ergebnissen der Soziologie gehört, daß die geringe Vertretung von Kindern aus Arbeiter- und Bauerfamilien in den qualifizierten Stellungen, in unserem Fall den hohen Unternehmenspositionen, primär gesellschaftliche Ursachen hat, daß sie sich also aus sozialen Schwierigkeiten der Unterschichten und nicht einfach aus einem Mangel an angeborenen Talenten erklärt"⁶¹.

Im Kapitel Bildungs- und Ausbildungsniveau wird auf diese Fragestellung nach elterlichem sozio-ökonomischem Status und den bildungspolitischen Konsequenzen für die untersuchte Zielgruppe noch einmal eingegangen unter dem Aspekt, inwieweit Schulbesuch und Schulabschluß die Art der weiteren Ausbildung beeinflußt haben, wobei zu fragen ist, ob eine

flexible Ausbildung unter Umständen auch auf die Art der Beendigung des Besuchs einer allgemeinbildenden Schule zurückzuführen ist. Auf ein Ergebnis soll an dieser Stelle bereits vorgegriffen werden: Der höchste prozentuale Anteil an flexiblem Ausbildungswerdegang ist bei den Ministern zu finden, die die ungünstigsten familiären Startchancen für eine akademische Ausbildung besaßen: Knapp 40 % aller Minister mit landwirtschaftlicher Herkunft haben einen flexiblen Werdegang, rund 35% der Minister, die aus Industriearbeiter- und -angestelltenfamilien kamen, und über 25 % derjenigen mit Handwerkerberufen der Väter.

Nicht nur zwischen Art des Ausbildungsweges und des Ausbildungsniveaus konnten schichtenspezifische Interdependenzen ermittelt werden, auch zur Relevanz des Wirkungszusammenhangs zwischen sozialer Herkunft, Ausbildungsart und -abschluß ließ das empirische Material klare Ergebnisse zu:

Minister*mit Herkunft aus Arbeiterfamilien gelingt nur zu 24 % während ihres nachschulischen Ausbildungsganges ein Universitätsbesuch, die übrigen durchlaufen eine nichtakademische Ausbildung, von diesen wiederum besitzen rd. ein Viertel keine Abschlußprüfung.

Minister, deren Väter in einem Angestelltenverhältnis standen, gelingt schon eher ein Universitätsstudium (43 %), von den Nichtstudierten weisen ebenfalls 25 % keine Abschlußprüfung am Ende ihrer nichtakademischen Ausbildung auf.

Von den aus Selbständigen-Haushalten stammenden besuchen über die Hälfte im Rahmen ihrer Ausbildung eine Universität (55 %), von den übrigen mit nichtakademischer Ausbildung haben nur 13 % keine Abschlußprüfung abgelegt.

Ministern aus Beamtenfamilien gelingt es zu 78 %, während der Ausbildung zu studieren, von den übrigen mit nichtakademischer Ausbildung haben 13% sich keiner Abschlußprüfung erfolgreich unterzogen.

Diese Ergebnisse lassen die These zu: Je höher der sozio-ökonomische Status, desto höher die Bildungsqualifikation, je niedriger die Bildungsqualifikation, desto höher der Anteil derer, die ihre nichtakademische Ausbildung nicht beendeten. Die These konnte durch einen abschließenden Aspekt erhärtet werden, in-dem das soziale Milieu aller der Minister klassifiziert wurde, die ihre Ausbildung nicht beendeten: Von ihnen kommen 36% aus Arbeiterfamilien und nur knapp 14 % aus Beamtenfamilien, so daß auch hier wiederum die Relevanz des sozio-ökonomischen Hintergrundes während der Sozialisationsphase erkennbar wird. Um diese Ergebnisse in ihrer Bedeutung richtig zu bewerten, zum Vergleich noch einmal die Aufschlüsselung der gesamten Untersuchungsgruppe nach dem Status des Berufs des Erziehungsberechtigten:

18 % kommen aus Arbeitermilieu, 13 % aus Angestellten-, 28 % aus Beamten- und 41% aus Familien, in denen der Erziehungsberechtigte eine selbständige Berufstätigkeit ausübte. Das soziale Milieu des Elternhauses (gemessen am Berufsstatus und dem Bereich der Berufsausübung) hat demnach sowohl wesentlich die Art und den Ausbildungsgrad als auch den Abschluß der Ausbildung beeinflußt.

V. Zur Struktur und Funktion des Bildungs- und Ausbildungs-niveaus

1. Verlauf der Bildungsphase, Art und Richtung der Qualifikation

Die nach 1945 sich abzeichnenden Tendenzen, daß für fast alle Führungspositionen der modernen Industriegesellschaft die Ansprüche einer qualifizierten Ausbildung steigen¹, d.h. ein Universitätsstudium und -abschluß Voraussetzung zur Übernahme von Führungsämtern wird, sind mit Begriffen wie Professionalisierung und Akademisierung unserer Gesellschaft umschrieben worden. Zu diesen Ergebnissen kommen auch Studien, die - von unterschiedlichen wissenschafts-theoretischen Ansätzen her - die Mitglieder "der herrschenden Klasse" in "kapitalistisch strukturierten Staaten" wie der Bundesrepublik analysieren².

Der Hochschulabschluß wird insbesondere in den Sektoren der Staatstätigkeit als "notwendige Voraussetzung für die Ausübung eines bestimmten Spektrums von Berufen und Funktionen (Ärzte, Lehrer, höherer öffentlicher Dienst etc.)"³ dargestellt. Die Forderung, nur fachlich Qualifizierte in Führungsämter zu delegieren, wird - beispielsweise von H. Läufer explizit dargestellt - insbesondere für die Besetzung von politischen Führungsämtern erhoben. "Demokratische Politik und ihre Amtsträger kommen in Verruf, wenn gescheiterte Existenzen beschließen, Politiker zu werden, und dabei Karriere machen - abgesehen davon, daß derjenige, der nicht über die charakterliche Disziplin, die intellektuellen oder praktischen Fähigkeiten verfügt, eine berufliche Ausbildung erfolgreich abzuschließen, in der Regel nicht in der Lage ist, wirkungsvoll politisch handeln zu können."⁴ In diesem Zusammenhang wird auf die

selektive Funktion der Parteien verwiesen, "politische Parteien, die ungelernte Gelegenheitsarbeiter, berufslose Funktionäre, Nur-Abiturienten, verkrachte Studenten als Kandidaten für das Parlament aufstellen, handeln funktionswidrig"⁵. Wie sich eine nicht abgeschlossene Ausbildung negativ auf Kandidaturen um innerparteiliche und parlamentarische Ämter auswirkt, wird weiter unten verdeutlicht.

Unter einem die verschiedenen historischen Epochen der deutschen Geschichte vergleichenden Aspekt hat Zapf für das deutsche Führungspersonal im politischen, ökonomischen, bürokratischen und kulturellen Sektor herausgearbeitet, daß der "an einem einfachen Bildungsindex"⁶ gemessene Ausbildungsgrad der deutschen Führungsgruppen in der Weimarer Republik höher war als im Dritten Reich und betont, daß "innerhalb der westdeutschen Führungsgruppen tendenziell Ausbildung und Berufskarriere zu Hebeln des Aufstiegs werden"^{6a}. D. Lerner hat im einzelnen festgestellt, daß großen Teilen der NS-Führung ein vorzeitig abgebrochener Ausbildungsgang gemein ist und der Anteil der NS-Führer, die nur Volksschulbildung besaßen und anschließend Sonderschulen und Akademien zur Fortbildung besuchten, sehr hoch ist⁷. Zapf bezeichnet dieses Phänomen als "typisch für revoltierende Mittelstandsgruppen"⁸ und weist in diesem Zusammenhang auf die russischen Revolutionäre von 1917 hin. Ob diese Tendenzen der zunehmenden Akademisierung⁹ auch für die politische Führungselite der Bundesländer zutreffen, wird empirisch differenziert dargestellt.

So konnten Ergebnisse über die Art der schulischen Ausbildung, des Schulabschlusses und die Modalität und Grad der weiteren (akademischen/nichtakademischen) Ausbildung erzielt werden. Die fachspezifische Ausrichtung der nicht-akademischen Ausbildung einerseits und die Studienmodalität, -fächer und -abschlüsse sowie akademische Grade andererseits wurden dahingehend analysiert, inwieweit bereits ausbildungsbedingt spezifische Berufskarrieren vorstrukturiert wurden. Hierzu hat Hess bei einer Differenzierung seines samples in Landesminister "ohne" und "mit" Landtagserfahrung ermittelt, daß "die Dominanz des akademischen Studiums für diesen Typus (Landesminister ohne Landtagserfahrung) bereits die bessere Ausgangsbasis für eine spezifische Fachberufskarriere bzw. für ein gehobenes Spezialistentum (andeutet), unabhängig von etwa damit verbundenen politischen Aspirationen"¹⁰.

Ein dritter analytischer Forschungsaspekt war die Frage nach eventuellen sozialen Aktivitäten während der gesamten Ausbildungsphase und den Folgewirkungen der Bildungsqualifikation für die spätere politische Karriere. Worin unterscheiden sich Rekrutierung und Selektion der Akademiker und Nichtakademiker? Jaeggi weist auf die Filterwirkung des Schul- und Ausbildungssystems hin, "die heute geltenden Auslesemechanismen sind deutlich an den Schul- und Ausbildungssystemen ablesbar, die eine Filterwirkung haben, welche die Unterschicht - mit wenigen Durchbruchschancen - von den Eliten ausschließt"^{10a}, zugleich betont er, daß bei der Besetzung von Elitepositionen im politischen Bereich nicht die fachliche Qualifikation, sondern andere Kriterien eine zentrale Rolle spielen.

Wie bereits ältere Untersuchungen über die Bildungsqualifikation von Führungspersonal im allgemeinen und politischen Funktionsträgern im besonderen gezeigt haben, so ergab auch die Analyse der vorliegenden Erhebungsgruppe, daß die Exekutiven der Bundesländer sich durch einen außerordentlich hohen Bildungsgrad auszeichnen, damit erheblich vom Durchschnitt des Bildungsgrades der Gesamtbevölkerung abweichen und damit nicht repräsentativ sind (Tab. 1):

Tabelle 1

Besuchter Schultyp und Schulabschluß der Landesminister

Schultyp	Anzahl absolut	in %
Volksschule	90	21
Mittelschule	15	4
Oberschule/Gymnasium ohne Abitur (auch Abendschule Kolleg)	29	7
Abitur	280	67
KI	6	1
(N=420)		100

Dagegen meint Bolte u.a., daß "das institutionalisierte Bildungsmonopol der Oberschichten, des Adels und der Bourgeoisie zunehmend abgebaut (wurde). Das Recht zum Besuch weiterführender Schulen, Universitäten und anderer Fortbildungsanstalten und die prinzipielle 'Öffnung' aller gesellschaftlicher Positionen für jeden ... brachten Auflockerungen ... durch berufliche Aufstiege und Erhöhung des gesellschaftlichen Status in der Generationenfolge."^{10b} Diese beiden Positionen können überprüft werden.

Tabelle 2 zeigt, daß dem politischen Führungspersonal der Bundesländer nur rd. 25 % Minister angehören, die kein Abitur besitzen. Wildenmann/Kaltefleiter haben gegenüber Pross/Boetticher noch einen durchschnittlich höheren Schulbildungsabschluß für das Führungspersonal der Wirtschaft ermittelt:

Tabelle 2

Schulbildung westdeutscher Führungsgruppen

Schul- bildung	nach: Wildenmann/Kaltefleiter ¹¹					nach: Pross/ Boetticher ¹²
	Regie- rungs- chefs, Mini- ster Bund/ Land	Top- Mana- ger, Groß- unter- neh- mer	Top- Mana- ger Bank/ Ver- siche- rung	Leiter Wirt- schafts- verbän- de	Ge- werk- schafts- führer	Manager der Wirt- schaft
Volksschule, Realschule ohne Ab- schluß	9,5	4,4	3,7	4,0	32,2	7,6
Mittlere Reife	15,5	8,7	8,5	4,0	33,9	19,2
Abitur	73,8	85,3	86,6	88,9	29,0	73,2

In welchem hohen Maße das Ausbildungsniveau der westdeutschen Führungseliten gegenüber dem der Vätergeneration gestiegen ist, haben Wildenmann/Kaltefleiter für ihre Teileliten ermittelt (Tab. VII, Anhang), was für die vorliegende Studie nicht analysiert werden konnte. Für die Väter der Regierungschefs in Land und Bund kamen Wildenmann/Kaltefleiter nur auf insgesamt 8,3 %, die die Hochschulreife erworben hatten. Auch für alle anderen von ihnen analysierten Teileliten gilt, daß das Bildungsniveau der Vätergeneration ganz erheblich niedriger lag.

Knapp 3/4 der Landesexekutivmitglieder der Bundesländer haben während ihrer allgemeinen schulischen Grundausbildung eine Oberschule besucht, das sind im Vergleich zu anderen Führungseliten wenige (Tab. 2). Kruk kommt auf nur 12 % der von ihm befragten Unternehmer, die kein Abitur besitzen¹³. Ebenso ermittelte Herzog, daß "nur etwa ein Zehntel (der) Spitzenpolitiker lediglich die Grundschule absolviert hat"¹⁴; dies trifft auch auf die zwischen 1949 und 1972 ernannten Mitglieder der Bundesregierung in etwa zu¹⁵.

Wie aus Tab. 2 ersichtlich, haben knapp 3/4 der Untersuchungsgruppe während ihrer allgemeinen, schulischen Grundausbildung eine Oberschule besucht, definitiv 2/3 aller Landesminister hatten als Schulabschluß eine Reifeprüfung bei Beginn der weiteren Ausbildung vorzuweisen. Weitere 11 % sind über den 2. Bildungsweg zu einer Graduierung über den Volks- und Mittelschulabschluß hinaus gelangt; von den Ministern mit Volksschulabschluß schafften es 27 %, sich über einen zusätzlichen Weiterbildungsgang höhergradig zu qualifizieren. Von allen 280 Untersuchungspersonen mit Abitur haben 7 % die Hochschulreife über den 2. Bildungsweg erlangt. Einige besuchten zwar eine Oberschule bzw. ein Gymnasium, legten aber nicht die Reifeprüfung ab; auch von ihnen kamen 11 % über einen 2. Bildungsweg auf eine Hochschule¹⁶. Einem Teil der Untersuchungsgruppe war nach Beendigung des "ordentlichen Schulbesuchs" der Weg auf eine Universität versperrt; es wird zu fragen

sein, ob alle diejenigen mit Abitur (oder vergleichbarer Prüfung über den 2. Bildungsweg), die sich damit eine Studienberechtigung erworben hatten, auch die Chance zu einer akademischen Ausbildung wahrnahmen, da beispielsweise D. Herzog ermittelt hat, daß 37,5% der SPD-Spitzenpolitiker und 20% der CDU/CSU-Mitglieder seines samples "unmittelbar nach Abschluß der Oberschule in den Beruf eingetreten" sind¹⁷. Dabei wird kategorial an das angeknüpft, was schon im Kapitel "Herkunft" bei der Klassifizierung des weiteren Bildungsganges angewendet wurde: Der überwiegende Teil der späteren Landesminister absolvierte eine weitere exklusive Ausbildung (74%), 26% berichten über eine mehrfache verschiedenartige (flexible) Ausbildung¹⁸.

Ob die Minister nach Schulabschluß einen exklusiven oder flexiblen weiteren Bildungsweg nahmen, ließ sich u.a. auch darauf zurückführen, ob sie eine Volks-, Mittel- oder eine Oberschule/Gymnasium besucht hatten: Mit zunehmend höherem Schulabschluß steigt der Anteil derjenigen, die einen weiteren exklusiven (akademischen) Ausbildungsgang nehmen¹⁹. Entsprechend häufiger war zu beobachten, daß Mittelschul- und noch stärker Volksschulabsolventen oftmals mehrfach die Ausbildungsart wechselten bzw. sich weiterbildeten, was die folgenden Zahlen verdeutlichen: Minister mit exklusiver Ausbildung haben zu 70% studiert, zu 18% eine Lehre und zu 10% eine sonstige Ausbildung²⁰ absolviert, 2% blieben ohne Ausbildung, d.h. wurden nach Schulabschluß unmittelbar beruflich tätig. Die Minister²¹ mit flexiblem Bildungsweg²² hingegen haben zu 55% im Laufe dieser Ausbildung eine Universität besucht²³. Unabhängig von der Art

des Ausbildungsweges konnte unter einem weiteren Aspekt analysiert werden, in welchem Umfang die Minister ihre Ausbildungen nicht abschlossen und ob dies auf ein bestimmtes Ausbildungsniveau zurückzuführen ist. So hat Beyme die These aufgestellt, daß die "deutsche Berufs-ideologie und die Abneigung gegen Männer mit nicht abgeschlossener Ausbildung und ohne Beruf in der Politiker-rekrutierung" fortleben²⁴.

Ohne einen formalen Abschluß ihrer Ausbildung blieben nur rd. 9 % der Minister. Es wurde deutlich, daß mit zunehmend höherem Schulniveau der Anteil derjenigen mit abgebrochener Ausbildung sinkt: z.B. sind 63 % derjenigen mit nichtbeendeter Ausbildung Volksschulabsolventen, nur 20 % besaßen die Hochschulreife. Von den Ministern mit Volksschulabschluß²⁵ begannen nur 18 % über einen 2. Bildungsweg die Vorbereitung auf ein Hochschulstudium, nur wenige traten direkt ins Berufsleben ein, alle übrigen absolvierten eine nicht akademische Ausbildung. Zu diesen Ergebnissen kommt auch Kruk, der für sein sample herausarbeitete, daß "fast alle Nichtabiturienten, 167 der insgesamt 177", zunächst eine Lehre, überwiegend eine kaufmännische, absolvieren²⁶. Dem entgegengesetzt war der nachschulische Ausbildungsgang der Abiturienten: 82 % von ihnen nahmen ein Hochschulstudium auf, nur 18 % machten von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch²⁷.

81 % der nichtakademisch gebildeten Minister absolvierten eine Ausbildungsrichtung, die übrigen hatten bis zu maximal vier unterschiedliche Ausbildungen erhalten. Unter denjenigen mit einer fachspezifischen nichtakademischen Ausbildung überwiegen die kaufmännischen (insbesondere Industrie- und Einzelhandelskaufmannsausbildungen) und die handwerklichen Ausbildungsrichtungen (speziell im

Metallhandwerksgewerbe). Auch die mit zwei und mehr nicht-akademischen Ausbildungen absolvierten überwiegend eine handwerkliche und zusätzlich eine branchenspezifische Ausbildung²⁸ oder eine kaufmännische und branchenspezifische; 83 % dieser zwei-fach-ausgebildeten geben an, mindestens in einer Ausbildungsrichtung eine Gesellenprüfung abgelegt zu haben, 60 % von ihnen haben in beiden Ausbildungsfächern Examen abgelegt.

Diese Ergebnisse der Analyse der fachlichen Ausrichtung der nichtakademischen Ausbildungen stehen im Gegensatz zu denen, die Beyme für die Bonner Spitzenpolitiker ermittelt hat, wo er primär Kommunikationsberufe unter den Lernberufen (neben kaufmännischen, Angestellten- und Ingenieurausbildungen) herausgefunden hat²⁹.

Diese Analysen sollten verdeutlichen, daß auch die Minister, die ohne eine akademische Ausbildung ihre Berufskarriere starteten, ganz überwiegend als Grundlage für den beruflichen Werdegang auf eine oder mehrere solide Ausbildungen zurückblicken konnten³⁰. In welchem Umfang die nichtakademische Berufsausbildung (gegenüber der Hochschulausbildung) die weiteren Karrieren - insbesondere die privatberufliche und die politische - beeinflusste, d.h. sich karrierefördernd bzw. karrierehemmend auswirkte, wird weiter unten überprüft.

Zuvor sollen die 66 % der Untersuchungspersonen hinsichtlich ihres Ausbildungsniveaus untersucht werden, die als Ausbildungslevel ein Universitätsstudium als Eingangsvoraussetzung für die privatberufliche Karriere aufzuweisen hatten. Die gleiche Rate an Hochschulabsolventen hat auch Beyme ermittelt, der angibt, daß "über 2/3 aller Spitzenpolitiker und über 92 % aller Staatssekretäre bis 1969" studiert haben³¹. Auch Kruk und die bei

Zapf dargestellten Einzelstudien über bestimmte Teileliten der Bundesrepublik berichten über hohe Anteile an Akademikern in den Elitegruppen³². Hartmann/Wienold schätzen, daß von den etwa 60 000 Unternehmern (Inhaber von Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten) etwa 25% "eine akademische Ausbildung haben, von diesen haben etwa wiederum 70% Wirtschaftswissenschaften, Jura und Ingenieurwissenschaften studiert... Die spezifische Art seiner Ausbildung bahnt dem Akademiker den Weg zu bestimmten Branchen, der Prestigegrad seines Diploms öffnet den Zugang zu bestimmten Positionen. Daneben wird an sich schon ein bestimmtes Prestige von der Branche bevorzugt"³³. Dies zeigt, daß im Unternehmenssektor vergleichsweise die akademische Qualifizierung kein dominanter Faktor ist, was Kruk wie folgt beschreibt: "Zur Leitung eines Großunternehmens - wie zu jeder übertragenden Führungsaufgabe - gehören Fähigkeiten, die nicht erlernbar sind. Bestimmte Anlagen und Talente muß jeder von Hause aus mitbringen, will er Erfolg haben"^{33a}. Er verweist damit wiederum auf die soziale Herkunft.

Auch an dieser Stelle kann auf eine Aufschlüsselung von Wildenmann/Kaltefleiter zurückgegriffen werden, die eindeutig nachweist, daß es sich bei den analysierten Führungsgruppen um Personen handelt, die nicht nur ihr Studium erfolgreich beendeten, sondern darüber hinaus noch akademische Grade erwarben³⁴, wobei im einzelnen die Examensnote nicht eruiert werden konnte, deren Relevanz jedoch z.B. auf die Höhe des späteren Einkommens für bestimmte Berufssektoren empirisch nachgewiesen wurde³⁵.

Tabelle 3:

Studienabschluß westdeutscher Teileliten

Studium	Regie- rungs- chefs, Minister Bund/ Land	Top-Ma- nager Großun- terneh- men	Top-Mana- nager Banken/ Versiche- rungen	Leiter von Wirt- schafts- verbän- den	Gewerk- schafts- führer
einige Semester	9,5	4,9	4,9	5,6	3,2
Diplom	4,8	20,1	8,5	12,7	3,2
Staatsexamen	20,2	7,1	14,6	20,6	12,9
Promotion	33,3	42,9	50,0	47,6	6,5
Habilitation	4,8	1,6	1,2	2,4	-

Über die Frage der akademischen Qualifizierung hinaus-
gehend soll im folgenden die Bedeutung einer spezifischen
Studienrichtung für den politischen Werdegang herausge-
stellt werden, wobei im Vordergrund die Frage nach dem
sog. Juristenmonopol in den Führungsgruppen der bundes-
republikanischen Gesellschaft steht. Um die Problematik
des sog. Juristenmonopols zu behandeln, sollen einige Er-
gebnisse vergleichend aus Untersuchungen über politisches
Führungspersonal auf Bundesebene (die Mitglieder der Bun-
desregierungen seit 1949) und über Führungspersonal der
Wirtschaft als Anhaltspunkte hinzugezogen werden. Von den
bis 1969 ernannten 74 Bundesministern erlangten 92% die
Hochschulreife, von diesen haben 78% eine Hochschule be-
sucht, knapp die Hälfte dieser politischen Führungsgruppe
hat einen Dokortitel erworben. Unter den Studienfächern

dominieren die rechtswissenschaftlichen Fächer (über 55% der Bundesminister waren ausgebildete Juristen), aber tendenziell ist auf dieser Ebene eine sinkende Bedeutung der juristischen Ausbildung zu beobachten gemessen an denjenigen, die Jura als Hauptfach studiert und darin Examen abgelegt haben. Der Anteil der Nicht-Juristen ist, vor allem in jüngster Zeit, erheblich gestiegen, vor allem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern gelingt es auf Bundesebene, in der Exekutive politisch zu wirken³⁶. Zapf³⁷ dagegen spricht nach wie vor für den staatlichen Verwaltungsbereich (wie auch Hartfiel³⁸) und auch für die Führungsgremien der Wirtschaft - im Gegensatz zu Pross/Boetticher³⁹ - von einem Juristenmonopol. Auch für Beyme gilt: "Das Juristenmonopol ist im Abbau begriffen. Die Fächer der Philosophie und naturwissenschaftlichen Fakultäten und die Sozialwissenschaften zeigen aufsteigende Tendenz"⁴⁰. Zugleich verweist er auf die zunehmende Rekrutierung von Wissenschaftlern⁴¹.

Über die Bedeutung der Rolle der Juristen in der Bundesrepublik gibt es demnach unterschiedliche Auffassungen, für Harpprecht besteht: "kein Zweifel: die Republik ist ein heimliches Monopol der Juristen und ihrer Hilfstruppen, der Nationalökonomien, die eine gemütlichere Sprache Volkswirte nannte. Sie besetzen vier Fünftel der Schlüsselpositionen in unserer angeblich technokratisch bestimmten Gesellschaft; sie sind die Verwalter der Demokratie, in ihrer Mehrheit Söhne oder Väter, denen zwischen 1920 und 1950 der Kiesinger-Sprung aus dem Kleinbürgertum in einen unsicheren Mittelstand glückte"⁴²; Während Kruk betont, daß "unter den studierten Aufsichtsräten etwa jeder zweite Jurist (ist) und das juristische Studium also noch immer am ehesten den Weg in die höchsten Spitzenpositionen der Wirtschaft zu ebnen" (scheint)⁴³,

ist Dahrendorf der Auffassung, daß die Juristen fast zu einer "Elite wider Willen" geworden seien⁴⁴. Wie K.-P. Schmid, der nach wie vor von einer Bevorzugung der Juristen in der Öffentlichen Verwaltung berichtet und beispielsweise statistisch nachweist, daß bei der Berechnung eines zu erwartenden Lebenseinkommens eines Bundesbeamten Juristen vergleichsweise das höchste Einkommen beziehen⁴⁵, sieht auch Steinkemper für die Verwaltung noch keine Veränderung des Juristenmonopols: "Zwar ist für den allgemeinen Verwaltungsdienst durch die Beamtengesetze das Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften dem Jurastudium gleichgestellt, doch kann in der Praxis auch heute noch der weit überwiegende Teil der Ministerialbeamten in Spitzenpositionen auf eine juristische Ausbildung verweisen... Insgesamt läßt sich noch keine Abkehr von der grundsätzlichen Bevorzugung von Juristen für den Verwaltungsdienst erkennen"⁴⁶.

Im wesentlichen werden diese Ergebnisse, die generell von einer dominierenden Rolle von Juristen in politischen Führungsämtern sprechen, durch die Analyse der politischen Exekutive auf der mittleren Ebene der dreistufigen Staatsgliederung der Bundesrepublik bestätigt, was differenziert empirisch belegt werden konnte. Wie auch bei Kruk, der sein sample in mehrere analytische Gruppen klassifizierte, da "fast 20% zwei Fächer und weitere 24 Personen sogar drei und mehr" Fächerkombinationen nannten⁴⁷, werden in der vorliegenden Arbeit vier analytische Gruppen gebildet; 56% der Akademiker studierten ein Fach, 25% zwei, 13% drei und 6% vier bis sechs Fächer.

Unter den Ministern mit einem Studienfach, das zugleich auch Prüfungs-/Abschlußfach ist, sind 75 % Juristen; die Dominanz der juristischen Ausbildung wird sichtbar. Von den Juristen haben über die Hälfte (57 %) eine Promotion zum Dr. jur. bestanden, insgesamt 51 % aller Minister mit einem Studienfach haben als formal höchsten akademischen Grad eine Promotion abgelegt. Kruk kommt zum Ergebnis, daß "jeweils zwei von drei leitenden Männern" promoviert haben⁴⁸.

Von denjenigen mit zwei Studienfächern berichten 44 % über die Fächerkombination Jura/Staatswissenschaften und Volkswirtschaft/Nationalökonomie⁴⁹; da weitere 23 % ebenfalls Jura zusammen mit einer anderen Fachrichtung studiert haben, besitzen exakt 2/3 dieses Personenkreises eine juristische Ausbildung. 2/3 von diesen haben promoviert, unter allen Ministern mit Promotionen waren 57 %, die den Grad eines Dr.jur. erlangt haben.

Auch die Untersuchungspersonen mit drei Studienfächern bestätigen die zu diesem Problemkomplex bisher erzielten empirischen Ergebnisse: Auch unter ihnen sind 60 %, die Jura und zwei weitere Fächer studiert hatten, davon weit mehr als die Hälfte, die zum Dr.jur. promoviert hat. 17 weitere Minister verfügen über außerordentlich intensive Studienphasen, sie haben 4 bis 6 verschiedene Studienfächer belegt; von ihnen haben wiederum rd 65 % Jura studiert, 82 % haben ihre Universitätsausbildung mit einer Promotion abgeschlossen.

Diese Analysen machen deutlich, welche hohe Bildungsqualifikation auch die politische Führung der Bundesländer besitzt und welche Dominanz hierbei eine juristische Ausbildung hat. Daß insbesondere an die Spitze von

Justizverwaltungen Juristen berufen werden, wird als "die Justizreform verhindernde Tatsache" kritisiert⁵⁰. Als zweit-wichtigste Fachrichtung hat sich die volkswirtschaftliche/nationalökonomische Universitätsausbildung entwickelt⁵¹. Führungspersonal mit dieser akademischen Ausbildung ist es jedoch bis heute nicht gelungen, die Mehrheit der Juristen abzulösen und ihre dominierende Rolle in politischen Führungsämtern einzuschränken.

Eine seit 1946/47 bestehende Akademisierung ist nicht nur konstant geblieben, sondern hat sich - wie weiter unten empirisch belegt wird - noch erhöht; eine erfolgreich abgeschlossene Universitätsausbildung hat dem überwiegenden Teil der späteren Politiker den Weg für die berufliche und erfolgreiche politische Laufbahn geebnet. Damit ist in wesentlichen Zügen die Bildungsqualifikation der 420 Minister umschrieben, welche weiteren Rückschlüsse für soziales und politisches Verhalten aus der Bildungsqualifikation folgen bzw. sich schon während der unterschiedlichen Bildungswege zeigten und aus dem Bildungsniveau sich ableiten ließen, sollen die folgenden Analysen erkennen lassen.

2. Soziale Aktivitäten während der Ausbildungsphase

Informationen über das soziale Verhalten während der Schulzeit waren aufgrund der Materiallage kaum zu erzielen, so daß dieser Aspekt nicht weiter verfolgt werden konnte. Dagegen konnten die sozialen Aktivitäten in politischen und nicht-politischen Organisationen während der nichtakademischen und akademischen Ausbildungsphase systematisch differenziert analysiert werden, was bei Beyme beispielsweise nur exemplarisch erfolgt⁵². Minister, die eine nichtakademische Ausbildung besitzen,

geben zu 26 % Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden etc. an, davon übten rd. $2/3$ Aktivitäten ausschließlich in einer Organisation aus, die übrigen waren in bis zu drei verschiedenen Vereinigungen organisiert, wobei drei dominieren: Gewerkschaften, sozialistische Gruppierungen und katholische Vereinigungen. Mitgliedschaften in politisch "rechts" einzuordnenden Vereinigungen wurden kaum genannt. Knapp die Hälfte dieser bereits während der Ausbildung Aktiven war Funktionsträger; dabei wurde die folgende Tendenz sichtbar: diejenigen mit hohem Aktivitätsgrad (bezüglich der Anzahl der Mitgliedschaften in mehreren Organisationen) haben auch in den verschiedenen Organisationen selbst wiederum starke Aktivitäten entwickelt und diese nicht nur auf eine beschränkt. Soziale Aktivitäten während der Studienzeit sind von 23 % derjenigen mit akademischer Ausbildung bekannt; im Vergleich zu Kruk, der auf 46 % seines samples kommt, die in studentischen Vereinigungen engagiert waren⁵³, ist dies ein geringer Prozentsatz.

Dies läßt sich damit erklären, daß, wie im folgenden Kapitel geschildert wird, nur exakt $1/3$ der analysierten Politiker ihre Ausbildung in einer historischen Phase ohne Systembruch absolvieren konnten, d.h. diejenigen mit Systembrüchen (z.B. dem 1. oder 2. Weltkrieg) keinerlei Möglichkeiten für Aktivitäten hatten bzw. andere Prioritäten sich zwangsläufig ergaben. Über die Hälfte derer mit Aktivitäten während ihres Studiums war nur in einer Organisation aktiv, die übrigen in zwei bis fünf Organisationen. Der Aktivitätsgrad der Akademiker liegt damit vergleichsweise über dem derjenigen mit sozialpolitischen Aktivitäten während der nichtakademischen Ausbildung, was ganz offensichtlich auch in der formalisierten Art der Ausbildung der letztgenannten begründet liegt.

Tabelle VIII im Anhang zeigt, daß der Anteil der Mitgliedschaften in politisch "linken" Vereinigungen (Sozialistische, SDS, Gewerkschaften) mit 40 % höher als derjenige in "rechtsstehenden" Organisationen (NS, Völkische, Burschenschaften, Corps, Nationalistische) mit nur 24 % ist. Knapp die Hälfte der in nur einer Organisation Aktiven übten Führungs-Funktionen aus, auch hier überwiegend in den linken Organisationen. Diese Führungsfunktionen lagen, von einigen Ausnahmen abgesehen, in Gremien auf lokaler Ebene.

Auch die Minister mit höherem Aktivitätsgrad (Zugehörigkeit zu zwei Organisationen) während der Zeit des Studiums sind bei einer Klassifizierung stärker in politisch linksstehenden Gruppierungen als in rechten Organisationen engagiert gewesen (Tab. IX, Anhang): Knapp die Hälfte war ausschließlich in politisch linken Vereinigungen Mitglied, einige in rechten, liberalen und konfessionellen sowie jeweils zusätzlich noch in "politisch nicht eindeutig einzuordnenden" Organisationen engagiert, in nur zwei Fällen waren Minister während ihrer Studienzeit nacheinander sowohl in einer linken wie in einer rechten Organisation beheimatet. Ebenfalls stark war das Engagement in katholischen Organisationen, die insbesondere in Weimar teilweise auch politisch ausgerichtet waren. Ein hoher Aktivitätsgrad war innerhalb der Organisationen selbst festzustellen: 85% hatten Führungsämter inne, 55% sogar in beiden Organisationen.

In fast allen Fällen wurden Funktionen oberhalb des kommunalen Organisationsbereiches auf regionaler und provinzieller Ebene ausgeübt, wobei auch hier die These entwickelt werden konnte, daß mit steigender Aktivität (Bereitschaft des Engagements in mehreren Organisationen)

auch die Bereitschaft stieg, innerhalb der unterschiedlichen Organisationen und deren Führungsgremien Ämter zu bekleiden. Diese Tendenz gilt insbesondere für diejenigen, die sich entschlossen, als Studenten linksstehenden Vereinigungen beizutreten und in diesen Führungsämter anzustreben. Diese Ergebnisse werden unterstrichen durch die nähere Analyse derjenigen mit außerordentlich hohem Aktivitätsgrad d.h. Mitgliedschaft in bis zu fünf verschiedenen Organisationen während ihres Studiums. Mit einer Ausnahme waren sie in allen Organisationen Funktionäre, bis auf zwei waren sie zumindest in einer sozialistischen Vereinigung engagiert (und dort Funktionsträger) und hatten Führungsämter in Gremien höherer Funktionsebene als der kommunalen inne.

Diese Ergebnisse lassen die folgenden Schlußfolgerungen zu:

1. Die Minister mit sozialen Aktivitäten während der nachschulischen akademischen bzw. nichtakademischen Ausbildungsphase zeichnen sich durch einen hohen Aktivitätsgrad aus.
2. In weitaus stärkerem Maße wurden sowohl während der nicht-akademischen wie der akademischen Ausbildung Aktivitäten in stark politisch orientierten Organisationen ausgeübt: deutlich war eine Orientierung eher hin zu politischen als zu sozialen, nicht-primär politischen Vereinigungen festzustellen. Dabei waren die Landesminister stärker in "links" als in "rechts" orientierten Organisationen tätig, nur vereinzelt wurden in liberalen und republikanischen Vereinigungen Mitgliedschaften bekannt. Unter dieser Fragestellung kommt Beyme für die bundespolitische Elite zu einem anderen Ergebnis: "Unter den Jugendorganisationen, denen einzelne Positionsinhaber angehörten,

standen bei den Politikern konfessionelle und bündische Jugendgruppen an erster Stelle"⁵⁴.

3. Die Aktivitäten waren bei der Hälfte aller Aktiven nicht ausschließlich auf eine Organisation beschränkt; je vielfältiger eine Person während der Ausbildung sozial-politisch engagiert und eingebunden war, desto aktiver war sie auch innerhalb der Organisation, was sich in der Tatsache der Übernahme von Führungsämtern auf höherrangigen Organisationsebenen niederschlug.
4. Schwerpunkt der Wahrnehmung von Funktionen im innerverbandlichen Führungsapparat war der kommunale Gliederungsbereich, nur vereinzelt die regionale und überregionale Ebene.
5. Gemessen am Grad der Ausbildung - akademisch/nicht-akademisch - ist der Anteil derjenigen mit sozialen Aktivitäten während der nichtakademischen Ausbildung etwas höher (26 % zu 23 %), dabei muß berücksichtigt werden, daß einige Minister beide Ausbildungsarten durchliefen und jeweils nur in einer Ausbildungsphase soziale Aktivitäten haben ausüben können.

Damit wird deutlich, daß nur ein Teil der Untersuchungsgruppe bereits während der Ausbildungsphase politische Aktivitäten entwickelte. Politische Aktivitäten vor Eintritt in die Berufskarriere sind demnach offenbar nicht unabdingbare Voraussetzung für späteres, starkes politisches Engagement und erfolgreiche Bewerbung um politische Führungsämter. Die Analyse der spezifischen Lebenssituation beim Beginn des Rekrutierungsprozesses (Zeitpunkt des ersten Parteibeitritts) wird zeigen, daß sich der Entschluß zu frühem oder spätem Parteibeitritt nicht auf frühere soziale oder politische Aktivitäten zurückführen läßt.

3. Alters- und systembedingte Veränderungen im Niveau und Verlauf der Ausbildung

Am Faktor "Grad des schulischen Abschlusses" soll das steigende Bildungsniveau der jüngeren Generationen verdeutlicht werden (Tab. X, Anhang): 94 % der Minister, deren Ausbildung im Dritten Reich begann und nach 1945 beendet wurde, haben die Schule mit dem Abitur verlassen, dagegen nur 49 % derjenigen, deren Schulzeit im Kaiserreich beendet wurde (vgl. auch Tab. XI, Anhang).

Das steigende Bildungsniveau der jüngeren Generationen wird dann noch deutlicher sichtbar, wenn man die folgenden Zahlen hinzuzieht:

1. Von den Ministern mit Volksschulabschluß wurden 51 % ausschließlich im Kaiserreich und 30 % im Kaiserreich und in Weimar ausgebildet.
2. Auch der Anteil derjenigen mit Mittelschulabschluß geht generationsbedingt zurück; 40 % der Minister mit Mittelschulabschluß hatten im Kaiserreich, 27 % in Weimar ihre Ausbildung absolviert.
3. Ebenso ging der Anteil derjenigen, die zwar eine Oberschule oder ein Gymnasium besuchten, aber diese Schultypen ohne die Reifeprüfung verließen, generationsbezogen zurück: 32 % wurden im Kaiserreich, 21 % im Kaiserreich und in Weimar ausgebildet.

In welchem Umfang sich die Systembrüche 1918/1919, 1933 und 1944/1945 auf den Verlauf der gesamten Ausbildungsphase niederschlugen, konnte empirisch erfaßt werden, wobei die primäre Fragestellung war, ob ein unterbrochener Ausbildungsgang sich positiv bzw. negativ für die weitere

berufliche und politische Karriere auswirkte bzw. bestimmtes politisches und soziales Handeln stimulierte. Nur 73 % verfügen über eine geschlossene, kontinuierlich verlaufende Ausbildungsphase, gemessen vom Zeitpunkt des Eintritts in die Schule bis zur Übernahme der ersten Berufsrolle (Tab. XII, Anhang). Obwohl nicht in jedem Fall die Gründe für die Unterbrechung der Ausbildungsphase aufgedeckt und analysiert werden konnten, waren bei rd. 90 % derjenigen mit Unterbrechung der Ausbildung Systemerschütterungen wie der 1. Weltkrieg bzw. Systemwechsel die Faktoren, die als primär anzusehen waren (Kriegsteilnahme, Vertreibung, Universitätsschließungen etc). Dieses Ergebnis konnte empirisch weiter erhärtet werden durch die Analyse der historischen Phase, in die die Ausbildungszeit fiel und beispielsweise der Art des Studienganges. Je nach dem, ob die Ausbildungsphase nur in einer historischen Epoche (nur im Kaiserreich, in Weimar oder im NS Reich) liegt oder sich über einen Systembruch hinaus erstreckt, ergibt sich daraus die Art des Studienganges: Lag die gesamte Ausbildungsphase (beginnend mit Schuleintritt und endend mit Übernahme erster Berufsposition) nur in einer historischen Epoche, so ist der Anteil derjenigen mit variablem Studiengang (Studium und sonstige Ausbildung) niedrig. Ging die Ausbildungsphase dagegen über einen Epochenwechsel bzw. Systembruch hinweg (Kaiserreich/Weimar, Weimar/NS-Reich, NS-Reich/Nachkriegsphase), so war der Anteil derjenigen mit variablem (flexiblem) Studiengang doppelt so hoch. Ein Epochen-/Systemwechsel während der Ausbildungsphase behindert in starkem Maße eine kontinuierliche, durchgehende Ausbildung, wie am Beispiel der Studienmodalität dargestellt werden konnte.

An dieser Stelle sollte beispielhaft am Ausbildungsgang die Relevanz der Systembrüche für Analysen von Karriereverläufen spezifischer Personengruppen verdeutlicht werden, weitere Untersuchungen können dies unterstreichen.

4. Zusammenhänge zwischen Bildungsqualifikation und politischer Karriere

In einem weiteren Abschnitt wird nun untersucht, in welchem Umfang Beziehungen zwischen der Bildungsqualifikation und den in Einzelfällen noch während der Schulzeit bzw. der Ausbildung begonnenen späteren politischen Aktivitäten im Hinblick darauf bestehen, wann - gemessen am Lebensabschnitt - diese politischen Aktivitäten entwickelt wurden, bzw. inwieweit das Bildungsniveau den Zeitpunkt des Beginns politischer Aktivität einerseits und den politischen Werdegang andererseits beeinflusst hat.

Darüber hinaus ist ein weiterer Untersuchungsaspekt in diesem Zusammenhang, ob und in welcher Intensität eine fachliche Spezialisierung - beginnend mit einer fachbezogenen praktischen wie theoretischen Ausbildung akademischer wie nichtakademischer Art - stringent bis zur Übernahme eines Ressorts auf Landesebene beobachtet werden konnte, d.h., ob eine inhaltliche Übereinstimmung zwischen Ausbildungsrichtung, beruflicher Tätigkeit und politischem Engagement besteht. Es soll versucht werden herauszufinden, ob eine spezielle Ausbildungsart bereits die konkrete fachliche Qualifikation für ein bestimmtes inhaltliches Sachgebiet begünstigt und ob eine konstante Beschäftigung in diesem Fachgebiet zu beobachten war.

Damit sind die in den ersten beiden Problemdimensionen angeschnittenen Fragen nach dem Verhältnis zwischen fachlicher und politischer Qualifikation einerseits und der Frage nach dem Einzug von Experten bzw. Fachleuten in politische Führungsämter andererseits angeschnitten. Der Anteil der Minister, bei denen keine fachspezifische Konstanz (Identität) zwischen Ausbildung, beruflicher Tätigkeit und späterer Ressortverwaltung besteht, ist bei den exklusiv-akademisch gebildeten am geringsten, bei denjenigen mit absolvierter Berufslehre am größten, dementsprechend ist der Anteil derjenigen Minister mit akademischer Ausbildung, bei denen die Ausbildungsrichtung, beruflicher Werdegang und politische Qualifikation bzw. das erste verwaltete Ressort in einer Landesregierung fachbezogen inhaltlich identisch waren, am größten. Eine späte, d.h. erst während der politischen Betätigung erfolgte fachliche Spezialisierung, haben anteilmäßig am häufigsten die Minister mit einer nichtakademischen Ausbildung. Die Gruppe mit einem Lehrberuf als Ausbildungsart hat andererseits den geringsten Anteil an Ministern, bei denen zwar die Ausbildungsrichtung inhaltlich mit dem daran anschließenden beruflichen Werdegang übereinstimmt, dann aber nach einer politischen Qualifizierung in verschiedenen politischen Gremien die Übernahme eines ganz anderen inhaltlich-definierten Ressorts zu beobachten war, d.h. die Kabinettsberufung erfolgte unter primär politischen Aspekten.

Ausgehend von der kategorialen Trennung in Akademiker und Nichtakademiker, die einen flexiblen Ausbildungsgang genommen haben, ergeben sich die gleichen Tendenzen wie die für diejenigen mit exklusiver Ausbildungsart. Der Anteil der Minister mit keiner Konstanz bezüglich der

fachlichen Qualifizierung ist bei denjenigen ohne Studienerfahrung am größten, dagegen haben diejenigen mit inhaltlich-fachlicher Konstanz im Rahmen einer flexiblen Ausbildung zu 43 % ein Studium vorzuweisen, zu 23 % keine akademische Ausbildung absolviert.

Aus diesen Ergebnissen läßt sich die These ableiten, daß eine akademische Ausbildung in starkem Maße inhaltlich die anschließende Berufskarriere vorstrukturiert, was zur Folge hat, daß diese theoretische und praktische Spezialisierung die spätere Kabinettsberufung in der Richtung beeinflusste, daß häufig das entsprechende Fachressort mit diesen ausgewiesenen Fachleuten besetzt wurde.

Die nichtakademische Ausbildung hat in weitaus geringerem Maße die anschließende Berufskarriere vorstrukturiert, und auch die spätere Ressortübernahme läßt nicht erkennen, daß hier primär fachliche-qualifikatorische Gesichtspunkte eine wesentliche Rolle gespielt haben können. Eine kontinuierliche theoretische - wie praktische Qualifikation eröffnet demnach die Chance, auf spezifische Exekutivämter, damit sind diese Kabinettsberufungen auch unter fachlichen Gesichtspunkten zu sehen.

a. Bildungsniveau und Beginn politischer Aktivität

Im folgenden Abschnitt werden die Beziehungen zwischen dem Bildungsniveau und dem Zeitpunkt des Beginns politischer Aktivität unter Berücksichtigung des Ausbildungswegs untersucht.

Analysiert man die Minister mit exklusivem Bildungsgang hinsichtlich des Zeitpunktes des Beginns ihrer politischen Aktivität, wird deutlich, daß alle diejenigen mit einer akademischen Ausbildung in weitaus höherem Maße zu früheren Lebenszeitpunkten politisch aktiv wurden (zu 37 % noch vor Eintritt ins Berufsleben), im Gegensatz zu denjenigen mit nichtakademischer Ausbildung (nur 21 % von ihnen werden vor Eintritt ins Berufsleben politisch aktiv). Diese Unterschiedlichkeiten bestätigt die folgende Analyse der Zeitpunkte der Parteibeiträge der Minister mit exklusivem Bildungsgang, die von einer anderen Bezugsgröße ausgeht: Von denjenigen, die bereits während der Schulzeit Parteimitglieder wurden, haben 88 % studiert, von den Ministern, die während ihrer exklusiven Ausbildung Parteien beitraten, studierten 81 % zu dieser Zeit; dagegen besaßen die Minister, die während der ersten fünf Berufsjahre den ersten Parteibeitritt vollzogen schon zu 41 % keine Hochschulausbildung.

Die analytische Gruppe mit "flexiblem Ausbildungsweg" zeigt eine andere Entwicklung: Speziell diejenigen, die im Rahmen ihrer flexiblen Ausbildung keine Universitätsausbildung absolvierten, sind schon in sehr frühen Lebensabschnitten politisch aktiv geworden (8 % während Schulzeit, 33 % eben während dieser flexiblen Ausbildungszeit), dagegen beginnen diejenigen mit flexibler Ausbildung inklusive Studienphase erst spät mit politischen Aktivitäten: 64 % erst nach Eintritt ins Berufsleben, d.h. konkret, sie vollziehen auch erst im Berufsleben stehend den Parteibeitritt. Tendenziell haben Minister mit flexiblem Ausbildungsgang ohne Studienerfahrung früher politische Aktivitäten im allgemeinen entwickelt, aber auch ganz konkret den Parteibeitritt früher vollzogen.

Es muß berücksichtigt werden, daß anscheinend die politische Aktivität bei einigen die Flexibilität der Ausbildung beeinflußt haben kann, so z.B. durch Vernachlässigung der Lehre zugunsten politischer Aktivität, was zum Abbruch der Lehre führte und später den Beginn einer weiteren, sonstigen Ausbildung zur Folge hatte. Die Studienzeit als mögliche Phase des Beginns politischer Aktivität scheint unterschiedlichen Stellenwert zu haben: Bestand die Ausbildungsphase ausschließlich aus einem Hochschulstudium, scheint eher die Bereitschaft vorhanden gewesen zu sein, auch unter Inkaufnahme der Verlängerung der Studienzeit politisch aktiv zu werden als wenn zunächst einmal eine nichtakademische Ausbildung abzuschließen war, um nach Eintritt ins Berufsleben - nach finanzieller Absicherung - erst politische Aktivitäten zu entfalten. Andere wiederum haben bereits während der Lehrzeit bzw. einer sonstigen Ausbildungszeit dazu parallel politische Initiativen entwickelt, was in vielen Fällen eben zu der oben ange deuteten flexiblen, mehrfachen und damit auch verlängerten Ausbildungsphase geführt haben kann. Das vergleichsweise späte politische Engagement derjenigen mit einer nichtakademischen Ausbildung (mit Abschluß) wird unterstrichen durch die Tatsache, daß diese Minister auch ihre Parteibeiträge erst in einer späten Lebensphase vollzogen.

Faßt man die nichtakademischen Ausbildungsrichtungen zusammen, so ergibt sich, daß rd 75 % der nichtakademisch gebildeten Minister erst nach Ausbildungsende sich in den politischen Parteien engagierten. Eine weitere These in diesem Forschungszusammenhang geht davon aus,

daß Zusammenhänge zwischen dem Abbruch der Ausbildung und dem Beginn politischer Aktivitäten bestehen. So zeigte sich, daß der Abbruch der nichtakademischen Ausbildung zur Folge hat, daß unabhängig von der Art der nichtakademischen Ausbildung der Beginn der politischen Aktivität in verstärktem Umfang in der Ausbildungsphase selbst liegt und diesen Abbruch der Ausbildung sogar begünstigt oder bewirkt haben kann. Während nur 6 % aller Minister mit nichtakademischer Ausbildung ohne Abschlußprüfung noch in der Schulzeit (Volksschule) beginnen, politisch aktiv zu werden, sind bereits 40 % während der Ausbildungszeit aktiv. Diese Ergebnisse werden bestätigt durch die Analyse der Zeitpunkte der ersten Parteibeiträge: zu 40 % erfolgt der Beitritt in der Ausbildung, bei 31 % innerhalb der ersten fünf Berufsjahre. Damit sind diesen Ministern mit Ausbildungsabbruch tendenziell in früheren Phasen erfolgte Parteibeiträge gemeinsam.

Es zeigt sich, daß die Nichtbeendigung der nichtakademischen Ausbildung und der Beginn politischer Aktivitäten in der Ausbildungsphase in engem kausalem Zusammenhang stehen, wobei Ursache und Folge (Abbruch wegen politischer Aktivität oder die Entwicklung politischer Aktivität als Folge der vorzeitigen Ausbildungsbeendigung) nicht im Einzelfall eruiert werden konnten. Als ein weiteres relevantes empirisches Ergebnis bleibt an dieser Stelle festzuhalten, daß ein früher Beginn politischer Aktivität schon während der Schulzeit meistens dann vorlag, wenn die Untersuchungspersonen auf eine höhere Schule gingen (und damit auch schon rein altersmäßig Parteimitglieder werden konnten) und mit dem Abitur

die allgemeinbildende Schulphase abschlossen; je niedriger der Ausbildungsgrad war, desto später (überwiegend erst in der persönlichen Stabilisierungsphase des Berufs) besteht die Neigung, politisch aktiv zu werden.

b. Bildungsniveau und politische Aufstiegsgeschwindigkeit

Die erkennbaren Zusammenhänge zwischen Ausbildungsniveau, dem Beginn allgemeiner politischer Aktivitäten und dem Rekrutierungsprozeß konnten empirisch noch weiter erhärtet werden. Ausgangspunkt war die Frage nach der Altersstruktur der unterschiedlichen Bildungsgruppen zu verschiedenen, vergleichbaren politisch-relevanten Wendepunkten, womit sich Rückschlüsse auf die politische Aufstiegsgeschwindigkeit herleiten lassen⁵⁵. Dabei wurde die Untersuchungsgruppe nach schon weiter oben verwendeten zwei analytischen Dimensionen gegliedert, um die Messung der Aufstiegsgeschwindigkeit zu ermöglichen.

1. In die umfassende Dimension "Bildungsweg exklusiv" und "flexibel".
2. Nach der spezifischen Fragestellung der nichtakademischen/akademischen Ausbildung und hierbei zusätzlich noch in diejenigen "mit" und "ohne" Abschluß der nichtakademischen Ausbildung.

Die politische Aufstiegsgeschwindigkeit dieser empirisch-analytischen "Bildungstypen" wurde an vier Punkten der Karriere gemessen:

erster Parteibeitritt,
Übernahme des ersten öffentlichen Wahlamtes,
erste Wahl in den Landtag und
erste Berufung zum Landesminister,

Diese vier Punkte des politischen Werdeganges wurden für relevant erachtet, weil zu den gewählten Zeitpunkten jeweils neue Karriereabschnitte innerhalb der politischen Laufbahn begonnen, d.h. ganz spezifische politische Rollen im engeren politischen System übernommen wurden, die ihrerseits Voraussetzung zur Übernahme höherrangiger politischer Positionen darstellen, wie an anderer Stelle aufgezeigt wird.

Die Minister mit exklusiver akademischer Ausbildung sind durchschnittlich bei erstem Parteibeitritt vergleichsweise älter (34,1 Jahre) als diejenigen ohne akademische Ausbildung (Lehrzeit: 31,2 Jahre, sonstige Ausbildung: 26,8 Jahre, vgl. Tab. XIII, Anhang). Auch die Gruppe der Minister mit flexiblem Ausbildungsgang zeigt die gleiche Tendenz: Das Durchschnittsalter derer, die über keine Universitätsausbildung verfügen, liegt mit 26,1 Jahren deutlich unter dem von 29,6 derjenigen, die zumindest teilweise ihre Ausbildung an einer Universität erhielten (Siehe Tab. XIV, Anhang).

Diese Tatsache, daß Minister mit nichtakademischer Ausbildung in höherem Maße in jüngeren Jahren Parteimitglieder wurden, soll nun Ausgangsbasis für die Fragestellung sein, ob es Nichtakademikern nach innerparteilicher Bewährung auch in vergleichsweise früherem Lebensalter als den Akademikern gelingt, für die Partei als Kandidat für ein öffentliches Wahlamt nominiert und dann auch gewählt zu werden, oder ob es den Akademikern aufgrund der höheren Qualifikation gelingt, die innerparteiliche Karriere abzukürzen und nach kürzerer Parteizugehörigkeit bereits als Delegierte ihrer Partei in ein öffentliches Wahlamt gewählt zu werden. Für die

Minister mit exklusiv "sonstiger nichtakademischer Ausbildung" konnte beispielsweise ein Durchschnittsalter von 31,6 Jahren bei 1. Übernahme eines öffentlichen Wahlamtes ermittelt werden (Tab. XV, Anhang); Durchschnittlich knapp fünf Jahre haben die Minister dieses Ausbildungsniveaus benötigt, um sich erfolgreich um ein öffentliches Wahlamt (was z.B. auch ein Landtags- oder Bundestagsmandat sein könnte) zu bemühen. Für diejenigen mit flexiblem Ausbildungsweg ergab sich (Tab. XVI, Anhang), daß die akademische Ausbildung karrierebeschleunigende Wirkung zeigte. Diejenigen mit einer akademischen Ausbildungsphase benötigten durchschnittlich 4 Jahre bis zur Übernahme des ersten öffentlichen Wahlamtes, dagegen brauchten diejenigen ohne Studienerfahrung durchschnittlich 5,5 Jahre, bis sie ihr erstes öffentliches Wahlamt übernahmen⁵⁶.

An einem dritten relevanten politischen "Wendepunkt" des Werdeganges konnten die erzielten Ergebnisse überprüft werden; die Hypothese, daß ein enger Zusammenhang zwischen Ausbildungsniveau und politischer Karriere besteht, wird überprüft an der Frage der Alterstruktur bei erster Wahl in den Landtag (Tab. XVII, Anhang). Gemessen am unterschiedlichen Alter beim politischen Karrierestart haben es die Akademiker durchschnittlich in kürzerer Zeit geschafft, in einen Landtag einzuziehen: Nach durchschnittlich 11,8 Jahren erreichten sie ein Landtagsmandat, dagegen die Nichtakademiker mit exklusiver Ausbildung "Lehre" nach 12,4 Jahren und die Minister mit einer sonstigen exklusiven Ausbildung sogar erst nach 16,8 Jahren. Die akademisch Ausgebildeten haben den späteren politischen

Karrierestart in der Partei durch ein schnelleres Durchlaufen partei- und parlamentarisch-politischer Zwischenstationen fast wieder ausgeglichen. Die gleiche Tendenz wird auch sichtbar bei denjenigen mit flexibler Ausbildung, die teilweise mit einer Studienphase absolviert wurde (Tab. XVIII, Anhang). Minister "ohne Studium" benötigten im Durchschnitt 15,3 Jahre um ein Landtagsmandat zu übernehmen, die flexibel-akademisch gebildeten nur 12,9 Jahre.

Abschließend zu diesem Problembereich wurden noch die Altersstruktur zum Zeitpunkt der ersten Berufung in ein Landeskabinett im Hinblick auf die unterschiedlichen Bildungsqualifikationen überprüft. Dabei zeigten sich die gleichen Entwicklungen: Minister mit entweder exklusiver oder flexibler akademischer Ausbildung haben durchschnittlich in kürzerer Zeit politische Karrieren ins Landeskabinett "gemacht" als Nichtakademiker (Tab. XIX, XX, Anhang). Sie waren damit durchschnittlich noch jünger bei erstem Amtsantritt als die nichtakademisch gebildeten, obwohl sie in vergleichsweise höherem Alter - wie geschildert - erst den Parteibeitritt vollzogen. Weiterhin wird deutlich, daß Minister mit einer exklusiv-sonstigen nichtakademischen Ausbildung - trotz überdurchschnittlich frühem Beginn der politischen Aktivität (Parteibeitritt durchschnittlich mit 26,8 Jahren) - außerordentlich lange brauchten (rd. 28 Jahre), um ministeriell zu werden. Daß Bildungsqualifikation ein wesentlicher Faktor ist, der die sukzessive politische Qualifizierung beeinflußt, d.h. die stufenweise Übernahme von höherrangigen Positionen im politisch-parlamentarischen System, dürfte damit als empirisch erwiesen bezeichnet werden.

In einem letzten Abschnitt sollen, von diesen analytischen Differenzierungen noch einmal gesondert, die nichtakademisch gebildeten Minister detailliert zum Komplex der Altersstruktur und politischer Aufstiegs- geschwindigkeit unter dem Aspekt der Modalität der Beendigung ihrer nichtakademischen Ausbildung (mit Abschlußprüfung - ohne Abschluß, d.h. Abbruch) analysiert werden, wobei von der Hypothese ausgegangen wurde, daß in einer an Leistungskriterien orientierten Gesellschaft diejenigen mit Abschluß vergleichsweise kürzere Aufstiegszeiten im politischen Rekrutierungs- prozeß aufweisen dürften als diejenigen ohne abgeschlossene Ausbildung.

Minister mit abgeschlossener nichtakademischer Ausbildung traten im Durchschnitt im Alter von 29,2 Jahren in eine Partei ein, diejenigen ohne Abschluß bereits durchschnittlich mit 25,4 Jahren (Tab. XXI, Anhang). Das erste öffentliche Wahlamt übernehmen diejenigen mit Abschluß im Durchschnitt 3,1 Jahre nach dem Parteibei- tritt, Minister mit abgebrochener nichtakademischer Aus- bildung benötigen durchschnittlich 4,2 Jahre (Tab. XXII, Anhang). Es zeigt sich, daß von denjenigen, die keine akademische Ausbildung erhielten, vergleichsweise alle die beim politischen Aufstieg begünstigt sind, die ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, was auch durch die Aufschlüsselung der Altersstruktur bei erster Wahl in den Landtag unterstrichen wird (Tab. XXIII, Anhang). Die erste Wahl in den Landtag erfolgt bei denjenigen mit Abschluß ihrer Ausbildung im Durch- schnitt 13,8 Jahre nach Parteibeitritt, bei Ausbil- dungs-Abbrechern nach durchschnittlich 16,4 Jahren.

Auch die Analyse zur Altersstruktur, gemessen am Zeitpunkt bei erster Ernennung zum Landesminister, ergeben ähnlich wie bei der Fragestellung nach Studienerfahrung, daß diejenigen mit der jeweils höheren Bildungsqualifikation begünstigt sind, d.h. die mit Universitätserfahrung gegenüber denen ohne Studienerfahrung; unter den Nichtakademikern sind es wiederum diejenigen mit Abschluß gegenüber denjenigen ohne Abschluß, die in vergleichsweise kürzerer Zeit ministrabel wurden (Tab. XXIV, Anhang): 20,9 Jahre, nachdem der Parteibeitritt vollzogen wurde, werden die Nichtakademiker mit Ausbildungsabschluß im Durchschnitt Landesminister, 27,4 Jahre dauert es bei denen ohne Abschluß, die im Durchschnitt beim Parteibeitritt zwar noch 3,8 Jahre jünger waren, zum Zeitpunkt der ersten Kabinettsberufung jedoch durchschnittlich 2,1 Jahre älter waren.

5. Zusammenfassung

Die Bedeutung der Bildungsqualifikation als ein wesentlicher Faktor für den späteren Rekrutierungs- und Selektionsprozeß konnte empirisch erfaßt werden. Dabei sollten Zusammenhänge zwischen der Art des Bildungsweges und den jeweiligen historischen Systembedingungen verdeutlicht werden. Die determinierende Funktion des Schulabschlusses für den weiteren Ausbildungsgang konnte ebenso aufgezeigt werden wie der positive Einfluß einer akademischen Ausbildung - und speziell einer juristischen - auf das spätere politische Engagement und die Möglichkeiten des Aufstiegs. Die politische Elite der Bundesländer zeichnet sich, wie andere gesellschaftliche Teileliten, durch ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau aus.

Die Rekrutierungsprozesse in Parteien und Parlamenten von Akademikern und Nichtakademikern verlaufen unterschiedlich: Akademiker haben wesentlich schnellere politische Aufstiegsprozesse vollzogen; der Beginn politischer Aktivität beeinflußt die Art der nachschulischen Ausbildung - exklusiv oder flexibel - ebenso wie diese den Beginn politischer Aktivität stimulieren kann.

Eine spezifische, fachbezogene akademische Ausbildung wiederum begünstigt - bei entsprechender praktisch-beruflicher Bewährung - die Übernahme politischer Fachressorts (z.B. des Justizministeriums).

Nur wenige, die eine abgebrochene Ausbildung besitzen, haben den politischen Aufstieg in Exekutivämter auf Landesebene vollziehen können, soziale und politische Aktivitäten während der Ausbildung waren nur in geringem Umfang festzustellen, was zum großen Teil auf durch Systembrüche beeinträchtigte Ausbildungen zurückzuführen war.

Für die politischen Führungskräfte der Bundesländer ist ein steigendes Bildungsniveau festzustellen, nur noch in Ausnahmen gelangten in den letzten Jahren Nichtakademiker in die politische Exekutive. Die akademische Ausbildung ist - gemessen an der folgenden beruflichen und politischen Orientierung - in weitaus stärkerem Maße eine fachlich-spezialisierend prägende Ausbildung, Akademiker sind beim Parteibeitritt in der Regel älter als Nichtakademiker, aber beginnen vergleichsweise in einem früheren Lebensabschnitt (noch vor Eintritt in die Berufskarriere) politisch aktiv zu werden.

VI. Die Generationsfrage in der Politik:

Generationszugehörigkeit und politisches Verhalten

1. Zur Problematik der Klassifizierung von Generationen¹ nach unterschiedlichen Kriterien

Politische Aktivität und politisches Engagement sind in Richtung und Intensität eine Funktion verschiedener Stimuli, diese wirken auf die Persönlichkeitsstruktur ein und lassen sich im Zusammenhang mit der Sozialisation und der sozialen Umwelt darstellen². Dieser Prozeß der auf jedes Individuum einwirkenden Umwelteinflüsse und die Umsetzung in z.B. politische Aktivität oder Nichtengagement muß hier erwähnt werden, um die Wichtigkeit der Analyse der politischen Sozialisationsphase zu unterstreichen³.

Osterland hat auf diese Zusammenhänge verwiesen und betont die Bedeutung der politischen Sozialisation: "Der politischen Sozialisation dürfte dafür (welche Konsequenzen aus Erfahrungen gezogen werden) entscheidende Bedeutung zukommen. Sie ist zwar der Teil des Lebenswegs, muß aber gesondert verfolgt werden, denn der Lernprozeß, den sie darstellt, kann unterschiedlich ablaufen: Ähnliche, bereits in der Frühsozialisation vermittelte Erfahrungen - z.B. politische Traditionen im Elternhaus - werden nicht nur später durch die unmittelbare eigene Erfahrung der Alltagswirklichkeit in Produktion und Reproduktion korrigiert oder bestätigt, sondern auch durch neu hinzutretende Interpretationsofferten - z.B. durch Massenmedien oder Gewerkschaftsschulung -, welche allmählich und/oder durch spontane politische Schlüssel-erlebnisse die angeeigneten Deutungsmuster für diese

Realität verändert und zu unterschiedlichen praktischen Konsequenzen führen, die ihrerseits einen spezifischen Erfahrungswert haben und in die verhaltensrelevante Interpretation gesellschaftlicher Wirklichkeit eingehen. Der Versuch einer Rekonstruktion des politischen Sozialisationsprozesses, soweit er sich in derartigen Erfahrungen artikulieren läßt, hat darum die Rekonstruktion des Lebenswegs zu ergänzen"⁴.

Die Erwartung neuen sozialen Rollen gegenüber ist durch die Phase der politischen Sozialisation mehr oder weniger vorgeprägt worden und wird sich im späteren Rollenverhalten niederschlagen. Der politische Erfolg des einzelnen hängt also u.a. auch stark davon ab, inwieweit bestehende Organisationsstrukturen erkannt werden und entsprechend das eigene Handeln sich darauf einstellt. Auf die wichtigen Faktoren wie persönliche "Qualität" und individuelle Fähigkeiten (skills) wird hier nur hingewiesen⁵, diese Faktoren müssen als persönliche Variable außer acht gelassen werden.

Es ist umstritten und gibt bis heute keine abschließenden Untersuchungen darüber, wann die Phase der politischen Sozialisation einsetzt, da der Beginn dieser Phase von einer Vielzahl Variabler abhängt⁶. Es können politisch spektakuläre Ereignisse oder familiäre Bedingungen - Kennenlernen eines Politikers - sein, es kann jedoch auch durch schulischen Einfluß oder durch ökonomische Krisen, die die familiäre soziale und finanzielle Existenz bedrohen, die Phase der politischen Sozialisation eingeleitet werden. Witte weist auf die unterschiedlichen Phänomene hin, mit denen die verschiedenen Generationen konfrontiert wurden: z.B. Die Jugendbewegung der endenden Kaiserzeit, das gemeinsame Fronterlebnis

der "Weimarer-Generation"; Faktoren, die die politische Sozialisation "ausgelöst" oder determiniert haben können⁷. Der Zeitpunkt des Beginns, an dem Umwelteinflüsse rational erfaßt und reflektiert werden, hängt - wie geschildert - oft u.a. von besonderen politischen Ereignissen in der Jugend ab, an die sich der einzelne noch erinnern kann und die ihrerseits auch längerfristig späteres soziales, politisches Verhalten und Einstellungen beeinflussen können⁸. Diese Ereignisse werden rückblickend meist als der Beginn der bewußten Wahrnehmung politischer Vorgänge bezeichnet. Obwohl nach familiärer und schulischer Anregung verschieden, wird in der vorliegenden Studie aus Gründen der Operationalisierung "unterstellt", daß das 15. Lebensjahr der Zeitpunkt bei allen Mitgliedern der Untersuchungsgruppe war, in dem politische Vorgänge bewußt erfaßt wurden, so daß damit eine Möglichkeit gegeben war, die politische Funktionsgruppe in Generationen aufzugliedern⁹.

Auf die Problematik der Verwendung des Generationsbegriffs kann hier nicht detailliert eingegangen werden, bereits Dilthey hat den Generationsbegriff in eine historische Dimension gestellt: "Generation ist zugleich eine Zeitspanne, ein interner, metrischer Begriff gesellschaftlicher Prozesse und eine Beziehung zeitgenössischen Erlebens zwischen Personen"¹⁰. Sogar die Mitglieder eines Geburtsjahres werden in der Publizistik als Generation bezeichnet, so z.B. die des Jahrganges 1913, ihr Werdegang wird exemplarisch anhand ihrer persönlichen-historischen Erfahrungen in den unterschiedlichen Epochen deutscher Geschichte gemessen: "Die Erfahrung ihres Lebens ist zugleich die Erfahrung einer chaotischen Frist. Die Wiege der nun Sechzigjährigen stand im Kaiserreich. Sie gingen in der Weimarer Republik zur Schule, wurden im Dritten Reich zum Mann, stiegen mit dem Bonner Staat im ungesunden Tempo auf"¹¹.

Auch Buchhofer et.al. haben versucht, "den Generationsbegriff systematischer Theoriebildung zugänglich zu machen. Der Begriff Generation kann erst in einem System von Sätzen über den Zusammenhang von Geburtsperioden (chronologische Zeit) definiert werden, in dem Altersaggregate und der Sozialisationsprozeß einerseits sowie sozialer Wandel und die auf diese Variablen zurückführbaren Differenzen der sozialen Orientierung (Unterschiede "sozialer Zeit") andererseits expliziert werden"¹². Sie stellen einen neuen theoretischen Ansatz der Generationsdynamik vor, der - nicht isoliert - "... Hypothesen über den Zusammenhang von Altersgruppen, Sozialisation, sozialem Wandel und generationsspezifischer Betroffenheit vom sozialen Wandel entwickelt"¹³. Unter diesem Aspekt sollen auch die folgenden Analysen verstanden werden, indem die erzielten Ergebnisse in die jeweiligen historischen Systembedingung gestellt werden.

Der Verfasser hat das 15. Lebensjahr als den Zeitpunkt gewählt, zu dem die politische Sozialisation¹⁴ (definiert als Beginn der bewußten Wahrnehmung politischer Vorgänge) einsetzt, und hat damit folgende 4 Generationen (bezogen auf das Geburtsjahr) gebildet:

Tabelle 1

Generationszugehörigkeit der Landesminister
(nach Geburtsjahren)

Generationstyp	Zeitraum	Anzahl	%
Generation 1	bis 1903 geboren	231	55
Generation 2	1904-1917	100	24
Generation 3	1918-1931	81	19
Generation 4	1932 und später	8	2
		(N=420)	100

Bei dieser Klassifizierung wurde von der Voraussetzung ausgegangen, daß diese Generationen altersbedingt, abgesehen von der Generation 1, in der Regel weder Erfahrungen beruflicher und/oder politischer Karrieren noch soziale Aktivitäten in den historischen Phasen aufzuweisen hatten, in die die Geburt fiel (Kaiserreich, Weimar, Drittes Reich und das Nachkriegs-Deutschland), sondern erst in den darauffolgenden historischen Epochen. Diese willkürliche, an einem bestimmten Alter orientierte Festsetzung bringt zwar die - bereits oben erwähnten - Schwierigkeiten mit sich und ist ohne Zweifel anfechtbar¹⁵. Jedoch gestattet dieses explorative Instrument "der Zeitpunkt des Beginns der politischen Sozialisation" als Klassifizierungskriterium eine gewisse Einordnung der 420 Landesminister in politische Generationen¹⁶. Die Untersuchung der Intensität der Beeinflussung, des Grads der Präsenz historischer Ereignisse (als Motivation bestimmten aktuellen Verhaltens) und des Intensitätsgrades der Eindrücke der politischen Sozialisationsphase bei Ausübung einer neuen funktionalen Rolle (z.B. nach Amtsantritt einer Landesminister-Position) sowie der Auswirkungen auf das neue Rollenverständnis muß einzelnen case-studies vorbehalten bleiben.

Obwohl jede Einteilung sozialer oder funktionaler Gruppen nach Generationszugehörigkeit durch die Willkürlichkeit der Zurechnung von "Grenzfällen" (so u.a. das Alter 14 und 16 Jahre) nur beschränkte Aussagekraft besitzt, kann die Klassifizierung dennoch helfen, die hier vorliegende Untersuchungsgruppe in die oben aufgeführten Generationen einzuteilen¹⁷.

Neben dieser, auf das jeweilige Geburtsjahr bezogenen Generationsgliederung der Untersuchungspersonen wurden zusätzlich zur Erhärtung der erzielten Ergebnisse zwei weitere Generationsklassifizierungen anhand anderer spezifischer Kriterien gebildet¹⁸;

1. Generationsbildung nach historischen Phasen, in denen die Ausbildung vollzogen wurde.
2. Generationsbildung unter dem Aspekt des frühestmöglichen Beginns politischer Aktivität.

Diese werden im einzelnen weiter unten beschrieben, erläutert und zur Überprüfung bzw. Revidierung der erzielten empirischen Ergebnisse herangezogen.

2. Die Altersstruktur als Klassifizierungsgrundlage einer bestimmten Generationszugehörigkeit

a. Generationszugehörigkeit und der Lebensabschnitt des Beginns politischer Aktivität

Trotz der Problematik der altersbedingten "Grenzfälle" ließen sich einige interessante Ergebnisse nach möglichen generationspezifischen Differenzierungen¹⁹ zwischen diesen vier Alters-Typen in Bezug auf ihr späteres soziales und politisches Verhalten erzielen: Je jünger die westdeutschen Landesminister sind, desto früher begann in Bezug auf ihre Lebensentwicklung ihre politische Karriere. Wie Tabelle 2 verdeutlicht, verschiebt sich der Beginn politischer Aktivität in die frühe Phase der Schulzeit; schon während der Ausbildungsphase, die je nach Art der nachschulischen Weiterbildung unterschiedlich lang sein kann, werden die jüngeren Generationen

politisch aktiv²⁰, hingegen standen die älteren Generationen (1 und 2, kurz bezeichnet mit "Kaiserreich" - und "Weimarer") überwiegend bereits im Berufsleben, als sie politisches Interesse in Form von Mitgliedschaften entwickelten.

Tabelle 2:

Generationszugehörigkeit und Lebensphase des Beginns politischer Aktivität

Generationstyp	Anzahl	Lebensphase (in %):			
		KI	Schulzeit	Ausbildung	Beruf
Generation 1	231	4	5	19	72
Generation 2	100	7	6	25	62
Generation 3	81	8	7	32	53
Generation 4	8	-	25	37,5	37,5
(N=420)					

Da der Beginn einer politischen Aktivität nicht unbedingt identisch mit dem Vollzug des ersten Parteibeitritts sein muß, sondern bereits früher liegen kann durch Mitgliedschaft in anderen politischen Organisationen, mußte zusätzlich die Lebensphase der Generationstypen bei Parteibeitritt analysiert werden, was eine Bestätigung des oben beschriebenen Ergebnisses ergab; die jüngeren Generationen nehmen nicht nur allgemeine politische Aktivitäten frühzeitiger auf, sondern der Parteibeitritt wird vergleichsweise in früherer Lebensphase vollzogen. In welcher historischen Phase die Angehörigen der vier Generationstypen diesen Entschluß faßten, verdeutlicht Tab. 3:

Tabelle 3

Generationszugehörigkeit und Epoche des ersten
Parteibeitritts

Generations- typ	Anzahl	KI	histor.Phase erster Parteibeitritt:					
			bis 1918	1919- 1932	1933- 1944	1945- 1949	1950- 1961	nach 1961
Generation 1	231	20	16	50	2	29	3	-
Generation 2	100	10	-	31	10	40	18	1
Generation 3	81	14	-	-	-	54	39	7
Generation 4	8	-	-	-	-	13	75	12

2/3 der Kaiserreich-Generation ist bereits bis 1933 parteipolitisch gebunden, die Weimarer-Generation ist zu 31% bis 1933 Parteimitglied, knapp 20 % treten jedoch erst nach 1949 nach Ende der Gründungsphase den bundesrepublikanischen Parteien bei. Die NS-Generation hingegen engagiert sich unmittelbar nach Kriegsende stark in den nach 1945 neu bzw. wiedergegründeten Parteien.

Einen weiteren Aufschluß über das unterschiedliche politische Verhalten der 4 gebildeten Generationen kann die Analyse der Altersstruktur der Generationen bei erstem Parteibeitritt geben. Wiederum wird sichtbar, daß je jünger die Generationen werden, desto eher ein parteipolitisches Engagement erfolgt²¹ (vgl. Tab. XXV, Anhang). Ungewöhnliche altersmäßige Schwankungen sind unter dieser Fragestellung bei der Generation 2 (Weimarer) zu finden; einerseits hat diese Generation den höchsten Anteil an Ministern, die im Alter zwischen 15-19 und zwischen 30-39

Jahren zum ersten Mal einer politischen Partei beitraten, andererseits hat sie bei der Gruppe der 20-29 jährigen den geringsten prozentualen Anteil. Ein Erklärungsfaktor dafür ist, daß die Angehörigen dieser Generation im Alter zwischen 20 und 29 Jahren z.T. nur die Möglichkeit gehabt hätten, der NSDAP beizutreten. Auch hier wird wieder deutlich, daß persönliches Verhalten nur im Kontext zu den jeweiligen Systembedingungen interpretierbar ist.

Die Generation 1 (Kaiserreich) ist einerseits in sehr jungem Alter in die Partei gegangen, andererseits werden viele Minister dieses Generationstyps erst sehr spät Parteimitglied: alle diejenigen, die sich erst nach 1945 zum Beitritt entschlossen. Schon an dieser Stelle wird ersichtlich, daß der Zusammenbruch des Dritten Reiches eine bedeutende Funktion für den Entschluß zum politischen Engagement nach 1945 besaß. Der Trend der früheren parteipolitischen Orientierung der jüngeren Generationen wird sichtbar:

Tabelle 4

Generationszugehörigkeit/Alter bei erstem Parteibeitritt

Alter bei 1. PB	Generation:			
	1	2	3	4
15 - 29	52 %	39 %	76 %	100 %
30 - 49	27 %	58 %	24 %	-
50 - älter	21 %	3 %	-	-

Die Bedeutung der Systemphasen und Systemwechsel als auslösender Faktor für den Beginn parteipolitischer Aktivität konnten weitere empirische Ergebnisse unterstreichen, indem die Untersuchung nach der jeweiligen Lebenssituation der Politiker bei erstem Parteibeitritt fragte (Tab. XXVI, Anhang).

Auf die gesamte Untersuchungsgruppe bezogen ergab sich, daß 8 % aller Minister bereits während ihrer schulischen Ausbildung und 26 % während der Weiterbildung mit parteipolitischen Aktivitäten begannen, 66 % standen im Berufsleben. Verglichen mit diesen durchschnittlichen Zahlen zeigte sich,

1. daß diejenigen, die sich bereits während des Kaiserreiches parteipolitisch engagierten, in starkem Maße in einem sehr frühen Lebensabschnitt diesen Schritt vollzogen wie auch diejenigen, deren erster Parteibeitritt in Weimar lag, noch vergleichsweise in jungen Jahren - noch in der schulischen Ausbildung stehend - einer politischen Partei beitraten;
2. daß in Weimar und der NS-Zeit ebenfalls überdurchschnittlich früh, d.h. während der Ausbildungsphase, die ersten Parteibeiträge erfolgten und
3. daß die Parteibeiträge, die zum ersten Mal nach 1945 vollzogen wurden, erst nach Abschluß der Ausbildungsphase bei 76 % erfolgten.

Diese Ergebnisse stehen nicht - wie es den Anschein haben könnte - im Gegensatz zu den aufgezeigten generationsbedingten Verjüngungstendenzen sondern setzen nur Systemphasen und Lebensphasen des Beginns parteipolitischer Aktivitäten in Beziehung. Der Zeitpunkt der

Parteibeitritte konnte noch weiter differenziert werden: 8 % der Minister sind bis 1918, 32 % zwischen 1919 und 1932, 32 % zwischen 1945 und 1949 sowie 13 % zwischen 1950 und 1961 definitiv zum ersten Mal Parteien beigetreten.

Überdurchschnittlich viele der bis zum ersten Weltkrieg beigetretenen Minister wurden bereits während der Schulzeit Parteimitglieder, überdurchschnittlich hoch ist auch der Anteil derjenigen, die in der Phase 1919-1932 noch vor Eintritt in die Berufskarriere politische Aktivitäten entwickeln (Tab. XXVII, Anhang). Die 32 %, die in der unmittelbaren Nachkriegsphase zum ersten Mal in ihrem Leben Parteimitglied wurden, standen überdurchschnittlich häufig bereits im Berufsleben²².

In diesem Zusammenhang konnte auch die Untersuchung der Anzahl der Parteiwechsel innerhalb der gebildeten Generationstypen Aufschluß darüber geben, in welchem Umfang die Systembrüche 1918/1919, 1932/1933 und 1944/1945 zwangsläufig zu diesen Wechseln geführt haben. Für die Politikergeneration, die bereits im Kaiserreich politisch aktiv wurde, war zu fragen, ob sie im Verlauf ihrer Karriere eindeutige Richtungswechsel vollzogen oder ob sie durchgehend Parteien ähnlicher Richtung bzw. sogar immer der selben Partei angehört haben. Die gleiche Frage stellt sich für die Politiker, die in der Weimarer Republik erstmals aktiv waren, und mit weiter eingeschränkten Variationsmöglichkeiten, auch für die noch jüngeren Untersuchungspersonen. Eine genauere Analyse ergibt, daß mit zunehmendem Alter auch der Anteil derer steigt, die während ihrer politischen Laufbahn die Partei und/oder das politische Lager ein- oder mehrfach gewechselt haben bzw. wechseln mußten.

Diese Ergebnisse lassen die These zu, daß es bei den Parteiwechseln sich nicht ausschließlich um persönlich motivierte politische Umorientierungen handelte, sondern der Zeitpunkt eines erneuten Beitritts oft mit Veränderungen im Parteiensystem der jeweiligen Epoche (Parteiverbote, Auflösungen, Neugründungen) zusammenfällt. Sie konnte u.a. mittels einer Analyse des Zeitpunktes des Beitritts in die spätere Landesministerpartei - die Partei, mit der nach 1945 die erste Berufung als Mitglied einer Landesregierung erfolgte - belegt werden: Es zeigt sich, daß die Parteibeitritte, die während der Weimarer Republik vollzogen wurden, die unstabilsten waren. Die Politiker der beiden ersten Generationen, die aufgrund ihres Alters in Weimar überhaupt schon parteipolitisch hätten aktiv werden können, haben am häufigsten einen Parteiwechsel nach 1945 vollzogen.

Diese Tendenz hängt jedoch - was noch weiter unten ausgeführt wird - eng mit der Tatsache zusammen, daß die meisten Parteien der Weimarer Republik und des Kaiserreiches nach 1945 nicht mehr existierten²³. Als bemerkenswert stabil hingegen sind die Parteibeitritte zu bezeichnen, die bereits bis 1918 erfolgten, bei diesen handelt es sich zu über 70 % zugleich um den Beitritt in die spätere Landesministerpartei (SPD, KPD, Zentrum).

Ein weiteres empirisches Ergebnis war, daß je älter die Generation, desto intensiver und ausgeprägter war nach dem II. Weltkrieg, offensichtlich die Motivation, sich unmittelbar nach Kriegsende am Wiederaufbau der demokratischen Partei zu beteiligen; bei der Weimarer-Generation erfolgt in verstärktem Umfang erst nach Etablierung

des Parteiensystems 1948 und in den darauf folgenden Jahren der Beitritt in die Partei, mit der die erste Berufung ins Landeskabinett stattfand. Der hohe Anteil der erst nach 1945 erfolgten Beitritte in die spätere Landesministerpartei ist strukturell bedingt, viele Parteien der Weimarer Republik werden nach 1945 nicht wieder gegründet, hingegen andere (CSU, FDP, CDU) erst neu ins Leben gerufen. Der konkrete Zeitpunkt des Beitritts in die spätere Landesministerpartei nach 1945 ist neben diesen strukturellen durch weitere verschiedene objektive Faktoren (wie Kriegsgefangenschaft) sowie subjektive Faktoren geprägt, z.B. die persönliche Motivation, "die Demokratie in Deutschland wieder zu errichten". Die Kaiserreich-Generation hat sich in stärkerem Maße als die Weimarer Generation am Aufbau des demokratischen Parteiensystems der Bundesrepublik beteiligt²⁴. Insgesamt treten nach 1945 75 % der Generation 1, 23 % der Generation 2 und 18 % der Generation 3 ihrer späteren Landesministerpartei bei. Auch die Aufschlüsselung der 1946 beigetretenen ergibt die gleiche Tendenz, sie setzt sich auch für die in den folgenden Jahren erfolgten Beitritte in die spätere Landesministerpartei fort.

Die Angehörigen der NS-Generation und auch die der Generation 4 vollziehen ihren ersten Parteibeitritt nach 1945, es sind bei diesem Personenkreis keine Beitritte während des NS-Reiches zu registrieren. Empirisch belegbar ist jedoch, daß Untersuchungspersonen zwischen 1933 und 1945 der NSDAP (bzw. deren Neben- oder Sondergliederung) beitraten, diese zählen zu über 2/3 zur Weimarer-Generation; dieses Ergebnis deutet eine Tendenz an, die im folgenden noch weiter empirisch erhärtet wird: die Weimarer-Generation war eher "NS-anfällig" als die Kaiserreich-Generation.

Das unterschiedliche Beitrittsverhalten der Generationen nach 1945 soll abschließend noch einmal verdeutlicht werden: 62 % der Kaiserreich-Generation treten zwischen 1945 und 1949 in die Partei ein, mit der sie nach 1945 zum ersten Mal ins Kabinett berufen wurden. Die Weimarer- und die NS-Generation tritt in weitaus höherem Maße erst nach 1950 (zum ersten Mal) der späteren Landesministerpartei bei (was z.T. auch altersbedingt war) oder wechselt die Partei nach 1949 noch ein- oder mehrfach. Bis Ende 1949 waren 94 % der Generation 1, 71 % der Generation 2, 51 % der Generation 3 und 13 % der Generation 4 ihrer späteren ersten Landesministerpartei beigetreten, es wird der unterschiedliche Grad der Beteiligung der Generationen am Wiederaufbau der politischen Parteien nach Kriegsende sichtbar.

b. Generationszugehörigkeit und Modalität des innerparteilichen Werdeganges

Ob und inwieweit sich in diesem Zusammenhang Auswirkungen auf den späteren innerparteilichen Karriereverlauf ergeben haben, soll aufgrund der folgenden Fragestellung untersucht werden; anhand der von Herzog gebildeten innerparteilichen Karrieretypen wurde insbesondere die Funktion der Jugendorganisationen als Aufstiegsinstrument analysiert unter dem Aspekt, ob das unterschiedliche Beitrittsverhalten der Generationen Folgewirkungen für die innerparteilichen Werdegänge nach 1945 hatte. Die Ergebnisse lassen sich zu drei Thesen zusammenfassen:

1. Der Anteil der exklusiven (nur über die Hauptorganisation verlaufenden) innerparteilichen Karrieren sinkt, je jünger die Politiker beim politischen Karrierestart sind.

2. Ein starkes Ansteigen des sukzessiven und parallelen Karriereverlaufs (erst Jugendorganisation, dann Hauptorganisation bzw. paralleler Aufstieg) ist zu beobachten, je jünger die Generationen werden.
3. Für die Kaiserreich-Generation und die Nachkriegs-Generation (die Älteste und die jüngste) sind jeweils sehr hohe Anteile an Angaben "keine innerparteiliche Karriere" festzustellen.

Wie in der Einleitung entwickelt, war der Aufstieg in politische Führungsämter nach 1945 nur dann sinnvoll zu analysieren, wenn man ihn in Interdependenz zu dem in den historischen Epochen vor 1945 entwickelten politischen Verhalten sieht.

c. Zur Einstellung und dem Verhalten der Generationen im NS-System 1933 - 1945 und im 2. Weltkrieg

Vor Behandlung der Frage nach dem unterschiedlichen NS-Verhalten der Generationen im Dritten Reich müssen zunächst einige Definitionen und Kriterien erläutert werden²⁵. Als positive NS-Einstellung im NS-Reich wurde klassifiziert, wenn Mitgliedschaften bzw. Funktionsausübungen in NS-Organisationen wie der NSDAP sowie deren Neben- und Sondergliederungen, SS, SA, Gestapo etc., nachgewiesen werden konnte. Ebenso ist die gebildete Kategorie "indifferentes - positives" Verhalten als grundsätzlich positive Einstellung zum NS-Regime zu bewerten, da hierunter alle die Untersuchungspersonen eingestuft wurden, die nach der Errichtung des NS-Regimes keinerlei negative berufliche Veränderungen erfuhren,

sondern im Gegenteil - beispielsweise als Angehörige des Öffentlichen Dienstes - beruflichen Aufstieg zu verzeichnen halten. Diese Gruppe der "indifferent-positiven", die sich zumindest mit dem neuen Regime so arrangierten, daß keine berufliche Karrierebeeinträchtigung erfolgte, ist klar abgrenzbar von den beiden Gruppen, die 1933 oder unmittelbar danach ihre politische, parlamentarische und/oder berufliche Karriere beenden oder unterbrechen mußten oder denen sogar eine aktive Anti-NS-Einstellung in Form von Zugehörigkeit zu Widerstandsgruppen nachzuweisen war bzw. die über KZ-Aufenthalte, Emigration, Schutzhaft, Arbeitslager, Amtsenthebung oder Verhaftungen im Dritten Reich berichteten.

Durch diese Klassifizierung war es möglich, die jeweilige "Anfälligkeit" der infrage kommenden beiden Generationen für ein positives Engagement in der faschistischen Diktatur zu überprüfen: Waren von 27% der Kaiserreich-Generation Informationen über eine grundsätzlich positive Einstellung zum NS-Reich zu erhalten, so waren 38% der Weimarer-Generation nachweislich pro-nationalsozialistisch eingestellt. So scheint einerseits die starke Identifizierung mit dem monarchistischen System vor 1918 die Kaiserreich-Generation davon abgehalten zu haben, sich mit dem NS-Regime zu arrangieren, zum anderen war ein Großteil der Kaiserreich-Generation bereits durch aktives politisches Engagement in den politischen Organisationen der Weimarer Republik so diskreditiert, daß eine aktive Mitarbeit in NS-Organisationen von vornherein ausgeschlossen war. Diese Faktoren waren bei der Weimarer-Generation nicht gegeben, so daß u.a. schon dadurch der erheblich höhere Anteil der positiven Einstellungen zum NS-Staat erklärbar wird. Diese Ergebnisse werden noch zusätzlich

erhärtet, wenn als Pendant zu positivem NS-Verhalten die beiden "alten" Generationen bezüglich ihrer Anti-NS-Einstellung analysiert werden; der höchste Anteil an negativen NS-Einstellungen und -Verhalten liegt bei der Kaiserreich-Generation, bei 59 % war nachweislich negatives Verhalten zum NS-Regimes zu verzeichnen, während die Weimarer-Generation nur zu 24 % definitiv Anti-NS-Verhalten aufweist. Die Kaiserreich-Generation war damit im Vergleich zur nachfolgenden nicht nur nicht weniger NS-anfällig, sondern in noch stärkerem Maße gegen das NS-Regime eingestellt. Eine andere Zahl unterstreicht diese Aussagen noch: von insgesamt 164 Untersuchungspersonen, denen Anti-NS-Verhalten nachzuweisen war, gehörten 83 % zur ältesten Generation.

Diese Unterschiedlichkeiten zwischen den Generationen werden noch deutlicher, wenn die jeweiligen Beitrittsjahre in die NSDAP bzw. deren Gliederungen herangezogen werden; nicht nur, daß der Anteil der Weimaraner doppelt so hoch ist wie der der Kaiserreich-Generation, bemerkenswert ist auch, daß die Weimaraner alle in der Frühphase des NS-Reiches (1933/1934) beitraten, diejenigen der Kaiserreich-Generation jedoch erst im letzten Drittel der 12-jährigen NS-Herrschaft. Hier bestehen zwischen den beiden Generationen ganz offensichtlich unterschiedliche, zwischen den Extremen "freiwilliger Beitritt" einerseits und "zwangsweiser Beitritt" andererseits liegende Beitrittsmotivationen.

d. Generationszugehörigkeit und politische Aufstiegs-
geschwindigkeit

Vom zentralem Erkenntnisinteresse war die Frage nach generationsspezifischen Differenzen der politischen Aufstiegsprozesse in den Parteien und Parlamenten nach 1945. Nachfolgend werden die Generationen nach Aspekten politischer Aktivitäten zu ausgewählten Zeitpunkten der Übernahme bzw. zum Zeitpunkt der Abgabe politischer Ämter analysiert, was Rückschlüsse auf generationsbedingte Veränderungen in Bezug auf den Zeitpunkt des Beginns bzw. der Beendigung der politischen Karriere zulässt. Dazu wird zu prüfen sein, in welchem Lebensabschnitt die Generationen die politischen Nachkriegskarrieren begannen und inwieweit innerhalb der Parteien und der politischen Gremien wie den legislativen und exekutiven Organen verschiedener Ebenen die Generationen unterschiedliche Aufstiegsgeschwindigkeiten zeigten, was Rückschlüsse auf die jeweilige Struktur der Parteien und Parlamente zulässt. Somit wird im folgenden die Altersstruktur der verschiedenen Generationen zu ausgewählten Zeitpunkten des politischen Werdeganges analysiert²⁶.

Die in verschiedene Generationen aufgeschlüsselten politischen Eliten können sich u.a. darin unterscheiden, wann die Angehörigen der gleichen Altersgruppe beginnen, politische Aktivitäten zu entwickeln. Der Bezug auf das jeweilige politische System, in das dann die politischen Karrieren nach Eintritt in das Selektionssystem eingebettet sind, ist dann gegeben, wenn unterschiedliche Aufstiegsgeschwindigkeiten in den einzelnen politischen Epochen (gemessen am Alter der jeweiligen Generationen zu vergleichbaren Zeitpunkten von Positionsübernahmen) zu konstatieren sind.

Als vergleichbare Schnittpunkte wurden gewählt:

1. das Alter bei Übernahme des ersten öffentlichen Wahlamtes²⁷,
2. das Alter bei Übernahme des ersten Landtagsmandates,
3. das Alter bei Beginn einer hauptberuflichen politischen Betätigung,
4. das Alter bei erster Ernennung zum Landesminister (nach 1945).

Das durchschnittliche Alter der gesamten Erhebungsgruppe zum Zeitpunkt der Übernahme des ersten öffentlichen Wahlamtes liegt bei 32,3 Jahren; 28 % waren zu diesem Zeitpunkt zwischen 23 und 29 Jahre alt, während die übrigen im Alter zwischen 30 und 39 Jahren waren (Tab. XXVIII, Anhang). Das erste öffentliche Wahlamt wurde demnach zwischen dem 23. und dem 39. Lebensjahr übernommen.

Die Angehörigen der Weimarer-Generation sind im Vergleich zu denen der anderen bei erster Übernahme eines öffentlichen Wahlamtes älter: rd. 70 % sind zu diesem Zeitpunkt zwischen 34 und 39 Jahren alt, während die Kaiserreich-Generation und die NS-Generation zu rd. 70 % zwischen 29 und 36 Jahren bzw. zwischen 26 und 35 Jahren bei erster Übernahme eines öffentlichen Mandats war, für die Nachkriegsgeneration läßt sich ebenfalls der Lebensabschnitt zwischen 25 und 35 Jahren als Schwerpunkt feststellen. Diese Besonderheit für die Weimarer Generation konnte mittels weiterer Analysen überprüft werden, nämlich, ob dieses "abweichende" Verhalten für diese Generation sich durch weitere Altersstrukturuntersuchungen - beispielsweise am Zeitpunkt der ersten Wahl in einen Landtag - bestätigt (Tab. XXIV, Anhang).

Das Durchschnittsalter der Erhebungsgruppe bei der ersten Landtagsmitgliedschaft liegt bei 39,1 Jahren²⁸, dabei ist zu berücksichtigen, daß einige sich erst nach ihrer ersten Ernennung zum Minister um ein Landtagsmandat bemühen[†]: Es konnte empirisch nachgewiesen werden, daß vor erfolgreicher Bewerbung um ein Landtagsmandat in vielen Fällen bereits politische Erfahrungen in einem anderen öffentlichen Wahlamt gesammelt wurden, in einigen Fällen jedoch das erste öffentliche Wahlamt das Landtagsmandat war, wie detailliert Analysen der Karrieren in öffentlichen Wahlämtern weiter unten zeigen.

Bedingt durch das NS-Reich, entschließen sich viele Untersuchungspersonen der Generation 1 erst in einem relativ fortgeschrittenen Alter, nämlich nach 1945, eine parlamentarische Karriere auf Landesebene anzustreben, daher ist die Altersspanne bei dieser Generation auch am größten, sie liegt zwischen 23 und 70 Jahren (Generation 2: zwischen 29 bis 62 Jahre[‡], Generation 3: zwischen 26-52 Jahren, Generation 4: zwischen 30 und 43 Jahren). Für die Nachkriegsgeneration ist bemerkenswert, daß kein späterer Landesminister jünger als 25 Jahre war, als er sich erfolgreich um ein Landtagsmandat bemüht hat, was darauf hin deutet, daß zunächst einmal die Beendigung der beruflichen Ausbildung Vorrang hatte. Der Anteil derjenigen, die niemals während ihres politischen Werdeganges Landtagsmandate besaßen, ist bei allen Generationen relativ konstant geblieben: das Minimum liegt bei rd. 9 % der Generation 2, das Maximum bei 14 % der Generation 1.

Daß die Altersanalysen zur Fragestellung der Bewerbung um ein Landtagsmandat durch die Systembrüche - insbesondere durch den Wechsel von Weimar zum NS-Reich - erheblich beeinflusst wurde²⁸, wird daraus deutlich, daß der Altersabschnitt, in dem eine erfolgreiche Kandidatur um ein Landtagsmandat gegeben ist, sich mehr und mehr, auf einige Jahre verengt hat und sich dabei gleichzeitig eine starke Verjüngung abzeichnet²⁹: das Durchschnittsalter sinkt von 48 Jahren der Generation 1 über 43 Jahre, 37 Jahre bis auf 35 Jahre bei der Generation 4.

Auch hinsichtlich des Alters bei Beginn einer hauptberuflichen politischen Betätigung sind generationsspezifische Unterschiede zu ermitteln gewesen. Als Beginn einer hauptberuflichen politischen Betätigung wurde der Zeitpunkt definiert, an dem eine Untersuchungsperson entweder den Lebensunterhalt völlig bzw. überwiegend aus einer politischen Betätigung in Partei, Parlament oder in politischen Organisationen bestritt³⁰, beispielsweise den Privatberuf aufgab und nur noch ein Mandat wahrnahm bzw. hauptamtlich ein öffentliches Wahlamt bekleidete (Bürgermeister). Letzteres schloß schon aus Gründen der Inkompatibilität eine private berufliche Nebentätigkeit aus.

Herzog kommt für 48 % seines samples auf das 30-40zigste Lebensjahr als Zeitphase des Beginns der hauptberuflichen politischen Betätigung, bei ihm wechseln nach dem 40zigsten Lebensjahr nur noch rd. 38 % in eine politische Berufsposition über, dagegen wurden 14 % seines samples zwischen 20 und 29 Jahren alt Berufspolitiker³¹. Für die vorliegende Untersuchungsgruppe ergab sich, daß die Minister durchschnittlich 38,5 Jahre bei Beginn der hauptberuflichen politischen Karriere waren, also etwa im gleichen Alter

wie beim ersten Einzug in den Landtag³². 60 Minister (14%) konnten als Politiker eingestuft werden, die zu keinem Zeitpunkt ihres Werdeganges ausschließlich Politik als Beruf betrieben, auch die Phase ihrer Zugehörigkeit zur Landesregierung wurde nicht als Beginn einer berufspolitischen Laufbahn bewertet, da die Minister Tätigkeit weniger als zwei Jahre dauerte; dies wurde aufgrund der Kürze der Amtsdauer nur als Unterbrechung der privatberuflichen Karriere und nicht als gesonderte berufliche Karrierephase gewertet, demnach sind 86 % zu irgend einem Zeitpunkt ihres beruflichen Werdeganges - von wenigen Ausnahmen abgesehen, spätestens bei Antritt der Landesministerposition - Berufspolitiker gewesen.

Wie bei der Analyse der Altersstruktur bei der ersten Mandatsübernahme auf Landesebene nach Generationen, so zeigt auch hier die Kaiserreich-Generation die größte Altersspanne: zwischen dem 20zigsten und 68zigsten Lebensjahr liegt der Beginn der hauptberuflichen politischen Tätigkeit, aber auch bei der Frage nach dem Zeitpunkt des Beginns einer hauptberuflichen politischen Tätigkeit zeigt sich eine Tendenz der Verengung des Spektrums auf wenige Jahre bei gleichzeitiger durchschnittlicher Verjüngung³³. Zugleich war erkennbar, daß es insbesondere unter Angehörigen der Kaiserreich- und der NS-Generation vereinzelt vorkam, daß in außerordentlich jungen Jahren (d.h. nach Abschluß einer allgemeinbildenden Schule oder noch während der Lehrzeit) es zum Abbruch der Ausbildung kommt und sofort Politik als Hauptberuf ausgeübt wurde. Die Nachkriegs-Generation hebt sich hier deutlich von den drei anderen Generationen ab, erst nachdem Erfahrungen in einer privatberuflichen Karriere von einigen Jahren gemacht worden sind, entschließt sich diese Generation im Alter zwischen 35 und 41 Jahren, in die Politik hauptberuflich überzuwechseln.

Tabelle XXX, Anhang verdeutlicht, daß mit zunehmender Verjüngung - das Durchschnittsalter sinkt von 49 über 43 und 38 auf 37 Jahre bei der jüngsten Generation - auch der Anteil an Berufspolitikern in den jüngeren Generationen steigt: noch 17 % der Generation 1 und 15 % der Generation 2 waren nicht Berufspolitiker, der Anteil sinkt auf 11 % der Generation 3, von der jüngsten Generation sind alle Berufspolitiker geworden. Diese Entwicklung zum Berufspolitiker, und zwar schon vor Übernahme einer Kabinettsposition auf Landesebene, wird in dem Zusammenhang der Professionalisierung der Politik weiter unten noch spezifiziert³⁴. Der zwischen 35 und 40 Jahren liegende Lebensabschnitt scheint sich als der entwickelt zu haben, in dem man - bereits auf eine 10- bis 15jährige Berufserfahrung zurückblickend - hauptberuflich in die Politik überwechselt³⁵.

Diese Entwicklung der Verjüngung wird am markantesten sichtbar bei einer Analyse der Altersstruktur der Generationen bei erster Berufung ins Landeskabinett. Das durchschnittliche Alter aller 420 analysierten Minister bei erstem Amtsantritt liegt bei 51,5 Jahren, 43 % der Untersuchungsgruppe war bei erster Berufung unter 50 Jahre alt³⁶, rd. 50 % gelangten im Lebensalter zwischen 44 und 55 Jahren ins Kabinett.

Zapf hat festgestellt, daß das Durchschnittsalter der Weimarer Elite 55,3 Jahre, das der NS-Elite 53,6 Jahre und das der westdeutschen Nachkriegselite 58,3 Jahre ist (1973 lag es bei 60,1 Jahren)³⁷. Für die Länderregierungschefs hat er für 1925 ein Durchschnittsalter von 59,3 Jahren, 1940 49,0 Jahren und für 1955 von 57,8 Jahren errechnet. "Ganz allgemein läßt sich sagen, daß das Durchschnittsalter einer Elitegruppe um so höher

liegen wird, je strenger ihre Karriereregeln sind und je weniger Außenseiter zum Zuge kommen ... Es ist mehrfach gezeigt worden, daß totalitäre Eliten 'jünger' sind als demokratische (so Gewerkschaftsführer 1940: 41,9 Jahre; 1955: 60,3 Jahre)"³⁹.

Beyme kommt für die von ihm analysierten Bundespolitiker auf ein Durchschnittsalter von 53 Jahren bei Eintritt in das höchste Amt. "Trotz einer weitverbreiteten Annahme ist das Eintrittsalter in der Bundesrepublik (bezogen auf die Bundesexekutive) nicht wesentlich höher als in anderen westlichen Demokratien"⁴⁰. Dies steht im Einklang zu Ergebnissen anderer Studien: "In der Bundesrepublik hat die spezifisch deutsche Kombination von Karriere-Regeln und demokratischer Struktur dazu geführt, daß die Sechzigjährigen zum wohl einflußreichsten Jahrgang der Nation geworden sind. Von den Großmächten haben Frankreich, Japan und China ältere, Amerika, Rußland und England jüngere Eliten"⁴¹.

Für die bundesrepublikanischen Wirtschaftseliten konnten vergleichend die Ergebnisse von Zapf und Kruk herangezogen werden. Kruk kommt auf ein Durchschnittsalter seiner Untersuchungsgruppe von 63 Jahren (Aufsichtsratsmitglieder)⁴², während Zapf ausführt, daß sich die "westdeutsche Wirtschaftselite ..., wie die westdeutschen Führungsgruppen insgesamt, als eine Elite der Fünfzigjährigen" erweist⁴³. Auch die Studie von Wildenmann kommt zu ähnlichen Ergebnissen (Tab. 5)⁴⁴.

Tabelle 5

Durchschnittsalter westdeutscher Teileliten

Funktionsbereich	Durchschnittsalter
Regierung Bund/Länder	50,4 Jahre
Legislative Bund	51,5 "
Legislative Länder	47,9 "
Parteien Bund/Länder	44,8 "
Großunternehmen	54,2 "
Banken/Versicherungen	51,6 "
Wirtschafts- u. Industrieverbände	53,9 "
Mittelständische Verbände	53,3 "
Arbeitnehmerorganisationen	51,8 "
Pressewesen	47,4 "
Funk/Fernsehen	49,6 "
Wissenschaft	47,9 "

Steinkemper kommt 1974 für ihr sample (Staatssekretäre) auf ein Durchschnittsalter von 52,7 Jahren⁴⁵, während Zapf für diese Funktionsgruppe 1955 noch ein Durchschnittsalter von 57,4 Jahren ermittelte⁴⁶. Steinkemper spricht demnach, wie auch Kaack, von Verjüngungstendenzen. Kaack hatte für 1963 die Altersschichtung des Deutschen Bundestages ermittelt⁴⁷ (Tab. 6). Rd. 55 % der Mitglieder des Bundestages ohne Führungsämter und 51 % der Führungselite des Bundestages sind unter 50 Jahre alt. Daß das politische Führungspersonal in den Parteien und an den Spitzen der politischen Exekutiven in Land und Bund deutlich jünger ist als beispielsweise "Top-Manager" in der freien Wirtschaft, zeigt die folgende Aufgliederung von Wildenmann/Kaltefleiter⁴⁸ (Tab. 7).

Tabelle 6

Altersstruktur der Mitglieder des Bundestages:

Alter	in % gesamte Führungselite	MdB in %
25-29	-	0,4
30-34	0,5	4,3
35-39	8,0	9,7
40-44	23,0	18,9
45-49	19,3	21,2
50-54	15,5	14,4
55-59	18,7	16,5
60-64	7,5	9,3
65-69	5,3	4,1
70-75	2,1	1,2
Anzahl	187	518

Tabelle 7

Altersstruktur von vier Teileliten (in Prozent)

Alters- gruppe	Regie- rungs- chefs Minister Bund/ Länder	Partei- spitzen Bund/ Länder	Top-Manager Großunter- nehmen	Top-Manager Banken/Ver- sicherungen
unter 30	-	3,3	-	-
30-39	3,6	37,4	3,8	4,9
40-49	50,0	24,2	25,0	30,5
50-59	29,7	19,2	41,3	29,3
60-69	14,3	14,2	27,7	32,9
70 u. älter	2,4	1,7	2,2	2,4

Vergleicht man alle errechneten durchschnittlichen Altersangaben der vorliegenden Untersuchungsgruppe zu den ausgewählten Zeitpunkten - 31,6 Jahre erster Parteibeitritt, 32,3 Jahre erstes öffentliches Wahlamt, 38,5 Jahre Beginn der hauptberuflichen politischen Betätigung, 39,1 Jahre erstes Landtagsmandat und 51,5 Jahre erste Kabinettsberufung - so lassen schon diese Werte eine Interpretation des zeitlichen Ablaufs einer sogenannten "Durchschnitts-Karriere" eines idealtypischen Landesministers zu⁴⁹. Nach den in zeitlicher Reihenfolge eingenommenen Positionen sieht dieser Typ danach wie folgt aus: Nach dem Parteibeitritt (als erster Stufe) folgt alsbald die Übernahme eines öffentlichen Wahlamtes (zumeist auf unterer Organisationsebene), der Wahl in den Landtag nach durchschnittlich weiteren 7 Jahren nach Parteibeitritt geht in vielen Fällen bereits eine hauptberufliche politische Betätigung voraus, während die erste Ernennung zum Minister durchschnittlich rund 20 Jahre nach dem Parteibeitritt nach 1945 liegt. Diese - auf die gesamte Erhebungsgruppe bezogene zeitliche Positionsabfolge - muß anhand der unterschiedlichen Generationszugehörigkeiten der Minister überprüft werden. Nicht nur unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Alters bei erster Kabinettsberufung - es sinkt generationsmäßig von 55 über 49 und 43 auf 38 Jahre bei der jüngsten Generation - sondern auch an der zunehmenden Konzentration auf einen immer engeren Zeitraum zwischen 5 und 10 Jahren, in dem der Eintritt in die Landesregierung erfolgt, ist eine generationsbedingte Verjüngung zu beobachten: Waren noch rd. 80 % aller Angehörigen der Generation 1 bei Amtsantritt zwischen 48 und 64 Jahre alt und der Generation 2 zwischen 52 und 58, so sind über 80 % der Generation 3 zwischen 37 und 48 Jahre alt bei erster Ernennung zum Landesminister; die Mitglieder

der Generation 4 sind dagegen alle zwischen 35 und 41 Jahre alt, als sie zum ersten Mal in eine Landesregierung eintreten.

e. Generationsspezifische Unterschiede beim Elitenabgang

Alle die Ergebnisse weisen darauf hin, daß politische Karrieren zunehmend in einer früheren Lebensphase begonnen werden, was zur Folge hat, daß die jeweils nachfolgenden Generationen in immer jüngerem Alter sich erfolgreich um politische Ämter bemühen. Ob in gleichem Maße, wie die Amtsübernahme früher stattfindet, auch politische Karrieren früher enden, ob (und welcher Generation) es gelungen ist, sich überdurchschnittlich lange in politischen Führungspositionen zu behaupten - gemessen an der Dauer der Amtsausübung als Landesminister - soll kurz skizziert werden; die umfassendere Problematik des Elitenabganges wird in einem gesonderten Kapitel behandelt.

Berücksichtigt werden muß bei der empirischen Überprüfung der Altersstruktur bei Kabinettsabgang, daß, abgesehen von denjenigen, die von vornherein von dieser Fragestellung nicht betroffen sind (da sie zur Zeit noch amtieren), bei einigen Untersuchungspersonen die Möglichkeit besteht, später noch einmal Mitglied einer Landesregierung zu werden. Dies bedeutet, daß deren empirisch festgestelltes Abgangsalter beim (bisher letzten) Ausscheiden aus einem Kabinett sich eventuell verändern (erhöhen) würde.

Es zeichnet sich ab, daß die älteren Generationen, die erst in vergleichsweise hohem Alter berufen wurden, auch relativ länger im Amt blieben. Die Kaiserreich-Generation ist zu 100 % bereits ausgeschieden, altersbedingt

ist auch nicht mehr zu erwarten, daß zukünftig noch ein Mitglied dieser Generation zum Landesminister ernannt wird, dagegen amtieren noch alle Angehörigen der Nachkriegs-Generation am 31.12.1973, dem Zeitpunkt des Untersuchungsendes.

Tabelle 8 gibt eine zusammenfassende Übersicht über das durchschnittliche Alter der Generationen bei Berufung und Abgang⁵⁰; Kruk berichtet von durchschnittlich 20 Jahren Amtsdauer in Managementfunktionen; nach W. Zapf sind vergleichsweise im Durchschnitt nur kirchliche Würdenträger länger im Amt⁵².

Tabelle 8

Amtsdauer nach Generationen

Genera- tion	Durchschnitts- alter bei Berufung (in Jahren)	Durchschnitts- alter bei Abgabe (in Jahren)	Durchschnitt Amtsdauer (in Jahren)
1	55	62	7
2	49	54	5
3	43	45	2
4	38	-	-

Auf die methodischen Schwierigkeiten, insbesondere bezüglich der Ermittlung der Durchschnittszahlen bei Abgang der Generation 2 und 3, wurde weiter oben hingewiesen. Da ein Teil dieser Generationsangehörigen noch amtiert bzw. noch einmal berufen werden kann, liegen diese ermittelten Zahlen u.U. zu niedrig, trotzdem kann man dieser

Aufstellung tendenziell entnehmen, daß sich die durchschnittlichen Amtszugehörigkeiten verringert haben und damit zunehmend personelle Rotation in den Landeskabinetten zu beobachten ist. Eventuelle Verharrungstendenzen, bedingt durch lange Amtszeiten gleicher Personengruppen, sind nicht zu konstatieren.

3. Die historische Phase der Ausbildung als Klassifizierungsgrundlage einer Generationszugehörigkeit

War bisher die westdeutsche Führungselite der Bundesländer ausschließlich unter dem Aspekt der altersbedingten Generationszugehörigkeit analysiert worden, soll im folgenden Abschnitt - zur Erhärtung der oben dargestellten Ergebnisse und aufgezeigten Entwicklungen - eine weitere Generationsklassifizierung erfolgen, die sich teilweise mit der altersmäßigen Aufschlüsselung deckt, bzw. diese noch spezifiziert. Die Untersuchungsgruppe wird hierbei nach der historischen Phase der Ausbildung aufgegliedert, wobei als "Ausbildungsphase" der gesamte Lebensabschnitt zwischen den Zeitpunkten des Verlassens der allgemeinbildenden Schule und des Beginns der Berufskarriere definiert wurde. So sind u.a. relativ kurze Zeiträume einer nichtakademischen wie - sich über Jahre hin erstreckende - Zeiträume einer akademischen bzw. mehrfachen Ausbildungsart erfaßt worden.

Tabelle 9

Historische Phase der Ausbildung

historische Phase	Anzahl absolut	in %
Kaiserreich	110	26
Kaiserreich/Weimarer Republik	140	33
Weimarer Republik	21	5
Weimar/NS-Reich	69	17
NS-Reich	8	2
NS-Reich/Nachkriegsdeutschland	72	17
	(N=420)	100

Die drei Systemwechsel in Deutschland - 1918 von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie, 1933 zum faschistischen Regime und 1945 erneut, im Bereich der westlichen Besatzungszonen, zur parlamentarischen Demokratie - schlagen sich in Bezug auf die Ausbildungsphasen des politischen Führungspersonals der Bundesländer darin nieder, daß nur 1/3 aller Landesminister ihre Ausbildungszeit ausschließlich in einer historischen Phase absolvieren konnten, 2/3 erlebten während ihrer Ausbildung politische Systemwechsel. In welcher Intensität diese Erlebnisse in der Sozialisationsphase späteres politisches Verhalten ursächlich und unmittelbar bewirkt haben, kann nicht eruiert werden; daß diese an ihrer Ausbildungsphase gemessenen Generationen unterschiedliches politisches Verhalten zeigen, wird zunächst einmal

unterstellt. Die These wurde entwickelt, daß Politiker mit "gebrochener" Ausbildungszeit - die Ausbildung vollzieht sich über einen oder zwei Systemwechsel hinweg - von denen mit kontinuierlicher Ausbildung später abweichendes politisches Verhalten zeigen.

Der enge Zusammenhang zwischen der altersbedingten, auf das Geburtsjahr bezogenen Generationszugehörigkeit und der am historischen Zeitraum der Ausbildungsphase gemessenen Generationszugehörigkeit wird in Tabelle 10 dargestellt: Die auf Geburtsjahr bezogene und so definierte Weimarer-Generation umfaßt sowohl einen Personenkreis, der in Kaiserreich und Weimar ausschließlich als auch in beiden historischen Epochen und in der NS-Zeit seine Ausbildung absolvierte, es werden also bei der auf das Geburtsjahr bezogenen Generationsklassifizierung Personen in eine Kategorie eingeordnet, deren Sozialisationsphase "Ausbildung" in ganz unterschiedlichen historisch-gesellschaftlichen Epochen lag, was ohne Zweifel Folgewirkungen auf den weiteren Lebensweg (Einstellungen, soziales Verhalten, ideologische Ausrichtung, Karriereerwartung etc.) hat; hieran wird die Problematik der ausschließlich auf das Alter bezogenen Generationsdifferenzierung sichtbar. Die Zusammenhänge zwischen einer kontinuierlichen bzw. system-unterbrochenen Sozialisationsphase einerseits und einem daraus resultierenden spezifischen politischen Verhalten andererseits sollen herausgearbeitet werden.

Tabelle 10

Generationszugehörigkeit (nach Geburtsjahr) und
Sozialisationsphase

Generationstyp	Anzahl absolut	historische Phase Ausbildung (in %)
Generation 1		
bis 1903 geboren	231	48 Kaiserreich 52 Kaiserreich/Weimarer Rep.
Generation 2		
1904-1918 geboren	100	20 Kaiserreich/Weimarer Rep. 21 Weimarer Republik 56 Weimarer Republik/NS-Reich 3 KI
Generation 3		
1918-1931 geboren	81	15 Weimarer Republik/NS-Reich 10 NS-Reich 75 NS-Reich/Nachkriegsdtld.
Generation 4		
1932 u.später geboren	8	100 NS-Reich/Nachkriegsdtld.

So war eine Fragestellung die nach möglichen Zusammenhängen zwischen historischer Ausbildungsphase und späterem NS-Verhalten, eine zweite nach dem zwischen der historischen Phase, in der die Ausbildung absolviert wurde und der Phase, in der der erste Parteibeitritt lag: In welche historische Epoche fällt der erste Parteibeitritt; noch in die, in der die Ausbildung liegt, oder erst in die anschließende historische Epoche?

Die Analyse hinsichtlich der Einstellung zum NS-Regime ergab, daß die drei Ausbildungs-Generationen, die ausschließlich im Kaiserreich, im Kaiserreich und in Weimar bzw. ausschließlich in Weimar ausgebildet wurden, einen etwa gleich hohen Anteil an indifferentem Verhalten gegenüber der NS-Herrschaft ausweisen (zwischen 85 % und 89 %). Bei denen in Weimar und dem Dritten Reich ausgebildeten liegt dieser Prozentsatz erheblich niedriger, während deren definitiv positive Einstellung zum Dritten Reich (definiert als Mitgliedschaften und/oder Positionen in NS-Organisationen) mit 39 % außerordentlich hoch ist. Schon die in die beginnende NS-Zeit hineinragende Ausbildungszeit wird einmal die Motivation zum positiven NS-Engagement begünstigt haben, wie auch in erheblichem Umfang Beitritte in NS-Organisationen durch "Systemzwänge" erfolgt sein dürften. Mit diesen Ergebnissen korrespondieren diejenigen in Bezug auf gegnerschaftliches NS-Verhalten; die Untersuchungspersonen, die während des Kaiserreiches bzw. noch teilweise in der Weimarer Republik ihre Ausbildung erfuhren, haben zu 74 % eine negative NS-Einstellung. Die älteste Ausbildungsgeneration (26 % der gesamten Untersuchungsgruppe), also alle diejenigen, die noch vor Beginn der Weimarer Republik die Ausbildung beendeten, haben den höchsten Anteil von NS-Gegnern in ihren Reihen: beispielsweise zählen 46 % aller, die angeben, daß sie im Dritten Reich entweder verfolgt, oder zeitweilig verhaftet waren, zu dieser "Ausbildungsgeneration"; 51 % aller, die von den Nationalsozialisten amtsenthoben wurden und 62 % aller, die über KZ-Aufenthalte berichten, sind dieser Generation zuzuordnen. Hieraus konnte die These abgeleitet werden: Je älter die Generationen waren - hier gemessen an der Phase, in der

die Ausbildung stattfand - desto markanter war die negative Einstellung zum Nationalsozialismus. Beide Ausbildungsgenerationen befanden sich jedoch 1933 in vergleichbaren Lebenssituationen, sie hatten ihre Ausbildungsphase beendet und standen mehr oder weniger lange im Berufsleben.

Von allen den Ministern, deren Ausbildungsphase über die Umbruchphase 1932/1933 hinweg sowohl in Weimar als auch im NS-Reich lag, treten knapp 10% unmittelbar nach 1933 in NS-Organisationen ein. Hier scheint eine starke Beeinflussung in Richtung auf eine positive Einstellung zum NS-System durch die Ausbildungssituation gegeben zu sein bzw. in einigen Fällen auch sicher ein zwangsweiser Beitritt vorzuliegen (geschlossener Beitritt aller Angehörigen einer Institution wie Schule etc.). Bemerkenswert ist, daß von 110 Ministern, deren Ausbildungsphase ausschließlich im Kaiser-Reich lag, nur 2 NS-Organisationen beitraten. Auch dieses Ergebnis unterstreicht die ablehnende Haltung derjenigen, die im Kaiserreich sozialisiert wurden.

In welchem Zusammenhang die historische Ausbildungsphase und der Beginn parteipolitischer Aktivität zu sehen sind, zeigt Tab. XXXI, Anhang. Es wird deutlich, daß diejenigen, die ausschließlich in Weimar ihre Ausbildung vollzogen, in höherem Maße noch während dieser Zeit parteipolitisch aktiv wurden als die, die noch vor dem Ende des Kaiserreichs ihre Ausbildung abgeschlossen hatten und diesen Schritt noch in dieser Epoche vollzogen. Der Teil der Landesminister, deren Ausbildungszeit sich über jeweils zwei Systemphasen erstreckte (Kaiserreich und Weimar bzw. Weimar und NS-Zeit) bestätigt die These, auf die weiter unten noch detaillierter eingegangen wird: Die Weimarer

Republik wirkte in stärkerem Maße politisch stimulierend für einen Parteibeitritt als vergleichsweise das monarchistische System vor 1918: So sind von denjenigen mit Ausbildungszeit in Kaiserreich/Weimar nur 2 % noch während des Kaiserreiches einer Partei beigetreten, jedoch von denjenigen, deren Ausbildung in Weimar und in der NS-Zeit lag, noch 13 % in Weimar.

Diese Angaben sollten unterstreichen, daß es für Studien, die sich mit politischem Führungspersonal in Systemen beschäftigen, die in ihrer historischen Entwicklung mehrfache politische Systemwechsel vollzogen hatten, sinnvoll ist, nicht nur Generationen nach Geburtsjahren zu definieren, sondern Sozialisations-Generationen zu bilden, die zusätzliche Aussagen darüber zulassen, in welcher Intensität und Richtung sich Erfahrungen aus bestimmten historischen Epochen auf den weiteren privatberuflichen und politischen Werdegang ausgewirkt haben.

4. Der frühestmögliche Beginn politischer Betätigung als Klassifizierungskriterium zur Bildung von Generationstypen

Nachdem das Führungspersonal der Bundesländer nach zwei verschiedenen Kriterien in Generationen klassifiziert und hinsichtlich ähnlicher Fragestellungen analysiert wurde, soll über eine weitere Klassifizierung versucht werden, die bisherigen Ergebnisse zu überprüfen. Es werden im folgenden Generationstypen unter dem Aspekt entwickelt, in welcher frühestmöglichen historischen Phase eine politisch aktive Betätigung hätte stattfinden können. Auch bei dieser Klassifizierung spielt das Lebensalter

der Untersuchungspersonen die dominierende Rolle. Diese dritte Generationsbildung stellt eine Abwandlung der ersten vorgenommenen Klassifizierung dar, die - ausgehend vom Geburtsjahr - den Beginn einer möglichen Wahrnehmung politischer Strukturen und Ereignisse als Grundlage nimmt: Die folgende Generationszuordnung soll definiert werden nach dem möglichen Beginn der Wahrnehmung politischer Rollen (z.B. in Gewerkschaften, Parteien, politischen Verbänden) bezogen auf die konkrete historische Phase, in dem ein Landesminister sich hätte politisch betätigen können. Daraus ergeben sich wiederum vier empirisch-analytische Generationstypen:

Generation 1 umfaßt alle diejenigen, die bereits im Wilhelminischen Reich sich hätten politisch aktiv engagieren können, Generation 2 sind diejenigen, die altersbedingt frühestens in Weimar hätten politische Aktivitäten entwickeln können, wobei politische Aktivität nicht nur auf die Mitarbeit in politischen Organisationen wie Parteien und Parlamente bezogen wurde, sondern auch auf Verbände (politische Vereinigungen) im Vorfeld des engeren politischen Systems. Zur Generation 3 zählen die, die aus Altersgründen frühestens nach Beginn der Errichtung des NS-Reiches politische Aktivitäten hätten entwickeln können, und zur Generation 4 wurden die gerechnet, die erst nach 1945 hätten politisch aktiv werden können. Der primäre Grund für eine derartige Generationsklassifizierung war, daß diese Generationstypen insich unter der Fragestellung der Kontinuität der politischen Aktivität untergliedert und analysiert werden konnten.

Tabelle 11

Generationszugehörigkeit nach frühestmöglichem Beginn
politischer Betätigung

Generations- zugehörigkeit	historische Phase: politische Aktivität möglich in	Anzahl	%
1	Kaiserreich/Weimar/NS	165	40,1
2	Weimar/NS	147	35,8
3	NS	65	15,8
4	aus Altersgründen vor 1945 keine Aktivität möglich	34	8,3
		(N=411)	100

Der Einfluß von Systemwechseln auf politische Karrieren konnte ebenso herausgearbeitet werden wie der Aspekt, welcher Systemwechsel am nachhaltigsten politische Karriereläufe beeinträchtigt hat. Daneben war zu prüfen, ob Politiker über Systemwechsel inweg politische Aktivitäten kontinuierlich wahrgenommen und sich damit dem jeweiligen politischen System angepaßt haben.

Dieser Untersuchungsaspekt war in der umfassenden Problematik zu sehen, ob Personen, die schon in ihrer Jugend politisch aktiv wurden, diese Aktivitäten kontinuierlich wahrgenommen haben und ob dabei die politische Richtung im großen und ganzen konstant blieb oder ob und ggf. in welcher Richtung politische Umorientierungen festzustellen waren. Zugleich konnte damit ermittelt werden, ob Aktivitätschancen in den verschiedenen historischen Epochen unterschiedlich wahrgenommen wurden: Ist eine Tendenz festzustellen, daß politische Aktivitäten in immer jüngerem Lebensalter begonnen werden?

Tabelle XXXII Anhang gibt einen detaillierten Überblick über die Kontinuität bzw. Diskontinuität politischer Aktivitäten der Generationen. Von folgenden Hypothesen wurde ausgegangen:

1. Je länger bereits eine politische Betätigung vor 1933 zu verzeichnen war, desto geringer war die NS-Anfälligkeit der Untersuchungspersonen bzw. desto stärker waren Widerstandsaktivitäten gegen das NS-Regime zu beobachten.
2. Die Mitglieder der Generation mit möglichen Aktivitäten bereits im Kaiserreich und diejenigen mit möglichen Aktivitäten erst im NS-Reich selbst zeigen erheblich weniger positives NS-Verhalten als die Gruppe, die altersmäßig schon in Weimar politisch aktiv sein konnte. Diese Hypothese ist weiter oben entwickelt worden und konnte durch empirische Ergebnisse schon verifiziert werden.

Die Generation 1 - bereits im Kaiserreich mit möglichen politischen Aktivitäten - weist unter diesen Fragestellungen folgende spezifische Merkmale auf: Zu 71 % waren diese Personen im Kaiserreich politisch inaktiv, 29 % waren aktiv. Von diesen 71 % Inaktiven bleiben 38 % auch weiterhin in Weimar inaktiv, die übrigen werden in Weimar politisch tätig. Dagegen bleiben alle im Kaiserreich Aktiven auch in Weimar weiterhin politisch tätig; daraus ließ sich das Ergebnis ableiten:

Im Kaiserreich begonnene politische Aktivitäten werden in Weimar kontinuierlich fortgesetzt, zusätzlich hat der Systemwechsel 1918/1919 in erheblichem Maße zur politischen Mobilisierung geführt.

Zieht man die Auswirkungen auf die Kontinuität der politischen Karriere nach dem Systemwechsel 1932/1933 hinzu, zeigte sich folgendes⁵³:

1. Nur ein Landesminister ist über alle drei historischen Phasen (Kaiserreich, Weimar, Drittes Reich) hinweg politisch aktiv geblieben.
2. Den NS-Aktivitäten geht bereits eine politische Betätigung in Weimar voraus, d.h. daß der Wechsel 1933 nicht zusätzlich politische Mobilisierung auslöste.
3. 1933 beenden über 90 % der in Weimar politisch Aktiven ihre politische Arbeit, wobei einige z.T. schon auf aktive politische Erfahrungen aus der Kaiserzeit zurückblicken konnten.

Im Vergleich zu diesen Ergebnissen für die Generation 1 ist zu prüfen, inwieweit sich für die Generation 2 (politische Erfahrung ausschließlich möglich in Weimar und der NS-Zeit) ein abweichendes Bild ergibt⁵⁴: Die Weimar-Aktiven werden zu 94 % durch die Errichtung des NS-Reiches in ihrer politischen Aktivität unterbrochen, 6 % bleiben auch nach 1932 politisch aktiv, das sind Politiker, die bereits in Weimar in NS-Organisationen oder diesen nahestehend waren. Nur 13 % der in Weimar Inaktiven werden durch die Errichtung des Dritten Reiches zu einem politischen Engagement motiviert, alle übrigen werden erst nach 1945 politisch aktiv. Der Wechsel 1932/1933 hat demnach nur bei einem sehr geringen Teil der sich in Weimar politisch abstinenter verhaltenden Landesministern politisches Interesse geweckt, jedoch in großem Umfang politische Aktivitäten unterbrochen.

Unter der Fragestellung einer möglichen Mobilisierung zur politischen Aktivität nach 1933 ist bei der Generation 3 (derjenigen, die erst im NS-Reich politisch haben aktiv werden können) festzustellen, daß - von einer Ausnahme abgesehen - alle Angehörigen dieses Generationstypes nach 1945 eine politische Karriere beginnen.

Abschließend ist zu diesem Komplex noch einmal festzuhalten, daß von allen Personen, die positives NS-Verhalten aufweisen, 60 % zur Generation 2 zählen. Damit wird die schon weiter oben empirisch nachgewiesene NS-Anfälligkeit der Generation, die in Weimar politisch sozialisiert wurde bzw. in Weimar zum ersten Mal hat politisch aktiv werden können noch einmal unterstrichen. In diesem Problemzusammenhang kann eine weitere Analyse - die der Modalität des Parteibeitritts nach 1945 - Aufschluß darüber geben, in welchem Maße das politische Verhalten im Kaiserreich und/oder in der Weimarer Republik das politische Verhalten nach dem Ende des 2. Weltkrieges beeinflußt hat (Tab. XXXIII, Anhang). Die oben erzielten Ergebnisse werden unterstrichen: Minister mit politischen Aktivitäten im Kaiserreich und in Weimar setzen diese in der gleichen Nachkriegspartei bzw. in einer Partei ähnlicher Ausrichtung in hohem Maße fort (85 %) ⁵⁵.

Eine weitere These ließ sich entwickeln: Die kontinuierliche politische Aktivität (bzw. Abstinenz) im Kaiserreich und während der Weimarer Republik war mit prägend sowohl für die Einstellung der Minister im 3. Reich als auch für das politische Nachkriegsverhalten. Damit kann - bevor weiter unten detailliert auf die Analyse des Zusammenhangs von politischem Verhalten vor 1933 und dem

Rollenverhalten der Minister während des 3. Reiches eingegangen wird - bereits folgendes grundsätzlich dazu bemerkt werden: Politische Aktivität im Kaiserreich und/oder in Weimar hat entscheidend die Einstellung zum NS-Regime geprägt; wenn politische Aktivität vor 1933 vorlag, war die Folge davon ein aktiver Kampf gegen die NS-Herrschaft. Die Minister mit unpolitischem Verhalten vor 1933 haben in weitaus geringerem Maße das NS-Regime aktiv bekämpft (Vgl. Tab. XXXIV, Anhang).

Politische Aktivität bzw. ein Nichtengagement vor 1933 haben jedoch nicht nur das spezifische politische Verhalten im NS-Reich und das nach 1945 geprägt, sondern es fand auch seinen Niederschlag im Verhalten der Minister während des 2. Weltkrieges: Aktives politisches Verhalten in der Weimarer Republik hatte im stärkerem Maße eine Nichtteilnahme am 2. Weltkrieg zur Folge als politische Abstinenz während der Weimarer Republik. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, daß diese Gruppe durch eine starke Anti-NS-Haltung gekennzeichnet war bzw. als politisch unzuverlässig galt. Auch bei gleicher Generationszugehörigkeit war zu sehen, daß die Kriegsteilnahme der politischen Aktivität in Weimar umgekehrt proportional war. Eine weitere Spezifizierung brachte die Analyse der militärischen Dienstgrade, auch hier wurde der gleiche Zusammenhang deutlich: Von denjenigen, die im 2. Weltkrieg militärische Ränge besaßen, waren 70 % in Weimar nicht aktiv politisch tätig.

Die vier Generationstypen sollen nun abschließend dahingehend analysiert werden, in welchem Maße politische Aktivitäten in verschiedenen historischen Epochen das Beitrittsverhalten der Minister in politische Parteien beeinflußt haben. Dabei wurde für die älteste Generation ermittelt (Tab. XXXV, Anhang):

1. Eine politische Betätigung im Kaiserreich, die kontinuierlich in Weimar fortgesetzt wird, führt schon bis 1933 überwiegend zum Beitritt in die spätere Landesministerpartei, bzw. spätestens kommt es in der unmittelbaren Nachkriegsphase zu diesem Parteibeitritt. Dagegen führt ausschließlich in Weimar begonnene politische Aktivität nicht in gleichem Maße schon vor 1933 zum Parteibeitritt in die spätere Landesministerpartei (56 % treten erst nach 1945 bei).
2. Politische Aktivität - begonnen in Weimar -, die über 1933 hinweg im Dritten Reich fortgesetzt wurde, bedingt, daß überdurchschnittlich spät der Beitritt in die spätere Landesministerpartei erfolgt.
3. Politische Abstinenz vor 1945 über alle drei historischen Phasen hinweg wiederum hat bei knapp 90 % zur Folge, daß zwischen 1945 und 1949 die erste politische Betätigung erfolgt und zwar in der Partei, mit der die spätere Berufung ins Kabinett erfolgte.

Für den Generationstyp 2 (Beginn politischer Aktivität erst in Weimar möglich) ergeben sich im wesentlichen zwei interessante Aussagen:

1. Von den bereits in Weimar politisch aktiven Ministern üben 45 % ihre parteipolitische Aktivität in ihrer späteren Landesministerpartei aus, während 51 % dann unmittelbar nach Kriegsende zwischen 1945 und 1949 diesen Beitritt vollziehen, die übrigen nach 1949.

2. Dagegen hat die Gruppe der in Weimar noch inaktiven Minister zu rund einem Drittel den Beitritt in die Landesministerpartei erst nach 1949 vollzogen. Für alle diejenigen, die erst nach 1949 in ihre spätere Landesministerpartei finden, heißt dies jedoch nicht unbedingt, daß diese Minister zwischen 1945 und 1949 politisch inaktiv gewesen sein müssen, nur kann hier durch Parteiwechsel erst nach der Gründungsphase der Bundesrepublik der Beitritt in die Landesministerpartei erfolgt sein.

Beim Generationstyp 3 (politische Betätigung altersbedingt erst in NS-Reich möglich) wird sichtbar, daß zu zwei Drittel der Landesministerparteibeitritt bis 1949 vollzogen wurde, er zu einem Drittel erst nach 1949 liegt, darunter zu 6 % sogar erst nach 1961.

Hinsichtlich der Fragestellung generationsspezifischer Aufstiegsgeschwindigkeiten konnten drei Aspekte empirisch überprüft werden: Generationszugehörigkeit - hier definiert nach Beginn und Konstanz politischer Aktivität - und Alter bei erster Übernahme eines öffentlichen Wahlamtes, bei erster Wahl in einen Landtag und bei erster Ernennung zum Landesminister. Mit frühem Beginn politischer Aktivität steigt auch die Bereitschaft, öffentliche Wahlämter zu bekleiden: von den Ministern mit Beginn politischer Aktivität in der Schulzeit bekleiden 57 % ein öffentliches Wahlamt, von denen mit Beginn während der Ausbildung 54 % und von denen mit Beginn im Berufsleben nur noch 42 %. Das Durchschnittsalter bei der Gruppe mit Beginn während der Schulzeit liegt bei 32,2 Jahren, während der Ausbildung bei 30,9 Jahren und bei Beginn erst im Berufsleben bei 33,0 Jahren, d.h. die Minister waren in etwa gleichem Alter, als sie ihr erstes Mandat übernahmen, unabhängig davon, wann sie politische Aktivitäten entwickelten.

Die Altersstruktur bei erster Wahl in den Landtag läßt jedoch erkennen (Tab. 12), daß diejenigen mit frühem Beginn politischer Aktivitäten auch vergleichsweise jünger waren, als sie ihre Landtagskarrieren starteten.

Tabelle 12

Generationszugehörigkeit und Alter bei erster Wahl in den Landtag:

Generations- typ; Phase Beginn pol. Aktivität in:	An- zahl	nie MdL gewe- sen (in %)	Alter erste Wahl in Landtag (in %)				
			23-29	30-39	40-49	50-59	60-70
Schule	36	8	11	31	25	22	3
Ausbildung	107	8	8	28	37	15	4
Beruf	274	15	3	25	27	25	5
(N=417)							

Frühe politische Aktivität führt zu früher erfolgreicher Bewerbung um ein öffentliches Wahlamt auf Landesebene (Landtagsmandat), dies wird noch deutlicher, wenn man alle diejenigen, die zwischen 23 und 29 Jahren zum ersten Mal in einen Landtag einzogen, im Hinblick auf den Beginn ihrer politischen Betätigung aufgliedert: 42 % begannen bereits während der Schulzeit, 36 % während ihrer Ausbildung mit einer aktiven politischen Betätigung.

Je später dagegen der Beginn politischer Betätigung liegt, desto größer wird der Anteil derer, die vor Übernahme einer Landesexekutivposition nicht Landtagsmitglieder waren. Das Ergebnis, daß frühe politische Aktivität die Aufstiegs- geschwindigkeit in politisch verantwortliche Positionen positiv beeinflußt, konnte an folgenden Beispielen noch unterstrichen werden: Lag das Durchschnittsalter bei erster Ernennung aller derjenigen Minister, die bereits in der Schulzeit politisch aktiv wurden bei 48,8 Jahren, so sind alle diejenigen Minister, die während ihrer Ausbildung politisch aktiv zu werden begannen mit einem Durchschnittsalter von 49,1 Jahren zum ersten Mal ins Kabinett gelangt, bei den übrigen liegt der Altersdurchschnitt bei 52,7 Jahren.

Mit diesen Analysen sollte verdeutlicht werden, daß das politische Führungspersonal der Länder - wenn man es unter generationsspezifischen Gesichtspunkten aufgliedert - erheblich differiert, beispielsweise hinsichtlich des Beginns und der Kontinuität politischer Aktivität, spezifischer Einstellung zu historischen Phasen, Nachkriegsverhalten nach 1945 und politischer Aufstiegs- geschwindigkeit. Dies zeigte sich sowohl bei der Aufgliederung in vier verschiedenen, auf das Geburtsjahr bezogenen, Generationen als auch bei den Klassifizierungen nach Ausbildungsphasen und dem Beginn politischer Aktivitäten, wobei die beiden letztgenannten Aufschlüsselungen einerseits die eingangs erzielten Ergebnisse unterstrichen, andererseits konkretisierten und spezifizierten.

VII. Die politische Vergangenheit des Führungspersonals der Bundesländer: Parteikarriere, parlamentarischer Werdegang und politisch-soziale Aktivitäten vor dem Zusammenbruch des Dritten Reichs

A. Politische Aktivitäten vor 1933

Auf die Relevanz des Faktors "Erfahrungen in politischen Organisationen vor 1933" für das NS-Verhalten und den Werdegang des politischen Führungspersonals der Länder nach 1945 ist an verschiedenen Punkten bereits hingewiesen worden. Dabei wurde bisher weder nach Art noch nach Richtung des politischen Engagements vor 1933 differenziert; in den folgenden Abschnitten werden die parteipolitische Bindung, Erfahrungen in öffentlichen legislativen und exekutiven Mandaten und sonstige soziale Aktivitäten in primär politisch ausgerichteten Organisationen näher spezifiziert und analysiert.

43 % der gesamten Untersuchungsgruppe berichtet über Parteimitgliedschaften und teilweise über innerparteiliche Karrieren bereits vor 1933, 26 % gaben an, über Erfahrungen in öffentlichen Wahlämtern in der Zeit vor Errichtung des NS-Regimes zu verfügen und 36 % haben sonstige soziale-politische Aktivitäten ausgeübt. Diese Prozentzahlen beziehen sich auf alle Untersuchungspersonen, was impliziert, daß auch die mit einbezogen sind, die aus Altersgründen vor 1933 noch gar nicht haben politisch aktiv sein können. Um diese "jungen" bereinigt, zeigt sich, daß der Grad der politischen Aktivitäten vor 1933 tatsächlich noch erheblich höher liegt: Von den Ministern, die in der Zeit vor dem Dritten Reich hätten

politische Aktivitäten entwickeln können, waren 57 % parteipolitisch gebunden, 32 % nahmen vor 1933 öffentliche Wahlfunktionen wahr und 48 % berichten über Aktivitäten in sozialen-politischen Verbänden, wobei es teilweise personelle Überschneidungen gab (Aktivitäten einer Person in zwei oder allen drei Organisationstypen).

1. Das Engagement in den Weimarer Parteien

Die vorliegenden Parteidaten ließen sich wie folgt klassifizieren und analysieren:

1. 62 % der insgesamt 179 in Weimar aktiven Minister gaben an, vor 1933 nur einer politischen Partei angehört und maximal ein Parteiamt inne gehabt zu haben. 90 % von diesen wiederum waren erst nach dem Ende des ersten Weltkrieges Parteimitglied geworden, die restlichen 10 % waren bereits im Kaiserreich entweder in der SPD oder im Zentrum aktiv geworden. Bis auf 6 %, die in den Jugendorganisationen ihrer Partei engagiert waren, übten alle ihre Funktion in der Hauptorganisation ihrer Parteien aus (Tab. XXXVI, Anhang). Die Dominanz der SPD und des Zentrums als der stärksten Parteirekrutierungsbasis derer, die sich in Weimar politisch engagierten und nach 1945 in die politische Verantwortung auf Landesebene aufstiegen, wurde deutlich. Eine weitere Aufschlüsselung nach Funktionsebenen und Funktionsarten ergab, daß vorwiegend auf kommunaler Organisationsebene das Betätigungsfeld lag (bei 93 %) ¹.

2. Weitere 25 % hatten vor 1933 einen höheren Aktivitätsgrad entwickelt, sie waren entweder in einer Partei in zwei verschiedenen Parteiämtern tätig (zugleich oder nacheinander) oder waren Mitglieder in zwei verschiedenen Parteien, wobei wiederum die SPD als stärkste Rekrutierungsbasis dominierte (Tab. XXXVII, Anhang). Über die Hälfte dieser Politiker, die einen höheren Aktivitätsgrad entwickelt hatten, sammelten - z.T. ausschließlich - in der SPD vor 1933 die ersten innerparteilichen Erfahrungen, weitaus geringer waren Aktivitäten in der DDP und im Zentrum zu beobachten. Von ihnen waren 25 % bereits im Kaiserreich den Parteien beigetreten - alle in die Parteihauptorganisation - überwiegend wiederum in die SPD.

Diese Gruppe mit höherem Aktivitätsgrad zeichnet sich im Vergleich zu denen mit nur einer Parteifunktion durch einen früheren Beginn parteipolitischer Aktivität aus, und zugleich durch einen höheren innerparteilichen Aktivitätsgrad: zu 69 % übten sie Parteifunktionen aus; überwiegend auf kommunaler und regionaler Ebene, aber teilweise auch auf provinzieller und nationaler Ebene. Der Aktivitätsbereich lag vergleichsweise verstärkt in höherrangigen Gremien oberhalb der Basiseinheiten der Parteiorganisationen.

3. Diese Tendenzen bestätigen weitere 8 % (der insgesamt 170), die einen hohen Aktivitätsgrad besaßen, d.h., die teilweise innerhalb einer Partei, in zwei Parteien oder sogar in drei verschiedenen Parteien vor 1933 mehrere Parteiämter bekleideten. Diejenigen mit zwei und dreifacher Parteizugehörigkeit waren überwiegend in "Linksparteien" - meist in der SPD - aktiv. Ein Drittel war schon vor 1918 Parteimitglied geworden,

nur zwei waren ausschließlich Mitglieder ohne Parteiämter in den verschiedenen Parteien geblieben; die regionale Organisationsebene war das hauptsächlichste Aktionsfeld, teilweise noch zusätzlich die provinziale und nationale Ebene der Parteien.

4. Weitere 8 Untersuchungspersonen sind gesondert zu erwähnen, die über eine außerordentlich intensive Parteilernerfahrung in einer oder verschiedenen Parteien in Weimar bzw. bereits im Kaiserreich verfügten: Sie waren teilweise ausschließlich nur in einer Partei engagiert, bekleideten aber dort zwischen vier und fünf verschiedene Funktionen; weitere waren in zwei oder noch mehr Parteien vor 1933 äußerst aktiv und bekleideten mehrere Parteiämter. Die Aktivitäten wurden ganz überwiegend in "Linksparteien" ausgeübt, die Parteiämter vorrangig auf provinzieller und nationaler Ebene wahrgenommen.

Tabelle 1 gibt eine zusammenfassende Aufstellung der Parteizugehörigkeit vor 1933:

Tabelle 1

Partei Mitgliedschaften und Grad des innerparteilichen Engagements vor 1933

A. nur eine Parteizugehörigkeit:

Partei	Anzahl Funktionen:				
	1	2	3	4	5 und mehr
SPD	48	15	4	1	2
BVP	9	1	-	-	-
DVP	8	-	-	-	-
DCSV	1	-	-	-	-
Zentrum	24	3	1	-	1
DDP	6	4	-	1	-
SAJ	5	-	-	-	-
NSDAP	3	-	-	-	-
wirtsch.P.	-	1	-	-	-
DNVP	-	1	-	-	-
DHV	-	1	-	-	-
KPD	-	1	1	-	-
KPO	-	1	-	1	-
CSV	-	-	1	-	-
sonst.Li	2	-	-	-	-
sonst.Re	3	-	-	-	-

B. Mitgliedschaft und Parteiämter in zwei Parteien:

1. Partei/2. Partei	nur je eine Funktion (Anzahl)	mehrere Funktionen (Anzahl)
Zentrum/BVP	2	-
SPD/SAJ	6	6
Fortschritt/DNVP	1	-
Fortschritt/DDP	2	-
DNVP/CNP	1	-
DDP/SPD	1	-
SPD/Sonst.Linsp.	2	-
KPD/USPD	1	-
SPD/USPD	1	-
SAJ/KPO	-	1
DDP/CSV	-	1

C. Mitgliedschaft und Ämter in drei Parteien:

1. Partei/2. Partei/3. Partei	Anzahl (mit jeweils mehreren Funktionen)
SPD/KPD/USPD	1
Linkslib.P./FortschrittsP./DDP	1
KPO/SAJ/SAF	1

Das Material über Parteierfahrung vor 1933 läßt die folgenden zusammenfassenden Ergebnisse zu:

1. Parteiaktivität wurde vor 1933 überwiegend in Parteien ausgeübt, die auf der "linken" Seite des damaligen Parteienspektrums angesiedelt waren.
2. Ein großer Teil der in Weimar aktiven Personen wechselte vor 1933 innerhalb des linken Parteienspektrums.
3. Je intensiver die Parteierfahrung, desto größer ist der Anteil derer mit Parteiführungsämtern in überregionalen Parteigremien.
4. Parteiführungsämter wurden fast ausschließlich in den Hauptorganisationen wahrgenommen, und hier vorwiegend in den Parteivorständen.
5. Je stärker das innerparteiliche Engagement ausgeprägt war, desto früher war der Parteibeitritt erfolgt; lag er bereits im Kaiserreich, war die Neigung umso stärker, die Partei nach Ende des Kaiserreiches 1918/1919 oder während der Weimarer Republik zu wechseln.
6. Vorrangig ist die SPD (in weiterer Reihenfolge das Zentrum, die liberalen Parteien und sonstige Linksparteien) das hauptsächliche Rekrutierungsfeld der in Weimar parteipolitisch engagierten Minister gewesen.

Die Ergebnisse der detaillierten Analyse der Parteikarriere vor 1933 sollen nun in Bezug gesetzt werden zu drei wesentlichen Aspekten des parteipolitischen Verhaltens der Untersuchungsgruppe, um den Faktor "Parteiaktivität vor 1933" in seinen Folgewirkungen für die gesamte politische Karriere bemessen zu können: Epoche erster Parteibeitritt, Konstanz der politischen Ausrichtung, Lebenssituation bei erstem Parteibeitritt.

Tabelle 2 gibt eine genaue Aufgliederung der zeitlichen Phasen, in denen die ersten Parteibeitritte der Minister erfolgten:

Tabelle 2

Epoche des ersten Parteibeitritts²

Zeitraum	Anzahl	in %
vor 1914	25	6
1914 - 1918	9	2
1919 - 1932	134	32
1933 - 1939	11	3
1940 - 1944	2	-
1945 - 1949	134	32
1950 - 1961	54	13
nach 1961	7	2
KI	44	10
	(N=420)	100

Bis 1918 verfügten bereits 8 % der Minister über Parteierfahrung, bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten waren es 40 %; da während des NS-Reiches 3 % zum ersten Mal in ihrem Leben einer Partei - der NSDAP - beitraten, sind es bei Kriegsende zum Zeitpunkt des Beginns der Wiedererrichtung der Demokratie in Deutschland sogar über 40 % der späteren Minister, die über Parteierfahrung verfügten. Diese Personen waren es, die - vor allem in den

Gründungsjahren - eben aufgrund ihrer partei-politischen Erfahrungen aus der Zeit vor der Errichtung des Nationalsozialismus in führende politische Gremien (wie die Landeskabinette) einrückten.

Die Frage nach der Konstanz der politischen Ausrichtung sollte zu klären versuchen, wie stark die Parteiidentifizierung der Minister mit Beginn des parteipolitischen Engagements im Kaiserreich bzw. in Weimar war: Selbst wenn eine Fortsetzung nach 1945 in der vor 1933 bestehenden Partei nicht mehr möglich war, konnte eruiert werden, ob die NS-Phase einen politischen Orientierungswechsel bewirkt hatte, so daß sich parteipolitisch in Weimar oder dem Kaiserreich Aktive nach 1945 einem gänzlich anderen politischen Lager anschlossen oder ähnlichen Gruppierungen beitraten. Damit zusammenhängend wurde analysiert, ob hier ein möglicher Orientierungswechsel stärker von "linker" parteipolitischer Ausrichtung vor 1933 nach 1945 nach "rechts" stattfand oder in umgekehrter Richtung. Die Analysen ergaben, daß etwa die Hälfte der Untersuchungsgruppe sich bereits vor 1945 einer bestimmten politischen Richtung anschloß, was vor 1933 nicht in jedem Fall durch die Mitgliedschaft in einer politischen Partei zum Ausdruck kam, sondern auch durch die Zugehörigkeit und aktive Mitarbeit in politischen oder politisch orientierten Organisationen dokumentiert wurde; für deren politisches Verhalten ist nach 1945 folgendes festzuhalten: 49 % setzen die vor 1933 begonnene politische Aktivität in gleicher politischer Ausrichtung fort, 38 % schließen sich nach 1945 ähnlich orientierten politischen Parteien an (z.B. in Weimar DNVP, nach 1945 CDU; oder DDP - FDP; USPD - SPD). Damit setzen 87 % der vor 1933 politisch Aktiven in etwa ihre Arbeit in gleicher/ähnlicher parteipolitischer Ausrichtung fort, nur 13 % wechseln nach 1945 fundamental das politische Lager:

Es wird deutlich, daß die einmal getroffene grundsätzliche Entscheidung für ein parteipolitisches Engagement in einem politischen Lager - von wenigen Ausnahmen abgesehen - auch über politische Systemphasen hinweg nicht mehr revidiert wird, d.h. daß eine grundsätzliche, politische Umorientierung nicht der Regelfall ist. Der politische Richtungswechsel nach 1945 von einer "rechtsorientierten" Partei vor 1933 zu einer stärker "linksorientierten" ist doppelt so häufig wie der umgekehrte politische Richtungswechsel; das Miterleben des Faschismus im Dritten Reich wird ein wesentliches Moment für die stärkere Linksorientierung nach 1945 gewesen sein.

Diese Angaben können noch weiter differenziert werden; so konnte ermittelt werden, daß die Parteibeitritte, die bis 1918 erfolgten in hohem Maße eine starke Identifizierung zur ersten gewählten parteipolitischen Richtung besaßen: 70 % sind auch nach 1945 noch in dieser vor 1918 gewählten Partei zu finden, 27 % setzen nach 1945 in einer ähnlich orientierten Partei die Mitarbeit fort. Die in Weimar erfolgten Beitritte haben sich demgegenüber vergleichsweise als weniger stabil erwiesen: nur 53 % bleiben nach 1945 in der gleichen Partei aktiv, 39 % betätigen sich in ähnlicher Richtung, 8 % wechseln das politische Lager.

Der gesamte Komplex der parteipolitischen Erfahrung vor 1933 soll nun in den Zusammenhang der persönlichen Lebenssituation der Untersuchungsgruppe gestellt werden, in der sich der Einzelne bei Parteibeitritt befand. Dabei konnte in diesem Zusammenhang die Frage gelöst werden, ob vor 1933 parteipolitisches Engagement vergleichsweise

in einem früheren Lebensalter bzw. Lebensabschnitt erfolgte als nach 1945 und ob sich die innere Struktur der Parteien vor 1933 von der der Nachkriegsparteien in Bezug auf die Frage der inneren Durchlässigkeit der Parteiorganisation unterschied, die sich empirisch an der durchschnittlichen Aufstiegsgeschwindigkeit zu verschiedenen Zeitpunkten messen läßt (Tab. XXXVIII, Anhang).

Das hohe durchschnittliche Lebensalter bei Parteibeitritt derjenigen, die zwischen 1945 und 1949 zum ersten Mal diesen Schritt vollzogen, ist u.a. wiederum auf systembedingte, objektive Situationsfaktoren zurückzuführen: Die 12-jährige NS-Herrschaft verhinderte, daß selbst bei vorliegender Beitrittsbereitschaft nach 1933 diese erst nach 1945 realisiert werden konnte. Daneben bestand für viele, deren Ausbildung durch den 2. Weltkrieg unterbrochen war, subjektiv die Notwendigkeit, erst nach Beendigung dieser Ausbildung sich in Parteien aktiv zu betätigen. Auch werden die äußerst desolaten wirtschaftlichen Umstände der ersten Nachkriegsjahre bei einigen ganz zwangsläufig andere Prioritäten wie Sicherung des Lebensunterhalts gesetzt haben, von spezifischen Flüchtlings- und Vertriebenen-situationen anderer ganz abgesehen. Weiterhin kann für viele konkret das Dritte Reich erst die Stimulanz gewesen sein, nach dem Zusammenbruch - noch in vergleichsweise hohem Alter - durch persönliches Parteiengagement am Wiederaufbau der Demokratie mitzuwirken und mögliche individuelle Schuldkomplexe (gewisse Mitschuld durch politische Inaktivität am Scheitern der Weimarer Republik) zu kompensieren.

Hinsichtlich der innerparteilichen Aufstiegsgeschwindigkeiten zeigt sich, daß parteipolitisches Engagement vor 1933, innerparteiliche Aktivitäten und noch zusätzlich möglichst lange Parteizugehörigkeitsdauer die innerparteilichen Aufstiege in den jeweiligen Nachkriegsparteien nach 1945 begünstigt haben, wobei sich konkret die folgende Tendenz abzeichnete (Tab. XXXIX, Anhang): je früher der Parteibeitritt erfolgte, desto schneller vollzog sich nach 1945 der innerparteiliche Aufstieg in die Parteiführungsgremien der unterschiedlichen Organisationsebenen; ein Ergebnis, daß die Analyse der Dauer der Parteizugehörigkeit unterstreicht:

1. Die noch im Kaiserreich parteipolitisch aktiv gewordenen Minister rücken nach 1945 außergewöhnlich schnell in die Parteiführungsgremien auf Landes- und Bundesebene ein.
2. Auch diejenigen, die in Weimar zum ersten Mal parteipolitisch aktiv werden, haben vergleichsweise schnellere Aufstiegsgeschwindigkeiten nach 1945 zu verzeichnen als alle die, die erst nach dem 2. Weltkrieg sich parteipolitisch engagierten.
3. Für die Parteikarrieren, die erst nach 1945 gestartet wurden gilt, daß in jüngster Zeit (seit 1961) gegenüber der Gründungsphase (1945-1949) und der Konsolidierungsphase (1950-1960) das Parteiensystems, wiederum vergleichsweise schnellere innerparteiliche Aufstiegsprozesse möglich geworden sind.

4. Während der NS-Zeit zum ersten Mal aktiv gewordene Minister treten nach 1945 Parteien bei, in denen das positive NS-Engagement offensichtlich nicht die innerparteiliche Karriere negativ beeinflusste, spezifische innerparteiliche "Bewährungszeiten" sind nicht zu beobachten.
5. Der innerparteiliche Weg läuft in der Regel aus der kommunalen über die Landesebene in die Bundespolitik bzw. endet auf einer der unteren Ebenen; diejenigen mit Parteierfahrung bereits aus dem Kaiserreich nehmen gleich nach 1945 auf Landes- und Bundesebene Parteiführungsämter ein (Typ "Blitzkarriere" nach 1945). Nachdem sie nach 1945 (wieder) den Parteien beigetreten waren, gelingt ihnen unmittelbar nach Errichtung und organisatorischem Aufbau der Gliederungen der Einzug in die Parteiführungsgremien, während die nach 1945 erst aktiv gewordenen Untersuchungspersonen bis zur Wahl z.B. in ein Führungsgremium auf Bundesebene rund 10 Jahre nach Parteibeitritt benötigen.

2. Erfahrungen in öffentlichen Wahlämtern vor 1933

32 % aller derjenigen, die altersmäßig vor 1933 hätten in öffentliche Wahlämter gewählt werden können, haben erfolgreich für ein oder mehrere legislative und/oder exekutive Mandate kandidiert. Dies bedeutet, daß über die Hälfte aller, die Parteimitgliedschaften und -funktionen angeben (56 %), über diese innerparteiliche Aktivität hinaus noch öffentliche Mandate wahrnahmen, womit deutlich ein hoher Aktivitätsgrad der Minister vor 1933

sichtbar wird. Teilweise wurden diese Mandate sowohl in Legislativen als auch in Exekutiven unterschiedlicher Organisationsebenen (zugleich oder nacheinander) wahrgenommen. Für die Bundespolitiker hat Herzog jedoch noch einen weitaus höheren Prozentsatz ermittelt: fast alle Mitglieder seines samples, die vor 1933 einer politischen Partei angehörten, hatten damals bereits Mandate inne³. Nur fünf der insgesamt 101 Minister mit öffentlichen Wahlämtern in Weimar setzten über 1933 hinaus ihre Mandatswahrnehmung fort, sie behalten jedoch nicht nur ihre öffentlichen Mandate, sondern übernehmen z.T. noch zusätzliche, exekutive Funktionen. 70 % müssen mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten ihre politischen Wahlämter niederlegen, die sie z.T. schon im Kaiserreich angetreten haben; bei den übrigen endeten die Amtszeiten bereits vor 1933, diese Mandatszeiten blieben vom Systemwechsel Weimar/NS-Reich unberührt. Da es nur 5 % gelang, auch nach 1933 ihre öffentlichen Wahlämter wahrzunehmen, wird auch an dieser Stelle deutlich, in welchem Maße politische Karriereverläufe von objektiven Systembedingungen abhängen, d.h. auf die konkrete, vorliegende Fragestellung bezogen, wie schon 1933 der weitere Lebensweg derjenigen "negativ" vorgezeichnet war, die sich in Weimar politisch z.B. durch die Übernahme öffentlicher Wahlämter exponiert hatten.

Bezüglich des Beginns von Mandatszeiten zeigt sich in diesem Zusammenhang, daß der politische Systemwechsel 1918/1919 weit weniger häufig politische Karrieren beendete, sondern es war teilweise sogar zu beobachten, daß diejenigen, die bereits im Kaiserreich in öffentliche Wahlämter gewählt wurden, in Weimar außerordentliche Aktivitäten entwickelten. Diese nehmen - vergleichsweise zu denen, die erst in Weimar öffentliche Mandate antraten - in mehreren Gremien auf unterschiedlichen Organisationsebenen oftmals gleichzeitig verschiedene legis-

lative und exekutive Funktionen wahr. Darüber hinaus sind sie in den parlamentarischen Gremien selbst intensiver tätig, d.h. zeichnen sich durch parlamentarische Karrieren aus und müssen fast alle 1933 ihre politischen Wahlämter zwangsweise niederlegen.

Unabhängig von dieser Entwicklung, die auf den Zeitpunkt des Beginns des parlamentarisch-politischen Engagements zurückzuführen ist, war eine weitere Tendenz sichtbar: Je größer die parlamentarische Erfahrung vor 1933 war - gemessen daran in wievielen verschiedenen Wahlgremien eine Untersuchungsperson aktiv war - desto stärker kam das Engagement auch darin zum Ausdruck, daß besonders viele Führungsfunktionen in den einzelnen Wahlgremien ausgeübt wurden. Die Aktivität konzentrierte sich nicht nur auf ein Gremium, sondern bei gleichzeitiger Mitgliedschaft beispielsweise in einem Kreistag, Landtag und Reichstag wurden oft auf diesen unterschiedlichen Funktionsebenen sowohl legislative als auch exekutive Mandate zugleich wahrgenommen⁴. Tabelle 3 gliedert in zusammenfassender Form die öffentlichen Wahlämter der 96 Minister nach Funktionen und Funktionsebenen (Gremien) auf, die bis 1933 Mandate wahrnahmen, die 5, die auch nach 1933 ihre politischen Wahlämter behielten, sind in dieser Aufstellung nicht enthalten.

Welche spezifischen beruflichen und politischen Folgewirkungen diese Aktivitäten im Dritten Reich mit sich brachten, wird im folgenden Kapitel behandelt; ein Ergebnis kann bereits im Vorgriff dargestellt werden: insbesondere Mandatsträger der Weimarer Republik hatten im NS-Reich persönliche Einbußen zu verzeichnen, was wiederum auf die privatberufliche, innerparteiliche und parlamentarische Karriere nach 1945 Folgewirkungen zeigte.

Tabelle 3

Öffentliche Wahlfunktionen vor 1933

Aktivitäten in einem Wahlgremium	Anzahl
<u>Kommunal:</u>	
Gemeinderat/Stadtverordnetenversammlung	16
Bürgermeister	5
Fraktionsvorstand	3
sonstige pol. Beamter	1
Parlamentspräsident	1
<u>Regional:</u>	
Kreistag	1
Landrat	6
<u>Land/Provinz:</u>	
MdL	17
Landesminister	8
Fraktionsvorstand	1
Parlamentspräsident	1
<u>Reichstag:</u>	
MdR (Mitglied des Reichstages)	3
Parlamentspräsidium	1
(N=64)	
Aktivitäten in zwei Wahlgremien	Anzahl
MdL/MdR	3
kommunales/regionales Parlament	3
kommunale/regionale Exekutive	1
Kommunalparlament/MdL	2
Kommunalparlament/MdL mit Führungsposition	3
Kommunalparlament/MdL und Landesexekutive	5
Kommunalparlament/MdR/Fraktionsvorstand	1
MdL/MdR(Minister/Fraktionsvorstand	1
MdL, Reichsminister	2
MdL-Fraktionsvorstand/MdR	1
Landesminister, Reichsminister)	1
(N=23)	

Aktivitäten in drei Wahlgremien	Anzahl
MdL/Kreistag/Bürgermeister	1
MdL/regionales-kommunales Parlament mit Führungsposition	2
Kommunalparlament/MdL/MdR	2
Kommunalparlament/MdL/MdR mit Exekutiv- positionen	2
	(N=7)

Aktivitäten in vier Wahlgremien	Anzahl
Kommunalparlament/Regionalparlament/MdL/MdR	1
Kommunalparlament/Regionalparlament/MdL/ MdR und Exekutivposition	1
	(N=2)

3. Soziale Aktivitäten in politischen Organisationen vor 1933

Nach den Analysen der parteipolitischen Aktivitäten und der Erfahrung in parlamentarisch-politischen Wahlämtern wird eine dritte Dimension möglicher politischer Aktivität, die der Mitgliedschaften und Führungsämter in politischen Verbänden, Vereinen und sonstigen primär sozialpolitischen Organisationen beleuchtet.

Der Aktivitätsgrad innerhalb der Organisationen konnte mittels des erhobenen Materials nicht spezifiziert werden, so mußte unberücksichtigt bleiben, ob es sich um einfache Mitgliedschaften oder um ein starkes persönliches Engagement in Form der Bereitschaft der Übernahme von Führungsämtern handelte. Der zentrale Aspekt war einerseits, in welchem Umfang Aktivitäten außerhalb des engeren politischen Raumes (Parteien und Parlamenten) vorlagen, ob es sich um Aktivitäten in primär politischen Organisationen handelte und andererseits, welchen politischen Richtungen ggf. diese Organisationen zuzuordnen waren. Die 151 Minister mit Aktivitäten wurden - gemessen an der Anzahl der Mitgliedschaften - in drei analytische Gruppen (schwach, hoch, extrem hoch) aufgegliedert:

61 % von ihnen war - nur in einer Organisation aktiv - der ersten Kategorie zuzuordnen, 9 % von diesen begann bereits im Kaiserreich mit sozialen Aktivitäten. Eine Klassifizierung der politischen Grundausrichtung der Verbände - soweit es sich um politisch-orientierte Vereinigungen im weitesten Sinne handelte - ergab, daß mehrheitlich in politisch "links" stehenden Organisationen⁵, zu denen außer den sozialistischen Vereinigungen die Gewerkschaften, katholische Organisationen und republikanische Verbände gerechnet wurden, die Aktivitäten lagen.

Tabelle 4

Soziale Aktivitäten in Weimar (Aktivitätsgrad: schwach)

Gremium	Anzahl	in %
Gewerkschaften	29	31
wirtschaftliche Interessengruppen und Verbände	18	19
katholische Organisationen (z.B. Kolpingfamilie)	10	10
sozialistische Vereinigungen	10	10
republikanische Verbände	5	6
evangelische Verbände	5	6
kulturelle Organisationen	4	5
politisch "rechts" stehende Gruppierungen wie völkische- und NS-Vereinigungen, Burschenschaften, bündische Gruppen	6	7
sonstige Organisationen (liberale, kommunale Verbände, Arbeiter- und Soldatenrat)	5	6
	(N=92)	100

Weiteren 27 % der vor 1933 sozial aktiven Untersuchungspersonen waren Mitgliedschaften in zwei verschiedenen Organisationen nachzuweisen (Aktivitätsgrad: hoch); von ihnen begannen 22 % bereits im Kaiserreich diese Aktivitäten zu entwickeln. Bei diesen Ministern mit hohem sozialen Aktivitätsgrad vor 1933 wird ein noch stärkeres Engagement in dem linken Spektrum zuzurechnenden Vereinigungen sichtbar: zu 75 % waren sie ausschließlich in linken Organisationen aktiv, 15 % ausschließlich in "rechtsstehenden" Vereinigungen, die übrigen waren jeweils einer primär politischen und unpolitischen Vereinigung beigetreten.

Weitere 12 % hatten bereits vor 1933 ungewöhnlich starke soziale Aktivitäten entwickelt, sie waren in drei bis fünf verschiedenen Organisationen engagiert. Auch sie waren überwiegend in linken Vereinigungen tätig.

Wie schon die Analyse des parteipolitischen Verhaltens vor 1933 zeigte, wurden die Aktivitäten in Organisationen wahrgenommen, die vorwiegend "links von der Mitte" angesiedelt waren, was zumindest teilweise das spezifische gegnerschaftliche Verhalten dieser Personengruppe zum NS-Reich erklärt bzw. die Behandlung dieses Personenkreises durch die Nationalsozialisten. Dies wirkte sich nicht nur auf den privat-beruflichen Werdegang aus, sondern hatte noch weitaus härtere persönliche Konsequenzen zur Folge. Der hohe Anteil derer, die sich in Weimar für das damalige System entweder im parteipolitischen (57 %), im parlamentarisch-politischen (32 %), im vopolitischen Raum in Verbänden (48 %) oder in allen drei Organisationstypen engagierten, fand seinen Niederschlag sowohl im negativen NS-Verhalten als auch im politischen Verhalten unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkrieges.

B. Politisches Verhalten und beruflicher Werdegang im Dritten Reich

Für die Bundespolitischen Eliten ist in den letzten Jahren aufsehenerregendes Zahlenmaterial veröffentlicht worden, das sich insbesondere auf Erhebungen von Wildenmann stützt. Dieser hatte ermittelt, daß Ende der 60ziger Jahre in der Bundesrepublik von 300 als Elitemitglieder ausgezeichneten Personen jeder vierte Mitglied der NSDAP war. Weiterhin soll die als konservativ bezeichnete

Gruppe der Bonner Ministerialbürokratie (die rd. 2/3 aller Ministerialbeamten umfaßt) mit 52 % den höchsten Anteil aller befragten Gruppen an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern besitzen⁶. Ebenso sollen, einem Bericht von Beuttner zufolge, 1971 43 % der Staatssekretäre der Bundesländer vor 1945 aktive bzw. passive NSDAP-Mitglieder gewesen sein⁷. Dagegen haben die Analysen von Zapf ergeben, daß "zwar ... keine Rede davon sein (kann), daß geschlossene "Nazi-Eliten" überlebt hätten oder zurückgekehrt seien; sie wurden aber auch nicht von einer demokratischen oder gar vor-totalitären (d.h. Weimarer) "Gegenelite" abgelöst, ... sondern von einer Elitenkoalition, deren Mitglieder sich hauptsächlich aus den Personengruppen rekrutierten, die weder engagierte Mitglieder noch Gegner des totalitären Regimes waren"⁸. Ein Ergebnis, zu dem im großen und ganzen auch Edinger kam⁹.

Billerbeck dagegen kommt in seiner Studie über die NS-Vergangenheit der Abgeordneten der ersten Landtage zum Schluß, daß die Nationalsozialisten rehabilitiert wurden, da in den westdeutschen Parteien (einschließlich der SPD) wenig Neigung bestand, "dem Phänomen Nationalsozialismus in all seinen sozialen und ökonomischen Verflechtungen und Verästelungen zu Leibe zu rücken"¹⁰.

In welchem Umfang die politische Elite der Bundesländer sich aus ehemaligen Nationalsozialisten bzw. NS-Sympathisanten rekrutiert, sollen die folgenden Analysen erbringen.

1. Zur Abgrenzung verschiedenen NS-Verhaltens

Die zentrale Fragestellung nach dem politischen, sozialen und privatberuflichen Verhalten im Dritten Reich¹¹ bzw. dem Werdegang derjenigen, die nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches nach 1945 in politischen Führungspositionen der mittleren Ebene die parlamentarische Parteien-Demokratie in den Bundesländern mitaufbauten, läßt idealtypisch im wesentlichen 4 Verhaltensmuster für die Zeitspanne 1933 bis 1945 zu:

1. Positive Einstellung zum und Engagement im NS-Reich,
2. Anti-NS-Einstellung und entsprechendes gegnerschaftliches Verhalten zum Dritten Reich (Widerstand),
3. Politische Abstinenz,
4. Altersbedingt keine pro- bzw. contra-Einstellung zum Dritten Reich.

Diese Kategorien decken sich in etwa mit den vier Verhaltensmustern (Kooperation, Rückzug in das Privatleben, Emigration, Widerstand), die von Zapf entwickelt wurden¹². Auch Beyme hält die Klassifizierung der Karrieremuster in der NS-Zeit nach "Mitglied und Mitläufer" einerseits und "Systemgegner" andererseits für nicht hinreichend. Er entwickelt, ähnlich wie in der vorliegenden Studie, 7 Kategorien: Mitglied in NS-Organisationen, Karrierekontinuität, Karrierestop, Privatwirtschaft, Widerstand, unbetroffen aus Altersgründen, keine Angaben¹³. In welcher Intensität und Vielfalt die 12-jährige NS-Herrschaft die privatberuflichen und politischen Karrieren der späteren Landesminister beeinflußt hat, sollen die folgen-

den empirischen Ergebnisse belegen¹⁴, indem das NS-Verhalten einmal als Resultante des gesamten Karriereverlaufs der Zeit vor 1933 zu betrachten ist und es zum zweiten selbst die weitere Entwicklung der verschiedenen Teilkarrieren nach 1945 entscheidend prägte. So wird das spezifisch-individuelle NS-Verhalten einmal retrospektiv interpretiert, d.h. in Beziehung gesetzt zum privaten und politischen Werdegang bis 1933, um daran anschließend zu versuchen, die Folgewirkungen auf die privatberufliche wie politische Nachkriegskarriere in analytischen Dimensionen zu erfassen. Auf die Gefahr einer Überinterpretation dieser Problematik weist Beyme hin: "Die politische Vergangenheit der deutschen Politiker steht nicht in allen Fällen in adäquatem Kausalzusammenhang mit ihrem Verhalten angesichts faschistischer Gefahren in der Bundesrepublik. Oft sind die "Gerechten", die mehr aus biographischen Zufällen denn aus antifaschistischer Gesinnung unbelastet blieben, in ihrer Entschlossenheit zum Widerstand gegen faschistische Tendenzen laxer als einst minder Belastete, die aus den Ereignissen gelernt haben"¹⁵. Dieser Aspekt konnte im vorliegenden Problemzusammenhang jedoch nicht behandelt werden, da keine Einstellungsanalysen der Untersuchungsgruppe nach 1945 vorgenommen wurde.

Die gesamte Untersuchungsgruppe ließ sich - orientiert an den oben aufgezeigten vier idealtypischen Verhaltensmustern - wie folgt klassifizieren, wobei die entwickelten Kategorien weiter unten noch näher definiert werden:

Tabelle 5

Generelle Einstellung zum NS-Regime (definiert nach dem politisch-sozialen Rollenverhalten der Minister zwischen 1933 und 1945)

Einstellung	Anzahl absolut	% von 420	% von ^x 267
negativ	164	39	61
positiv	103	25	39
aus Altersgründen keine Einstellung möglich	30	7	
KI	123	29	
	(N=420)	100	100

x (mit definitiver NS-Einstellung)

Aus diesen Zahlen wird deutlich, daß das politische Führungspersonal der Bundesländer ein - vom Durchschnitt der Gesamtbevölkerung und anderen Führungsgruppen abweichend - außerordentlich hohes gegnerschaftliches Verhalten im Dritten Reich auszeichnet. Beyme meint, daß nur 20 % seines samples im weitesten Sinne Widerstand leistete¹⁶, Deutsch/Edinger schätzen, "daß etwa 2 % der deutschen Bevölkerung direkte Verfolgungen, Verhaftungen, Verurteilungen durch die Nationalsozialisten erlitten haben"¹⁷.

Als negative Einstellung zum NS-Regime - die durch ein spezifisches Anti-Verhalten zum Ausdruck kam und Konsequenzen für die persönliche Lebenssituation hatte - wurde im einzelnen bewertet:

Tabelle 6

Negative Einstellung zum NS-Regime

negative Verhaltensart	Anzahl absolut	% von 164
Schutzhaft	12	8
Gestapo verfolgt	7	4
Widerstandskreis	10	7
Bekennende Kirche	5	3
Aktion 20. Juli 1944	3	1
Zwangsarbeitslager	4	2
KZ-Haft	29	18
Amtsenthoben	59	36
Verfolgt, zeitweilig verhaftet	35	21
(N=164)		100

Als positive Einstellung zum NS-Regime wurde das Verhalten im Dritten Reich bewertet, wenn Informationen über das folgende Rollenverhalten vorlagen:

Tabelle 7

Positive Einstellung zum NS-Regime

Art des positiven Engagements	Anzahl absolut	% von 103
Jugendorganisation-NS	2	
NSDAP-Mitglied	9	
NSDAP-Führungsämter	1	
NS-Nebenorganisation-Mitglied	2	
NS-Nebenorganisation-Führungsämter	3	
SA	4	
SS	3	
Gestapo	1	
positiv-indifferent ^x	78	76

(N=103)

^x positiv-indifferentes Verhalten (als positive Einstellung zum NS-Regime) wurde dann angenommen, wenn aufgrund der Datenlage zwar keine Aktivitäten in NS-Organisationen oder NS-Nebenorganisationen festzustellen waren, es aber empirisch beweisbar war, daß eine Untersuchungsperson nach 1933 nicht nur den privatberuflichen Werdegang fortsetzte, sondern beispielsweise nach 1933 aus einem privat-wirtschaftlichen Arbeitnehmerverhältnis in den Öffentlichen Dienst überwechselte und dort außergewöhnlich schnell Karriere machte, d.h., ein zumindest positives Arrangement mit dem NS-Regime erfolgte; ebenso dann, wenn öffentliche Wahlämter beibehalten wurden.

Bei 11 Untersuchungspersonen konnten parlamentarisch-politische Aktivitäten, die fünf bereits in der Weimarer Republik begonnen hatten, empirisch ermittelt werden (Tab. XL, Anhang).

2. Negative Einstellung zum NS-Regime und Folgewirkungen

Ein zentrales Ergebnis im Rahmen des vorliegenden Untersuchungsaspektes ist, daß das unterschiedlich stark ausgeprägte negative Verhalten der Minister im Dritten Reich wesentlich darauf zurückzuführen ist, welchen Grad der politischen Aktivität der einzelne vor 1933 erreicht hatte¹⁸.

Von denjenigen, die nachweislich durch die Errichtung der NS-Diktatur ihren beruflichen und/oder politischen Werdegang abbrechen mußten, waren 72 % - sofern sie nicht vor 1933 bereits der NSDAP angehörten, was nur bei zweien der Fall war - gezwungen, nach Errichtung des NS-Regimes ihre parteipolitischen parlamentarischen und sonstigen politischen Aktivitäten zu unterbrechen, die teilweise, wie oben geschildert, hauptberuflich ausgeübt wurden. Damit war von vornherein eine gewisse Distanz zum neuen Regime vorgegeben. Eine weitere Angabe soll diese Zahl noch ergänzen: 82 % der vor 1918 Parteien beigetretenen Minister und 70 % derjenigen, die in Weimar zum ersten Mal einer Partei beitraten, entwickelten definitiv gegnerschaftliche Aktivitäten zum NS-Regime und mußten dementsprechende persönliche Konsequenzen auf sich nehmen¹⁹.

Insgesamt waren 77 % aller NS-Gegner bereits vor 1933 parteipolitisch engagiert, dabei haben diejenigen, die sich bereits im Kaiserreich parteipolitisch betätigt hatten und das NS-Regime ablehnten, vergleichsweise nicht nur einen höheren Grad der negativen NS-Einstellung, sondern mußten auch persönlich die härtesten

Konsequenzen aus ihrer Anti-NS-Haltung ziehen. 86 % berichten über zum Teil mehrfache KZ- und sonstige Haftaufenthalte, während "nur" 51 % der in Weimar parteipolitisch aktiv gewordenen Minister dieses Schicksal im Dritten Reich erlitten. Schon an dieser Stelle kann ein Ergebnis dargestellt werden, das noch später mittels weiterer Analysen empirisch erhärtet wird: Die im Kaiserreich bereits politisch aktive Generation hat persönlich vergleichsweise zu denjenigen, die erst in Weimar parteipolitische Aktivitäten entwickelten, die härteste Ablehnung gegen das NS-Regime durch gegnerschaftliches Verhalten zum Ausdruck gebracht und mußte dementsprechend in erheblich größerem Umfang Einbußen an persönlicher Freiheit auf sich nehmen.

Der Konfliktgrad bzw. die Härte der Reaktion der NS-Herrscher auf die Regime-Gegner hängt ganz offensichtlich auch mit dem Grad der vor 1933 ausgeübten politischen Aktivitäten im Kaiserreich und in Weimar zusammen: Von allen denjenigen, die beispielsweise zwischen 1933 und 1945 von den Nationalsozialisten amtsenthoben wurden - eine vergleichsweise "milde" Reaktion seitens der NS-Herrscher gegenüber mißliebigen Personen - waren vor 1933 nur 63 % Parteimitglieder, dagegen alle die Minister, die über KZ-Aufenthalte und Schutzhaftzeiten berichten oder dem Widerstandskreis 20. Juli 1944 angehörten. Auch diejenigen Minister, die im Dritten Reich Verfolgungen ausgesetzt waren und dabei zeitweilig Haftstrafen verbüßten, waren zu 88 % schon in Weimar parteipolitisch engagiert.

Diese Ergebnisse beziehen sich auf diejenigen, die das NS-Regime ablehnten, in irgendeiner Form ihre negative Haltung mehr oder weniger offen dokumentierten und die Verfolgungen der NS-Herrscher ertrugen, ohne Deutschland in dieser Zeit zu verlassen. In der Erhebungsgruppe sind jedoch auch 19 Personen, die während der NS-Herrschaft emigrierten. Sie waren (bis auf zwei) vor ihrer Emigration oder nach der Rückkehr in das NS-Herrschaftsgebiet bis 1945 aktiv in Widerstandsgruppen oder sonstigen verbotenen Organisationen gegen das Hitler-Regime tätig und als Folge dieser gegnerschaftlichen Aktivität zeitweilig in Konzentrationslager verschleppt, in Haftanstalten untergebracht bzw. Verfolgungen und Verhaftungen der Gestapo ausgesetzt²⁰. Da nur 5 % der Untersuchungsgruppe im Dritten Reich emigriert waren, sollen nur wenige, allgemeine Aussagen über das spezifische Verhalten dieser Emigranten gemacht werden:

1. Die Emigration erfolgte ganz überwiegend zu Beginn der NS-Herrschaft (63 % emigrieren noch 1933).
2. Rd. 2/3 der emigrierten Minister kehren noch während des Dritten Reiches nach Deutschland zurück - teilweise unfreiwillig, da sie in ihren Emigrationsländern als Folge der Hitlerschen Eroberungspolitik erneut durch Angliederungen zum Deutschen Reich zurückkehrten - wobei in einigen Fällen die Emigration nur wenige Monate dauerte.
3. Mehr als die Hälfte der Emigranten war in der Emigration politisch aktiv, d.h., in unterschiedlicher Intensität aktiv in Widerstandsgruppen gegen das NS-Regime organisiert. Der Aktivitätsgrad während der

Emigration ist dabei unabhängig vom Zeitpunkt des Beginns der Emigration, so hat beispielsweise frühe Auswanderung nicht spezifisch hohe politische Aktivität gegen das NS-Regime zur Folge gehabt.

4. 82 % der Emigranten war bereits vor 1933 parteipolitisch engagiert, die übrigen traten unmittelbar nach 1945 als Gründungsmitglieder in die Parteien ein. Dieser unmittelbare Parteibeitritt nach 1945 ist zugleich der Beitritt in die Partei, mit der die erste Berufung ins Kabinett erfolgte (keine Parteiwechsel nach 1945). Die Parteibeitritte vor 1933 lagen bei 18 % bereits vor 1918. Im Vergleich zu denen, die 1933 und in den folgenden Jahren ebenfalls hätten emigrieren können, sind Emigranten überdurchschnittlich häufig bereits im Kaiserreich parteipolitisch aktiv geworden, der hohe, langjährige politische Aktivitätsgrad vor 1933 wird mit ein wesentlicher Grund für die Emigration gewesen sein. Auch Zapf verweist auf diesen Umstand, daß "nur durch Emigration ... sich zahlreiche sozialistische Politiker den Verfolgungen entziehen" konnten²¹.
5. Emigranten haben überdurchschnittlich früh, d.h. während der Schulzeit und Ausbildung ihren ersten Parteibeitritt vollzogen, daraus ergibt sich, daß sie vergleichsweise in einem früheren Lebensalter (24,8 Jahre alt) als Nichtemigranten (32,5 Jahre alt) Parteimitglieder geworden sind. Über die Hälfte der Emigranten haben bereits vor 1933 den Parteibeitritt in die Partei vollzogen, mit der nach 1945 die erste Kabinettsberufung erfolgte.

Deutliche Auswirkungen zeigt die Anti-NS-Einstellung auch auf die Teilnahme bzw. Nichtteilnahme am 2. Weltkrieg²²: Gegner des Regimes waren in weitaus geringerem Maße aktiv im 2. Weltkrieg eingesetzt; nur 26 % der Minister, die aktive Kriegsteilnehmer waren, sind als Regime-Gegner erkannt worden, von denjenigen, die über keine aktiven Kriegseinsätze (Fronterlebnisse) verfügten, waren es jedoch 55 %, die eine Anti-NS-Position bezogen hatten. In diesem Zusammenhang wurde eine weitere Tendenz sichtbar: Mit sinkendem militärischem Dienstgrad steigt der Anteil derer, die über eine Anti-Regime-Einstellung berichten, dementsprechend steigt der Anteil derer mit höheren militärischen Rängen, die zum NS-System positive indifferente Positionen bezogen hatten²³.

3. Zusammenhänge zwischen gegnerschaftlichem NS-Verhalten und der Parteikarriere nach 1945

Im folgenden soll das parteispezifische Verhalten der NS-Gegner behandelt werden, jedoch nicht retrospektiv (Parteierfahrung vor 1933), sondern unter dem Aspekt, ob und wie sich NS-Gegner nach 1945 bezüglich ihres parteipolitischen Engagements von denjenigen mit positiver oder indifferent-positiver Einstellung zum NS-System unterscheiden.

Von den Untersuchungspersonen, die nach 1945 wieder in der Partei aktiv werden, in der sie 1933 zwangsweise durch Verbot der Organisation die Mitarbeit einstellen mußten, waren 83 % nachweislich Regime-Gegner, darunter 32 % die über KZ-Aufenthalte berichten und 28 % die Verfolgungen ausgesetzt oder zeitweilig verhaftet waren.

Andere Untersuchungspersonen gehen nach 1945 in Parteien, deren politisch-ideologische Richtung derjenigen entspricht, der sie sich vor 1933 anschlossen, weil ihre damalige Partei nach 1945 nicht wieder gegründet wurde²⁴. Auch von diesen Ministern waren 58 % definitiv als Regimegegner zu bezeichnen, während von den Ministern, die nach 1945 zum ersten Mal sich parteipolitisch engagierten, nur 17 % zur Gruppe der NS-Gegner gerechnet werden können. Deren gegnerschaftliches Verhalten muß außerdem noch als vergleichsweise "schwach" bezeichnet werden, da es sich ausschließlich um Amtsenthebungen handelte, keiner von ihnen war Verfolgungen ausgesetzt oder mußte Haftstrafen verbüßen. So fällt bei dieser Fragestellung nach negativem NS-Verhalten und parteipolitischem (Wieder-)Engagement auf, daß diejenigen, die unter besonders schweren persönlichen Bedingungen das Dritte Reich überlebten, in außerordentlich hohem Maße nach 1945 eine enge Parteibindung und -solidarität (auch in Bezug auf die ideologische Ausrichtung) zeigten; eine These, die durch eine weitere Untersuchung noch zusätzlich unterstrichen wurde: Nur 14 % der KZ-Häftlinge, 11 % der Verfolgten und zeitweilig Verhafteten und keiner von denen mit Schutzhaftaufenthalten wechselte nach 1945 grundlegend das politische Lager, keiner von ihnen hat nach 1945 einen Parteiwechsel vollzogen.

4. Der privatberufliche Werdegang im Dritten Reich

Diese Ergebnisse machen deutlich, in welchem Umfang das Anti-NS-Verhalten einerseits bereits durch den politischen Werdegang in den Jahren vor Errichtung der NS-Diktatur vorgegeben war bzw. andererseits wie sich diese NS-Erfahrungen nach 1945 in parteispezifischem Verhalten konkretisierten. An einem weiteren empirisch meßbaren Kriterium

- der Kontinuität/Diskontinuität des beruflichen Werdeganges im Dritten Reich - sollen die erzielten Ergebnisse und Tendenzen überprüft werden; damit wird ein weiterer Aspekt bei der Analyse des spezifischen NS-Verhaltens der Untersuchungsgruppe beleuchtet.

Beispielsweise hat Beyme zu diesem Forschungsaspekt ermittelt, daß bei knapp der Hälfte der Staatssekretäre und bei über 10 % der Politiker im Dritten Reich "Karrierrekontinuität" festgestellt werden konnte, bei durchschnittlich 17 % ein "Karrierestop" eintrat und 19 % der Politiker in der Privatwirtschaft "überwinterte"²⁵.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die vorliegende Studie: 30 % der gesamten Erhebungsgruppe bzw. 40 % der Untersuchungspersonen, die im Dritten Reich bereits im Berufsleben standen, erlitt durch die Errichtung des NS-Reiches eine unfreiwillige berufliche Veränderung, d.h., mußte entweder den Berufsbereich wechseln oder eine Status-Verschlechterung hinnehmen (Tab. XLI, Anhang). Der weitere Werdegang dieser Untersuchungspersonen mit systembedingter beruflicher Karriereunterbrechung nach 1933 läßt sich drei verschiedenen Kategorien zuordnen, wobei Tätigkeiten, die während des 2. Weltkrieges ausgeübt wurden, keine Berücksichtigung fanden²⁶.

Typ 1 (Berufswegunterbrechung):

62 % mußten zwangsweise im Dritten Reich eine andere berufliche Tätigkeit aufnehmen, kehren aber nach 1945 in ihren alten Beruf zurück.

Typ 2 (Berufsweg-Abbruch):

5 % beginnen zwangsweise eine neue Berufskarriere im Dritten Reich, die sie auch nach 1945 fortsetzen.

Typ 3 (Berufswechsler):

33 % brechen zwangsweise ihre Berufslaufbahn ab, werden im Dritten Reich in einer anderen Branche und/oder Berufsposition tätig und wechseln nach 1945 erneut ihr Berufsfeld, d.h. es erfolgte keine Rückkehr in den "alten" Weimarer-Beruf.

Wie schon bei der Analyse der generellen politischen Einstellung zum und im Dritten Reich (positiv-negativ), so läßt sich die Untersuchungsgruppe auch unter dem Gesichtspunkt der Fortsetzung der beruflichen Karriere in Form beruflichen Aufstiegs oder Abbruchs bzw. Unterbrechung der Berufskarriere nach den globalen Kriterien "System-Opportunisten" (indifferent-positiv) und "System-Gegner" teilen. Es war zu fragen, wo die Gründe für die jeweils unterschiedlichen Einstellungen zum NS-Regime (außer der oben aufgezeigten politischen Vergangenheit) und das daraus resultierende spezifische NS-Verhalten liegen, das sich an dem Verlauf des beruflichen Werdeganges messen läßt, und welche Folgewirkungen für den weiteren privat-beruflichen und politischen Lebensweg aus dem unterschiedlichen NS-Verhalten resultieren.

Einige interessante Ergebnisse waren zu erkennen: Diejenigen mit einer akademischen Ausbildung haben beispielsweise erheblich weniger Berufskarriereunterbrechungen durch die Errichtung des NS-Regimes erfahren als die Nichtakademiker, was u.a. daran liegen dürfte, daß - wie oben geschildert - ein überwiegender Teil der Akademiker nach Ausbildungsende in den Öffentlichen Dienst ging und dort sich offenbar "stärker" mit den Machthabern arrangierte und damit positives bzw. indifferent-positives NS-Verhalten zeigte, wobei zu beobachten war, daß gerade diese Untersuchungspersonen 1933 hohe Funktionsträger

innerhalb der jeweiligen Verwaltungshierarchien waren. Erheblich höher ist dagegen der Anteil derjenigen ohne akademische Ausbildung, die eine Berufsunterbrechung erfuhren und eben nicht in primär akademischen Berufssektoren wie dem gehobenen und höheren Öffentlichen Dienst tätig waren: Hier werden politische Faktoren primärer Grund für die Berufsunterbrechung gewesen sein, da diese Personen mit geringerem Ausbildungsniveau sich durch eine starke Anti-NS-Haltung auszeichneten (was zu den bekannten Konsequenzen auch beruflicher Art führte); Berufskarrieren-Abbrüche und -unterbrechungen sind bei diesem Personenkreis überdurchschnittlich häufig festzustellen, wogegen akademisch gebildete Personen in erheblich überdurchschnittlichem Umfang ihre Berufskarrieren fortsetzen konnten.

Demnach wird sichtbar, daß berufliche Karriereunterbrechungen auch davon abhängig waren, in welchen Berufssektoren ab 1933 die Tätigkeiten ausgeübt wurden und in welchen Status-Positionen (gemessen an der Hierarchie der einzelnen Berufsfelder) sich der einzelne befand, was seinerseits wieder abhängig vom Ausbildungsniveau war, da einzelne Berufstätigkeiten an bestimmte Ausbildungsvoraussetzungen gebunden waren und sind.

a. Die Folgen politischen Engagements im Kaiser-Reich und in Weimar

Ein zweiter Faktor, der sich allerdings noch deutlicher herauskristallisierte, muß an dieser Stelle erwähnt werden: Eine Unterbrechung der beruflichen Laufbahn läßt sich ganz eindeutig auf politisches Verhalten vor 1933 zurückführen. Diejenigen, die im Dritten Reich Mitglied der NSDAP oder deren Neben- und Sonderorganisationen

waren, haben selbstverständlich keine beruflichen Einbußen erlitten, sondern zeichnen sich im Gegenteil als berufliche Aufsteiger aus; dagegen war beispielsweise die Motivation, unmittelbar nach Kriegsende (1945-1949) in den Parteien am aktiven Wiederaufbau der Demokratie mitzuwirken insbesondere bei den stark ausgeprägt, deren beruflicher Werdegang im NS-Reich nicht kontinuierlich fortgesetzt werden konnte. Keinerlei zwangsweise berufliche Veränderungen (im Gegensatz zu beruflichem Aufstieg zwischen 1933 und 1945) waren dagegen besonders bei denjenigen festzustellen, die sich vor 1933 politisch abstinent verhielten, nur 26 % von ihnen waren bereits vor 1933 parteipolitisch - vorwiegend in den Weimarer "Rechtsparteien" - gebunden. Dieses Ergebnis konnte noch weiter differenziert werden, indem die Untersuchungsgruppe nach den entwickelten "politischen Generationen" gegliedert wurde:

1. Von den Ministern der Generation 1 (politische Aktivität bereits im Kaiserreich möglich) mußten 57 % ihre Berufskarriere nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten unterbrechen, von diesen mit unterbrochenem Berufswerdegang wiederum waren 86 % in Weimar politisch aktiv; von denen, die ihre berufliche Laufbahn im NS-Reich fortgesetzt haben, waren es nur knapp die Hälfte. Auch finden wir unter diesem Generationstyp 6 % NS-Aktive.
2. Von den Ministern der Generation 2 (politische Aktivität erst in Weimar möglich) haben nur 24 % eine unterbrochene Berufskarriere, auch diese waren überwiegend (91 %) in Weimar aktiv politisch tätig, während die übrigen mit kontinuierlich verlaufender Berufskarriere nur zu 38 % ihrerseits über politische Aktivitäten in Weimar berichten, 17 % von ihnen waren positiv gegenüber dem NS-Regime eingestellt.

Auch bei dieser Gegenüberstellung wird die größere "Anfälligkeit" der Generation 2 im Hinblick auf ein positives Arrangement mit dem Nationalsozialismus deutlich, bei gleichzeitiger größerer Anti-NS-Einstellung der Generation 1. Während die im Kaiserreich parteipolitisch aktiv gewordenen Minister in weitaus höherem Grad berufliche Nachteile durch das NS-System hinnehmen mußten (89 % unterbrechen die Berufskarriere), haben nur 53 % der in Weimar zum ersten Mal parteipolitisch aktiv gewordenen Minister dieses Schicksal erlitten; je früher demnach ein parteipolitisches Engagement erfolgte, desto stärker war die Anti-NS-Einstellung. Wie weitere Analysen ergaben, mußten etwa dreimal so viele Untersuchungspersonen mit parteipolitischer Erfahrung aus Weimar oder dem Kaiserreich ihre Berufskarriere im Dritten Reich unterbrechen wie die ohne parteipolitische Erfahrungen vor 1933.

Wie stark sich parteipolitisches Engagement vor 1933 im Dritten Reich auf die Berufskarriere negativ auswirkte, wird auch an folgendem Ergebnis deutlich: 231 Untersuchungspersonen sind erst nach 1945 zum ersten Mal parteipolitisch aktiv geworden, 142 von ihnen standen 1933 bereits im Berufsleben; alle diese 142 Untersuchungspersonen hatten jedoch keine parteipolitische Vergangenheit vor 1933, nur 18 % von ihnen mußten eine Unterbrechung ihres beruflichen Werdeganges im Dritten Reich in Kauf nehmen gegenüber einem Gesamtanteil von 30 %.

Zusätzlich zum umfassenden Untersuchungsaspekt der generellen politischen Erfahrung oder politischen Abstinenz vor 1933 konnte mittels der analytischen Kategorie "Konstanz der politischen Ausrichtung" überprüft werden, ob die erzielten Ergebnisse und aufgestellten Thesen einer

weiteren empirischen Kontrolle standhielten: Diejenigen, die ihre Berufskarriere unterbrechen mußten, sind in ihrer politischen Ausrichtung stärker konstant (58 %) bzw. "ähnlich" (24 %) geblieben als diejenigen, die ihre Berufskarriere fortsetzen konnten (14 % konstant, 24 % ähnlich). Nur wenige haben sich nach 1945 - hinsichtlich der politischen Ausrichtung - in "linkeren" Parteien angesiedelt; keiner von diesen mußte während der NS-Herrschaft eine berufliche Einschränkung hinnehmen, alle hatten sich mit dem System zumindest arrangiert.

b. Die Interdependenz zwischen politischer Einstellung zum NS-Regime und der Berufskarriere

In welchem Maße der Verlauf des beruflichen Werdeganges im Dritten Reich eine positive oder negative NS-Einstellung beeinflusste oder umgekehrt die NS-Einstellung die beruflich bedingte Situation entscheidend mitgeprägt hat, lassen die folgenden empirischen Zahlen deutlich werden: Von denjenigen mit Berufsabbruch bzw. -unterbrechung im Dritten Reich waren 94 % auch definitiv NS-Gegner und berichteten über Schutzhaft und KZ-Aufenthalte, Gestapo-Verfolgungen, Mitgliedschaft in Widerstandskreisen, Zwangsarbeitslager, sonstige Verfolgungen und zeitweilige Verhaftungen sowie Amtsenthebungen. Wie schon weiter oben geschildert, fand das zwischen 1933 und 1945 in unterschiedlicher Form praktizierte negative Verhalten zum NS-Regime seinen Niederschlag darin, daß abhängig vom Grad der Ablehnung und Bekämpfung des Systems sich für den einzelnen Minister unterschiedliche

persönliche Konsequenzen ergaben. Bei einer Skalenbildung von der vergleichsweise mildesten Form der "Amtsenthebung" bis zur stärksten "KZ-Aufenthalte" wurde folgender Trend sichtbar: Je schwächer die Art der Widerstandstätigkeit war, desto geringer war auch die berufliche Beeinträchtigung. Die Mitgliedschaft zur Bekennenden Kirche hatte beispielsweise in den hier vorliegenden Fällen keine Beeinträchtigung der beruflichen Karriere zur Folge; je stärker der einzelne Minister persönlich vom Regime verfolgt wurde (aufgrund gesteigerter Anti-NS-Aktivitäten), in desto höherem Maße war es unmöglich, die berufliche Laufbahn fortzusetzen: Beispielsweise mußten 90 % aller derjenigen, die zeitweilig im KZ saßen, auch bereits vor diesen Haftaufenthalten ihren ursprünglichen Beruf aufgeben, ebenso 71 % aller derjenigen, die verfolgt und zeitweilig verhaftet waren, 63 % derjenigen, die über Schutzhaftstrafen berichten und 66 % aller von der Gestapo Verfolgten.

In welchem kausalem Zusammenhang bzw. in welcher zeitlichen Reihenfolge die zwangsweise Unterbrechung der Berufslaufbahn und konkretes gegnerschaftliches Verhalten im NS-Reich standen, d.h. welcher Art die Interdependenz war, konnte nicht immer herausgearbeitet werden, da oftmals konkrete Zeitangaben fehlten; erkennbar war jedoch, daß der Berufsabbruch bzw. der Zeitpunkt der Unterbrechung der beruflichen Laufbahn überwiegend 1933 und 1934 erfolgte, wenn nicht bereits parallel dazu Anti-NS-Aktivitäten vorlagen, führte die Berufslaufbahnunterbrechung dann direkt zum aktiven Engagement in unterschiedlicher Intensität gegen das NS-Regime.

Darüber hinaus zeigte sich, daß die Unterbrechung der Berufskarriere allein schon ausreichte, um im Dritten Reich zumindest als "nicht-systemkonform" bzw. "unzuverlässig" eingestuft zu werden, was beispielsweise auch an diesem Punkt die Analyse der Teilnahme am zweiten Weltkrieg verdeutlichte; diese Personen waren zu 75 % nicht aktive Kriegsteilnehmer (von der gesamten Untersuchungsgruppe waren es 47 %), nur 23 % von ihnen haben aktive Fronterfahrung (gegenüber 43 % der gesamten Untersuchungsgruppe). Von allen übrigen Ministern, die auch während der Zeit der NS-Herrschaft ihre berufliche Laufbahn fortsetzen und teilweise im Dritten Reich berufliche Karriere machten, sind nur 20 % ausgesprochene Systemgegner gewesen, die auch nur in geringem Maße von Haftaufenthalten etc. betroffen waren. In nur 4 Fällen (alle gehörten zur politischen Generation 1) wurde festgestellt, daß nach einer Berufswegunterbrechung eine neue Berufskarriere gestartet wurde und das Arrangement mit dem NS-Regime sich so gestaltete, daß sich im Laufe der Jahre sogar eine positive NS-Einstellung entwickelte, was aus Beitritten in NS-Organisationen (Gestapo, NS-Nebenorganisationen) deutlich wurde; bei allen anderen, die nach 1933 eine Berufskarriereunterbrechung hinnehmen mußten, werden bis 1945 keine positiven Verhaltensmerkmale zum NS-Regime erkennbar.

In einigen Fällen dürfte die zwangsweise Unterbrechung der beruflichen Laufbahn ein Faktor gewesen sein, der die Emigration ins Ausland ausgelöst bzw. mit beeinflußt hat; von den Emigranten konnten zwei aus Altersgründen durch die Errichtung des NS-Reiches keine Unterbrechung ihrer Berufskarriere erfahren, von den übrigen berichten alle über eine unterbrochene Berufskarriere, die ausschließlich vor der Emigrationsphase lag.

Diese Analysen sollten einerseits zeigen, in welchem Umfang das Anti-NS-Verhalten der späteren Landesminister in ihrem Werdegang bis 1933 begründet lag, andererseits, wie dieses spezifische Anti-NS-Verhalten die Nachkriegswerdegänge mitgeprägt hat.

5. Positives NS-Verhalten

a. Karrierekontinuität als Folge der Akzeptierung oder Unterstützung des NS-Regimes

In einem zweiten Abschnitt dieses Kapitels ist zu prüfen, wodurch sich unter den eben entwickelten generellen Aspekten diejenigen auszeichnen, denen eine positive bzw. indifferent-positive Einstellung zum NS-System gemeinsam war: Wie groß ist diese Gruppe, welcher Art war ihr positives NS-Engagement, welchen politischen Werdegang hatten sie bis 1933 und wie haben sich im Vergleich zu den NS-Gegnern ihre privatberuflichen Karrieren im Dritten Reich und ihr politischer Nachkriegswerdegang gestaltet?

Wie in Tabelle 7 dargestellt, waren definitiv über 25 Minister Informationen zu erhalten, die eindeutig darauf schließen ließen, daß diese Personen in den 12 Jahren der NS-Herrschaft Mitglieder in NS-Haupt-, Neben- oder Sonderorganisationen waren. Weiteren 78 Ministern konnte empirisch ein indifferentes NS-Verhalten nachgewiesen werden, so daß insgesamt 103 grundsätzlich als "positiv" eingestuft wurden (das sind rd. 25 % der gesamten Erhebungsgruppe). Beyme kommt für sein sample vergleichsweise auf 10 % definitiver NS-Mitglieder, macht aber keine Aussagen darüber, ob und wieviele indifferent-positive in seiner Untersuchungsgruppe waren²⁷.

Diese 78 als "indifferent" eingestuft haben nicht zu erkennen gegeben, daß sie sich während des Dritten Reiches in irgendeiner Form nach außen hin erkennbar vom NS-System distanzieren, geschweige denn das System in irgendeiner Form bekämpfen, sondern sie müssen sich überwiegend positiv arrangiert haben, was anhand der beruflichen Karriere deutlich wurde: Sie haben kontinuierliche, in den jeweiligen Status-Hierarchien aufsteigende Berufskarrieren absolviert, sie sind weiterhin ihren sozialen Aktivitäten nachgegangen, so daß sich keine Anhaltspunkte ergaben, die für eine kritische, ablehnende Haltung gegenüber den NS-Machthabern sprachen.

Ausgehend von der These, daß Personen mit politischen Ambitionen nach 1945 es nicht versäumt haben, nach Kriegsende auf ihre antifaschistische Vergangenheit und ihr gegnerschaftliches Verhalten zum Dritten Reich öffentlich hinzuweisen und es anhand konkreter Fakten zu belegen, um damit einerseits das "Placet" für eine politische Betätigung durch die alliierten Machthaber nach 1945 zu erhalten und andererseits dieses Anti-NS-Verhalten als Mittel für die eigene Karriere fördernd und beschleunigend einzusetzen, können die Minister, in deren Lebensläufen keinerlei Hinweise auf ein derartiges negatives Verhalten im und zum Dritten Reich zu finden waren, sondern im Gegenteil die beruflichen Karrieren zumal im Öffentlichen Dienst auffällig konstant und sogar rasch aufsteigend verliefen, als latent positiv (indifferent-positiv) eingestuft werden.

Nur zwei der 25 definitiv in NS-Organisationen aktiven Untersuchungspersonen haben nach 1933 ihren beruflichen Werdegang abgebrochen, wobei die Motive dafür unklar blieben; beide beginnen eine neue Berufskarriere und setzen nach 1945 den vor Errichtung des NS-Reiches ausgeübten Berufsweg fort: Der Eintritt in die NS-Gliederungen erfolgte bei über zwei Dritteln in der unmittelbaren Gründungsphase 1933/1934. Rd. 30 % der definitiven NS-Aktivisten waren schon in Weimar parteipolitisch in rechts-stehenden Parteien aktiv, für die übrigen 70 % ist der Beitritt in eine NS-Gliederung das erste politische Engagement. Nur einer derjenigen Minister, die sich bereits im Kaiserreich parteipolitisch banden, wird nach 1933 in einer NS-Organisation aktiv; dagegen setzen 18 % derjenigen, die in Weimar ihren ersten Parteibeitritt vollziehen, über den Systemwechsel 1932/1933 hinaus die politische Arbeit in NS-Organisationen fort. Die restlichen 40 % der positiv zum NS-System eingestellten späteren Minister vollziehen ihren ersten Parteibeitritt nach dem Ende des 2. Weltkrieges.

b. Politische Erfahrungen vor 1933

Analysiert man unter diesem Aspekt der "politischen Erfahrung vor 1933" die gesamte Gruppe der positiv-indifferenten späteren Landesminister, so zeigt sich, daß diese zu 75 % erst nach 1945 zum ersten Mal in politische Parteien gingen, rd. 23 % bereits über Partiererfahrung in Weimarer Rechtsparteien verfügten, wobei deren indifferente Haltung im Dritten Reich den Schluß zuläßt, daß sie mit der Machtübernahme der

Nationalsozialisten nicht unbedingt "unzufrieden" waren. Überwiegend aber treten die NS-Indifferenten insbesondere in der unmittelbaren Nachkriegsphase zwischen 1945 und 1949 den Nachkriegsparteien bei; die Motivationen für diesen Entschluß ("echtes" Engagement zur Verhinderung einer erneuten Diktatur oder nur "äußerliches" Bekenntnis zum demokratischen Parteienstaat?) können nicht eruiert werden: Sollten die erreichten beruflichen Positionen in der Verwaltung (insbesondere im Justizdienst), die während des Dritten Reiches übernommen wurden, nicht gefährdet werden, so daß der sofortige Beitritt in eine demokratische Nachkriegspartei zumindest nach außen hin die Akzeptierung der neuen politischen Verhältnisse dokumentierte?

Davon unabhängig wird die schon weiter oben geschilderte Tendenz sichtbar: Die im Kaiserreich einer Partei beigetretenen Untersuchungspersonen waren kaum anfällig für ein positives NS-Verhalten (nur ein Minister wird NS-Mitglied) im Unterschied zu denjenigen, die sich in Weimar zum ersten Mal parteipolitisch banden; die Parteiidentifikation war aufgrund der längeren Parteizugehörigkeit offenbar größer.

War eine geringe Kriegsteilnahme bei den NS-Gegnern festzustellen, so zeichnen sich die positiv zum NS-System eingestellten Untersuchungspersonen durch einen hohen Anteil sowohl von aktiven Kriegsteilnehmern als auch von Inhabern militärischer Ränge aus; rd. 40 % aller Minister, die am 2. Weltkrieg im Offiziersrang teilnahmen, waren zugleich auch positiv zum NS-System eingestellt.

c. Das Beitrittsverhalten nach 1945

Bezüglich des Zeitpunkts des Beitritts nach 1945 in die Partei, mit der die erste Berufung ins Kabinett erfolgte, waren bemerkenswerte Unterschiede zwischen den aktiv-positiven und den nur indifferent-positiven Personen zu beobachten: Aktive NS-Mitglieder treten nach 1945 im Vergleich zu NS-Gegnern und auch zu den positiv-indifferenten erst zu einem späteren Zeitpunkt den Nachkriegsparteien bei, was u.a. auch daran lag, daß einige der von ihnen bevorzugten Parteien erst nach der unmittelbaren Gründungsphase des westdeutschen Parteiensystems (z.B. der BHE 1950) entstanden. Dies wird sehr deutlich an der Aufgliederung des Zeitpunktes des Eintritts in die spätere Landesministerpartei: Die NS-Aktiven ließen tendenziell - unabhängig von objektiven Systembedingungen - nach dem Zusammenbruch erst eine gewisse "Anstandsfrist" verstreichen, bevor sie sich parteipolitisch binden²⁸. Das nicht direkt aktive Engagement in NS-Gliederungen der indifferent-positiv eingestellten Untersuchungspersonen hat eher dazu geführt, sich frühzeitiger zu engagieren und die Partei, mit der die erste Ernennung zum Landesminister erfolgte, nach 1945 nicht mehr zu wechseln.

Einige Mitglieder der gesamten Untersuchungsgruppe konnten aus Altersgründen weder positive noch negative Verhaltensmuster gegenüber der nationalsozialistischen Herrschaft entwickeln. Bei ihnen zeigt sich, daß offensichtlich aber das passive Miterleben insbesondere der Kriegsjahre 1939-1945 einen frühzeitigen, direkten Parteibeitritt nach Kriegsende bewirkt haben kann: 70 §

treten in einer Lebensphase noch vor Beginn der Berufskarriere bei, sie waren überdurchschnittlich jung (25,3 Jahre) im Verhältnis zu all denen, die während der NS-Herrschaft in Deutschland lebten und nicht zeitweilig emigriert waren (32,5 Jahre im Durchschnitt).

d. Positive NS-Einstellung und innerparteilicher Aufstieg in den Nachkriegsparteien

Abschließend soll an dieser Stelle die Problematik der politischen Aufstiegsgeschwindigkeit nach 1945 angesprochen werden, die detailliert auch zentraler Untersuchungsgegenstand der Kapitel sein wird, die sich mit dem innerparteilichen und parlamentarischen Werdegang nach 1945 beschäftigen.

Zunächst soll anhand der ehemaligen NS-Aktiven überprüft werden, ob sie sich bezüglich ihrer innerparteilichen und parlamentarischen Aufstiegsgeschwindigkeiten nach 1945 von denen unterscheiden, die keinerlei NS-Belastung beim politischen Karrierestart nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reiches hatten: Im Durchschnitt haben die NS-Aktiven zwei Jahre nach dem Beitritt in ihre Nachkriegspartei das erste Parteiamt übernommen. Dieses pauschale Ergebnis, das mit Hilfe der allgemeinen Frage des Zeitpunkts des Parteibeitritts und Übernahme des ersten Parteiambtes erzielt wurde, muß unter einer vergleichenden Perspektive weiter differenziert werden (Tab. XLII, Anhang). Es lassen sich vier Schlußfolgerungen ziehen:

1. Minister, die im NS-Reich aus Altersgründen weder eine positive noch negative Einstellung zum NS-Regime entwickeln konnten, haben vergleichsweise die längsten Bewährungszeiten in den Basisorganisationen ihrer Parteien zu absolvieren (durchschnittlich 5 Jahre), bevor ihnen die Wahl in eine kommunale Führungsposition gelingt. Auch bezüglich des weiteren innerparteilichen Werdeganges ist diese Gruppe durch vergleichsweise lange innerparteiliche "Qualifizierungszeiten" gekennzeichnet; durchschnittlich nach 8,5 Jahren - gemessen vom Zeitpunkt der ersten Übernahme einer kommunalen Parteiführungsposition - gelingt es ihnen, auf Bundesebene in Führungsämter einzurücken.
2. Unabhängig von einem spezifisch positiven oder negativen NS-Verhalten haben die Untersuchungspersonen zwischen 2 und knapp 3 Jahren benötigt, um das erste Parteiamt auf kommunaler Ebene zu übernehmen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen wird hier schon sichtbar, daß innerparteiliche Aufstiegsprozesse in der Regel von der kommunalen Ebene über die Landes- in die Bundesebene verlaufen. Eine gegnerschaftliche Einstellung zum NS-Regime bedeutete offenbar keine Gewähr dafür, nach 1945 innerhalb der Partei einen wesentlichen Startvorteil zu erhalten, allerdings haben die Minister mit negativem NS-Verhalten dann, wenn sie erst einmal ein kommunales Parteiführungsamt bekleideten, nur durchschnittlich weitere drei Jahre benötigt, um bis zur Bundesebene in Führungsämter vorzudringen; die Minister mit positiver bzw. indifferent-positiver Einstellung benötigten dagegen im Durchschnitt 3,6 bzw. 5,1 Jahre.

3. Definitiv positives Verhalten zum NS-Reich scheint innerparteilich kein aufstiegshemmender Faktor gewesen zu sein, ebenso wie Emigranten sogar durchschnittlich länger brauchten als positiv eingestellte Untersuchungspersonen, um in Parteiämter der jeweils höheren Funktionsebene gewählt zu werden. Diese Ergebnisse lassen sich noch dahingehend interpretieren, daß die NS-Vergangenheit nicht nur bei der Bewerbung um kommunale, sondern auch bei der Kandidatur für Parteiämter auf höherliegenden Funktionsebenen kaum ein karriereverzögerndes Moment war, obwohl zu erwarten gewesen wäre, daß gerade in den ersten Nachkriegsjahren die NS-Vergangenheit besonders kritisch überprüft wurde, wenn es um die Besetzung von Ämtern ging, die eine Partei nach außen repräsentierten (z.B. Landes- oder Bundesvorstand).
4. Wesentliche Differenzierungen werden jedoch dann sichtbar, wenn man den innerparteilichen und parlamentarischen Werdegang der NS-Aktiven nach 1945 in den verschiedenen Nachkriegsparteien analysiert. Dabei zeigte sich, daß diejenigen, die sich 1950 oder später dem BHE anschlossen, mit durchschnittlich 1,8 Jahren den schnellsten innerparteilichen Aufstieg (CDU: 2,3; FDP: 2,0) hatten im Verhältnis zu denjenigen NS-Aktiven, die sich anderen Parteien nach 1945 anschlossen.

Diese Tendenzen werden bestätigt durch die Auswertung der Ergebnisse zur Frage der Zeitdauer zwischen Parteibeitritt und erster Übernahme eines parlamentarischen Wahlamtes nach 1945: Die Präsentation von Personen für öffentliche Wahlämter, denen eine positive Einstellung im NS-Reich nachgewiesen werden konnte, haben die

Parteien bis auf den BHE/GB offenbar - im Gegensatz zu innerparteilichen Wahlen - nicht so schnell gewagt. BHE/GB-Minister mit aktivem Pro-NS-Engagement übernahmen durchschnittlich nach 0,8 Jahren ihr erstes parlamentarisches Amt (Landtagsmandat, zum größten Teil noch im Jahr des Parteibeitritts 1950), CDU-Minister nach 2,5 Jahren und SPD- und FDP-Minister mit positivem NS-Engagement nach durchschnittlich 5 Jahren.

Auch der erste Einzug in eine Landesregierung gelang den im NS-Reich aktiv gewesenen am schnellsten, die sich dem BHE/GB anschlossen; nach durchschnittlich 4,8 Jahren (CDU: 11; SPD: 8,5; FDP: 5 Jahren). Die politischen Aufstiege der NS-Aktiven vollzogen sich vergleichsweise in kürzerer Zeit als die derjenigen, die keine NS-Aktivitäten nachzuweisen hatten; dabei gelangten insbesondere diejenigen außergewöhnlich schnell in legislative und exekutive Positionen auf Landesebene, die - wie geschildert - sich dem BHE/GB anschlossen, einer Partei, deren Mitglied- und Wählerschaft - doch zu einem großen Teil NS-Aktivitäten anders (positiver) beurteilte als die der anderen Nachkriegsparteien. Ohne auf die Ergebnisse der Analyse der innerparteilichen und parlamentarisch-politischen Karriere nach 1945 im Vorgriff einzugehen, wird jedoch schon hier sichtbar, daß - gemessen an denjenigen mit positiver NS-Vergangenheit - auch innerparteiliche Karrieren in der FDP vergleichsweise zügiger verliefen, als die in den beiden großen Volksparteien CDU und SPD, was im einzelnen empirisch noch ausgearbeitet wird.

Nachdem die Phase zwischen 1933 und 1945 unter einigen Fragestellungen im Hinblick auf die systemspezifische Bedeutung eines bestimmten Verhaltens und den Wirkungszusammenhang auf den individuellen Lebenslauf analysiert wurde und verschiedene Verhaltensmuster mit den daraus resultierenden Folgewirkungen skizziert wurden - z.B. in welchem engen Zusammenhang das NS-Verhalten zu dem vor 1933 stand - wird im folgenden der privatberufliche und politische Werdegang der Minister nach 1945 detailliert beschrieben und analysiert werden.

VIII. Die privatberufliche Karriere: Fachwissen in der Politik und die Professionalisierung der Politik¹

Anknüpfend an die Analyse zur Struktur und Funktion des Bildungs- und Ausbildungssystems wird der an die Ausbildungsphase anschließende Lebensabschnitt - die Berufskarriere² - unter mehreren Aspekten systematisch vergleichend darzustellen und zu interpretieren sein, wobei von folgenden sechs Fragestellungen ausgegangen wurde:

1. Wir eine eventuell hauptberufliche politische Betätigung (Politik als Beruf) unmittelbar nach Ausbildungsende begonnen, wann endet die privatberufliche Karriere, und wann beginnt die hauptberufliche politische Betätigung?
2. Mit welchen privatberuflichen Erfahrungen wurden die hauptberuflichen politischen Exekutivämter auf Landesebene übernommen, d.h., in welchen Berufsbereichen und -positionen fand die fachliche Qualifizierung der späteren Minister statt?
3. Welche Rolle spielt eine fachliche Qualifizierung in Ausbildung und Beruf für eine spezifische fachbezogene politische Betätigung? Gibt es Tendenzen zur Expertenherrschaft in politischen Exekutivämtern, d.h., liegt eine Identität zwischen Ausbildungsrichtung, Berufsausübung und politischer Tätigkeit vor? Es ist anzunehmen, daß nicht die Tätigkeit in speziellen Berufsbereichen bzw. -sektoren die Chance für eine erfolgreiche politische Karriere eröffnet, sondern

daß das Erreichen bestimmter Positionen in den verschiedenen Berufssektoren das wesentliche Kriterium der Qualifikation für einen Aufstieg im politischen System darstellt.

4. Was sind die bevorzugten privatberuflichen Rekrutierungsfelder der Landesexekutiven und in welchen Berufsrollen hat sich das politische Führungspersonal überwiegend qualifiziert? Welcher Art ist das cross-over, d.h. welche Berufsgruppen dringen vorwiegend in den politischen Raum ein³? Damit ist die Frage nach Tendenzen der Verbeamtung der Politik angeschnitten.
5. Wie verläuft die privatberufliche Karriere zwischen der ersten Wahl in den Landtag und der ersten Kabinettsberufung, ist bei denjenigen mit mehrfacher Kabinettsberufung überhaupt noch von einer "parallel" zum politischen Beruf verlaufenden privatberuflichen Karriere zu sprechen?
6. Gibt es ein direktes cross-over in die Landeskabinette aus beispielsweise einer hauptberuflichen Verbandstätigkeit oder einer führenden Funktion in der Privatwirtschaft unter Umgehung einer Partei- und/oder parlamentarischen Karriere⁴?

Die Lebensläufe der 420 Minister boten gerade unter dem Aspekt ihrer privatberuflichen Werdegänge eine Vielfalt von wechselnden Berufspositionen in den unterschiedlichsten Funktionsbereichen, was eine vergleichende Analyse vor fast unlösbare Probleme stellte. Diese Probleme traten bei Analysen von Führungsgruppen anderer Funk-

tionsbereiche - beispielsweise der privaten Wirtschaft - nicht in dieser Deutlichkeit auf, "die Mehrheit (68 %) hat ihr ganzes bisheriges Arbeitsleben in der Wirtschaft verbracht"⁵.

In der vorliegenden Studie mußten jedoch gleichartige Beschäftigungen (gleiche Tätigkeitsmerkmale), die z.T. historisch bedingt unterschiedliche Bezeichnungen trugen, für eine qualitative Auswertung erkannt und analytisch zusammengefaßt werden, ohne z.B. relevante Status-Unterschiede zu verwischen. Andererseits mußten die differenzierten Berufssektoren, in denen Tätigkeiten wahrgenommen wurden, zu analytisch auswertbaren, umfassenden Berufsfeldern addiert werden; auf diese Schwierigkeiten hat beispielsweise Kruk hingewiesen⁶. Dabei wurde von zwei Prämissen ausgegangen: Es galt, den hauptsächlichen level zu eruieren, den die Untersuchungsperson innerhalb einer Berufsstatus-Skala erreicht hatte⁷ und darüber hinaus festzustellen, wo inhaltlich (fach- und sachbezogen) das hauptsächliche Betätigungsfeld der vorministeriellen Tätigkeit lag: z. B. in der freien Wirtschaft, im Verbandswesen oder im Öffentlichen Dienst. Aus welchem Berufsbe- reich das unmittelbare cross-over in die hauptberufliche Landesministertätigkeit erfolgte, war ein weiterer Untersuchungsaspekt. Auf den Versuch, wie Herzog "Biographische Profile"⁸ zu entwickeln, wurde verzichtet, jedoch konnten auf-grund der Analyse des erhobenen Materials Zusammenhänge zwischen Ausbildung, Berufskarriere und politischer Laufbahn herausgearbeitet werden.

1. Zusammenhänge zwischen Ausbildung, Berufskarriere
und politischer Betätigung

Um diesen Problemaspekt zu lösen, war es notwendig, noch einmal auf den unterschiedlichen Ausbildungsmodus zurückzugreifen und danach zu fragen, ob aus dem level "akademische" und "nicht-akademische" Ausbildung und der sich anschließenden fach-beruflichen Spezialisierung bereits für die spätere politische Arbeit eine inhaltliche Identität abzuleiten war. Wie bereits oben aufgezeigt, bestand bei 30 % der Minister keine Konstanz einer fachlichen Spezialisierung seit der Ausbildungszeit; 50 % waren über Ausbildungsrichtung und berufliche Betätigung auch im politischen Bereich inhaltlich auf die gleichen Sach- und Fachgebiete spezialisiert, was darin zum Ausdruck kam, daß dann jeweils auch das entsprechende fachspezifische Ressort übernommen wurde, in dem man Berufs- und Ausbildungserfahrung vorweisen konnte.

Diese Unterschiedlichkeiten bezüglich Konstanz oder Flexibilität einer fachlichen Qualifikation können u.a. mit den verschiedenen Ausbildungsarten und -werdegängen in Verbindung gebracht werden:

1. Überdurchschnittlich viele Minister, die im Rahmen ihrer (exklusiven oder flexiblen) Ausbildung ein Hochschulstudium aufnahmen, haben eine Konstanz fachlicher Qualifikation und Spezialisierung aufzuweisen, die von der Ausbildungsphase über die Berufslaufbahn bis zur politischen Betätigung beibehalten und dort fortgesetzt wird; sie sind als Experten und Fachleute für spezifische Fachgebiete zu bezeichnen, was sicherlich

beim Nominierungsprozeß ein wesentlicher Faktor für ihre Ernennung war. Die akademische Ausbildung prägt ganz deutlich fachlich-inhaltlich den einzelnen mehr als eine "nur" nichtakademische Ausbildung.

2. Dementsprechend haben die Minister ohne eine akademische Ausbildungsphase überdurchschnittlich häufig keine Konstanz ihrer fachlichen Qualifikation aufzuweisen; bzw. überdurchschnittlich viele von ihnen haben sich erst im politischen Bereich fachlich spezialisiert.

Das Ausbildungsniveau determiniert demnach die anschließende berufliche Laufbahn und strukturiert auch indirekt damit die spätere politisch-inhaltliche Spezialisierung vor.

Wie im Kapitel "Generationszugehörigkeit" bereits erläutert, haben die Systembrüche oftmals Unterbrechungen bzw. den Abbruch begonnener Ausbildungs- und Berufsphasen bewirkt. Es war festzustellen, daß eine nichtkontinuierlich verlaufene, unterbrochene Ausbildung zu außerordentlich früher politischer Aktivität führte; daraus ergab sich, daß oftmals nach Ende der Ausbildungszeit parallel eine berufliche und politische Laufbahn zugleich begann bzw. Politik sogar als erste und zugleich einzige hauptberufliche Tätigkeit ausgeübt wurde: In der Entwicklung dieses Politikertyps, der ohne theoretische wie praktische Qualifizierung in die hauptberufliche Politik geht, liegen für Altmann gewisse Gefahren: "Hingegen fehlt es an Abgeordneten, die die Fähigkeit haben, die einzelnen Sachfragen in den größeren Perspektiven der Politik zu sehen. Dieser Mangel vor allem ist es, der dazu führt, daß junge

Leute ohne Berufserfahrung mit so viel Erfolg versuchen können, die Details der Politik ideologisch einzufärben"⁹. ... "Nicht daß es so viele Berufspolitiker gibt, ist bedrückend, sondern daß sie so jung sind und so ausschließlich auf ihre Organisationserfahrung angewiesen"¹⁰.

In vielen Fällen ist diese hauptberufliche politische Orientierung erst im Zusammenhang mit einem spezifisch verlaufenen Ausbildungsgang zu sehen und zu erklären: Bei 42 % der Minister dieses Nachschulkarrieretyps (Berufspolitiker nach Ausbildungsende) lag eine Unterbrechung während der Schulzeit, zwischen Schulzeit und Studium bzw. in der Studienphase selbst vor, d.h., Unterbrechungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Ausbildungsphase begünstigten sofortige politische Aktivität bei Berufsbeginn und führten in einigen Fällen sogar zur unmittelbaren hauptberuflichen politischen Betätigung nach Abschluß der Ausbildung. Dabei handelte es sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, um abgeschlossene Ausbildungen. Daß mit einer abgebrochenen Ausbildung direkt eine hauptberufliche politische Betätigung übernommen wurde, hat auch Beyme nur in Ausnahmen festgestellt. "Die deutsche Berufs-ideologie und die Abneigung gegen Männer mit nicht abgeschlossener Ausbildung und ohne Beruf leben in der Politikerrekrutierung fort. Trotz fortschreitendem Zwang zu relativ früher Professionalisierung in der Politik ist der berufslose "Nurpolitiker" (womit Beyme diejenigen ohne abgeschlossene Ausbildung meinen dürfte) noch immer eine seltene Ausnahme in der Bundesrepublik"¹¹. Dagegen war bei den Landesministern, die nach der nicht-akademischen Ausbildung erst eine Berufskarriere durchliefen, bevor sie politisch sich engagierten, zu beobachten, daß nur 12 % von ihnen eine unterbrochene Ausbildungsphase besaßen. Darüber hinaus war festzustellen, daß

die akademische Ausbildung häufiger unterbrochen wurde als die nichtakademische Ausbildung, was z.T. auf die längere Dauer des Studiums gegenüber der Lehre zurückgeführt werden kann. Diejenigen Minister, die ihre privat-berufliche und ihre politische Karriere nach der Ausbildung zugleich ("parallel") beginnen, haben in großem Umfang (84 %) bereits in der Schul- oder folgenden Ausbildungszeit mit politischen Aktivitäten begonnen (Tab. XLIII, Anhang).

Der Zeitpunkt des Beginns allgemeiner politischer Aktivität in Form von sozial-politischem Engagement hat aber auch den effektiven Beginn der politischen Karriere (definiert als Zeitpunkt des Parteibeitritts) beeinflusst: je früher die Minister begannen, politisch aktiv zu werden, desto kontinuierlicher blieben sie auch politisch aktiv und starteten oftmals die politische Karriere noch vor der beruflichen. Herzogs Ergebnis, "für alle Parteien gilt, daß - obwohl der Parteibeitritt häufig schon in der Ausbildungsphase erfolgte - die politische Karriere zu rd. 90 % erst nach Abschluß der Ausbildung beginnt"¹², konnte im großen und ganzen unterstrichen werden. Die frühe politische Betätigung bereits während der Schulausbildung dürfte dazu geführt haben, "politische" Fächer in der akademischen Ausbildungszeit zu wählen, wodurch bereits vor-strukturiert wurde, daß der Beginn von Beruf und Politik (oder Politik als Beruf) zeitlich zusammenfielen.

Spezifiziert man den Beginn politischer Aktivität auf den Zeitpunkt des ersten Parteibeitritts, so wird diese These unterstrichen: Diejenigen, die nach ihrem Studium eine berufliche und politische Laufbahn zugleich begannen, traten zu rd. 80 % bereits entweder in der Schulzeit oder der weiteren Ausbildung Parteien bei und sind damit bei Ausbildungsende bereits am Beginn oder in einer mehr oder weniger lange andauernden politischen Karriere, noch bevor sie ihre Berufskarriere starteten.

2. Die vorpolitische Berufskarriere: Die beruflichen Rekrutierungsfelder

Die vorpolitischen Berufskarrieren konnten für die Mitglieder der Landesregierungen getrennt nach den einzelnen Ländern aufgeschlüsselt werden, Schwerpunkt der Analyse war die Frage nach Erfahrung in Berufsfeldern und Berufsrollen. Die Berufskarrieren der Landesminister wiesen bezüglich ihrer Intensität und Flexibilität erhebliche Differenzen auf (Tab. XLIV, Anhang), was schon in den unterschiedlichen "Nachschul-Kariertypen" zum Ausdruck kam; so hatten einige wenige Minister nur eine einzige Berufsposition in einem Berufsbereich inne gehabt, andere wiesen maximal 14 verschiedene Informationen bezüglich des Rollenstatus oder des Funktionsbereiches ihrer Berufskarriere vor erster Ernennung auf¹³.

Da die beruflichen Positionssequenzen der 420 Untersuchungspersonen aufgrund der Vielzahl und -fältigkeit kaum vergleichbar waren, mußten die Ergebnisse auf einige analytische Fragestellungen reduziert werden, wie es in Tabelle 1 in einem vergleichenden Überblick zum Ausdruck kommt: Die verschiedenen Kategorien erfassen nicht chronologisch die Abfolge der einzelnen Berufspositions- bzw. Berufsbereichswechsel in den verschiedenen Tätigkeitssektoren¹⁴, sondern analysieren zusammenfassend jeweils den gesamten privatberuflichen Lebensabschnitt unter dem Aspekt, welche berufliche Tätigkeit in welchem Status zeitweilig ausgeübt wurde und in welchen ganz spezifischen Berufssparten jemals Erfahrungen beruflicher Art gesammelt wurden: Welche Interdependenz besteht zwischen dem Politikbereich und anderen gesellschaftlichen Berufsbereichen und welche Berufsbereiche werden im Rahmen der vorpolitischen Berufskarriere vorwiegend tangiert, so daß man von berufsspezifischen Rekrutierungsfeldern sprechen kann?

1. 24 % der Erhebungsgruppe war nur in einem Berufsbereich tätig, während die übrigen mindestens in zwei unterschiedlichen beruflichen Funktionsbereichen Erfahrungen sammelten (fluktuierende Berufserfahrung), womit der überwiegende Teil ein hohes Maß an beruflicher Mobilität besitzt, die teilweise - wie bereits im Kapitel über das NS-Verhalten ausgeführt wurde - systembedingte Bereichs- und Statusmobilität war. Hierbei werden Unterschiede der Mobilitätsgrade zwischen den Bundesländern sichtbar: geringe Berufsmobilität in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie in Schleswig-Holstein¹⁵, überdurchschnittliche in Bayern und Hessen.

Tabelle 1

Berufliche Rekrutierungsfelder und Berufserfahrung in spezifischen Berufsstaten
(nach Bundesländern)

Bundesland	Anzahl absolut	Berufsbereiche:			Berufserfahrung als:				selbst. Rechtsanwalt in %
		nur ein Bereich (einsige Berufserfahrung in %)	Erfahrungen in: Öffentl. Dienst in %	Gewerkschaften in %	Wirtschaft Industrie (auch Verband) in %	politisch Wahlbeamter in %	selbstständ. Unternehmer in %	Arbeiter in %	
Bayern	43	12	91	14	40	74	42	19	28
Nordrhein-Westfalen	59	21	67	13	65	50	40	29	24
Hamburg	54	32	57	11	74	36	36	17	21
Niedersachsen	48	20	65	6	77	54	54	20	17
Hessen	35	17	90	17	59	62	45	24	20
Schleswig-Holstein	43	31	70	7	65	42	44	28	16
Baden-Württemberg	63	22	78	8	54	48	47	21	24
Rheinland-Pfalz	31	26	74	10	61	42	35	19	19
Bremen	44	30	51	23	74	23	30	23	14
(N=420)	24		71	12	64	48	42	22	21

2. Die Analyse der Erfahrungen in spezifischen Berufsbereichen wurde auf drei Funktionsbereiche beschränkt, deren Bedeutung als Rekrutierungsfelder in traditionellen Fragestellungen nach der beruflichen Herkunft von politischem Führungspersonal herausgehoben wurden¹⁶:

- a) In welchem Umfang gelingt hauptamtlichem Gewerkschaftspersonal ein cross-over in die Politik über eine bestimmte Partei?
- b) Inwieweit werden Erfahrungen und Kenntnisse aus der "Freien Wirtschaft" in politische Führungsrollen miteingebracht?
- c) Ist eine "Verbeamtung" der Politik zu beobachten, d.h., in welchem Umfang hat das politische Führungspersonal in Wahrnehmung von Leitungsfunktionen in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes eigene (Detail-) Kenntnisse durch die frühere Ausübung von Berufsrollen in der Bürokratie¹⁷?

a. Die Gewerkschaften¹⁸

Knapp 12 % aller Minister hat mindestens zeitweise hauptberuflich bei einer Gewerkschaft gearbeitet; bei der Aufgliederung nach Bundesländern werden die engen personellen Verflechtungen zwischen Gewerkschaften und der SPD deutlich: Länder mit hohem Anteil an SPD-Kabinettsmitgliedern seit 1945/1946 haben dementsprechend auch einen höheren Anteil von Regierungs-Mitgliedern mit hauptberuflichen (z.T. ausschließlichen) Gewerkschaftsphasen (Bremen, Hessen). Die Länder mit anteilmäßiger CDU-Dominanz

oder wechselnden Regierungskoalitionen liegen - mit Ausnahme Bayerns - unter dem Durchschnitt (Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen). Überwiegend in den sozialen Ressorts waren die Untersuchungspersonen mit hauptberuflichen Gewerkschaftsphasen zu finden; reine "Gewerkschaftskabinette" waren zu keiner Zeit in einem Bundesland zu beobachten. Die Gewerkschaften sind damit vergleichsweise nur in begrenztem Umfang ein berufliches Rekrutierungsfeld, ohne daß verkannt wird, daß durch Mitgliedschaften und ehrenamtliche Funktionärseigenschaften einiger Landesregierungsmitglieder enge Verzahnungen bestehen.

Herzog folgert aus den Analysen der beruflichen Karrieren einiger Mitglieder seines samples, daß man deren "beruflich-politische Entwicklung als ein typisches Muster für diejenigen Angehörigen von Arbeiterberufen bezeichnen (könne), die über eine hauptberufliche Verbandstätigkeit, insbesondere in den Gewerkschaften, in politische Spitzenpositionen gelangen...". Nach Herzogs Auffassung seien "die Gewerkschaften die wichtigsten Selektionsmechanismen für die Rekrutierung politischer Spitzenfunktionäre aus der Arbeiterschaft"¹⁹; dieses Ergebnis konnte für die Landesebene bestätigt werden.

b. Die Freie Wirtschaft

Daß das cross-over aus der Wirtschaft in die Politik viel zu wenig erfolgt, beklagt Altmann am Beispiel des Engagements von Unternehmern in den politischen Parteien. "Der Appell 'Unternehmer in die Politik' hatte übrigens wenig Erfolg ... Denn ihre Belange werden gegenüber Parlament

und Regierung sowohl von Verbänden, was die Wirtschaftspolitik betrifft, wie von einer zahlreichen Lobby, was die speziellen Unternehmensbelange angeht, vertreten"²⁰...

Knapp 2/3 der Minister haben berufliche Erfahrungen in den unterschiedlichsten Bereichen dessen, was mit dem umfassenden Begriff "Freie Wirtschaft" bezeichnet wird; überdurchschnittlich viele wurden in den beiden Hansestädten Hamburg und Bremen (jeweils 74 % mit Berufserfahrung im Handels-, Industrie-, Wirtschaftsverbandsbereich) aus diesem Bereich rekrutiert, der in diesen beiden Ländern das "klassische" Rekrutierungsfeld darstellt - wie in Niedersachsen der landwirtschaftliche Bereich - bei vergleichsweise niedrigen Anteilen von Ministern mit Berufserfahrung im Öffentlichen Dienst, der als korrespondierender Berufsbereich sichtbar wird: Unterdurchschnittlich haben bayerische, baden-württembergische und hessische Landesminister in der freien Wirtschaft berufliche Erfahrungen gesammelt, dagegen aber überdurchschnittlich im Öffentlichen Dienst.

c. Der Öffentliche Dienst²¹

Die Bedeutung des Verwaltungssektors als Rekrutierungsbereich auch für Führungsgruppen anderer Teileliten wird von Steinkemper unterstrichen, die auf die Ergebnisse der Wildenmann-Erhebung aus dem Jahr 1968 zurückgreift. So rekrutieren sich z.B. von den in dieser Untersuchung befragten die Politiker zu 19,5 %, die Wirtschaftselite zu 9,3 % und die Wissenschaftler zu 8,7 % aus der Verwaltung²². 71 % der vorliegenden Untersuchungsgruppe verfügt zumindest über zeitlich begrenzte Erfahrungen in Berufsrollen

des Öffentlichen Dienstes, der insgesamt als dominierender Berufssektor bezeichnet werden muß, wobei diese Rollen von rd. 80 % im Beamtenstatus ausgeübt werden²³. Für die Mitglieder der Bundesregierung ist ein langfristiger erkennbarer Trend einer abnehmenden Bedeutung des Öffentlichen Dienstes als privatberufliches Rekrutierungsfeld zu beobachten²⁴, für die Landesexekutiven sind regionale Unterschiede festzustellen.

Auf die Problematik und die Folgewirkungen der Inkompatibilitätsbestimmungen soll hier nicht näher eingegangen werden²⁵, die enge Verzahnung zwischen Öffentlicher Verwaltung als einem zentralen Rekrutierungsfeld und der Politik ist deutlich erkennbar. Daß Beamte aufgrund der Inkompatibilitätsbestimmungen paradoxerweise geradezu begünstigt sind, öffentliche Mandate zu übernehmen, ist häufig beklagt worden. Erst jüngst hat Hoffmann anhand exemplarischer Fälle die Beförderungspraxis von Beamten, die dem Bundestag angehörten und sich nach dessen Auflösung 1972 befördern ließen, um dann erneut ein Bundestagsmandat zu übernehmen, kritisiert²⁶. Der finanzielle Aspekt wird von Klatt herausgestellt: "Da die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die Mehrzahl der hauptamtlich angestellten Partei- und Verbandsfunktionäre neben den Diäten im allgemeinen über ein zusätzliches Einkommen verfügen und kein nennenswertes Berufsrisiko eingehen, ist die Ausgangsposition für diese sozialen Gruppen, ein Mandat zu übernehmen, weitaus günstiger als für Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft und für selbständig sowie freiberuflich Tätige, die in ihrer Mehrheit die Einkommensverluste durch die Diäten nicht ausgleichen können und zudem häufig hinsichtlich ihrer beruflichen Karriere Risiken einkalkulieren müssen"²⁷. Auch Steffani wendet

sich gegen die extreme Überrepräsentation der im Öffentlichen Dienst stehenden; "permanente aktive politische Beteiligung aller Bürger zu erreichen, dürfte aber illusorisch bleiben, wenn die Bereitschaft, sich als Bewerber für den Ausleseprozeß parteioffizieller Kandidaten zur Verfügung zu stellen, d.h. der Zugang zum Parlament, trotz der Gewährung von Diäten nahezu ausschließlich auf finanziell gesicherte und abkömmliche Staatsbürger beschränkt bleibt"²⁸.

Unterdurchschnittlich ist der Anteil derjenigen mit Erfahrungen im Öffentlichen Dienst in Hamburg, Bremen und Niedersachsen, während dagegen von einigen Ausnahmen abgesehen in Bayern (91 %) und Hessen (90 %) - zwei Bundesländer mit unterschiedlicher Parteidominanz in den Nachkriegskabinetten - nach 1946 nur Politiker zu Ministern ernannt wurden, die ausschließlich oder zeitweilig während ihrer vordpolitischen Karriere dem Öffentlichen Dienst angehörten und mit diesen spezifischen Berufserfahrungen in der staatlichen Verwaltung²⁹ in eine politische Ressort-Verantwortung auf Landesebene berufen wurden.

3. Erfahrungen in unterschiedlichen Berufsrollen

In einem zweiten analytischen Querschnitt wird nach dem spezifischen Berufsstatus der Minister gefragt, **der** - z.T. funktionsbedingt an spezifische Berufsausübungen gebunden - im Laufe der Berufskarriere eingenommen wurde und Rückschlüsse auf das soziale Rekrutierungsniveau bei Eintritt in die Politik, später gezeigte Verhaltensweisen und -normen und in den politischen Ämtern entwickelte Wert- und Zielvorstellungen zuläßt.

Auch hierbei sollte nur auf vier spezifische Fragestellungen eingegangen werden, die die Relevanz einer beruflichen Status-Analyse unter dem Aspekt späteren politischen Rollenverhaltens deutlich machen:

1. Wie hoch ist der Anteil derjenigen Minister, die im Rahmen des beruflichen Werdeganges im Status eines politischen Wahl-Beamten hauptberuflich tätig waren, d.h., nicht nur über allgemeine Berufserfahrungen im Öffentlichen Dienst verfügen, sondern dort spezifisch politische Positionen (z.T. in öffentlichen Wahlgremien) zeitweilig bekleideten, und über diese berufs-"politischen" Kenntnisse bereits bei erstem Amtsantritt in einer Landesregierung verfügten. Diese Funktionen konnten auf kommunaler (Bürgermeister, Oberbürgermeister, Stadtrat), regionaler (Landrat, Kreisrat), provinzieller (Regierungspräsident) oder auf nationaler Ebene als Berufsparlamentarier³¹ oder politischer Beamter im Exekutiv-Bereich liegen.
2. Wieviele Mitglieder der Untersuchungsgruppe waren während des vorpolitischen beruflichen Werdeganges als Unternehmer selbständig tätig³²; hierbei muß wiederum auf die Zeit von 1933-1945 verwiesen werden, in der eine Gruppe von Ministern durch Berufsverbot o.ä. zwangsweise sich neue Existenzen teilweise vorübergehend aufbauen mußte und daher einer selbständigen Berufstätigkeit beispielsweise als Kleinunternehmer nachging.
3. Die zeitweilige selbständige Berufsausübung noch weiter spezifizierend ist zu fragen, wie hoch der Anteil derjenigen mit juristischer Berufserfahrung war. Hierauf wurde bereits im Kapitel der Ausbildungsrichtungen, als

die Frage nach dem Juristenmonopol angeschnitten wurde, eingegangen. Zur Klärung wurden diejenigen Minister noch gesondert quantifiziert, die während ihres Berufslebens selbständig praktizierende Rechtsanwälte waren oder vergleichbare rechtsberatende Tätigkeiten wahrnahmen. Der Anteil derjenigen mit juristischen Berufserfahrungen liegt jedoch noch erheblich höher als die Tabelle 1 zeigt, da viele Minister noch im Rahmen ihrer Beschäftigung in der Wirtschaft und dem Verbandswesen als Angestellte oder Beamte im Öffentlichen Dienst, bevorzugt in der Justizverwaltung (als Staatsanwälte, Richter etc.), in Rechtsämtern oder in sonstigen rechtsberatenden Funktionen tätig waren.

4. Wieviele der Minister haben eine berufliche Tätigkeit im Status eines Arbeiters (gelernter, ungelernter, Facharbeiter, Werkmeister u.ä.) ausgeübt; dabei wurden schwerpunktmäßig drei Zeitpunkte der Berufslaufbahn herausgearbeitet, zu denen ein Teil der Minister Arbeiter-Status besaß:

- a) zu Beginn ihrer Berufskarriere nach Abschluß (Nichtabschluß) einer nichtakademischen Ausbildung
- b) systembedingt unmittelbar nach 1933
- c) systembedingt unmittelbar nach Kriegsende 1945

Zu 1.: Erfahrungen in der hauptberuflichen Wahrnehmung
öffentlicher Wahlämter

Knapp die Hälfte der Landesexekutivmitglieder hat vor dem ersten Eintritt in eine Landesregierung hauptberuflich eine politische Wahlfunktion inne gehabt und verfügt damit bereits über Erfahrungen in Führungsrollen im Öffentlichen Dienst auf unterschiedlichen Organisations-Ebenen und Funktionsbereichen. Ähnlich den Ergebnissen der generellen Frage nach Berufserfahrungen im Öffentlichen Dienst, sind die Anteile in den Stadtstaaten Hamburg (36 %) und Bremen (23 %) unterdurchschnittlich niedrig, was in diesen Bundesländern primär im Organisationsaufbau (Stadt-Staaten) durch das Fehlen unterhalb der Landesebene liegender Verwaltungseinheiten mit politischen Wahlpositionen an der Spitze liegt, in denen die späteren Landesminister (Senatoren) politische Erprobungsphasen hätten absolvieren können.

Erheblich überproportional ist der Anteil der Minister mit vorministeriellen Kenntnissen in diesen politischen Exekutivämtern in Bayern (74 %) und Hessen (62 %), wobei - wie später noch detaillierter ausgeführt wird - der Weg in das Landeskabinett in Bayern häufig über das Amt des Staatssekretärs lief und in Hessen die politischen Exekutivpositionen auf Gemeinde- und Stadtebene wesentliche berufs-politische Rekrutierungsfelder darstellten. Insbesondere für Hessen gilt, daß offenbar politische Verantwortung in der Kommunalpolitik in größerem Maße nicht als Karriereendziel angestrebt wird, sondern nur Sprungbrettfunktionen hat.

Ein Großteil der Minister hatte also bei Amtsantritt bereits Erfahrungen in Leitungs- und Entscheidungsrollen innerhalb der Bürokratie, wenn auch auf anderer Kompetenzebene, womit sie zumindest unter dem Aspekt der Kenntnisse von Entscheidungsabläufen in der Verwaltung später nicht gänzlich unvorbereitet in die politische Verantwortung auf Landesebene gelangten.

Zu 2.: Erfahrungen in selbständigen unternehmerischen Tätigkeiten

42 % der Minister waren während ihrer vorpolitischen Berufslaufbahn selbständig in Unternehmerfunktionen unterschiedlicher Dimensionen tätig³³; in Bremen, Rheinland-Pfalz und Hamburg waren es etwa 1/3 aller ernannten, in Niedersachsen über die Hälfte (überwiegend im landwirtschaftlichen Sektor). Die Art der selbständigen unternehmerischen Funktion lag dabei beispielsweise zwischen den Extremen "kleiner Einzelhändler" einerseits und "Großgrundbesitzern/Großunternehmern" andererseits, was unberücksichtigt blieb und eine weitere Differenzierung bedingt hätte, die kategorial abzugrenzen kaum möglich gewesen war. Aus diesem relativ hohen Anteil darf jedoch nicht gefolgert werden, daß eine selbständige berufliche Tätigkeit hauptberufliche, politische Karrieren begünstigt, da einschränkend angemerkt werden muß, daß diese selbständigen Tätigkeiten eben - wie im Kapitel über den Verlauf der Berufskarriere im Dritten Reich geschildert - teilweise systembedingt ausgeübt werden mußten, um das Existenzminimum im Dritten Reich oder in der unmittelbaren Nachkriegsphase zu sichern.

Zu 3.: Erfahrungen in freipraktizierenden rechtsbera-
tenden Tätigkeiten

Jeder 5. Minister war vor erster Berufung ins Landeskabinett während der vorpolitischen Berufslaufbahn zumindest zeitweilig selbständig juristisch tätig; dieser Anteil differiert zwischen den Bundesländern nur unwesentlich. Dies zeigt, daß der Rechtsanwaltberuf, der eben ganz überwiegend nicht nur eine vorübergehende berufliche Erwerbsquelle darstellt sondern längerfristig bereits durch ein Studium angestrebt werden muß, gute Chancen eröffnet, über politische Organisationen in politische Führungsämter aufzusteigen³⁴. Auch diejenigen, die nur begrenzte Zeit selbständige Rechtsanwälte waren und dann in den Öffentlichen (Justiz-)Dienst überwechselten (als Staatsanwälte, Richter, Gerichtspräsidenten etc.) sind ein Indiz dafür, in welchem starkem Maße eine juristische Ausbildung und eine folgende praktische berufliche Betätigung politisch Ambitionierten dienlich ist und Möglichkeiten für politische Karrieren eröffnet. Daher muß auch die These von Altmann - "Viel ernster zu nehmen ist jedoch die Tatsache, daß nicht nur die Unternehmer, sondern überhaupt die freien Berufe in den Parteien zahlenmäßig nur noch eine geringe Rolle spielen. Das gilt sogar für den Beruf des Anwalts, jedenfalls für Anwälte von Rang und Namen"³⁵ - zumindest in der Allgemeinheit ihrer Aussage eingeschränkt werden.

Zu 4.: Erfahrungen in der Berufsrolle "Arbeiter"

Als letzte Analyse im Zusammenhang mit Erfahrungen in einem bestimmten Berufsstatus soll der Anteil derjenigen aufgeschlüsselt werden, die in lohnabhängigen Arbeitnehmerverhältnissen standen: 22 % der Minister hat zumin-

dest zeitweilig den Lebensunterhalt aus einem Beschäftigungsverhältnis als Arbeiter bestritten, wobei es regional gesehen keine erheblichen Abweichungen gab. Sicher ist es unzulässig, aus diesen Zahlen zu schließen, daß gut 1/5 der Landesexekutiven untere soziale Schichten der bundesrepublikanischen Gesellschaft, d.h. konkret Arbeitermilieu, repräsentieren, doch zumindest kann unterstellt werden, daß das eigene Erleben der unmittelbaren Arbeitssituation im Status eines "Arbeiters" für das spätere politische Rollenverhalten (nach eigenem sozialen Aufstieg bzw. Wiederaufstieg) nicht gänzlich ohne Folgewirkungen in Bezug auf die Beurteilung sozialer Probleme, Entwicklung von Zielvorstellungen und der Einschätzung von gesamtgesellschaftlichen Problemen geblieben ist.

Einheitlich stellen alle empirischen Elitestudien die Unterrepräsentation von Arbeitern in Führungsgruppen der bundesrepublikanischen Gesellschaft fest, dabei liegen die Prozentzahlen für fast alle Funktionsbereiche bei etwa 5 % oder darunter. Herzog hat beispielsweise ermittelt, daß nur rd. 2 % seines samples als "echte" Arbeiter identifiziert werden konnten³⁶, bei einem Anteil von 48 % an der gesamten Erwerbsbevölkerung, "das kommt praktisch einer völligen Chancenlosigkeit gleich, in politische Spitzenpositionen zu gelangen"³⁷. Herzog bezieht sich dabei auf die von Bolte für 1961 ermittelte Berufsstruktur der Bundesrepublik: Selbständige 12,2 %, mithelfende Familienangehörige 10,3 %, Beamte 5,7 %, Angestellte 23,8 %, Arbeiter 48 %³⁸.

Der Prozentsatz an Arbeitern liegt jedoch für das Führungspersonal der Bundesländer höher als der von Herzog ermittelte Anteil, wobei es schwierig war, auf Grund der mehrfachen Systemwechsel und zweier Weltkriege diejenigen Personen herauszufinden, die nur vorübergehend als Arbeiter tätig waren und sie von jenen zu trennen, die ihre privatberufliche Karriere tatsächlich als Arbeiter begannen und anschließend beruflich aufstiegen.

In einigen Fällen ließ sich ein echter sozialer Aufstieg - unabhängig von der familiären Herkunft - der Untersuchungsperson allein schon anhand der Status-Verbesserung während der privatberuflichen Karriere nachvollziehen: beispielsweise wenn vom Hilfs- zum Facharbeiter, dann über eine leitende Angestellten-Position in den Vorstand eines privatwirtschaftlichen Unternehmens, von der aus in ein politisches Wahlamt der kommunalen Exekutive übergewechselt oder eine Verbandsführungsposition vor dem Einzug in ein Kabinett übernommen wurde. Dieses Beispiel würde einem linearen beruflichen Aufstieg aus einer unteren sozialen Schicht in eine höhere entsprechen, aus der dann das cross-over in die hauptberufliche politische Betätigung erfolgt. Wenn ein Aufstieg vorlag, erfolgte das Überwechseln in die hauptamtliche politische Tätigkeit aus einer persönlichen Situation, die eine Zuordnung zur oberen Mittelschicht gestattet; eventuelle soziale Aufstiege lagen zeitlich schon weit vor der Übernahme des ersten Ministeramtes und waren anhand des Verlaufs der Berufskarriere zu erkennen.

Dagegen konnten bei 15 % (63 Minister) der Untersuchungsgruppe zwei Arten von - durch politischen Systemwechsel bedingt - zeitlich begrenzten Status-Verschlechterungen im Rahmen der Analysen des beruflichen Werdeganges festgestellt werden, wobei der Zeitpunkt des Beginns der Status-Verschlechterung entweder 1933 oder 1945 war:

1. Bei 40 Ministern bestand die Status-Verschlechterung darin, daß aus Berufspositionen wie politischer Beamter, Unternehmer (Klein-, mittleres Unternehmen) oder leitender Angestellter heraus zeitlich begrenzt eine Arbeiter- bzw. untergeordnete Angestelltenfunktion ausgeübt wurde, um dann anschließend wieder in den alten Status zurückzukehren.
2. Bei weiteren 23 Ministern kam die Status-Verschlechterung dadurch zum Ausdruck, daß die Berufskarriere, die kontinuierlich aufsteigend verlief (in eine leitende Angestellten- bzw. Beamtenposition oder in eine Dozentur) zeitlich begrenzt von einer selbständigen Phase als Kleinunternehmer unterbrochen wurde.

Allen diesen Ministern, deren beruflicher Werdegang nicht kontinuierlich (aufsteigend) verlief, ist ein wesentlicher "Karriereeinbruch"³⁹ gemeinsam.

Herzog hat drei Kategorien von Spitzenpolitikern unterschieden, die während ihrer beruflichen Entwicklung als Arbeiter tätig waren: erstens diejenigen (8 % seiner Untersuchungsgruppe), die in einer Übergangszeit als Arbeiter in der Nachkriegsphase des 2. Weltkrieges tätig waren (Militärdienst, Verwundung, Flucht oder sonstige Kriegsfolgen), zweitens diejenigen Jüngeren, die 1945/1946 nur

so lange Arbeiter blieben, bis die Universitäten öffneten und drittens diejenigen, die "bis zu einem bestimmten Zeitpunkt tatsächlich Arbeiter" waren, ca 3 % seines samples⁴⁰. Aus den vorliegenden Analysen ergibt sich, daß maximal 7 % der Landesminister ihre Berufskarriere im Status eines Arbeiters starteten.

Auf die Bedeutung der persönlichen Erfahrung in bestimmten Berufsrollen im Zusammenhang mit der Repräsentationsproblematik am Beispiel des Bundestages wird von Klatt hingewiesen: "Für die Annahme, daß die Interessen der im Bundestag nicht direkt vertretenen Unterschicht nur unzureichend berücksichtigt werden, spricht die 'Distanz' zwischen Repräsentanten mit hohem Sozialstatus und den Repräsentierten mit niedrigem Sozialstatus. Gegen eine solche Hypothese kann geltend gemacht werden, daß für eine Reihe von Abgeordneten das Mandat Ergebnis eines sozialen Aufstiegs ist. Besonders Gewerkschaftsangestellte, die als erlernten Beruf Facharbeiter angeben, und die erst in der Verbands- oder Parteiorganisation in eine sozial höhere Position aufgestiegen sind, dürften die Sorgen und Nöte der Arbeitswelt kennen und sollen auch als Funktionäre ihres Verbandes im Parlament die Interessen der Arbeitnehmer besonders vertreten"⁴¹.

4. Die beruflichen Rekrutierungsfelder bei erster und folgenden Kabinettsberufungen

Waren die bisherigen Analysen des beruflichen Werdeganges historisch angelegt, d.h., wurde nach Erfahrungen in ausgewählten Bereichen und Beschäftigungsverhältnissen während der gesamten privatberuflichen Karriere gefragt, so ließ das erhobene Material auch Aussagen darüber zu, wie die unmittelbare berufliche Situation der Untersuchungspersonen beim cross-over, dem Einzug in die Landesregierung war.

Auf die Schwierigkeit, von politischem Führungspersonal zu bestimmten Zeitpunkten des politischen Werdeganges eine Berufsangabe zu erhalten, - z.B. zur Erstellung von Berufsstatistiken - weist auch Kaack hin⁴². Die Problematik des cross-over, jedoch unter einer anderen Fragestellung (wo kommen alle diejenigen Mitglieder der Führungsorgane der großen Wirtschaftsunternehmen her, die nicht dem unternehmerischen Bereich entstammen?) behandelt auch Kruk, der zum Ergebnis kommt, daß "kein Austausch zwischen den Elitensektoren" stattfindet⁴³, bzw. es nur einige Ausnahmen gibt. Tendenziell unterstrichen werden diese Ergebnisse durch die Analyse des Abgangs politischen Führungspersonals; der ökonomische Sektor ist nicht der relevanteste Auffang-bereich für diejenigen, die im politischen Bereich Führungsämter inne hatten, wie weiter unten detailliert ausgeführt wird.

Es war einerseits möglich herauszuarbeiten, inwieweit die Minister zum Zeitpunkt der ersten Ernennung bereits politische "professionals" waren, und andererseits, ob eine mehrfache berufliche Betätigung - wobei eine dominierende hauptberufliche Tätigkeit nicht festzumachen war - zum Zeitpunkt des Überwechselns ins Kabinett vorlag (Grad der beruflichen Aktivität). Weiterhin war zu erfahren, ob und in welcher Richtung privatberufliche Tätigkeiten während der Amtszeit als Kabinettsmitglied weitergeführt (z.B. privater Unternehmensbesitz), reduziert wurden (spezifische Erwerbstätigkeiten mußten aufgrund gesetzlicher Vorschriften ruhen) oder ob neue Berufsfunktionen hinzukamen (z.B. die Professur an einer Universität).

Auch hier war eine Aufschlüsselung nach Bundesländern möglich, die Unterschiedlichkeiten der jeweiligen Selektionssysteme sichtbar werden ließ. Zum Zeitpunkt der ersten Ernennung zum Landesminister übten 91 % nur eine hauptberufliche Tätigkeit aus, 9 % gaben zwei Berufsausübungen an. Das politische Engagement vor Kabinetts-ernennung gestattete demnach nur in wenigen Fällen eine mehrfache hauptberufliche Orientierung. Tabelle XLV (Anhang) gibt eine detaillierte Übersicht über die unmittelbaren beruflichen Rekrutierungsfelder der Landesexekutivmitglieder; die **Schwerpunkte** der beruflichen Tätigkeitssektoren werden in Tabelle 2 deutlich:

Über die Hälfte der Untersuchungsgruppe ist zum Zeitpunkt der ersten Ernennung bereits hauptberuflich politisch tätig in politischen Wahlämtern der Legislative bzw. Exekutive oder als politische Beamte. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der Analysen der Bundeskabinettsmitglieder; für die Bundesminister konnte ermittelt werden, daß über 50 % der bis 1973 ernannten zum Zeitpunkt der ersten Ernennung Berufspolitiker waren, wobei in den letzten Jahren eine steigende Tendenz zu beobachten ist; so waren beispielsweise von den 18 zwischen 1965 und 1969 neu ins Bundeskabinett berufenen Ministern 13 als hauptberuflich politisch Tätige zu definieren, "Politik als Beruf hat als Voraussetzung der Berufung ins Kabinett seit 1949 kontinuierlich an Bedeutung gewonnen"⁴⁴. In D. Herzogs Untersuchungsgruppe bezeichneten sich - mit einer Ausnahme - alle als Berufspolitiker, 65 % nannten als Zeitpunkt des Beginns der hauptberuflich politischen Tätigkeit die erste Wahl in den Bundestag, 23% die An-stellung als Parteifunktionär, die restlichen gaben Positionen wie Bürgermeister, Referententätigkeit in supranationalen Organisationen etc. an⁴⁵.

Anzahl absolut	Berufspolitiker:	sonstige Beamte:		Wirtschaft:		Freie Berufe:		sonst. Angest./Arbeiter: in Partei, Gewerkschaften
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
		1	2	3	4	5		
Bundesland	ernannter Landesminister, Berufsparlamentarier, pol. Beamter, Wahlbeamter in Exekutiven kommunal/regional, höherer Beamter B Land/Bund	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Spalte		34	81	4	10	1	2	5
Bayern		42						
Nordrhein-Westfalen		45	49	4	9	9	20	-
Hamburg		51	37	6	12	9	18	13
Niedersachsen		41	44	3	7	5	12	10
Hessen		34	82	2	6	1	3	-
Schleswig-Holstein		39	51	1	3	7	17	3
Brandenburg		59	51	8	14	8	14	1
Rheinland-Pfalz		29	62	1	3	3	11	-
Bremen		40	50	3	7,5	3	7,5	10
(N=380) (N=209)			55	32	8	74	12	5

In der vorliegenden Arbeit werden zwischen den Bundesländern außerordentliche Unterschiede in Bezug auf den Grad der politischen Professionalisierung zu diesem Zeitpunkt sichtbar; während in Hessen 82 % und in Bayern 81 % der Ernannten bei Amtsantritt bereits Berufspolitiker im weitesten Sinne waren, sind es in Hamburg nur 37 %. Dies deutet auf regional unterschiedliche Rekrutierungsfelder und -mechanismen hin: Seit 1946 haben politisch Ambitionierte, bevor ihnen der Einzug in die Landesregierung gelang, ihren beruflichen Karriereweg immer wieder nur über einige, ganz spezifische Berufsfelder genommen. Da es hierbei im Verlaufe der analysierten rd. 25 Jahre keine wesentlichen Veränderungen gab, ist zu vermuten, daß diejenigen, die bereits in einer frühen Phase Ambitionen für politische Ämter auf Landesebene entwickeln, gewisse Orientierungshilfen für die eigene Karriereplanung besitzen, um die Chance der Berufung zu maximieren - zumindest was ihren beruflichen Werdegang betrifft.

Kaack hat die Berufe der von ihm analysierten Bundestagsmitglieder nach 15 Berufskategorien detailliert aufgeschlüsselt und ermittelt, daß 30 % den Öffentlichen Dienst (Beamte, Angestellte, Lehrer, Dozenten) und 18,7 % aller MdB's den politischen Sektor als hauptberufliche Rekrutierungsfelder ("soziale bzw. Berufsgruppen") bei Mandatsantritt angaben⁴⁶. Zu knapp 2/3 ist das unmittelbare berufliche Rekrutierungsfeld der politischen Exekutivmitglieder der Bundesländer der Öffentliche Dienst⁴⁷ (Tab. 2, Spalte 1 und 2). Aus ihm rekrutieren sich beispielsweise zu 90 % die bayerischen und hessischen Landesminister. Dabei vollzog sich die berufliche Qualifi-

zierung für das Ministeramt entweder in politischen Positionen des Öffentlichen Dienstes (Tab.2, Spalte 1), oder aber die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst (Spalte 2) in nicht unmittelbar politischen Berufspositionen eröffnete die Chance, begünstigt durch Abkömmlichkeit und Wahrnehmung von politischen Ämtern bei gleichzeitiger Nichtbeeinträchtigung der Berufskarriere sowie der Gewähr der Wiedereinstellung für Beamte, sich in parteiinternen wie parlamentarischen Gremien für die Landesexekutive zu qualifizieren⁴⁸.

Aus einer reinen Verwaltungstätigkeit gelang hingegen im Durchschnitt nur 8 % aller ernannten Landesminister der direkte Sprung ins Kabinett; für die Bundesregierung ist diese Art des unmittelbaren cross-over fast genauso selten zu beobachten⁴⁹. Die private Wirtschaft oder eine freie Berufstätigkeit ist in einigen Bundesländern (Bayern, Hessen) als unmittelbares Rekrutierungsfeld fast bedeutungslos, in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bremen dagegen gelangte etwa jeder 4. Minister direkt mit Berufspositionen im privatwirtschaftlichen Sektor ins Amt, durchschnittlich 20 % sind bei erster Kabinettsberufung im wirtschaftlichen Bereich tätig.

Herzog hat ebenfalls als zweitwichtigstes Rekrutierungsfeld den Bereich der Wirtschaft ermittelt, aus dem 22 % seines bundespolitischen samples kamen⁵⁰. Für die Mitglieder der bis 1973 ernannten Bundesregierung beträgt der Anteil etwas mehr als 26 %⁵¹. Für die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg ist ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Untersuchungspersonen mit direktem cross-over aus einer

freien beruflichen Betätigung in die politische Landesexekutive zu beobachten; innerhalb dieses Tätigkeitssektors wurden fast ausschließlich frei-praktizierende Rechtsanwälte berufen. Hauptberuflichen Partei- oder Gewerkschaftsangestellten oder "Arbeitern" ist nur in Ausnahmen der unmittelbare Sprung ins Kabinett gelungen. Dieses Ergebnis deckt sich mit dem von Herzog, der beispielsweise zum Zeitpunkt des Einstiegs in die hauptberufliche politische Karriere nur 2 % ermittelte, die im Beschäftigungsverhältnis (Berufsstatus) Arbeiter waren⁵².

Auf die Unterrepräsentation von Arbeitern in den politischen Führungsgremien ist schon weiter oben hingewiesen worden. Berücksichtigt man die Tatsache, daß auch alle diejenigen, die nicht bereits bei erster Ernennung Berufspolitiker waren, mit wenigen Ausnahmen neben ihrer privatberuflichen Tätigkeit bei Amtsantritt in legislativen und in Parteifunktionen sich jahrelang politisch qualifiziert hatten (ohne freilich von der Politik zu leben), so darf festgestellt werden, daß die westdeutschen Kabinette - in regional unterschiedlicher Intensität - ganz überwiegend politische Kabinette in dem Sinne waren, daß die große Mehrheit der Untersuchungspersonen bereits früher begonnene politische Karrieren mit der Kabinettsberufung fortsetzte; der Öffentliche Dienst im weitesten Sinne ist das Hauptrekrutierungsfeld, nur zu rd. 1/3 erfolgte das direkte berufliche cross-over aus dem nicht-staatlichen Sektor.

Ähnliche Ergebnisse erzielt auch Herzog für die Bundesebene, er kommt auf 9 % seines samples (derjenigen, die im engeren Sinne parlamentarisch-politische Führungsämter bekleiden), die "unmittelbar, also ohne vorherige

Erfahrung und Bewährung in ehrenamtlichen politischen Positionen in der Partei oder im öffentlichen Leben, in eine hauptberufliche politische Position gelangten"⁵³, weitere 14 % gelangten aus einer leitenden Position im privaten Beruf und parallel dazu ausgeübten politischen Neben- und Ehreämtern in das hauptberufliche, politische Amt. Herzog resümiert: "Das unmittelbare Überwechseln aus privat-beruflichen in politische, durch Wahl zu besetzende Spitzenpositionen (scheint) verhältnismäßig selten zu sein"⁵⁴, wogegen einschließlich des mittelbaren (s.o. die 14 %) cross-over bei fast jedem Viertem der analysierten Spitzenpolitiker des Bundes ein cross-over aus leitenden Berufspositionen festzustellen war.

Die erzielten Ergebnisse werden weitgehend bestätigt durch die Analyse derjenigen 38 Minister (9 %), die zwei "haupt-" berufliche Betätigungen bei erster Ernennung angaben (Tab. XLVI, Anhang). Auch hier sind 47 % entweder ausschließlich oder zumindest teilweise Berufspolitiker, insgesamt sind über 50 % im Öffentlichen Dienst tätig; 42 % gelingt es aus einer teilweise nicht-politischen Berufstätigkeit heraus in eine Landesregierung berufen zu werden.

Alle bisherigen Ergebnisse beziehen sich auf den Zeitpunkt der ersten Ernennung; ob und in welchem Umfang neben der beginnenden Amtsperiode als Landesminister noch privatberufliche - den gesetzlichen Regelungen nicht widersprechende - berufliche Funktionen weitergeführt⁵⁵, begonnen oder abgegeben wurden, konnte ermittelt werden, indem alle diejenigen mit mehrfachen Kabinettsberufungen (Bestätigungen im Amt oder Wiederberufungen) analysiert wurden. Von den Ministern mit zwei

Ernennungen hatten 96 % nur eine hauptberufliche Funktion (Tab. XLVII, Anhang). Die wenigen Minister, deren 2. Ernennung sich nicht unmittelbar an die erste Amtszeit anschloß, waren z.T. nach ihrer ersten Amtszeit in der Politik weiterhin hauptberuflich tätig geblieben; neben dem Öffentlichen Dienst waren die private Wirtschaft und der Rechtsanwaltsberuf die "Auffangfelder" für alle diejenigen, die ihre hauptberufliche landespolitische Tätigkeit z.T. systembedingt durch Regierungswechsel oder Kabinettsumbildungen unterbrechen mußten.

Zum Zeitpunkt der dritten Ernennung kamen nur noch zwei Politiker aus einer primär nichtpolitischen Berufsposition, 87 % wurden als Landesminister in ihren Funktionen bestätigt, die übrigen waren auch nach dem zweiten Ausscheiden aus der Landesregierung Berufspolitiker geblieben (Tab. XLVIII, Anhang), nur ein Minister übte neben seiner Regierungsfunktion noch eine Funktion in der privaten Wirtschaft aus.

Damit wird eine Entwicklung zur Konzentration sowohl auf nur eine hauptberufliche Betätigung als auch auf das Verbleiben in der Politik (als Tätigkeitssektor) auch nach einem zeitlich begrenzten Ausscheiden aus dem Kabinett sichtbar: Nach dem Abgang aus der Landesregierung blieben diejenigen mit mehrfachen Ernennungen - soweit diese nicht unmittelbar aufeinander erfolgten - in einer hauptberuflichen politischen Tätigkeit. Diese Tendenz wird um so stärker, je länger die Untersuchungspersonen Kabinetten angehörten, d.h., je größer die Anzahl ihrer Ernennungen war. Ein auch nur für einen begrenzten Zeitraum erfolgtes Ausscheiden aus der Politik verringert erheblich die Chance, erneut in die politische Exekutiv-Ver-

antwortung zurückzukehren. Wenn man nicht unmittelbar nach Kabinettsabgang hauptberuflich "parlamentarische Opposition" betreibt oder in einer sonstigen hauptberuflichen politischen (Exekutiv-) Position in eine "Warte-Stellung" geht, ist es praktisch nicht möglich, zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die objektiven Möglichkeiten wieder bestehen (z.B. nach Wiedergewinnung der politischen Macht in der Legislative), erneut erfolgreich für eine Mitgliedschaft in der Exekutive zu kandidieren.

Dieses Ergebnis - Konzentration auf den politischen Beruf⁵⁶ - wurde bestätigt bei der Analyse der Berufsausübungen derjenigen Landesminister, die mehr als drei Kabinettsernennungen zu verzeichnen hatten (Tab. XLIX, Anhang): Bei allen folgenden Ernennungen wurden ausschließlich als Hauptberufe "Landesminister" angegeben, d.h. die Ernennungen folgten unmittelbar nacheinander ohne zeitliche Unterbrechung; neben der Ministertätigkeit, die von einigen 16 Jahre und länger ausgeübt wurde, sind keine weiteren hauptberuflichen Beschäftigungen bekannt⁵⁷.

Die Konzentration der Berufsausübung auf den politischen Bereich bei Unterbrechung der politischen Laufbahn in der Landesexekutive ist ebenso offensichtlich, wie mit zunehmender Anzahl der Ernennungen der Beruf nur in einem Berufsfeld (der Politik) ausgeübt wird. Ein cross-over aus primär nichtpolitischen Berufsbereichen und -positionen erfolgte bei den Landesministern ganz überwiegend schon lange Zeit bevor man ein Ministeramt besetzte, dabei führte in einigen Fällen der Weg in eine Berufstätigkeit

im Öffentlichen Dienst und dort über eine Beamten-Karriere in das Landeskabinett. Ein cross-over in die Wirtschaft oder in freie Berufstätigkeiten nach vorübergehender Abgabe eines Ministeramtes ist erheblich seltener als ein unmittelbares cross-over aus nichtpolitischen Berufsbereichen und -positionen in die Politik. Besteht die Absicht, nach einmaliger Kabinettszugehörigkeit sich erneut um ein politisches Exekutivamt auf Landesebene zu bemühen, so wird die nachministerielle Berufstätigkeit im engeren politischen Raum gesucht.

Damit muß auch die von Beyme aufgestellte generelle These, die von einer zunehmenden Tendenz des Positionsaustausches zwischen den Sektoren Wirtschaft, Wissenschaft und Politik für die Bundespolitik berichtet, erheblich eingeschränkt werden⁵⁸.

Aber auch diejenigen, die ihre Berufskarriere in Wirtschaft und Freien Berufen bei Übernahme der ersten Kabinettsfunktion aufgeben müssen, d.h., die nicht bereits politische Wahlämter oder den Öffentlichen Dienst als unmittelbare Rekrutierungsfelder angaben, sind nicht unvermittelt aus diesen Bereichen ins Kabinett gelangt, sondern haben, wie weiter unten noch empirisch nachgewiesen wird, schon erhebliche partei- oder parlamentarisch-politische Erfahrungen bei erster Ernennung aufzuweisen, nur bestreiten sie ihren Lebensunterhalt nicht durch hauptberufliche politische Tätigkeiten.

Die Ergebnisse bezüglich der beruflichen Herkunft der Minister in den Kabinetten differieren zwischen den einzelnen Bundesländern, sie weisen zwar unterschiedliche Schwerpunkte der beruflichen Rekrutierungsfelder

auf, aber jeweils doch nur ein bis zwei dominante. Es wird dabei deutlich, wie unterschiedlich die Berufskarrieren der Minister vor Ernennung verliefen, wobei nicht alle Faktoren in ihrer Gewichtung herausgearbeitet werden konnten, da die Unterschiede der beruflichen Rekrutierungsfelder sowohl auf den unterschiedlichen politisch-staatlichen Organisationsaufbau, die ökonomisch-soziale Struktur und die gesellschaftlich-historische Entwicklung zurückzuführen sind, die hier aber im einzelnen nicht Gegenstand der Analyse sein konnten.

5. Soziale Aktivitäten bei erster und folgenden Kabinettsberufungen

Neben der Analyse der beruflichen Herkunft und Situation zum Zeitpunkt der einzelnen Ernennungen war es möglich, das erhobene Material dahingehend auszuwerten, in welchem Geflecht sozialer Beziehungen der einzelnen Minister bei erster und folgenden Ernennungen stand. Eine lückenlose Rekonstruktion aller sozialen Aktivitäten, die eine Untersuchungsperson seit der frühen Sozialisationsphase ausgeübt hatte, war aufgrund mangelnder Informationen zu diesem Problembereich nicht möglich, da die einzelnen Untersuchungspersonen teilweise nicht bereit bzw. nicht in der Lage waren, ihre vielfältigen Mitgliedschaften und Funktionärseigenschaften in gesellschaftlichen Organisationen offenzulegen bzw. vollständig, chronologisch-gegliedert der Forschung zugänglich zu machen.

Neben der beruflichen Tätigkeit, die Rückschlüsse auf die jeweilige soziale-ökonomische Situation bei Ministerernennung zuließ, konnten einige Ergebnisse zum Grad der sozialen Einbindung der Untersuchungsgruppe und der

spezifischen Art der sozialen Aktivitäten erzielt werden. Dabei handelte es sich oft um solche Aktivitäten, die in Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit wahrgenommen wurden.

Die folgenden Analysen sollten den Wirkungszusammenhang zwischen sozialen Aktivitäten und politischer Laufbahn aufzeigen⁵⁹, z.B. die deutlich praktizierte direkte oder indirekte Einflußnahme⁶⁰ gesellschafts-politisch relevanter Verbände auf den politischen Entscheidungsprozeß durch Politiker, die beispielsweise ihre politische Laufbahn eben in einem Verband starteten und die Interessen ihres Verbandes, in dem sie teilweise in einer führenden Funktion jahrelang verankert waren, in die Politik einbrachten, bzw. denen die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Verband erst die politische Karriere ermöglicht hat. Beyme hat für sein sample der Spitzenpolitiker der Bundesebene festgestellt, "daß in 22 % der Fälle die politische Karriere aus einer Verbandskarriere hervorging. Bei den Spitzenpolitikern dominieren die Berufsorganisationen und die Wirtschaftsverbände. Auch die Gewerkschaften und Bauernverbände sind stark vertreten."⁶¹ Leider werden diese Angaben nicht spezifiziert.

An dieser Stelle soll bereits auf ein empirisches Ergebnis vorgegriffen werden: mit Zunahme des Aktivitätsgrades (Anzahl der Mitgliedschaften) wächst auch die Neigung zu stärkerem Engagement (Ämterhäufung in verschiedenen Organisationen) über die einfache Mitgliedschaft hinaus; je stärker die sozialen Bindungen waren, desto höher war auch der Aktivitätsgrad innerhalb der Verbände.

Die Analysen zu den einzelnen Ernennungszeitpunkten gaben in einer gewissen historisch-chronologischen Dimension darüber Auskunft, welche Minister schon vor erster Amtsübernahme soziale Aktivitäten ausübten und wer erst während der Amtszeit Führungspositionen in Verbänden oder Vereinen übernahm. Dabei konnten nicht immer qua-Amt-Funktionen von freiwilligen Engagements unterschieden werden, d.h. es war nicht immer zu differenzieren, in welchen Aufsichts- bzw. Verwaltungsräten von Ministern qua spezifischer Ressortdefinition Funktionen übernommen werden mußten⁶² bzw. welche Organisationen vorrangig Landesministern Führungsämter antrugen, um das eigene Ansehen und den möglichen Einfluß (z.B. in finanzieller Hinsicht) zu stärken⁶³.

Insgesamt 48 % der Untersuchungsgruppe berichteten über soziale Aktivitäten bei erster Ernennung, 82 % von diesen (165 Minister) waren zugleich in einer oder mehreren Organisationen als aktive Verbandsfunktionäre in Vorstands-gremien mit Führungsaufgaben betraut (Tab. 3). Aus diesen Zahlen ließ sich die These ableiten, daß, wenn soziale Aktivitäten ausgeübt wurden, diese ganz überwiegend sich nicht auf schlichte Mitgliedschaften beschränkten. Der Grad der Funktionäre-Aktivitäten seinerseits schwankt zwischen den Bundesländern erheblich, wofür sich eine Vielzahl von Erklärungsfaktoren finden lassen (strukturelle wie persönliche Gründe). Deutlich wird auch, daß sich soziale Aktivitäten - mit Ausnahme der bayerischen und hessischen Untersuchungspersonen - zu über 50 % in allen übrigen Bundesländern jeweils nicht auf eine Funktionsausübung in einer Organisation beschränken, sondern eine Vielzahl von Funktionen in mehreren Organisationen

Tabelle 3

Soziale Aktivitäten zum Zeitpunkt der ersten Ernennung (mit Führungspositionen)

	Anzahl absolut	mit Führungsposition zum Zeitpunkt der ersten Ernennung		eine Funktion in einer Organisation	zwei Funktionen in einer bzw. zwei Organisationen	drei Funktionen in verschiedenen Organisationen	vier Funktionen in 3-4 Organisationen	5-8 Funktionen in 4-8 Organisationen
		Anzahl der Fälle	%					
Bayern	43	12	28	7	2	2	1	-
Nordrhein-Westfalen	59	28	47	8	8	4	3	5
Hamburg	54	12	22	6	2	2	1	1
Niedersachsen	48	23	48	9	7	4	2	1
Hessen	35	11	31	8	1	2	-	-
Schleswig-Holstein	43	25	58	9	5	4	4	3
Baden-Württemberg	63	26	41	11	9	5	-	4
Rheinland-Pfalz	31	12	39	4	6	1	1	-
Bremen	44	16	36	10	3	1	2	-
(N=420)		(N=165)	39	(N=72)	(N=43)	(N=25)	(N=14)	(N=14)

wahrgenommen wurden; für die 72 Minister mit einer innerverbandlichen Führungsposition und die 43 mit zwei Führungsämtern (in einer oder in zwei verschiedenen Organisationen) soll beispielhaft die Verbandszugehörigkeit nach Funktionstypen weiter untergliedert werden, um festzustellen, ob soziale Aktivitäten und Führungsämter primär in spezifisch "politischen" Verbänden vor der ersten Amtsübernahme wahrgenommen wurden (Tabelle I, Anhang). Die Minister waren überwiegend in kulturellen Vereinigungen, in Gewerkschaften sowie in öffentlichen Unternehmen engagiert, nur vereinzelt waren dagegen Funktionärseigenschaften in den verschiedenen Kammern bzw. sonstigen Standesorganisationen der privaten Wirtschaft oder der freien Berufe festzustellen.

Ob und inwieweit sich diese Aktivitätspräferenzen während der Führung der Amtsgeschäfte als Landesminister in einem spezifischen fachpolitischen Verantwortungsbereich verschoben, konnte die Analyse der sozialen Aktivitäten zum Zeitpunkt der folgenden Ernennungen ergeben, wobei zu berücksichtigen war, daß spezifische Ressorts (z.B. Wirtschaft und Verkehr) die Mitgliedschaft in spezifischen Gremien des öffentlichen Unternehmensbereichs (Beiräten, Verwaltungsräten, Aufsichtsräten, Kommissionen etc.) - gesetzlich vorgeschrieben - mit sich bringen. Bei zweiter Ernennung ist nicht nur die Anzahl der reinen Mitgliedschaften vergleichsweise zur ersten Ernennung konstant geblieben (48 % aller zum zweiten Mal ernannten berichten über soziale Aktivitäten), auch 80 % der sozial Aktiven haben bei zweiter Ernennung zugleich in

einer oder mehreren Organisationen führende Funktionen ausgeübt (Tab. LI, Anhang). Teilweise wurden soziale Aktivitäten seit der ersten Ernennung unverändert beibehalten, wenige haben während der ersten Amtszeit Ämter niedergelegt, einige haben amtsbedingt Funktionen übernehmen müssen, anderen wiederum sind Ehrenmitgliedschaften und -funktionen angetragen worden. Darüber hinaus sind einige Minister bei einer zeitlichen Differenz zwischen dem Ende der ersten Kabinettszugehörigkeit und dem erneuten Einzug in eine Landesregierung neu einem Verband oder Verein beigetreten und haben sich dort noch vor erneutem Einzug in die Landesexekutive in Führungsämter wählen lassen.

Die Tendenzen, die sich hinsichtlich der Analyse der sozialen Aktivitäten bei erster Kabinettsberufung abzeichneten, werden durch die der zweiten unterstrichen: Wiederum sind es die kulturellen Vereinigungen und die öffentlichen Unternehmen, in denen schwerpunktmäßig die aktive Mitarbeit in Form der Übernahme einer Führungsposition bei der zweiten Ernennung lag, während der Anteil derjenigen mit gewerkschaftlichen Führungspositionen stark abgenommen hat; nur die Minister, die nicht unmittelbar nach erster Ernennung zum zweiten Mal ernannt wurden, sind zwischenzeitlich in Führungsämter der Gewerkschaften gewählt worden. Kulturelles Engagement war am ehesten noch mit den politischen Aktivitäten der Minister vereinbar, ohne daß es zu möglichen Interessenkollisionen zwischen Politik und privater Neigung kam. Der hohe Anteil an Funktionsträgern im öffentlichen Unternehmensbereich ist schon weiter oben begründet worden.

Diese Entwicklung wird auch unterstrichen durch diejenigen, die drei bis sieben Kabinettsberufungen bis 1974 erlebten: Mit steigender Anzahl der sozialen Aktivitäten (d.h. Mitgliedschaften in zwei bzw. mehreren Vereinen oder Verbänden) steigt auch der Grad der Aktivitäten in diesen Organisationen selbst; nicht nur in einer ist man vorwiegend aktiv sondern in allen, in die während der Zugehörigkeit zur Landesregierung ein Beitritt erfolgte, werden Führungsämter übernommen.

Eine mehrfache Berufung hat demnach nicht zur Folge, daß nach und nach Führungsfunktionen in Vereinen oder Verbänden abgegeben werden, sondern kontinuierlich werden nicht nur Mitgliedschaften, sondern auch Führungsfunktionen über Jahre hinweg beibehalten, wobei - wie schon eingangs erwähnt - einige Führungsfunktionen (z.B. in öffentlichen Unternehmen) nach erster Berufung qua Amt weitergeführt und z.T. auch bei längerer Unterbrechung der Kabinettszugehörigkeit beibehalten werden. Im Kapitel "Elitenabgang" wird hierauf noch näher eingegangen.

Es bleibt festzuhalten, daß die Landesminister bei Amtsantritt nicht nur durch Partei- und öffentlich-parlamentarische Wahlämter, sondern in großer Anzahl durch eine aktive Mitarbeit in gesellschaftspolitisch relevanten Vereinigungen sozial verankert waren und auch während ihrer Landesexekutivzugehörigkeit ihre sozialen Kontakte und Bindungen nicht reduzierten, sondern sich im Gegenteil unabhängig von qua-Amt-Funktionen weiterhin durch starke soziale Aktivitäten auszeichneten.

IX. Die Rekrutierungs- und Selektionsfunktion des
bundesrepublikanischen Parteiensystems

1. Parteibeitritt, Gründungsfunktionen und partei-
politische Erfahrungen vor 1945

Bis auf drei Landesminister, die nach 1945 bis zum Zeitpunkt ihrer ersten Kabinettsberufung parteilos waren (und es in zwei Fällen auch blieben), vollzogen die 420 Untersuchungspersonen nach 1945 ihren ersten Beitritt in die folgenden Parteien (Tab. 1)¹.

Tabelle 1

Partei erster Beitritt nach 1945

Partei	Anzahl	in %
CDU/BCSV	131	31,2
CSU	29	6,9
SPD/SPB	157	37,4
FDP/DVP	56	13,3
KPD	8	1,9
GVP	2	0,5
BHE/GB	12	2,9
DP/NLP	11	2,6
BP	2	0,5
Zentrum	5	1,2
WAV	1	0,2
DRP	1	0,2
DAP	1	0,2
LDP	1	0,2
parteilos	3	0,8
	(N=420)	100,0

Auf die vier - auch in der Bundespolitik dominierenden - Parteien CDU, SPD, FDP und CSU entfielen 89 % der ersten parteipolitischen Aktivitäten der Untersuchungsgruppe².

Die Modalität des Parteibeitritts nach 1945 war unterschiedlich. Wie bereits geschildert, war ein großer Teil der Landesexekutivmitglieder bereits vor 1945 parteipolitisch aktiv. In einem wesentlichen Punkt unterscheiden sich die Minister, die nach dem zweiten Weltkrieg auf partei-politische Erfahrungen zurückblicken konnten von denjenigen, die sich erst nach 1945 zum ersten Mal zu aktiver Parteiarbeit entschlossen: sie waren erheblich jünger (im Durchschnitt 26 Jahre alt), als sie vor 1918 bzw. in Weimar in die Parteien gingen, während alle diejenigen, die erst nach 1945 parteipolitisch aktiv wurden, durchschnittlich knapp 11 Jahre älter waren. Systembedingte, objektive Umstände wie Kriegsteilnahme in den Jahren zwischen 1939 und 1945 sowie spezifisch situative Faktoren wie Flucht, Vertreibung, Gefangenschaft nach 1945, die desolate ökonomische, soziale und berufliche Situation während und nach der Zeit des Nationalsozialismus haben dazu beigetragen, daß der einzelne - der im Dritten Reich keine Möglichkeit zum parteipolitischen Engagement außerhalb der NS-Organisationen hatte - vergleichsweise älter bei Parteibeitritt nach 1945 war als die, die noch vor 1933 diesen Schritt vollzogen.

Zusammen mit dem konkreten Beitrittsjahr konnte in Erfahrung gebracht werden, inwieweit es sich bei den Nachkriegs-Parteibeitritten der Landesminister um Gründungsmitgliedschaften handelte; 61 % gaben an, ihren Beitritt

auf Gründungsversammlungen ihrer Parteien vollzogen zu haben (Tab. LII, Anhang).

Die Landesminister haben sich mit unterschiedlicher Intensität nach 1945 in den politischen Parteien engagiert. Minister, die sich die KPD oder die DP als erste Nachkriegspartei auswählten, haben sich alle sofort aktiv am (Wieder-) Aufbau ihrer Partei beteiligt. Diejenigen, die nach 1945 den Weg in die FDP fanden, konnten als innerparteiliche Reputation nur zu 56 % darauf verweisen, Gründungsmitglied gewesen zu sein.

Die unterschiedlichen Parteipräferenzen beruhen u.a. darauf, in welchem Ausmaß der einzelne vor 1933 bereits partei-politische Aktivitäten entwickelt hatte: Für die, die sich nach 1945 als erster Partei der CDU anschlossen, war es zu rd. 68 % der allererste Parteibeitritt (CSU: 55 %, SPD: 42 %, FDP: 71 %); alle, die nach 1945 der KPD beitraten, besaßen schon Parteierfahrung aus der Zeit vor 1933. Auch die dem BHE/GB beigetretenen Minister verfügten fast alle schon z.T. über weit zurückreichende Parteierfahrungen, während der DP beigetretenen zu rd. 75 % erst nach 1945 die ersten Parteierfahrungen sammelten. Es zeigte sich, daß Parteibeitritte in stärker "rechts"-orientierte Nachkriegsparteien insbesondere von denen vollzogen wurden, die auf keinerlei parteipolitisches Engagement in der Zeit vor 1933 zurückblicken konnten.

Tabelle LIII, Anhang zeigt auf, wo die Parteipräferenzen derjenigen lagen, die schon über Parteierfahrung vor dem Nationalsozialismus verfügten: Von den Ministern, deren Parteierfahrung bis ins Kaiserreich zurückreicht, gehen 60 % nach 1945 in die SPD, der sie fast ausschließlich schon damals angehörten, von den in Weimar mit parteipolitischen Aktivitäten beginnenden knapp die Hälfte, nur einer von den im NS-Reich Aktiven geht nach 1945 in die SPD. Nach 1945 schließen sich von denjenigen ohne parteipolitische Vergangenheit knapp 30 % der SPD an. Deutlich wird, daß eine große Anzahl der definitiv NS-Aktiven sich nach 1945 dem BHE/GB anschloß und dort zu Ministerwürden gelangte.

In welcher politischen Richtung die vor 1945 Aktiven sich nach 1945 engagierten, ob sie sich wiederum der gleichen Partei, einer Nachfolgeorganisation oder einer Partei gleicher politisch-ideologischer Ausrichtung anschlossen und dort die NS-bedingt unterbrochene Arbeit fortsetzten oder aber, ob sie bezüglich ihrer parteipolitischen Ausrichtung einen völligen politischen Richtungswechsel vollzogen haben, war zu ermitteln (Tab. LIV, Anhang): In der Regel werden die parteipolitischen Aktivitäten, die vor 1945 begonnen wurden, in der gleichen Partei fortgesetzt (SPD, KPD) oder aber in Nachkriegsparteien, die in ideologischer Ausrichtung und programmatischer Zielsetzung in etwa denen vor 1945 entsprachen³. Dem BHE/GB beigetretene Minister hatten zu 58 % Erfahrung in einer oder mehreren Parteien vor 1945. Nur diejenigen, die sich der SPD oder CSU anschlossen, wechselten damit gegenüber ihrem früheren Engagement das parteipolitische Lager. Etwas häufiger kommen CDU- und FDP-Minister aus völlig konträr orientierten politischen Lagern (z.B. aus sozialistischen Parteien der Weimarer Republik).

Neben einer parteipolitischen Erfahrung vor dem zweiten Weltkrieg war, wie schon detailliert dargestellt, auch ein Engagement in politischen Vereinen oder politischen Parteien nahestehenden Organisationen empirisch nachzuweisen. So war es durch die Überprüfung der Konstanz einer politischen Grundorientierung noch zusätzlich möglich, zu ergründen, inwieweit es sich beim Parteibeitritt nach 1945 um die Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme von Aktivitäten im gleichen politischen Lager handelte. Bei nur 22 Ministern liegt ein deutlicher politischer Richtungswechsel vor, doppelt so viele wechseln nach 1945 von rechts nach links als umgekehrt. Zum entgegengesetzten Ergebnis seit 1945 kommt Kramer, der bei seiner Analyse der politischen Richtungswechsel von Mitgliedern des Deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1972 ermittelte, "daß seit jeher die Übertritte von links nach rechts stark überwiegen. Sollte hier etwa eine permanente Wanderung vom progressiven Wählervotum zum sicheren Port des konservativen Establishments stattfinden?"⁴

a. Die unterschiedliche Ausgangssituation beim Parteibeitritt nach 1945

Unter dem Aspekt "Art und Richtung der Parteikarriere nach 1945" sollen zunächst diejenigen gesondert analysiert werden, die sich nach 1945 zum ersten Mal parteipolitisch engagierten. Bei ihnen war diese Entscheidung u.a. stark abhängig davon, in welcher persönlichen Lebenssituation (und damit zusammenhängend in welchem Alter) der einzelne sich beim Beitritt befand (Tab. 2).

Tabelle 2

Partei des ersten Beitritts (nach 1945) und persönliche Lebenssituation

Partei	Anzahl erster Beitritt nach 1945	Lebenssituation: Schulzeit + Aus- bildung (in %)	1.-5. Berufs- jahr (in %)	während weiterer Berufskarrie- re bzw. nach Ende (in %)
CDU	88	13	12	75
CSU	18	22	17	61
SPD	70	31	28	41
FDP	43	7	9	84
DP	12	-	-	100
BHE/GB	9	-	10	90
(N=240)				

Je nach spezifischer Lebenssituation haben sie sich stärker für links- oder rechtsorientierte Parteien entschieden: Beitritte in die SPD wurden vergleichsweise häufiger von denjenigen vollzogen, die noch vor Eintritt in die berufliche Laufbahn standen, während diejenigen, die sich für die FDP als Partei des ersten Engagements entschieden, ganz überwiegend diesen Schritt bereits während ihrer weiteren Berufskarriere vollzogen (84 %). Dieses Ergebnis deckt sich mit den Analysen von Herzog für das politische Führungspersonal auf Bundesebene⁵. Auch unter Berücksichtigung der jeweiligen unterschied-

lichen Gründungsjahre der Parteien bleibt festzuhalten, daß die Minister, die sich schon mit einer längeren Berufserfahrung für ein Parteiengagement entschlossen, sich stärker "rechts-stehenden" Parteien zuwandten, während die SPD-Mitgliedschaften in vergleichsweise erheblich früheren Lebensabschnitten beantragt wurden⁶.

Dieses Ergebnis wird konkretisiert, analysiert man ergänzend die Altersstruktur der gesamten Untersuchungsgruppe bei erstem Parteibeitritt nach 1945: Die parteipolitische Präferenz findet ihren Niederschlag in der jeweiligen Altersstruktur der Untersuchungspersonen.

Wie oben geschildert, war ein Großteil der Minister bereits vor 1933 bzw. vor 1945 Parteimitglied geworden. Der Entschluß, sich aktiv zu betätigen, war parteispezifisch altersmäßig unterschiedlich geprägt; diejenigen, die nach 1945 in die unten aufgeführten Parteien eintraten, sind in folgendem Alter zum ersten Mal parteipolitisch aktiv geworden (Tab. 3):

Tabelle 3

Partei des ersten Beitritts nach 1945/Durchschnittsalter zum Zeitpunkt des ersten Parteibeitritts^x

Partei	Durchschnittsalter (in Jahren)
CDU	36,7
CSU	33,2
SPD	25,2
FDP	39,5
KPD	20,6
BHE/GB	36,4
DP	39,6

^x kann vor 1945 liegen; bei denjenigen, die ihren ersten Beitritt nach 1945 haben, ist dies zugleich das durchschnittliche Beitrittsalter.

Minister, die nach 1945 in der KPD oder SPD aktiv wurden, waren vergleichsweise erheblich jünger als diejenigen, die sich nach 1945 den sog. bürgerlichen "Rechts-Parteien" anschlossen.

Der Entschluß, nach Kriegsende (wieder) parteipolitisch aktiv zu werden, wurde - entsprechend der oben geschilderten Lebenssituation - in unterschiedlichem Lebensalter getroffen, was sich auf die politische Ausrichtung auswirkte: Bestätigt wird das Ergebnis, daß offensichtlich jüngere stärker linksstehenden Parteien zugeneigt waren.

Insgesamt 157 Untersuchungspersonen schlossen sich nach 1945 als erster (bzw. einziger) Partei der SPD an; 60 % von ihnen waren schon vor 1945 Parteimitglieder - von wenigen Ausnahmen abgesehen - in der SPD gewesen, darunter 25 %, die bereits unmittelbar nach dem Ende des ersten Weltkrieges in der politischen Umbruchsphase 1918-1920 Mitglieder der SPD (ihrer späteren Landesministerpartei) wurden. 68 % aller späteren CDU-Landesminister traten bereits 1945/1946 dieser Partei bei⁸; die CSU-Minister sind zu 85 %, die FDP-Minister dagegen nur zu 56 % in dieser unmittelbaren Gründungsphase des westdeutschen Parteiensystems beigetreten. Daraus ergab sich, daß die späteren Landesminister je nach Parteizugehörigkeit unterschiedlich lange vor Einzug in die Landesregierung in ihren Parteien verankert waren.

Von daher ist eine unterschiedliche Intensität der Parteiidentifizierung abzuleiten, die ihren Niederschlag in Verlauf, Geschwindigkeit und Richtung des innerparteilichen Aufstiegsprozesses fand. Diese unterschiedlich lange innerparteiliche Verankerung bezieht sich zunächst nur auf den Zeitraum seit 1945. Dabei treten bei SPD und CSU vergleichsweise - gemessen an der Dauer der Zugehörigkeit ihrer Landesminister im Durchschnitt - die längsten innerparteilichen Qualifizierungszeiten auf, die FDP bot die größte Möglichkeit der Absolvierung der sog. "Blitzkarrieren". Diese Ergebnisse müssen im folgenden weiter empirisch überprüft werden:

Schlüsselt man die Parteizugehörigkeit derjenigen auf, die erst nach 1950 ihrer späteren Landesministerpartei beitraten, ergab sich folgendes Bild: 18 % der CDU-Minister, 24 % der FDP-, 11 % der SPD- und nur 7 % der CSU-Minister sind erst in diesem oder den folgenden Jahren parteipolitisch aktiv geworden. Diese Zahlen gestatten eine erste Interpretation im Zusammenhang der inneren Struktur, den Aufstiegsmöglichkeiten und -chancen sowie der Auswahlprozesse in den vier erwähnten Parteien, die das Gros der Kabinettsmitglieder der westdeutschen Landesregierungen stellten⁹: noch das Jahr des Kriegsendes 1945 war für 60 % der gesamten Untersuchungsgruppe der unmittelbare Anlaß, sich einer Partei (wieder) anzuschließen, d.h. sie mitzugründen; bis Ende 1946 waren bereits 71 % aller Exekutivmitglieder aktive Parteimitglieder; daß Beitritte in die CDU und FDP vergleichsweise zu denen in die SPD und CSU erst

später erfolgten, lag u.a. auch daran, daß die organisatorischen Voraussetzungen in einigen Gegenden erst nach 1946 geschaffen wurden, so daß beispielsweise 20 % aller FDP-Beitritte erst zwischen 1947 und 1950 lagen.

b. Zusammenhänge zwischen NS-Verhalten und parteipolitischer Orientierung nach 1945

Auf die Interdependenz zwischen dem spezifischen Verhalten im bzw. der Einstellung zum NS-System und dem parteipolitischen Verhalten und den Karriereauswirkungen nach dem Ende des NS-Regimes ist schon im vorherigen Kapitel verwiesen worden, an einige Aspekte kann noch einmal angeknüpft werden. Die NS-Aktiven schlossen sich nach 1945 schwerpunktmäßig Rechtsparteien an; 2/3 aller Landesminister, die jemals in allen Bundesländern der BHE stellte, waren aktive Nationalsozialisten, einige gingen zur CDU und je zwei traten der FDP und SPD bei. Von allen bis 1974 ernannten CSU- und KPD-Ministern waren dagegen keine definitiven NS-Aktivitäten bekannt, jedoch indifferent-positives NS-Verhalten. Ob die NS-Aktiven, die sich mit einer Ausnahme alle bis 1950 bereits wieder parteipolitisch engagiert hatten, nun besondere innerparteiliche "Bewährungszeiten" in ihren Parteien im Vergleich zu den NS-Unbelasteten oder NS-Gegnern zu verzeichnen hatten, konnte daran überprüft werden, wie lange es dauerte, bis sie in das erste Parteiamt gewählt wurden. Besondere Qualifizierungszeiten der NS-Aktiven waren jedoch in keiner Partei zu beobachten, im Gegenteil; rd. 25 % gelangten unmittelbar nach Parteibeitritt in Parteiführungs-

ämter, $\frac{2}{3}$ von ihnen waren bereits 2 Jahre nach dem Parteibeitritt Parteifunktionäre geworden. Damit unterscheiden sich NS-Aktive - was an anderer Stelle ausführlicher behandelt wird - hinsichtlich ihrer innerparteilichen Aufstiegsgeschwindigkeit kaum weder von denjenigen mit Parteierfahrung aus den Jahren vor 1933, noch wesentlich von denjenigen mit definitiv gegnerischer Einstellung zum Nationalsozialismus oder von denen, die altersbedingt erst nach 1945 eine Parteikarriere starteten.

Diese These wird noch unterstrichen, mißt man die Aufstiegsgeschwindigkeit an der Dauer zwischen Parteibeitritt und erster Übernahme eines öffentlichen Wahlamtes: 40 % werden noch im Jahr des Parteibeitritts für ein öffentliches Wahlamt von ihren Parteibasisgliederungen nominiert und gewählt, rd. $\frac{2}{3}$ sind nach zwei-jähriger Parteizugehörigkeit Mandatsträger geworden.

Ein weiteres Ergebnis sei an dieser Stelle bereits erwähnt, was weiter unter Gegenstand ausführlicher Analysen sein wird: Die NS-Aktiven absolvierten nach 1945 - ebenso wie die aktiven NS-Gegner - überdurchschnittlich exklusive innerparteiliche Werdegänge, was auf die Altersstruktur dieses Personenkreises zurückzuführen ist. Tabelle 4 macht in diesem Zusammenhang mittels einer anderen Berechnungsgrundlage noch einmal den unterschiedlichen Anteil der NS-Aktiven in den einzelnen Parteien deutlich.

Tabelle 4

Partei erster Beitritt nach 1945/ Positive NS-Einstellung

Partei	Anzahl absolut (Landes- minister)	definitiv positiv (in %)	indifferent- positiv (in %)
CDU	131	6,1	26
CSU	29	-	24
SPD	157	2,5	10
FDP	56	3,6	36
BHE/GB	12	66,7	25
DP	11	-	64
KPD	8	-	-

Spätere Landesminister, die der KPD beitraten oder sich in der SPD engagierten, haben die größte Distanz zum Nationalsozialismus nachzuweisen, während knapp 2/3 bzw. über 1/3 derjenigen, die zur DP oder FDP stießen - und als Mitglieder dieser Parteien in eine Landesregierung einzogen - sich positiv mit dem Nationalsozialismus arrangierten. Die parteipolitische Präferenz der aktiv und indifferent-positiven Untersuchungspersonen lag deutlich bei den Parteien, die auf dem rechten Flügel des Parteienspektrums nach 1945 angesiedelt waren¹⁰.

Rd. die Hälfte der aktiven Nationalsozialisten ist noch vor Gründung der Bundesrepublik wieder parteipolitisch aktiv geworden, fast alle übrigen treten 1950 bei. Damit sind bei diesem Personenkreis nur geringe "Wartezeiten" vor erneutem Parteiengagement zu beobachten, d.h., trotz

der NS-Vergangenheit verhalten sich diese Untersuchungspersonen bezüglich des Beitritts nach dem Zusammenbruch nicht wesentlich anders als die NS-Gegner; entweder war ihr positives NS-Engagement zum Zeitpunkt des Beitritts nicht bekannt (was gerade in dieser Zeit der Entnazifizierung unwahrscheinlich war) oder aber - wie gesehen - für bestimmte Parteien kein Hinderungsgrund, sondern im Gegenteil ein positiver Faktor, um aufgenommen zu werden und Karriere zu machen.

Auch diejenigen mit indifferent-positivem NS-Verhalten werden nach Kriegsende ohne besonders auffällige Bewährungszeiten direkt parteipolitisch wieder aktiv: 56 % sind 1945/46 bereits Parteimitglieder bis 1953 hat sich der letzte dieser analytischen Gruppe für eine Mitarbeit in einer der Nachkriegsparteien entschlossen.

Trotz dieser - erstannlich raschen - Wandlung der politischen Grundeinstellung bei der Gruppe der latent oder definitiv NS-Positiven weisen NS-Gegner doch ein vergleichsweise schnelleres, direkteres politisches Handeln nach 1945 auf: 85 % von ihnen treten noch 1945, weitere 9 % 1946 Parteien bei, d.h. bei 94 % setzt sich die nachgewiesene Anti-NS-Haltung in direktes parteipolitisches Engagement um. Alle, die während des Dritten Reiches zu KZ-Aufenthalten verurteilt wurden, sind bereits 1945 in Parteien zu finden, das gleiche trifft für 92 % aller derjenigen mit sonstigen zeitweiligen Haftaufenthalten zu: Es konnte die These aufgestellt werden, daß, je härter das persönliche Los im Dritten Reich war, desto stärker die Neigung ausgeprägt war, unmittelbar nach Kriegsende wieder aktiv politisch tätig zu werden. Liegt bei Personen mit dieser NS-Vergangenheit das Bei-

trittsjahr 1946 oder später, ist dies fast immer in einer über 1945 hinausgehenden Gefangenschaft begründet, die eine frühere parteipolitische Betätigung unmöglich machte. Wie stark NS-Gegner nach 1945 in die politischen Parteien drängten, wird daran deutlich, wenn man dazu vergleichend die Beitrittsjahre nach 1945 der gesamten Erhebungsgruppe heranzieht: 71 % sind 1945/46 beigetreten, bis 1949 haben rd. 80 % der Minister ihren ersten Nachkriegsparteibeitritt vollzogen (Tab. LV, Anhang).

In Tabelle 4 war der Anteil der positiv zum Nationalsozialismus eingestellten Minister für die einzelnen Parteien aufgeschlüsselt worden; Tabelle LVI, Anhang, verdeutlicht, wie dementsprechend anders gewichtet die parteipolitische Orientierung nach 1945 derjenigen mit negativer Einstellung bzw. gegnerschaftlichem Verhalten im Dritten Reich war: KPD-Minister waren mit einer Ausnahme alle aktive Gegner des Nationalsozialismus, über die Hälfte der in die SPD eingetretenen (52 %) und jeweils über ein Drittel der der CDU bzw. CSU beigetretenen Minister. Dabei ist auffällig, daß diejenigen mit CSU-Engagement in weitaus höherem Maße definitiv negatives Verhalten zum NS-Regime aufweisen als alle anderen in "Rechtsparteien" aktiv gewordenen; hier werden Aktivitäten in der Weimarer Republik beispielsweise in der BP eine wesentliche Rolle für das gegnerschaftliche NS-Verhalten gespielt haben. Für die FDP ist entsprechend dem hohen Anteil an NS-positiven bzw. indifferent-positiven Mitgliedern der geringste Anteil an ehemaligen NS-Gegnern zu beobachten, während unter BHE-Ministern kein aktiver Widerstandskämpfer bzw. im Dritten Reich amtsenthobener zu finden war.

Aus diesen Ergebnissen ließ sich die These ableiten, daß je stärker die Ablehnung des faschistischen NS-Regimes war, desto stärker war die Neigung ausgeprägt, sich nach dem Ende des Nationalsozialismus in Parteien "links der Mitte" anzusiedeln. Diese These fand ihre Bestätigung noch durch die folgende Untersuchung: Von allen Ministern, die im Dritten Reich in Schutzhaft waren, gingen 50 % nach 1945 zur SPD; Minister mit KZ-Aufenthalten im Dritten Reich schlossen sich zu 66 % der SPD an, 14 % traten der KPD bei, kein ehemaliger KZ-Häftling trat nach 1945 der FDP bei. Dementsprechend war zu beobachten, daß Personen, die weniger intensiv die Folgen ihres gegnerschaftlichen Verhaltens zum NS-System zu ertragen hatten, beispielsweise zu 41 % der CDU, und zu 10 % der FDP beitraten. Diese vergleichsweise "milden" negativen NS-Erfahrungen haben sich offenbar für die Richtung des politischen Engagements nach 1945 in dem Sinne ausgeprägt, daß nicht ausschließlich "linke" Parteien als Betätigungsfeld für sie in Frage kamen. Je höher der Grad der persönlichen negativen Betroffenheit war, desto stärker war die Bereitschaft zum parteipolitischen Engagement in den Parteien ausgeprägt, deren antifaschistische Grundhaltung schon vor 1933 zum Ausdruck kam. Andererseits wurde bereits an anderer Stelle betont, daß eben diejenigen, die in Weimar oder früher in Linksparteien aktiv waren, besonders häufig und intensiv von den NS-Machthabern verfolgt wurden und persönliche Einbußen erlitten, so daß diese Politiker sich nach 1945 nicht erst politisch orientieren mußten, sondern zum großen Teil ihre systembedingt unterbrochene politische Arbeit nur fortsetzten.

Auch Emigranten fanden nach 1945 vorzugsweise ihre parteipolitische Heimat in der SPD; bei dieser Personengruppe war erkennbar, daß die Motivation, sich so schnell wie möglich am politischen Wiederaufbau der parlamentarischen Parteien-Demokratie zu beteiligen, stark ausgeprägt war: Emigranten, die noch während des Dritten Reiches aus der Emigration zurückkehren, werden noch im Jahr des Kriegsendes parteipolitisch aktiv. Die übrigen Emigranten kehren zwischen 1945 und 1948 in ihre Heimat zurück und engagieren sich ebenfalls noch im Jahr der Rückkehr, d.h. alle zeichneten sich durch ein unmittelbares, direktes politisches Engagement aus.

Es ist zu Beginn der Analyse der Parteikarrieren nach 1945 darauf hingewiesen worden, daß die Partei des ersten Nachkriegsbeitritts nicht unbedingt das einzige parteipolitische Engagement bleiben mußte und einige Untersuchungspersonen durch Parteiwechsel, der sowohl freiwillig als auch durch Parteiauflösung (BHE/GB, DP) und Verbot (1953 KPD) bedingt sein konnte, mit einer anderen Parteizugehörigkeit ins Landeskabinett gelangten. Welchen Grad der Stabilität der erste Parteibeitritt erreichte, war daran zu erkennen, wieviele in den einzelnen Parteien einen Wechsel vollzogen (Tab. LVII, Anhang). Die Parteiidentifizierung nimmt mit Organisationsgröße, Stabilität und Dauer der Existenz der Partei zu; je kleiner die Parteien waren und je kürzer sie politisch-relevante Faktoren im politischen Leben der Bundesrepublik darstellten, desto höher war der Anteil derjenigen, die die Partei nach einer gewissen Zeit teilweise unfreiwillig verließen und die Mitgliedschaft in einer größeren Partei erwarben, um politisch

aktiv bleiben zu können. Vergleicht man die Stabilität der Beitritte in die CDU, CSU, SPD und FDP, so wurde sichtbar, daß die Bindung an die durchorganisierte, historisch gewachsene Mitgliederpartei SPD am stärksten war; sie weist - gemessen am politischen Führungspersonal auf Landesebene - die größte Stabilität auf: von den 157 nach 1945 (z.T. wieder) der SPD beigetretenen Personen hat nur einer die Partei wieder verlassen. Die persönliche Bindung zur Organisation, Zielsetzung und Ideologie der Sozialdemokratie ist demnach außerordentlich groß. Auch Parteiwechsel aus der CDU und CSU waren relativ selten zu beobachten, (jeweils knapp 4 %) während für die FDP festzustellen war, daß jeder achte, der der FDP als erster Partei nach dem Kriege beitrat, sie wieder verließ und mit einer anderen Parteizugehörigkeit in die Landespolitik aufstieg. Die Tatsache, daß der hohe Anteil an Parteiwechslern bei den kleineren Parteien strukturell u.a. in der nur begrenzten Existenz dieser Parteien begründet lag, trifft für die FDP nicht zu, hier waren die Austritte neben persönlichen Motivationen u.a. durch Richtungswechsel der Partei begründet.¹¹

c. Typen innerparteilicher Aufstiegsmuster

Wie im einzelnen die innerparteilichen Aufstiegsprozesse verliefen, über welche Teilorganisationen der Parteien sich vorwiegend der Selektionsprozeß vollzog, soll im folgenden am Beispiel der Rolle der Jugendorganisationen im innerparteilichen Rekrutierungs- und Selektionsprozeß gezeigt werden¹². Faßt man die von Herzog entwickelten innerparteilichen Aufstiegstypen, die er anhand der Werdegänge des politischen Führungspersonals auf Bundesebene

für die Bundestagsparteien im Untersuchungsjahr 1968 ermittelt hat¹³, zusammen unter der reduzierten Fragestellung, welche Landesminister nach 1945 über die Jugendorganisationen ihrer Parteien und welche unter Umgehung (teilweise zwangsläufig altersbedingt) innerparteilich aufstiegen, so konnte ermittelt werden (Tab. LVIII, Anhang), daß 15 % die Jugendorganisationen ihrer Parteien beim Aufstieg tangierten; für die einzelnen Parteien ergaben sich die folgenden Differenzierungen (Tab. 5):

Tabelle 5

Modalität der Parteikarriere (nach Parteien)

Anzahl ^x absolut	Mit In- forma- tionen über Mo- dalität	Parteierfahrung in Jugendorgani- sation (singulär, sukzessiv, paral- lel) in %	ohne Ju- gendor- ganisa- tion(ex- klusiv) in %	keine Partei- karrie- re in %	
CDU	131	122	12	76	12
CSU	29	25	20	68	12
SPD	157	129	19	74	7
FDP	56	51	8	77	15
BHE/GB ^{xx}	12	12	8	84	8
DF ^{xx}	11	10	-	100	-
(N=396) (N=349)					

^x Für alle übrigen Parteien ist die Anzahl der Parteimitgliederhaft zu gering.

^{xx} Landesminister mit dieser Nachkriegspartei, der sie sich als erste anschlossen, waren bereits - da sie zum Großteil über NS-Erfahrungen verfügten - überwiegend in einem Alter, in dem die Mitgliedschaft in der Jugendorganisation nicht mehr möglich war oder diese Parteien besaßen keine durchstrukturierten, regional gegliederten Jugendorgankationen.

Zum Vergleich können die Ergebnisse zweier Studien herangezogen werden, die die Rolle der Jugendorganisationen bei der Auswahl von Bundespolitikern untersucht haben. Herzog kommt für die Bundesebene zu dem Ergebnis "..., daß in allen Parteien etwas mehr als die Hälfte der Personen ihre politische Laufbahn nicht über die Jugendorganisationen ihrer Parteien angetreten haben, sondern direkt in Positionen der Partei gelangt sind ..." ¹⁴. Auch Beyme unterstreicht die Bedeutung der Funktion der Jugendorganisation für den Selektionsprozeß, - "die Zugehörigkeit zu mächtigen Interessengruppen und den Jugendorganisationen der Parteien ist ein wichtiges Terrain der politischen Karrierestarts, dies gilt vor allem für die Junge Union" - ¹⁵ für die Landesebene haben die Jugendorganisationen eine weniger bedeutende Funktion (Tab. 5): Jede 5. innerparteiliche Karriere in der CSU verlief über eine Führungsfunktion in der Jungen Union, dagegen wird für die Parteikarrieren in der FDP deutlich, daß hier eine formale, der Hauptorganisation zugeordnete Jugendorganisation nicht existiert, darüber hinaus die Jungdemokraten (als selbständige Organisation) in einigen Regionen gar keinen oder nur einen schwachen Organisationsgrad aufweisen. Vergleichsweise am größten ist auch in der FDP der Anteil des landespolitischen Führungspersonals, der ohne Parteikarriere, d.h. ohne Bewährung in Führungsämtern der Parteiorgane auf unterschiedlichen Ebenen, ministrabel wurde .

Für die SPD kommt die dichte Organisationstruktur und der Massenbasischarakter dieser Partei deutlich zum Ausdruck: nur 7 % sind in der SPD unter Umgehung einer innerparteilichen Qualifizierung in Führungsämtern ins Landeskabinett eingezogen.

Auf welchen Organisationsebenen die innerparteiliche Tätigkeit überwiegend lag, bzw. über welche Ebenen der Aufstieg in der Positionshierarchie der Parteien verlief, wird in Tab. LIX, Anhang aufgeschlüsselt. Die für die Bundespolitik aufgestellte These von Zapf - "Für die Ministerauslese scheint die Stellung in der Parteihierarchie von entscheidender Bedeutung zu sein".¹⁶ findet auch auf der Landesebene ihre Bestätigung: Weit über die Hälfte der Landesminister besitzen Erfahrungen in Parteiführungsämtern auf zwei bzw. allen drei Organisationsebenen der Parteigliederungen¹⁷; sie verfügen damit über differenzierte interne Kenntnisse über den Funktions- und Entscheidungsablauf in ihren Parteien. Fast die Hälfte derjenigen mit Erfahrungen in Parteiführungsämtern waren in Funktionen auf Bundesebene tätig, knapp 2/3 haben auf der Landesebene Parteiämter bekleidet. Diese allgemeinen Angaben konnten parteienspezifisch aufgeschlüsselt werden (Tab. 6):

Tabelle 6

Positionssequenzen in den Parteien nach 1945

(ausgewählte Parteien)^{xx}

Partei	Anzahl absolut	KI in %	keine- Partei- ämter in %	Erfahrungen in Parteiämtern:						
				drei Ebenen: in %	zwei Ebenen:			nur eine Ebene:		
					Kom. La in %	Kom. Bu in %	La Bu in %	Bu in %	La in %	Kom in %
CDU	131	8	8	24	18	-	16 ^x	1	14	11
CSU	29	14	7	-	67	-	4 ^x	-	4	4
SPD	157	15	5	23	9	3	16	21	4	4
FDP	56	11	14	27	9	-	23	2	14	-
BHE/GB	12	-	9	25	-	8	50	-	8	-
DP	11	9	-	18	-	-	37	9	27	-

^{xx} Untersuchungspersonen aller übrigen Parteien (KPD, GVP, etc.) berichten über Führungspositionen auf verschiedenen Organisationsebenen.

^x Führungspositionen z.B. in der Jugendorganisation auf Bundesebene.

Die Intensität der Parteikarrieren konnte an zwei Kriterien gemessen werden: einmal daran, wieviele Führungsämter eine Untersuchungsperson auf einer Organisationsebene (in einem Gremium oder in mehreren Gremien) jemals eingenommen hatte und zum zweiten daran, auf wievielen verschiedenen Organisationsebenen Erfahrungen in Parteiämtern unterschiedlichen Kompetenzgrades gesammelt wurden. Hinsichtlich der Bandbreite der Parteikarrieren (Erfahrungsradius) - über welche Organisationsebenen erstreckt sich die innerparteiliche Erfahrung in der Ausübung von Führungsämtern - zeigte sich, daß Parteikarrieren, die über den kommunalen Wirkungsbereich, die Landes- und Bundesebene verlaufen (mit Ausnahme der CSU, die über keine eigene Parteiorganisation auf Bundesebene verfügt) in etwa gleich häufig bei Ministern aus CDU, SPD und FDP anzutreffen waren.

Für die Bundesminister wurde vergleichsweise ermittelt, daß mehr als 90 % über kommunale Parteiämter in Vorstandspositionen auf Landes- und/oder Bundesebene gelangten. "Genau 2/3 aller ernannten CDU-Bundesminister, über 80 % aller FDP-Bundesminister, doch nur ca. 40 % aller bis 1972 ernannten SPD-Bundesminister waren vor ihrer ersten Kabinettsberufung aktive Landesparteil политики (mit Vorstandspositionen auf dieser Ebene)..."¹⁸.

Tabelle 6 macht deutlich, daß auch die landespolitische Elite ganz überwiegend auf mehreren Funktionsebenen ihrer Parteien mitarbeitete. Karrieren, die unter Umgehung der Landesebene von der kommunalen Parteigliederung unmittelbar in die Bundesorganisationen führten, waren nur bei einigen der SPD-Landespolitiker anzutreffen. Bei der CDU waren ebenso viele Karriereverläufe kommunal-Land wie Land-Bund zu beobachten, bei der SPD überwiegen die Karrieren aus der Landesebene in den Bundesbereich, ganz deutlich ebenfalls bei der FDP¹⁹.

Der Anteil derjenigen, die nur auf einer innerparteilichen Organisationsebene agierten (beispielsweise CDU: 25 %, FDP: 16 %) ist bei Herzogs Analyse der Bundespolitik für diese beiden Parteien ähnlich niedrig (CDU: 24,5 %, FDP: 22,2 %) ²⁰; "Bei der SPD bleibt fast die Hälfte der Amtsträger auf nur einer Ebene tätig, während sich bei der CDU/CSU und der FDP nur etwa jeder Vierte auf die Mitarbeit in Vorständen einer Organisationsstufe beschränkt." ²¹

Jeder 5. der Minister, die ihre Parteikarriere in der SPD machten, gab an, ausschließlich in Führungsgremien auf Bundesebene aktiv gewesen zu sein; dieser hohe Anteil ist u.a. dadurch erklärbar, daß unmittelbar nach Kriegsende sich SPD-Mitglieder der Weimarer Zeit für den Wiederaufbau der Parteiorganisation zur Verfügung stellten und in Parteiführungssämter auf Bundesebene (Vorstand, Kontrollkommission, Beiräte, Fachausschüsse) gewählt wurden; für CDU und FDP bilden einige derartige Fälle die Ausnahme. Dagegen sind in FDP und CDU Karrieren ausschließlich auf der Landesebene oder der kommunalen Ebene (bei der CDU) ohne bundespolitisches Parteiengagement zu beobachten.

Für die Minister, die dem BHE/GB und der DP angehörten, gilt, daß ganz überwiegend intensive Karrieren über alle drei bzw. mindestens zwei Ebenen bis in die Parteiführungsgremien auf Bundesebene vorliegen, während der innerparteiliche Werdegang der CSU-Minister sich in der Regel von kommunalen Führungsgremien in die Landesebene erstreckt. Für CDU, CSU und FDP gilt darüber hinaus, daß überwiegend zwei bzw. drei Organisationsebenen während des innerparteilichen Werdeganges tangiert wurden (58 %, 71 % und 59 %). In der SPD verliefen die Karrieren nur zu rd. 50 %

über zwei bzw. drei Ebenen, knapp 30 % engagierten sich ausschließlich in der Parteiarbeit auf einer Ebene, überwiegend der Bundesebene.

Herzog hat - seine Ergebnisse zusammenfassend - festgestellt, daß (zumindest für die Zeit von 1945 bis 1968) "die parteipolitische Karriere gewöhnlich in den Führungsgremien der Basisorganisationen beginnt."²² 69 % seiner CDU/CSU-Mitglieder, 64 % seiner SPD- und 57 % der FDP-Mitglieder seines samples starteten ihre innerparteiliche Karriere auf lokaler Ebene²³; ein direkter Vergleich mit Ergebnissen der vorliegenden Arbeit, war nicht möglich, da nicht gezielt der innerparteiliche Karrierestart analysiert werden konnte; für die vorliegende Gruppe konnte jedoch als ein vergleichender Anhaltspunkt ermittelt werden, daß 53 % der CDU-, 36 % der FDP- und 39 % der SPD-Minister während der innerparteilichen Karriere Führungsämter auf kommunaler Ebene bekleideten.

Zu einem späteren Zeitpunkt wird auf die Rolle von Erfahrungen in kommunalen Parteiämtern für den innerparteilichen Selektionsprozeß noch einmal eingegangen. Auch für die Bundesminister konnte eine wachsende Bedeutung der unteren Parteiorganisationen als Rekrutierungsfeld festgestellt werden, wobei in den letzten Jahren zu beobachten war, daß zunehmend Minister ernannt wurden, die sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler bzw. regionaler Ebene Parteiämter bekleideten - "Blitzkarrieren sind nicht die Regel."²⁴

Im Zusammenhang dieser Analysen wurde erkennbar, daß die Intensität und Reichweite des innerparteilichen Engagements stark abhängig war vom jeweiligen Lebensalter, in dem die innerparteiliche Karriere gestartet wurde: je früher der Entschluß zum Parteibeitritt fällt, desto eher besteht die Chance, sehr intensive - sich über mehrere Organisationsebenen erstreckende - innerparteiliche Karrieren zu absolvieren und hohe Ämter zu erreichen (siehe Tab. LX, Anhang). Den bis zum 20-zigsten Lebensjahr Parteien beigetretenen Untersuchungspersonen gelang es zu 73 %, Parteiämter auf zwei bzw. drei Organisationsebenen zu übernehmen, während den im Alter von 50 Jahren oder älter beigetretenen dies nur zu 36 % gelang. Ein Engagement in diesem "fortgeschrittenen" Lebensalter läßt die Chancen, nach eine intensive Parteikarriere über verschiedene Ebenen hinweg zu starten, d.h. sich gegenüber oftmals jüngeren Mitkonkurrenten durchzusetzen, erheblich sinken. Eine Ausnahme bilden diejenigen, die nach 1945 aufgrund ihrer antifaschistischen Vergangenheit als "politische Symbolfiguren" relativ unangreifbar immer wieder in Führungsämtern bestätigt wurden und schon aus Gründen der Außenwirkung zunächst unabwählbar waren.

Schließlich zeigte sich die karrierefördernde Bedeutung von Qualifizierungszeiten in der Parteijugendorganisation daran, daß es Landesministern mit innerparteilichen Erprobungsphasen in Parteijugendorganisationen zu 51 % gelang, auf allen Ebenen Parteiführungsämter zu bekleiden, zu 38 % auf mindestens zwei Organisationsebenen; Landesminister mit exklusivem Werdegang dagegen nur zu 23 % auf drei Organisationsebenen, zu 42 % auf zwei Ebenen. Da die Aktivität in den Jugendorganisationen zu

Beginn der Parteilaufbahn lag, kann unterstrichen werden, was bereits in anderen Studien²⁵ herausgearbeitet wurde; Führende Tätigkeiten in den Jugendorganisationen begünstigen die Möglichkeiten, Parteiämter auf höheren Ebenen als der unmittelbaren Beitrittsebene anzustreben, schon dadurch, daß durch Satzungsbestimmungen die Führungsspitze der Jugendorganisationen auf unterschiedlichen Organisationsebenen qua-Amt-Mitgliedschaften in Vorständen der Hauptorganisation vorsahen und diese Politiker damit Startvorteile gegenüber den anderen besaßen. Für die Landespolitik haben sie jedoch nicht die gleiche Bedeutung wie für die Selektion von bundespolitischem Führungspersonal erlangt (Tab. LXI, Anhang).

d. Zur Interdependenz zwischen innerparteilicher und parlamentarischer Karriere

Anschließend an die Analysen der Modalität des innerparteilichen Werdeganges sollen die Parteikarrieren unter einem weiteren Aspekt untersucht werden²⁶: hinsichtlich ihrer Interdependenz zur parlamentarischen Karriere. Herzog spricht in diesem Zusammenhang von "interagierenden Selektionsmechanismen im Prozeß der politischen Führungsauswahl"²⁷. Dabei konnte das Material zu drei Fragestellungen ausgewertet werden:

1. Wird in der Regel die Parteikarriere vor der parlamentarischen gestartet (zeitlicher Aspekt der Interdependenz)? Es ist die These von Herzog zu überprüfen: "in den kontinental-europäischen Ländern ... stellt die parteipolitische Bewährung eine nahezu unumgängliche Voraussetzung für parlamentarische Karrieren dar."²⁸

2. Ob und in welchem Umfang waren Interdependenzen der Positionssequenzen zwischen Partei- und parlamentarischem Werdegang zu beobachten (Grad der Interdependenz)?

3. Gibt es längere Phasen, in denen die Karriere ausschließlich in der Partei oder im Parlament verläuft (Art der Interdependenz)?

Es wurden sechs empirisch-analytische Interdependenztypen entwickelt²⁹.

Typ 1: Abwechselnd, bzw. gleichzeitig werden in Partei und Parlament Positionen eingenommen, dies trifft für 29 % der Untersuchungsgruppe zu.

Typ 2: Erst nach einer längeren, intensiven Parteikarriere wird ein parlamentarisches Amt übernommen (7 %).

Typ 3: Nach einem kurzen innerparteilichem Engagement erfolgt daran anschließend ausschließlich eine parlamentarische Karriere (6 %).

Typ 4: Die politische Karriere wird - unmittelbar nach oder noch vor Parteibeitritt - im parlamentarischen Raum gestartet, erst danach erfolgen abwechselnd in Partei und Parlament Positionssequenzen (19 %).

Typ 5: Die politische Karriere beginnt im Parlament und wird dort für einen längeren Zeitraum intensiv absolviert, erst nach Jahren werden in der Partei Ämter übernommen (8 %).

Typ 6: Es war keine Interdependenz feststellbar (nicht klassifizierbar), da z.T. keine parlamentarische bzw. Parteikarriere vorlag (19 %).

Die folgenden Ergebnisse lassen parteispezifische Unterschiede deutlich werden: Bei den CDU- und den FDP-Ministern beginnt die politische Karriere zu rd. 50 % mit dem Engagement in der Partei, bei rd. 30 % mit der Übernahme einer parlamentarischen Position noch vor dem ersten Parteiamt; in der CDU ist der politische Karrierestart im Parlament ohne vorherige parteipolitische Bewährung die Ausnahme, während die analysierten SPD-Karrieren zu etwa gleichen Teilen sowohl mit Parteiämtern als auch mit öffentlichen Mandaten begannen (Tab. LXII, Anhang). Ein erheblicher Teil der Minister begann demzufolge seine politische Laufbahn mit parlamentarischen Ämtern, was im Gegensatz zu den Ergebnissen von Herzog steht, bei dem "der politische Aufstieg ohne parteiinterne Karriere" (dort verstanden als direkter Sprung in den Bundestag) einen Sonderfall darstellt; zu Recht betont Herzog, "das bedeutet freilich nicht, daß sie dort (in der Parteiorganisation) inaktiv gewesen sein müssen."³⁰

Tabelle 7

Parteizugehörigkeit und Typ der Interdependenz zwischen Partei- und parlamentarischer Karriere

Parteizugehörigkeit	Anzahl absolut	Interdependenztyp: (in %)					
		1	2	3	4	5	6
CDU	122	34	11	4	21	11	19
CSU	25	36	16	8	4	-	36
SPD	128	26	3	11	28	11	21
FDP	52	37	12	4	19	10	18
BHE/GB	11	55	9	-	27	-	9
DP	10	60	10	-	20	-	10
(N=348)		29	7	6	19	8	19 (KI=12)

Die innerparteilichen und parlamentarischen Karrieren in der CSU verliefen (Tab. 7) überdurchschnittlich dem Typ 1 und 2 entsprechend, stark unterdurchschnittlich sind bei den CSU-Untersuchungspersonen politische Karrierestarts über parlamentarische Ämter (Typ 4 und 5) zu beobachten gewesen. Für die analysierten SPD-Karrieren gilt, daß nur rd. jeder vierte SPD-Landesminister eine Karriere vom Typ 1 (gleichzeitiges bzw. abwechselndes Übernehmen von Partei- und parlamentarischen Positionen) absolvierte, unterdurchschnittlich trat der Typ von SPD-Karrieren auf, der erst nach einer längeren, intensiven Parteikarriere parlamentarisch aktiv wurde (Typ 2), während vergleichsweise häufig die Typen 3, 4 und 5 bei den untersuchten SPD-Mitgliedern auftraten. Knapp 50 % der SPD-Minister zeigten längere parlamentarische Karrieren, ohne daß in der Partei nennenswerte Positionssequenzen zu beobachten waren. Die Verteilung auf die Interdependenztypen war bei den Ministern von DP und BHE/GB in etwa gleich; nur zwei der insgesamt 21 ausgewerteten Minister dieser Parteizugehörigkeit wiesen keine Interdependenz auf.

Die enge, wechselseitige Verzahnung von parteipolitischem Werdegang und parlamentarischer Karriere ist damit in den unterschiedlichen Ausprägungen, die sich zwischen den Parteien zeigten, angerissen worden. Beymes These - "mit dem parlamentarischen Aufstieg ist - in Ämterkumulation - der Aufstieg in der Parteihierarchie verbunden. Die meisten Spitzenpolitiker hatten höhere Parteiämter inne"³¹ - reicht nicht aus, um diese Problematik zu erfassen. Es bedarf weiterer, intensiver Studien, um diese Fragestellungen der Karriereforschung empirisch zu lösen und um

die Problematik der wechselseitigen Beziehungen zwischen innerparteilichem und parlamentarischem Werdegang als ein Spezifikum der Selektion und Rekrutierung politischen Führungspersonals aufzuzeigen. Wie eingangs hypothetisch unterstellt, sind innerhalb des politischen Systems nur einige wenige Aufstiegskanäle sichtbar geworden, wobei sich parteispezifisch jeweils zwei bis maximal drei determinierende Aufstiegsmuster herausgebildet haben. Ob hierbei eine weitere Tendenz der Reduzierung eintritt oder nach wie vor Karrieren von Außenseitern in politische Elitepositionen möglich bleiben, kann nur im Rahmen vergleichender Elitestudien beantwortet werden.

Der politische Karrierestart der westdeutschen Landesminister nach 1945 ist jedoch, über parteispezifische Differenzen hinausgehend, noch von einem weiteren strukturellen Faktor, der auf die Entstehungssituation des gesamten Parteiensystems nach 1945 bezogen werden kann, geprägt worden: dem Zeitpunkt des Beginns politischer Karrieren. Die Karrieren, die nach dem zweiten Weltkrieg noch im Kriegsjahr 1945 gestartet wurden, begannen zu 44 % in der jeweiligen Parteiorganisation³², zu 34 % unmittelbar in einer öffentlichen Wahlposition. 1946 war dieses Verhältnis bereits 52 % zu 28 %, auf den Zeitraum 1947 bis 1950 bezogen war es 68 % zu 25 %; d.h., daß offenbar mit zunehmender Etablierung des Parteiensystems ein politischer Karrierestart unter Umgehung einer Bewährung in einem Parteiamt vor der Übernahme eines öffentlichen Mandates (in Legislative oder Exekutive) immer seltener wurde.

Nach Abschluß der Gründungsphase, die etwa bis 1950 anzusetzen ist - Konsolidierung der Parteien, Organisationsaufbau und Ausbau auf den verschiedenen staatlichen Verwaltungsebenen - sind jedoch bei den Ministern, deren Karrierestart nach 1950 liegt, wieder entgegengesetzte Tendenzen erkennbar: 48 % begannen die politische Laufbahn mit Übernahme innerparteilicher Führungsaufgaben, wiederum 28 % mit direkter Übernahme öffentlicher, politischer Wahlämter unmittelbar nach Parteibeitritt. Dieses Verhältnis entspricht in etwa dem der Karrieren derjenigen, die bereits vor 1918 oder in Weimar ihrer späteren Landesministerpartei beitraten, d.h., die auf eine ungewöhnlich lange Parteizugehörigkeit zurückblicken konnten: rd. 1/3 dieser Landespolitiker gelang es, nach 1945 zunächst ohne Übernahme innerparteilicher Führungsämter direkt im legislativen und/oder exekutiven Bereich Verantwortung zu übernehmen und sich erst nach Mandats-/Amtsübernahme nachträglich innerparteilich in Form der Übernahme von Parteiämtern abzusichern. Diese Ergebnisse lassen sich dahingehend interpretieren, daß nach wie vor auch unter Umgehung der innerparteilichen "Ochsentour" Blitzkarrieren in parlamentarische-politische Mandate möglich sind, wobei erst nachträglich die innerparteiliche Absicherung erfolgt.

e. Die unterschiedlichen Aufstiegsgeschwindigkeiten innerhalb der bundesrepublikanischen Parteien

Partei-spezifische Unterschiede zeigten sich noch unter weiteren Aspekten: Durch Analysen, die die innerparteilichen Aufstiegsprozesse hinsichtlich ihrer Geschwindigkeit analysieren, was seinerseits Rückschlüsse auf die Mechanismen der Selektion, die Durchlässigkeit des Organisationsgefüges und die Modalität der personalpolitischen

Entscheidungsprozesse in den Parteien zulässt. Dabei zeichnen sich deutlich Unterschiede zwischen den großen "Volksparteien" CDU und SPD einerseits und den kleineren Parteien mit lockerem Organisationsgefüge andererseits ab. Ermittelt werden konnten die innerparteilichen Aufstiegsgeschwindigkeiten an drei verschiedenen Karrierepunkten: bei erster Übernahme eines Führungsamtes auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene. Für die gesamte Führungsgruppe wurde eine durchschnittliche Parteizugehörigkeit zwischen Parteibeitritt nach 1945 und erster Wahl in ein kommunales innerparteiliches Führungsamt von 3,5 Jahren festgestellt, wobei über die Hälfte der Minister bereits innerhalb des ersten Jahres in ein kommunales Parteigremium gewählt wurde: bei 19 % erfolgte die Wahl unmittelbar nach Parteibeitritt, 35 % sind spätestens nach einem Jahr in eine kommunale Parteifunktion gewählt worden. Dies deckt sich mit Ergebnissen über die Aufstiegsgeschwindigkeit von bundespolitischen Eliten: Herzog hat ermittelt, daß 72 % seines samples innerhalb zweier Jahre nach Parteibeitritt das erste Amt übernahmen³³.

Die durchschnittliche Aufstiegsgeschwindigkeit in Parteiführungsämter auf Landesebene betrug 5,2 Jahre, dabei gelangten 15 % unmittelbar nach Beitritt in ein Parteiamt auf Landesebene, 20 % innerhalb des bzw. nach dem ersten Jahr der Parteizugehörigkeit. Nach durchschnittlich 8,9 Jahren gelang es den Landesministern, auf Bundesebene in Parteigremien Verantwortung zu übernehmen; hier sind es 29 %, die schon innerhalb der ersten drei Jahre der Parteizugehörigkeit in Funktionen auf Bundesebene gewählt wurden. Es zeigte sich (Tab. LXIII, Anhang), daß

in der CSU durch ihren spezifischen Organisationsaufbau ohne die Bundesebene die innerparteilichen Bewährungszeiten für kommunale Führungsämter länger als in den Parteien mit Bundesorganisationen sind (5,4 Jahre, CDU: 3,6 Jahre, SPD: 3,8 Jahre): es stehen weniger Parteiführungsämter zur Verfügung bei vergleichsweise hoher Anzahl möglicher Bewerber. Für die FDP deuten sich die besten Möglichkeiten für das Auftreten von innerparteilichen Blitzkarrieren an (1,6 Jahre).

Die innerparteilichen Bewährungszeiten, die die späteren Landesminister vor erster Wahl in ein Parteiführungsamt auf Landesebene zu absolvieren hatten, waren bei CDU, CSU und SPD etwa gleich lang (ca. 6 Jahre), für die FDP gilt, daß auch in die Führungsgremien der Partei auf Landesebene "Blitzkarrieren" möglich sind; in weniger als 4 Jahren gelangten die FDP-Mitglieder in der Landespolitik in Parteiführungspositionen dieser Organisationsebene (Tab. LXIV, Anhang). Außerordentlich kurze Zeit benötigten diejenigen, die über die "situationsbedingten" Kleinparteien wie dem BHE/GB oder die DP in die Landesregierung gelangten, d.h., die in den Parteien politische Karriere machten, die teilweise nur regional politische Bedeutung erlangten und nur für einige Jahre im Spektrum des westdeutschen Parteiensystems eine spezifische, begrenzte Funktion wahrnahmen: in weniger als zwei Jahren nach Parteibeitritt bekleideten Landesminister dieser Parteien bereits Führungsämter auf Landesebene - ein Indiz für den Grad der Durchlässigkeit und der Offenheit des Organisationsgefüges dieser Parteien, die durch unerwartet hohe Wahlerfolge in einigen Bundesländern noch unmittelbar in ihrer Gründungsphase in die politische Verantwor-

tung auf Landesebene durch Koalitionsbildungen gelangten, was innerparteilich ungewöhnliche, "katapultartige" Aufstiege des Führungspersonals begünstigte³⁴. Hinzu kam, daß diese Blitzkarrieren von geringen Mitgliederzahlen dieser Parteien (der BHE/GB und die DP waren vorwiegend Wählerparteien) begünstigt wurden und es ambitionierten Mitgliedern schnell gelang, mit Parteiführungsaufgaben sogar auf Bundesebene betraut zu werden (Tab. LXV, Anhang).

Für die FDP sind im Hinblick auf die Möglichkeiten, in Führungsämter auf Bundesebene zu gelangen, gleich lange innerparteiliche Qualifizierungszeiten wie bei CDU und SPD zu beobachten; auch lokale oder landespolitische FDP-"Parteigrößen" müssen sich innerparteilich auf Landesebene oder erst innerhalb von Bundesorganen qualifizieren, um mit einem gewissen Bekanntheitsgrad von diesen Entscheidungsgremien der Gesamtpartei - z.B. dem Bundespartei-tag in Bundesführungsfunktionen gewählt bzw. delegiert zu werden; zwischen 8 und 10 Jahren nach Parteibeitritt gelang im Durchschnitt den FDP-Landesministern der Sprung in Führungsämter auf Bundesebene. Für die SPD ist darauf hinzuweisen, daß von allen SPD-Landesministern, die nach 1945 als erster Partei der SPD beitraten, knapp 20 % innerhalb der ersten beiden Jahre nach Eintritt in Bundesführungsämter gelangten, nämlich alle diejenigen, die noch 1945 bzw. 1946 wieder in der SPD aktiv wurden (Gründungsmitglieder) und zugleich von der Parteibasis als qualifizierte und renommierte Sozialdemokraten des Dritten Reiches und Weimars in die Führungsgremien auf Bundesebene ihrer Partei gewählt wurden. Für den BHE/GB und die DP waren wiederum außerordentlich kurze innerparteiliche Bewährungszeiten notwendig, um in der Bundesführung dieser Parteien aktiv mitzuarbeiten.

Wie schon weiter oben geschildert, hängt die Aufstiegs-
geschwindigkeit jedoch nicht nur von der Struktur und den
selektiven innerparteilichen Mechanismen der jeweiligen
Partei ab, sondern auch - neben persönlichen Faktoren,
die umfassend mit "ambition" umschrieben werden können
und in der vorliegenden Arbeit unberücksichtigt blieben -
von weiteren situativen, objektiven Systemfaktoren; so
beispielsweise vom Beitrittsjahr nach dem 2. Weltkrieg
in die Partei, mit der der einzelne zum ersten Mal in
eine Landesregierung einzog. Es wurde deutlich, daß je
unmittelbarer nach Kriegsende dieser Parteibeitritt lag,
der den Beginn des politischen Aufstiegs bis in die Lan-
desregierung markierte, desto direkter und schneller
sich der innerparteiliche Aufstieg vollzog, was insbeson-
dere für die kommunale Ebene gilt, die ihrerseits eine
wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung weiterer
politischer Ambitionen ist (Tab. LXVI, Anhang): Je spä-
ter der Parteibeitritt in das sich immer stärker stabili-
sierende Parteiensystem und die sich verfestigenden inner-
parteilichen Strukturen nach 1945 erfolgte, desto länger
wurden die innerparteilichen Bewährungszeiten. Eine über-
durchschnittliche Häufung von innerparteilichen Blitz-
karrieren war auch in den folgenden Jahren nur immer dann
zu beobachten, wenn strukturell die Situation der Partei
(Aufbauphase, geringe Organisationsdichte) diesen Auf-
stiegsmodus erheblich begünstigte, da gerade in dieser
Phase oftmals auf bewährtes Parteiführungspersonal bei-
spielsweise aus der Weimarer Zeit zurückgegriffen wurde.
Der unmittelbare Aufstieg in Funktionen auf Landesebene
geht in allen Parteien nach 1946 prozentual zurück und
wird nur historisch-situativ unterbrochen, als sich neue
Parteien bildeten (z.B. 1950 Gründung BHE), die diese
außergewöhnlich schnellen innerparteilichen Werdegänge
vorübergehend gestatteten.

Daß hier, neben diesen strukturellen Gegebenheiten, die Dauer der Parteizugehörigkeit ein entscheidender Faktor war, der die Chance des innerparteilichen Avancement erheblich beeinflußt, wird deutlich, wenn man z.B. die Aufstiegsgeschwindigkeit in die Bundesgremien der Parteien nach 1945 in Beziehung setzt zur Dauer der kontinuierlichen Zugehörigkeit zu der Partei, mit der dann auch der erste Einzug in die Landesexekutive erfolgte (Tab. LXVII, Anhang); es gelang nach 1945 eben nicht den politischen "Neulingen" die Blitzkarrieren in die Führungsgremien der Parteien auf Bundesebene, sondern den Älteren, parteierfahrenen Mitgliedern.

Diese Ergebnisse zur Aufstiegsgeschwindigkeit sind zwar nur begrenzt repräsentativ und nicht generalisierend für die analysierten Parteien zu interpretieren, hierzu müßten weitere, systematische Untersuchungen über politisches Führungspersonal durchgeführt werden, um allgemeingültige Ergebnisse über die Möglichkeiten und Chancen des Aufstiegs in den etablierten Parteien und sich abzeichnende Wandlungstendenzen zu erzielen. Aber erste, empirische Vergleichsdaten sind gegeben, die einen Beitrag zur Analyse der inneren Struktur unter dem Aspekt der Offenheit der Parteien leisten und Aussagen über den Grad der innerparteilichen Durchlässigkeit zulassen.

2. Die Parteikarrieren der Parteigründungsmitglieder

Die individuelle Situation bei Parteibeitritt nach 1945 war - wie geschildert - für die 420 Untersuchungspersonen je nach Alter und politischer Erfahrung im NS-Reich, Weimar oder dem Kaiserreich unterschiedlich. So waren unter den 61 % der späteren Landesminister, die als Gründungsmitglieder nach dem zweiten Weltkrieg parteipolitisch aktiv wurden, sowohl einige, die spontan den sich bildenden Parteiorganisationen beitraten bzw. dieselben initiierten und sich damit zum ersten Mal in ihrem Leben einer Partei anschlossen als auch andere, die bereits über intensive, längere Parteierfahrung verfügten. Daß das politische Führungspersonal der Bundesländer sich in hohem Maße am Wiederaufbau des Parteiensystems nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland beteiligte wird daran sichtbar, daß beispielsweise Herzog, der allerdings ein zu einem bestimmten Zeitpunkt (1968) amtierendes sample untersucht, nur auf ein Viertel bis ein Drittel der CDU/CSU- bzw. SPD-Angehörigen kommt, die "Gründungsmitglieder ihrer Parteien in den Jahren 1945/46" waren³⁵.

Definitiv 30 % sind in die Parteien nach 1945 zu einer Zeit eingetreten, als sich das Parteiengefüge und die innere Struktur der Parteien, der organisatorische Aufbau ihrer einzelnen Parteigliederungen und Gremien bereits etabliert hatte. Aus dieser Tatsache ließ sich die Frage ableiten, ob Gründungsmitglieder, bedingt durch Kenntnisse, Erfahrungen, mit einem historisch begründeten innerparteilichen Prestige versehen und mit dem Image des unmittelbaren Erlebens der Parteigründung nach

dem zweiten Weltkrieg, sich bezüglich des innerparteilichen Werdeganges in Richtung und Aufstiegsgeschwindigkeit von denen unterscheiden, die erst später zu den Parteien stießen. Es wird also zu untersuchen sein, in welchem Umfang Gründungsmitglieder für die eigene Karriere vorteilhafte Aufstiegsvoraussetzungen besaßen und wie dies sich zeigte.

Nur vereinzelt berichten Landesminister noch über lokale oder regionale Parteigründungsaktivitäten, die sie nach 1946 - 1947 bis ins Jahr 1964 reichend - entwickelt haben. Von allen Gründungsmitgliedern haben 94 % direkt in den Nachkriegsjahren 1945/1946 ihre Gründungsfunktion wahrgenommen. Schon 1946 berichten 32 % aller in diesem Jahr beigetretenen Untersuchungspersonen, daß ihr Beitritt nicht mehr in die unmittelbare Gründungssituation ihrer Partei fällt. Eine Analyse der Altersstruktur der Gründungsmitglieder zeigt (Tab. LXVIII, Anhang), daß insbesondere Untersuchungspersonen im Alter bis zu 30 Jahren und auch diejenigen über 50 Jahre sich überdurchschnittlich an den Parteigründungen nach 1945 beteiligten, wobei - wie schon oben erwähnt - bei diesen Altersgruppen eine subjektiv unterschiedliche Ausgangssituation bestand: Die Jüngeren können ausschließlich durch das unmittelbare Erleben des zweiten Weltkrieges zum direkten parteipolitischen Engagement nach Kriegsende stimuliert worden sein, während die Älteren an die politischen Aktivitäten der Zeit vor 1933 anknüpften und sofort die Parteiarbeit in Form der Neuorganisation der von den Nationalsozialisten zerschlagenen Parteigliederungen begannen. Daß diese Motivation bei den Älteren vorlag, wird z.B. daran sichtbar, daß eine negative Einstellung zum NS-Regime,

die die oben geschilderten Auswirkungen auf die berufliche, politische und die private Situation im Dritten Reich und teilweise eine Emigration zur Folge hatte, nach 1945 direkt zum parteipolitischen Engagement führte; beispielsweise wurden 82 % der Emigranten Parteigründungsmitglieder; darüber hinaus haben die Parteigründungsmitglieder auch in weitaus stärkstem Maße im Vergleich zu den übrigen Untersuchungspersonen gegnerschaftliches NS-Verhalten nachweisen können: von allen denen, die schon eine spezifische Einstellung zum NS-Regime altersmäßig haben entwickeln können, waren 61 % aktive NS-Gegner, diese haben vergleichsweise in erheblich stärkerem Maße die Parteien nach 1945 mitaufgebaut als diejenigen, die sich durch kein gegnerschaftliches Verhalten im Dritten Reich auszeichneten.

Bezüglich der Interdependenz zwischen innerparteilichem und parlamentarischem Werdegang waren keine auffallenden Unterschiede zwischen Gründungs- und Nichtgründungsmitgliedern festzustellen. Es war lediglich der Trend zu erkennen, daß die Gründungsmitglieder - als Folge dieser Funktion - erheblich häufiger über Parteiämter ihre politischen Karrieren starteten, während Nicht-Gründungsmitglieder vergleichsweise häufiger erst parlamentarische Ämter übernahmen und sich daran dann die innerparteiliche Karriere anschloß. Andererseits durchliefen aber auch überdurchschnittlich viele der Nicht-Gründungsmitglieder erst sehr lange, intensive Parteikarrieren (Konzentration der politischen Aktivität ausschließlich auf die Parteiarbeit als Funktionär in verschiedenen Gremien),

bevor sie ein Mandat erhielten, d.h. ihre parlamentarische Karriere starteten. In diesen Fällen lagen echte parteiinterne Bewährungszeiten vor, wogegen bei Parteigründungsmitgliedern selten intensive, langandauernde innerparteiliche Karrieren vor der Übernahme eines ersten parlamentarischen Amtes festgestellt werden konnten. Dies deutet darauf hin, daß diese Generation einen gewissen "Bonus" durch die Tatsache der Gründungsmitgliedschaft besaß. Darüber hinaus war der Nachweis einer demokratischen Gesinnung durch politische Aktivitäten vor 1933 und/oder eine Anti-NS-Einstellung gegeben, womit die unmittelbare Kandidatur für ein parlamentarisches Amt möglich wurde, ohne daß eine nochmalige innerparteiliche Erprobungsphase in parteipolitischen Führungsämtern notwendig erschien. Die politische Vergangenheit dürfte für diesen Personenkreis eine hinreichende Qualifikation gewesen sein.

Auch hinsichtlich der Aufstiegsgeschwindigkeit wird dieser Vertrauensbonus deutlich. Die Aufstiege in kommunale, Landes- oder Bundesparteführungsämter erfolgten bei Parteigründungsmitgliedern ungewöhnlich schnell, so gelangten 21 % von ihnen 1945 direkt nach Beitritt in ein kommunales Parteiamt, dagegen nur 5 % der Nicht-Gründungsmitglieder; 30 % innerhalb des ersten Jahres gegenüber 23 % der Nichtgründungsmitglieder³⁶. Die gleiche Tendenz wird erkennbar, wenn man dieses Phänomen von einer anderen Bezugsgröße her analysiert: Von allen denjenigen, die unmittelbar nach Parteibeitritt in ein kommunales Parteiführungsamt gewählt wurden, waren 90 % Parteigründungsmitglieder, von allen denjenigen, denen dies nach

spätestens einem Jahr gelang noch 72 %. Diese Ergebnisse ließen die Schlußfolgerungen zu, daß je kürzer die Dauer zwischen Parteibeitritt und erstem Parteiamt auf kommunaler Ebene war, in desto stärkerem Maße es sich um Politiker handelte, die Partei-Gründungsmitglieder waren. Diese These wurde noch zusätzlich durch die Analysen der Aufstiegsgeschwindigkeiten von Gründungsmitgliedern im Vergleich zu Nichtgründungsmitgliedern in Gremien auf Landes- und Bundesebene eindeutig unterstrichen (Tab. LXIX, Anhang). Im Durchschnitt sind Parteigründungsmitglieder nach 5 Jahren in Führungspositionen auf Landesebene und nach 7 Jahren auf Bundesebene gewählt worden, im Vergleich zu Nichtgründungsmitgliedern, die 6 bzw. knapp 12 Jahre benötigten.

Über die Hälfte der Gründungsmitglieder war nach spätestens zwei Jahren in Parteiämter auf Landesebene gewählt worden, dagegen nur ein knappes Drittel derjenigen, die erst nach Abschluß der Gründungsphase beitraten. Für die Parteiämter auf Bundesebene lauten die Vergleichszahlen zu dieser Fragestellung 21 % zu 4 %; damit werden die unterschiedlichen innerparteilichen Bewährungszeiten und Karrierevoraussetzungen noch einmal deutlich: Die älteren Politiker mit Parteierfahrung vor 1933 gründen - wie oben geschildert - ganz überwiegend die Parteien nach 1945 und werden sofort in Parteiämter gewählt, während die ganz junge Generation, die erst im Laufe der 40er und 50er Jahre altersbedingt sich parteipolitisch engagieren konnte, nach ihrem Parteibeitritt vergleichsweise erhebliche innerparteiliche Qualifizierungszeiten zu absolvieren hatte, was für Parteiämter auf Bundesebene am deutlichsten zum Ausdruck kommt: durchschnittlich 5 Jahre länger mußten letztere sich innerparteilich bewähren, um in Führungsgremien auf Bundesebene gewählt zu werden.

3. Die Parteiwechsler nach 1945

Unabhängig davon, ob nach 1945 parteipolitische Aktivitäten wiederaufgenommen wurden oder zum ersten Mal ein direktes Engagement in einer Partei erfolgte, sind die empirisch festgestellten ersten Parteibeitritte nach 1945 nicht bei allen Mitgliedern der Erhebungsgruppe die einzigen Beitritte geblieben: 9 % wechseln definitiv ein- oder mehrfach die politische Parteizugehörigkeit; es gab Untersuchungspersonen mit maximal vier Beitritten nach 1945.

Die Problematik des Parteiwechsels von Mandatsträgern und deren längerfristige politische Karrierechancen ist nach 1945 insbesondere anhand von spektakulären Wechseln prominenter Bundespolitiker häufig aufgegriffen worden. So hat beispielsweise Kramer für den Bundestag ermittelt, daß zwischen 1949 und 1972 127 Abgeordnete die Fraktion wechselten und nur rd. 1/3 von ihnen ins Parlament wiedergewählt wurde, d.h. zuvor von den Gremien der neuen Partei nominiert wurde: "Beim Fraktionswechsel einzelner Abgeordneter drängt sich dagegen die Vermutung auf, daß hinter dem Stellungswechsel vorwiegend Torschlußpanik und der Gedanke an die eigene politische Karriere stehen ... Da der Fraktionswechsel - wie gerade die jüngsten Fälle zeigen - sich für die Überläufer politisch selten auszahlt, wird bei der Motivsuche immer wieder der Verdacht der direkten oder indirekten Bestechlichkeit von Abgeordneten mitschwingen, die das Ende ihrer politischen Karriere auf dem Umweg des Fraktionswechsels an Stelle des konsequenten Mandatsverzichts erreicht haben."³⁷ Auch Neumaier gibt Parteiwechslern längerfristig keine

politische Überlebenschance: "Mit Abtrünnungen und Parteiwechslern hat es seine eigene Bewandtnis... Sie wännen sich entweder verkannt und Opfer von Verleumdungen oder sie fallen sich selbst und ihrer vermeintlichen Popularität zum Opfer. Aber sie sind bisher noch immer enttäuscht worden. Nach aller Erfahrung ist es Schicksal von Dissidenten, daß ihrer Tat der Zusammenbruch der Karriere folgt."³⁸

Gegen diese verallgemeinernde These spricht jedoch, daß es 9 % der vorliegenden Zielgruppe trotz z.T. mehrfachen Parteiwechsels gelungen ist, in die Landesexekutive aufzusteigen. Allerdings muß festgehalten werden, daß einige den Parteiwechsel noch im Status eines einfachen Parteimitgliedes ohne Mandat vollzogen und keinen überregionalen Bekanntheitsgrad bereits besessen haben dürften. Auch Herzog kommt - für die Bundesebene - zum Ergebnis: "Der Parteiwechsel insbesondere von führenden Parlamentariern ist der Ausnahmefall geblieben;... Zudem hat die personelle Fluktuation von Spitzenpolitikern weniger zwischen den großen etablierten Parteien stattgefunden, sondern vollzog sich vor allem als Absprung von kleinen, vom Aussterben bedrohten Parteien, zu den großen, z.B. von dem ehemaligen BHE zur CDU oder von der ehemaligen DP zur FDP oder CDU."³⁹ Diese Ergebnisse werden in der Tendenz durch die vorliegende Untersuchung unterstrichen. Herzog kommt bei seinen analysierten 124 Bonner Spitzenpolitikern auf knapp 7 % Parteiwechsler.

Im folgenden soll nun herausgearbeitet werden, ob - neben der persönlichen Motivation und objektiven Systemgegebenheiten wie Parteiauflösungen, die ein erneutes Engagement in einer anderen Partei zur Folge hatten - die Parteiwechsler gemessen an ihrem beruflichen und politischen Werdegang Gemeinsamkeiten aufwiesen, die als Faktoren für den Entschluß des Parteiwechsels in Betracht kommen, diesen Wechsel stimuliert oder gar ausgelöst haben können:

1. Mit zunehmendem Alter bei erstem Parteibeitritt war ein höherer Anteil an Parteiwechslern auszumachen: von den Ministern, die nach 1945 im Alter zwischen 15 und 19 Jahren Parteien beitraten, wechselten nur 4 % die Partei, dagegen 18 % von den Ministern, die zwischen 50 und 68 Jahre bei ihrem ersten Nachkriegsbeitritt alt waren. Diese Zahlen lassen jedoch allein noch keine Interpretationen in Richtung auf engere bzw. losere Parteibindung und -identifizierung der Jüngeren im Verhältnis zu denjenigen zu, die erst in vergleichsweise höherem Alter sich nach 1945 zum Beitritt entschlossen, da für den Einzelfall die jeweilige konkrete Situation (systembedingter oder persönlich-motivierter Wechsel) nicht rekonstruiert werden. Ergänzend ließ sich jedoch feststellen, daß mit zunehmend späterer Lebensphase, in der der Parteibeitritt lag, die Neigung wächst, die Partei zu wechseln. Ein früher Beitritt (z.B. in der Ausbildungsphase oder noch bei Beginn der Berufskarriere) festigt die persönliche Bindung an die Partei und läßt die Bereitschaft zum Parteiwechsel ganz offensichtlich geringer werden. Diese Tendenz trifft insbesondere für die Minister zu, die sich erstmals nach 1945 parteipolitisch betätigten.

2. Es waren Tendenzen erkennbar, daß sich die Beitritte im unmittelbaren Nachkriegsjahr 1945 vergleichsweise als die "stabilsten" erwiesen, d.h., die Beitritte in der folgenden Etablierungsphase der Parteien haben vergleichsweise häufiger zu Parteiwechseln geführt: nur 8 % aller noch 1945 beigetretenen Landesminister treten nicht zugleich in die Partei ein, mit der ihnen der Einzug ins Kabinett gelang. Der prozentuale Anteil der Wechsler lag dann nach 1945 immer zwischen 10 % und 22 %, was teilweise darin begründet lag, daß es insbesondere nach 1950 Zeitpunkte und -phasen gab, wo es durch Parteiauflösungen bzw. -fusionen mit anderen politischen Gruppierungen zwangsläufig zu Parteiwechseln kommen mußte (Tab. LXX, Anhang).
3. Schließlich konnte geprüft werden, ob ein und welcher Zusammenhang zwischen einem spezifischen NS-Verhalten und der Stabilität der Parteibindung nach 1945 in Bezug auf die Neigung zum Parteiwechsel besteht: Eine empirische Überprüfung dieser Frage ergab, daß Minister mit positiver NS-Vergangenheit überdurchschnittlich zum Parteiwechsel nach 1945 tendierten, was schon dadurch bedingt war, daß sie sich vorwiegend dem BHE und der DP anschlossen. Die Neigung war um so stärker ausgeprägt, je höher der Grad des positiven NS-Engagements war.⁴⁰ Dagegen ließ ein aktiv-gegnerschaftliches NS-Verhalten unterdurchschnittlich häufig einen Parteiwechsel nach 1945 beobachten (7 %). Zugleich war zu erkennen, daß mit zunehmendem Grad der gegnerschaftlichen NS-Einstellung und der daraus resultierenden Konsequenzen der Parteibeitritt nach 1945 eine starke Stabilität aufwies und (von wenigen Ausnahmen

abgesehen) endgültig war; nur 3 % z.B. derjenigen mit KZ-Erfahrungen im Dritten Reich verließen nach 1945 die Partei, in die sie nach dem Zusammenbruch des NS-Reiches eingetreten waren und engagierten sich erneut in einer anderen Partei.

Diese Angaben konnten belegen, daß ein nach 1945 erfolgter Parteiwechsel sowohl strukturell bedingt war, wie eben auch die persönliche Lebenssituation bei Beitritt, die spezifisch-historische Beitrittssituation und das politische Rollenverhalten im Dritten Reich Faktoren waren, die sich auf die Stabilität bzw. Instabilität der Parteibindung nach 1945 auswirkten.

4. Die Mitglieder der politischen Exekutiven der Bundesländer - Delegationseliten der Parteiführungsgremien?

Abschließend soll im Zusammenhang der Analyse der innerparteilichen Aufstiegsprozesse untersucht werden, in welcher innerparteilichen Karrierephase sich die Landesminister befanden, als ihnen der Einzug in die Landesexekutive gelang⁴¹. Das innerparteiliche Engagement, d.h. die Verankerung in Parteiführungsgremien, die beim Einzug ins Landeskabinett bestand und die dazu beitrug, daß ein Politiker ministrabel wurde, sollte jedoch nicht nur zur ersten Ernennung klassifiziert und analysiert werden, sondern zu Zeitpunkten eventueller weiterer Ernennungen sollte überprüft werden, ob und ggf. wie sich die positionellen Bindungen der Landesminister in ihren Parteien verändert hatten. Zielsetzung war es, herauszufinden, ob nach der ersten Kabinettsberufung die innerparteiliche

Karriere durch die Übernahme neuer Ämter in anderen, auf höherer Organisationsebene liegenden Parteiführungsgremien parallel zur Wahrnehmung des Ministeramtes aufsteigend verlaufen war. Hypothetisch war nämlich auch eine andere Entwicklung in der Richtung denkbar, daß durch längere Amtszeiten ein Stillstand im oder sogar ein Rückzug aus dem Parteileben erfolgte: Durch längere Kabinettszugehörigkeitsdauer konnten im Zuge eines arbeits-ökonomisch begründeten "Entfremdungsprozesses" allmählich Parteiämter abgegeben werden, womit eine Lösung aus bestimmten Bereichen des Parteilebens und die ausschließliche Konzentration auf das parlamentarische Geschehen erfolgt wäre. Dieser Prozeß würde die permanente Gefahr in sich bergen, die zur Wiedererlangung des parlamentarischen Mandats notwendige Unterstützung relevanter Basisgremien der Partei zu verlieren.

Analog zur Klassifizierung der parlamentarischen "Verankerung" der Minister zum Zeitpunkt der einzelnen Berufen im folgenden Kapitel wurden vier empirisch-analytische Aktivitätstypen zum Berufungszeitpunkt gebildet⁴²:

- Typ 1: Untersuchungspersonen, die einfache Parteimitglieder (ohne spezifische Parteifunktionen) waren,
- Typ 2: Untersuchungspersonen mit einem Parteiführungsamt (in einem Parteigremium),
- Typ 3: Untersuchungspersonen mit Parteiaktivitäten (Führungsämtern) auf einer oder zwei verschiedenen Organisationsebenen,

Typ 4: Untersuchungspersonen mit intensiver Parteikarriere, d.h. Parteiführungsämtern in mehreren Gremien auf verschiedenen Organisationsebenen.

Tab. LXXI, Anhang zeigt, daß noch 40 % der Untersuchungsgruppe bei erster Kabinettsberufung ohne Parteiämter war und dieser Anteil bei Analyse der weiteren Ernennungszeitpunkte kontinuierlich zurückgeht (bei 2. Ernennung 30 %, bei dritter 21 %). Mit zunehmender Anzahl der Kabinettsberufungen verringert sich der Anteil derjenigen, die zu diesem Zeitpunkt in der Partei nur einfaches Mitglied waren, da es zwischen den einzelnen Amtszeiten, die, wie geschildert, nicht immer eine volle Legislaturperiode umfaßten, einem Großteil gelang, in der Partei Führungsämter zu übernehmen. Auf die Modalitäten dieser Amtsübernahmen kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht eingegangen werden, jedoch wurde bei Sichtung des Materials deutlich, daß es sich vielfach eindeutig um Parteifunktionen handelte, die ehrenhalber übertragen wurden, bzw. um qua-Amt-Funktionen, was z.T. satzungsmäßig in den Parteien vorgesehen war. Deutlich wird anhand des zur Verfügung stehenden Materials schon bei dieser Analyse, daß die Karrieren im parlamentarischen Raum - der Einzug in die Landesregierung - sich positiv auf die innerparteiliche Karriere auswirkte.

Zum Zeitpunkt der 4. Ernennung sind nur noch 16 % der Minister ohne Parteiämter, dieser Prozentsatz verringert sich bei den Analysen der Personengruppe mit weiteren Berufungen: Zum Zeitpunkt der 5. Ernennung sind dann alle Minister in ihren Parteien mit mehreren Ämtern verankert, sie weisen teilweise bis zu vier Parteipositionen auf.

Die Tabellen LXXII, LXXIII und LXXIV (Anhang) geben einen Überblick über die Entwicklung der innerparteilichen Karriere der drei entwickelten empirisch-analytischen Aktivitätstypen zu den unterschiedlichen Ernennungszeitpunkten. Diese tabellarischen Darstellungen zusammenfassend ergibt sich die folgende Entwicklung bezüglich der innerparteilichen Karrieren während der Amtszeiten in der Landesregierung (Tab. 8).

Tabelle 8

Grad der innerparteilichen Aktivität zu Ernennungszeitpunkten

Grad der innerparteilichen Aktivität	Grad der innerparteilichen Aktivität zu Zeitpunkten:			
	1. Ernennung (in %)	2. Ernennung (in %)	3. Ernennung (in %)	4. Ernennung (in %)
ohne Parteiamt	40	30	21	16
mit einem Parteiamt (schwache Aktivität)	26	28	38	37
mit zwei Parteiämtern auf einer bzw. zwei Organisationsebenen (normal)	18	22	20	} 47
mit mehreren Funktionen in verschiedenen Gremien bzw. Organisationsebenen (stark)	14	19	21	

1. Mit zunehmender Anzahl der Berufungen geht der Prozentsatz der Minister ohne Parteiamt bei Ernennungen kontinuierlich zurück; d.h., daß die Minister nach ihrer ersten Ernennung eine Parteikarriere starteten und diese umso intensiver wird, je länger die Zugehörigkeit zur Landesregierung dauerte.

Bei der Analyse der Mitglieder der Bundeskabinette konnte herausgearbeitet werden, daß seit 1953 (bis 1972) nur 7 Personen ins Bundeskabinett berufen wurden, die zum Zeitpunkt ihrer 1. Ernennung kein Parteiamt bekleideten⁴³.

2. Diese Entwicklung ist jedoch für die Minister der unterschiedlichen Bundesländer jeweils differenziert zu betrachten. In Rheinland-Pfalz, Hessen, Schleswig-Holstein und Bayern waren vergleichsweise am wenigsten Ministerberufungen zu beobachten, bei denen die Parteigremien und die parlamentarischen Gremien Politiker aus ihren Reihen ins Kabinett delegierten, die ohne ein Parteiamt waren, während in Bremen und Hamburg auch bei erster Wiederberufung bzw. dritter und weiterer Kabinettsberufung der Anteil derjenigen ohne eine innerparteiliche Führungsposition zum Zeitpunkt der Berufung mit 44 % bzw. 26 % überdurchschnittlich hoch ist. Dabei wird weiter unten zu prüfen sein, inwieweit die in diesen beiden Stadtstaaten berufenen Politiker andere - fachliche oder politische - Qualifikationen besaßen, die sie letztlich ministrabel werden ließen (Tab. LXXI, Anhang).
3. Bei einem Teil der Minister war festzustellen (Tab. LXXII, Anhang), daß bei erster Berufung nur eine geringe innerparteiliche Aktivität (Typ 2: die Besetzung ausschließlich eines Parteiamtes) vorlag; bei diesen Parteiämtern handelte es sich im wesentlichen um Führungsämter auf Landesebene (49 %). Nur 23 % dieser Personengruppe wurde mit einem Parteiamt auf der Bundesebene ins Kabinett berufen, bei 28 % handelte es

sich um kommunale Parteiführungsämter. Bei zweiter Ernennung sind es schon 27 %, die ausschließlich auf Bundesebene ihrer Partei engagiert waren, 55 % auf Landes- und 18 % auf kommunaler Ebene. Mit steigender Anzahl weiterer Ernennungen war zu beobachten, daß, wenn nur ein Parteiführungsamt ausgeübt wurde, das Parteiengagement sich deutlich von der kommunalen Ebene weg auf höherrangige Parteigremien verlagerte, wobei die Verankerung in Parteiführungsgremien auf Landesebene immer intensiver wurde und die kommunalen Parteiämter zugunsten der Übernahme von Parteiämtern auf Landes- und Bundesebene fast völlig unbedeutend wurden. Für die zwischen 1949 und 1972 ernannten Mitglieder der Bundesregierungen wurde - in Übereinstimmung mit den hier erzielten Ergebnissen - festgestellt, daß CDU-Bundesminister in steigendem Maße aus dem Bundesvorstand ihrer Partei heraus delegiert werden. 64 % der FDP-Bundesminister waren vor ihrer ersten Kabinettsberufung Mitglieder im Bundesvorstand ihrer Partei, die SPD hat - von wenigen Ausnahmen abgesehen - ausschließlich Bundesvorstands- bzw. -Präsidiumsmitglieder ins Kabinett delegiert⁴⁴. 1949 waren nur 56 % der Bundesregierungsmitglieder zum Zeitpunkt der Kabinettsberufung in Führungsgremien ihrer Parteien (auf unterschiedlichen Organisationsebenen) tätig gewesen, von den 18 zwischen 1965 und 1969 beispielsweise neu ins Kabinett berufenen waren 95 % in führenden Parteiämtern verankert⁴⁵. Auch Herzog kam für sein sample zum Ergebnis, daß "Parlamentarier nach ihrer Wahl in die Legislative auch in der Partei in höhere Positionen aufsteigen"⁴⁶.

4. War zum Zeitpunkt der Ernennungen ein höherer Grad an Parteiaktivitäten festzustellen (Typ 3: mit Aktivitäten auf einer bzw. zwei Organisationsebenen), so wurden diese mit zunehmender Dauer der Kabinettszugehörigkeit auf verschiedenen Organisationsebenen wahrgenommen (Tab. LXXIII, Anhang): bei erster Ernennung waren nur 25 % ausschließlich auf Landes- bzw. Bundesebene in zwei führenden Parteiämtern tätig, bei zweiter Ernennung nur noch 17 %, bei dritter 9 %; alle übrigen waren zum Zeitpunkt der jeweiligen Ernennungen in zwei Parteiämtern unterschiedlicher Organisationsebene tätig, wobei mit zunehmender Dauer im Kabinett Parteiämter auf Bundesebene angestrebt und übernommen wurden: 51 % bei erster, 60 % bei zweiter und 65 % bei dritter Ernennung übten mindestens ein Parteiamt auf Bundesebene aus. Die Mitgliedschaft in der Landesregierung hat sich damit positiv für die innerparteiliche Karriere in die Bundesführungsgremien (Vorstand, Beiräte, Kommissionen, Fachausschüsse, Arbeitskreise etc.) ausgewirkt und die innerparteilichen Aufstiegschancen gesteigert.
5. Dies bestätigt sich bei den Ministern, die sich außerordentlich intensiv in ihren Parteien schon bei erster Ernennung engagiert hatten (Aktivitätsgrad Typ 4: intensive Parteikarriere); diese gelangten als engagierte Partei-Funktionäre teilweise mit enormen "Ämterhäufungen" zum ersten Mal ins Kabinett und übernahmen während der Zugehörigkeit zum Landeskabinett noch weitere, zusätzliche Parteifunktionen. Die Problematik der Ämter- und Funktionshäufungen ist in den Parteien ein permanenter Diskussionspunkt⁴⁷. Immer wieder wurde versucht, über Reformen der Parteiorganisation Mandats-

und Funktionshäufungen in der Hand einzelner abzubauen. Knapp 10 % dieses Aktivitätstypes haben ihre Aktivitäten ausschließlich auf einer Organisationsebene wahrgenommen, alle Übrigen sind in Gremien mindestens zweier Organisationsstufen aktiv, über ein Drittel von ihnen üben Funktionen auf allen drei Organisationsebenen der Parteien aus. Auch hier ist ein steigender Anteil an innerparteilichem Engagement mit zunehmender Anzahl der Ernennungen in den Führungsgremien auf Bundesebene zu beobachten: 69 % der in verschiedenen Gremien aktiven Parteifunktionäre waren bei erster Ernennung u.a. auf Bundesebene ihrer Partei in Führungsämter gewählt worden, 85 % bzw. 88 % sind bei zweiter bzw. dritter Ernennung dort verankert.

Die landespolitische Prominenz, zu der in erster Linie eben die Kabinettsmitglieder zählen, ist neben dem Bundestag ein wesentliches Rekrutierungsfeld für die Führungsorgane der Parteien auf Bundesebene; langjährige Kabinettszugehörigkeit auf Landesebene ebnet den Weg und eröffnet die Möglichkeit, zusätzliche Parteifunktionen - außer auf der Landesebene - in den Führungsgremien auf nationaler Ebene zu übernehmen, was wiederum dem innerparteilichen Renoméé auf kommunaler und Landesebene nicht abträglich ist.

In allen Bundesvorständen der drei im Bundestag vertretenen Parteien CDU, SPD und FDP sind kontinuierlich seit Kriegsende in großer Zahl die führenden Landespolitiker vertreten - die eben oftmals zugleich auch Kabinettsämter bekleideten. Teilweise war dies satzungs- oder geschäftsordnungsmäßig geregelt, teilweise wurden die einzelnen Landesverbände gemäß interner Absprachen in der Bundesführung der Parteien personell repräsentiert.

Die Parteikarrieren sind also nach den hier erzielten Ergebnissen mit der Berufung ins Kabinett weder beendet noch stagnieren sie, sondern mit zunehmender Dauer der Zugehörigkeit zur Landesregierung steigt - zur Karriereabsicherung - auch das innerparteiliche Engagement. Oftmals übernehmen gerade Landesminister aufgrund ihres politischen Ansehens führende Parteiämter in den Landesverbänden ihrer Parteien, um integrierende Wirkung zu erzielen (auseinanderstrebende Parteiflügel zusammenzuhalten) oder ganz allgemein um das Ansehen der Parteiorganisation in ihrer Innen- und Außenwirkung zu steigern. Daneben werden über die Landesebene hinausgehend die Bundesebene der Parteien - insbesondere auch Führungsämter in den Fachausschüssen - anvisiert, wobei eindeutig Tendenzen der Ämterhäufung in allen vier Bonner Parteien zu beobachten sind: die innerparteiliche Absicherung gegen ein mögliches Ausscheiden aus der aktiven parlamentarischen Politik (und dort eben spezifisch aus der Landesregierung) in verschiedenen Parteiämtern der unterschiedlichen Gliederungsebenen und Organen wird dabei ebenso deutlich sichtbar, wie die Tatsache, daß gerade Landesminister, denen sich permanent vertiefendes Fachwissen mit zunehmender Amtsdauer unterstellt werden kann, quasi als "Experten" in die Fachgremien der Parteien delegiert werden. Dies zeigt eine Analyse der Zusammensetzung z.B. der Bundesfachausschüsse der SPD; sie sind zu einem wesentlichen Teil mit Personen besetzt und werden von Politikern geführt, die sich als Landesminister durch lange Amtszeiten innerparteilich den Ruf eines Fachmannes für ein spezifisches Aufgabengebiet erworben haben.

X. Die parlamentarisch-politische Karriere nach 1945:
Vertikale und horizontale Mobilität

Die parlamentarisch-politischen Werdegänge der west-deutschen Landesminister sind - wie ihre innerparteilichen Positionssequenzen - vielfältig; neben den politischen Parteien haben sich Legislativen und Exekutiven auf den verschiedenen Organisationsebenen als "interagierende Selektionsmechanismen"¹ im Prozeß der Herausbildung von politischem (ministrablem) Führungspersonal erwiesen, "die Parlamente sind die großen Bewährungs- und Schulungsstätten der politischen Elite"².

Die enge Verzahnung zwischen innerparteilichem und parlamentarisch-politischem Werdegang aufzuzeigen, ist ein Aspekt des vorliegenden Untersuchungsabschnitts; einerseits ist die Bewährung in der Parteiarbeit Voraussetzung für eine erfolgreiche, dauerhafte parlamentarische Karriere in legislativen und speziell auch exekutiven Gremien, umgekehrt ermöglicht und fördert diese den innerparteilichen Aufstieg³. Daneben soll auch auf die konkrete historische Situation eingegangen werden, die sich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges für jeden einzelnen jeweils differenziert darstellte: einige begannen - wie schon im vorherigen Abschnitt aufgezeigt - auch ihre parlamentarische Karriere erst 1945, andere starteten - wie weiter oben aufgezeigt - bereits vor dem Dritten Reich ihre parlamentarische Karriere und zeichneten sich auch aufgrund dieser politischen Vergangenheit in den Jahren zwischen 1933 und 1945 durch ein spezifisches NS-Verhalten aus, was seinen Niederschlag nach

1945 sowohl im privatberuflichen, innerparteilichen als auch im parlamentarisch-politischen Werdegang fand. Diese historischen Wirkungszusammenhänge sollen in die Analyse der parlamentarischen Nachkriegskarrieren einbezogen werden, um auch in diesem Kontext einige Bestimmungsfaktoren herauszuarbeiten, die zu Besonderheiten und abweichenden Karriereverläufen im Bereich des parlamentarisch-politischen Werdeganges führen konnten.

Die vergleichende Analyse einer Vielzahl von Werdegängen über legislative und exekutive Wahlämter bis zur Erlangung der Landesministerwürde kann unter verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen:

1. Wo wurden die parlamentarisch-politischen Karrieren gestartet, wie verliefen sie in zeitlicher und positioneller Abfolge (über welche Gremien und Organisationsebenen waren die Positionssequenzen zu beobachten)?
2. Welche Aufstiegsmuster haben sich herausgebildet (überwiegend legislative oder primär exekutive Karriereverläufe)?
3. Wie lange dauerten die Aufstiegsprozesse in die politischen Exekutivpositionen und in welche Richtung verliefen sie (z.B. über Erfahrungen in Wahlämtern auf Bundesebene in die Landespolitik oder stärker aus der kommunalen Politik in die Landespolitik)?

Der parlamentarisch-politische Werdegang der Minister sollte nicht nur isoliert von den gesellschaftlich-politischen Rahmen- und Systembedingungen als solcher chronologisch nachvollzogen und analysiert werden, sondern es wurde darüber hinausgehend versucht, ihn als Teil eines umfassenden Rekrutierungs- und Selektionsprozesses der politischen Qualifizierung zu begreifen, ihn dort einzuordnen und punktuell an verschiedenen relevanten Karrierepunkten auf die Interdependenzen z.B. zur oftmals parallel verlaufenden Parteikarriere zu verweisen.

Die spezifische Entstehungssituation des parlamentarisch-politischen Systems der Bundesrepublik nach 1945 berücksichtigend, mußten zunächst eventuelle Aktivitäten der Untersuchungsgruppe in den politischen Institutionen vor Gründung der Bundesrepublik, d.h. eventuelle parlamentarisch-politische Aktivitäten im Zeitraum zwischen Mai 1945 und Oktober 1949 untersucht werden: wer startete die politische Nachkriegskarriere über solche Ämter bereits in dieser Zeit, in der die Übernahme eines öffentlichen-politischen Amtes sich noch von demokratischen Wahl-Mechanismen dadurch unterschied, daß die Besatzungsmächte von ihrem Recht der Einsetzung, Delegation, Berufung und Abberufung in spezifisch politische Ämter, die z.B. ursprünglich politische, exekutive Wahlämter wie Bürgermeister, Stadtdirektor oder Landrat waren, in vielen Fällen gebrauch machten. Ebenso war zu prüfen, wer sich darüber hinaus die Mitgliedschaft in historisch-entwickelten legislativen Gremien oder deren parlamentarischen Vorläufer wie verfassungsgebende Versammlungen erwarb. Diese Mitgliedschaft wurde in der Regel in dieser

Zeit nicht über ein demokratisch legitimates Wahlverfahren erworben, sondern über andere Berufungsmechanismen. Diejenigen Untersuchungspersonen mit diesem parlamentarischen Nachkriegsstart (Beginn der parlamentarisch-politischen Karriere in Institutionen vor Gründung der Bundesrepublik, d.h. Karrierestart qua alliierter Anordnung (in exekutiven oder in vorparlamentarischen Gremien) werden gesondert von denen analysiert, die - demokratisch legitimiert - ihre parlamentarisch-politische Nachkriegskarriere begannen, d.h., ohne diese spezifischen Erfahrungen starteten⁴. Diese Differenzierung wurde vor allem deshalb unternommen, um herauszufinden, ob die Mitgliedschaft in politischen Organen der "Übergangsperiode" nach dem zweiten Weltkrieg die weiteren Karrierechancen im Hinblick auf Richtung, Intensität und Reichweite beeinflusst hat⁵. Zugleich wurde hypothetisch unterstellt, daß in den Aufbaujahren der Länder grundsätzlich nur derjenige eine Chance für den Aufstieg in die Landesexekutive hatte, der sich in mindestens einem dieser Gründungsgremien politisch bewährt hatte und sich mit dieser Qualifizierung in Partei und Parlament der Kandidatur um ein Exekutivamt stellte.

1. Die Qualifizierung in politischen Wahlämtern vor Gründung der Bundesrepublik

158 Landesminister (38 % der Untersuchungsgruppe) sind in legislativen bzw. exekutiven Funktionen der politischen Institutionen in der Entstehungsphase der Bundesländer und der Bundesrepublik tätig gewesen; von den bis 1972 ernannten Bundesministern waren es vergleichsweise 30 %⁶. Über ein Drittel der Landesminister fand damit bei den alliierten Machthabern Berücksichtigung, als diese die Vorläufer späterer demokratischer Institutionen installierten⁷.

Gemeinsam allen diesen in dieser Zeit ausgeübten Funktionen war, daß die Übernahme nicht mittels eines Wahlverfahrens erfolgte, sondern sich einerseits über Ernennungen, Berufungen oder andererseits im Delegationsverfahren durch die Besatzungsmächte vollzog, wobei die jeweiligen Delegationsgremien überhaupt keine oder nur eine begrenzte demokratische Legitimation aufwiesen. Die Faktoren und Kriterien, die die Alliierten als Berufungsmaßstäbe ansetzten, können im Einzelfall nicht nachvollzogen werden, eine wesentliche persönliche Voraussetzung war jedoch eine antifaschistische Vergangenheit, um die Chance der Mitarbeit am Wiederaufbau in den alliierten Zonen durch die Besatzungsmächte zu erhalten. Für die einzelnen Bundesländer ergaben sich - unabhängig davon, welche Besatzungsmacht das jeweilige Gebiet okkupierte - z.T. erhebliche Unterschiede bezüglich des Engagements der späteren Landesminister in diesen Institutionen (Tab. 1).

Tabelle 1

Landesminister mit Erfahrungen in politischen Gremien vor Gründung der Bundesrepublik

Bundesland	Minister mit Erfahrungen (in %)
Bayern	37,2
Nordrhein-Westfalen	37,3
Hamburg	16,7
Niedersachsen	43,7
Hessen	37,1
Schleswig-Holstein	27,9
Baden-Württemberg	63,5 ^{xx}
Rheinland-Pfalz	35,5
Bremen	31,8
(N= 420)	37,6

xx hier muß berücksichtigt werden, daß es bis 1952 in Baden-Württemberg 3 voneinander unabhängige Länder gab, die jeweils ihre eigenen parlamentarisch-politischen "Vorläufer-Gremien" (Landtage, Landesregierungen etc.) hatten; dies erklärt den überdurchschnittlich hohen Anteil an späteren Landesministern in Baden-Württemberg mit Erfahrungen in den analysierten Institutionen.

Diese allgemeine statistische Aufstellung konnte noch spezifiziert werden in der Hinsicht, in welchem Umfang sich insbesondere die Mitglieder der ersten gewählten Kabinette aus dieser Gruppe von Politikern rekrutierten, die schon zwischen 1945 und 1949 politisch an verantwortlichen Stellen wirkten: In welchen Gremien und in welcher Intensität waren dort Aktivitäten zu beobachten?⁸

Tabelle LXXV (Anhang) gibt eine umfassende Übersicht über die Aktivitäten in den Institutionen auf kommunaler, Landes- und nationaler Ebene zwischen 1945 und 1949; folgende vier Ergebnisse sind im vorliegenden Fragenzusammenhang von besonderer Relevanz:

1. Die unterschiedliche Bedeutung der Qualifizierung in diesen Gremien für die einzelnen Bundesländer wird erst in vollem Umfang dann deutlich, wenn man die Fragestellung nicht auf die jeweils bis 1974 ernannten Kabinettsmitglieder bezieht, sondern eben nur auf diejenigen, die in den ersten beiden Legislatur-Perioden die Landesregierungen bildeten. Um eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen, wurden daher die jeweils ersten

15 nach 1945 gewählten Landesminister berücksichtigt; mit Ausnahme der Hamburger Senatoren haben in allen Bundesländern weit über die Hälfte - in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sogar alle Mitglieder - der ersten nach 1945 gewählten Landesregierungen eine gemeinsame politische Qualifizierung in den von den Besatzungsmächten initiierten politischen Gremien erfahren. Diese Gremien übernahmen damit eine wesentliche Rekrutierungsfunktion für das unmittelbare politische Nachkriegsführungspersonal der Bundesländer. Diese Ergebnisse wurden auch bestätigt durch Untersuchungen, die unter dieser Fragestellung politisches Führungspersonal auf nationaler Ebene analysiert haben: "Noch 81 % aller zwischen 1949 und 1953 ernannten Bundesminister waren 'Männer der ersten Stunde', zu dieser Zeit war die Mitgliedschaft in zumindest einem vorstaatlichen Gremium noch eine politische Voraussetzung für die Berufung ins Kabinett"⁹; von den zwischen 1953 und 1957 neu ernannten Bundesministern waren noch 50 % zwischen 1945 und 1949 in Gründungsgremien der Bundesrepublik aktiv.

2. Darüber hinaus wurde deutlich, daß diese Aktivitäten in der Aufbauphase überwiegend nicht nur auf eine Funktion in einem politischen Gremium beschränkt blieben, sondern ein hoher Grad an Bereitschaft zur Mitarbeit am Aufbau der politischen Ordnung auf unterschiedlichen Funktionsebenen dadurch zum Ausdruck kam, daß Landesminister unmittelbar vor dem Einzug in ein gewähltes parlamentarisch legitimates Landeskabinett (und zum Teil noch während der ersten Amtszeit als Landesminister) in einem oder mehreren Gremien in Form der Über-

nahme von führenden Funktionen starke politische Aktivitäten entwickelten. Insbesondere die überzonalen und zonalen politischen Koordinationsgremien waren das Betätigungsfeld, in denen die Minister der ersten Kabinette die Interessen ihres Landes vertraten.

3. Der Wirkungsbereich dieser politischen Aktivitäten lag bei 69 % dieser Politiker in dem Bundesland, in dem die spätere (oder gleichzeitige) Ministertätigkeit ausgeübt wurde, 31 % waren darüber hinaus noch zusätzlich in politischen Institutionen auf nationaler Ebene aktiv, worunter die Gremien subsummiert wurden, die in irgendeiner Form mittelbar oder unmittelbar an der Konstituierung der späteren Bundesrepublik mitwirkten.
4. Es wurde weiterhin erkennbar in welchem hohem Maße gerade diejenigen Mitglieder der westdeutschen Länderkabinette, die in den ersten Jahren nach 1945 in die Landesregierungen gelangten, bereits über eine parlamentarisch-politische Praxis in den Vorläufergremien sowohl der Landtage als auch der Landesexekutiven (durch die Mitgliedschaft in eingesetzten Landesregierungen) verfügten, die vor den ersten ordentlichen Landtagswahlen amtierten und spezifische Gründungs- und Aufbaufunktionen wahrnahmen, z.B. Ausarbeitung der Verfassung, Vorbereitung von Wahlen. Große Teile der ernannten Landesregierungsmitglieder verblieben auch nach den ersten Landtagswahlen weiterhin in der Regierung und sammelten zusätzlich noch vielfach legislative Erfahrungen in den Vorläufern der Landtage. Legislative wie exekutive

Erfahrungen stellten geradezu eine wesentliche Voraussetzung für die "Ministrabilität" von Regierungsanwärtern in den Anfangsjahren der Bundesländer dar: diejenigen, die erst gewähltes Mitglied einer Landesregierung wurden und dann erst anschließend als Minister in Gründungsgremien auf nationaler Ebene (z.B. im Parlamentarischen Rat 1948/49) delegiert wurden, sind die Ausnahme.

Schon an dieser Stelle wird ein Ergebnis im Zusammenhang mit Professionalisierungstendenzen in der Politik sichtbar, wenn man zunächst nur diejenigen berücksichtigt, die in dieser Frühphase in die Landesexekutive gelangten: Bereits bei erster Kabinettsberufung stellt das politische Engagement entweder im Landtag oder in anderen Legislativen bzw. Exekutiven die hauptberufliche Betätigung dar.

Die besondere politische Situation, in der sich das ehemalige Deutsche Reich nach 1945 befand - territoriale Aufteilung in Besatzungszonen und Machtausübung durch die Alliierten - und in der die parlamentarisch-politischen Karrieren gestartet wurden, machten eine gesonderte Analyse der Nachkriegskarrierestarts notwendig, die in dieser konkreten historischen Situation in "quasi-demokratischen" Institutionen und politischen Entscheidungsgremien begannen; einmal um diese spezifisch deutsche Besonderheit des Nachkriegskarrierestarts in vergleichenden Studien entsprechend zu berücksichtigen, aber auch um darauf hinzuweisen, daß die politischen Werdegänge nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen zu einem großen Teil eben nicht über parlamentarisch-politische Wahlämter begannen, sondern das politische

Führungspersonal auf Landesebene qua Order der Besatzungsmächte in diese Funktionen gelangte, so daß diese Politiker bereits einen erheblichen Startvorteil gegenüber potentiellen Mitbewerbern und nachfolgenden Generationen besaßen.

Allen übrigen, die nicht über diesen Weg rekrutiert wurden, blieben - bedingt durch die Gliederung des organisatorischen Staatsaufbaues - drei Ebenen der parlamentarischen Qualifizierung: die Kommunale, die Landes- und die Bundesebene, wobei die parlamentarisch-politische Karriere ausschließlich über eine oder mehrere Ebenen verlaufen konnte (horizontale bzw. vertikale Qualifizierung). Daraus ließen sich zwei weitere zentrale Fragestellungen herleiten:

1. Welche Bedeutung haben die Kommunalpolitik einerseits und die Bundespolitik andererseits für die Qualifizierung des Exekutiv-Personals auf der Landesebene?
2. Welche Rolle spielt der Landtag bei der Rekrutierung und Selektion der Landesexekutive bzw., gab es Karrieren ins Landeskabinett unter Umgehung des Landtages?

2. Karriereerfahrung in der Kommunalpolitik

Die Bedeutung der Rolle der kommunalpolitischen Betätigung als Erprobungsfeld für alle diejenigen mit Ambitionen auf politische Aufgabengebiete in höherrangigen Kompetenzbereichen ist immer wieder herausgestellt worden, "Kommunalpolitik ist die Schule der Politiker"¹⁰. So waren 42 % aller bis 1972 ernannten Bundesminister in der Kommunalpolitik in öffentlichen Wahlämtern aktiv, dieser

Anteil ist seit 1949 im wesentlichen konstant geblieben¹¹. Für Hess ist die kommunalpolitische Betätigung der Landesminister "oft genug Ausdruck einer frühzeitigen Hinwendung zur konkreten Politik und der Verankerung in einem Wirkungsbereich, dessen Bedingtheiten mit den Ansprüchen einer spezifischen Fachberufskarriere divergieren"¹².

Mit der Frage nach kommunalpolitischen Erfahrungen ist einerseits der Aspekt der Durchlässigkeit des politischen Systems angesprochen (verlaufen politische Karrieren in der Regel vertikal über die verschiedenen Organisationsstufen des staatlichen Verwaltungsaufbaues von "unten nach oben"?). Andererseits konnten die Analysen Ergebnisse über zunehmende oder abnehmende Offenheit politischer Subsysteme (vertikale politische Karrieren über verschiedene Organisationsebenen werden die Ausnahme, horizontale der Regelfall) erbringen (1. Problemdimension).

Für die gesamte Erhebungsgruppe gilt, daß 32 % Mandatsträger in der Kommunalpolitik in legislativen Vertretungskörperschaften vor ihrer ersten Kabinettsberufung waren¹³.

1. Rd. die Hälfte von ihnen bekleidete nur in einem Gremium ein legislatives Mandat, die durchschnittliche Amtsdauer betrug 7,2 Jahre, eine Zeitspanne, die nahezu zwei Legislatur-Perioden umfaßte.

Herzog hat für die von ihm analysierten Mitglieder des Bundestages in Gemeinde-/Kreisvertretungen vor Übernahme eines Bundestagsmandates eine durchschnittliche Amtszeit von 5 Jahren ermittelt, wobei die SPD-Bundestagsabgeordneten durchschnittlich nur etwa 2 1/2 Jahre tätig waren¹⁴. Er erklärt dies mit der geringeren Abkömmlichkeit sozialdemokratischer MdB's, die

überwiegend aus größeren Städten kommen und mit der höheren Anzahl der in Großstädten zu besetzenden hauptamtlichen Positionen. Insgesamt haben alle diejenigen mit kommunalpolitischer Erfahrung durchschnittlich 9 Jahre auf dieser politischen Funktionsebene gearbeitet.

Schwergewichtig lag die Mitarbeit der analysierten Landesminister in kommunalen Parlamenten (zu 80 %), die übrigen waren in Kreis-/Bezirkstagen kommunalpolitisch aktiv. Weniger als 20 % dieser Politiker mit nur einer Aktivität besetzte innerhalb der Vertretungskörperschaft legislative Führungspositionen¹⁵.

2. Rd. 1/3 der kommunalpolitisch Aktiven wies einen höheren Aktivitätsgrad in der Kommunalpolitik auf, bei diesen waren bereits Positionssequenzen innerhalb kommunaler Vertretungskörperschaften zu beobachten; sie verliefen entweder innerhalb einer Vertretungskörperschaft (bei 42 %), oder in zwei verschiedenen Institutionen (bei 58 %), teilweise auch dort mit Führungsfunktionen. Die durchschnittliche Amtsdauer - gemessen an der Aktivität, die jeweils am längsten ausgeübt wurde - lag hier bei 8,8 Jahren.
3. Die übrigen 16 % der Minister mit Erfahrungen in legislativen kommunalen Wahlgremien haben intensive kommunalpolitische Karrieren absolviert, die durchschnittlich 16 Jahre dauerten und sich entweder innerhalb eines kommunalen Parlamentes vollzogen - wobei nacheinander bzw. gleichzeitig verschiedene Führungsämter bekleidet wurden - oder aber diese Personen-

gruppe war nacheinander oder gleichzeitig in verschiedenenartigen kommunalen Vertretungskörperschaften nicht nur als einfache Mandatsträger aktiv, sondern hatte sich stark in legislativen Führungsgremien engagiert (Tab. LXXVI, Anhang).

Da auch diejenigen, denen nur eine einfache Mandatswahrnehmung in einer kommunalen Vertretungskörperschaft nachgewiesen werden konnte, überwiegend anschließend in ihre Amtszeit als Parlamentarier für einen begrenzten Zeitraum Mitglieder kommunaler Exekutiven wurden, konnte die These entwickelt werden, daß, wenn die "Schule" der Kommunalpolitik durchlaufen wurde, hier nicht nur für kurze Zeit Mandate "nebenbei" wahrgenommen wurden, sondern im legislativen und/oder exekutiven Bereich intensive, längere politische Vorbereitungszeiten des späteren politischen Landesführungspersonals lagen. Dabei sind seit 1946 keinerlei Veränderungen zu beobachten gewesen. Diese kommunalen Aktivitäten wurden in einigen Fällen sogar parallel zur parlamentarischen Karriere auf Landesebene weiterhin zur Absicherung teilweise bis zum Zeitpunkt der ersten Berufung ins Kabinett fortgesetzt. Auch Herzog hat für sein sample empirisch nachgewiesen, "daß Ämter in der kommunalen Selbstverwaltung nicht nur der politischen Einübung und Qualifikation, sondern ebenso der lokalen Absicherung gesamtstaatlicher Machtpositionen dienen."¹⁶

War knapp ein Drittel der Landesexekutivmitglieder aktiv im legislativen Bereich der Kommunalpolitik tätig, so haben 25 % der Untersuchungsgruppe vor ihrer ersten Ernennung auf Landesebene bereits in Exekutivämtern auf der kommunalen Ebene politische Verantwortung getragen. Knapp 15 % der Landesminister verfügen sowohl über

legislative wie auch exekutive Erfahrungen auf kommunaler Ebene¹⁷. Von allen 420 Untersuchungspersonen sind damit 42 % der Landespolitiker während ihrer politischen Karriere in der Kommunalpolitik in einem öffentlich-politischen Wahlamt aktiv geworden, diese Zahl macht deutlich, daß zwischen der kommunalen und der Landesebene in erheblichem Umfang Mobilitäten zu beobachten sind¹⁸. Für die Bundestagsabgeordneten hat Herzog sogar noch einen etwas höheren Anteil (rd. 55 %) mit Erfahrungen in der Kommunalpolitik festgestellt¹⁹.

Ein Viertel der gesamten Untersuchungsgruppe brachte Erfahrungen aus dem kommunalen Sektor hinsichtlich der Wahrnehmung politischer Verantwortung entweder in einem spezifischen Sachgebiet mit in die Landesexekutive ein oder hatte im Rahmen der Amtsausübung als Bürgermeister oder Oberbürgermeister bereits politischen Exekutiven auf kommunaler Ebene vorgestanden und damit für bestimmte regional begrenzte Stadt- oder Landregionen die politische Gesamtverantwortung getragen. Auf einer höherrangigen Ebene - Landespolitik - übten sie, an ihre kommunale Erprobungszeit anschließend, gleiche Funktionen aus, wobei zwar die Reichweite des politischen Zuständigkeitsbereiches von erheblich größerer Dimension war, die praktische Regierungsarbeit wie Kenntnis von Entscheidungsabläufen in der Verwaltung, konkrete Umsetzung von politischen Beschlüssen in die Praxis, Amts- und Personalführung ihnen jedoch nicht unbekannt war. Der Karriereweg über Exekutivämter in der Kommunalpolitik war und ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich ausgeprägt; sichtbar wurde jedoch für alle analysierten Bundesländer, daß für einen breiten Personenkreis die kommunale Regierungsverantwortung noch nicht Endziel der Karriereabsichten war (Tab. 2).

Tabelle 2

Erfahrungen in kommunalen Exekutiv-Funktionen

Bundesland	Anzahl absolut	Mit Erfahrungen in kommunalen Exekutiven:	
		Anzahl	in %
Bayern	43	14	33
Nordrhein-Westfalen	59	20	34
Hamburg	54	1	2
Niedersachsen	48	18	38
Hessen	35	16	46
Schleswig-Holstein	43	13	30
Baden-Württemberg	63	15	24
Rheinland-Pfalz	31	5	16
Bremen	44	3	7
(N=420)		(N=105)	25

Für die Stadtstaaten Hamburg und Bremen wird das Fehlen einer "echten" kommunalen Ebene als mögliche politische Rekrutierungsebene deutlich, es existieren dort zwar kommunale Vertretungskörperschaften, aber keine politischen kommunalen Exekutiven²⁰. Schon durch diese strukturellen Bedingungen sind die von den übrigen Ländern erheblich abweichenden parlamentarisch-politischen Werdegänge zu begründen. Die 105 Landesminister mit Erfahrungen in kommunalen Exekutivämtern waren in unterschiedlichen Ämtern auf der kommunalen Ebene vor Einzug in die Landesregierung zu finden (Tab. LXXVII, Anhang). Die bayerischen Landesminister waren ganz überwiegend als Landräte tätig,

in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg waren rd. 2/3 in Oberbürgermeisterämter gewählt, während für die Minister aus Schleswig-Holstein ebenfalls ein hoher Anteil an Landräten festzustellen war. Die durchschnittliche Amtsdauer dieser Personengruppe mit Erfahrungen in einem kommunalen Exekutivamt betrug 5,8 Jahre, 42 % von ihnen traten ihr Amt bereits in den Jahren 1945/46 an - sie wurden in diese Ämter gewählt und nicht ernannt bzw. eingesetzt! -, die restlichen waren bis spätestens 1949 ins erste kommunale Exekutivamt gewählt worden, was bedeutet, daß diese Politiker unmittelbar nach Kriegsende aktiv in die Kommunalpolitik (hauptberuflich) eintraten.

21 Politiker konnten über begrenzte Karrieren im kommunalen Exekutivbereich berichten: teilweise waren sie in zwei verschiedene Exekutivämter (nacheinander) gewählt worden oder sie amtierten mit Unterbrechungen in verschiedenen Wahlperioden. Die durchschnittliche Amtsdauer betrug 4,4 Jahre, 63 % von diesen wurden zwischen 1945 und 1949 zum ersten Mal in ein kommunales Exekutivamt gewählt (Tab. LXXVII, Anhang). Weitere 8 Minister verfügen über sehr intensive Erfahrungen in kommunalen Exekutivpositionen²¹, für sie dürften die intensiven kommunalen Exekutiv-Karrieren vor Eintritt in die Landesregierung ein wesentlicher Grund für die Kabinettsberufung gewesen sein.

Diese Ergebnisse weisen auf die Rolle und Bedeutung der Kommunalpolitik als Rekrutierungsfeld der späteren Landespolitiker hin: Es sind kommunale Karriereerfahrungen, die ganz überwiegend unmittelbar nach Kriegsende gesammelt wurden, zu einer Zeit, da es auf höheren Organisationsebenen noch keine politischen Wahlorgane gab,

so daß gerade in diesen Jahren andere Karrierestarts beispielsweise auf nationaler Ebene gar nicht möglich waren. Schon auf diesen objektiven Systembedingungen - den Besonderheiten des Wiederaufbaues der westdeutschen Staatsordnung nach 1945 - sind diese Karriereverläufe u.a. zurückzuführen. Ein Großteil der westdeutschen Landesminister verfügt - mit regional unterschiedlicher Intensität - damit entweder über kommunalpolitische Erfahrungen im legislativen oder im exekutiven Bereich und hat die parlamentarisch-politische Nachkriegskarriere in lokalen Gremien begonnen. In welchem Umfang die legislativen kommunalen Wahlämter beibehalten wurden, konnte die Analyse der zu den einzelnen Ernennungen zum Landesminister ausgeübten politischen Wahlämter aufzeigen (siehe weiter unten).

Bereits die durchschnittlich errechneten Amtszeiten auf kommunaler Ebene weisen darauf hin, daß es sich in der Regel nicht um ein vorübergehendes, auf eine Legislatur-Periode beschränktes Engagement handelt, sondern daß im kommunalen Bereich bewußt trotz begonnener politischer Karriere auf höheren Organisationsebenen (z.B. im Landtag) die Karriere zur Absicherung auf der Landesebene weitergeführt wurde. "Je vielfältiger er (der Karrierepolitiker) in verschiedenen Bereichen verankert ist, desto größer sind die Aussichten, beim Verlust des einen Mandats ein anderes zu behalten oder die politische Karriere in einem anderen Bereich, z.B. in der Kommunal- oder Landespolitik fortsetzen zu können, wenn die bundespolitische Laufbahn blockiert oder beendet wird."²²

Diese Ergebnisse unterstreichen zunächst die wichtige Funktion der Kommunalpolitik als Rekrutierungsfeld für das landespolitische Führungspersonal, an zwei weiteren analytischen Schnittpunkten wird erneut auf die Kommunalpolitik zurückgegriffen: Einmal dann, wenn auf die politische Verankerung in legislativen Mandaten und in exekutiven Wahlämtern zum Zeitpunkt der Kabinettsberufungen eingegangen wird (Kommunalpolitik als direktes Rekrutierungsfeld) und bei den Analysen, die sich mit den Abgangsmodalitäten der Landespolitiker befassen, wo die Rolle der Kommunalpolitik als "Auffangssektor" beim "Elitenabgang" behandelt wird²³.

3. Die Landtagskarrieren: Die Funktion der Landtage als zentrales Selektionsorgan

Einen besonderen Stellenwert in der vorliegenden Arbeit haben die folgenden Analysen der Landtagskarrieren der Kabinettsmitglieder der westdeutschen Bundesländer. Auf das spezifische verfassungsrechtlich definierte Verhältnis zwischen Landeslegislative und Exekutive einerseits und die Beziehungen, die sich zwischen Landtag und Landesregierung im praktisch-politischen Entscheidungsprozeß entwickelt haben, kann nicht näher eingegangen werden; die Rolle des Landtags als Legitimationsbasis, als Initiativ-, Wahl- und Kontrollgremium mit weitreichender Kompetenz wie Einsetzung und Abberufung von Regierungen und Regierungsmitgliedern ist vielfältig und komplex. Nur ein spezifischer Aspekt soll im vorliegenden Zusam-

menhang der Analyse politischer Karriereverläufe herausgegriffen werden: die Bedeutung des Landtags in seiner Rekrutierungs- und Selektionsfunktion für die Politiker, deren Karriere-(teil)ziel die Übernahme eines Ministeramtes auf Landesebene ist.

An dieser Stelle soll zum Vergleich darauf hingewiesen werden, daß rd. 54 % der bis 1972 ernannten Mitglieder der Bundesregierung in öffentlichen (legislativen oder exekutiven) Wahlämtern auf Landesebene aktiv waren²⁴; 19 Landesminister sind nach ihrer Ministertätigkeit auf Landesebene unmittelbar anschließend oder zu einem späteren Zeitpunkt Mitglieder des Bundeskabinetts geworden.

Die überragende Rolle der Landtage als Selektionsgremien auch für die Landesminister wird daran sichtbar, daß 87 % der Exekutivmitglieder der Länder während ihrer politischen Laufbahn gewählte Mitglieder eines Landesparlaments waren²⁵, wobei die steigende Bedeutung des Landtags als Qualifizierungs- und Kurationsorgan seit 1946/47 in einem historischen Überblick deutlich wurde (Tab. LXXVIII, LXXIX, Anhang): Tendenziell wird erkennbar, daß der Anteil derjenigen ohne Mandatswahrnehmung im Landtag - gemessen jeweils bei erster Ernennung in einer Legislatur-Periode - konstant abnimmt. Auch die 114 Politiker, die bei erster Kabinettsberufung noch ohne ein Landtagsmandat waren, haben sich zu 53 % nachträglich erfolgreich um ein solches bemüht (Tab. LXXX, Anhang), was von Hess bestätigt wird²⁶, wobei er "typische" und "situationsbedingte Nichtmitgliedschaften" unterscheidet²⁷. Hess bildet im Rahmen seiner Analyse zwei analy-

tische Gruppen, diejenigen mit und diejenigen ohne Landtagserfahrung, er kommt unter diesem Aspekt zum generellen Schluß: "Heute stellt sich ein sehr enger allgemein-politischer und -gesellschaftlicher Bezug auch der 'fachlichen' Ressorts dar, der mehr oder weniger in allen politischen Lagern anerkannt wird. ... Statistisch hat sich jedoch im Bereich der Flächenstaaten das 'typische' Nichtmitglied - neben dem 'situationsbedingten' - mit beharrlicher Konstanz behauptet. Die fehlende personale Gewaltverbindung Regierung-Parlament ist für einige Ressorts im parlamentarischen Regierungssystem bis heute eine praktizierte Alternative."²⁸

Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung lassen sich unter verschiedenen Gesichtspunkten zusammenfassend interpretieren:

1. Nur rd. 13 % der Erhebungsgruppe haben während ihrer gesamten politischen Laufbahn nach 1945 kein Landtagsmandat übernommen, 73 % gelangten in die Landesregierung, nachdem sie zuvor bzw. während sie ein Landtagsmandat wahrnahmen, weitere 14 % wurden nach der ersten Berufung in die Landesexekutive nachträglich in ein Landtagsmandat gewählt. Die entscheidende Funktion einer Landtagszugehörigkeit sowohl überwiegend als ein Qualifizierungs- und Selektionskriterium für Ministeranwärter als auch nachträglich als ein Legitimationskriterium für Kabinettsmitglieder wird durch diese Zahlen unterstrichen.

2. Zwischen den einzelnen Bundesländern ergaben sich bemerkenswerte Differenzierungen: In Nordrhein-Westfalen (83 %) und Niedersachsen (81 %) waren überdurchschnittlich häufig Karrieren mit einer Qualifizierung im Landtag zu beobachten. Dagegen ist es in Hamburg (nur 61 % mit Landtagserfahrung), Hessen (63 %) und Schleswig-Holstein (65 %) weit über einem Drittel aller bis 1974 ernannten Kabinettsmitglieder gelungen, unter Umgehung einer politischen Qualifizierung im Landtag in die Exekutive aufzusteigen. Es wird weiter unten zu prüfen sein, welche anderen Qualifikationen in diesen Bundesländern neben der im Landtag bestehen.
3. Erfolgte eine Kabinettsberufung ohne vorherige Erfahrung im Landesparlament, so ist auch die Tendenz, sich nachträglich um eine parlamentarische Legitimation zu bemühen - z.B. um die eigene Position gegenüber der eigenen Fraktion zu stärken - in den Bundesländern sehr unterschiedlich: Für die bayerischen Kabinettsmitglieder gilt, daß sich nur wenige von denen, die ohne Landtagserfahrung Minister in der bayerischen Regierung wurden, nachträglich in den Landtag wählen ließen, so daß insgesamt 23 % aller bayerischen Staatsminister über keinerlei Landtagserfahrung verfügen, wobei darauf hinzuweisen ist, daß in Bayern ein spezieller Aufstiegskanal über das Staatssekretärsamt führt. In Nordrhein-Westfalen haben sich nur knapp 10 % aller Regierungsmitglieder erst nach oder während der Zugehörigkeit zur Landesexekutive in den Landtag wählen lassen, völlig ohne parlamentarische Erfahrung auf Landesebene blieben 7 %. Über 1/4 aller Hamburger Senatsmitglieder haben sich nach der ersten Kabinettsberufung erfolgreich um ein Mandat in der Hamburger

Bürgerschaft beworben, so daß - dem Durchschnitt aller Bundesländer entsprechend - nur 13 % der Hamburger Regierungsmitglieder ohne Bürgerschaftserfahrung blieben, was auch für Niedersachsen und Baden-Württemberg zutrifft. Für die hessischen Kabinettsmitglieder war bemerkenswert, daß sich 28 % (der höchste Anteil von allen Bundesländern) aller Landesminister erst nach ihrer ersten Ernennung bei der folgenden Landtagswahl erfolgreich um ein Landtagsmandat bewarben, so daß insgesamt nur 9 % aller hessischen Kabinettsmitglieder über keinerlei parlamentarische Erfahrung auf Landesebene verfügt. Für Schleswig-Holstein war zu beobachten, daß nur knapp 2/3 aller Landesminister den Weg in die Exekutive über den Landtag nahmen, zwar weitere 19 % sich nachträglich parlamentarisch im Landtag legitimierten, aber immer noch 16 % aller schleswig-holsteinischen Regierungsmitglieder niemals dem Landtag angehörten. Rheinland-Pfalz ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Ministern, die Landtagserfahrung besitzen, nur 6 % waren nie Mitglieder des Landtages, dagegen ist für Bremen festzustellen, daß dort mit 18 % der Anteil an Politikern ohne Bürgerschaftserfahrung am größten ist.

Für alle Länder gilt jedoch gleichermaßen, daß Berufungen ins Landeskabinett ohne vorherige Landtagserfahrung am häufigsten noch während der ersten drei Legislatur-Perioden möglich waren (Tab. LXXVIII, Anhang) und es trotz regional-spezifischer Besonderheiten aufgrund der ermittelten Ergebnisse nicht gerechtfertigt wäre, dem Landtag in einem Bundesland die zentrale Selektionsfunktion abzusprechen.

Der Grad der Landtagserfahrung war hinsichtlich Dauer und Art der Qualifizierung unterschiedlich. Im folgenden geht es primär darum, herauszuarbeiten, welcher Art die Landtagserfahrung war, zunächst unabhängig davon, ob sie vor, während oder erst nach der ersten Kabinettsberufung lag und ob sich aufgrund des parlamentarischen Engagements im Landtag unterschiedliche Muster von Landtagskarrieren entwickelt haben. Die Vielzahl und Vielfältigkeit der unterschiedlichen Landtagskarrieren zusammenfassend, wurden 5 empirisch-analytische Karrieretypen gebildet:

Typ 1: Landtagszugehörigkeit ohne Karriere, d.h. keine Positionen in Fraktion, Ausschüssen oder in Gremien des Plenums wie Präsidium, Vorstand. Insgesamt entsprechen 40 % aller derjenigen mit Landtagserfahrung diesem Typ²⁹, er tritt in den Bundesländern unterschiedlich häufig auf. Zugleich konnte die Zugehörigkeitsdauer zum Landtag aufgeschlüsselt werden (Tab. LXXXI, Anhang). Hinsichtlich des Grades der Intensität von Landtagsaktivitäten ergibt sich in den Bundesländern ein wesentlich anderes Bild als bei der generellen Frage nach der Landtagserfahrung: Wie oben geschildert, liefen z.B. die Karrieren der bayerischen Minister vergleichsweise häufiger als in anderen Bundesländern nicht über den Landtag in die Landesregierung (23 % der bayerischen Minister sind ohne Landtagserfahrung), hingegen hatten die übrigen 77 % mit Landtagserfahrungen im Vergleich zu den anderen Bundesländern sehr intensive Karrieren innerhalb des Landtages zu verzeichnen; nur 30 % haben im bayerischen Landtag keine Führungsämter

bekleidet, dagegen sind es 47 % in Hessen, Baden-Württemberg und Bremen, die ausschließlich "einfache" Mandatsträger waren. Auch in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz sind intensive Landtagskarrieren der Landesexekutivmitglieder zu beobachten bei gleichzeitig unterdurchschnittlich vielen Personen, die auf keinerlei Landtagserfahrung zurückblicken konnten; es muß berücksichtigt werden, daß die, die erst als Regierungsmitglied in den Landtag gewählt wurden, aus Gründen der Inkompatibilität gar nicht aktiv werden durften³⁰. Mit Ausnahme der Bremer Senatsmitglieder beträgt die Zugehörigkeit zum Landtag derjenigen Minister, die ausschließlich Mandate ohne Führungsämter im Landtag wahrnahmen, im Durchschnitt mehr als eine Legislaturperiode, in Bayern und Hamburg sind - gemessen an der Qualifizierungszeit im Landtag - die längsten Mandatszeiten zu beobachten: hier beträgt die durchschnittliche Zugehörigkeitsdauer sogar mehr als zwei Legislatur-Perioden.

Typ 2: Die 76 Minister des Karriere-Typs 2 "geringer Aktivitätsgrad" (21 % derjenigen mit Landtagserfahrung) weisen durchschnittlich erheblich längere Mandatszeiten im Landesparlament auf - in Bayern, Hamburg und Hessen waren ununterbrochen Landtagszugehörigkeiten von durchschnittlich mehr als 3 Legislatur-Perioden festzustellen, für alle übrigen Bundesländer von mehr als 2 Legislatur-Perioden - und die Angehörigen dieses Karrieretyps sind in Führungspositionen in Fraktion, Ausschüssen oder im Plenum gewählt worden (Tab. LXXXII, Anhang).

Typ 3: Bei weiteren Minister des Karriere-Typs 3 (19 %) kann man bereits von begrenzten Landtagskarrieren in dem Sinne sprechen, daß sie entweder unterschiedliche Führungsämter zugleich oder in zeitlicher Abfolge (in verschiedenen Legislatur-Perioden) bekleideten oder ein und dieselbe Funktion über mehrere Legislatur-Perioden hinweg wahrnahmen (Tab. LXXXIII, Anhang). Die durchschnittliche Zugehörigkeit zum Landtag liegt - im Vergleich zu denjenigen des Typs 2 mit geringer Landtagsaktivität - mit bis zu 19 Jahren noch höher.

Typ 4: Dem Karriere-Typ 4 (intensive Landtagskarriere) konnten 10 % aller derjenigen mit Landtagserfahrung zugeordnet werden: diese bekleideten entweder in 4 Legislatur-Perioden parlamentarische Führungsämter oder übten während einer kürzeren Landtagsmitgliedschaft in verschiedenen parlamentarischen Gremien Führungsämter aus und wurden mehrfach in diesen bestätigt (Tab. LXXXIV, Anhang). Die durchschnittlich außerordentlich langen Landtagsmitgliedschaften - von Nordrhein-Westfalen abgesehen sind alle Minister dieses Types zwischen drei und fünf Legislatur-Perioden lang im Landtag aktiv gewesen - dokumentieren die Bedeutung der Rolle, die der Landtag als Qualifizierungsorgan für Ministeranwärter spielt.

Typ 5: Für die übrigen 36 Minister (10 %) des Typs 5 (extrem intensive Landtagskarrieren) war der Landtag ganz sicher das entscheidende Rekrutierungs- und Selektionsorgan ihrer politischen Karriere. Bei ihnen lag eine Konzentration der parlamenta-

rischen Karriere auf den Landtag vor, sie haben gleichzeitig und über viele Legislatur-Perioden hinweg mehreren Führungsgremien des Landtages sowohl in der Fraktion, in Ausschüssen als auch dem Landtagspräsidium angehört und während dieser Zeit zwischen 5 und 8 verschiedene parlamentarische Ämter bekleidet bzw. sind mehrfach in diese Führungsämter wiedergewählt worden (Tab. LXXXV, Anhang). Im allgemeinen begannen diese Landtagskarrieren Anfang der 50ziger Jahre, genau die Hälfte dieser Minister mit ungewöhnlich langer und intensiver Karriere gehörten zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Untersuchung (31.12.1973) den Landtagen noch an.

Die überragende Bedeutung der westdeutschen Landtage als Qualifizierungs- und Selektionsorgan für Landespolitiker konnte mittels dieser empirisch-analytischen Typenbildung verdeutlicht werden, wobei auf weitere Differenzierungen zwischen den Bundesländern - was waren im einzelnen die Ursachen für die unterschiedlichen Landtagskarrieren - nicht näher eingegangen werden kann, da dies ein spezifischer analytischer Forschungsgegenstand im Rahmen eines gesonderten Forschungsaspektes (z.B. der Parlamentssoziologie) wäre. Ein wesentlicher Faktor wird die unterschiedliche Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigungen sein, die zwischen DM 1093,- (in Hamburg) und DM 4380,- (in Nordrhein-Westfalen) liegt, woraus zu folgern ist, daß nur in einigen Bundesländern die Wahrnehmung des Landtagsmandates allein die hauptberufliche Erwerbsquelle darstellen kann, in anderen schon aus finanziellen Erwägungen nebenberufliche Tätigkeiten wahrgenommen werden müssen³¹. Tendenziell sind zwar die

Entwicklungen der parlamentarischen Karriereverläufe der Landesminister in den analysierten Bundesländern teilweise in unterschiedlicher Intensität und Richtung verlaufen, grundsätzlich aber war in allen Bundesländern die dominante selektive Funktion der jeweiligen Landesparlamente deutlich erkennbar.

4. Das Landeskabinetts als Rekrutierungsorgan

Der parlamentarisch-politische Werdegang der Kabinettsmitglieder der Bundesländer hat sich nach 1945 jedoch nicht nur auf der Landesebene und dort in den Landtagen vollzogen, sondern in den Landesregierungen selbst haben - worauf einleitend hingewiesen wurde - die Untersuchungspersonen nach ihrer ersten Berufung "Karrieren" gemacht, die ihren Ausdruck in personeller Rotation und in Zirkulationsprozessen innerhalb der Kabinette fanden. Damit ist ein Teilaspekt der Problematik von Beharrungs- und Verharrungstendenzen innerhalb politischer Führungsgremien angeschnitten: Wie weit gelingt es den landespolitischen Eliten, sich in den Führungsrollen gegenüber nachdrängenden Politikern zu behaupten und in welchem Umfang findet ein personeller Austausch zwischen den einzelnen Ressorts statt? Im dritten Kapitel wurde im Zusammenhang der Identifizierung der Untersuchungsgruppe bereits auf diesen Forschungsaspekt eingegangen, Tabelle 3 verdeutlicht noch einmal, daß seit 1946/47 - von Ausnahmen abgesehen - die Führungsgremien auf Landesebene nicht zur personellen Verkrustung neigten, d.h. keine Verharrungstendenzen festzustellen waren.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt für bundespolitische Eliten auch U. Dübber, der die durchschnittliche Zugehörigkeitsdauer der Abgeordneten im Deutschen Bundestag und durchschnittlichen Dienstzeiten der Bundesminister berechnen ließ; die bis 1975 1632 gewählten MdB's gehörten durchschnittlich 7 Jahre und 10,6 Monate dem Bundestag an (weniger als 2 Legislatur-Perioden), 52 der 1975 amtierenden MdB's sind schon länger als 20 Jahre im Bundestag; für die bis 1975 ernannten 92 Bundesminister wurde eine durchschnittliche Amtsdauer von 5 Jahren ermittelt³². Über ein Drittel der Landesminister wurde nur einmal ernannt (und amtierte somit maximal eine Legislatur-Periode), ein weiteres Drittel hatte zwei Kabinettsberufungen, d.h. wurden einmal wiederernannt, wobei zwischen diesen beiden Berufungen ein zeitlicher Abstand von mehreren Jahren ohne Zugehörigkeit zur Landesregierung liegen konnte; nur 14 % sind vier bzw. noch mehrfach ernannt worden, wobei es sich bei den Amtszeiten z.T. um nur einige Wochen bzw. Monate der Kabinettszugehörigkeit (bei wechselnden Koalitionen oder Regierungsstürzen) handelte.

Tabelle 3

Anzahl der Kabinettsberufungen

Anzahl Minister	Anzahl der Kabinettsberufungen	in %
146	1	35
139	2	33
77	3	18
26	4	6
15	5	4
8	6	2
5	7	1
3 }	8 }	} 1
1 }	10 }	

(N=420)

100

Da es während der Legislatur-Periode häufig zu Kabinetts-umbildungen kam, lagen die Amtszeiten der Landesminister durchschnittlich erheblich unter der Dauer einer Legislatur-Periode (Tab. LXXXVI, A nhang). In der Regel amtierten Minister mit nur einer Ernennung durchschnittlich zwischen knapp zwei Jahren (z.B. Schleswig-Holstein) und etwas über drei Jahren (z.B. in Hamburg). Die Gründe für die vorzeitige Amtsabgabe sind mannigfaltig. Sie erfolgte , wenn nicht persönlich motivierte Rückzüge aus der Politik vorlagen, in jedem Bundesland aufgrund von Veränderungen in der jeweiligen konkreten historischen Situation; insbesondere in der Frühphase der Entstehung und Entwicklung der Bundesländer sind durch häufige Kabinetts-umbildungen (die Ausdruck von Strukturveränderungen innerhalb der Kabinettsorganisation waren) bzw. Koalitionswechsel nur kurze Amtszeiten-terminierte Ernennungen, die sich auf Übergangsphasen beschränkten - zu beobachten gewesen. Ob es sich primär um persönliche Motive oder um objektiv-situative Faktoren bei einem vorzeitigen Ausscheiden aus der Landesregierung handelte, wird im Abschnitt "Elitenabgang" zu klären versucht, in dem die letzten Kabinettsabgänge im Zusammenhang mit der Frage nach dem bevorzugten gesellschafts-politischen Abgangsbereich des landespolitischen Exekutivpersonals behandelt wird.

Liegen zwei Kabinettsberufungen vor - unmittelbar an die erste anschließend erfolgt eine Wiederberufung oder die Rückkehr ins Kabinett gelingt nach einer längeren Phase der Nichtzugehörigkeit -, so betrug die durchschnittliche Amtszeit zwischen knapp 4 Jahren (in Schleswig-Holstein) und knapp 6 Jahren (in Rheinland-Pfalz), d.h. weniger als

zwei Legislatur-Perioden. Die gleiche Tendenz - vorzeitige Aufgabe der Amtsgeschäfte - ergibt sich auch für die Gruppe derjenigen Minister mit drei Kabinettsberufungen: hier liegen die durchschnittlichen Amtszeiten zwischen etwas über 6 und 10 Jahren. Ernennungen, die zu Kabinettszugehörigkeiten über mehrere Legislaturperioden ohne Unterbrechung führten, sind nicht als Regelfall zu bezeichnen, allenfalls gelang es einigen - vorwiegend den Regierungschefs - außergewöhnlich lange ununterbrochen die Amtsgeschäfte zu führen (z.B. in Bremen: Kaisen, in Hessen: Zinn, in Rheinland-Pfalz: Altmaier). Mehrfache, unmittelbar nacheinander erfolgende Ernennungen sind ebenso selten zu beobachten wie mehrfache Ernennungen, zwischen denen - durch einen "Machtwechsel" bedingt - zeitweilig längere Oppositionsphasen lagen, da mit zunehmender Dauer der Wahrnehmung der Oppositionsrolle die Chancen der Minister a.D., deren Absicht es ist, erneut in die Regierungsverantwortung zurückzukehren, erheblich sinken: inzwischen hat in der Oppositionsphase insbesondere in der Fraktion der politische Nachwuchs die Möglichkeit der Profilierung und Qualifikation genutzt und altersbedingt unterlagen oftmals die ehemaligen Landesminister - obwohl mit Amtskenntnis und Reputation ausgestattet - im Nominierungsprozeß den jüngeren Gegenkandidaten und mußten damit erneute Kabinettsansprüche zum Teil für immer zurückstellen.

Die Analyse erbrachte nicht - von einigen Kabinettspositionen in einigen Bundesländern abgesehen -, daß in den Landesregierungen Oligarchisierungstendenzen vorherrschen; auch in Phasen der Alleinregierung durch eine über die absolute Mehrheit im Landtag verfügende Partei war zu

beobachten, daß kontinuierlich das Führungspersonal in der Landesexekutive ausgewechselt wurde und langfristige, interne Kabinettskarrieren durch Rotation bzw. Zirkulation zwischen Ämtern eher die Ausnahme als der Regelfall waren: Mehrfacher Ressortwechsel war die Ausnahme; dagegen war häufiger zu beobachten, daß Fach-Minister in das Amt des Regierungschefs überwechselten.

Welchen dominierenden Einfluß die jeweiligen Machtkonstellationen in den Landtagen für die Dauer der Mitgliedschaft in einer Landesregierung hatte (die Regierungsbildung wurde durch eine, die absolute Mehrheit besitzende Fraktion möglich oder nur durch eine Koalition), kann u.a. daran aufgezeigt werden, daß von den 362 Ministern mit einer bis zu drei Ministerernennungen 81 % in Koalitionskabinette berufen wurden. Die Entwicklung in den Ländern zeigte bis heute, daß es insbesondere in Koalitionsregierungen erheblich häufiger zu Kabinettsumbildungen innerhalb der laufenden Legislatur-Perioden als in Einparteienregierungen kam, was wiederum Niederschlag in den Amtszeiten der Minister fand; die Amtszeiten der Minister umfaßten in der Regel weniger als eine volle Legislatur-Periode.

5. Die parlamentarisch-politischen Karrieren auf Bundes- ebene

Die dreistufige Gliederung der Staatsorganisation der Bundesrepublik hat zur Folge, daß politische Karrieren nach 1945 einerseits idealtypisch auf einer der drei unterschiedlichen Organisationsebenen (Kommune, Land, Bund) konstant horizontal verlaufen können, andererseits aber auch vertikale Karrieren über legislative und exekutive

Wahlämter auf zwei oder drei Organisationsebenen denkbar sind. Karrieremuster des letzten Typs wären ein Indiz dafür, daß eine Durchlässigkeit des politischen Systems gegeben ist und damit ein permanenter personeller Austausch von der nationalen Ebene zu den unteren Organisationsebenen und umgekehrt stattfindet. Daraus folgt, daß verschiedenartige politische Karriereverläufe in Form der Übernahme von politischen Positionen in unterschiedlichen Sequenzen über verschiedene Gremien möglich sind. Kaack's Ergebnis - " ... jeder dieser Ebenen (Bund, Land, Kreis, Gemeinde) ist eine ihr spezifische Führungselite zugeordnet, die sich auf die parlamentarische Arbeit ihrer Region konzentriert ... Im parlamentarischen Bereich fehlt die institutionalisierte Kommunikation und Information zwischen den verschiedenen Ebenen entweder ganz oder sie spielt sich in ineffektiven Formen ab. Die relative Isolierung der einzelnen Ebenen gilt nicht nur für den parlamentarischen Bereich, sie gilt nahezu in gleichem Maße für die Parteiorganisation"³⁴ - konnte korrigiert werden.

Es hat sich - wie oben geschildert - gezeigt, daß sich das Exekutivpersonal der westdeutschen Bundesländer in großem Umfang vor dem bzw. während des landespolitischen Engagements auf kommunaler Ebene politisch durch die Ausübung von Wahlämtern für die landespolitischen Aufgaben qualifizierte, d.h., daß eine Reihe von Kommunalpolitikern ihre Karrieren nicht mit einem Engagement auf der kommunalen Ebene beendeten, sondern es als Ausgangsbasis bzw. als eine Vorstufe für höher liegende Karriereziele betrachtete. Inwieweit nun wiederum die mittlere Ebene des politischen Systems der Bundesrepublik - die Landespolitik - ihrerseits selbst nur als Durchgangsstation für

Politiker mit bundespolitischen Ambitionen diene, soll als zentrale Fragestellung im folgenden behandelt werden, Kaack streicht die überragende generelle Bedeutung des Bundestages als zentrales Rekrutierungsorgan der politischen Führungselite heraus: "In der Bundesrepublik rekrutieren sich die Inhaber von Regierungspositionen nahezu ausschließlich aus dem Kreis der Parlamentarier"³⁵. Kaack's These, daß dies in noch stärkerem Maße für die Bundes- als für die Landesebene gilt, ist zutreffend. Für die Bundespolitik folgert er: "Eine Analyse der Führungselite auf Bundesebene muß daher von der Rekrutierung der Bundestagsabgeordneten ausgehen ... Die Kenntnis der Ausleseverfahren für die Rekrutierung der Parlamentarier sowie die der Sozialstruktur des Bundestages ist eine unerläßliche Voraussetzung für die Analyse der Führungselite, vermag aber deren Struktur nur begrenzt zu erklären."³⁶

Es war möglich zu erfahren, in wievielen Fällen die Landesebene - und dabei konkret die Landesregierung - "Auffangposition" für Bundespolitiker war, die aus den unterschiedlichsten Motiven aus der Bundespolitik in ein Landeskabinett überwechselten und damit ein direktes politisches cross-over von der Bundesebene in die Landesebene vollzogen³⁷. Dieser Karriereverlauf war bei insgesamt nur 9 % der Landesminister zu beobachten³⁸; sie schieden alle aus parlamentarischen oder exekutiven Ämtern auf Bundesebene während einer laufenden Legislatur-Periode aus, um ein Ministerium auf Landesebene zu übernehmen bzw. Landesregierungschef zu werden; Minister mit diesem Karriereaufwechseln nach dem Ende der Legislatur-Periode (oder einer Amtszeit in der Bundesregierung) in die Landesregierung

über, was u.a. auch mit den unterschiedlichen Zeitpunkten der Wahltermine von Bund und Ländern zu begründen ist. Alle traten jedoch das Exekutivamt auf Landesebene zu Beginn einer Legislatur-Periode im Land an; den Bundespolitikern gelang es nicht, bei Kabinetts- oder -neubildung während einer laufenden Legislatur-Periode auf Landesebene Berücksichtigung zu finden, oder, anders ausgedrückt, die Rekrutierung von ministrablem Führungspersonal erfolgte während der Legislatur-Perioden in allen Bundesländern ausschließlich aus dem Landes- oder kommunalpolitischen Reservoir.

Unterschiedlich oft ist dieser Karriereestieg in die Landespolitik unmittelbar aus der Bundespolitik in den Bundesländern zu beobachten gewesen, tendenziell bekommt dieser Karriereverlauf (unmittelbares Wechseln) eine abnehmende Bedeutung³⁹: Insbesondere in Schleswig-Holstein (19 %), Rheinland-Pfalz (16 %) und Baden-Württemberg (13 %) sind diese Karriereverläufe überdurchschnittlich häufig aufgetreten, in Bayern wurde bis 1974 nur in einem Fall bekannt, daß aus einem bundespolitischen öffentlichen Wahlamt ein Politiker direkt als Mitglied in die bayerische Landesregierung überwechselte; auch in den übrigen Bundesländern blieb dieser Rekrutierungsvorgang eine Ausnahme⁴⁰.

Die 9 % der Untersuchungsgruppe sind also unmittelbar aus der Bundespolitik heraus auf Landesebene Regierungsmitglieder geworden, erheblich größer ist jedoch der Kreis derjenigen, die teilweise vor oder nach ihrer Ernennung zum Landesminister Erfahrungen in politischen Ämtern auf Bundesebene sammeln konnten⁴¹. Im folgenden

wird die bundespolitische Karriere hinsichtlich ihrer Intensität und ihres Verlaufs näher beleuchtet werden: Wieviele ehemalige Landesminister gingen in die Bundespolitik - in den Bundestag oder die Bundesregierung - bzw. wurden mit bundespolitischen Erfahrungen Kabinettsmitglieder in den Landesexekutiven? Konkret konnten zwei zusammenhängende Fragenkomplexe beantwortet werden:

1. In wieweit findet zwischen der Landes- und der Bundesebene eine personelle Zirkulation in politischen Führungsämtern statt, so daß ein personeller Austausch in beiden Richtungen zwischen Bund und Land zu beobachten ist; haben politische Führungsämter auf Landesebene mehr den Charakter von "Durchgangsstadien" oder "Karriereendpunkte"?
2. Welche bundespolitischen Erfahrungen bringen die Landesregierungsmitglieder bei ihrer ersten Ernennung mit?

Knapp 1/4 aller Untersuchungspersonen haben während ihres politischen Werdeganges bundespolitische Erfahrungen als Mitglieder des Deutschen Bundestages gesammelt (Tab. LXXXVII, Anhang)⁴²; 11 % besitzen Erfahrungen in politischen Funktionen der Bundesexekutive⁴³, teilweise war ein und dieselbe Person nacheinander sowohl im legislativen wie exekutiven Sektor tätig.

Von denen mit Bundestagerfahrungen waren über die Hälfte in Führungsämtern der Fraktion, Ausschüsse oder in den Vorstand bzw. das Präsidium des Deutschen Bundestages gewählt worden⁴⁴ (Tab. LXXXVIII, Anhang). Zwischen den Bundesländern waren dabei beträchtliche Unterschiede

bezüglich des personellen Austauschprozesses zwischen Bund und Land festzustellen: In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben rd. $\frac{1}{3}$ der bis 1974 ernannten Minister im Laufe ihrer politischen Karriere dem Bundestag angehört, in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg dagegen nur rd. 10 % der Senatoren. Auch in Bayern scheinen die Bundespolitik und die Landespolitik voneinander getrennte Karriereziele und -ebenen zu sein, so daß eine vertikale Mobilität die Ausnahme ist. Mit Beginn der politischen Aktivität muß die subjektive Karriereplanung eine grundsätzliche Orientierung auf eine der beiden Aktivitätsebenen beinhalten. Damit ist eine Entscheidung für eine politische Funktionsebene zu treffen, die dann nur schwer wieder ohne Karrierebeeinträchtigung verlassen werden kann.

Aber nicht nur in legislativen Funktionen, sondern auch in der Bundesexekutive im weitesten Sinne waren 11 % der Landesminister während ihrer politischen Laufbahn tätig, wobei 80 % von ihnen nur in einem Exekutivamt auf Bundesebene agierte (Tab. LXXXIX, Anhang)⁴⁵. Diese Funktionen in politischen Ämtern auf der Bundesebene wurden jedoch nicht nur vorübergehend ausgeübt, sondern die durchschnittliche Amtsdauer betrug 6,4 Jahre; wobei es sich überwiegend um politische Wahlämter, die aus Gründen der Inkompatibilität hauptberuflich wahrgenommen werden mußten, oder um Tätigkeiten in politischen Beamtenpositionen handelte. Bei einigen Landesministern mit Exekutiv-Erfahrungen auf Bundesebene waren Karrieren innerhalb von Exekutivämtern festzustellen (Tab. XC, Anhang), die durchschnittlich 5,4 Jahre dauerten⁴⁶.

Die empirischen Ergebnisse ließen die These zu, daß politische Karrieren zwischen den funktionalen Ebenen Kommune-Land-Bund in der Bundesrepublik in verschiedenen Richtungen verlaufen: Die Landesregierung ist ein Karriereziel, das nicht nur direkt über den Landtag, sondern auch über andere Wege (und funktional unterschiedliche Ämter in Legislative und Exekutive anderer Verwaltungsebenen) angestrebt wurde oder die Mitgliedschaft in einer Landesregierung war nur Zwischenstation für weitere, in den kommunalen oder nationalen Bereich zielende Karriereabsichten. Dabei waren zwischen den Bundesländern zwar unterschiedliche Karriereströme erkennbar, aber, davon unabhängig, kann festgehalten werden, daß in allen Bundesländern generell eine mehr oder weniger ausgeprägte Durchlässigkeit der politischen Funktionsebenen besteht, die vertikale Mobilitätsprozesse gestattet.

6. Der Grad der parlamentarischen Bindung bei erster und folgenden Kabinettsberufungen

Ging es bei der bisherigen Analyse im wesentlichen darum herauszuarbeiten, ob überhaupt und wenn in welcher Intensität sich Karriereverläufe zwischen den Funktionsebenen vollzogen, d.h., wie viele Untersuchungspersonen politische Erfahrungen außerhalb der Landesebene vor oder nach der Phase der politischen Amtsführung in der Landesregierung besaßen, konnte darüber hinausgehend der chronologische Verlauf dieser Positionssequenzen begrenzt erfaßt werden. In welcher zeitlichen Abfolge legislative und/oder exekutive Funktionen in Gemeinde, Land und Bund

wahrgenommen wurden, war bisher weitgehend außer acht geblieben, da die politischen Werdegänge differierten und die Vielzahl der verschiedenen Karriereverläufe die Auswertung und eine systematische Vergleichbarkeit erschwerte. Da jedoch die unmittelbaren politischen Rekrutierungsfelder, aus denen sich direkt die Landeskabinettsmitglieder rekrutierten, quantitativ und qualitativ zur Analyse zur Verfügung standen, konnte zumindest eine gewisse zeitliche Einordnung der vor erster Ernennung liegenden politischen Erfahrungen erfolgen: Welche legislativen und exekutiven Wahlämter bekleideten die Landesminister zum Zeitpunkt ihrer ersten Berufung ins Landeskabinett?

Beyme hat ermittelt, daß 96 % aller von ihm analysierten Exekutivpositionsinhaber bis 1969 parlamentarische Erfahrung besaßen. "Nur ausnahmsweise gab es Fachminister, die Nichtparlamentarier waren, meist in der frühen Adenauer-Zeit."⁴⁷ Für die Mitglieder der bis Dezember 1972 ernannten Bundesregierungen wurde ermittelt, daß knapp 90 % zum Zeitpunkt ihrer ersten Berufung MdB's waren, davon gelangten über 80 % aus parlamentarischen Führungsämtern in die Exekutive⁴⁸. In diesem Zusammenhang wurde nach politischen Ämtern gefragt, die z.T. wegen Inkompatibilitätsbestimmungen bei Übernahme des Landesministeriums niedergelegt werden mußten. Dadurch war es möglich, einen Überblick darüber zu bekommen, wie stark parlamentarisch-politisch die Untersuchungspersonen bei Berufung engagiert waren und welche unmittelbaren Erfahrungen aus Tätigkeiten in politischen Mandaten legislativer oder exekutiver Art auf kommunaler, landespolitischer oder bundespolitischer Ebene direkt mit in das neue Amt eingebracht wurden⁴⁹ (vertikale Ämterkommulation).

Neben dieser Fragestellung, die sich auf den Zeitpunkt der ersten Kabinettsberufung bezog, konnte - unter dem Aspekt möglicher Veränderungen - der Grad der politischen Einbindung der Minister zu ihren folgenden Kabinettsberufungen überprüft werden: Welche politischen Wahlämter werden bei längerer Kabinettszugehörigkeit abgegeben; werden überhaupt noch legislative Wahlämter außer dem Landtagsmandat über den Zeitpunkt der Kabinettsberufung hinaus wahrgenommen und welche parlamentarischen Ämter werden u.U. nachträglich erworben, bzw. erfolgt auf der kommunalen oder nationalen Ebene eine zusätzliche "Karriere-Ab-sicherung" in Form der Übernahme politischer Mandate?

Insgesamt 76 % der analysierten Minister hatte zum Zeitpunkt der ersten Kabinettsberufung ein oder mehrere politische Mandate inne. Hess kommt zum Ergebnis, daß rd. 33 % der bis 1971 ernannten Minister der Flächenstaaten zum Zeitpunkt ihrer ersten Ernennung kein Abgeordnetenmandat besaß⁵⁰.

Unter den Landesministern mit Mandaten waren 71 %, die nur ein öffentliches Wahlamt bekleideten, 17 % hatten zwei und die übrigen Politiker (12 %) drei und mehr inne^{50a}, wobei letztere diese sowohl in einem als auch in verschiedenen parlamentarischen Gremien wahrgenommen haben. Das empirische Material ließ hinsichtlich des Grades der politischen Aktivität die Bildung vier verschiedener empirisch-analytischer Typen zu:

1. 103 Untersuchungspersonen sind dem Typ 1 zuzurechnen: die Kabinettsberufung erfolgt ohne Mandatsausübung (was nicht ausschließt, daß bereits früher in einem oder mehreren Gremien öffentliche Mandate wahrgenommen wurden), knapp 1/4 der Minister sind zu diesem Typ zu zählen, wobei die Praxis, Politiker ins Landes-

kabinettt zu berufen, die bei Amtsübernahme keinerlei parlamentarische Mandate wahrnahmen, in den Bundesländern unterschiedlich häufig auftrat (Tab. XCI, Anhang). Von den in Bayern und Hamburg berufenen Ministern haben exakt ein Drittel zum Zeitpunkt ihrer ersten Ernennung kein legislatives Wahlamt bekleidet, was bedeutet, daß hier als Voraussetzung der Kabinettsberufung noch andere Faktoren Ernennungen ermöglicht haben müssen. Dort erfolgte jede dritte Neuberufung beispielsweise unter Nichtberücksichtigung möglicher Bewerber aus der Landtagsfraktion; die "Ministrabilität" war nicht allein durch die Bewährung in unmittelbarer Ausübung eines parlamentarischen Mandats gegeben. Dagegen war in Rheinland-Pfalz zu beobachten, daß bis 1974 nur 13 % aller derjenigen, die zum ersten Mal in Ministerämter gelangten, bei Berufung nicht auf die aktive Ausübung eines Mandates verweisen konnten.

In welchem starkem Maße jedoch generell die Berufung aus dem Landtag - und dort aus Führungsgremien der Fraktionen und des Plenums heraus - erfolgte, wird aus den kommenden Aufschlüsselungen deutlich sichtbar; bereits an dieser Stelle kann festgehalten werden, daß in allen Bundesländern - wenn auch in unterschiedlicher Intensität - bei erster Berufung die von aktiven Politikern, die in unmittelbarer Mandatswahrnehmung standen, dominierte und damit dem Landtag eine wesentliche direkte Rekrutierungsfunktion zukam.

2. 53 % der Landesminister sind dem Typ 2 (mit einer legislativen Funktion) zuzuordnen (Tab. XCII, Anhang). Von diesen wiederum wurden 81 % als aktive Landtagspolitiker berufen, ein Drittel davon rückt aus Fraktions- oder Ausschuß-Führungspositionen ins Kabinettt ein⁵¹,

die übrigen 19 % gelangten in stärkerem Maße über die Bundesebene (aus dem Bundestag) als über kommunale Wahlämter ins Kabinett, wobei aus den erzielten Ergebnissen für die einzelnen Bundesländer die folgenden Tendenzen erkennbar wurden:

In Bayern war ausschließlich der Landtag das unmittelbare Rekrutierungsgremium; auch in Nordrhein-Westfalen rekrutieren sich die Landesminister mit wenigen Ausnahmen aus dem Landtag, keinem gelang aus einem Bundestagsmandat heraus der unmittelbare Sprung in die Landesregierung. In Hamburg war knapp die Hälfte aller derjenigen Minister, die aus der Bürgerschaft heraus ins Kabinett gelangten, dort in führende parlamentarische Ämter aufgestiegen, während in Baden-Württemberg verhältnismäßig viele aktive Bundestagsabgeordnete direkt ins Kabinett berufen wurden. Für alle anderen Bundesländer waren nicht in größerer Anzahl ungewöhnliche - vom Gesamtdurchschnitt abweichende - Rekrutierungsvorgänge zu erkennen.

3. Weitere 55 Politiker (18 %) waren bei ihrer ersten Kabinettsberufung höhergradig in parlamentarischen Gremien politisch aktiv (Typ 3); überwiegend nahmen sie Mandate und Führungsaufgaben in zwei verschiedenen Parlamenten wahr, einige übten innerhalb eines Parlaments zugleich zwei Führungsämter bei Ernennung aus. Noch deutlicher wird im Vergleich zu den Politikern des Typs 2 die Bedeutung der Landtagszugehörigkeit als Voraussetzung für eine mögliche Kabinettsberufung: 87 % dieser höhergradig parlamentarisch Aktiven gehören bei Berufung dem Landtag an und werden

aus dort ausgeübten Führungsämtern heraus direkt in die Regierungsverantwortung berufen (Tab. XCIII, Anhang). Wurden über Landtagsaktivitäten hinaus weitere parlamentarische Funktionen in anderen Wahlgremien wahrgenommen, dann ganz überwiegend im kommunalen/regionalen Bereich, weniger auf Bundesebene. Hier wird die Tendenz sichtbar, daß häufiger der Einstieg in die Landespolitik über ein kommunales Wahlamt - das teilweise nach der Wahl in den Landtag beibehalten wird - erfolgte, als über den Bundestag.

4. 12 % der Untersuchungsgruppe waren bei erster Berufung dem Typ 4 (intensive parlamentarische Verankerung in einer oder mehreren Legislativen) zuzurechnen; sie waren alle Berufsparlamentarier und haben - zu einem geringen Teil ausschließlich - im Landtag bis zum Zeitpunkt der ersten Kabinettsberufung außerordentliche Aktivitäten entwickelt. Wenige nur bekleideten bei Ernennung mehrere Führungsämter ausschließlich in Landtagsgremien; ganz überwiegend nahmen sie hingegen gleichzeitig in zwei, drei oder gar vier Parlamenten Mandate wahr und standen dort zum Zeitpunkt der ersten Berufung in einer intensiven parlamentarischen Verantwortung, indem sie mehrere parlamentarische Führungsämter zugleich ausübten. So zeichnen sich einige durch ungewöhnliche Positionsakkumulationen aus, die nur mit Ämterhäufung bezeichnet werden können: beispielsweise Mitglied im Fraktionsvorstand, Arbeitskreisvorsitzender, Parlamentspräsident, stellvertretender und Ausschußvorsitzender in mehreren Vertretungskörperschaften (Tab. XCIV, Anhang).

Die Landtagszugehörigkeit ist bei dieser Personengruppe mit außerordentlich intensiver parlamentarischer Aktivität von zentraler Bedeutung, daneben erfolgt wiederum weit häufiger eine positionelle Absicherung in kommunalen und regionalen Parlamenten als eine gleichzeitige Mandats- und Funktionswahrnehmung im Bundestag.

Zusammenfassend lassen diese Daten über die unmittelbaren parlamentarischen Rekrutierungsfelder die Schlußfolgerungen zu, daß entweder ausschließlich aus politischen Führungsämtern im Landtag oder teilweise bei gleichzeitiger Ausübung kommunaler Wahlämter - und in geringerem Umfang bei gleichzeitiger Wahrnehmung eines Bundestagsmandates - das Überwechseln in die Landesexekutive erfolgte. Gemessen an der zeitlichen Abfolge der Positionssequenzen waren, wenn nicht direkt die erste übernommene Wahlfunktion ein Landtagsmandat selbst war, die kommunalen Parlamente das Erprobungs- und Erfahrungsfeld, in denen zur Karriereabsicherung noch bis zum Zeitpunkt der ersten Kabinettsberufung und darüber hinaus Mandate wahrgenommen wurden. Damit wurde nicht nur die Rolle der Kommunalpolitik als Vorbereitungsfeld für diejenigen mit höheren politischen Ambitionen unterstrichen, sondern der kommunalpolitische Bereich wurde als der bevorzugte Sektor der Karriereabsicherung erkennbar. Seltener ist der Weg in die Landesregierung unmittelbar aus einem Bundestagsmandat heraus eingeschlagen worden, ebenso wie die gleichzeitige Zugehörigkeit zum Landtag und Bundestag eher eine Ausnahme darstellte. Die Analyse der parlamentarischen Mandate, aus denen heraus die Berufung in die Landesexekutive erfolgte, ließ erkennen, daß, von Ausnahmen abgesehen, die parlamentarische Qualifizierung in öffentlichen Wahlgremien in der Regel von "unten nach oben" erfolgte.

Ob und in welcher Intensität bei nachfolgenden Kabinetts-ernennungen über die der einfachen Zugehörigkeit im eigentlichen parlamentarischen Kurationsorgan der Landes-exekutive, dem Landtag, hinausgehend noch weitere parlamentarische Aktivitäten festzustellen waren, konnte mittels der Analysen eventueller parlamentarischer Aktivitäten zu den weiteren Zeitpunkten folgender Kabinetts-berufungen ermittelt werden. Die jeweilige Ernennungssituation war dabei im wesentlichen von zwei verschiedenen Komponenten geprägt; zum einen konnte zwischen den einzelnen Wiederberufungen ein größerer Zeitraum der Nichtzugehörigkeit zum Landeskabinett liegen oder aber die Berufungen folgten unmittelbar aufeinander. Lag zwischen den einzelnen Kabinettsberufungen eine zeitliche Differenz, so war zu vermuten, daß in der Oppositionsfraktion politische Führungsämter angestrebt wurden, aus denen heraus man erneut das Überwechseln in die Landesregierung vorbereitete. Inwieweit über Landtagsaktivitäten hinausgehend auf Bundesebene oder im kommunalen Bereich zum Zeitpunkt weiterer Kabinetts-ernennungen noch parlamentarische Ämter beibehalten oder erneut angestrebt wurden, war ebenfalls exakt zu ermitteln.

So konnten 44 % aller Minister hinsichtlich ihrer parlamentarischen Aktivitäten zum Zeitpunkt der zweiten Kabinettsberufung analysiert werden; es wird eine Konzentration bzw. Reduzierung der parlamentarischen Tätigkeiten auf das Landesparlament sichtbar (Tab. XCV, Anhang).

90 % waren bei ihrer zweiten Kabinetts-ernennung ausschließlich Mandatsträger im Landtag, ohne in der Verantwortung von parlamentarischen Führungsämtern zu stehen, weitere 7 % übten neben ihrem Landtagsmandat zugleich noch kommun-

nale-legislative Ämter aus, nur jeweils drei Minister waren bei ihrer zweiten Ernennung nicht im Landtag, sondern in einem Mandat auf kommunaler Ebene bzw. im Bundestag tätig; d.h., in Mandaten, die nach dem ersten Ausscheiden aus der Landesexekutive übernommen wurden.

Die parlamentarische Aktivität nach der ersten Ernennung konzentriert sich damit auf den Landtag, nur vereinzelt gelangten Minister bei zweiter Kabinettsberufung ausschließlich mit einem kommunalen oder nationalen Mandat in die Regierung. Dies trifft für jene zu, bei denen nicht unmittelbar nach der ersten Ernennung die Bestätigung im Amt erfolgte, d.h., bei denen sich die zweite Berufung nicht unmittelbar an die erste Amtsperiode anschloß.

Diese Tendenzen der Konzentration der parlamentarischen Aktivität auf die Landesebene setzt sich mit zunehmender Anzahl der Wiederberufungen fort, so haben z.B. Politiker mit drei Kabinettsernennungen bis auf einen, der ein kommunales Mandat wahrnahm - alle Mitgliedschaften ausschließlich im Landtag aufzuweisen, keiner war Mitglied im Deutschen Bundestag und nur zwei übten neben dem Landtagsmandat zugleich noch ein weiteres auf kommunaler Ebene aus. Untersuchungspersonen, deren dritte Ernennung sich nicht unmittelbar an die zweite anschloß, berichteten, daß sie in der Phase ihrer Nichtzugehörigkeit zur Landesregierung, d.h. nach dem Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung und vor drittem Kabinetts-einzug sofort wieder in parlamentarische Führungsämter im Landtag gewählt wurden.

Die Tatsache der langjährigen Kabinettszugehörigkeit und die sich daraus ergebenden Karrierevorteile wie Reputation und Sachkenntnis dürften von erheblicher Relevanz gegenüber Mitbewerbern bei der Entscheidung um die Besetzung der innerfraktionellen Führungsämter gewesen sein. Diese Entwicklung der Reduzierung der Wahrnehmung öffentlicher Mandate auf den Landtag bestätigen dann noch eindrucksvoller alle diejenigen Minister mit 4 bis 10 Kabinettsernennungen; die parlamentarisch-politische Karriere konzentriert sich auf den landespolitischen Bereich, der Landtag bleibt auch für diejenigen, die vorübergehend aus der Regierungsverantwortung ausscheiden (mußten)-beispielsweise bei einer Oppositionsphase der eigenen Partei für eine Legislatur-Periode - das parlamentarische Gremium, in dem die politische Karriere fortgesetzt wird. Nur zu einem Teil werden aber in der Fraktion selbst in der Phase der Unterbrechung der Ministertätigkeit Führungsämter angestrebt, überwiegend verbleiben die meisten "Minister in Wartestellung" im Status des einfachen Fraktionsmitgliedes. Dies bezieht sich jedoch nicht auf das Verhalten derjenigen im Landtag, die zum letzten Mal aus der Regierungsverantwortung entlassen werden: wie im Kapitel "Elitenabgang" näher geschildert wird dienten hierbei die Führungsämter in Fraktion, Ausschüssen und Plenum sehr wohl als parlamentarisch-politische Auffangstationen für diejenigen, die endgültig das Landeskabinett verließen.

Diese Ergebnisse sollten die Bedeutung der parlamentarischen Qualifizierung und unmittelbaren Bindung an parlamentarische Wahlämter der Landesexekutivmitglieder zum Zeitpunkt der Wahl in die Regierung unterstreichen.

Zielte die bisherige Fragestellung auf die Wahrnehmung von legislativen Mandaten, so soll im folgenden geprüft werden, ob und in welchem Umfang die Regierungsmitglieder auf Landesebene unmittelbar aus Exekutivämtern der verschiedenen politischen Ebenen in die Landesregierung berufen wurden und damit schon konkrete und unmittelbare Erfahrungen aus der Wahrnehmung von Exekutivfunktionen besaßen, die dann jedoch nicht wie Mandate auch nach Einzug in der Landesregierung weiterhin beibehalten werden konnten, sondern aus Gründen der Inkompatibilität aufgegeben werden mußten.

7. Die Rekrutierung aus Exekutiven und politischen Ämtern der Verwaltung

Für rd. 30 % der Untersuchungsgruppe erfolgte aus exekutiven politischen Wahlämtern in Bund, Gemeinden und Ländern (hier aus den eingesetzten Landesregierungen) heraus die erste Kabinettsberufung (Tab. XCVI, Anhang), wobei zu erkennen war, wie unterschiedlich stark in den Bundesländern die personelle Kontinuität zwischen den, von den Besatzungsmächten eingesetzten Landesregierungsmitgliedern und denen war, die den ersten nach Landtagswahlen gebildeten Exekutiven angehörten. In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen (mit einer Ausnahme) hat sich die erste gewählte Landesregierung vollständig aus dem eingesetzten Kabinett rekrutiert, in Hessen und Bayern dagegen gelang es vergleichsweise nur wenigen Politikern, aus den von den Besatzungsmächten berufenen Kabinetten in die ersten demokratisch legitimierten Exekutiven hinüberzuwechseln. Mit einer Ausnahme sind in

allen Bundesländern die Landesminister, deren erste Kabinettsberufung nicht zu Beginn, sondern während der ersten Legislatur-Periode erfolgte, und die zu diesem Zeitpunkt in Exekutivämtern agierten, im kommunalen bzw. regionalen Bereich aktiv gewesen⁵². Das kommunale Exekutivamt wird mit Übernahme der Landesministerfunktion abgegeben (Inkompatibilitätsprinzip) und die Landesregierungen selbst wurden und blieben nach der ersten Legislaturperiode selbst die hauptsächlichen Rekrutierungsorgane.

Wie schon bei der Analyse der legislativen Rekrutierungsfelder war es im Zusammenhang mit der vorliegenden Fragestellung möglich zu erfahren, in welchem Umfang zu späteren Ernennungszeitpunkten, d.h., nach vorübergehendem Ausscheiden aus der Landesregierung, noch Exekutiv-Ämter in der Bundes- oder Kommunalpolitik angestrebt wurden, die dann zwischenzeitlich die Funktionen der Karriereabsicherung bekamen. Von 223 Landesministern, die eine exekutive Wahlfunktion zum Zeitpunkt ihrer zweiten Ernennung besaßen, gaben - bis auf einen, der Oberbürgermeister bei zweiter Ernennung war, d.h., nach dem ersten Ausscheiden aus dem Kabinett vor zweiter Berufung Oberbürgermeister wurde - alle an, unmittelbar wiederernannt worden zu sein. Für die weiteren Ernennungen konnten die gleichen Ergebnisse erzielt werden; entweder erfolgten die weiteren Kabinettsberufungen unmittelbar aufeinander, ohne zeitliche Unterbrechung, oder bei Unterbrechung der Karriere wurden keine Exekutivämter auf kommunaler oder nationaler Ebene übernommen, sondern die politische Karriere wurde im Landtag, in kommunalen oder nationalen

legislativen Mandaten fortgesetzt: bei dritter Ernennung beispielsweise gaben 100 Landesminister die Mitgliedschaft in der vorherigen Landesregierung als Exekutivamt an, nur einer war zu diesem Zeitpunkt Bürgermeister. Bei weiteren Analysen zu späteren Ernennungszeitpunkten konnten - jeweils mit einer Ausnahme - keine weiteren Exekutivämter weder im Bund noch unterhalb der Landesebene festgestellt werden.

Für weitere 14 % der Untersuchungsgruppe konnte für den Zeitpunkt der ersten Kabinettsernennung als unmittelbares berufliches und zugleich politisches Rekrutierungsfeld eine Tätigkeit in sonstigen politischen Positionen⁵³ in Land und Bund eruiert werden (Tab. XCVII, Anhang). Dabei wurde der für Bayern außerordentlich häufig zu beobachtende Karriereweg aus der Leitung einer bayerischen Ressortverwaltung heraus (Staatssekretär) ins Kabinett deutlich⁵⁴: Knapp 40 % aller bis 1974 ernannten bayerischen Landesminister kommen unmittelbar bei erster Berufung aus einer Staatssekretärsfunktion. Bis auf Hessen - hier gelangten 20 % der Kabinettsmitglieder über ein Staatssekretärsamt in die Regierung - haben in den übrigen Bundesländern jeweils nur rd. 10 % der Landesminister den Weg über die höchste Beamtenposition in einer Landesverwaltung ins Kabinett eingeschlagen, damit ist dieses Rekrutierungsmuster als Ausnahme zu bezeichnen. Auch nach dem Ausscheiden aus dem Kabinett wechselten nur insgesamt drei Minister der Untersuchungsgruppe in das Amt eines Staatssekretärs über, bevor sie erneut Landesminister wurden. Der unmittelbare Wechsel aus einer politischen Verwaltungs-Funktion auf Bundesebene in die Landesexekutive ist bis heute ebenfalls die Ausnahme geblieben, insgesamt nur 8 Personen war über diesen Weg der Einstieg in die Landesregierungskarriere gelungen.

8. Bestimmungsfaktoren für parlamentarische Aufstiegs- geschwindigkeit und vertikale Mobilitätsprozesse

Bei den Untersuchungen nach den direkten Rekrutierungsfeldern ist bisher der Zeitfaktor - in welchem Zeitraum vollzog sich der politisch-parlamentarische Aufstieg - außer acht gelassen worden. In einigen abschließenden Bemerkungen werden nun die Ergebnisse der Analysen der unterschiedlichen Aufstiegsgeschwindigkeiten der parlamentarisch-politischen Karrieren der westdeutschen Landesminister interpretiert, wobei noch einmal auf die Interdependenz zwischen innerparteilicher und parlamentarischer Karriere näher eingegangen wird.

So hängt die Übernahme eines kommunalen Wahlamtes - wobei nicht zwischen legislativen und exekutiven Ämtern differenziert wurde - ganz offensichtlich von der Dauer der Parteizugehörigkeit ab: 35 % der Minister mit längerer, konstanter Parteizugehörigkeit - der Parteibeitritt in die Nachkriegspartei erfolgte schon vor 1933 - haben kommunale Wahlämter nach 1945 durchschnittlich nach 7 Jahren (berechnet vom Zeitpunkt des Beitritts nach 1945) übernommen; 37 % derjenigen, die nach 1945 in ähnlicher parteipolitischer Richtung wie der vor 1933 erneut aktiv wurden, haben Erfahrungen in öffentlichen Wahlämtern auf kommunaler Ebene nach 1945 gesammelt und diese Ämter durchschnittlich 6,1 Jahre nach dem erneuten Engagement nach 1945 übernommen; die Minister dagegen, die erst nach 1945 zum ersten Mal parteipolitisch aktiv wurden, stellen zwar mit 41 % den höchsten Anteil an Politikern mit kommunaler Erfahrung in öffentlichen Wahlämtern, sie

benötigten im Durchschnitt aber 9,8 Jahre für die erste erfolgreiche Kandidatur auf kommunaler Ebene. Daraus ließ sich die These ableiten, daß die Parteierfahrung vor 1933 die Chancen, nach 1945 als Kandidat für ein kommunales Wahlamt nach vergleichsweise kürzerer innerparteilicher "Bewährungszeit" nach 1945 nominiert zu werden, beträchtlich erhöht. Parteirichtungswechsler - alle diejenigen, die nach 1945 eine ganz andere politische Richtung als vor 1933 einschlugen - haben kaum kommunale Wahlämter übernommen; die wenigen, denen dies gelang, hatten innerparteiliche Qualifizierungszeiten von über 10 Jahren.

Eine positive Einstellung zum Nationalsozialismus hat offenbar die innerparteiliche Bewährungszeit nur unwesentlich beeinflußt, NS-Aktive brauchten nach 1945 nach dem erneuten Parteibeitritt durchschnittlich 7 Jahre, um in ein kommunales Wahlamt zu gelangen; diejenigen mit indifferent-positivem NS-Verhalten 8 Jahre, wogegen gegnerschaftliches Verhalten im NS-Reich zu erheblich kürzeren Qualifizierungszeiten führte: durchschnittlich nur 5,1 Jahre nach dem Parteibeitritt benötigten diejenigen mit dieser Einstellung, um nach 1945 in ein kommunales Wahlamt gewählt zu werden.

Auch die Dauer der Selektionsprozesse innerhalb des Landtags ließen sich für die gesamte Erhebungsgruppe detailliert ermitteln (Tab. XCVIII, Anhang); es zeigte sich eine durchschnittliche Aufstiegsgeschwindigkeit von 4,5 Jahren. Auch hierbei ergaben sich Differenzierungen aufgrund der Dauer der Parteizugehörigkeit und der Kontinuität der Richtung des parteipolitischen Engagements (Tab. XCIX, Anhang): Diejenigen Politiker, die bereits vor 1933

parteipolitisch aktiv waren, haben im Vergleich zu denen, die sich erst nach 1945 betätigten, alle durchschnittlich kürzere Aufstiegszeiten aufzuweisen; innerhalb dieser Gruppe mußten sich diejenigen mit parteipolitischem Richtungswechsel nach 1945 vergleichsweise länger innerparteilich qualifizieren, bevor ihnen der Einzug in die Landesregierung gelang. Dieses Ergebnis unterstreicht auch die Analyse der 103 Landesminister, die unmittelbar nach Wahl in den Landtag ohne Bewährungszeiten Kabinettsmitglieder wurden: 73 % von ihnen waren bereits vor 1933 in der Partei bzw. in ähnlicher parteipolitischer Ausrichtung aktiv, in der sie erneut nach 1945 aktiv werden; die parteipolitische Erfahrung vor 1933 spielt für die parlamentarische Aufstiegsgeschwindigkeit nach 1945 offenbar eine wesentliche Rolle.

Diese These wird auch dann unterstrichen, analysiert man diejenigen Minister, die bis zum Abschluß der vorliegenden Untersuchung (31.12.1973) ohne Erfahrungen in einem Landtagsmandat waren: zu knapp 2/3 sind diese Politiker erst nach 1945 aktiv in den Parteien tätig geworden. Parteipolitisches Engagement vor 1933 hat in hohem Maße die Möglichkeiten eröffnet, nach kürzester Zeit aus einer erfolgreichen Landtagstätigkeit in die Regierungsverantwortung überzuwechseln, was durch einen Beginn der Parteitaktivitäten erst nach 1945 nicht in diesem Maße gegeben war. Wie oben aufgezeigt, bemühten sich 60 Minister erst nachträglich - nach ihrer ersten Kabinettsberufung - erfolgreich um ein Landtagsmandat, auch von ihnen wurden vergleichsweise viele erst nach 1945 in einer politischen Partei aktiv.

Wie weiter oben geschildert, haben die Landesminister, die erst nach dem zweiten Weltkrieg aktive Parteipolitiker wurden, durchschnittlich 5,9 Jahre dem Landtag angehört, bevor ihnen der Einzug in die Exekutive gelang; dabei waren zeitliche Ernennungsschwerpunkte zu registrieren, die parallel zu den Legislatur-Perioden verliefen⁵⁵; jeweils der Beginn einer Legislatur-Periode eröffnete bewährten Parlamentariern die Chance, nach einer mehr oder weniger langen Phase der Qualifizierung im Landtag in die Regierung einzuziehen.

An dieser Stelle kann noch einmal die Bedeutung spezifischen NS-Verhaltens als ein Kriterium der Aufstiegeschwindigkeit herangezogen werden. So wurde deutlich, daß Minister mit Engagement in NS-Organisationen durchschnittlich längere Landtagszugehörigkeiten aufwiesen (6,7 Jahre), bevor sie ins Kabinett berufen wurden, 28 % von dieser Gruppe - vorwiegend dem BHE angehörende Politiker - wurden bei erster Wahl in den Landtag zugleich in die Regierung berufen⁵⁶, 20 % wurden erst nach der Kabinettsberufung Landtagsmitglieder und 16 % sind ohne Mandat geblieben. Im Vergleich dazu waren die Qualifizierungszeiten im Landtag derjenigen mit indifferent-positiver NS-Einstellung vor erster Kabinettsberufung kürzer⁵⁷: bei 19 % fällt die Wahl in den Landtag mit der Ministerernennung unmittelbar zusammen, der Gesamtdurchschnitt für die Gruppe beträgt 5,5 Jahre. Diese NS-Einstellung hat offenbar die politische Karriere unter diesem speziellen Aspekt nicht nachteilig beeinflusst, dagegen mußten sich diejenigen Politiker, die aus Altersgründen noch keine spezifische NS-Einstellung entwickeln konnten, mit durchschnittlich 6,8 Jahren ebenso lange im

Landtag qualifizieren wie definitiv NS-Aktive. Minister mit gegnerschaftlichen Aktivitäten im Dritten Reich sind zu 55 % mit der Wahl in den Landtag auch unmittelbar in die Regierung berufen worden⁵⁸. Insgesamt hatten NS-Gegner im Vergleich zu allen übrigen die kürzesten Qualifizierungszeiten im Landtag vor erster Kabinettsberufung.

Die verschiedenen innerparlamentarischen Bewährungszeiten, die sich auf unterschiedliches NS-Verhalten zurückführen lassen, werden noch deutlicher, wenn man von einer anderen Bezugsgröße ausgeht: Betrachtet man die NS-Vergangenheit aller derjenigen, die ohne parlamentarische Qualifizierung im Landtag direkt ins Kabinett gelangten, so kommt man zum Ergebnis, daß, je stärker das gegnerschaftliche Verhalten ausgeprägt war - das seinerseits wiederum, wie geschildert, stark vom politischen Verhalten in Weimar geprägt wurde - desto schneller es diesen Politikern gelang, sich nach 1945 in den Landtagen zu qualifizieren und ins Kabinett einzuziehen: mit Zunahme des NS-Engagements steigt die Qualifizierungszeit im Landtag vor erster Kabinettsberufung.

Die Rolle der Bewährungszeiten in kommunalen Wahlämtern und im Landtag vor erster Kabinettsernennung als karriereschleunigende Faktoren konnte in fünf Punkten zusammengefaßt werden:

1. Landesminister ohne kommunalpolitische Qualifizierung in einem öffentlichen Wahlamt waren durchschnittlich 3,8 Jahre im Landtag aktiv, bevor sie Exekutivmitglieder wurden⁵⁹.

2. Kommunale Wahlämter sind in der Regel vor der Wahl in den Landtag angetreten worden (Tab. C, Anhang); je länger bereits die kommunalpolitische Qualifizierung vor der Kabinettsberufung dauerte, desto länger war auch die Bewährungszeit im Landtag selbst, bevor der Einzug ins Kabinett gelang.
3. Bei einem Viertel der gesamten analysierten Politiker fällt die erste Wahl in einen Landtag und die erste Kabinettsberufung unmittelbar zusammen, von diesen haben 75 % keine kommunalen Wahlämter bei oder vor Ernennung besessen. Die Qualifizierung dieser Politiker lag nicht im parlamentarisch-politischen Bereich, sondern mit der angestrebten Landtagstätigkeit bestand zugleich aufgrund einer spezifischen politischen Situation nach der Wahl (Koalitionszwang aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Landtag) die Chance, unmittelbar nach Mandatsübernahme Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dies trifft z.B. für die Mandatsbewerber des BHE in Hessen und Schleswig-Holstein 1950 zu: Die überraschenden Wahlerfolge dieser Partei führten zu einer sofortigen Regierungsbeteiligung in einer Koalition, so daß die Spitzenpolitiker des BHE ohne Landtagsbewährung direkt zu Ministerwürden kamen.
4. Weitere 60 Politiker (14 % der Erhebungsgruppe) bemühten sich erst nach ihrer Ernennung zu Regierungsgliedern erfolgreich um ein Landtagsmandat: 63 % von ihnen besaßen keinerlei Erfahrungen in kommunalpolitischen Mandaten. Auch für diese Personengruppe ist nicht die Qualifizierung in parlamentarisch-politischen Gremien der primäre Grund für die Ministerberufung

gewesen, andere Merkmale wie spezifische Fach- und Sachkenntnis und/oder eine innerparteiliche Position haben die Ministerberufung erst ermöglicht.

5. Weitere 13 % waren bis zum Abschluß der Untersuchung niemals Landtagsmitglieder gewesen, 87 % von ihnen besaßen darüber hinaus auch keine kommunalpolitischen Erfahrungen; bei dieser Personengruppe liegt also eine weitgehende parlamentarisch-politische Abstinenz vor. Faktoren, die ihre Berufung zum Kabinettsmitglied ermöglicht haben, sind entweder Qualifizierungen in anderen Organisationen (z.B. in der Partei) gewesen oder liegen in überwiegend persönlichen Qualifikationen (spezifische Sachkenntnisse). Dieses Aufstiegs-muster wird jedoch immer seltener.

Die enge Interdependenz zwischen Parteiengagement und parlamentarischen Werdegang nach 1945 ist bereits dargestellt worden, sie soll noch einmal verdeutlicht werden, in dem die Bereitschaft zum aktiven Engagement in der Kommunalpolitik und die parlamentarische Aufstiegs-geschwindigkeit zur Dauer der innerparteilichen Qualifizierungszeit in Beziehung gesetzt wird (Tab. CI, Anhang).

Es konnte die These entwickelt werden, daß, je später der Parteibeitritt nach 1945 lag, desto länger die Bewährung in der Politik dauerte: der Zeitraum zwischen der Übernahme des ersten kommunalen Wahlamtes nach 1945 und der ersten Kabinettsberufung wird kontinuierlich größer. Für diejenigen, die erst nach 1945 parteipolitisch aktiv werden, gilt darüber hinaus, daß die Politiker mit

Beitritt in den Jahren noch vor Gründung der Bundesrepublik zwischen 1945 und 1949 fast zur Hälfte den Weg über ein kommunales Wahlamt in die Landespolitik genommen haben. Das Engagement in der Kommunalpolitik bei denen, die erst nach 1949 Parteien beitraten, geht zurück. Diese Beziehungen zwischen Dauer der Parteizugehörigkeit und Aufstiegsgeschwindigkeit werden unterstrichen durch eine weitere Analyse (Tab. CII, Anhang): Minister mit der längsten Parteierfahrung haben nach 1945 einerseits am häufigsten Landtagserfahrung vor der ersten Kabinettsberufung (80 %), andererseits sind sie aus dem Landtag selbst in vergleichsweise kürzester Zeit (nach einem Jahr) in die Landesregierung aufgestiegen. Hat dagegen das parteipolitische Engagement erst nach 1945 begonnen, besaßen die Minister zu 30 % keine Landtagserfahrung vor erster Kabinettsberufung; die übrigen, die sich im Landtag qualifiziert hatten, waren 1 1/2 Legislatur-Perioden in den Landtagsgremien aktiv, bevor sie in die Exekutive überwechselten. Sie haben damit sehr lange parlamentarische Bewährungszeiten zu absolvieren gehabt.

Wie die Tabelle XCVIII, Anhang spezifiziert, ist ein Viertel der Mitglieder der Landeskabinette unmittelbar nach Wahl ins Landesparlament in die Regierung eingezogen; auch hier waren im Hinblick auf die Dauer der Parteierfahrung aufschlußreiche Beobachtungen zu machen: Politiker, die schon vor 1918 in Parteien Aktivitäten entwickelten, sind zu 63 % über eine Blitzkarriere (Wahl in den Landtag und Ministerernennung fällt unmittelbar zusammen) in die Landesregierung gelangt, diejenigen mit Beginn parteipolitischer Aktivität in Weimar nur zu 35 %. Von den Politikern mit Beginn der Parteiaktivität nach 1945 gelangten nur noch 12 % zugleich in Landtag und Regierungsamt.

Da 14 % der Erhebungsgruppe sich erst nach der Ministerberufung um ein Landtagsmandat erfolgreich bemüht hatten, weitere 13 % bis zum Ende des vorliegenden Untersuchungszeitraumes über keinerlei Landtagserfahrung verfügten und bei 25 % die Wahl in die Legislative und Exekutive zeitlich zusammenfiel, kann bei knapp der Hälfte der Minister von einer Landtagskarriere vor dem Überwechseln in die Exekutive gesprochen werden, die unmittelbar zum Zeitpunkt der Ernennung bestand. In welchem Umfang sowohl diese parlamentarischen Karrieren als auch die sog. "Blitzkarrieren" von der Qualifizierungszeit in den jeweiligen Parteien abhingen, haben die letztgenannten Ergebnisse verdeutlicht.

XI. Zur Problematik des Abgangs politischen Führungspersonals in der Bundesrepublik

1. Vorbemerkung

Traditionell ist das Interesse der politischen Soziologie, insbesondere der empirischen Eliteforschung, die sich mit Selektions- und Rekrutierungsprozessen befaßt, darauf gerichtet, wie diejenigen, die sich in Herrschaftspositionen eines gesellschaftlichen Systems befinden, strukturiert - und in diese formal definierten Führungsämter gelangt sind. Das Forschungsinteresse umfaßt den Lebenslauf bis zur Übernahme einer formal definierten politischen Führungsposition in einer speziellen Organisation. Dieses wissenschaftliche Interesse hat bis heute empirisch einen Aspekt politischer Eliten weitgehend vernachlässigt, nämlich die Formen und Methoden des Abgangs bzw. des Ausscheidens aus dem politischen Machtbereich. Dagegen wird dieses Problem anlässlich besonders spektakulärer "Stürze" von Top-Managern im ökonomischen Sektor häufig aufgegriffen und exemplarisch werden die "Abgänge" sowie der weitere Karriereweg analysiert¹.

Noch nicht umfassend-systematisch untersucht wurde bisher der Abgang ausgewählter politischer Führungsgruppen, d.h., deren weiterer Lebensweg vom "Karriere-Höhepunkt" bis zum Tode². Nach der Abgabe von mit Kompetenz-Kompetenz ausgestatteten Führungsrollen im politischen Bereich übernimmt der aus dieser Rolle "entfernte" andere Rollen und ist damit auch weiterhin Funktionsträger in einem Gesamtsystem, es sei denn, der Tod erfolgt unmittelbar in Ausübung einer politischen Führungsrolle. Das gesellschaftliche Gesamtsystem ermöglicht den Aufstieg in spezifisch definierte

Führungspositionen - gleichzeitig aber findet ein permanenter personeller Austauschprozeß in diesen Positionen statt, d.h., ein Teil der Mitglieder gibt seine Führungsrollen ab und übernimmt andere, in einer Positionshierarchie höher oder niedriger liegende Funktionen.

An diesen täglich zu beobachtenden Vorgängen lassen sich einige interessante politologisch-soziologische Fragestellungen entwickeln, die sich eben mit diesem Abgang politischer Eliten befassen und versuchen, einen weiteren Teilbereich des politischen Systems transparent zu machen.

Dieses empirisch-analytische Forschungsfeld des Elitenabganges soll anhand von vier Fragestellungen abgesteckt werden:

1. In welchen gesellschaftlichen Bereichen bleiben die, die im engeren politischen Entscheidungsbereich der Bundesrepublik politische Führungspositionen inne hatten? Da das politische System der Bundesrepublik - wie geschildert - nur einige spezifische Aufstiegsprozesse in Führungsämter ermöglicht, wird die These aufgestellt, daß auch nur eine begrenzte Anzahl von Abgangsprozessen möglich ist; welcher Art sind die Abstiegsprozesse bzw. die spezifischen "Abstiegskanäle" und welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang der föderative Staatsaufbau unseres Gesamtsystems?
2. Haben sich bestimmte Regeln beim Abtritt aus politischen Führungsämtern entwickelt; d.h., unter welchen Umständen vollzieht sich das Ausscheiden aus Führungspositionen? Gibt es personenbezogene Faktoren, die die Form und Umstände des Austritts aus dem poli-

tischen Führungsbereich bestimmen und z.B. auf den Zeitpunkt und die Konstellation bei der Rollenabgabe - unabhängig von nicht beeinflussbaren historisch-situativen Faktoren - einwirken?

3. Inwieweit besteht ein Zusammenhang zwischen dem sukzessiven Einstieg in die Führungsposition und dem Prozeß des Ausscheidens, d.h. determinieren bestimmte Einstiegskriterien den Abgang oder sind sogar Abgänge die Konsequenz besonders gearteter Karriereeinstiege: Welche Rolle spielen beim Ausscheiden aus der Politik die einzelnen Selektionssektoren unseres Systems (z.B. Parteien), die die Aufstiegsprozesse in politische Führungsämter erst ermöglichen? Lassen sich Regelmäßigkeiten in bezug auf die Abgänge aus bestimmten politischen Führungspositionen spezifischer Organisationsebenen feststellen, und ist der Elitenabgang in der Regel ein sukzessiver Abgang oder überwiegend ein plötzliches "Herausfallen" aus formalen Führungsgremien?
4. Bleiben die politisch "Entmachteten" generell im politischen Bereich oder welche anderen gesellschaftlichen Subsysteme nehmen ehemaliges politisches Führungspersonal auf und werden dort weitere Karrieren in Form eines stufenweisen Abstiegs oder gar Aufstiegs gemacht? Haben sich bestimmte Auffangspositionen im gesellschaftlichen oder politischen System z.B. in Bundesoberbehörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts oder Ehrenämter in Beratergremien entwickelt?

Nur zu einigen Aspekten dieser Fragestellungen, die einen umfassenden, selbständigen Forschungsbereich skizzieren³, konnte das zugrunde liegende Datenmaterial Auskunft geben, da es nicht möglich war, die zur Beantwortung aller aufgeworfenen Problemkomplexe notwendigen subjektiv geprägten Hintergrundinformationen (wie Einstellung zu bestimmten Problemen, eigene Karriereinterpretation etc.) zu erzielen.

2. Elitenabgang auf Zeit: Zirkulation als verzögerter Abgang

Im folgenden werden die Abgangssituationen einer bestimmten politischen Führungsgruppe, der Kabinettsmitglieder auf Landesebene, detailliert analysiert. Bevor das erhobene Material im Hinblick auf die eingangs aufgeworfenen Fragestellungen zum "effektiv letzten" Abgang - definiert als der empirisch ermittelte Zeitpunkt, zu dem ein Minister zum letzten Mal ein Kabinett verließ - analysiert wird, konnten Informationen über die Modalitäten der Kabinettsabgänge, die im Verlauf der Positionssequenzen einer Untersuchungsperson eben nicht den letzten Abgang markierten und ihren Ausdruck in der personellen Zirkulation in den Landesregierungen fanden, ausgewertet werden. Dabei war es möglich, Angaben über die Anzahl der Kabinettsabgänge, die Ausdruck eines Ressortwechsels waren, zu erheben. Konkret konnte der Zeitpunkt und der jeweilige Modus der Amtsabgabe ermittelt werden, d.h., ob es sich um eine Unterbrechung der Karriere als Landesminister oder nur um einen Ressortwechsel handelte.

Ressortwechsel ohne Unterbrechung der Kabinettszugehörigkeit wurden als "echte Amtsabgaben" klassifiziert, jedoch zusätzlich zur Ressortverwaltung übertragene Kabinettsfunktionen (z.B. die eines stellvertretenden Ministerpräsidenten), die zeitlich begrenzte Übertragung eines weiteren Ressorts ("mit der Wahrnehmung beauftragt") oder eine Kompetenzerweiterung der Ressortzuständigkeit um ein weiteres Fachgebiet wurden nicht als echte Amtsabgabe bzw. als interner Zirkulationsvorgang innerhalb des Kabinetts angesehen und blieben daher unberücksichtigt⁴.

Neben der Frage nach dem Zeitpunkt von Zirkulations- und Rotationsvorgängen in den Landeskabinetten lag das Forschungsinteresse auf der Untersuchung der Kontinuität der Karrieren: In welchem Umfang waren kontinuierliche, ununterbrochene Karrieren in den Landeskabinetten zu beobachten, d.h., wie oft traten Amtszeiten in den Landesregierungen auf, die zwar eine Zirkulation zwischen Kabinettsressorts umfaßten, aber nicht durch Unterbrechungen - Ausscheiden aus dem Kabinett, längere Oppositionszeit, daran anschließend erneute Berufung ins Kabinett - gekennzeichnet waren? Traten Fälle auf, in denen Landesminister nach der Amtsabgabe vorübergehend völlig aus dem politischen Bereich ausschieden (keinerlei parlamentarisch-politische Ämter bekleideten), die dann aber doch noch einmal in die Politik, d.h., hauptberuflich in ein Landeskabinett zurückkehrten? Für die Fälle von unterbrochener Kabinettszugehörigkeit mußte ermittelt werden, welche Faktoren das vorübergehende Ausscheiden aus der Regierung beeinflussten, d.h., welche objektive Situation bestand zu den unterschiedlichen Zeitpunkten der Demissionen?

345 Minister (82 % der Erhebungsgruppe) war von wenigstens einer Amtsabgabe betroffen, diese war für 2/3 zugleich der einzige und damit letzte Kabinettsabgang. Unter diesen 345 Untersuchungspersonen waren auch einige, die zum Zeitpunkt des Endes des Untersuchungszeitraumes noch amtierten und zuvor bereits einen oder mehrere Ressortwechsel, d.h. Kabinettsernennungen, erlebt hatten (Tab. CIII, Anhang).

Als Folge von Kabinettsumbildungen, -reorganisationen und Koalitionswechseln, sind während der Legislatur-Periode häufiger Abgangs- und Auswechslungsprozesse zu beobachten gewesen als nach dem Ende einer Legislatur-Periode. Die Minister sind auch nach einem vorübergehenden Ausscheiden aus der Landesexekutive in politischen Ämter geblieben, nur wenige sind mit Abgabe der Ministerfunktion zugleich auch völlig aus der Politik ausgeschieden und nach einer längeren Phase in die aktive Politik zurückgekehrt.

Durch Regierungswechsel und Kabinettsumbildungen während der Legislatur-Periode war in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ein hoher Grad an Zirkulation zu beobachten, in Hamburg und Baden-Württemberg waren die Landesexekutiven durch personelle Kontinuität geprägt: Kabinettsberufungen und -abgänge wurden dort im wesentlichen nach Ende einer Legislatur-Periode bzw. zu Beginn der neuen vollzogen. In Bayern war zu beobachten, daß nach erstem Abgang aus dem Kabinett vergleichsweise am häufigsten Exekutivmitglieder vorübergehend ihre politische Laufbahn abgebrochen haben, nach einer Phase der politischen Inaktivität aber noch einmal in

die Landespolitik zurückgekehrt - und dann erneut in die Landesregierung berufen worden sind; dieser Karriere-
weg des zeitweilig völligen Ausscheidens aus dem poli-
tischen Bereich blieb ganz generell jedoch eine Ausnahme.
Andererseits zeigt Tabelle 1, daß gerade in Bayern der
Anteil derjenigen Minister, deren erster Kabinettsabgang
zugleich auch der einzige (letzte) blieb, außerordentlich
gering ist; 70 % der bayerischen Minister haben Ressort-
wechsel zu verzeichnen, d.h., sind mehrfach berufen wor-
den. Die bayerischen Kabinette zeigen damit im Vergleich
zu allen anderen Bundesländern die stärksten Beharrungs-
tendenzen gemessen am Personenkreis, aus dem sich die
jeweils nachfolgende Regierung rekrutiert. Der personelle
Austausch des politischen Exekutivpersonals ist dort sehr
gering, d.h., die bayerischen Kabinette haben dement-
sprechend die höchste Zirkulationsrate innerhalb des
Kabinetts. In Baden-Württemberg dagegen schieden 92 %
aller ernannten Minister mit erstem Kabinettsabgang end-
gültig aus dem Kabinett aus, dort haben teilweise Mini-
ster über Legislatur-Perioden hinweg ununterbrochen dem
Kabinett immer in der gleichen Funktion angehört; eine
nennenswerte Zirkulation innerhalb des Kabinetts hat dort
nicht stattgefunden, der personelle Rotationsprozeß
innerhalb der baden-württembergischen Kabinette ist ver-
gleichsweise am geringsten.

Bei den analytischen Fragestellungen zur Abgangsproblema-
tik waren erstmals im Rahmen der gesamten Untersuchung
neben den objektiven Faktoren, die zu Kabinettsabgängen
führten, auch subjektive Motivationen der einzelnen Un-
tersuchungspersonen eruierbar.

Tabelle 1

Identität zwischen erstem und letztem Kabinettsabgang
(nach Bundesländern)

Bundesland	Anteil derjenigen, deren erster Abgang zugleich der letzte Abgang aus dem Kabinett ist (in %)
Bayern	30
Nordrhein-Westfalen	43
Hamburg	46
Niedersachsen	63
Hessen	89
Schleswig-Holstein	80
Baden-Württemberg	92
Rheinland-Pfalz	91
Bremen	86

Insbesondere subjektive Hintergrundfaktoren, die den Abgang determinierten, standen seit 1945 bei Kabinetts-umbildungen und -abgängen konstant im Mittelpunkt der Berichterstattung von allgemein zugänglichen Quellen. Im Gegensatz zur Berufungssituation war -speziell dann, wenn es sich um spektakuläre Abberufungen während einer laufenden Legislatur-Periode handelte - die Informationslage so ausreichend, daß detailliert objektive Abgangsfaktoren sowie persönliche Motivationen geschildert wurden und analysiert werden konnten.

Für die unterschiedlichen Abgangszeitpunkte konnten einige subjektive wie objektive Faktoren dahingehend differenziert aufgeschlüsselt und klassifiziert werden, ob der Abgang eine Unterbrechung der politischen Karriere, oder ob er keinerlei Auswirkungen auf die politische Laufbahn zur Folge hatte - bzw. ob es sich um einen endgültigen Abschied aus der Landesregierung handelte: Die Abgangssituation wurde einmal zusammenfassend anhand der Fälle zum Zeitpunkt des formalen Endes einer Legislatur-Periode analysiert und zum zweiten wurden zusammenfassend alle die Fälle ausgewertet, in denen während einer laufenden Legislatur-Periode die erste Amtsabgabe vollzogen wurde (Tab. CIV und CV, Anhang).

Die Modalitäten des Abgangs sind je nach Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Kabinett mehr oder weniger stark von objektiven Faktoren geprägt: Erfolgt der Abgang aus der Landesregierung systembedingt, d.h., nach Ablauf einer Legislaturperiode, so liegt in dieser konkreten historischen Situation auch für 54 % aller derer, die zu diesem Zeitpunkt ausscheiden, der Abgang aus dem Kabinett begründet. Eine persönliche Motivation (d.h. Dominanz eines subjektiven Situationsfaktors) war zu diesem Zeitpunkt eindeutig nur bei 27 % zu erkennen; dabei handelte es sich beispielsweise um freiwillige Amtsaufgabe oder Übernahme einer gleichrangigen bzw. einer höheren Position.

Bei der Analyse der ersten Abgänge während einer laufenden Legislatur-Periode ergab sich, daß 30 % der Abgänge primär auf objektive Situationsfaktoren und 44 % auf subjektive Motivationen zurückzuführen waren, d.h., daß die Abgänge während einer Legislatur-Periode erheblich stärker persönlich motiviert waren.

Nur bei einem Politiker fällt der Zeitpunkt des Todes im Amt mit dem Ende einer Legislatur-Periode zusammen, die übrigen Minister, die einen "Amtstod" erlitten, verstarben während einer noch nicht beendeten Amtsperiode.

Der durch die eigene oder eine andere Fraktion initiierte Kabinettsabgang (Amtsenthebung, Abwahl bzw. sonstiger erzwungener Rücktritt) war, von einer Ausnahme abgesehen, immer während einer Legislatur-Periode zu beobachten; dieser erzwungene Abgang führte nur in vier Fällen nicht zum (endgültigen) Abbruch der politischen Karriere, bei allen übrigen davon betroffenen Ministern ist diese Abgangsmodalität aus dem Kabinett zugleich ein endgültiger Abschied aus der Politik. Der Absprung in eine subjektiv als "höherrangig" bewertete Position führt in 87 % der Fälle nicht nur zum endgültigen Ausscheiden aus der Landesregierung, sondern zugleich auch aus der Politik; nur fünf Minister übernehmen innerhalb des engeren politischen Bereiches ohne Unterbrechung der politischen Karriere Funktionen; der Zeitpunkt auch für diese Art des Kabinettsabgangs liegt überwiegend während einer laufenden Amtsperiode.

Ein freiwilliger Rücktritt - persönlich motiviert z.B. aus Gesundheits- oder Altersgründen - wurde sowohl während als auch nach Ablauf einer Legislatur-Periode vollzogen; bis auf zwei Ausnahmen, die nach einer Phase der persönlichen "Regeneration" ins politische Leben zurückkehrten, führte diese primäre Abgangsmotivation tatsächlich auch zum endgültigen Abschied aus der aktiven Politik.

Zur Überprüfung dieser Ergebnisse bezüglich des Zusammenhangs zwischen Zeitpunkt und Motivation des Abganges soll im folgenden analysiert werden, ob subjektive oder stärker objektive Faktoren das zweite Ausscheiden aus einer Landesexekutive bestimmt haben und ob sich Veränderungen ganz generell in der Motivationsstruktur gegenüber der Situation bei erstem Ausscheiden aus dem Kabinett ergeben haben (Tab. CVI, Anhang).

19 % der gesamten Untersuchungsgruppe stand in der Karriere-Situation eines zweiten Kabinettsabganges. Genau umgekehrt zum Ergebnis der Analyse beim ersten Kabinettsabgang beendeten 54 % beim zweiten Abgang ihre Amtsgeschäfte zum Ende, dagegen 46 % während einer laufenden Legislatur-Periode⁵. Unabhängig davon, ob es sich beim zweiten Ausscheiden aus der Landesregierung um einen endgültigen Kabinettsabgang oder nur um eine zeitlich begrenzte - oder überhaupt keine Karriereunterbrechung handelte, konnten wiederum die Modalitäten näher spezifiziert werden, die die Abgangssituation verdeutlichen (Tab. CVII, Anhang): 68 % derjenigen, die beim 2. Ausscheiden während einer Amtsperiode das Kabinett verließen, gaben primär persönliche Motive an, dagegen zogen nur 26 % sich persönlich motiviert am Ende einer Legislatur-Periode aus dem Kabinett zurück. Andererseits bewirkten objektive, situative Faktoren ("Partei wird Opposition", "Ressort entfällt" und "Ressort wird von anderer Partei besetzt") zu 53 % am Ende einer Amtsperiode das zweite Ausscheiden aus dem Kabinett, während sich diese Situation nur zu 8 % für das zweite Ausscheiden während einer laufenden Amtszeit ergab.

Sowohl konkrete historisch-situative Faktoren als auch persönliche Motivationen haben zu "vorübergehenden" Kabinetts-Abschieden geführt, was durch die weiteren Detailuntersuchungen bestätigt wird, die sich mit denjenigen beschäftigen, die drei und mehr Abgänge zu verzeichnen hatten⁶. Dabei finden die unterschiedlichen - den Kabinetts-Abgang determinierenden - Faktoren jeweils im Zeitpunkt des Ausscheidens ihren Niederschlag: Abgänge während einer laufenden Wahlperiode sind somit überwiegend dadurch bestimmt, daß subjektive Gründe für den freiwilligen oder unfreiwilligen Rücktritt die auslösenden Momente waren.

Auf diese Aspekte mußte die Frage nach den Abgangssituationen vor letztem Eliten-Abgang beschränkt bleiben. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die eingangs aufgeworfenen zentralen Fragestellungen, die sich mit dem endgültigen Elitenabgang des politischen Landesführungspersonals beschäftigen.

3. Zur Situation bei letztem Abgang aus dem Kabinettt⁷

a. Alter und Motivation

Zum Zeitpunkt des Abschlusses der vorliegenden Studie amtierten noch 88 Landesminister (21 %), so daß 332 Untersuchungspersonen (79 %) in die Detail-Auswertung des "letzten" Elitenabganges⁸ mit einbezogen wurden.

Zunächst konnte die Altersstruktur bei Kabinettsabgang ermittelt werden: Das Durchschnittsalter beim letzten Ausscheiden aus einem Landeskabinettt lag bei 59 Jahren⁹, rund die Hälfte der Landesminister war unter 60 Jahre

alt, als sie das Kabinett zum letzten Mal verließen und damit noch in einem Alter, das nicht zwangsläufig zu einem Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben berechnigte¹⁰ (trotz einer finanziellen Absicherung bei denjenigen, die eine ausreichend lange Zeit Kabinettsmitglieder bzw. Mandatsträger waren), so daß sich die Frage nach der weiteren beruflichen Tätigkeit ergab. Der Lebensabschnitt zwischen 55 und 65 Jahren war die Lebensspanne, in der am häufigsten die Ministerämter aufgegeben wurden, 47 % treten in dieser Lebensphase ab.

Über ein Drittel der Minister war zum Ende der Untersuchung nicht mehr am Leben, damit konnte von diesem Personenkreis exakt die durchschnittliche Lebensdauer nach dem Ausscheiden aus der aktiven Ministertätigkeit ermittelt werden: 11 % von ihnen erlitten den Tod im Amt, 16 % verstarben innerhalb der ersten drei Jahre nach dem Kabinettsabgang¹¹, 66 % waren 15 Jahre nach dem Abgang nicht mehr am Leben¹². Eine durchschnittliche Lebenserwartung von rd. 10 Jahren konnte ermittelt werden, damit wird sichtbar, daß auch nach dem Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung auf Landesebene noch Aktivitäten beruflicher, sozialer und politischer Art entwickelt werden konnten¹³. Die 16 Minister, die im Amt verstarben, waren bei ihrem Ableben durchschnittlich 59,7 Jahre alt, also in einem Alter, das nicht der durchschnittlichen Lebenserwartung entspricht (Tab. CVIII, Anhang), wenn man berücksichtigt, daß beispielsweise bis 1970 die durchschnittliche Lebenserwartung auf 74 Jahre gestiegen ist¹⁴.

Tabelle CIX (Anhang) schlüsselt statistisch die Jahre des letzten Kabinettsabganges auf, die im Zusammenhang mit der jeweiligen historischen Situation und den subjektiven wie objektiven Faktoren, die zum letzten Kabinettsabgang führten, interpretiert werden müssen: Zu welchem Zeitpunkt erfolgte der letzte Kabinettsabgang und welche Faktoren (primär objektive oder subjektive) determinierten das Ausscheiden aus der Landesexekutive? (Tab. CX, Anhang). Subjektive Motivationen - bei knapp 30 % aller Abgänge festgestellt - waren für den letzten Abgang nicht dominierend, wurden jedoch ganz überwiegend bei den Abgängen als primär den Abgang auslösende Faktoren angegeben, die während einer Legislatur-Periode lagen.

Ganz deutlich wurden bei dieser Analyse der Begleitumstände des letzten Kabinettsabganges die Risiken (Imponderabilien) der hauptberuflichen politischen Betätigung. Insbesondere nach Landtagswahlen wurden politische Karriereverläufe von nicht vorhersehbaren Faktoren wie Wahlergebnissen und Koalitionsabkommen abhängig: Nach dem Ende abgelaufener Legislatur-Perioden schieden nur 11 % (von 160 Ministern) nach eigenen Angaben "freiwillig" aus der Landesregierung aus. Bei allen übrigen konnte teilweise eindeutig ermittelt und teilweise aufgrund der Auswertung weiterer Hintergrundinformationen unterstellt werden, daß die Minister sich weiterhin für ein Regierungsamt zur Verfügung gehalten hätten, wenn die objektiven Gegebenheiten eine weitere Kabinettszugehörigkeit ermöglicht hätten. Dagegen ziehen sich während einer Amtsperiode 18 % (von 172 Ministern) nach eigenen Angaben "freiwillig", d.h., primär persönlich motiviert, aus der Kabinettsverantwortung entweder in den Ruhestand zurück oder übernehmen subjektiv für relevanter gehaltene Aufgabengebiete.

Inwieweit die primär persönlich motivierte Entscheidung einer drohenden Nichtwiederberufung ins Kabinett zuvor kam, konnte nicht überprüft werden.

Die meisten Minister wurden während einer laufenden Legislatur-Periode "Opfer" von Regierungswechseln und Kabinettsumbildungen (z.B. Erweiterung der bestehenden Koalition durch einen zusätzlichen Koalitionspartner, der Ministerpositionen mit eigenen Politikern besetzt).

Der letzte Abgang aus dem Kabinett ist - unabhängig vom konkreten Zeitpunkt - also ganz überwiegend (zu rd. 70 %) nicht als primär freiwillig zu bezeichnen; zu dieser Auffassung gelangt auch Beyme: "Anlaß für den Abgang aus der Politik ist nur zum geringeren Teil ein freiwilliger Entschluß ... Ein von der Partei nahegelegter Rücktritt oder eine Übergehung bei der Kabinettsneubildung war ein häufiger Abgangsgrund."¹⁵

b. Die Abgangsbereiche

Welche persönlichen Konsequenzen der einzelne daraus für seine weitere Karriereplanung zog, wurde u.a. darin sichtbar, in welchen gesellschaftlichen Bereich und in welche Aufgabenstellung die Orientierung nach letztem Kabinettsabgang erfolgte.

Auch Zapf hat sich mit dieser Frage befaßt, gelangte jedoch nur zu einigen allgemeinen Aussagen: "Durch eine Umbesetzung innerhalb der Spitze können Politiker sich verbessern, sie können auch einige Stufen fallen, etwa vom Minister zum Fraktionsvorsitzenden, oder auch zunächst wieder einfacher Abgeordneter werden ... Verdiente Politiker werden nicht selten mit hohen Verwaltungsämtern belohnt."¹⁶

Im folgenden werden die gesellschaftlichen Abgangsbereiche - getrennt nach den Bundesländern - detailliert analysiert. Neben dem Sektor, in dem nach dem Abschied aus der Landesregierung schwerpunktmäßig das weitere Aktionsfeld der "Minister a.D." lag, sind die Funktionen - definiert nach dem Status, in den die Landespolitiker überwechselten - näher aufgeschlüsselt und klassifiziert worden.

Nach dem letzten Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung wechselten 48 % der ehemaligen Minister ausschließlich in eine Funktion über, und wurden auch nur in einem Sektor aktiv; weitere 43 % übernahmen unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Kabinett gleichzeitig in zwei verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Gremien unterschiedliche Funktionen, die restlichen 9 % wurden nach ihrem letzten Kabinettsabgang in drei verschiedenen Funktionen unterschiedlicher Bereiche tätig. Dabei fanden jedoch nur die nachministeriellen Tätigkeiten Berücksichtigung, in die unmittelbar nach Amtsabgabe hinübergewechselt wurde, d.h., die das unmittelbare Auffangfeld der politischen Eliten darstellten (Tab. CXI, Anhang).

In Bayern und Baden-Württemberg ganz eindeutig, aber auch in Hamburg überwiegend erfolgt der Abgang aus der politischen Führungselite "Landeskabinett" einlinig, d.h., nur eine Tätigkeit wird nach der Amtsabgabe übernommen, während im Gegensatz dazu in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mehrheitlich unmittelbar nach Abgang in mehreren Funktionsbereichen Aktivitäten entwickelt wurden. Diese empirischen Ergebnisse haben letztlich solange nur statistischen Wert, bis weitergehende Analysen herausarbeiten, in welcher Weise diese Abgangsmuster auf die gesellschaftlich-politische Struktur und historische Entwicklung der jeweiligen Bundesländer zurückzuführen sind. Diese Fragestellung nach einliniger oder mehrgleisiger

Abgangsmodalität kann nicht weiter verfolgt werden, jedoch scheint hier ein breites Forschungsfeld im Rahmen des Untersuchungskomplexes des cross-over zwischen Politik und Gesellschaft zu liegen.

Für die einzelnen Bundesländer wurden unterschiedliche Schwerpunkte hinsichtlich der Abgangsbereiche ermittelt, wobei global jeweils umfassende Berufssektoren aggregiert wurden, so daß der dominierende Bereich deutlich sichtbar wurde, in dem das politische Führungspersonal auf Landesebene nach dem Abgang ein neues Tätigkeitsfeld fand (CXII, Anhang). Trotz regionaler Unterschiede gab es nur wenige Sektoren, in die das cross-over aus der politischen Funktion vollzogen wurde¹⁷.

Zusammenfassend lassen die regionalen Analysen der unmittelbaren Abgangsbereiche und Aktivitätsgrade des politischen Exekutivpersonals der Bundesländer die folgenden generellen Aussagen zu:

1. Rd. 60 % des politischen Führungspersonals der Bundesländer blieb auch nach dem letzten Kabinettsabgang in politischen Wahlämtern (oder einem Wahlamt) tätig, dabei stellt der Landtag selbst ganz überwiegend das "Auffangbecken" für die aus der Exekutive ausgeschiedenen dar. Über die Hälfte dieser Gruppe wechselte unmittelbar in legislative Führungsämter im Landtag über. Die Exekutiv-Mitglieder kehrten ganz überwiegend in das zentrale parlamentarische Rekrutierungsgremium zurück.

2. Nur 15 % der gesamten Untersuchungsgruppe schieden aus dem Arbeitsprozeß aus und traten in den Ruhestand. Die Mitgliedschaft in der Landesregierung erwies sich damit für 85 % nur als ein Karrierezwischenziel (Durchgangsstation) einer hauptberuflich politischen Karriere; in subjektiver Einschätzung trifft dies auf einige ganz sicher zu, die z.B. anschließend in der Bundespolitik oder im Wirtschaftssektor noch intensive Karrieren absolvierten. Mehrheitlich jedoch, so kann unterstellt werden, war subjektiv betrachtet mit der Mitgliedschaft in der Landesexekutive der "Höhepunkt" der politischen Laufbahn erreicht, wenn man die unmittelbar nachfolgenden hauptberuflichen Funktionsausübungen in der Relation zur Mitgliedschaft in der Landesregierung betrachtet.

3. Nur rd. 30 % der Landesexekutivmitglieder blieb jedoch ausschließlich politisch tätig, ein etwa gleich großer Anteil übernahm zugleich Führungsfunktionen in der privaten Wirtschaft, z.T. als selbständige Unternehmer, in Vorständen oder Aufsichtsräten, wobei diese Aktivitäten zumeist nicht auf ein Unternehmen beschränkt blieben, sondern direkt aus dem Amt des Landesministers heraus in mehreren Gremien und Führungsämtern Fuß gefaßt wurde. In geringerem Umfang wurden Führungsmandate in öffentlichen Unternehmen übernommen, wobei festzustellen war, daß jeweils in die Top-Positionen der direkte Einzug gelang. Zugleich wurden verschiedentlich in den entsprechenden Verbandsorganisationen führende Aufgaben übernommen. Bei allen diesen Kabinettsabgängen war jedoch nur bedingt ein cross-over aus der Politik in einen anderen Berufssektor zu konstatieren, da eben weiterhin eine feste Verankerung im legislativen Politikbereich bestehen blieb.

4. Ein völliges cross-over aus der Politik in nicht primär politische gesellschaftliche Bereiche - z.B. Überwechseln in öffentliche und private Unternehmen, ins Verbandswesen sowie in Wissenschaft und Kunstbereiche - war vergleichsweise selten zu registrieren; wenn überhaupt, dann vollzog sich dieser Abgang ganz überwiegend auch nicht nur in eine Führungsposition, sondern entweder wurden innerhalb einer oder in verschiedenen Organisationen bzw. verschiedenen Berufssektoren mehrere Ämter übernommen. Zu anderen Ergebnissen kommt Beyme bei der Analyse der Abgänge von Spitzenpolitikern/-beamten des Bundes. "Nach dem Abgang aus der Politik nimmt die Verflechtung der Eliten-sektoren zu. Eine wachsende Zahl von Ex-Ministern und politischen Beamten geht in die Wirtschaft, nur ein Teil wird durch politische Posten in der Fraktion, in den auswärtigen Beziehungen und anderwärts entschädigt"¹⁸, wobei unklar bleibt, ob er einen längeren Zeitraum nach dem Abgang aus der Politik analysierte oder er - wie in der vorliegenden Arbeit - nur die unmittelbaren Abgangsbereiche in seine Untersuchung einbezog. Auch Herzog spricht davon - ohne diese Aussage zu quantifizieren -, daß Berufspolitiker "nach dem Ausscheiden mit einem lukrativen Posten z.B. als 'Berater', 'Aufsichtsratsmitglied' o.ä. in privaten oder öffentlichen Unternehmen gleichsam 'belohnt' werden."¹⁹
5. Die Landesminister beschränkten nach dem Abgang aus dem Kabinett ihr politisches Betätigungsfeld - soweit sie weiterhin politisch aktiv waren - im wesentlichen auf den Landtag (zu über 85 %): nur rd. 10 % wechselten in die Bundespolitik (in den Bundestag oder die

Bundesregierung)²⁰, ein direkter Abgang in ein kommunales Wahlamt war die Ausnahme. Zapfs allgemeine Aussage - "daneben sind zahlreiche Landesminister in verwandte Ressorts der Bundesregierung eingerückt" ²¹ konnte hinsichtlich der Quantität konkretisiert werden. Von einer Durchlässigkeit der politischen Funktionsebenen kann man in diesem speziellen Zusammenhang nur dann sprechen, wenn man die Minister betrachtet, deren Abgang zugleich der Einzug oder die Rückkehr in die Bundespolitik war, wo sich ihre politische Karriere fortsetzte. Unterhalb der Landesebene dagegen finden die politischen Karrieren derjenigen, die auf Landesebene in der Exekutive spezifische Karrierepunkte erreicht hatten, in der Regel nicht ihre Fortsetzung: bei nur knapp 2 % aller Minister war die kommunale Ebene die unmittelbar nächste berufliche Karrierestation. Eine begrenzte personelle Rotation war nur von der Landesebene in die Bundesebene zu beobachten. Diese Ergebnisse lassen die These zu, daß der Abgang der politischen Landeselite sich im wesentlichen auf der Landesebene selbst vollzieht und in der Regel politische Gremien anderer Organisationsebenen ehemaligen Landesministern nach ihrem Ausscheiden aus dem Landeskabinett keine "Auffangspositionen" bereithalten. Die eventuelle spätere Orientierung hin zur kommunalen Ebene brauchte dann wiederum eine gewisse Vorbereitungszeit an Karriereplanung, da es einigen Ministern nach "Bewährungszeiten", die oftmals Jahre dauerten, gelang, dann doch noch auf kommunaler Ebene aktiv zu werden²². Der direkte Wechsel in die Bundespolitik war teilweise situationsbedingt, d.h., daß sich einigen sehr kurzfristig die Karrierechance bot, in die Exekutive auf Bundesebene überzuwechseln, was

zwangsweise zur Aufgabe der Kabinettsfunktion im Land führte. Andererseits lagen bei einigen, wie weiter oben ausgeführt, bereits vor der Kabinettsberufung auf Landesebene bundespolitische Erfahrungen vor oder aber noch während der Amtszeit als Landesminister erfolgte eine Umorientierung von der Landes- zur Bundespolitik (etwa durch die Bemühung um ein Bundestagsmandat), was einer gewissen zeitlichen Vorplanung bedurfte und durch Kandidaturen sichtbar wurde. Auch die insgesamt 6 Minister, die aus der Landesregierung direkt in die Kommunalpolitik überwechselten, planten diesen Kabinettsabgang längerfristig, indem sie sich während ihrer Amtszeit um ein kommunales Exekutiv-Wahlamt bemühten, das z.B. wegen der längeren Amtsdauer subjektiv Präferenz bekam und auf längere Sicht größere persönliche Sicherheit als die Perspektive auf der Landesebene bot.

6. Weitere rd. 12 % wurden nach letztem Abgang - überwiegend neben ihrer parlamentarischen Tätigkeit im Landtag - in Führungsämtern von kulturellen, gesellschaftspolitischen und ökonomischen Verbänden aktiv. Dabei handelte es sich jedoch nicht ausschließlich um Ehren- bzw. Repräsentationsämter, sondern in den meisten Fällen um hauptberufliche Tätigkeiten. Bemerkenswert ist, daß in den jeweiligen Verbänden die Führungspositionen zum Zeitpunkt des Ausscheidens vakant waren, d.h., für die Minister a.D. schon bereitgehalten, kurzfristig "freigemacht" oder gar erst neu geschaffen wurden, um damit den direkten Einstieg zu ermöglichen. Die Verbandsführungen haben offenbar ein großes Interesse daran, die politischen Repräsentanten der Bundesländer - ausgestattet mit genauer Kenntnis von Macht- und

Entscheidungszusammenhängen - deren Erfahrungen, persönliche Beziehungen und weitreichende Querverbindungen zu allen übrigen gesellschaftlich relevanten Gruppierungen zu gewinnen, um somit bei gleichzeitiger weiterer Mandatsausübung der ehemaligen Minister im Landtag noch zusätzlich direkten parlamentarischen Zugang über eine landespolitisch dominante Persönlichkeit zu behalten oder zu bekommen.

7. Zwischen den Bundesländern ist der Aktivitätsgrad unterschiedlich, den die ehemaligen Kabinettsmitglieder unmittelbar bei Abgang entwickelten. Etwa die Hälfte von ihnen konzentrierten ihre Aktivitäten nur auf ein Betätigungsfeld, während fast ebenso viele - dies schwankt zwischen den Bundesländern - Aktivitäten in mehreren gesellschafts-politischen Bereichen entwickelten.

In diesem Zusammenhang muß noch einmal betont werden, daß bei dieser Analyse nur der unmittelbare Funktionsbereich nach dem Ausscheiden aus der Regierung berücksichtigt wurde und somit zeitlich später beginnende hauptberufliche, soziale und politische Aktivitäten nicht in die Auswertung mit einbezogen werden konnten, da es hier primär darum ging, die Positionen und Bereiche zu analysieren, die in den Bundesländern als unmittelbare Auffangstationen für die ausgeschiedenen Landesregierungsmitglieder bereit standen.

c. Weitere Forschungsfragen im Zusammenhang mit dem
Elitenabgang

Wie eingangs geschildert, konnte dieser umfassende analytische Aspekt "Elitenabgang" wegen der Begrenztheit der zugrunde liegenden Informationen nicht noch detaillierter behandelt werden. Es wurde jedoch deutlich, daß sich in dem Bereich der empirischen Sozialforschung, der sich mit Fragen der Rekrutierung und Selektion von Führungspersonal befaßt, noch ein weites Forschungsfeld eröffnet. Mittels tiefergehender Analysen müßten weitere empirische Forschungen betrieben werden, wobei an dieser Stelle nur beispielhaft einige Problemkomplexe angerissen werden, die zwar nicht aufgegriffen werden konnten, deren Behandlung aber wichtig wäre, um die erzielten Ergebnisse noch deutlicher im Gesamtzusammenhang "Karrieren nach dem Ausscheiden aus politischen Führungsämtern" interpretieren zu können. Für Untersuchungspersonen, deren Abgang aus der Landesregierung zugleich die Beendigung der hauptberuflichen Tätigkeit im politischen Sektor bedeutet, wäre zu fragen, in welchem gesellschaftlichen Feld die anschließende Berufstätigkeit liegt, d.h., ob eine Rückkehr vorwiegend in Berufssektoren erfolgt, in denen vor Aufnahme der politischen die hauptberufliche Tätigkeit lag: welche Berufsbereiche erlauben den Wiedereinstieg nach längerer Abwesenheit und gestatten - versehen mit dem durch die politische Tätigkeit gewonnenen Prestige - den Einstieg in eine hierarchisch höher liegende Position? Oder wird eine privatberufliche Tätigkeit in einem Bereich aufgenommen, zu dem erst die politische Aktivität den Zugang eröffnet hat, z.B. in

einem Verband? In diesem Zusammenhang wäre weiterhin zu prüfen, welche Rolle hierbei die jeweilige Ausbildungsqualifikation spielt. Ein weiterer Forschungsaspekt hätte sich mit den Folgewirkungen des endgültigen Ausscheidens aus der politischen Führungsposition der Landesregierung einmal für die Parteikarriere (Verlust von ex-officio-Mitgliedschaften in Führungsgremien, keine Wiederwahl in schon lange innegehabte Parteiämter, keine erneute Nominierung für öffentliche Wahlämter) und zum anderen für Funktionsausübungen in öffentlichen Unternehmen (Verlust von Mandaten in Aufsichts- und Verwaltungsräten) zu befassen. In welchem Lebensalter spätestens Politiker noch freiwillig eine hauptberufliche Beschäftigung im engeren politischen Bereich aufgeben können, um eine neue Karriere zu starten, d.h., ob es z.B. eine bestimmte Altersstufe gibt, nach deren Erreichung die grundsätzliche Entscheidung für oder gegen ein Verbleiben in der Politik getroffen werden muß, wäre in diesem Problemzusammenhang eine weitere Forschungsdimension.

Der gesamte Komplex des Abganges konnte in der vorliegenden Studie nur durch einige analytische Fragestellungen angerissen werden und es sollte seine Relevanz für die empirisch-analytische Eliteforschung aufgezeigt werden.

XII. Ergebnisse und Forschungsperspektiven

1. Zusammenfassung der Ergebnisse

Im anschließenden Abschnitt sollen noch einmal die wichtigsten Ergebnisse dargestellt und in Beziehung zu den eingangs entwickelten Problemdimensionen und empirisch-analytischen Fragestellungen gesetzt und interpretiert werden. Dabei kann geprüft werden, inwieweit die aufgestellten Hypothesen einer empirischen Überprüfung standhielten und die mittels anderer politischer Führungsgruppen erzielten Ergebnisse über die Funktionsweise des Rekrutierungs- und Selektionssystems der Bundesrepublik unterstrichen oder in Frage gestellt werden können. Dabei sollen zunächst die Ergebnisse der Untersuchung der in der zweiten Problemdimension entwickelten empirisch-analytischen Generationstypen verdeutlicht werden.

Ein auf die gesamte Untersuchungsgruppe bezogenes Ergebnis besteht darin, daß im Kaiserreich und in Weimar erfolgte Parteibeitritte vergleichsweise in einem früheren Lebensabschnitt vollzogen wurden als die Parteibeitritte, die nach 1945 lagen. Dies ist damit zu begründen, daß ein Teil der Untersuchungsgruppe, - diejenigen der Kaiserreich- und Weimarer-Generation - sich zum ersten Mal nach 1945 parteipolitisch engagierten und diese Personengruppe sich nach 1945 in bereits fortgeschrittenem Lebensalter sowie einer stabilen Berufsphase ("während der weiteren Berufskarriere") befand. Bezogen auf die vier gebildeten Generationstypen ist jedoch erkennbar und steht nur in scheinbarem Gegensatz zum oben aufgeführten Ergebnis, daß die Angehörigen der jüngeren Generationen sich vergleichsweise früher dazu

entschlossen, nicht nur allgemein politisch aktiv zu werden, sondern sich auch parteipolitisch aktiv zu betätigen. Parallel dazu verläuft eine Tendenz der Verjüngung des landespolitischen Führungspersonals: Auf die vier Generationstypen bezogen, sinkt das Durchschnittsalter bei erstem Einzug in das Landeskabinett von 55 Jahre über 49, 43 auf 38 Jahre.

Unterschiedlich ausgeprägt war bei den vier Generationen nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches die Beitrittsmotivation: Je älter die Generationen waren, desto unmittelbarer gingen sie nach dem 2. Weltkrieg daran, die Parteien nach 1945 in Deutschland wieder neu aufzubauen. Da ein Teil der Weimarer Parteien nach 1945 nicht wieder gegründet wurde, sind Parteiwechsel, wie geschildert, zu einem großen Teil strukturell bedingt. Andererseits konnten auch z.T. mehrfache - persönlich motivierte - politische Umorientierungen der politischen Führungsgruppen der Bundesländer ermittelt werden, die ihren Niederschlag in mehrfachen Parteiwechseln zeigten. Systembedingt steigt bei den jüngeren Generationen der Anteil derjenigen mit nur einem Parteibeitritt. Auch hinsichtlich des innerparteilichen Karriereverlaufs nach 1945 sind generationsbedingte Differenzierungen festzustellen. Bei der jüngeren Generation ist eine Abnahme der exklusiven innerparteilichen Karriereverläufe nach 1945 zu beobachten, andererseits ist feststellbar, dass es Teilen der ältesten Generation und auch der jüngsten Generation gelungen ist, ohne innerparteiliche Positionssequenzen in politische Exekutivämter aufzusteigen.

Unter dem Erkenntnis-Interesse, ob eine zunehmende Professionalisierung politischen Führungspersonals zu beobachten ist, konnte für die vier gebildeten Generationen ermittelt werden, daß in zunehmendem Maße die Politiker der jüngeren Generationen sich zu hauptberuflich tätigen Berufspolitikern entwickeln. Der Beginn der berufspolitischen Phase verengt sich bei der jüngsten Generation auf den Altersabschnitt zwischen dem 35- und 41sten Lebensjahr, wobei die jüngste Generation damit erst Erfahrungen in einer privatberuflichen Karriere von einigen Jahren sammelt, bevor der Wechsel in die hauptberuflich politische Tätigkeit erfolgt. Im Gegensatz dazu konnte nämlich für die Kaiserreich- und Weimarer-Generation ermittelt werden, daß, wenn hauptberufliche politische Berufsphasen auftraten, diese nach dem Abschluß einer allgemeinbildenden Schule, während oder unmittelbar nach Ausbildungsende lagen und sich bei ihnen das Überwechseln in die hauptberufliche politische Betätigung ohne privatberufliche Qualifizierung vollzog. Mit der zunehmenden politischen Professionalisierung der jüngsten Generation einher geht eine Tendenz der Verjüngung bei der Bewerbung um öffentliche Wahlämter, beispielsweise um Landtagsmandate.

Die erfolgreiche Bewerbung um das erste öffentliche Wahlamt wird von der jüngsten Generation vergleichsweise auch in früheren Lebensabschnitten angestrebt: zwischen dem 25sten und 35sten Lebensjahr. Dagegen war sowohl die Kaiserreich-Generation als auch die Weimarer-Generation bereits überwiegend zwischen 29 und 36 Jahre bzw. zwischen 34 und 39 Jahre alt, als sie zum ersten Mal sich erfolgreich um ein öffentliches Mandat bewarb. Auch hinsichtlich der Einstellung zum - und dem konkreten

politischen und beruflichem Verhalten im Dritten Reich - eine Fragestellung, die sich nur für die Kaiserreich- und die Weimarer Generation ergibt - sind Unterschiedlichkeiten festzustellen: Die Kaiserreich-Generation war nicht nur weniger "NS-anfällig", sondern auch in stärkerem Maße gegnerschaftlich zum Nazi-Regime eingestellt, was sich durch konkrete Widerstandstätigkeit ausdrückte und u.a. durch ihr politisches Verhalten in Weimar zu erklären ist. An dieser Stelle soll wiederum darauf hingewiesen werden, daß spezifische empirische Ergebnisse nur im Zusammenhang einer longitudinalen Betrachtung der zurückliegenden Karrierephasen und ihres Wirkungszusammenhangs eine schlüssige Interpretation zulassen, da oftmals ein spezifisches Rollenverhalten die Resultante eines vorherigen Lebensabschnittes ist.

Die Weimarer Generation war zwar in gleichem Umfang wie die Kaiserreichgeneration in Weimar politisch exponiert - war aber dennoch bereit, sich mit dem NS-Regime zu arrangieren, nur 24 % dieser Generation zeigte definitiv gegnerschaftliches NS-Verhalten. Die beiden älteren Generationen - nach 1945 in vergleichsweise hohem Alter in die Elitepositionen gelangt - bleiben vergleichsweise auch länger im Ministeramt als die jüngeren. Da sich die durchschnittlichen Amtszeiten verringern, ist zunehmend personelle Rotation in den Kabinetten zu beobachten. Verharrungstendenzen-bedingt durch lange Amtszeiten gleicher Personengruppen - sind, wie weiter unten noch einmal zusammenfassend dargestellt wird, nicht zu beobachten.

Diese Ergebnisse sollten verdeutlichen, daß die nach 1945 in politische Führungsämter einziehenden Politiker unterschiedlicher Generationszugehörigkeit hinsichtlich spezifischer Merkmale differierten und sich - abgesehen von unterschiedlichen historischen Erfahrungen - durch voneinander abweichende Rekrutierungs- und Selektionsprozesse auszeichneten. Auch für künftige Elitestudien wird es weiterhin interessant sein, herauszuarbeiten, wann die letzten Weimeraner aus Führungsämtern von der nachfolgenden "NS-Generation" abgelöst wurden, und wann diese NS-Generation wiederum der Nachkriegsgeneration hat weichen müssen, wobei das Augenmerk bei diesen jüngeren Generationen nicht mehr auf der politischen Erfahrung vor 1933 und dem Verhalten im NS-Reich liegen wird. Nach wie vor aber wird zu fragen sein, worin sich einzelne Generationen unterscheiden, ob es generations-spezifisch unterschiedliche Typen von Elitemitgliedern gibt.

Eine Ergänzung und Absicherung der auf das Geburtsjahr bezogenen Generationen sollte die in der vorliegenden Studie vorgenommene zusätzliche Generationsaufteilung der Untersuchungsgruppe nach Ausbildungsgenerationen (Sozialisations-Generationen) sein. Die Zuordnung zu einer bestimmten Generation erfolgte danach, in welcher historischen Phase die Zeit der gesamten Ausbildung lag. Unterstellt wurde, daß in der Phase der Ausbildung - umfassend den Lebensabschnitt von Zeitpunkt des Schulbeginns bis zur Beendigung der Ausbildung, d.h. dem Zeitpunkt des Beginns der ersten hauptberuflichen Tätigkeit - wesentlich Einstellungen, Verhaltensnormen und späteres Rollenverhalten geprägt oder zumindest vorstrukturiert werden. Anhand dieser Orientierung konnte das vorliegende

Führungspersonal nach anderen Gesichtspunkten klassifiziert werden, die bei der auf das Geburtsjahr bezogenen Generationsklassifizierung nicht erfaßt werden konnten, da hierbei diejenigen mit einer Ausbildungsphase in einer historischen Epoche mit denjenigen in zwei bzw. drei Epochen in einer analytischen Gruppe zusammengefaßt wurden (z.B. Schulbeginn Ende des Kaiserreiches und Beendigung des Studiums im Dritten Reich).

Der überwiegende Teil der Mitglieder der Länderregierungen absolvierte seine Ausbildung in mindestens zwei bzw. drei historischen Phasen, einige jedoch ausschließlich in einer Phase. Letztere verhielten sich bezüglich des ersten Parteibeitritts, und ihrer Einstellung zum NS-Regimes anders als diejenigen mit "gebrochener" Ausbildungsphase, wie empirisch aufgezeigt wurde.

Der Umbruch 1918/19 hat stimulierend auf Parteibeitritte gewirkt, was auch für den Systembruch 1945 festgestellt werden konnte. Politische Umbruchphasen bewirken die Mobilisierung von politischen Aktivitäten, dies konnte durch die dritte Generationsklassifizierung, die nach dem Beginn möglicher politischer Aktivität vorgenommen wurde, bestätigt werden: Im Kaiserreich begonnene politische Aktivitäten werden über den Systemwechsel vom Kaiserreich zur Weimarer Republik kontinuierlich fortgesetzt, zugleich hat der Wechsel zusätzlich politische Aktivitäten bei bis zu diesem Zeitpunkt politisch Inaktiven mobilisiert. Diese Generationsklassifizierung nach dem Beginn möglicher politischer Aktivitäten gestattete eine Erfassung von kontinuierlichen oder "gebrochenen" politischen Aktivitätsphasen über Systemwechsel hinweg. Es zeigte sich einerseits, daß diejenigen mit NS-Aktivitäten bereits einer politischen Betätigung in Weimar

nachgingen und andererseits, wie sich der Systemwechsel 1933 auf die politischen Karrieren der beiden älteren Generationen auswirkte: Über 90 % müssen die politische Arbeit einstellen, die teilweise schon im Kaiserreich begonnen wurde. Auch hier konnte ein Ergebnis zum Verhalten gegenüber den Nationalsozialisten erzielt werden: je länger sie bereits vor 1933 politisch aktiv waren, desto weniger "NS-anfällig" sind die Landesminister gewesen. Politisches Verhalten in Weimar und im Dritten Reich wiederum hat Auswirkungen auf die Kriegsteilnahme am Zweiten Weltkrieg gehabt: Der Grad der Kriegsteilnahme ist dem der politischen Aktivität in Weimar umgekehrt proportional.

Die in Weimar unpolitischen Untersuchungspersonen zeigten auch im Dritten Reich einen geringeren Grad an gegnerschaftlichem Verhalten als die in Weimar Aktiven, der Wechsel 1933 hat nur in geringen Umfang politische Aktivitäten geweckt, in weitaus stärkerem Maße führt dieser Wechsel zur Beendigung politischer Karrieren.

Die erste zentrale Problemdimension ging von der komplexen Fragestellung nach dem Grad der Offenheit des politischen Selektionssystems aus: es sollte ermittelt werden, welche Sozialgruppen in den politischen Führungsgremien der Bundesländer repräsentiert werden, welche soziale-ökonomische Herkunft das Führungspersonal besitzt, welche Sozialgruppen überrepräsentiert und welche ggf. aus dem politischen Rekrutierungs- und Selektionsprozeß herausfallen. Das erhobene Material gestattete darüber hinaus noch Aussagen über die Rolle und Funktion des Elternhauses als eines wesentlichen Sozialisationsfaktors: Es konnte untersucht werden, inwieweit

sich das sozio-ökonomische Niveau des Elternhauses auf Ausbildungsgang und Ausbildungsniveau auswirkte. Ein zweiter Aspekt war die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Elternhaus und Art, Richtung und Zeitpunkt des parteipolitischen Engagements der nachfolgenden Generation. Dabei konnten parteispezifische Unterschiede herausgearbeitet werden: Es wurde deutlich, daß Zusammenhänge zwischen Milieu des Elternhauses und der parteipolitischen Orientierung der Untersuchungspersonen bestehen. Als ein Aspekt der Problematik der innerparteilichen Demokratie wurde sichtbar, in welchem Umfang in den westdeutschen Parteien die Angehörigen verschiedener Sozialgruppen unterschiedliche Aufstiegschancen besitzen.

Aus den Ergebnissen wird deutlich, daß nur außerordentlich wenigen der soziale Aufstieg aus vergleichsweise ungünstigen Startvoraussetzungen gelungen ist: nur 17,6 % der westdeutschen Landesminister entstammen Arbeiterfamilien; im Vergleich zu Ergebnissen anderer Studien, wie geschildert, ein überdurchschnittlicher Anteil. Der öffentliche Dienst, der industrielle- und der landwirtschaftliche Sektor sind die drei Berufssektoren, in denen die Väter der Mitglieder der Kabinette beruflich tätig waren.

Das soziale Milieu des Elternhauses hat entscheidend sowohl die Art als auch den Ausbildungsgrad und -Abschluß der nachfolgenden Generation geprägt. Rd. 80 % der aus den beiden unteren Schichten¹ stammenden Minister haben keine akademische Ausbildung. Auch eine Analyse der "flexiblen" bzw. "exklusiven" Ausbildungswerdegänge gestattete Rückschlüsse auf die soziale Lage des Elternhauses: je niedriger das sozio-ökonomische Milieu des

Elternhauses war, desto höher war der Anteil an flexiblen - oft nicht abgeschlossenen - Ausbildungswerdegängen. Entsprechend steigt der Anteil der exklusiven Ausbildungen (überwiegend akademischen) mit höherer Schichtzugehörigkeit des Elternhauses: 86 % der aus Beamtenhaushalten stammenden Politiker berichten über exklusive Werdegänge. Akademisch gebildete Minister - die überwiegende Mehrheit - kommen fast ausschließlich aus den oberen Gesellschaftsschichten, weniger als 5 % der Akademiker hatten Väter, die im Berufstatus eines Facharbeiters standen.

Die sozio-ökonomische Herkunft hat jedoch nicht nur ihren unmittelbaren Einfluß auf das Ausbildungsniveau gehabt, sondern auch auf den Zeitpunkt des Beginns politischer Aktivität. Auch hier konnten wesentliche Zusammenhänge verdeutlicht werden: Je niedriger der level des Elternhauses war, desto eher neigten die Söhne zu einem frühen noch während der Schulzeit bzw. Ausbildungsphase liegenden politischen Engagement. Je höher die Väter der Minister in der Berufshierarchie einzuordnen waren, desto später entwickelten die Landesminister politische Aktivitäten, da hier wiederum die Priorität auf der vorherigen Beendigung der akademischen Ausbildung lag. Minister aus Beamten- und Unternehmerfamilien, die ein hohes Ausbildungsniveau besitzen, sind erst während ihrer beruflichen Laufbahn parteipolitisch aktiv geworden. Diese Angaben bezogen sich auf den Zeitpunkt des Beginns politischer Aktivität. Aber auch auf die politische Ausrichtung der nachfolgenden Generation scheint das soziale Milieu des Elternhauses sich ausgewirkt zu haben. Den Weg in die CDU nach 1945 fanden vor allem die aus Selbständigen- bzw. Beamtenfamilien stammenden Kabinettsmitglieder (78,2 % aller CDU-Minister kamen aus solchen Familien), bei den CSU-Ministern betrug dieser Anteil

75 %, bei denen der SPD 46 % und bei den Kabinettsmitgliedern der FDP 90 %. Während von den späteren FDP-Landesministern keiner angab, aus einer "Arbeiterfamilie" zu stammen, berichteten 39 % der späteren SPD-Minister über dieses Herkunftsmilieu. Die SPD weist damit deutlich im Verhältnis zu den anderen Parteien den höchsten Anteil an Ministern mit Herkunft aus den unteren Schichten auf, während die FDP in den Länderexekutiven fast ausschließlich durch Politiker mit Herkunft aus den beiden oberen Schichten repräsentiert wird.

Es sollte verdeutlicht werden, welche Interdependenz zwischen dem sozialen Milieu des Elternhauses, der Art der Ausbildung und dem Zeitpunkt des Beginns politischer Aktivität sowie der, z.T. durch die Herkunft beeinflussten, parteipolitische Ausrichtung der nachfolgenden Generation besteht. Eine isolierte Analyse der einzelnen Merkmale hätte nur statistischen Wert, da nicht die jeweiligen kausalen und zeitlichen Zusammenhänge zwischen Herkunft, Ausbildung und politischer Rekrutierung erfaßt werden können. Der Einfluß der Art des schulischen Abschlusses auf den weiteren Ausbildungsgang und die Relevanz des Ausbildungssystems für die daran anschließende Berufskarriere und den politischen Rekrutierungs- und Selektionsprozeß soll im folgenden Abschnitt noch einmal dargestellt werden.

Das vom Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung abweichende hohe Ausbildungsniveau der politischen Führungselite der Länder wurde - in Übereinstimmung zu Untersuchungsergebnissen von Analysen anderer Funktionselitensichtbar: Je höher der Grad des Schulabschlusses war, desto

stärker schlugen die Minister einen exklusiven (akademischen) weiteren Ausbildungsweg ein. Der Abschluß der weiteren Ausbildung ist seinerseits wieder in Zusammenhang zu sehen mit dem Grad des schulischen Abschlusses: mit zunehmenden höherem Schulniveau (Abitur) sinkt der Anteil derer, die ihre weitere Ausbildung nicht abgeschlossen haben. Der Teil der Untersuchungsgruppe, der keine akademische Ausbildung besitzt, qualifizierte sich für die Berufskarrieren durch eine Lehre, den Besuch von Fachschulen oder eine sonstige Ausbildung. Minister mit einer nichtakademischen Ausbildung ohne Abschluß bilden die Ausnahme.

Bei den akademischen Ausbildungen dominiert auch in den Regierungen der Bundesländer die Gruppe der juristisch gebildeten Politiker; ebenfalls stark vertreten sind Minister mit volkswirtschaftlicher Qualifikation. Knapp 45 % der Akademiker haben zwei oder mehr Fächer studiert. Die Akademisierung, die schon bei den ersten Kabinetten nach 1945 festgestellt werden konnte, hat sich nicht nur stabilisiert, sondern sogar noch erhöht. Unverändert hoch ist auch der Anteil derer, die ihre akademische Ausbildung mit dem Erwerb des Doktorgrades beenden. Bereits während der nachschulischen Ausbildungsphase werden - wie detailliert geschildert wurde - soziale und politische Aktivitäten entwickelt und bei einigen beginnt konkret durch Parteibeitritt der politische Werdegang. Eine Analyse der Aktivitäten ergab, daß sich die politische Elite der Bundesländer durch einen hohen Aktivitätsgrad einerseits, durch ein Engagement überwiegend in politisch "links-stehenden" Organisationen und durch starke innerverbandliche Aktivitäten andererseits

(mehrfache Funktionen in unterschiedlichen Vereinigungen) auszeichnet. Dabei wurden die Aktivitäten in vorwiegend Parteien nahestehenden Organisationen ausgeübt.

Das steigende Ausbildungsniveau konnte mittels einer Aufgliederung der Erhebungsgruppe nach Ausbildungsgenerationen nachgewiesen werden, auch weitere Aufschlüsselungen bestätigten das steigende Ausbildungsniveau der westdeutschen Länderelite. Wie schon bei den Analysen generationenspezifischen Verhaltens verdeutlicht, wurde sichtbar, daß Ausbildungsunterbrechungen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, durch systembedingte, objektive Ereignisse ausgelöst wurden.

Die Frage nach der Bildungsqualifikation politischen Führungspersonals wurde im Zusammenhang mit der fachlichen Spezialisierung bzw. der umfassenden Problematik des Einrückens von Fachleuten in politische Exekutivämter betrachtet. Waren die Landesminister bereits seit ihrer Ausbildungsphase, die sie fachlich für ein bestimmtes Tätigkeitsfeld spezialisierte, durchgehend während ihrer vorpolitischen Laufbahn immer in einem Tätigkeitsfeld oder Fachgebiet tätig und setzten sie diese langjährige fachliche Spezialisierung in der politischen Exekutive fort? Eine fachspezifische Konstanz ist bei denjenigen, die im Rahmen einer flexiblen oder exklusiven Ausbildung einen Universitätsabschluß besitzen, am größten, hier waren die meisten Fälle von Identität zwischen der Ausbildungsrichtung, beruflicher Betätigung und politischem Exekutivamt zu beobachten. Eine akademische Ausbildung hat in weitaus größerem Umfang

dazu beigetragen, daß Personen auch im beruflichen Werdegang sich weiterhin spezialisierten, damit Experten für ein bestimmtes Sachgebiet wurden und - nach politischer Qualifizierung in Partei und/oder Parlament - auch in der Regierung mit dem Fachressort vertraut wurden, auf dessen Gebiet sie als langjährige Experten galten. Unterschiede ergaben sich zwischen Akademikern und Nichtakademikern hinsichtlich der Lebensphase des Beginns politischer Aktivität. Dabei war zu beachten, daß diejenigen, die nach der Volksschule eine Ausbildung beginnen, rein altersmäßig noch nicht in einer politischen Partei aktiv werden konnten.

Weiterhin war zu berücksichtigen, daß die gesamte akademische Ausbildungsphase in der Regel einen längeren Zeitraum als eine nichtakademische Ausbildung umfaßte, so daß, gemessen am Lebensabschnitt des Beginns politischer Aktivität (vor oder nach Eintritt in die Berufskarriere), hier schon aus Altersgründen unterschiedliche Ausgangssituationen bestanden. Bei der Analyse des konkreten Zeitpunktes des ersten Parteibeitritts wurde dies sehr deutlich: es treten zwar prozentual erheblich mehr derjenigen mit exklusiv-akademischer Ausbildung während der Schul-Ausbildungszeit Parteien bei (32 %) als derjenigen mit exklusiv nichtakademischer Ausbildung (13 %), jedoch auf das Lebensalter bezogen haben sich Akademiker später in den Parteien engagiert. Andererseits konnte festgestellt werden, daß Minister mit flexibler Ausbildung ohne einen Universitätsbesuch schon in sehr frühen Lebensabschnitten (z.T. noch während dieser flexiblen Ausbildung) begannen, politisch aktiv zu werden. Dabei war nicht zu eruieren, in wie vielen Fällen das politische Engagement zum flexiblen Ausbildungswerdegang führte. Die

Studienphase als Lebensabschnitt des Beginns politischer Aktivität hatte unterschiedlichen Stellenwert: War die Ausbildung exklusiv-akademisch, bestand eher die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren als bei einer flexiblen-akademischen Ausbildung. 75 % aller Nichtakademiker sind nach Ausbildungsende in den politischen Parteien aktiv geworden. Ausbildungsabbrüche haben insbesondere bei denjenigen zu frühen politischen Engagement geführt, die eine nicht-akademische Ausbildung besitzen.

Der Abbruch der nichtakademischen Ausbildung und der Beginn politischer Aktivitäten während dieser Zeit sind in engem Zusammenhang zu sehen, Ursache und Folgen sind nicht eindeutig zu trennen. Wenn politische Aktivitäten bereits während der Schulzeit ausgeübt wurden, so handelte es sich - was auch altersbedingt war - um Absolventen höherer Schulen.

Auch hinsichtlich des politischen Selektionsprozesses in Parteien und Parlamenten konnten die Analysen der Bildungsqualifikation Aufschlüsse geben. Akademiker sind durchschnittlich bei erstem Parteibeitritt zwar älter als Nichtakademiker (unabhängig davon, ob es sich um exklusive oder flexible Ausbildungen handelte), sie haben dagegen schnellere innerparteiliche Karrieren aufzuweisen. Die akademische Ausbildung ist ein wesentlicher Karrierefaktor, **der** vergleichsweise zügigere Aufstiegsprozesse ermöglicht. Dies wird auch sichtbar, wenn man die Bildungsqualifikation und den Zeitpunkt der Bewerbung um öffentliche Mandate in Beziehung setzt. Akademiker sind zwar noch etwas älter, wenn sie das erste Mal in ein Landtagsmandat gewählt werden, aber durchschnittlich

gelangen sie nach kürzerer innerparteilicher Bewährungszeit in Landtagsmandate. Die gleiche Tendenz ist für den Zusammenhang zwischen akademischer Ausbildung und Selektionsprozessen innerhalb parlamentarischer Gremien - wie dem Landtag - zu beobachten: Nichtakademiker brauchten vergleichsweise eine längere Zeit um ministrabel zu werden.

Die Bildungsqualifikation ist eine wesentliche Komponente, die die sukzessive politische Qualifizierung in Parteien und Parlamenten beeinflusst. Die Karrierechancen der Akademiker sind gegenüber Nichtakademikern erheblich besser. Gegenüber den Nichtakademikern, die ihre Ausbildung ordentlich abschlossen, sind wiederum die benachteiligt, die keinen Ausbildungsabschluß besitzen, diese haben vergleichsweise erheblich längere Qualifizierungszeiten in Parteien und Parlamenten gemeinsam. Diese empirischen Ergebnisse sollten die Bedeutung der Bildungsqualifikation für den Rekrutierungs- und Selektionsprozeß in der Bundesrepublik verdeutlichen.

Ein weiterer zentraler Untersuchungsaspekt war die Frage nach der spezifischen Situation zu dem Zeitpunkt, an dem sich die Mitglieder der ausgewählten Funktionsgruppe das erste Mal zum Beitritt in eine politische Partei entschlossen. Die Untersuchung des Beginns der politischen Rekrutierung mußte verschiedene Faktoren berücksichtigen, so z.B. die unterschiedlichen Systemphasen und Lebensabschnitte, in denen der erste Parteibeitritt lag. Wie geschildert, wird im Rahmen der Eliteforschung diesem Zeitpunkt des Beginns parteipolitischer Aktivität besondere Bedeutung zugemessen. Unabhängig von systembedingten Umständen konnte ermittelt werden, daß mit zunehmender

Dauer der Parteizugehörigkeit die Bereitschaft und Neigung, die Partei zu wechseln, sinkt. Parteibeitritte, die während der Schulzeit vollzogen wurden, haben sich als außerordentlich konstant erwiesen, während Beitritte, die während der Ausbildung oder zu Beginn der Berufskarriere lagen, sich als verhältnismäßig instabil zeigten. Früh entwickelte soziale Aktivitäten in Verbänden, Vereinen oder Gewerkschaften haben ebenfalls frühe Parteibeitritte bewirkt. Der Zeitpunkt des Beitritts hat seinerseits wiederum Auswirkungen auf den innerparteilichen Karriereverlauf: je früher der Entschluß gefaßt wird, desto häufiger sind sukzessive oder parallele innerparteiliche Werdegänge zu beobachten, mit zunehmendem Beitrittsalter steigt auch der Anteil derer mit exklusiven innerparteilichen Positionssequenzen. Im Vergleich zum Parteibeitritt im Kaiserreich haben sich die Beitritte während der Weimarer Republik als instabil erwiesen, wobei 1933 für beide Generationen die gleiche Ausgangslage (ebenso wie nach 1945) bestand. Für Weimar und das Nachkriegsdeutschland war zu beobachten, daß insbesondere die unmittelbare Phase (die ersten beiden Jahre) nach dem Systemwechsel die Zeitpunkte waren, in dem die Untersuchungspersonen sich Parteien anschlossen.

Auch der Beginn der hauptberuflich politischen Laufbahn läßt sich u.a. auf den Zeitpunkt des ersten Parteibeitritts zurückführen: je jünger die Politiker beim Parteibeitritt waren, desto jünger sind sie auch, als sie Berufspolitiker werden. Andererseits verringern sich die politischen Qualifizierungszeiten: je später der Parteibeitritt erfolgte, desto kürzer wird die Zeit zwischen Parteibeitritt und Beginn der hauptberuflichen Karriere, die innerparteiliche Bewährungsphase und Probezeit wird dann erheblich kürzer.

Für die nach 1945 erfolgten Parteibeiträge war zu beobachten, daß in der Gründungsphase des Parteiensystems (die Zeit 1945-1949) die Beiträge in einem vergleichsweise späteren Lebensabschnitt erfolgten: die seit 1950 beigetretenen jüngeren Minister treten kontinuierlich zunehmend wieder in früheren Lebensabschnitten den Parteien bei, schwerpunktmäßig scheint sich die Ausbildungsphase bzw. die frühe Berufsphase als Zeitpunkt des Parteibeitritts zu entwickeln.

Die politische Vergangenheit des Führungspersonals der Bundesrepublik, speziell die NS-Vergangenheit von Politikern, stand in vielen Studien im Mittelpunkt der Forschungsinteressen. Wie anhand der vorliegenden Elitegruppe zu zeigen versucht wurde, kann jedoch eine spezifische NS-Einstellung (positives oder gegnerschaftliches Verhalten zum Dritten Reich) nur erfaßt und begründet werden, wenn man die politischen Rollen des Führungspersonals in der geschichtlichen Phase zuvor, der Weimarer Republik, mit in die Untersuchung einbezieht, da Interdependenzen zwischen spezifisch politischem Verhalten in Weimar und im Dritten Reich ermittelt werden konnten.

Über die Hälfte der westdeutschen Landesminister war bereits in Weimar parteipolitisch aktiv, rd. 1/3 verfügt über Erfahrungen in öffentlichen Wahlämtern, d.h., daß über die Hälfte derjenigen mit Parteiaktivitäten darüber hinaus zugleich Mandate in Legislativen- oder Exekutivgremien der Weimarer Republik wahrnahmen. Dabei war ein ungewöhnlich hoher Aktivitätsgrad zu beobachten: oftmals wurden in bis zu drei verschiedenen parlamentarischen Gremien unterschiedlicher Organisationsebenen Funktionen wahrgenommen. Das parteiliche Engagement wurde ganz

überwiegend in "links von der Mitte" angesiedelten Parteien wahrgenommen; schon darin liegt begründet, daß gerade dieser Personenkreis im Dritten Reich außerordentliche Einbußen im persönlichen Lebensbereich und im beruflichen sowie politischen Werdegang hinnehmen mußte. Die in Parteien und Parlamenten in Weimar Aktiven sind es dann auch ganz überwiegend, die sich aktiv am Widerstand gegen das Nazi-Regime beteiligten.

Der Systemwechsel 1918/1919 hat kaum partei- und parlamentarisch-politische Karrieren, die bereits im Kaiserreich gestartet wurden, beeinflußt. Dieser Systembruch hat im Gegenteil dazu geführt, daß vor 1918 begonnene politische Aktivitäten in verstärktem Umfang nach 1919 wahrgenommen und intensiviert wurden. 1933 ist dann für diesen Personenkreis nicht nur die politische, sondern auch die berufliche Karriere beendet.

Ein Teil der vor 1933 parteipolitisch Aktiven wechselt innerhalb des linken Parteienspektrums: lag der erste Parteibeitritt bereits vor 1918, waren Parteiwechsel (z.T. systembedingt, da nicht alle Parteien des Kaiserreichs nach 1919 weiter existierten) in Weimar zu beobachten. Die SPD und das Zentrum waren die hauptsächlichen politischen Organisationen, in denen die Parteikarrieren der westdeutschen Minister in Weimar gestartet wurden. Wenn sich nach 1945 gegenüber dem Parteiengagement in Weimar parteipolitischer Richtungswechsel vollzog, war ein Wechsel des politischen Lagers von rechts nach links etwa doppelt so oft zu beobachten wie umgekehrt. Das bewußte Miterleben des Faschismus in Deutschland von 1933-1945 scheint hier ein wesentlicher auslösender Faktor gewesen zu sein.

Liegt der Beginn politischer Aktivitäten bereits im Kaiserreich oder in Weimar, so hat dies jedoch nicht nur unmittelbare Folgewirkungen auf die Lebenssituation dieser politisch Aktiven im Dritten Reich gehabt, sondern auch Auswirkungen auf die politische Nachkriegskarriere. Diese Personen mit politischer Vergangenheit zeichnen sich durch ungewöhnlich schnell verlaufende innerparteiliche Karrieren (Aufstiegsprozesse) aus, je länger bereits die Aktivität vor 1933 andauerte. Es gelingt diesen Personenkreisen mit "demokratisch"-politischer Vergangenheit, nach 1945 z.T. direkt in die Landes- und Bundesgremien ihrer Parteien einzuziehen: ihre Karrieren sind - unmittelbar nach 1945 beginnend - als "Blitzkarrieren" zu bezeichnen.

Wie weiter oben detaillierter ausgeführt, hat die Errichtung des Dritten Reiches in unterschiedlicher Intensität die beruflichen und politischen Werdegänge eines Teils der Untersuchungsgruppe tangiert: Die Personen, die bereits im Kaiserreich politische Aktivitäten entwickelten, mußten die härtesten persönlichen Einbußen nach 1933 hinnehmen. Vergleicht man die Kaiserreich-Generation mit der der Weimarer; so hat sich die Kaiserreich-Generation als weniger "NS-anfällig" erwiesen, dies wird am Grad der gegnerschaftlichen NS-Aktivitäten ebenso deutlich wie an der Tatsache des Abbruchs der privatberuflichen Karriere. Auch unter den Emigranten sind fast ausschließlich solche Personen, die zur Kaiserreich-Generation zu zählen sind. Je länger demnach bereits politische Aktivitäten vor 1933 ausgeübt wurden, desto stärker war die persönliche Abneigung gegen das NS-Regime und dementsprechend wurden gegnerschaftliche

Aktivitäten entwickelt. Ebenfalls ist ein Zusammenhang zwischen dem politischen Aktivitätsgrad in Weimar und dem Grad der gegnerschaftlichen NS-Einstellung zu beobachten: Mit zunehmender Intensität des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten steigt auch der Grad der Beeinträchtigung der privatberuflichen Karriere; wobei auch diese beiden Faktoren hinsichtlich der Beziehung zwischen Ursache und Folgewirkungen (was bedingt das jeweilige Verhalten?) nicht in allen Fällen geklärt werden konnte. Diejenigen mit parteipolitischen Erfahrungen vor 1933, die fast alle ihre berufliche Laufbahn im Dritten Reich beenden mußten, engagieren sich nach 1945 fast alle entweder in der gleichen Partei, der sie vor der Errichtung des Dritten Reiches angehörten oder in ähnlich ausgerichteten Parteien. Diejenigen, die - aus unterschiedlichen Gründen - im Dritten Reich ihre Berufskarriere fortsetzen konnten, zeigen nach 1945 nicht diesen hohen Grad der Parteibindung bzw. Parteidentifikation.

Unterbrechungen oder Abbrüche der Berufskarrieren lagen zumeist gleich nach Errichtung des Dritten Reiches; unmittelbar anschließend sind dann auch in den meisten Fällen Widerstands-Aktivitäten zu beobachten. Die spezifische Anti-NS-Einstellung findet ihren Niederschlag im Grad der Teilnahme am zweiten Weltkrieg: Entweder waren die NS-Gegner inhaftiert und konnten nicht aktiv am 2. Weltkrieg teilnehmen oder sie wurden offenbar als unzuverlässig eingestuft und verbrachten die Kriegsjahre nicht an der Front.

Auch bei denjenigen, die sich durch eine Emigration dem Zugriff der Nationalsozialisten entzogen, liegen sowohl politische Aktivitäten aus Weimar vor, als auch unterbrochene berufliche Werdegänge im Dritten Reich. Über die Hälfte der Emigranten entwickelte in der Emigration politische Aktivitäten gegen das NS-Reich; sie treten alle unmittelbar im Anschluß an die Rückkehr nach Deutschland nach 1945 den neugegründeten Parteien bei und beteiligen sich direkt am Wiederaufbau der Demokratie.

Bei diesem Personenkreis ist nach 1945 kein Parteiwechsel festzustellen. Überdurchschnittlich lange waren die Emigrierten wiederum bereits vor 1933 aktiv, ihre parteipolitischen Erfahrungen reichten zumeist bis ins Kaiserreich zurück. Die Parteibeiträge nach 1945 der im NS-Reich in ihrer beruflichen Laufbahn persönlich betroffenen zeichnen sich durch eine ungewöhnliche Stabilität aus: die Beiträge - die unmittelbar nach Kriegsende liegen - sind endgültige Beiträge, ein Parteiwechsel nach 1945 ist für diesen Personenkreis nicht zu beobachten.

Ein spezifisch positives bzw. negatives NS-Verhalten war in einigen Fällen auch auf die Art und Stellung der beruflichen Tätigkeit im Dritten Reich zurückzuführen, die ihrerseits wieder mit einer spezifischen Ausbildung zusammenhing. Akademiker, die nach dem Ausbildungsabschluß ihre berufliche Karriere im Öffentlichen Dienst machten, sind weit weniger von beruflichen Karrierebeeinträchtigungen betroffen als diejenigen, die außerhalb des Öffentlichen Dienstes beruflich tätig waren. Unabhängig davon, daß der Personenkreis des Öffentlichen Dienstes stärker

dazu neigte, sich zumindest mit den Nationalsozialisten zu arrangieren, tendierten ganz generell Akademiker eher zu einem positiv-indifferenten NS-Verhalten: Diejenigen mit vergleichsweise niedrigerem Ausbildungsniveau waren in sehr starkem Umfang gegnerschaftlich zum NS-Regime eingestellt, mußten erhebliche Einbußen im privatberuflichen Werdegang hinnehmen und entwickelten überdurchschnittlich häufig und intensiv Widerstandsaktivitäten. Kontinuierliche Berufskarrieren waren - wie nicht anders zu erwarten - bei denjenigen zu beobachten, die ein positives NS-Verhalten zeigten bzw. sich positiv-indifferent verhielten, hier waren sogar berufliche Aufstiegsprozesse zu beobachten. Auch bei diesem Personenkreis korreliert wiederum das politische Verhalten vor 1933 mit dem spezifischen NS-Verhalten: Diese Untersuchungspersonen verhielten sich weitestgehend politisch abstinente in der Weimarer Republik.

In diesem Zusammenhang soll kurz die Personengruppe der nicht-gegnerschaftlich zum NS-Reich eingestellten Personen beleuchtet und analysiert werden, wobei als zentraler Untersuchungsaspekt deren politisches Verhalten nach 1945 im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses stand. NS-Aktive traten nach 1945 im Vergleich zu den indifferent-positiven erst zu späteren Zeitpunkten den Nachkriegsparteien bei, was z.T. strukturell bedingt war, da ihre Parteien, in denen sie sich zum ersten Mal nach 1945 engagierten, erst später gegründet wurden. Unabhängig von diesem Tatbestand war zu beobachten, daß NS-Aktive eine gewisse "Anstandsfrist" verstreichen ließen, bevor sie sich in den Nachkriegsparteien engagierten, während die indifferent-positiven kein von den anderen erheblich abweichendes Beitrittsverhalten nach 1945 zeigten. Wie schon oben ausgeführt, rekrutierten sich die

NS-Aktiven überwiegend aus vor 1933 politisch Inaktiven, bzw. erheblich stärker aus denjenigen, die zum ersten Mal in Weimar parteipolitisch aktiv wurden, als aus denjenigen, deren erstes parteipolitisches Engagement im Kaiserreich lag. War eine ungewöhnlich geringe aktive Kriegsteilnahme zwischen 1939 und 1945 bei den NS-Gegnern festzustellen, zeichnen sich die NS-Aktiven durch einen hohen Anteil an aktiven Kriegsteilnehmern aus, die bis in die höchsten militärischen Ränge aufstiegen.

Analysiert werden konnten die innerparteilichen und parlamentarischen Werdegänge nach 1945 sowohl der NS-Gegner, der NS-Aktiven bzw. positiv-indifferent eingestellten und derjenigen, die noch keinerlei politisches Verhalten (z.T. aus Altersgründen) im Dritten Reich zeigen konnten, wobei sich erhebliche Unterschiede ergaben: Die jüngeren ohne jegliche politische Vergangenheit haben vergleichsweise die längsten innerparteilichen Qualifizierungs- und Bewährungszeiten zu absolvieren. Aktives NS-Engagement scheint kein wesentlicher Faktor gewesen zu sein, der sich aufstiegshemmend oder -verzögernd ausgewirkt hat. NS-Gegner haben zwar, insbesondere wenn sie bereits über Erfahrungen in demokratischen Parteien und öffentlichen Wahlämtern in Weimar verfügten, teilweise Blitzkarrieren in die Führungsämter ihrer Parteien nach 1945 absolviert. Faßt man jedoch die gesamte Gruppe der gegnerschaftlich zum NS-Regime eingestellten zusammen und vergleicht sie mit den übrigen (Aktiven oder positiv-indifferent zum NS-Regime eingestellten), so zeigen sich nur geringe Unterschiede bezüglich des innerparteilichen Aufstiegs in den Nachkriegsparteien. In den Parteien, in denen sich die aktiven Nationalsozialisten nach 1945

engagierten, war die NS-Vergangenheit offenbar kein negativer Faktor, der zu längeren innerparteilichen Qualifizierungszeiten führte. Bis auf den BHE, in dem ehemalige NS-Aktive Blitzkarrieren bis in Landtagsmandate bzw. Regierungsämter absolvieren konnten, haben es die Parteien jedoch ganz allgemein vermieden, nicht nachweislich gegnerschaftlich eingestellte Personen, ehemalige Nationalsozialisten oder NS-Sympathisanten auch für öffentliche Wahlämter zu nominieren; hier haben diejenigen mit einer "untadeligen Vergangenheit" erhebliche Startvorteile gehabt und konnten nach vergleichsweise kürzeren innerparteilichen Bewährungszeiten in öffentliche Mandate einrücken. Dabei sind zwischen den Parteien jedoch erhebliche Unterschiede zu beobachten, wie die Analyse der Nachkriegskarrieren zeigte.

Diese Ergebnisse sollten verdeutlichen, in welchem Umfang die Faktoren der Elitebildung nach 1945 im Kontext zu den historischen Bedingungen gesehen werden müssen und daß berufliches und politisches Verhalten als miteinander verzahnt zu betrachten ist, so daß bestimmte für Elitemitglieder nach 1945 festgestellte Merkmale zu einem großen Teil nur longitudinal analysiert und bewertet werden können. Ein spezifisches Rollenverhalten nach 1945 ist ohne eine Analyse des Karriereverlaufs im Dritten Reich kaum hinreichend zu erklären, dieser wiederum hing in vielen Fällen von einem spezifischen Verhalten in der Weimarer Republik und im Kaiserreich ab. Ein bestimmtes Rollenverhalten in Weimar hatte jedoch nicht nur verschiedenartige Folgewirkungen für die politische Einstellung nach der Machtübernahme 1933, sondern fand auch seinen Niederschlag in der

Fortsetzung der politischen Karriere nach 1945. Demnach muß das Verhalten einer Personengruppe, die nach 1945 Führungsämter in der Bundesrepublik einnahm, sowohl retrospektiv als auch perspektiv gesehen werden.

Der privatberufliche Werdegang und seine Bedeutung für spezifisch politisches Verhalten ist bereits an einigen Punkten erwähnt worden, im folgenden werden noch einmal - auch unter dem Aspekt der Professionalisierung der Politik nach 1945 - die wichtigsten Ergebnisse der Analyse der privatberuflichen Karriere der Minister dargestellt und es wird auf Zusammenhänge zwischen Berufskarriere und politischer Laufbahn insbesondere nach 1945 hingewiesen.

Das Fehlen einer privatberuflichen Karriere ist sowohl bei einem Teil derjenigen zu beobachten, die Ausbildungsunterbrechungen (systembedingt oder persönlich motiviert) in Kauf nehmen mußten, als auch z.T. bei denjenigen, die ihre Ausbildung nicht beendeten; hier sind die ersten Berufspositionen bereits hauptberufliche politische Betätigungen. Ebenso war zu beobachten, daß frühe soziale oder politische Aktivitäten dazu führten, die politische Karriere noch vor oder parallel zur beruflichen Karriere zu starten. In der Lebensphase des Beginns einer privatberuflichen Karriere liegt zwar der Zeitpunkt, in dem der Parteibeitritt erfolgte, aber politische Karrieren werden in der Regel in dieser Phase nicht gestartet, die berufliche Konsolidierung hat hier eindeutig Priorität. Die beruflichen Rekrutierungsfelder der westdeutschen Länderregierungsmitglieder sind ganz überwiegend der Öffentliche Dienst (70 % haben Erfahrungen in Berufsrollen dieses Sektors), knapp 2/3

waren beruflich in der Freien Wirtschaft tätig. Es wird deutlich, daß die Führungselite der Bundesländer beruflich mobil ist, d.h., Erfahrungen in mehr als nur einem beruflichen Sektor sammelte. Auch hier muß darauf verwiesen werden, in welchem Umfang diese Tatsache wiederum systembedingt war: der berufliche Karrierestop im Dritten Reich hat in vielen Fällen einen beruflichen Wechsel zwangsweise bewirkt und u.U. längerfristig auf ein Tätigkeitsfeld geplante und ausgerichtete Berufskarrieren beendet.

Die Rolle der Gewerkschaften als berufliche Rekrutierungsfelder ist vergleichsweise gering, hierbei sind jedoch regional-bezogene Unterschiedlichkeiten zu bemerken. In Bundesländern mit hohem Anteil von SPD-Ministern sind häufiger ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre ins Landeskabinett gelangt. Bedeutsamer ist jedoch, daß - wie schon bei der Analyse des politischen Verhaltens in Weimar sichtbar wurde - knapp die Hälfte der Regierungsmitglieder vor erster Kabinettsberufung Erfahrungen in hauptberuflicher Wahrnehmung politischer Wahlämter besaß, d.h., zumindest für eine begrenzte Zeit hauptberuflich politisch tätig war. Diese Analyse der Erfahrungen in spezifischen Berufsfeldern konnte ergänzt werden durch die der Erfahrung in bestimmten Berufsrollen: Rd. jeder 5. Minister war zumindest für einen begrenzten Zeitraum selbständig rechtsberatend tätig, dies korrespondiert mit dem hohen Anteil der Untersuchungsgruppe, der über eine akademische juristische Ausbildung verfügt. Über 40 % waren zeitweilig vor der Kabinettsberufung selbständig tätig. Auch hier muß betont werden, daß es sich zu einem nicht

geringen Teil um unfreiwillige, selbständige berufliche Tätigkeiten während des Dritten Reiches handelte und wiederum wird deutlich, daß man diese statistischen Ergebnisse erst richtig bewerten kann, wenn man die jeweiligen, auch die Berufskarriere determinierenden Systembedingungen in die Auswertung miteinbezieht. Dies trifft ebenso für das Ergebnis zu, daß 22 % der Erhebungsgruppe berichten, im Status eines Arbeiters zeitweilig ihren Privatberuf ausgeübt zu haben. Detailliert konnten die auf den Verlauf der Berufskarriere einwirkenden Systemfaktoren herausgearbeitet werden, die zu diesem hohen Anteil an Untersuchungspersonen führten, die z.T. für längere Phasen Arbeiter waren.

Die beruflichen Werdegänge der untersuchten Elite-Mitglieder wurden jedoch nicht nur unter der Fragestellung der Erfahrung in spezifischen Berufsbereichen und Berufsrollen analysiert, konkret konnte ermittelt werden, was die unmittelbaren beruflichen Rekrutierungsfelder waren, aus den^{en} das Überwechseln (cross-over) in das Landeskabinett erfolgte. Über die Hälfte war bereits zum Zeitpunkt der ersten Berufung Berufspolitiker, dabei werden zwischen den Bundesländern erhebliche Unterschiede deutlich: Der Anteil derjenigen, die bereits bei erster Berufung Berufspolitiker waren, schwankt zwischen 37 % in Hamburg und 82 % in Hessen und Bayern. Über 90 % übten bei erster Kabinettsberufung nur eine hauptberufliche Tätigkeit aus; das politische Engagement vor Kabinettsernennung gestattet, wie weiter unten noch einmal zusammenfassend dargestellt wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, demnach in nur ganz wenigen Fällen die Ausübung mehrerer hauptberuflicher Berufsrollen. In allen

Bundesländern haben sich jedoch - wie geschildert - nur einige wenige berufliche Rekrutierungsfelder (private Wirtschaft, freie Berufe) neben dem hauptsächlich "berufspolitischen Feld" entwickelt. Aus einer unmittelbaren Verwaltungstätigkeit heraus ist nur in den wenigsten Fällen ein direktes Überwechseln in ein Landeskabinett zu beobachten. Diejenigen eingeschlossen, die bereits zum Zeitpunkt der ersten Ernennung Berufspolitiker waren, ist für die gesamte westdeutsche politische Führungselite der Bundesländer der Öffentliche Dienst zu knapp 2/3 das unmittelbare berufliche Rekrutierungsfeld, hauptberuflichen Partei- oder Gewerkschaftsangestellten ist ebenso nur in Ausnahmefällen der Sprung ins Kabinett gelungen, wie ein Überwechseln aus einer Berufsposition im "Arbeiterstatus" in ein Kabinett fast nie festzustellen war.

Zu rd. 1/3 erfolgte das cross-over in das Landeskabinett aus einer Berufstätigkeit, die außerhalb des Öffentlichen Dienstes lag. Ohne auf die Ergebnisse des Untersuchungsabschnittes "Kabinettsabgang" vorzugreifen, kann schon an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß der politische Sektor und der Öffentliche Dienst die beruflichen Auffangfelder für die Minister waren, denen nach einem vorübergehenden Ausscheiden es gelang, ins Kabinett zurückzukehren. In geringem Umfang wurden berufliche Tätigkeiten in dieser Phase der Unterbrechung der Kabinettszugehörigkeit in der privaten Wirtschaft und in freiberuflichen Rechtsanwaltstätigkeiten ausgeübt. Eine Entwicklung zum Verbleiben im engeren politischen Sektor und zu einer hauptberuflichen politischen Tätigkeit nach begrenztem Ausscheiden wird deutlich.

Von besonderem Interesse in der vorliegenden Studie war die Analyse der Funktionen der westdeutschen Parteien im Rekrutierungs- und Selektionsprozeß; dabei war eine primäre Zielsetzung, Differenzen zwischen den bundesrepublikanischen Parteien zu verdeutlichen. Der Parteibeitritt, die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, ist unumgängliche Voraussetzung für politische Karrieren in eine Landesregierung (nur zwei der 420 analysierten Politiker sind nicht politischen Parteien beigetreten). CDU, CSU, SPD und FDP stellten bis zum Ende des Untersuchungszeitraums knapp 90 % der westdeutschen Kabinettsmitglieder auf Landesebene. Damit wird die Stabilisierung und Reduzierung des bundesrepublikanischen Parteiensystems auf diese vier politischen Einfluß ausübenden Parteien deutlich.

In welchen unterschiedlichen Lebensabschnitten, in welchem Alter und mit welchen unterschiedlichen politischen Erfahrungen die Parteibeitritte nach 1945 erfolgten, ist bereits vielfach aufgezeigt worden. Auch sollte deutlich geworden sein, welche Faktoren u.a. den konkreten Parteibeitritt nach 1945 determiniert haben. Die Ausgangsbasis beim Beitritt nach 1945 war auch dadurch unterschiedlich, daß einige Minister zu den Parteigründungsmitgliedern zählten und andere erst nach Etablierung des Parteiensystems die Nachkriegsparteibeitritte vollzogen. Die Zugehörigkeit zur Gründungsgeneration wiederum wirkte sich aus auf den weiteren innerparteilichen Karriereweg und die Möglichkeit und Chancen der Übernahme öffentlicher Wahlämter. Soweit dies möglich war, wurden vor 1933 begonnene Parteiaktivitäten in der gleichen Partei, einer Nachfolgeorganisation oder in einer Partei ähnlicher politischer Richtung fortgesetzt. Ein deutlicher politischer Richtungswechsel war nur in wenigen Fällen zu

beobachten. Unterschiede wurden auch dann deutlich, wenn man die Untersuchungspersonen in die zwei analytischen Gruppen "mit" und "ohne" Parteierfahrung vor 1945 aufteilte: Diejenigen ohne parteipolitische Erfahrung oder NS-Belastung vor 1945 schlossen sich je nach Beitrittsalter unterschiedlichen Parteien an; die Jüngeren gehen in vergleichsweise "linkere" Parteien (vorwiegend in die SPD), mit steigendem Alter werden die Beitritte in die CDU und besonders die FDP vollzogen, dies wird ganz deutlich bei einer Aufschlüsselung der durchschnittlichen Beitrittsalter derjenigen mit erstem Parteibeitritt nach 1945 (z.B. SPD: 25 Jahre, FDP: 40 Jahre). Unterschiede zwischen den Parteien ergaben sich in Bezug auf die Dauer der innerparteilichen Aufstiegsprozesse: SPD und CSU haben vergleichsweise die längsten innerparteilichen Qualifizierungszeiten aufzuweisen. Die FDP dagegen bietet die beste Möglichkeit der Absolvierung sog. Blitzkarrieren.

NS-Aktive haben, im Vergleich zu denen, die erst nach 1945 parteipolitisch aktiv wurden, keine besonderen Bewährungszeiten in ihren Parteien absolvieren müssen, ihre innerparteiliche Aufstiegs geschwindigkeit ist nicht von der der übrigen Mitglieder abweichend. Sie absolvieren - schon altersbedingt - ebenso wie NS-Gegner überwiegend exklusive innerparteiliche Werdegänge, während die politisch Unbelasteten stärker über die Jugendorganisationen ihrer Parteien aufsteigen. Minister, die sich nach 1945 der KPD oder SPD (wieder-) anschlossen, konnten die größte Distanz zum Nationalsozialismus aufweisen. Neben dem BHE, in dem vorwiegend NS-Aktive oder auch indifferent-positive ihre neue politische Heimat fanden,

waren auch die DP und die FDP die bevorzugten Nachkriegsparteien derjenigen, die nicht aktiv gegen das NS-Regime agierten. Die NS-Gegner zeigten mit Abstand die größte Bereitschaft sofort am Beginn der Wiedererrichtung der Demokratie in Deutschland mitzuarbeiten: 85 % von ihnen treten noch 1945, weitere 9 % 1946 den Nachkriegsparteien bei; das gegnerschaftliche NS-Verhalten setzt sich in direktes parteipolitisches Engagement nach 1945 um. In diesem starken Maße sind die NS-Positiven bzw. die indifferent-positiven nicht in Gründungsfunktionen aktiv geworden. Es war zu beobachten, daß, je stärker die gegnerschaftliche Einstellung zum NS-Regime ausgeprägt war, d.h., je schwerer die persönlichen Einbußen waren, die zwischen 1933 und 1945 zu ertragen waren, desto stärker die Neigung war, nach 1945 sich der SPD (wieder-) anzuschließen. Je geringer der Grad der persönlichen Betroffenheit im Dritten Reich war, desto größer wurde die Neigung, sich den sog. bürgerlichen Parteien - auf dem "rechten" Flügel des Parteienspektrums - anzuschließen. Auch hier konnten wiederum kausale Zusammenhänge zum politischen Verhalten in Weimar hergestellt werden. Auch Emigranten finden vorwiegend nach 1945 den Weg in die SPD, sie gehören ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern, noch im Jahr der Rückkehr aus der Emigration erfolgt deren Parteibeitritt.

Der Grad der Stabilität des Parteibeitritts war abhängig u.a. von strukturellen Faktoren wie Organisationsgrad, regionaler Verbreitung und Existenzdauer der Parteien. Alle diejenigen, die nach 1945 den "Kleinparteien" beitraten, mußten zwangsläufig in den 50er Jahren bzw. Anfang der 60er Jahre die Partei wechseln, wogegen Parteiwechsel

aus den vier zur Zeit im Bundestag vertretenen Parteien vergleichsweise selten zu beobachten waren. Die Landesminister zeichnen sich allgemein durch einen hohen Grad an Parteitreu und -identifizierung aus. Ihre innerparteilichen Aufstiegsprozesse in den verschiedenen Parteien ließen sich den von D. Herzog entwickelten unterschiedlichen Typen² zuordnen. Karrieren der CSU-Minister verliefen in ihrer Partei zu rd. 20 % über die Jugendorganisation. Für die FDP war dieser Aufstiegsweg eine Ausnahme, zugleich war ein überdurchschnittlicher Anteil derjenigen festzustellen, die über keine Parteikarriere verfügten, während in der SPD nur weniger als 8 % unter Umgehung der innerparteilichen Qualifizierung in Parteiführungsgremien der Aufstieg in die politische Exekutive gelang.

Die analysierten Elitemitglieder hatten zu über 50 % Parteierfahrung in der Ausübung von Führungsämtern auf zwei bzw. drei verschiedenen Organisationsebenen (Bund, Land, Kommune); knapp die Hälfte der Landesminister besitzen Parteierfahrung aus Führungsämtern der Bundesebene, knapp 2/3 bekleideten Parteiämter in Landesführungsgremien. Die innerparteilichen Karrieren konnten sowohl daraufhin untersucht werden, wieviele Parteiämter eine Untersuchungsperson auf einer Parteiorganisationsebene bekleidete (Aspekt: Ämterkumulation) als auch danach, auf wievielen verschiedenen Organisationsebenen Parteierfahrung gesammelt wurde.

Parteikarrieremuster, die sich über Erfahrungen auf allen drei Organisationsebenen erstrecken, sind in etwa bei den Ministern von CDU, SPD und FDP gleich häufig anzutreffen. Bei SPD und FDP überwiegen aber Parteikarrieren, die sich nur über die Landes- und Bundesebene

erstrecken. Während bei CDU und FDP Parteikarriermuster auftraten, die ausschließlich die kommunale Ebene und die Landesebene umfaßten, waren unter den SPD-Ministern einige anzutreffen, die ausschließlich auf der Bundesebene ihrer Partei (z.B. in den Bundesfachausschüssen) verankert waren. Für die CSU gilt, daß in der Regel die kommunale- und die Landesebene während des innerparteilichen Karriereverlaufs tangiert wurden. Die Splitterparteien zeigten innerparteiliche Aufstiegsmuster, die sich über alle drei Ebenen erstreckten, wobei insbesondere die nationalen Führungsgremien dieser Parteien die innerparteilichen Bewährungsgremien waren, in denen die Führungsämter auch nach Einzug in die Landesexekutive weiterhin beibehalten wurden.

Unabhängig jedoch von der spezifischen Struktur der Partei und den Auswahlmechanismen, die von Partei zu Partei unterschiedliche innerparteiliche Aufstiegsprozesse ermöglichten, konnte ermittelt werden, daß, je früher der Entschluß zum Parteiengagement gefaßt wurde, desto häufiger sehr intensive, innerparteiliche Werdegänge zu beobachten waren. Auch diejenigen, die über die Jugendorganisationen ihrer Parteien aufstiegen, hatten sehr intensive, sich über verschiedene Organisationsebenen erstreckende Karrieren zu verzeichnen, was schon durch Satzungsbestimmungen begünstigt wurde. Je jünger die Minister waren, als sie sich zum Parteibeitritt entschlossen, desto größer war auch die Bereitschaft bzw. innerparteiliche Notwendigkeit, den Weg über die Jugendorganisation einzuschlagen.

Die politischen Karrieren nach 1945 wurden aber nicht nur über die innerparteilichen Führungsgremien vollzogen, sondern in vielen Fällen war zu beobachten, daß nach dem Parteibeitritt die politische Karriere in öffentlichen Wahlämtern gestartet wurde und man sich erst nachträglich erfolgreich um innerparteiliche Führungsämter bemühte. Dieser politische Karrierestart war bei der FDP und der CSU bei rd. 30 % der Landesminister zu beobachten, bei der CDU war er die Ausnahme, während in der SPD zu knapp 40 % über die Partei und im gleichen Umfang über öffentliche Wahlämter die politische Karriere gestartet wurde. Diese parteispezifischen Unterschiede wurden jedoch nicht nur beim politischen Karrierestart deutlich. Es konnten anhand der analysierten innerparteilichen und parlamentarischen Werdegänge sechs Interdependenztypen gebildet werden, die den gesamten Zeitraum zwischen Parteibeitritt nach 1945 und der ersten Übernahme eines Ministeramtes longitudinal umfassen; auch hier wurden zwischen den Parteien Unterschiede deutlich: insbesondere die Landesministerkarrieren in der SPD differierten von den Karriereverläufen in CDU, CSU und FDP.

Tendenziell konnte jedoch beobachtet werden, daß mit zunehmender Etablierung des Parteiensystems ein politischer Karrierestart unter Umgehung einer Bewährung in Parteiämtern vor Übernahme eines öffentlichen Mandats immer seltener wurde. Der politische Karrierestart nach 1945 über parlamentarische Positionen war besonders häufig bei denen zu beobachten, die bereits auf längere Parteierfahrung vor 1933 zurückblicken konnten.

Unterschiedlich war zwischen den beiden großen Volksparteien und der CSU einerseits und den kleineren Parteien andererseits die innerparteiliche Aufstiegsgewindigkeit: für die gesamte Erhebungsgruppe wurde ermittelt, daß nach durchschnittlich 3,5 Jahren das erste kommunale Parteiamt, nach durchschnittlich 5,2 Jahren das erste Parteiamt auf Landesebene und nach durchschnittlich 8,9 Jahren das erste Parteiamt auf Bundesebene übernommen wurde. Die FDP-Minister haben, von diesen errechneten Durchschnittswerten abweichend, erhebliche kürzere Aufstiegszeiten. Für den Einzug in Parteiämter auf Bundesebene gibt es jedoch keine Abweichungen. Noch kürzer als in der FDP waren die innerparteilichen Bewährungszeiten der Landesminister, die von den Splitterparteien in den 40er und 50er Jahren in die Exekutivämter delegiert wurden. Wiederum als Spezifikum konnte für die SPD-Landesminister ermittelt werden, daß nach 1945 knapp 20 % innerhalb der ersten beiden Jahre nach Parteibeitritt in Bundesführungsämter gelangten, hierbei handelt es sich - wie bereits erwähnt - um bewährte Sozialdemokraten der Weimarer Republik. Generell war zu beobachten, daß, je unmittelbarer die Parteibeitritte nach 1945 erfolgten, desto direkter und schneller die innerparteilichen Aufstiegsprozesse verliefen.

An dieser Stelle soll noch einmal auf die Personengruppe eingegangen werden, die nach 1945 zu den Gründungsmitgliedern ihrer Parteien gehörte : Die Altersstruktur dieser analytischen Gruppe zeigt, daß es sich bei ihnen einerseits um erfahrene Weimeraner handelte (im wesentlichen 50 Jahre alt oder sogar älter) oder es sehr junge Untersuchungspersonen waren (unter 30 Jahre alt).

Die älteren Gründungsmitglieder waren vorwiegend Emigranten oder aktive Gegner des Nationalsozialismus. Es konnte eindeutig nachgewiesen werden, daß gegnerschaftliches NS-Verhalten in starkem Maße zu Parteigründungsaktivitäten führte. Dies wiederum hatte zur Folge, daß dieser Personenkreis überdurchschnittlich häufig - als logische Folge der Gründungstätigkeit - die politische Karriere in den Parteien begann. In den seltensten Fällen handelte es sich jedoch um längere innerparteiliche Bewährungszeiten, schon nach sehr kurzer Parteiaktivität war die Übernahme von parlamentarischen Wahlämtern möglich. Die politische Vergangenheit in Weimar und das NS-Verhalten dürften die innerparteilichen Ausleseprozesse mit beeinflusst haben, was auch an den vergleichsweise raschen Aufstiegen in Parteiführungsämter aller drei Organisationsebenen deutlich wurde: Die empirischen Ergebnisse weisen darauf hin, in welchem Umfang die Gründungsfunktion ein begünstigender Faktor beim Karrierestart und beim Aufstieg in politische Führungsämter war.

Abschließend soll im Zusammenhang der Darstellung der Ergebnisse der Analyse des innerparteilichen Werdegangs noch einmal auf die unmittelbare Situation bei erster Kabinettsberufung eingegangen werden: durch welche Ämter waren die Mitglieder der Landeskabinette innerparteilich abgesichert, als sie zum ersten Mal in die Regierungen berufen wurden? Mit dieser Fragestellung konnten die innerparteilichen "Rekrutierungsfelder" verdeutlicht werden, ebenso der Grad der innerparteilichen Verankerung und die unmittelbaren Absprungpositionen. Waren noch 40 % bei erster Ernennung ohne Parteiämter, so reduziert sich dieser Prozentsatz bei den folgenden

Kabinettsernennungen: beispielsweise waren bei dritter Kabinettsberufung nur noch rd. 20 % ohne Parteiämter, d.h., daß nach der ersten Ministerberufung innerparteiliche Karrieren zu beobachten waren. Die Kabinettsmitglieder übernehmen, soweit sie bei erster Berufung ohne Parteiämter waren, nach Erreichen des Ministeramtes in der Partei Führungsämter, dabei handelt es sich vielfach um ex-officio-Mitgliedschaften z.B. im Landesvorstand der Partei. Die Interdependenz zwischen innerparteilicher und parlamentarischer Karriere wird deutlich; die positive, karrierefördernde Funktion von parlamentarischen Führungsämtern konnte aufgezeigt werden. Alle diejenigen mit vier und mehr Ernennungen haben zu diesen späteren Ernennungszeitpunkten dann in der Zwischenzeit Parteiämter übernommen.

Auch diejenigen Minister, die zum Zeitpunkt der ersten Kabinettsberufung nur geringe innerparteiliche Aktivitäten entwickelt hatten, verlagern diese von der kommunalen Ebene auf Parteiämter der Landes- und Bundesebene. Die innerparteiliche Absicherung in kommunalen Parteiämtern wird immer unbedeutender; bei mehrfacher Berufung werden in immer stärkerem Umfang Parteiämter des Landes und vor allem auf Bundesebene angestrebt und übernommen. Die Kabinettszugehörigkeit, insbesondere über längere Zeiträume hinweg, hat ihrerseits positiven Einfluß auf die innerparteilichen Aufstiege. Mit zunehmender Anzahl der Ernennungen steigt eindeutig der Grad des innerparteilichen Engagements, insbesondere die Fachausschüsse der Bundesebene sind die innerparteilichen Gremien, in die die Exekutivmitglieder der Länder einziehen.

Die Analyse der parlamentarischen Karrieren nach 1945 erbrachte ebenfalls Ergebnisse, die auf eine starke Interdependenz zwischen dem NS-Verhalten und parteipolitischen Erfahrungen in der Zeit vor Errichtung des NS-Reiches schließen lassen.

Über ein Drittel der Ländereliten startete seine parlamentarisch-politische Karriere nach 1945 in legislativen und exekutiven Gremien, die noch vor Gründung der Bundesrepublik überwiegend von den Alliierten installiert wurden. Die Übernahme dieser Ämter wurde nicht durch allgemeine Wahlen legitimiert, sondern "Ernennung" und "Berufung" waren die Mechanismen bei der Besetzung dieser politischen Positionen. Berücksichtigt man nur alle die Personen, die Mitglieder der demokratisch legitimierten Landeskabinette in den ersten beiden Legislaturperioden waren, so wird die Karrierebedeutung der Erfahrung in diesen Exekutiv- und Legislativ-Gremien deutlich: mit wenigen Ausnahmen weisen diese Landesminister der ersten beiden Legislatur-Perioden als Gemeinsamkeit auf, daß sie Erfahrungen in diesen vorstaatlichen Gremien gesammelt hatten. Dabei haben einige dieser Personen außerordentliche Aktivitäten z.T. zugleich oder nacheinander in verschiedenen Gremien entwickelt und aktiv die Konstituierung der Bundesländer und die Gründung der Bundesrepublik mit vorbereitet.

Ein Großteil derjenigen, die den ersten gewählten Landesregierungen angehörten, waren bereits in den von den Alliierten eingesetzten Kabinetten tätig und verblieben im Amt. Diese Institutionen, die in der Zeit vor 1949 sowohl legislative als auch exekutive Funktionen auf

allen Ebenen in den westlichen Besatzungszonen vor Gründung der Bundesrepublik wahrnahmen, sind insbesondere für die Frühphase der Landesregierungen ein wesentliches "Trainingsfeld" derer gewesen, die dann in die ersten gewählten Kabinette einrückten.

Einen zweiten parlamentarisch-politischen Bewährungsbe-
reich stellt die Kommunalpolitik dar. Knapp ein Drittel
der Untersuchungsgruppe war auf kommunaler Ebene, in
legislativen oder exekutiven Mandaten aktiv, bevor ihnen
der erste Einzug in eine Landesregierung gelang. Dabei
handelt es sich nicht nur um kurzfristige Amtszeiten,
sondern um längere Vorbereitungszeiten, wobei seit 1946
keinerlei tendenzielle Veränderung (etwa in Richtung ei-
ner abnehmenden Bedeutung kommunalpolitischer Qualifizie-
rung) zu erkennen ist. In einigen Fällen wurden die
kommunalen Ämter sogar parallel zur sich anschließenden
Landtagskarriere beibehalten. Exakt 25 % der poli-
tischen Elite der Bundesländer verfügt über Erfahrungen
in kommunalen Exekutivämtern und hat bereits - wenn auch
auf niederer Funktionsebene -, konkrete Erfahrungen in
der Wahrnehmung von politischen Regierungs- und Entschei-
dungsämtern. Insgesamt waren 42 % aller 420 analysierten
Landesminister während ihrer politischen Laufbahn in par-
lamentarisch-politischen Ämtern auf kommunaler Ebene
tätig. Dieser hohe Prozentsatz ist ein Indiz dafür, in
welchem Umfang zwischen Kommunalpolitik und Landespolitik
Mobilitätsprozesse zu beobachten sind.

Wie geschildert, wurden kommunalpolitische Erfahrungen überwiegend in der Phase nach Kriegsende vor Eintritt in die Landtagskarriere gesammelt. Da die kommunalen und die landespolitischen Verwaltungseinheiten vor denen auf nationaler Ebene gegründet wurden und funktionsfähig waren, ist schon aus diesen systembedingten strukturellen Gründen gerade ein Karrierestart in den Gründungsjahren der Bundesrepublik nicht über die Bundesebene in die Landespolitik möglich gewesen, sondern er vollzog sich über die kommunale Ebene oder direkt in die Landespolitik; bis heute sind keine Veränderungen dieses Karriereverlaufs der Landesminister zu beobachten. 87 % der westdeutschen Regierungsmitglieder waren Landtagserfahrungen während ihres politischen Lebens nachzuweisen, tendenziell wird deutlich, daß der Anteil derjenigen ohne Mandat im Landtag kontinuierlich abnimmt. Auch die Minister, die bei erster Berufung ohne ein Landtagsmandat waren, haben sich nachträglich - in den meisten Fällen erfolgreich - um die Mitgliedschaft im Landesparlament bemüht. Insgesamt sind 14 % der analysierten Politiker nachträglich in das jeweilige Landesparlament gewählt worden. Die zentrale Bedeutung des Landtags als Qualifizierungsorgan für potentielle Regierungsmitglieder wird deutlich - sie entspricht der des Bundestages für die Mitglieder der Bundesregierung. (Gemessen am Aktivitätsgrad als Landtagsabgeordneter wurden fünf verschiedene Typen gebildet).

Zwar sind die Entwicklungen der parlamentarischen Karriereverläufe der Landesminister in den Bundesländern bezüglich Intensität und Richtung unterschiedlich verlaufen, aber die dominierende Funktion des Landtages als Sektionsorgan konnte empirisch aufgezeigt werden. Ein weiterer Aspekt der ersten Problemdimension war die Frage nach

möglichen Verharrungstendenzen oder Verkrustungen durch geringe personelle Zirkulation in den Landeskabinetten selbst und zwischen dem Parlament und der Exekutive. Durchschnittlich betrug die Amtsdauer der 420 analysierten Minister erheblich weniger als eine Legislatur-Periode, da es auch während der Legislatur-Periode häufig zu Kabinettsumbildungen und personellem Austausch kam. Auch die Minister mit mehrfacher Kabinettsberufung (je ein Drittel wurde einmal bzw. zweimal berufen) amtiert kürzer als vier bzw. acht Jahre, da oftmals Kabinettsumbildungen oder Regierungsstürze während einer Legislatur-Periode die Amtszeiten unterbrachen. Minister mit drei Berufungen amtierten durchschnittlich zwischen 6- und 10 Jahren. Kabinettszugehörigkeiten über eine oder mehrere volle Legislatur-Perioden hinweg sind nicht der Regelfall gewesen, diese ununterbrochenen Amtszeiten gibt es allenfalls bei einigen Ministerpräsidenten.

Die Analyse erbrachte, daß generell in den Landesregierungen Oligarchisierungstendenzen nicht zu beobachten waren; auch in Phasen der alleinigen Regierungsbildung durch eine Partei war festzustellen, daß kontinuierlich das Führungspersonal im Kabinett ausgetauscht wurde. Langfristige interne Kabinettskarrieren waren eher die Ausnahme als der Regelfall. Dominierenden Einfluß für die Dauer der Kabinettszugehörigkeit besaß jeweils die Machtkonstellation in den Landtagen. Objektive Faktoren (Wahlergebnisse, die Stabilität der Koalition) und nicht subjektives Karriereverhalten bestimmten hierbei die Dauer der Kabinettszugehörigkeit. Von den Ministern mit einer bis maximal drei Ernennungen wurden 81 % in Koalitionskabinette berufen, die sich in allen Bundesländern

als instabil in dem Sinne erwiesen, daß es häufig zu Kabinettsumbildungen bzw. Koalitionsneubildungen kam, die zwangsläufig länger andauernde Amtszeiten zur Ausnahme werden ließen.

Aber nicht nur zwischen der Kommunalpolitik und der Landespolitik waren vertikale Mobilitätsprozesse zu beobachten, auch zwischen der Bundesebene und der Landespolitik fand personelle Zirkulation statt: Knapp 1/4 aller Landesminister verfügten vor bzw. nach ihrer Ministeramtszeit in der Landesregierung über bundespolitische Erfahrungen: im Bundestag, in der Bundesregierung oder in politischen Funktionen der Bundesverwaltung. Ein direktes cross-over aus der aktiven bundespolitischen Betätigung vollzogen jedoch nur 8,8 %, die unmittelbar in die Landesexekutive überwechselten. Dabei erfolgte dieser Schritt jeweils aus einer laufenden Legislatur-Periode (oder Amtszeit) auf Bundesebene heraus in die Landesregierung und das Ministeramt wurde auf Landesebene jeweils zu Beginn der Legislatur-Periode angetreten. Tendenziell nimmt jedoch dieses cross-over aus der Bundespolitik in die Länderexekutiven ab. Für einige Länder (Bremen, Hamburg, Bayern) scheinen die Bundespolitik und die Landespolitik voneinander getrennte Karriereziele und -ebenen zu sein; vertikale Mobilität in dieser Richtung ist dort die Ausnahme.

Zur Problematik der parlamentarischen Verankerung zum Zeitpunkt der ersten und folgenden Kabinettsberufungen konnte ermittelt werden, daß bei zweiter und nachfolgenden Kabinettsberufungen auch bei denjenigen, die bei erster Berufung u.U. auf verschiedenen Funktionsebenen

politische Mandate wahrnahmen, eine Reduzierung und Konzentration auf die Mandatswahrnehmung im Landtag erfolgte. Auch bei einem zeitweiligen Ausscheiden aus der Landesexekutive fand - wie detailliert im Abschnitt "Elitenabgang" geschildert wurde - eine Konzentration der parlamentarischen Aktivitäten auf den Landtag statt.

Knapp 30 % der Landespolitiker wechselt aus einem Exekutivamt (das entweder auf kommunaler Ebene, auf der Landesebene selbst - eingesetzte Landesregierung - oder der Bundesebene liegen konnte) in die Landesregierung. Auch die Minister mit Unterbrechungen der Kabinettszugehörigkeit haben zwischenzeitlich keine Exekutivämter im kommunalen Sektor angestrebt. Nur 14 % der Minister - überwiegend in Bayern - rekrutieren sich aus einer politischen Verwaltungsposition heraus; nach dem ersten Ausscheiden wechseln nur insgesamt drei vorübergehend in die politischen Spitzenämter der Verwaltung, bevor ihnen erneut der Einzug in die Exekutive gelingt.

Politische Karrieren verlaufen zwischen den funktionalen Ebenen Kommune - Land - Bund demnach in verschiedenen Richtungen. Die Berufung in die Landesregierung ist ein Karriereziel, daß nicht nur direkt über den Landtag, sondern auch über Ämter in legislativen und exekutiven Organen anderer Verwaltungsebenen angestrebt wurde. Dabei waren zwischen den Bundesländern unterschiedliche Karriereverläufe erkennbar, unabhängig davon, daß in allen Bundesländern die politischen Funktionsebenen durchlässig sind, so daß vertikale Mobilität möglich wird.

Auch anhand der parlamentarisch-politischen Karriere nach 1945 konnte verdeutlicht werden, in welchem Umfang ein spezifisches NS-Verhalten und politische Erfahrungen aus der Weimarer Republik parlamentarische Werdegänge beeinflußt haben: Je länger die Parteierfahrungen in die Zeit vor 1933 zurückreichten, desto kürzer war die parlamentarische Qualifizierungszeit im Landtag. Untersuchungspersonen, die auf keinerlei partei-politische Erfahrungen vor 1945 zurückblicken konnten, haben zu einem Teil sehr lange Qualifizierungszeiten im Landtag, bevor sie ministrabel wurden; die übrigen zeichnen sich dadurch aus, daß sie zu einem hohen Prozentsatz vor erster Berufung über keinerlei parlamentarische Erfahrung im Landtag verfügten. Generell war zu beobachten, daß, je später - gemessen in dieser historischen Dimension - der Parteibeitritt erfolgte, desto längere parlamentarische Qualifizierungszeiten zu registrieren waren. Dabei zeichnen sich diejenigen, die nach 1945 zum ersten Mal Parteibeitritte vollzogen, dadurch aus, daß fast die Hälfte von ihnen den Weg über ein kommunales Wahlamt in die Landespolitik einschlug. Dieser Trend geht jedoch bei denjenigen zurück, die erst 1950 und später den Parteien beitraten, hier werden wieder direkter Landtagskarrieren angestrebt. Diese Qualifizierungszeiten in der Kommunalpolitik konnten jedoch die parlamentarischen Bewährungszeiten im Landtag nicht verkürzen, erst nach Zugehörigkeit zum Landesparlament über mehrere Legislatur-Perioden hinweg gelingt ihnen der Einzug in die Landesregierung. Für die Aufstiege im Landtag konnte ermittelt werden, daß, je stärker die gegnerschaftliche Haltung zum Nazi-Regime ausgeprägt war, desto kürzer die parlamentarische Qualifizierungsphase war. Hier zeigt sich

ein anderer Trend, als er für die innerparteilichen Aufstiege festgestellt wurde, bei denen sich ein spezifisches NS-Verhalten auf die innerparteiliche Aufstiegsgeschwindigkeit nicht so deutlich auswirkte.

Die parteipolitische Erfahrung und das NS-Verhalten spielen offenbar für den Aufstieg in Führungsämter im Landtag eine Rolle, benachteiligt waren neben denen mit einer positiven NS-Vergangenheit auch die, die erst nach 1945 mit Parteiaktivitäten begannen.

Auch zur Untersuchung des Problembereichs des Elitenabganges konnte die Studie einen Beitrag leisten, der im Zusammenhang der umfassenden Problematik von personellen Zirkulationsprozessen in Führungspositionen zu sehen ist. Über 80 % der analysierten Elite war von mindestens einer Amtsabgabe betroffen, bei 2/3 ist der einzige Kabinettsabgang zugleich der letzte gewesen. Als Folge von Kabinettsumbildungen, -reorganisation und Koalitionswechseln sind Kabinettsabgänge während einer Legislatur-Periode häufiger (54 %) als nach dem Ende. Auch nach einem vorübergehenden, zeitlich begrenztem Ausscheiden bleiben die Exminister in politischen Ämtern; nur wenige scheiden völlig aus dem politischen Bereich aus und kehren nach einer längeren Phase noch einmal in die aktive Politik (d.h., ins Kabinett) zurück. Damit scheint - worauf eingangs verwiesen wurde - eine 'Carrièreisation' im politischen Sektor eingetreten zu sein: um nicht völlig aus dem politischen Prozeß herauszufallen ist es notwendig, kontinuierlich in der Politik zu verbleiben, wenn man sich subjektiv weitere politische Karrierechancen ausrechnet. Es war möglich, aufgrund des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials auch subjektive Faktoren

und Motivationen, die zu Kabinettsabgängen führten, herauszuarbeiten. Die Modalitäten des Abgangs sind jedoch primär nicht subjektiv, sondern sind stark von objektiven Faktoren geprägt.

Persönlich motiviert legen nur 27 % aller derer, die zum Ende einer Legislatur-Periode ausscheiden, das Ministeramt nieder. Abgänge während einer Legislatur-Periode waren dagegen zu 44 % überwiegend persönlich begründet, und damit erheblich weniger auf objektive, situative Systembedingungen zurückzuführen. Amtsenthebungen, Abwahl, erzwungener Rücktritt waren - von einer Ausnahme abgesehen - immer während einer Legislatur-Periode Abgangsgründe, nur in Ausnahmen bedeutet diese Abgangsmodalität nicht zugleich das endgültige Ausscheiden aus einer Landesregierung. Freiwilliger Rücktritt - persönliche Motive - führte bis auf zwei Ausnahmen tatsächlich zum endgültigen Ausscheiden aus der Politik. Dieses Ergebnis wurde auch bei der Untersuchung des zweiten Abganges bestätigt. Die Analyse der Situation bei letztem Kabinettsabgang ergab ein Durchschnittsalter von 59 Jahren. Rd. die Hälfte der Landesminister war unter 60 Jahre alt, als sie das Kabinett endgültig verließen und damit noch in einem Alter, daß nicht in allen Fällen ein Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben ermöglichte; damit wird sichtbar, daß auch nach dem Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung auf Landesebene noch berufliche Aktivitäten entwickelt werden konnten und mußten.

Nur wenige verstarben im Amt bzw. unmittelbar nach dem letzten Abgang aus der Landesexekutive. Auch der Zeitpunkt der letzten Abgänge lag sowohl während als auch am Ende einer Legislatur-Periode, subjektive Motivationen waren hier ebenfalls nicht dominierend, wurden jedoch - wenn überhaupt - wiederum überwiegend bei den Abgängen, die während einer Legislatur-Periode lagen, als primärer Grund für das Ausscheiden angegeben: Nach dem Ende einer abgelaufenen Legislatur-Periode schieden nur knapp 11 % nach eigenen Angaben "freiwillig" aus der Landesregierung aus, während einer Legislatur-Periode war dieser Prozentsatz mehr als doppelt so hoch. Der letzte Abgang aus dem Kabinett ist somit ganz überwiegend nicht als primär freiwillig-motiviert zu bezeichnen.

Die Analyse der Abgangsbereiche und der in ihnen ausgeübten Funktionen ergab, daß knapp die Hälfte der Untersuchungsgruppe ausschließlich in eine Funktion überwechselte, d.h., diese Ex-Minister wurden auch nur in einem Sektor aktiv; über 40 % nahmen unmittelbar nach dem Ausscheiden gleichzeitig in zwei verschiedenen gesellschafts-politischen Bereichen und Gremien unterschiedliche Funktionen wahr. Knapp 10 % engagierten sich nach ihrem letzten Kabinettsabgang in drei verschiedenen Ämtern unterschiedlicher Funktionsbereiche. Schlüsselt man die Bereiche detaillierter auf, so wurde sichtbar, daß rd. 60 % der Landesminister auch nach dem letzten Kabinettsabgang in politischen Wahlämtern aktiv blieben; dabei handelt es sich überwiegend um Funktionen im Landes-parlament. Nur 15 % schieden völlig aus dem Arbeitsprozeß aus und traten in den Ruhestand; ausschließlich

hauptberuflich politisch tätig bleibt ein knappes Drittel. Etwa ebensoviele übernehmen zugleich Führungsfunktionen in der privaten Wirtschaft. Ein völliges cross-over aus der Politik in primär nicht-politische Bereiche war vergleichsweise selten zu beobachten.

Die Landesminister beschränkten nach dem Abgang ihr politisches Aktionsfeld im wesentlichen auf den Landtag, nur rd. 10 % wechseln direkt in die Bundespolitik, ein direkter Abgang in ein kommunales Wahlamt war die Ausnahme. Unterhalb der Landesebene finden die politischen Karrieren der Landesminister demnach in der Regel nicht ihre Fortsetzung, bei nur knapp 2 % war die Kommunalpolitik die unmittelbar folgende berufliche Karrierestation. Dagegen ist eine begrenzte personelle Rotation von der Landespolitik in die Bundespolitik zu beobachten. Dieser direkte Wechsel in die Bundespolitik war teilweise situationsbedingt, da sich für einige Minister kurzfristig die Chance bot, die Karriere in der Bundesregierung fortzusetzen (Abgangsmodalität: "Übernahme einer besseren Position").

Rund 12 % wechselten nach ihrem letzten Kabinettsabgang in Führungsämter von kulturellen, gesellschafts-politischen und ökonomischen Verbänden über, wobei meistens gleichzeitig ein parlamentarisches Mandat im Landtag weiterhin ausgeübt wurde. Eine Verankerung im politischen Sektor bleibt bestehen, ein völliges Ausscheiden aus dem politischen Raum ist die Ausnahme. Auch an dieser Stelle wird sichtbar, daß eine unmittelbare Zirkulation-beispielsweise zum ökonomischen oder verbandlichen Sektor-kaum festzustellen ist.

Es muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß nur der unmittelbare Funktionsbereich nach dem Ausscheiden aus der Regierung Berücksichtigung finden konnte und zeitlich später beginnende hauptberufliche und politische Aktivitäten nicht in die Untersuchung mit einbezogen wurden. Primär sollten die Positionen und Bereiche analysiert werden, die die unmittelbaren "Aufgangstationen" und "-bereiche" in der Bundesrepublik für die politischen Eliten der Bundesländer bildeten.

2. Die Bedingungen der politischen Führungsauswahl in komplexen Industriegesellschaften: Problemstellungen und Perspektiven

Eine zentrale Problemdimension der vorliegenden Studie beschäftigte sich mit dem Grad der Offenheit des politischen Systems in der Bundesrepublik. Dabei war die Frage nach den Bedingungen und Problemen der politischen Führungsauswahl in einer komplexen Industriegesellschaft gestellt worden. Es wurde daher besonders intensiv die Rolle politischer Institutionen im Prozeß der Rekrutierung und Selektion politischen Führungspersonals einer empirischen Überprüfung unterzogen. Diese Forschungsaspekte konnten zugleich vermitteln, wo im Prozeß der politischen Führungsauswahl in einer demokratischen Massengesellschaft restriktive Bedingungen liegen und welcher Art sie sind.

Einige dieser Faktoren konnten im Rahmen der vorliegenden Studie aufgezeigt werden; es wird in Zukunft eine konkrete politische Aufgabe sein, im Zusammenhang mit dem Problem der Demokratisierung und Reformierung des gesellschaftlichen und politischen Systems in Richtung auf zunehmende Partizipation, durch einen Abbau bestehender Barrieren - die z.B. unterschiedliche Chancen der Wahrnehmung von Mandaten in Parteien und Parlamenten bedingen - breiteren Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit der Teilnahme an Rekrutierungs- und Selektionsprozessen zu eröffnen.

Für die politischen Eliten auf Landesebene haben sich im Vergleich zu den Ergebnissen von Untersuchungen über bundesrepublikanisches Führungspersonal keine wesentlich anderen Rekrutierungs- und Selektionsbedingungen gezeigt: elitäre Verharrungstendenzen sind in den Bundesländern nicht zu beobachten gewesen. Auch die politischen Spitzenämter in den Bundesländern werden - wie bundespolitische Führungsämter - über bestimmte Laufbahnen erreicht. Zwar sind nach wie vor in Ausnahmen direkte Sprünge in politische Führungsämter unter Umgehung der entstandenen typischen Aufstiegskanäle möglich, aber auch die Politiker ohne vorherige politische Qualifizierung müssen sich nachträglich in den zentralen politischen Institutionen legitimieren. Diese Tatsache macht zugleich deutlich, daß die politischen Parteien in der Bundesrepublik seit 1945 den Prozeß der politischen Führungsauswahl monopolisiert und intern nur einige wenige spezifische Aufstiegsmuster entwickelt haben, die konstant geblieben sind.

Die Stabilität des Parteiensystems, die u.a. in der kontinuierlichen Wahrnehmung der selektiven Funktion zum Ausdruck kommt, ist ein Faktor, der die Stabilität des Gesamtsystems der Bundesrepublik wesentlich bewirkt hat. Wie geschildert, ist es den zentralen Institutionen "Parteien" und "Parlamenten" - deren eine wesentliche Funktion eben darin besteht, politisches Führungspersonal zu rekrutieren, zu selektieren und in politische Elitepositionen zu delegieren - bis heute gelungen, diese Funktion systemadäquat zu bewältigen: Sie haben Politiker in die politischen Führungsämter entsandt, die seit 1945 in der Lage waren, die bestehenden ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Probleme in einer Massendemokratie zu erkennen und zu lösen. Erst wenn dieses politische Führungspersonal in den unterschiedlichen Entscheidungszentren auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene nicht mehr in der Lage sein sollte, diese gesellschaftlichen Problemstellungen zu bewältigen, wird die Frage aufzuwerfen sein, in welcher Weise das Selektionssystem in der Bundesrepublik reformiert, neu strukturiert oder durch ein ganz anderes System ersetzt werden müßte, um entsprechendes Führungspersonal in die Entscheidungsgremien zu entsenden. Andernfalls würden systemrelevante Entscheidungen von anderen gesellschaftlichen Führungsgruppen, z.B. aus den Bereichen Ökonomie oder Verwaltung primär außerhalb des politischen Sektors getroffen und durchgesetzt werden.

Künftige Forschungen haben weiterhin in diesem Zusammenhang zu analysieren, ob sich neue Aufstiegswege herausbilden oder ob sich die Anzahl und Variationsbreite der bestehenden Kanäle noch weiter verringert, wie die Struktur dieser Aufstiegskanäle beschaffen ist und welche Personen durch die Kanäle in Führungsämter aufsteigen.

Für die vorliegende Untersuchung läßt sich feststellen, daß trotz eines permanenten Wandels innerhalb des bundesrepublikanischen Systems (z.B. durch den in den letzten Jahren zu beobachtenden wachsenden Einfluß der staatlichen Bürokratie im ökonomischen Verteilungsprozeß oder den Funktionswandel bestimmter Organisationen) die Ein- und Aufstiegskanäle in politische Führungspositionen auf Landesebene seit 1945 konstant geblieben sind. Die trotz des unterschiedlichen Karrierestarts festzustellenden Gleich- und Regelmäßigkeiten z.B. bezüglich innegehabter parteipolitischer und öffentlich-politischer Vorpositionen und die Dauer der Ausübung solcher politischer Rollen läßt die Aussage zu: das Selektions- und Rekrutierungssystem in der Bundesrepublik ist funktionsfähig.

Wie geschildert, werden parlamentarische Karrieren auf Landes- oder Bundesebene bzw. Erfahrungen in legislativen oder exekutiven Funktionen auf der kommunalen Ebene zu Voraussetzungen für die Übernahme von Exekutivpositionen auf der Landesebene. Die Rekrutierung und Selektion politischen Führungspersonals vollzieht sich also über spezifisch politische Organisationen. Auch Fachleute, Experten und "Technokraten" müssen in das Selektionssystem "einsteigen"; erst wenn in verstärktem Umfang zu beobachten wäre, daß zunehmend andere Aufstiegsmuster außerhalb des bestehenden politischen Selektionssystems - auftreten, würden Studien wie die vorliegende, die sich primär mit der Funktionsfähigkeit des politischen Selektionssystems befassen und hierbei z.B. mit dem Grad der Offenheit dieses Systems, an Relevanz verlieren und neue, breitere Forschungsansätze wären zu entwickeln.

Die Berufung von "Experten" ohne Partei- und Parlamentskarriere in ein Regierungsamt war bis heute jedoch die Ausnahme; wenn sie erfolgte, bemühten sich solche Personen nachträglich durch Aktivitäten in einer Partei oder die Kandidatur zu öffentlichen Wahlpositionen um eine politische Absicherung. Damit ist die in den letzten Jahren häufig prognostizierte Gefahr einer unkontrollierbaren Expertenherrschaft in dieser Form bis heute nicht zu beobachten, da nach wie vor die politischen Institutionen die zentralen Filter- und Kontrollmechanismen geblieben sind. Das Selektionssystem ist jedoch soweit offen und flexibel, daß es nach wie vor "Außen-seitern" möglich ist, auch außerhalb der entstandenen Aufstiegskanäle in politische Führungsämter aufzusteigen. Aber auch Politiker dieses Karrieretyps müssen sich nach Funktionsübernahme dann sehr schnell in den politischen Bereich orientieren, wenn sie längere Zeit hauptberuflich in der Politik ihr Betätigungsfeld suchen.

Ein hohes Bildungsniveau und fachliche Qualifizierung haben bis heute nicht die politische Qualifikation als zentrales Auslesekriterium verdrängen oder gar ablösen können. Wie am Beispiels der innerparteilichen und parlamentarischen Aufstiegsbeschleunigungen nachgewiesen, sind jedoch Bildungs- und Ausbildungsqualifikation sowie eine spezifische berufliche Erfahrung relevante Faktoren im Prozeß der Elitebildung in einer demokratischen Leistungsgesellschaft. Der schon seit 1945 bestehende hohe Anteil von akademisch Gebildeten in der politischen Elite hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt und wird - wie es den Anschein hat - in Zukunft weiter zunehmen, da die Lösung politischer Probleme immer mehr

die genaue Kenntnis komplexer Funktionszusammenhänge in einer demokratischen Massengesellschaft erfordert und dazu akademisch gebildete Politiker am ehesten in der Lage sein werden. Aus diesem Grund wird eine Entwicklung dahingehend prognostiziert, daß zunehmend eine akademisch-administrative bzw. technisch-wissenschaftliche Intelligenz im politischen System die Chance bekommt, in die Entscheidungsgremien der Gesellschaft aufzusteigen, während andere "Typen" - wie schöngeistig gebildete Künstler - nur geringere Aussichten auf die Übernahme von Führungsämtern haben.

Die Entwicklung verschiedener Elite-Typen erfordert genauere Analysen, es bleibt beispielsweise abzuwarten, welche Funktion der ausschließliche Berufspolitiker bekommen wird, d.h., ob und in wieweit er möglicherweise managerielle Funktionen im politischen Entscheidungsbereich bekommen wird oder ob er tendenziell völlig von den oben skizzierten Typen abgelöst wird. Es zeigte sich bereits in der vorliegenden Studie, daß innerhalb der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, die zunehmend politische Elitepositionen übernimmt, die sozialwissenschaftlich Ausgebildeten, denen eine gewisse systemkritische Haltung qua Ausbildung unterstellt werden kann, an Einfluß gewinnen. Ob es in Zukunft dem "klassischen Unternehmer" noch gelingt, zwischenzeitlich und nebenberuflich politisch tätig zu werden, muß bei zunehmender Tendenz zur Professionalisierung des politischen Sektors skeptisch beurteilt werden. Ob diese wissenschaftlichen, technischen-administrativen Eliten in den Führungsrollen neue Einstellungen, Verhaltensmuster und politischen Stil zeigen, oder ob hier ein Anpassungsprozeß an bestehende Verhaltensmuster erfolgt, werden künftige Studien ebenso zu erforschen haben wie die Frage, ob und in welcher Weise der "politische Generationswechsel" in den Führungsgremien sich konfliktfrei vollzieht.

Die Selektionsprozesse verlaufen, wie geschildert, in der Regel von unten nach oben, die Auslese wird im Gegensatz zum Verfahren in anderen gesellschaftlichen Bereichen durch Wahlen geregelt. Die politischen Eliten der Länder werden jedoch nicht nur "von unten nach oben" in den Parteien und Parlamenten selektiert, sondern in den Parteien werden zur Karriereabsicherung Parteiführungsämter beibehalten und mit zunehmendem Aufstieg noch zusätzliche innerparteiliche Karrieren vollzogen. Die vertikale Ämterkumulation verlagert sich mit zunehmend hauptberuflichem Verbleiben in der Politik von unteren Parteigliederungen auf höherrangige Organisationsebenen; dabei sind zunehmend Tendenzen zu Ämterhäufungen festzustellen, die innerparteiliche Oligarchisierungsercheinungen zur Folge haben. Deutlich sichtbar wurden personelle Verzahnungen zwischen Führungsämtern in der Partei, in parlamentarischen und exekutiven Führungspositionen.

Die dominierende Rolle der Parteien war in allen Ländern festzustellen, einige Untersuchungen gehen von einem Wandel bezüglich der Funktion der Elitenselektion innerhalb der Parteien seit 1945 aus. Köser spricht für die SPD von einem "grundsätzlichen Wandel der Elitenselektion innerhalb der Partei; das traditionelle Anciennitätsprinzip wurde zugunsten der fachlichen Qualifikation und der parlamentarischen Erfahrung abgelöst"³; eine Aussage, die nicht nur von Herzog bestritten wird⁴; auch die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung können diesen grundlegenden Wechsel nicht feststellen, sondern der Faktor Anciennität nimmt generationsbedingt - bezogen auf die Zeit vor 1945 - ab, während neue Formen der Anciennität hinzukommen: so zum Beispiel der Faktor der Zugehörigkeit zur Gründungsgeneration nach 1945 und der Dauer der Parteizugehörigkeit.

Die unterschiedliche Struktur der Parteien bedingt verschiedene politische Werdegänge. Innerparteiliche Karrieren verlaufen in der Regel nicht nur zwischen den verschiedenen Organisationsebenen von unten nach oben, sondern auch innerhalb der Führungsgremien. Dominierend sind bei dem innerparteilichen Prozeß der Führungsauslese die Hauptorganisationen, politisch Ambitionierte orientieren ihr Engagement in diese Parteigliederung, da dort letztendlich die Kandidatenaufstellung erfolgt. Auch diejenigen, die sich in den Parteifachausschüssen qualifizieren, sind gezwungen, sich bei der Kandidatenaufstellung den entsprechenden Parteionominierungsgremien zu stellen. Die fachliche Spezialisierung wiederum kann erst im Parlament selbst ein wesentlicher Karrierefaktor werden und sich bei der internen Fraktionsgeschäftsverteilung vorteilhaft auswirken, da die Besetzung der Ausschüsse und der dortigen Führungsämter unter primär fachlichen Gesichtspunkten erfolgt. Auf das zentrale Problem politischer Parteien, fachlich qualifiziertes Führungspersonal zu gewinnen, d.h. einen Personenkreis, der nicht bereit ist, sich der sogenannten innerparteilichen Ochsentour zu unterziehen, ist bereits eingangs verwiesen worden.

Die in allen Parteien zu beobachtende interdependente Absicherung der politischen Karriere in Partei- und parlamentarischen Ämtern und eine längere parlamentarische Qualifizierungszeit erhöhen die Chance, in die Exekutive berufen zu werden. Dabei wurden auf der Landesebene selbst starke personelle Fluktuationen zwischen Parlament und Exekutive sichtbar: Der Landtag ist nicht nur das zentrale Rekrutierungsorgan für den

Aufstieg in die Exekutive, sondern auch der Abgang aus der Exekutive vollzieht sich in diese Legislative, wo ganz überwiegend die politischen Werdegänge derer, die ihren "Karriere-Höhepunkt" überschritten haben, beendet werden.

Die "Bewährungszeit" in führenden Landtagspositionen hat sich für Kandidaten für Regierungsämter verlängert, die Landtagskarrieren werden intensiver und "Hinterbänkler" haben nur geringe Chancen, Regierungsmitglied zu werden. Für die Erreichung von Exekutivpositionen auf Landesebene werden in zunehmendem Maße intensivere und längere innerparteiliche und parlamentarische Karrieren Voraussetzung. Da die zu beobachtende und von allen Parteien übereinstimmend angestrebte Zunahme der politischen Mobilisierung der Bevölkerung auf längere Sicht das Reservoir für politische Führungspositionen erweitern dürfte, ist zu erwarten, daß innerparteiliche und parlamentarische "Blitzkarrieren" immer mehr zur Ausnahme werden.

Die eindeutige Entwicklung zum Typ "Berufspolitiker" in den letzten knapp 30 Jahren zeigt zugleich, daß politische und fachliche Qualifikation vereint die Chance vergrößern, politische Führungsämter zu übernehmen: Aber auch politische Qualifikationen allein reichten in einigen Fällen aus, um ministrabel zu werden. Ausschließlich fachliche Qualifikationen hingegen bieten nur in Ausnahmen Gewähr für einen Aufstieg in ein politisches Führungsamt und es wird notwendig und unumgänglich, sich in Parteien und Parlamenten abzusichern, um längerfristig im politischen Entscheidungsbereich zu bleiben.

Eine weitere spezifische Entwicklung war zu beobachten: während des Studiums erworbene spezifische Sachkenntnis wird in der anschließenden Berufskarriere und zugleich in der innerparteilichen und parlamentarischen Qualifizierung auf bestimmten Gebieten permanent vertieft und im politischen Sektor werden die entsprechenden inhaltlichen Sachgebiete abgedeckt, so daß eine spätere Berufung in eine Exekutivposition primär unter fachlichen Gesichtspunkten erfolgt. Ebenso häufig war jedoch auch zu beobachten, daß gerade die Besetzung von politischen Exekutivämtern nach primär politischen und nicht nach "sachlichen" Aspekten erfolgte.

Der Grad der politischen Professionalisierung steigt. Politik wird in zunehmendem Maße bereits in jüngeren Jahren zum Beruf, während die Dauer der vorpolitischen privaten Berufskarriere abnimmt. Sowohl unter finanziellen Aspekten als auch vom zeitlichen Aufwand her gesehen, verdrängt die politische die privatberufliche Betätigung. Weitere Aktivitäten neben dem politischen Engagement werden nur karrierebegleitend entwickelt, während oftmals mehrere Partei- und öffentliche Wahlpositionen auf verschiedenen Organisationsebenen zur Absicherung der politischen Karriere gleichzeitig wahrgenommen werden. Schon die Übernahme eines Landtagsmandats läßt nur noch in spezifischen Berufsbereichen eine kontinuierliche Weiterverfolgung der privatberuflichen Karriere zu.

Die Bedeutung der Jugendorganisationen für die Rekrutierung und Selektion politischen Führungspersonals wird, gemessen an den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung, allgemein überbewertet; weitaus wichtiger - im Unterschied zur Bundesebene - sind für den innerparteilichen Selektionsprozeß in den Ländern politisch-historische Erfahrungen: Dabei spielt besonders für die

Politiker der ersten Nachkriegsjahre einerseits die Wahrnehmung politischer Positionen in Gremien vor Gründung der Bundesrepublik eine entscheidende Rolle, andererseits ist die Kommunalpolitik ein bedeutendes praktisches Erprobungsfeld der Landespolitiker.

Während Herzog die Bundesebene und die Landesebene als weitgehend getrennte Selektionssysteme schildert, da die von ihm analysierten Bundespolitiker nur selten und wenn, dann nur kurz in der Landespolitik aktiv waren,⁵ ist dieses Ergebnis aufgrund der vorliegenden Ergebnisse zu modifizieren: Für die Landesebene konnten keine spezifischen Rekrutierungs- und Selektionsbedingungen ermittelt werden. Zwar wechselt nur ein geringer Teil der politischen Elite der Länder direkt in die Bundespolitik über, aber ein beträchtlicher Teil hat bundespolitische und vor allem kommunalpolitische Erfahrungen. Die dreistufige Gliederung der Bundesrepublik zeigt sich demnach als durchlässig, d.h., das politische System der Bundesrepublik ist in dem Sinne offen, daß vertikale Mobilitätsprozesse überwiegend von den unteren Organisationsebenen in höhere festzustellen sind. Die Kommunalpolitik ist einerseits Ausgangspunkt für landes- und bundespolitische Karrieren, ebenso ist die Landespolitik ihrerseits eine wesentliche Karrierevorstufe für Politiker mit bundespolitischen Ambitionen. Künftige Studien müßten allerdings, um das Problem der Durchlässigkeit zwischen den politischen Funktionsebenen empirisch in den Griff zu bekommen, von einem anderen Ansatzpunkt ausgehen: wohin gehen alle diejenigen, die in der Kommunalpolitik aktiv waren, wieviele bleiben in der Kommunalpolitik, wieviele wechseln in die Landes- und wieviele in die Bundespolitik über? Dabei hätten die Analysen von der Gesamtzahl

der Bewerber um politische Ämter auf den verschiedenen Ebenen auszugehen: Bleiben im kommunalen Bereich vorwiegend die Politiker, die bei der Bewerbung um Mandate auf Landes- und Bundesebene gescheitert sind bzw. auf der Landesebene insbesondere diejenigen, die bei Kandidaturen für bundespolitische Ämter nicht zum Zuge gekommen sind? Wenn dies zutrifft, hätte es zwangsläufig sowohl Konsequenzen für die Kommunal- wie für die Landespolitik.

Daß die Bundesländer kein getrenntes Selektionssystem besitzen, konnte unter dem Aspekt der Karriereeinstiege und der Abgänge der Exekutivmitglieder aufgezeigt werden. Um dieses Ergebnis zu untermauern, wäre es jedoch notwendig, im Rahmen von parlamentssoziologischen Studien die Karrierewege der Mitglieder der westdeutschen Landtage nach 1945 unter dem Aspekt der politischen Erfahrung in Mandaten auf anderen Funktionsebenen zu analysieren. Dieses Problem müßte weiterhin am Beispiels der Mitglieder des Bundestages und der kommunalen und regionalen Parlamente untersucht werden.

Von landesspezifischen Selektionssystemen kann man allenfalls nur insofern sprechen, daß die vorherige Qualifizierung im Landtag ein wesentliches Karrieremerkmal der politischen Elite der Länder ist und aus dem Landtag heraus ganz überwiegend der Aufstieg in die Exekutive erfolgte.

Die vorliegende Studie mußte schon vom Ansatz her darauf beschränkt bleiben, Erfolgreiche, die sich in zahlreichen Entscheidungsprozessen gegen Mitbewerber durchgesetzt hatten, zu analysieren; es wäre zur Überprüfung der erzielten Ergebnisse wichtig, die entsprechenden Kontrollgruppen (die unterlegenen Mitbewerber) unter den gleichen Fragestellungen zu untersuchen. Daß diese Studien bis heute nicht durchgeführt werden konnten, liegt u.a. daran, daß es über diese Kontrollgruppen kaum empirisches Material gibt, d.h., daß Personengruppen oft gar nicht empirisch faßbar sind. Dieser Nachteil muß jedoch in empirisch-analytischen Elitestudien, die vom positional-approach ausgehen, in Kauf genommen werden.

Vergleicht man unter verschiedenen Aspekten die Eliten auf Bundes- und Landesebene, so sind eine Reihe von Ähnlichkeiten festzustellen: Die Karrieremuster in Bund und Ländern sind ähnlich, stellt man beispielsweise die Mitglieder der Bundesregierung und sonstiges bundespolitisches Führungspersonal den Ländereliten gegenüber. Wie das bundespolitische Führungspersonal, so sind auch die landespolitischen Eliten vor dem Überwechseln in die Exekutivposition fast ausnahmslos Berufspolitiker. In Land und Bund wurde nur in Ausnahmen die politische Karriere unmittelbar nach Ausbildungsabschluß bereits hauptberuflich angestrebt, gemeinsam sind davor liegende berufliche Qualifizierungszeiten. Auch hinsichtlich des Bildungsniveaus - CDU/CSU-Politiker besitzen ein höheres Ausbildungsniveau als SPD-Politiker - ist für Bund und Land Übereinstimmung festgestellt worden. Bezüglich des unmittelbaren cross-over in den politischen

Sektor - welche Berufssektoren haben hier eine wesentliche Funktion bzw. aus welchen Berufsbereichen rekrutiert sich überwiegend die politische Elite - konnten für Bund und Land ähnliche Ergebnisse erzielt werden. Abweichungen ergaben sich hinsichtlich der Abgangsmodalitäten: während für die Politiker der Bundesebene nach dem Ausscheiden aus dem politischen Funktionsbereich oftmals Aufsichtsratsmandate privater und öffentlicher Unternehmen bereit stehen, bleibt das landespolitische Führungspersonal vorwiegend im politischen Sektor auf Landesebene aktiv.

Die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst bietet in Bund und Ländern gute Möglichkeiten, durch die gerelte Abkömmlichkeit karrierefördernde politische Aktivitäten zu entwickeln. Personen mit dieser privatberuflichen Tätigkeit haben z.B. gegenüber in der freien Wirtschaft Tätigen erheblich bessere Chancen, die für eine politische Karriere notwendige intensive, kontinuierliche politische Mitarbeit in Partei und Parlament leisten zu können und sich bei Kandidaturen um öffentliche Mandate erfolgreich zu bewerben.

Die Mitgliedschaft in einer Landesregierung ist nur bedingt als "Auffangsposition" für jene Bundespolitiker geeignet, die durch einen Machtwechsel ihre Führungsposition auf nationaler Ebene verloren haben; jedoch haben Politiker, die sich als Landesminister oder als Landesregierungschefs profiliert haben, gute Chancen, bei entsprechender politischer Konstellation auf der Bundesebene dort exekutive Führungspositionen zu erreichen. Dabei hängt die personelle Fluktuation zwischen Landes- und Bundesebene stark von den unterschiedlichen Wahlterminen ab. Die Untersuchung konnte verdeutlichen, daß

Landesminister nur dann in das Bundesparlament überwechseln, wenn sie dort die Chance eines Aufstiegs vom "einfachen" MdB in parlamentarische Führungsämter bzw. in die Bundesregierung sahen.

Herzog mißt der politischen Sozialisationsphase eine geringe Bedeutung für die Erlangung von politischen Spitzenpositionen zu,⁶ es hat sich jedoch in der vorliegenden Arbeit die karrierefördernde Funktion dieses Lebensabschnittes gezeigt: diese Phase beeinflußt als ein wesentlicher Faktor den späteren Karriereverlauf, in dem Richtung und Karrierechancen bestimmt werden. Die Bedeutung des Bildungsniveaus und des Beginns politischer Aktivität, die direkten und indirekten Zusammenhänge zwischen politischer Orientierung und die Bedeutung von Bildungsprivilegien sowie der in dieser Zeit bereits grundlegend vorgezeichneten späteren Berufskarrierechancen konnten verdeutlicht werden - Faktoren, die ihrerseits spätere Aufstiegschancen erheblich beeinflussen.

Das Dritte Reich und der 2. Weltkrieg haben dazu geführt, daß sich keine "natürliche" Generationsablösung in Deutschland - wie beispielsweise in England und Frankreich - in diesem Jahrhundert vollziehen konnte. Mit der Zeit werden jedoch wieder "normale", altersbedingte Generationsablösungen auch im politischen Sektor zu beobachten sein. Schon an diesem Beispiel wird der determinierende Einfluß insbesondere des Dritten Reiches auf den Verlauf des beruflichen und politischen Werdeganges der Angehörigen bestimmter Altersgruppen sichtbar.

Longitudinal bestimmte Karriereverläufe oder Lebensabschnitte bestimmter Personengruppen zu analysieren, ohne die jeweiligen historischen Systembedingungen, die oftmals prägend für den Verlauf von Lebenswegen waren, zu berücksichtigen und deren Einfluß auf die objektiven Rahmenbedingungen und die Institutionen, in denen Karrieren verlaufen, zu erfassen, ist demnach nicht sinnvoll und führt zu falschen Ergebnissen. Karriereanalysen, die Aufschluß über die Bedingungen der politischen Führungsauswahl geben sollen und somit zugleich einen Beitrag zur Untersuchung der Funktionsfähigkeit bestimmter Teilstrukturen eines Gesamtsystems liefern, ohne den Bezug zu den jeweiligen historischen Rahmenbedingungen zu sehen, sind damit nur schwer zu interpretieren. Auch Momentaufnahmen der Struktur einer bestimmten Elitegruppe zu einem ausgewählten Zeitpunkt haben zu berücksichtigen, in welcher konkreten historischen Situation diese Führungsfunktionen ausgeübt werden und welche historischen Entwicklungsprozesse die Lebenswege der Elitemitglieder beeinflußt haben.

Die Untersuchung von Prozessen der Elitebildung ist damit ausschnittshaft als Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen zu verstehen, da, wie aufgezeigt, beispielsweise objektive Systemveränderungen Richtung, Konstanz und Intensität des persönlichen Werdeganges entscheidend prägten. Daraus ergaben sich u.a. unfreiwillige Parteiwechsel, Berufswechsel, Emigration und daraus folgend z.B. unterschiedliche Ausgangssituationen beim politischen Karrierestart nach 1945.

Aber nicht nur Systembrüche und -wechsel, sondern auch Strukturveränderungen (z.B. in Baden-Württemberg zwischen 1945 und 1953) innerhalb stabiler historischer Systemphasen veränderten erheblich die Bedingungen der politischen Führungsauswahl und die Muster politischer Karriereverläufe. Aus diesem Grund ist versucht worden, im Längsschnitt - zumindest über begrenzte Karriereabschnitte hinweg - bestimmte Karrieretypen zu erfassen und den Entwicklungsverlauf persönlicher Werdegänge in den Zusammenhang mit den jeweiligen Systembedingungen zu stellen und sie in dieser Interdependenz zu interpretieren.

Zum Abschluß soll noch einmal auf die Repräsentationsproblematik eingegangen werden: Spiegelt sich die Sozialstruktur der Bundesländer in der sozialen Herkunft der Regierungsmitglieder wider, welche gesellschaftlichen Gruppen repräsentieren die Landeskabinette und sind Wandlungstendenzen in Richtung auf eine zunehmende Repräsentation auch unterer Schichten zu beobachten?

Die erste Frage ist eindeutig mit nein zu beantworten, obwohl in die Landeskabinette ein vergleichsweise höherer Anteil aus unteren Schichten stammender Politiker aufsteigen konnte als z.B. in die Bundesregierung. Hiefür läßt sich wiederum ein Erklärungsfaktor aus dem historischen Entwicklungszusammenhang herleiten: Longitudinal betrachtet traten häufig Fälle auf, in denen Politiker - aus Arbeitermilieu stammend - in Weimar parteipolitisch aktiv wurden, im Dritten Reich Verfolgungen durch die Nationalsozialisten ausgesetzt waren und aufgrund ihrer antifaschistischen Vergangenheit nach 1945 von den Alliierten als "Männer der ersten Stunde" in Exekutivämter der provisorischen Landesregierungen berufen wurden. Von dort aus wechselten sie direkt in die ersten demokratisch legitimierten Regierungen über.

Gerade in dieser Frühphase der Nachkriegsdemokratie in Deutschland - mit Regierungsbeteiligung von Parteien, in denen traditionell Arbeiter führende Funktionen bekleideten, die ausgewiesene Antifaschisten waren wie beispielsweise die KPD-Minister - war diesen Politikern mit Herkunft aus unteren Schichten die Chance gegeben, politische Exekutivämter in den Ländern zu übernehmen. Ob diese Möglichkeit auch zukünftig bei denjenigen mit nicht von Systembrüchen beeinträchtigtem Entwicklungsgang besteht, ist heute noch nicht abzusehen. Erst wenn es Politikern aus dem Arbeitermilieu, deren Sozialisationsphase ausschließlich im Nachkriegsdeutschland lag, künftig in gleichem Umfang gelingt, in politische Führungsämter aufzusteigen, könnte man davon sprechen, daß das Selektionssystem auch bedingt diesen Schichten den Zugang zu politischen Führungsämtern ermöglicht, wobei der Aufstiegskanal in etwa vorgegeben wäre: Über eine qualifizierte Ausbildung, ein frühes politisches Engagement in Parteien oder politischen Organisationen wie den Gewerkschaften und parlamentarische Bewährungszeiten ist es einigen schon bisher exemplarisch gelungen, sozial aufzusteigen und politische Führungsämter zu übernehmen.

Studien über Führungspersonal auf Bundesebene haben erbracht, daß nur sehr wenige direkt im Status eines Arbeiters in die Politik überwechselten. Somit bestehen bis heute für Arbeiter nur äußerst geringe Chancen führende politische Wahlämter zu bekleiden. Für die Landesebene liegt der Anteil zwar etwas höher, aber es wurde die gleiche Tendenz sichtbar.

Auf weitere Aspekte der Repräsentationsproblematik, die sich nicht auf Diskrepanzen zwischen Bevölkerung und politischer Führungsschicht, sondern auf ungleiche Chancen verschiedener Gruppen innerhalb politischer Organisationen beziehen, ist bereits an anderer Stelle eingegangen worden.

Im Sinne der These Kaacks, "daß eine Umstrukturierung der Führungseliten - so fern man sie will - nur ansetzen kann bei einer Umstrukturierung der Parteimitgliedschaft"⁷, ist damit wiederum ein zentraler Ausgangspunkt der ersten eingangs entwickelten Problemdimension angesprochen: Können durch zunehmende Partizipation - für deren Verwirklichung eine permanente Reformierung der Gesellschaft im Sinne des Abbaues bestehender Privilegien und restriktiver Systembedingungen notwendige Voraussetzung ist - politische Führung und die Auswahlprozesse von Führungspersonal in einer differenzierten Industriegesellschaft wirksamer als bisher kontrolliert werden? Muß die bestehende Legitimationsbasis der politischen Elite verbreitert werden, damit eine Repräsentation weiterer, bisher stark benachteiligter Sozialgruppen in politischen Führungsämtern gewährleistet ist? Daß zu einer weiteren Öffnung des politischen Systems noch Reformen notwendig sind, sollte diese Arbeit u.a. verdeutlichen.

Rolf-Peter Lange

Lebenslauf

29. 1.1944 geboren in Neuruppin.
Eltern: Rudolf Lange, selbständiger
Ingenieur für Aufzugbau und Ehefrau
Liselotte Lange, geb. Heger
- Seit dem
5.10.1970 verheiratet mit Monika Lange, geb. Klieber
5. 9.1974 Geburt von Julian Lange
1. 9.1950-30. 3.1956 Besuch der Volksschule, 27.Grundschule
in Berlin-Charlottenburg
1. 4.1956-30. 3.1963 Besuch der Oberschule, wiss.Zweiges,
Wald-Oberschule in Berlin-Charlottenburg,
math.-nat.Zwg.
4. 3.1963 Abitur
1. 4.1963-30. 9.1965 kaufm.Lehre als Verlagskaufmann in:
Ullstein GmbH, Berlin-Tempelhof.
6. 9.1965 vorzeitig Kaufmannsgehilfenprüfung als
Kaufmann im Zeitungs- und Zeitschriften-
verlag vor der Industrie- und Handelskam-
mer abgelegt.
- 1.10.1965- 1.10.1967 freier Mitarbeiter beim A.Springer-Verlag
Berlin, vorw. in der Werbung tätig
- 15.10.1965-22.11.1969 8-sem.Studium der Politologie am
Otto-Suhr-Institut der FU-Berlin.
- 22.11.1969 Prüfung als Diplom-Politologe mit "Sehr
gut" bestanden, im Zusatzfach "Neuere Ge-
schichte" Prüfung abgelegt.
Vorsitzender des Prüfungsausschusses:
Prof.Dr. Georg Kotowski
Diplomarbeit: Untersuchung der politischen
und sozialen Voraussetzungen der Auswahl
von Spitzenpolitikern an Hand der Zusam-
mensetzung der Bundesregierungen seit 1949.
- 1.10.1967-30. 9.1968 stud. Hilfskraft,
1.10.1968-22.11.1969 wiss. Hilfsassistent,
23.11.1969-28. 2.1971 wiss. Assistent mit Teilzeitbeschäftigung
am Institut für politische Wissenschaft an
der FU-Berlin,
1. 3.1971 Wiss.Assistent am Zentralinstitut für
sozialwissenschaftliche Forschung (ZI 6)
der FU Berlin (ehem.Institut für Politische
Wissenschaft, 1 Berlin 31, Babelsberger
Str. 14-16)

Berlin, den 26. März 1976

Rolf-Peter Lange

